
Für die Zukunft.

HOMO DEMENS

Texte zu Zeitenwende, Technokratie und Korporatismus



regenauer.press | Anthologie 2022

Tom-Oliver Regenauer

Impressum:

c/o mgmt International Management GmbH
CH-6926 Montagnola | E-Mail: info@regenauer.press
Redaktionell verantwortlich: Tom-Oliver Regenauer

Cover-Collagen:
Sebastian Herrling

Umschlaggestaltung:
Tom-Oliver Regenauer

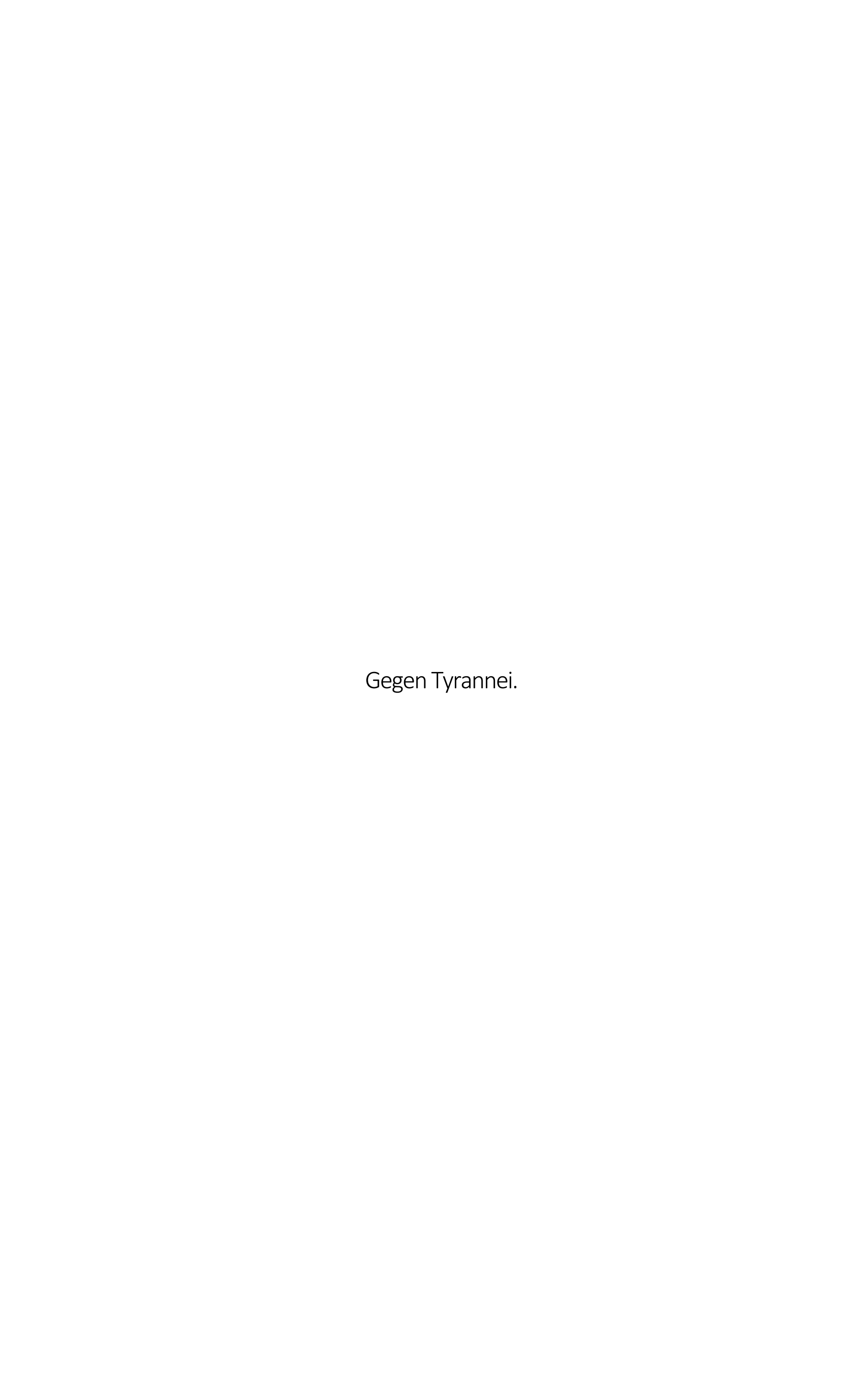
Fotografie:
Inés Kieferle | www.bildwerk7.de

Herstellung und Verlag:
BoD – Books on Demand GmbH | Norderstedt/Germany

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über www.dnb.de abrufbar.

ISBN: 9783757801731




Gegen Tyrannei.

Inhaltsverzeichnis

Prolog

Das dritte Jahr »New Normal« hat sich unlängst mit einigem Getöse verabschiedet. Gemischte Gefühle bestimmen den unvermeidbaren Rückblick auf die vergangenen zwölf Monate. Denn auf der einen Seite nimmt die oktroyierte »Zeitenwende« mit all ihren Kollateralschäden weiter Fahrt auf – während sich auf der anderen Seite, auf den rauchenden Ruinen des neofeudalen Raubtierkapitalismus, bereits Keimzellen einer freiheitlich-dezentral organisierten Zivilgesellschaft von morgen verbinden.

Aus der vermeintlichen Jahrhundert-Pandemie, deren disruptives Momentum die Zivilisation seit Anfang 2020 in Atem hielt, erhob sich binnen kürzester Zeit eine geradezu ohrenbetäubende Kakofonie multipler Krisen. Die leise Hoffnung auf eine Restauration der alten Normalität, die insgeheim wohl nicht wenige bis heute hegen, dürfte nun allmählich auch bei den größten Optimisten einem tristen Realismus weichen.

Sozioökomische Turbulenzen weiten sich aus, die supranationale Machtübernahme demokratisch nicht legitimierter Bürokratien schreitet voran und die im Kern inhumane »vierte industrielle Revolution« durchdringt zusehends den Alltag. Die Gesellschaft ist gespaltener denn je, das ohnehin brüchige Konstrukt bundesdeutscher Fassadendemokratie zerschlagen wie eine Glasscheibe. Die Scherben lose auf dem Boden verteilt. Spontane Ordnung greift wider die evolutionäre Natur eher selten Raum. Und jeder neue Spaltpilz, den die Dirigenten des Chaos in den öffentlichen Raum treiben, wirkt wie ein Hammer, zerlegt die kläglichen Reste eines matt-trüben Zeitfensters mit Blick gen Zukunft in weitere

Splitter. Die Echokammern werden kleiner – und die Angsträume grösser.

Ja, tatsächlich wird absolut nichts mehr werden, wie es einmal war. Das ist vielleicht auch gut so. Denn auf der Habenseite hat das Jahr 2022 gezeigt, was möglich ist, wenn Gleichgesinnte zusammenfinden und -arbeiten, wenn Altruismus über finanziellen Interessen steht, wenn Liebe sich gegen Hass bewährt. Das Potenzial ist riesig – und das uns umgebende System von Grund auf krank und destruktiv. Zeit, es zu erneuern. Aus den Resten seiner autonomen Fundamente heraus, anstatt durch Klassenkampf von oben. Eine gerechtere, humanere und dezentraler organisierte Welt ist jederzeit möglich. Zweifelsohne. Doch ohne die bitteren Erfahrungen, Erkenntnisse und Ernüchterungen der jüngeren Vergangenheit hätte sich die Menschheit vermutlich niemals aufgerafft, nie genötigt gesehen, dieses überbordende Veränderungspotenzial zu realisieren.

Bedauerlicherweise lernt der Homo sapiens oft erst durch Schmerz, anstatt sich durch Lehre oder Anleitung zu vernünftigerem Handeln inspirieren zu lassen. So sekundieren die in Unruhe, Unsicherheit und Unmut kulminierenden Krisen, Konflikte und Kriege der Postmoderne nicht nur das Ende einer Ära, sondern evozieren auch die natürliche Gegenbewegung. Die entmenschlichende Technokratie, die organisierte Kriminalität in der Spitzenpolitik, die mafiösen Umtriebe von »Public Private Partnerships« und NGOs sowie die unstillbare Gier des globalisierten Korporatismus zeitigen ein Panoptikum an epochalen Zäsuren, das für die Spezies Mensch eine geradezu historische Chance offeriert. Die Chance, sich endlich von den Zwängen eines feudalistischen Systems zu lösen, das zulasten der vielen stets nur den wenigen gedient hat.

Zu keinem Zeitpunkt der Zivilisationsgeschichte waren sich dessen mehr Artgenossen auf diesem Planeten parallel bewusst als in diesem Moment. Denn das gesichtslose Imperium hat seine hässliche Fratze im Jahr 2022 vollends offenbart. Biosicherheitsdoktrin, schamlose Oligarchie und globalisierter Überwachungsstaat. Die geopolitischen Rochaden, die geoökonomischen Transformationsprozesse, die sozialethischen Dammbrüche sowie der kulturrevolutionäre Dogmatismus sprechen für sich. Die Masken sind endgültig gefallen. Der Gegner hat Kontur.

Risse in der Matrix eines aufblühenden Totalitarismus werden nur noch hastig und mit zunehmend schizophren anmutenden Narrativen oder Strohmännern kaschiert. Plumpe Flickschusterei für Lügengebilde und Potemkinsche Dörfer.

Wer jetzt noch mitmacht, ist entweder nicht im Vollbesitz seiner geistigen Fähigkeiten – oder verschreibt sich wissentlich der dunklen Seite der Geschichte. Bornierter Mitläufer will ja später keiner gewesen sein.

So war 2022 für mich primär ein Jahr der Menschen. Das Jahr jener Despoten und Lügner, die eine Amnestie für ihre Vergehen im Zuge der COVID-Krise einfordern, sich aber Amnesie erhoffen. Jener Funktionäre, die sich nicht entschuldigen oder abtreten müssen, weil Rufmord an Andersdenkenden ihr Auftrag ist. Ad hominem ihr Mittel der Wahl. Das Jahr jener Hetzer, die Begriffe wie Solidarität, Frieden und Pazifismus ad absurdum führten, um George Orwells 1984-Slogan »Krieg ist Frieden« zu schwer erträglicher Realität werden zu lassen.

Das Jahr des Neusprech, des blinden Kollektivismus, der kognitiven Dissonanzen und fortgesetzten Devolution des Homo sapiens als Sklave von Plattformökonomie und technologischem Fortschritt – was auch den von einem meiner

Essays übernommenen Buchtitel erklärt. Und das Jahr postfaktischer Propaganda jenseits düsterster Vorahnungen, in dessen Verlauf noch einmal unmissverständlich klargestellt wurde, dass von Konzern-, Leit- und Massenmedien kein Journalismus nach Definition des Pressekodex mehr zu erwarten ist. Die sogenannte vierte Säule der Demokratie formen längst die neuen Medien. Ohne ihr Engagement hätte sich der eisige Würgegriff des Totalitären ungleich schleppender gelockert. Aus diesem Grund werden sie so massiv attackiert, diffamiert, blockiert und zensiert. Ein bittersüßes Stigma des Erfolgs. Obgleich dieser lediglich temporärer Natur sein dürfte. Denn die vergangenen drei Jahre waren wohl nur die Aufwärmphase für eine Dekade der Tyrannei. Der »Kick-off«. Sie haben den Weg nach Dystopia geebnet.

In Erinnerung bleiben wird mir das Jahr 2022 aber vornehmlich aufgrund all der positiven Begegnungen mit Menschen. Denn nie zuvor traten binnen weniger Monate so viele Personen in mein Leben, mit denen ich nicht nur Überzeugungen, Werte und moralische Prinzipien teile, sondern auch Leidenschaften, Lebenslust und die »unerträgliche Leichtigkeit des Seins« (M. Kundera, 1985). Es war dies ein äußerst produktives, ermutigendes und bereicherndes Jahr, das mir neuerlich vor Augen führte, was Worte bewegen. Dass die Feder mächtiger ist als das Schwert, habe ich immer schon gewusst. Dass sie – getränkt von Information, Authentizität und Courage – die schärfste Waffe der Aufklärung ist, das mächtigste Bollwerk der Wahrheit, durfte ich nun anno 2022 dank einer Vielzahl von Rückmeldungen am eigenen Leibe und in aufrichtiger Dankbarkeit erfahren.

Dies in einer Intensität, wie sie mir bisher nur im Rahmen meines musikalischen Schaffens begegnete. Die aus meiner Schreibarbeit entstandene Korrespondenz, die mannigfaltigen Kontakte und die zahlreichen Gespräche mit interessanten Menschen verschiedenster Couleur haben mein Leben

zusätzlich bereichert. Es erfüllt mich mit einem ungemeinen Glücksgefühl, wenn ich erfahren darf, dass jene Buchstaben, die ich, zumeist umgeben von der losgelösten Ruhe der Nacht, auf weiße Seiten banne, Effekte haben, Veränderungen anstoßen, Momentum generieren und Prozesse auslösen. Wenn ich erkennen kann, dass die über Texte kommunizierten Informationen absorbiert, reflektiert, verifiziert und multipliziert werden. Denn die Gedanken sind frei; und Ideen die weithin sichtbaren Leuchttürme im grauen, niederdrückenden Nebelschleier eines sedierenden Konformismus.

Also lasst uns realistisch sein und das Unmögliche versuchen.

Im Lichte dieses Mottos freue ich mich, in der vorliegenden Anthologie nun insgesamt 37 im Verlauf des vergangenen Jahres entstandene Texte, Artikel, Essays und Polemiken präsentieren zu können. Konserviert in physischer Form, auf Papier, um sie vor der digitalen Bücherverbrennung zu bewahren, die das freie Internet wie ein bösartig wuchernder Tumor durchdringt. Aufgrund des Formats meiner Arbeiten, die zumeist online publiziert werden, habe ich, wie im letzten Jahr, auf das Anfügen von Fußnoten im Buch selbst verzichtet, da alle referenzierten Quellen oder Links – und wir sprechen für 2022 von einer vierstelligen Anzahl – jederzeit über meine Webseite nachzuvollziehen sind, wo alle Texte kostenlos, nummeriert und in chronologischer Reihenfolge als PDF-Datei zum freien Download zur Verfügung stehen (URL: www.regenauer.press/blog).

Sollte die Webseite, aus welchen Gründen auch immer, einmal offline sein, sind alle Texte jederzeit als ZIP-Archiv via E-Mail an »regenauer.press@proton.me« erhältlich. Begriffe, Informationen und Feststellungen, die im Original-Text mit weiterführenden Dokumenten belegt oder verlinkt sind, wurden im Buch unterstrichen, um die Verifikation der Angaben über das jeweilige PDF-Dokument zu erleichtern. Etwaige Redundan-

zen bei Quellenangaben oder Bezügen bitte ich bereits vorab zu entschuldigen. Die ein oder andere Information habe ich absichtlich in mehreren Artikeln referenziert, da ich sie für extrem wichtig halte.

Ausgangs möchte ich mich dafür bedanken, dass Sie mit dem Erwerb dieses Buches dabei helfen, meine Arbeit in analoger Form für die Nachwelt zu erhalten. Denn »*wer in der Zukunft lesen will, muss in der Vergangenheit blättern*«, wie André Malraux zu sagen pflegte. Daher: vielen herzlichen Dank!

Ich hoffe, mit meinen Texten einen fundiert recherchierten, ungefilterten Gegenpol zu offiziellen Narrativen und von Partikularinteressen geleiteter Propaganda darstellen zu können, um so den ein oder anderen konstruktiven Diskurs anzuregen. Ich will weder missionieren noch überzeugen – sondern kontextualisieren und kommentieren. Ich möchte Information und Wissen teilen, um jedem Leser zu ermöglichen, über Triangulation aller verfügbaren Daten seine eigene Position zu bestimmen. Denn nichts ist wichtiger für eine faire, inklusive und eigenverantwortlich organisierte Gesellschaft als offene Debattenräume. Nur in konstruktiver Auseinandersetzung mit allen verfügbaren Informationen, Ideen und Meinungen entstehen nachhaltige, holistische Denkmodelle. Und tragfähig sind Lösungen nur dann, wenn sie auf einem breiten Fundament ruhen. Wer Andersdenkende ausgrenzt, Deutungshoheit beansprucht, Medien zensiert und politische Gegner diffamiert, handelt zutiefst antidemokratisch und – im Wortsinn – asozial. Denn wir sind *eine* Menschheitsfamilie. »Divide et impera« dient nur jenen, die diese beherrschen wollen. So schreibe ich für alle und streite mit jedem. Das ist die Essenz von Demokratie. Eine Demokratie, die Meinungspluralismus verteufelt und eine gesunde Streitkultur unterbindet, ist keine.

Tom-Oliver Regenauer

| Montagnola, im Januar 2023

Spaziergang ins Ungewisse

Alternative Staats- und Gesellschaftsformen: Ein Thema, das für Politikverdrossene wenig Charme versprüht. Dabei müsste man jetzt vorbehaltlos in der Breite diskutieren, wie es nach Corona politisch weitergehen kann. Sonst laufen die Montagsspaziergänge sprichwörtlich ins Leere.

Chaos, Mord und Totschlag. Das sind die ersten Assoziationen vieler Menschen, wenn sie den Begriff »Anarchie« hören. Dabei trifft diese Beschreibung in keiner Weise auf das zu, was mit der häufig fehlinterpretierten Vokabel gemeint ist. Was die meisten vorschnell als Anarchie bezeichnen, nennt sich Anomie – eine völlige Abwesenheit sozialer Normen, Regeln und Ordnung; während Anarchie im Kern für die »Abwesenheit von Herrschaft« steht. Genauso oft hapert es beim zurecht politikverdrossenen Wähler am Detailwissen um Basisdemokratie, Libertarismus, Voluntarismus, Sozialismus, Kommunismus, oder auch Totalitarismus. Alternative Staats- und Gesellschaftsformen sind für manchen nur abstrakte Begriffe.

Deswegen haben viele Menschen wohl erst spät Bedenken gegenüber einem immer autoritärer agierenden Staat entwickelt. Auch Autonomie, Naturrecht und Spontane Ordnung sagen vielen treuen Anhängern etablierter Parteien bisher vermutlich wenig. Denn auch ihre eigene Demokratie ist ihnen oft fremd. Und über dieses Konstrukt hinaus zu gehen für viele unmöglich. Von der Fähigkeit, »out of the box« zu denken, werden Menschen in den Mühlen staatlicher Bildung seit Dekaden entwöhnt. Doch genau über echte Alternativen zum herrschenden System müssten jetzt alle politischen Lager ohne Vorbehalte und ergebnisoffen diskutieren. Bevor sie in Scharen zu

Spaziergängen aufbrechen – sonst laufen diese am Ende sprichwörtlich ins Leere.

»Wenn wir nicht klug genug sind, Autorität in Frage zu stellen, wie können wir dann klug genug sein, uns in einem demokratischen System zu engagieren? Demokratien funktionieren nur, wenn Menschen Autoritätspersonen zur Rechenschaft ziehen.« (Joss Sheldon)

Die Proteste gegen die schizophrene Corona-Politik sind mit der Ausrufung von Impfpflichten im bürgerlichen Spektrum angekommen. Auf tausenden friedlichen Spaziergängen mit Millionen von Teilnehmern verleiht ein breiter Querschnitt der Bevölkerung seinem Unmut über den verstetigten Ausnahmezustand sowie die Diffamierung von Häretikern und Nonkonformisten Ausdruck. Die sämtliche Schichten der Gesellschaft repräsentierenden Demonstranten wissen genau, gegen was sie da aufbegehren.

Dennoch bleiben auch Montagsspaziergänge der Massen nur ein folgenloser Spießrutenlauf mit dem Staatsapparat, können oppositionelle Bewegungen keine Vision für den Zustand nach der Krise artikulieren. Denn »*der Ziellose erleidet sein Schicksal*«, wie Immanuel Kant es beschreibt – »*der Zielbewusste gestaltet es*«.

Gegen etwas zu sein ist leicht. Für etwas zu sein aber viel wichtiger, wenn eine Widerstandsbewegung nachhaltige Veränderungen herbeiführen möchte. Dass es keine Rückkehr zur alten Normalität geben wird, ist mittlerweile jedem klar. Die wurde vom evidenzlosen Corona-Feudalismus unwiederbringlich zerstört. Zum Teil ist das auch gut so. Denn die zivilgesellschaftlichen Fehlentwicklungen der Vergangenheit haben erst dazu geführt, dass Corona möglich wurde. Der Nährboden für die aktuelle Massenhysterie wurde in der Vergangenheit bereitet. Diese Erkenntnis birgt eine einmalige Chance für die frei-

heitlich organisierte Zivilgesellschaft – trotz des Umstandes, dass das infantile »New Normal« derweil immer obskurer und abstoßender wird und die letalen Folgen der Krisenpolitik nicht mehr unter den Teppich zu kehren sind.

Die disruptive Natur der vermeintlichen Jahrhundertpandemie hat nicht nur massive Risse im Fundament des gesellschaftlichen Selbstverständnisses verursacht, sie hat auch die Schwachstellen, kriminelle Energie und autoritären Züge eines scheintoten Systems offenbart, welches mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln versucht, sich an der Macht zu halten. Das Monster namens Staat ließ seine Maske fallen. Ironischerweise indem es seine Bürger zunächst zwang, eine solche zu tragen, um Gehorsam zu signalisieren. Das System machte anschließend mehrfach unmissverständlich klar, wer das Gewaltmonopol innehat.

Lockdowns und Masken markierten jedoch erst den Anfang eines grotesken Schauspiels totalitärer Anmaßungen seitens Politik, Staat und Konzernwirtschaft. So haben Pharma-Faschismus, Diffamierung kritischer Prominenz sowie völlige Ignoranz von allseits anerkannten Grund- und Menschenrechten letztlich dazu geführt, dass mehr Menschen als je zuvor realisierten, von was sie da regiert werden. Die Protestbewegung gewinnt daher nicht nur national an Momentum. Sie hat mittlerweile das globale Potential entwickelt, der Pandemie-Politik in überschaubarer Zeit und mit friedlichem Protest Einhalt zu gebieten.

Aber das wird nicht das Ende des technokratischen Totalitarismus sein, dessen soziale, digitale und finanzielle Infrastruktur im Zuge von drei Mega-Events – 9/11, Finanzkrise und COVID-19 – vorbereitet, ausgerollt und zum Großteil bereits implementiert wurde. Für wirksame, kontinuierliche Veränderungen hin zu einer humaneren Gesellschaft, wird es daher nicht genügen, dem Pharma-Diktat ein Ende zu setzen. Denn

die nächste Krise folgt auf dem Fuße – und faschistoide Instrumentarien zur Eindämmung von Krisenszenarien aller Art sind zwischenzeitlich Gesetz. Aus diesem Grund ist es entscheidend, jetzt lagerübergreifend zu diskutieren, wohin die gesellschaftspolitische und ökonomische Reise gehen soll. Es gilt, eine tragfähige Vision dessen zu artikulieren, was nach Corona kommen könnte. Dazu muss die allgemeine und systeminhärente Politikverdrossenheit überwunden werden. Denn eine echte Demokratie, wie auch jede andere partizipative Staatsform, erfordert politische Bildung, persönliches Engagement, sozialen Charakter und den Willen, eigene Positionen kritisch zu hinterfragen. Diese einmalige Chance globaler Mobilisierung der Menschheitsfamilie gegen Oppression darf nicht ungenutzt bleiben.

»Du wirst die Dinge niemals ändern, indem du das Bestehende bekämpfst. Um etwas zu verändern, baue ein neues Modell, welches das alte überflüssig macht.« (Buckminster Fuller)

Dass es für das Zusammenleben der Zukunft kein Patentrezept, keinen unfehlbaren Plan gibt, ist logisch. Die derzeitige Situation ist einmalig. Sie betrifft die ganze Welt. Und jedes theoretische Gesellschaftsmodell hat Vor- und Nachteile, Stärken und Schwächen. Die reine Lehre existiert nicht. Kein Vordenker hat die absolute Wahrheit für sich gepachtet. Obwohl zum Beispiel libertäre Theoretiker wie Milton Friedman, Ludwig von Mieses, Friedrich Hayek, Karl Popper oder Hans-Hermann Hoppe vielversprechende Thesen für eine freiheitliche Gesellschaft formuliert haben, müssen ihre Ideen mit Vertretern anderer Positionen diskutiert werden, um im Stresstest und in der Abwägung aller Konzepte ein tatsächlich realisierbares Vorgehen zu entwickeln, das eine Mehrheit der Bevölkerung bereit ist mitzutragen. Daher müssen gleichsam Anregungen aus anderen staats- und sozialtheoretischen Bereichen Gehör finden. Auch wenn im Speziellen sozialistische oder kommunistische Theorien für mehr Staat stehen – was gerade

nicht die Lösung sein kann, wenn der korrupte Staat wiederholt Auslöser sozioökonomischer Katastrophen und Kriege ist. Diesbezüglich ins Detail zu gehen, würde jedoch den Rahmen dieses Beitrages sprengen.

Festzuhalten ist: Viele Konzepte menschlichen Zusammenlebens sind bislang nicht über das Stadium des theoretischen Konstrukts hinausgekommen. Obwohl sie es verdient hätten, ausprobiert zu werden. Andere wurden im Lauf der Geschichte in begrenztem Umfang auf Praxistauglichkeit getestet. Die meisten scheiterten jedoch an sich selbst. Und die durchaus zahlreichen erfolgreichen Alternativen zum starken Staat, wurden alsbald von einem solchen beendet, um keinen positiven Präzedenzfall entstehen zu lassen, der über seine Zeit hinauswirken könnte.

So ist über die Jahrhunderte zwar ein Potpourri von Ideen für das goldene Zeitalter der menschlichen Zivilisation entstanden, durchgesetzt hat sich aber jedes Mal die gleiche gesellschaftliche Organisationsform. Eine, wie auch immer ausgestaltete, repräsentative Feudalherrschaft der Wenigen über die Vielen. Das Kapital beherrscht den Pöbel. Auch wenn es über Wahlen und Mandate vorgeblich dessen Willen repräsentiert. Dahingehend hat sich seit dem Mittelalter kaum etwas verändert. Die sich konstant intensivierende, extreme Ungleichheit der Vermögensverteilung, spricht diesbezüglich Bände. Eine Gruppe von circa 6000 Superreichen besitzt einen Großteil des Planeten. Historisch einmalige und keinesfalls erstrebenswerte Zustände. Auch der moderne XXL-Staat wächst unaufhörlich weiter, entwickelt sich zum zentralistischen, allwissenden, übergriffigen Moloch. Berauscht von seiner eigenen Machtfülle, wird er diese niemals freiwillig reduzieren. Das wenigstens lehrt die Geschichte, auch wenn die Geschichte den Menschen sonst scheinbar wenig gelehrt hat.

»Das deutlichste Symptom der faschistischen Politik ist die Spaltung. Sie hat zum Ziel, die Bevölkerung in ein *wir* und ein *sie* zu trennen.« (Jason Stanley)

Nicht wenige vertreten die Überzeugung, dass der aktuellen Krise mit neuen Parteien und Köpfen beizukommen ist. Doch das ist ein Trugschluss. Denn schlussendlich bedeutet dieses Vorgehen, dass man das Spiel der Mächtigen akzeptiert und sich ihren Rahmenbedingungen unterordnet. Die repräsentative Demokratie, der verfilzte Korporatismus, das ist das Spielfeld der herrschenden Klasse – und die bestimmt die Regeln. Jede Partei, die versucht, in diesem System fundamentale Veränderungen herbeizuführen, ist von vorneherein zum Scheitern verurteilt. Denn sobald sie an der Macht ist, oder auch nur an Einfluss gewinnt, wird sie von den gleichen Mechanismen und Prozessen korrumpiert werden, denen auch die Überzeugungen etablierter Parteien zum Opfer gefallen sind. Das bisherige Spielfeld zu verlassen und sich mit neuen Ideen zu beschäftigen, ist somit ein Imperativ.

Denn sicher scheint: Der Umfang staatlicher Verantwortung muss dringend eingeschränkt werden. Weg vom paternalistischen Fürsorgestaat. Weg vom Konzept des hochdotierten Berufspolitikers, der keinen Bezug mehr zur Lebenswirklichkeit seiner Bevölkerung hat. Es bedarf mehr Elemente direkter Demokratie. Partizipation ist unablässig. Amtszeiten müssen drastisch reduziert werden. Der Staat muss in einem ersten Schritt auf seine Kernaufgaben zurückgefahren werden. Macht muss vom Souverän ausgehen, dezentral verteilt und regional sowie lokal wahrgenommen werden. Dem ausgeprägten Korporatismus, zwischenzeitlich euphemistisch als Stakeholder-Kapitalismus bezeichnet, muss ebenfalls umgehend ein Riegel vorgeschoben werden. Monopole und Oligopole sind abzuschaffen. Konzerne, die ausschließlich von finanziellen Interessen getrieben sind, müssen daran gehindert werden, hoheitliche Aufgaben zu übernehmen. Das gilt in glei-

chem Masse für nicht-staatliche Organisationen und supranationale Institutionen, die sich über die Gesetzgebung und Interessen von Nationalstaaten und deren Bevölkerung in amoralischer Art und Weise hinwegsetzen.

»Blinder Glaube an die Obrigkeit ist der schlimmste Feind der Wahrheit.« (Albert Einstein)

Ein radikaler Systemwechsel kann nicht von heute auf morgen erfolgen. Daher ist es naheliegend, zunächst den demokratischen Rahmen zu nutzen, um Veränderungsprozesse zu initiieren. Das entsprechende Instrumentarium der Demokratie ist jedem Montagsspaziergänger geläufig. Und die Einführung von Volksabstimmungen, eine verfassungsgebende Versammlung sowie die Stärkung von Lokal- und Regionalpolitik, sind relativ kurzfristig umsetzbare Ziele, die zeitnah ein Fundament für weitere systemische Veränderungen bilden können. Veränderungen, die der gesamten Gattung Homo sapiens zugutekommen, nicht nur einer prädestinierten Elite. Aus einem basisdemokratischen Zustand heraus könnten Schritte in Richtung dezentraler Organisationsformen ins Auge gefasst werden. Wichtig ist dabei vor allem, dass der Diskurs nicht von einem erlesenen Kreis egozentrischer Vordenker im Elfenbeinturm, sondern von der breiten Masse auf der Straße bestritten wird.

Praktikabel erscheinen neben basisdemokratischen Konzepten unter anderem libertäre Ansätze wie die sogenannte Privatrechtsgesellschaft. In Kombination mit einem abgespeckten Staatswesen, das möglichst regional konstituiert ist und primär für innere und äußere Sicherheit Sorge zu tragen hat, könnte ein libertäres Modell in überschaubarer Zeit Erfolg versprechen. Ob und in welchem Umfang ein derartiger Minimalstaat auch für soziale Aufgaben zuständig sein soll, muss in der Auseinandersetzung mit allen Theorien und politischen Strömungen eruiert werden. Inwieweit strukturelle Elemente di-

rekter Demokratie, Minarchie, Anarchie, von Voluntarismus oder Sozialismus vereinbar sind, ist die spannende Frage, die es jetzt ohne Vorurteile und Vorbehalte zu beantworten gilt. Konsens herzustellen, dürfte dabei natürlich eine Herausforderung sein. Vielleicht ist aber auch dieser Weg schon das Ziel. Denn wenn ihn alle gemeinsam gehen, anstatt gespalten von ihren politischen Idealen, hat wahrhaftige Veränderung eine Chance.

Eines steht fest: Es bleibt nicht viel Zeit, um herauszufinden wofür man sich engagieren möchte. Denn die persönliche Freiheit aller Menschen ist in Gefahr. Unabhängig vom politischen Spektrum. Und es könnte angesichts Globalisierung und Vierter Industrieller Revolution die letzte Chance sein, diese zu verteidigen.

Auch wenn bis dato nahezu alle Gesellschaften heteronom instituiert sind, wünschen sich mündige Staatsbürger aller Lager seit langem vor allem eines – mehr Selbstbestimmung. Dabei spielt die politische Gesinnung eine untergeordnete Rolle. Denn von der Spitzenpolitik enttäuscht sind alle. Kaum jemand vertraut ernsthaft dem heutigen, nachweislich korrupten Staatswesen. Und Kategorien wie links oder rechts verlieren in einer minarchischen, anarchischen, basisdemokratischen oder über Privatrecht organisierten Gesellschaft an Relevanz. Die gesellschaftspolitische Debatte würde sich, da regionaler aufgestellt, verstärkt auf Elementarfragen fokussieren. Die von Spitzenpolitik und Leitmedien induzierte Spaltung wäre überwunden, das soziale Miteinander wieder im Fokus. Deswegen bedarf es einer ideologieübergreifenden »Roadmap«, welche einen gangbaren Pfad vom dystopischen Ist-Zustand in Richtung Utopie skizziert. Die übergeordneten Ideale, nämlich die allgemeinen Menschenrechte, teilen im Kern alle politisch ernstzunehmenden Lager. So ist zu hoffen, dass angesichts des absehbaren Scheiterns der Krisenpolitik, alsbald eine Renais-

sance der Vernunft Einzug hält und ein Ende der Segregation zu beobachten ist.

»Autoritarismus und Rationalismus in unserem Sinn sind unversöhnbar, da das Argumentieren, das Kritik einschließt, und die Kunst des Anhörens von Kritik, die Grundlage des Vernünftigseins sind.« (Karl Popper)

Der Homo sapiens braucht weder einen starken Staat in seiner heutigen Form noch Spitzenpolitiker, um ein geordnetes Zusammenleben zu gestalten. Die Alternativlosigkeit zum heutigen System ist reine Illusion. Das staatliche Bildungswesen indoktriniert nachwachsende Generationen entsprechend und verankert Etatismus, Konformismus und Obrigkeitshörigkeit in der Weltsicht der Adoleszenten. Die Geschichte beweist jedoch, dass es auch anders geht. Während des spanischen Bürgerkrieges in den 1930er-Jahren waren beispielweise große Teile des Nordens komplett anarchisch organisiert – und reüssierten. Waren konnten zum Teil zu einem Viertel der üblichen Kosten bezogen werden. Geld war entweder abgeschafft oder durch Gutscheine ersetzt worden. Es wurde mehr produziert als zuvor. Unbürokratische Entscheidungen in den anarchischen Kommunen trafen Räte oder Versammlungen. Neben der Verbesserung der ökonomischen Situation, wehte zudem ein Geist der kulturellen Revolution durchs Land, der tradierten Formen intellektueller Unterdrückung ablöste und neue Freiheiten brachte.

Vergleichbare Vorgänge gab es in jüngerer Vergangenheit in der Ukraine, Venezuela, Syrien und der Freistadt Christiania in Kopenhagen, welche bis heute Bestand hat. Überall auf der Welt leben Menschen schon jetzt in autonomen Gemeinschaften, die ohne staatliche Subvention oder Intervention zu Rande kommen. Naturrecht und Spontane Ordnung sorgen dafür, dass keine Anomie entsteht. Ein positiver Aspekt solch basisdemokratischer, anarchischer, libertär-autonomer oder privat-

rechtlicher Gesellschaftsformen ist, dass Kriege bei entsprechender Ausbreitung des Modells zu einem Relikt der Vergangenheit geraten. Denn diese gehen immer von institutioneller Politik, von Staaten mit Hoheitsgebiet aus und werden aufgrund territorialer Ansprüche oder wegen finanzieller Interessen vom Zaun gebrochen. Nicht einzelne Bösewichte haben in den vergangenen Jahrhunderten Abermillionen von Menschen umgebracht – Staaten, ihre Regenten und Financiers waren es.

Daher muss neben der Staatsform in einem zweiten Schritt auch das internationale Fiat-Finanzsystem ersetzt werden. Denn Geld ist der primäre Hebel der Mächtigen, um Kontrolle über den Normalbürger auszuüben. Dabei braucht niemand eine globale Währung oder mächtige Zentralbanken, um Handel zu treiben oder den Lebensunterhalt bestreiten zu können. Dezentrale, unabhängige Finanzmarktkonzepte gibt es, vor allem im Zeitalter der Kryptowährungen, zur Genüge. In Österreich existieren zum Beispiel in nahezu jedem Bundesland lokale Währungen, mit denen man anstatt des Euro bezahlen kann, wie ein Artikel von »Die Presse« schon 2011 berichtete. Und auch in den USA gab es vor der Einführung des heutigen Zentralbanksystems eine Vielzahl regionaler Währungen.

Nicht zu vernachlässigen ist dabei die Tatsache, dass Daten mittlerweile das Gold der Moderne sind. Wer sie kontrolliert, hat Macht. Demnach gilt für die Digital-Oligarchie des Silicon Valley das gleiche, wie für das mafiöse Zentral- und Investmentbankensystem. Ihre Übermacht muss eingeschränkt und der Rohstoff, nämlich die Daten, unter Kontrolle des Souveräns gestellt werden.

Je kleiner die zu verwaltenden Einheiten sind, desto erfolgreicher scheinen sie zu sein. Das unterstreicht der ökonomische Erfolg von Kleinstaaten wie der Schweiz. Diese Erkenntnis steht dem ungehemmten Wachstumsstreben des modernen,

aufgeblähten Staates und Finanzsystems diametral entgegen. Deutschland gleicht zum Beispiel schon heute eher einem zentralistisch gesteuerten Sozialismus denn einer freiheitlich konstituierten und eigenverantwortlich organisierten föderalen Demokratie. Der Staat mischt sich nicht erst seit Corona in praktisch alle Bereiche des sozialen und ökonomischen Lebens ein. Politische Agitation und Regulationswahn der Europäischen Union intensivieren kollektivistische Strömungen in allen Mitgliedsländern und führen in Konsequenz zu einem sozialistisch geprägten EU-Bundesstaat, in dem der Nationalstaat, und somit auch das Individuum, zur gesichts-, rechts- und mittellosen Verfügungsmasse allmächtiger Bürokratie verkommt. Das Politbüro lässt grüßen.

»Einen menschlichen Kommunismus oder einen demokratischen Sozialismus gibt es ebenso wenig wie einen vegetarischen Schlachthof.« (Guido Westerwelle)

Um nicht von einem Macht- oder Ideenvakuum korrumpiert zu werden, sollte das Corona-Regime beizeiten abdanken, muss nicht nur der Widerstand, sondern die Gesamtbevölkerung, bereits jetzt über Lösungen sprechen und Schritte definieren, die zu einer neuen, humanistisch geprägten, regional instituierten und möglichst libertären Gesellschaftsordnung führen können. Und auch die Kreise, die den Kurs der Regierung immer noch mittragen, müssen definieren, wie sie nach den traumatisierenden Ereignissen der vergangenen zwei Jahre gedenken, konstruktiv mit der Gegenseite zusammenzuarbeiten, sollte das neokapitalistische Kartenhaus in sich zusammenfallen.

Da bisherige Konzepte gesellschaftlichen Zusammenlebens immer wieder an den gleichen Punkt geführt haben, nämlich in die Katastrophe, scheint nunmehr endgültig die Zeit gekommen, sich neuen, radikaleren Ideen zu öffnen. Denn die Fassadendemokratie vertritt nur ihre eigenen Interessen. Ja – Basis-

demokratie erfordert politische Bildung und starkes Engagement des Einzelnen. Und beides ist derzeit Mangelware. Minarchie und Anarchie wurden bisher nur in kleinem Ausmaß praktiziert. Die Privatrechtsgesellschaft wirkt erstrebenswert und vernünftig, ist aber bis anhin ein theoretisches Modell und wohl den meisten Protestierenden fremd. Auch mit echtem Libertarismus haben moderne Gesellschaften bisher wenig Erfahrung gesammelt. Diese hat man allerdings zur Genüge in Bezug auf den Kasino-Kapitalismus, Diktaturen, Sozialismus und Kommunismus – und sollte sie daher nicht wiederholen. Es braucht wahrscheinlich einen neuen Entwurf, der den Anforderungen des modernen Menschen in der heutigen Welt entspricht.

Da zumindest Naturrecht und Spontane Ordnung verlässliche Basiskoordinaten darstellen, muss es möglich sein, von diesem Fixpunkt aus eine Diskussion darüber zu führen, wie Individuen, welche ethnische Herkunft, Ideologie oder Religion sie auch vertreten, in der Zukunft zusammenleben wollen und können – und zwar ohne, dass sich ein omnipotenter Staat in jeden Aspekt des alltäglichen Lebens einmischt, Andersdenkende ausgrenzt und Wohlstand hemmungslos von unten nach oben umverteilt; um im Gegenzug kaum eine seiner Verpflichtungen gegenüber dem Bürger zu erfüllen. Der sogenannte Gesellschaftsvertrag ist so nichts mehr wert. Die Erde ist das Habitat aller Menschen. Und alle Menschen sind gleich. Die friedliebende Menschheitsfamilie muss ihren gemeinsamen Lebensraum lediglich wieder in Besitz nehmen und selbst verwalten, anstatt ihn widerstandlos einer gierigen Oligarchie zu überlassen. Denn die Alternative – ein technokratischer, transhumanistischer Digital-Totalitarismus – wird kaum jemand als lebenswert erachten.

Artikuliert die Gesamtbevölkerung nicht zeitnah eine neue, realisierbare Vision jenes goldenen Zeitalters, das viele Sozialtheorien versprochen, aber nie erreicht haben, werden Spazier-

gänge, Demos, Umbrüche und selbst Revolutionen maximal eines bewirken – alten Wein in neuen Schläuchen. Bis das Hamsterrad menschlicher Zivilisation in absehbarer Zeit wieder an exakt gleicher Stelle zum Stillstand kommt.

»Wer all seine Ziele erreicht hat, hat sie sich als zu niedrig ausgewählt.« (Herbert von Karajan)

| 08. Januar 2022

Parallelwelt Narrativ

Dogmatismus und Zensur sind Stützpfeiler der neuen Normalität. Deutungshoheit ist programmatisch. Mit »The Great Narrative« publiziert das World Economic Forum nun ein weiteres größenwahnsinniges Pamphlet, das elitären Visionen von digitalisiertem Totalitarismus Nachdruck verleihen soll.

»Das Endziel jeder Zensur ist es, nur solche Bücher zu erlauben, die ohnedies niemand liest.« (Giovanni Guareschi)

Eine Zensur findet nicht statt. Das stimmt. Aus Sicht einer selbstgerecht auftretenden Bundesregierung. Denn der Staat macht sich – formal betrachtet – nicht die Hände schmutzig. Er hält sich zumindest vordergründig an den Passus aus dem Grundgesetz. Die Ampel-Koalition, die gemäß Verlautbarungen des unter Korruptionsverdacht stehenden Olaf Scholz, in der Pandemie-Bekämpfung »*keine roten Linien mehr kennt*«, zensiert trotz zunehmend autoritärer Anmaßungen niemanden direkt.

Die repressive Demokratie lässt ihre Agenda extern durchsetzen und hat das Thema vornehm an Dritte delegiert – an ein unübersichtliches Konglomerat nicht-staatlicher Institutionen, die dafür sorgen, dass unliebsame Fakten, Meinungen und Personen aus der öffentlichen Wahrnehmung getilgt werden. Wenn sich die Wahrheit widerborstig geben sollte, setzt man, anstatt auf Zensur, auf Diffamierung. Correctiv, Psiram, Volksverpetzer, Faktenfuchs und andere Online-Pranger stehen Gewehr bei Fuß, um diese Aufgabe im Sinne des Systems zu erledigen. Ebenso wie Wikipedia, wo eine nicht geringe

Anzahl von Autoren eine auffällige Nähe zum Staat aufweist und das Wissensportal tendenziös manipuliert.

Die Politik ihrerseits lässt jegliche Kritik schlicht und einfach an sich abprallen und setzt ihre Agenda stoisch fort. Wie verworren die Antworten auf der Bundespressekonferenz auch sein mögen, wie widersprüchlich die Aussagen auch sind, man wiederholt die Lüge oder täuscht Unwissenheit vor. Verantwortung übernimmt niemand. Die wird so lange negiert und weitergereicht, bis ein Skandal vergessen und die nächste Sau durchs Dorf getrieben wird. Der Staat sitzt aus. Die Drecksarbeit im Internet erledigen unterdes YouTube, Facebook, Twitter und Co.

»Oft tut auch der Unrecht, der nichts tut. Wer das Unrecht nicht verbietet, wenn er kann, der befiehlt es.« (Marcus Aurelius)

Welche Inhalte von den Plattformbetreibern auszuradieren sind, legen neben Gesetzen und Verordnungen sowohl nationale Denkfabriken wie die Amadeu Antonio Stiftung als auch Richtlinien der WHO oder anderer supranationaler Organe fest. Das Resultat dieser demokratisch illegitimen, strukturellen Zusammenarbeit von Staat, Privatwirtschaft und NGOs formt ein korporatistisches Informationsmonopol. Die Deutungshoheit über das, was der Bevölkerung medial als Realität dargeboten wird. Die absolute Wahrheit und nichts als die Wahrheit. Unfehlbar. Und von der Wissenschaft verifiziert – das Narrativ.

Dass selbiges sich keinesfalls rein zufällig entwickelt oder in der Reaktion auf unvorhergesehene Ereignisse entsteht, sondern im Zuge disruptiver Krisen bewusst lanciert wird, um wirtschaftspolitische Ziele gegen den Willen der Bevölkerung durchzusetzen, zeigt das jüngste Meeting des WEF (World Economic Forum). Es trug den vielsagenden Arbeitstitel »The

Great Narrative«. Das Mission Statement und die Agenda des Meetings, welches vom 10. November bis 13. November letzten Jahres in Dubai stattfand, offenbart, um was es dem Club der 1.000 mächtigsten Konzerne der Welt geht. Glaciert mit einem schmierigen Film schönfärberischer Worthülsen, die man aus der Unternehmenskommunikation oder dem Marketing kennt, erklärt die offizielle Webseite des WEF die Ziele des jährlichen Stelldicheins internationaler Konzern-Oligarchie wie folgt:

»*Das Great Narrative-Meeting ist ein Dreh- und Angelpunkt der Great Narrative-Initiative, einer gemeinsamen Anstrengung der weltweit führenden Denker, längerfristige Perspektiven zu entwickeln und eine Erzählung mitzugestalten, die dazu beitragen kann, eine belastbarere, integrativere und nachhaltigere Vision für unsere kollektive Zukunft zu schaffen. Spitzendenker unterschiedlicher Disziplinen – darunter Zukunftsforscher, Wissenschaftler und Philosophen – werden frische Ideen für die Zukunft einbringen. Ihre Überlegungen werden in einem demnächst erscheinenden Buch namens The Great Narrative veröffentlicht, das voraussichtlich im Januar 2022 publiziert wird.*«

Simplifiziert: Man stimmt in vertrautem Kreis ab, auf welche Verkaufsargumente man sich einigt, um anschließend jene Kommunikationsstrategien, -formate und -formen zu entwickeln, mit welchen sich die Normalbevölkerung auf den gewünschten Kurs bringen lässt. Man will den »Manufactured Consent«, wie es im Englischen treffend beschrieben wird. Denn Widerstand verteuert Wandel. Vor allem, wenn sich die Veränderung als ausschließlich nachteilig für das zu verändernde Subjekt herausstellt.

So treffen sich die Manager der internationalen Oligarchie in Davos, um Drehbücher für die Demokratie-Darsteller in Politik und Medien zu entwerfen. Sie schreiben Geschichten. Und

das letzte Werk des WEF, Covid-19 – Der große Umbruch (The Great Reset), war ein Besteller.

Es war ähnlich rasch auf dem Markt wie das neue Buch, The Great Narrative. Nur drei Monate nach Ausrufung der Pandemie durch die WHO hatte der Gründer des WEF, Klaus Schwab, zusammen mit »Co-Autor« Thierry Malleret einen neuen Entwurf der Welt ersonnen, niedergeschrieben und veröffentlicht. Jeder, der sich etwas mit Literaturhandwerk und -betrieb auskennt, weiß, dass dies eine äußerst ambitionierte, um nicht zu sagen unrealistische Zeitspanne ist, und das besagte Werk somit einige Zeit vor der Corona-Krise verfasst worden sein muss. Das gleiche gilt für den nun am 5. Januar 2022 publizierten Nachfolger zu Schwabs dystopischem »Great Reset«, bei dem die gleichen Autoren in blumigen Worten von einer besseren Welt nach ihrem Gustus faseln, wie schon ein kurzes Zitat aus dem Pressetext belegt:

»*Das Buch erkennt an, dass die Probleme, für die wir gemeinsam Lösungen finden müssen, sowohl groß als auch vielfältig sind. Es gibt viele wichtige Themen: Wirtschaft, Umwelt, Geopolitik, Gesellschaft und Technologie. Aber Lösungen existieren und sind in unserer Reichweite. The Great Narrative schlägt einige hoffnungsvolle und inspirierende Erzählungen um sie herum vor. In diesem Sinne ist es ein optimistisches Buch, das die Negativität kategorisch zurückweist, die bei zu vielen Weltuntergangserzählungen durchdringt, die bereit sind, uns einer Zukunft des Vergessens zu überlassen.*«

Dass man bei derartigen Phrasen von orwellschem Neusprech ausgehen und die Bedeutung praktisch umkehren darf, realisierten im Zuge der vergangenen zwei Jahre immer mehr Menschen, die von den institutionellen Kräften, denen sie vertraut haben, bitter enttäuscht wurden. Obwohl das WEF mit seinen im Kern inhumanen Plänen für eine vermeintlich bessere Zukunft nicht hinterm Zaun hält, sie im Gegenteil in

Buchform anpreist, regt sich im Rahmen ihrer offensichtlichen, nationalstaatlichen Umsetzung kein breiter Widerstand gegen den Club der Milliardäre. Denn die Politik folgt dem Skript aus Davos nicht nur, sie ist integraler Bestandteil der Show. Wenn auch nur in einer öden Nebenrolle.

Kein Spitzenpolitiker oder Gewerkschaftler erhebt, auf staatliche Souveränität verweisend, Einspruch gegen Ansprüche und Übergriffe von Privatunternehmen, die sich institutioneller Funktionen bemächtigen und zu hoheitlichen Aufgaben aufschwingen. Niemand aus der Regierung verteidigt die Demokratie gegen eine Machtübernahme durch Konzerne und Kapitalsammelstellen. Kein Abgeordneter kritisiert die offensichtlich kriminellen Kartelle. Ein missgünstiges Raunen geht lediglich dann durch den öffentlichen Debattenraum, wenn ein liberale Stimme versucht, Kritik am feudalistischen Vorgehen des Milliardärsvereins zu artikulieren, der sich in seiner Selbstwahrnehmung längst der UNO erhaben sieht, wie hauseigene Texte des WEF nahelegen.

Und tatsächlich hat das World Economic Forum mittlerweile vermutlich mehr Einfluss als der internationale Staatenbund mit Sitz in New York. Denn das von Henry Kissinger maßgeblich initiierte und von seinem Protegé Klaus Schwab in den 1970-Jahren als Management-Symposium gegründete Vehikel zur Implementierung einer Global Governance nach angloamerikanischem Vorbild hat nahezu unbegrenzten Zugang zu Geld und Macht. Die UNO hingegen ist finanziell abhängig. Sie steht unter der Knute des korporatistischen Systems, das sie am Leben erhält – um aus wirtschaftlichen Interessen der Konzerne Leitlinien für globales Handeln entwickeln zu lassen, die man Nationalstaaten mittels undemokratischer Prozesse oktroyiert. Der illustre Zirkel der wichtigsten Financiers der Vereinten Nationen rekrutiert sich selbstredend aus dem Dunstkreis von Schwabs Imperialisten-Clique.

Aus welch dunklem Gedankengut sich der globalistische Elan des WEF-Gründers speist, beschreibt ein ausführlicher Artikel von Johnny Vetmore für Unlimited Hangout vom 20. Februar 2021, der auf die düstere Familiengeschichte des 1938 in Ravensburg geborenen Netzwerkers eingeht und Licht auf die Nazi-Kollaboration von Schwabs Vater wirft. Dass wirtschaftliche Vorteile nicht das einzige Motiv für die Deutsche Familie und ihre Bemühungen um Einfluss waren, sondern von Eugenik durchsetzte politische Interessen im Vordergrund standen, belegt Vetmore mit einer detaillierten Recherche.

Benito Mussolini wäre stolz auf Schwab und Konsorten. Denn sie erfüllen die Vorstellungen des ehemaligen Duce von einer modernen Diktatur, über die der frühere Tyrann Italiens sagte:

»Korporatismus ist die treffendere Bezeichnung für die ideale Form des Faschismus.«

Meetings wie »The Great Narrative« und die Publikationen des WEF belegen schwarz auf weiß, dass Drehbücher, Narrative und Emotionen wichtiger sind als tradierte Wertesysteme, Tatsachen, Rationalität und Vernunft, um geostrategische Interessen durchzusetzen. Und, dass die jeweiligen staatlichen Reaktionsmuster auf Krisen kein Zufall sind. Diese schlummern meist einsatzbereit in der Schublade, wenn das Chaos losbricht. Denn im Windschatten des Notstands lassen sich auch unpopuläre Vorhaben umsetzen. Das hat uns Corona überzeugend vor Augen geführt. Etwa 190 Regierungen operierten mit nahezu identischen Maßnahmen, und – in diesem Kontext viel interessanter – mit deckungsgleichen Kommunikationsstrategien und Inhalten. Ein internationaler Kanon der Unterdrückung.

Vorausschauende Planung und Insiderwissen von Krisenprofiteuren implizieren Strategiepapiere, zum Beispiel das Lockstep-Szenario der Rockefeller Foundation von 2009, und Simulationsplanspiele wie Event 201, das wenige Monate vor

Pandemiebeginn genau jene Szenarien generalgeprobt hat, die in der Folge zwei Jahre lang das Leben der gesamten Weltbevölkerung dominierten. Ähnlich verhält es sich mit der Simulation Cyber Polygon, die einen massiven Ausfall digitaler Infrastruktur nachstellt – der bisher nicht eingetreten ist, aber schon aufgrund des entsprechenden Planspiels eine hohe Eintrittswahrscheinlichkeit vermuten lässt. Denn verblüffend häufig passt sich die Realität kurzfristig den fiktiven Inhalten der diversen Katastrophenschutzübungen an.

Dem Normalbürger fällt es dennoch schwer zu glauben, dass ein globales Event wie Covid-19 zentral plan- und steuerbar ist. Auch wenn das Vorgehen der Staaten erstaunlich homogen und synchronisiert erscheint, schreiben die Menschen dies eher einer Überreaktion der WHO oder Regierung zu, als anzuerkennen, dass Krisen und Kriege von den Mächtigen durchaus gewollt sind und deren Instrumentalisierung daher von langer Hand geplant wird. Der Vorsatz scheint unvorstellbar. Und eine weltweite Koordination unmöglich.

Auch wenn das Management des Staatswesens der Führung eines Großkonzerns gleicht. Der CEO eines Industrieriesen steuert hunderttausende von Mitarbeitern, dutzende Landesgesellschaften, Aktionäre, Politik, Lobby-Verbände, Gewerkschaften und Medien auf der ganzen Welt. Hierarchisch organisiert. Mittels aggressiver Rechtsabteilungen, einer Armada von Beratungshäusern, ausgefeilter Kommunikationsstrategien, mit Change-Management-Projekten, Werbung und Image-Kampagnen – und vor allem mit viel Geld. In Form von Krediten, Subventionen, Schmier- oder Schwarzgeld. Je nach Flussrichtung der Finanzströme. Nichts anderes macht Politik.

Der moderne Totalitarismus muss eine mediale Parallelwelt erzeugen, eine Scheinrealität, die seine Existenz und sein Handeln legitimiert. Er muss agitierend für sein Produkt werben,

weil ihm seit Jahrzehnten die Kundschaft davonläuft. Er hat das Vertrauen verspielt. Das beweisen Umfragen vor der aktuellen Krise, die deutlich zeigten, dass kaum noch jemand dem System Staat wirklich Glauben schenkte. In der Folge entwickelt das System, wie ein Marktstratege auch, Kommunikationswerkzeuge, die ihm helfen, seine Kundschaft an sich zu binden – wie zum Beispiel das Panik Papier, das es so nicht nur in Deutschland, sondern auch in Amerika, Großbritannien, Frankreich und anderen Ländern gab. Denn wenn es mit Begeisterung nicht klappt, weicht der Staat auf Angsttreiberei aus, um die Massen in seinem Bann zu halten. Wer Grundkenntnisse in Geschichte hat, ist sich dessen bewusst.

So ein großes Narrativ ist allerdings eine kostspielige Angelegenheit. Noch nie in der Geschichte haben Regierungen so viel Geld für Eigenwerbung und Propaganda ausgegeben wie seit Ausrufung der Pandemie. Im Vereinten Königreich zum Beispiel stiegen die Staatsausgaben für Werbung im Jahr 2020 um sagenhafte 238 Prozent – auf eine Gesamtsumme von 164 Millionen Britische Pfund, wie »The Drum« in einem Artikel vom 23. März 2021 berichtet. Ähnliche Zahlen finden sich für alle Länder, die unter dem Corona-Regime von staatlichen Marketing-Offensiven heimgesucht wurden. Auch die deutsche Bundesregierung gab im Jahr 2020 insgesamt 150 Millionen Euro für Werbung aus (Quelle: Statista). So fließen Unsummen von Steuergeldern über den Staat an Big Tech. Als hätte Silicon Valley nicht schon genug von der künstlich verschärften Krise profitiert.

Das System erzwingt eine mediale Realität, die mit der Lebenswirklichkeit der Bevölkerung, mit Demokratie und einer sozialen Marktwirtschaft nichts zu tun hat.

Wie ein DAX-Unternehmen, das um jeden Preis und mit penetranter, irreführender Werbung sein Produkt an den Mann bringen will. Oder ein Pharma-Konzern namens Pfizer, der be-

reits 75-mal wegen krimineller Machenschaften belangt wurde, den Konsumenten aber dennoch von seiner Covid-Injektion überzeugen kann. Der Prozess funktioniert allerdings nur, wenn das Hintergrundrauschen kritischer Stimmen nicht allzu laut wird. Konzerne regeln eskalierende Produkthaftungsfragen gerne diskret über außergerichtliche Vergleichszahlungen, Image-Kampagnen und dergleichen. Der Staat, der den Glauben an seine Legitimation unter allen Umständen aufrechterhalten muss, steht dahingehend unter Druck. Das System und seine Exekutive müssen zumindest vordergründig moralisch handeln. Auf der einen Seite darf eine Regierung nicht den Eindruck erwecken, anti-demokratisch zu agieren, darf keine Schlagzeilen und Bilder erzeugen, die Vergleichbarkeit mit faschistischen Systemen erlauben. Auf der anderen Seite kann der Staat die Wogen der Kritik nicht so hoch werden lassen, dass sie sein Fundament – den bedingungslosen Glauben an seine Notwendigkeit – unterspülen.

So entsteht, immer unter dem Vorwand, potenziellen Demokratiegefährdern etwas entgegensetzen zu müssen, freiheitsfeindliches Regelwerk. Zum Beispiel das Netzwerkdurchsetzungsgesetz, für das zum 01. Februar 2022 eine weitere Verschärfung in Kraft tritt. Das Gesetz wurde von Beginn an scharf kritisiert, weil nicht wenige Datenschützer massive Bedenken hinsichtlich potenziellen Missbrauchs des juristischen Winkelzuges anmeldeten. Noch im Januar 2019 berichtete heise.de in einem Beitrag, Befürchtungen von Kritikern hätten sich bis jetzt nicht bestätigt. Man nehme bisher kein »Overblocking« war. Denn Plattformen wie YouTube »löschen« damals noch »maßvoll«. Der Artikel moniert zu diesem Zeitpunkt gar zwischen den Zeilen, dass nicht genug Hassrede aus dem Netz entfernt würde – und zitiert grüne Politiker, die in der juristischen Aufrüstung des Staates gegen Meinungsfreiheit keine Gefahr von Missbrauch oder Zensur sehen, sondern sogar Verschärfungen des Gesetzeswerks fordern. Dass die Mahner am Ende Recht behalten sollten, zeigte sich anschau-

lich im Jahr 2020, als YouTube innerhalb eines Quartals circa zwei Millionen Kanäle löschte, weil sich das offizielle Narrativ von fundierter Kritik gefährdet sah.

Machtausbau hat immer den Zweck, Anwendung zu finden. Die normativen Ziele einzelner Vorhaben liegen anfangs oft im Dunkeln. Teilprojekte bleiben unbeachtet. Erst auf der Zeitachse und in Summe ihrer Einzelergebnisse lassen kleine, häufig irreversible Schritte des Staates erahnen, welch übergeordnete Strategie den Einzelvorhaben zu Grunde liegt.

Deutlich wird das zum Beispiel am zunächst wenig beachteten Infektionsschutzgesetz, mit dem die Bundesregierung es schließlich vollbrachte, Grundrechte zu Privilegien zu degradieren. Die von den Hegemonialmächten finanzierten Think Tanks haben einen weiten Planungshorizont. Sie verwandeln die Strategien ihrer Sponsoren in schwer überschaubaren Zeiträumen und über intransparente, supranationale Institutionen und Prozesse in nationale Legislatur. Dieser Vorgehensweise ist zu verdanken, dass aus dem freien Internet binnen eines Jahrzehnts eine monopolisierte und überwachte Plattform-Ökonomie wurde.

Regelmäßige Online-Säuberungsaktionen sind nur eines der Symptome des Tumors, der im World Wide Web gediehen ist. Der Internet-Inquisition, dem digitalen Niederbrennen alexandrinischer Bibliotheken, fallen immer mehr renommierte Wissenschaftler, Ärzte, Journalisten und Künstler zum Opfer. Mit ihren Webseiten, Dokumenten, Kanälen, Videos und Tweets verschwinden wichtige Informationen, Indizien und Beweise aus dem Netz. Das System blockiert mit immensem technischen Aufwand den Zugang zu unerwünschten Inhalten. Jüngste Opfer der von den Plattform-Oligarchie durchgesetzten Internet-Zensur sind unter anderem Dr. Robert Malone, hochdotierter Wissenschaftler und Entwickler der mRNA-

Technologie, sowie Henryk M. Broder, ein angesehener Publizist. Die Sünde: Freie Meinungsäußerung.

Dr. Malone hatte anhand seriöser Daten aufgezeigt, dass die Schutzwirkung der Impfung, also ihr Nutzen, eben nicht das augenscheinlich hohe Risiko von unabsehbaren Nebenwirkungen übersteigt. Daraufhin wurde sein Twitter-Account kurz vor dem Jahreswechsel suspendiert. In einem Gespräch mit Podcast-Star Joe Rogan am 30. Dezember 2021 konnte er seine Erkenntnisse jedoch einen Tag nach der Exkommunikation durch Big Tech im Rahmen einer beachtenswerten, zweieinhalbstündigen Sendung präsentieren – und damit der Zensur ein Schnippchen schlagen, wie Die Weltwoche es am 02. Januar 2022 formulierte. Denn Joe Rogan's Sendung ist der erfolgreichste Podcast der Welt und erreicht mittlerweile mehr Menschen als CNN. Speziell dann, wenn es um die sakrosankte mRNA-Injektion geht, deren Nebenwirkungen gerade in den USA, wo ständig neue Leaks und Skandale rund um Anthony Fauci und das CDC (Centers for Disease Control) ans Tageslicht kommen, kaum noch zu relativieren sind. Die entsprechenden Hintergründe arbeitet unter anderem Robert F. Kennedys aktuelles Buch, »The Real Anthony Fauci«, minutiös auf.

Henryk M. Broder wird ebenfalls vorgeworfen, sich in einem seiner Videos kritisch gegenüber der Corona-Politik geäußert zu haben, wie das von ihm als Herausgeber geleitete Medien-Outlet achgut.com vermeldet.

YouTube löschte anschließend den gesamten Kanal von achgut.com. Bereits Monate zuvor wurden die Kanäle von Ex-Fokus-Korrespondent Boris Reitschuster, der über 300.000 Abonnenten hatte, sowie jener von Investigativ-Journalist James Corbett, ebenfalls mit Abermillionen von Zuschauern, auf Eis gelegt. Wie tausende andere kritische Stimmen vor und

nach ihnen. Doch das plumpe Ausmerzen von nonkonformen Inhalten ist dabei noch nicht einmal das größte Problem.

»Der Feind ist die Selbstzensur. In einer freien Gesellschaft ist es eine große Gefahr, wenn man so viel Angst hat, dass man sich selbst zensiert.« (Tim Robbins)

Bestrafe einen, erziehe tausende. Das wusste schon Mao. So ist nicht nur die direkte Zensur ein Krebs, der sich mit streuenden Tumoren in die Gesellschaft frisst, sondern auch die parallel Einzug haltende Schere im Kopf. Kritiker passen ihre Formulierungen an, verwenden bestimmte Begriffe nicht mehr, umschiffen Themen, um zu vermeiden, dass auch ihr Angebot aus dem öffentlichen Raum gemobbt und gecancelt wird. Währenddessen ebnet das Verhalten der meinungsbildenden Leitmedien den Weg für das Vergessen der Zukunft. Da die Kinder und Enkel von heute in der Zukunft gar nicht mehr wissen werden, was sie vermissen sollten, werden sie in dieser wahrscheinlicher werdenden Dystopie des digitalen Totalitarismus nie mehr die Chance haben, für etwas zu kämpfen, das es wert wäre. Nicht nur die Gegenwart, auch die Vergangenheit wird optimiert. Der digitale Raum muss das Narrativ abbilden, die vom System kuratierte Realität nacherzählen.

Die allergischen Abwehrreaktionen des gesichtslosen Imperiums gegenüber jeglichem Nonkonformismus zeigen sich exemplarisch am Sturm der Entrüstung, der in den Leitmedien erzeugt wird, weil ein nicht geimpfter Novak Djokovic in Australien einreisen möchte, um als Favorit die Australien Open zu spielen. Negativ getestet, wohlgemerkt. Den Vorschriften entsprechend. Dennoch – Urteil des öffentlichen Prangers: Ein Egoist, wie Spiegel-Autor Peter Ahrens am 10. Januar 2022 umgehend zu kommentieren wusste. Rufmord und Framing wie aus dem Lehrbuch. Aufgrund einer höchst privaten Risikoabwägung des topfitten Weltranglistenersten.

Der omnipräsente Protektionismus von Politik und Massenmedien gegenüber dem hegemonialen Narrativ erinnert an mittelalterliche Hexenjagd, die in blinder Raserei auch Tiere und Kinder ihrem religiösen Wahn opferte. Denn auch institutionelle Kirchen funktionieren seit jeher wie ein hierarchisch organisierter Konzern, der sein Produkt – in diesem Fall die individuelle Exegese der entsprechenden Heiligen Schrift – mit allen Mitteln zu verbreiten sucht. Notfalls mit Betrug, Waffengewalt und Manipulation von Adepten, Anhängern und Untergebenen, wie nicht nur die Kreuzzüge gezeigt haben. Auch das New-Normal-Narrativ beruht auf Massenpsychose und kognitiven Dissonanzen, wie Dr. Robert Malone im zuvor erwähnten Gespräch mit Joe Rogan diagnostizierte. Legitimation, Macht und Massenhysterie speisen sich aus Orientierungs- und Willenlosigkeit der Beherrschten. Darum geht es dem modernen Feudalismus, wenn er anstelle von rationalen, demokratisch legitimierten, politischen Programmen, vor Arroganz strotzende Drehbücher und Narrative proklamiert, um elitäre Utopien eines inhumanen Transhumanismus durchzusetzen.

»Diese Aufhebung des konkreten Individuums in einem moralischen Ganzen ist geradezu eine Aufforderung an Usurpatoren, sich als Vertreter dieses ganzen aufzuspielen und im Namen des Ganzen die tatsächlichen Wünsche von Menschen zu ignorieren, ja sie im Namen einer wahren Freiheit zu unterdrücken.« (Isaiah Berlin)

Die eruierten Sachverhalte legen nahe, dass ein Widerstand gegen die menschenverachtende Pandemie-Politik nur dann Sinn macht, wenn er sich außerhalb des lancierten Narratives bewegt. Kritik am Narrativ selbst, oder innerhalb der Leitplanken, der durch die offizielle Erzählung erzeugten Scheinrealität, verpufft wirkungslos. Denn Opposition und Gegenwind im definierten Debattenraum sind eingepreist. Jeder gute Manager macht das, wenn er Veränderungen plant, die Beleg-

schaft oder Aktionären zum Nachteil gereichen. Ein Kommunikationsplan konsolidiert potenzielle Risiken, die im Rahmen eines Projektes auftreten können, gewichtet und priorisiert diese nach Eintrittswahrscheinlichkeit, um bei Beginn des Ereignisses auf standardisierte Prozesse zurückgreifen zu können, die vor dem Projektstart definiert wurden. Nicht umsonst haben die Teilnehmer der verschiedenen Pandemie-Simulationen, die im Zuge der zurückliegenden Dekade stattfanden, immer auch den Umgang mit Fake-News, Social-Media-Kritik, kritischen Prominenten, Widerstand und sozialen Unruhen trainiert.

Wenn die technokratisch-hegemoniale Oligarchie erfolgreich mit Narrativen arbeitet, selbst wenn die Fakten gegen sie sprechen, sollte die Opposition diese Strategie eventuell kopieren. Denn sie funktioniert. Wie sonst lässt sich erklären, dass ein System, welches gebetsmühlenartig an das grüne Gewissen seiner Bürger appelliert, ernst genommen wird, obwohl es gleichzeitig darauf besteht, dass Airlines wie beispielsweise die Lufthansa 18.000 Leerflüge absolvieren, um Start- und Landerechte nicht zu gefährden. Perverse Auswüchse eines sozialistisch gefärbten Turbokapitalismus, der Begriffe wie Umweltschutz, Atomausstieg und Nachhaltigkeit wie eine Monstranz vor sich herträgt, seinen Worten aber nie Taten folgen lässt.

Das Beispiel zeigt: Der Versuch, die Wirkung offizieller Erzählungen einzudämmen, kostet vergebliche Liebesmüh. Die Staats- und Konzernmedien haben (noch) zu viel Reichweite und Einfluss. Mit einem geschickten Kommunikationsplan jedoch, könnte auch die Opposition mehr öffentliches Momentum generieren. Denn ein synchrones Vorgehen aller kritischen Bewegungen würde für mehr Sichtbarkeit und Akzeptanz in der Gesamtbevölkerung sorgen – unter der Voraussetzung, dass friedlich protestiert, homogen kommuniziert und eine allgemeinverständliche, positive Nachricht

transportiert wird. Diese könnte auf einer zeitnah realisierbaren, gesellschaftspolitischen Vision beruhen, die ideologische Brücken baut und basisdemokratische Elemente mit libertären Ansätzen und sozialer Marktwirtschaft kombiniert. Zu einem entsprechenden parteiübergreifenden Diskurs hatte ich in meinem letzten Text angeregt.

Wer das attraktivere Bild einer erreichbaren Zukunft zeichnen und seine Zwischenstationen auf dem Weg dorthin anschaulich darstellen kann, wird langfristig mehr Zulauf haben. Weder »The Great Reset« noch »The Great Narrative« versprechen für den Normalbürger, egal welchem politischen Spektrum oder welcher Gehaltsklasse er angehört, eine rosige Zukunft. Noch sehen das nicht alle. Aber auch der bildgewaltigste Hollywood-Blockbuster begeistert nicht dauerhaft, wenn das Drehbuch nichts taugt. Manchen Film möchte man einfach kein zweites Mal sehen. Deswegen ist jetzt die Zeit, gemeinsam unser Narrativ, unsere Stories für ein soziales Miteinander von morgen zu schreiben. Die Utopie normaler Menschen. Die schöneren Geschichten. Denn selten standen die Chancen besser, dass eine davon Realität wird.

»Große Geister diskutieren über Ideen, durchschnittliche über Ereignisse, schwache über Menschen.« (Sokrates)

| 15. Januar 2022

Mao, Yale und die Hegemonie

Die Politik zeichnet ein ambivalentes Bild vom Reich der Mitte. Einmal als totalitäres Regime, dann als Paradebeispiel für Effizienz und Prosperität. Zwei Narrative. Doch welche Rolle spielt China nun im geopolitischen Monopoly?

»Das Illegale erledigen wir sofort, das Verfassungswidrige dauert etwas länger.« (Henry Kissinger, WikiLeaks)

Mao Zedong ist Yale-Alumni. Sozusagen. Denn auch wenn er nicht offiziell auf der Elite-Universität in den USA studiert oder promoviert hat, war er doch Chefredakteur der Zeitschrift »The New Human«, herausgegeben von »Yale-in-China«, einem Ableger der amerikanischen Kaderschmiede, welcher 1913 ins Leben gerufen wurde. Acht Jahre vor der Gründung der Kommunistischen Partei Chinas. Yale dokumentiert diese Anekdote stolz im hauseigenen Archiv der »Yale Daily News«. Wie der referenzierte, am 5. Mai 1967 veröffentlichte Artikel von Jonathan Spence ausführt, folgte Mao einer offiziellen Einladung der Amerikaner. Einflussreiche Kreise beschlossen demnach aus nicht näher erläuterten Beweggründen, den unbekannten Demagogen zu unterstützen. Dies, nachdem sein erster Versuch, in der chinesischen Heimat kommunistisches Gedankengut in Form einer Wochenzeitung zu verbreiten, gescheitert war. So nahm er das Angebot dankend an und machte die Yale-in-China-Publikation zum Sprachrohr seiner politischen Thesen.

Wie der Artikel von Jonathan Spence erörtert, verlagerte sich der Fokus des Magazins mit Maos Übernahme der Redaktion drastisch. Denn ab diesem Zeitpunkt widmete sich das Blatt

Sozialkritik und »thought reorientation«. Wörtlich übersetzt: Gedanken Re-Orientierung. Ein Euphemismus für Manipulation.

Doch damit nicht genug. Yale-in-China finanzierte dem jungen Mao Zedong auch seinen ersten Buchladen. Da der spätere Anführer der Volksrepublik China mittellos war, kam Yale für die Miete von drei Räumen auf. Binnen kurzer Zeit schaffte es der ambitionierte Kommunist, sieben weitere Filialen zu eröffnen und so mit dem Verkauf marxistischer Literatur signifikant zur Finanzierung der Kommunistischen Partei sowie der Sozialistischen Jugendbewegung beizutragen. Von da an ging es mit der Karriere des mutmaßlich größten Massenmörders aller Zeiten steil bergauf.

Es ist zunächst schwer vorstellbar, warum Jonathan Spence in seinem Artikel nicht ohne Stolz darauf verweist, dass Mao Zedong ohne das Zutun von Yale wohl nie zu dem geworden wäre, was er war. Denn als der Text in den Yale Daily News erschien, hatte der von einer US-Elite-Universität finanzierte Tyrann schon Millionen von Menschen auf dem Gewissen. Direkt oder indirekt. Je nach Lesart gehen zwischen 42 und über 100 Millionen Tote auf das Konto des Yale-Protegés, wie Global.Security.org in einer detaillierten Analyse diskutiert.

Und die Beziehungen der Elite-Universität sowie ihrer sagenumwobenen Studentenverbindungen nach China gehen noch tiefer, wie Yale auf der eigenen Homepage enthusiastisch berichtet. Man blickt gerne zurück auf eine gemeinsame Geschichte mit dem Reich der Mitte. So waren, bis auf eine Ausnahme, alle US-Botschafter in China Mitglied einer Studentenvereinigung in Yale. Beispielsweise George H. W. Bush, der 1974 von Gerald Ford zum Chef-Diplomaten der USA in der Volksrepublik ernannt und zwei Jahre später Chef der CIA wurde.

Enge Kontakte nach China pflegte jedoch nicht nur Yale. Wie chinesische Nachrichten berichteten, identifizierte eine von Bloomberg veröffentlichte Reportage ein Netzwerk von insgesamt 103 Personen aus den acht einflussreichsten Familien Chinas, die allesamt auf US-Universitäten wie Harvard, Stanford oder Princeton studierten und im späteren Leben eng verbunden blieben, beruflich wie privat. In den einflussreichsten Positionen ihres Heimatlandes. Als Politiker, Vorstandsmitglieder kooperierender Unternehmen, auf diplomatischer Ebene und im Rahmen von Eheschließungen innerhalb des Netzwerks. Die chinesische Elite genießt ihre universitäre Ausbildung demnach vornehmlich in den Kaderschmieden des vermeintlichen Klassenfeindes.

Nach der Ausrufung der Volksrepublik durch Mao Zedong am 1. Oktober 1949 war China lange Zeit abgeschottet. Erst mit dem Tod des gottgleichen Diktators begann das bevölkerungsreichste Land der Welt sich zu öffnen. US-Präsident Richard Nixon erntete Lorbeeren dafür, erste Handelsbeziehungen initiiert zu haben, nachdem er 1972 das Land besucht hatte. Doch es war der umstrittene und von vielen als Kriegsverbrecher betrachtete Henry Kissinger, der im Vorfeld den Kontakt zur chinesischen Führung herstellte und 1972 nach Peking reiste, um das sogenannte »Shanghai Communiqué« auszuhandeln. Dafür ehrte der »US-China Business Council« den wichtigsten Verhandlungsführer der USA zu seinem 40-jährigen Jubiläum – denn genau ein Jahr nach Kissingers Besuch in China nahm diese intransparente, von Top-Managern der Konzern-Kartelle geleitete Vereinigung, ihre Arbeit auf. Sicher nicht ganz ohne Kissingers Zutun und eine Finanzspritze seines größten Gönners – dem 2017 verstorbenen David Rockefeller, dem einflussreichsten Finanz-Magnaten seiner Generation.

Der Top-Bankier war es, der Kissinger beauftragte, Kontakte nach China zu knüpfen und wirtschaftliche Beziehungen zu entwickeln. Er hatte den jungen Henry Kissinger im Council

on Foreign Relations (CFR) entdeckt, einer weiteren abseits der Öffentlichkeit operierenden Organisation der amerikanischen Oberschicht. Das Deutsche Pendant zum CFR ist der Verein »Atlantik-Brücke«. Nachdem Kissinger zunächst Aufgaben für den CFR übernommen hatte, nahm Dynastie-Patriarch David Rockefeller ihn später selbst unter seine Fittiche – und fand in dem 1923 in Fürth (D) geborenen Harvard-Absolventen einen skrupellosen wie fähigen Vertrauten. Kissinger half dem öffentlichkeitsscheuen Finanz-Mogul fortan loyal und bis zu seinem Lebensabend, die kontroversen Ziele seiner superreichen Sippe zu verwirklichen. Und die sind keineswegs bescheiden. Oder philanthropisch.

»Macht ist das größte Aphrodisiakum.« (Henry Kissinger)

Das Rockefeller-Imperium hatte schon lange vor allen politischen Gesandten seine Tentakel in Richtung China ausgestreckt. Die ursprünglich aus Deutschland stammende Familie, deren Wurzeln sich bis ins 17. Jahrhundert zurückverfolgen lassen, engagiert sich seit Anfang des 20. Jahrhunderts auffallend stark im Land der »demokratischen Diktatur des Volkes«, wie die Homepage des »Rockefeller Brothers Fund« dokumentiert. Schon 1917 stiftete der 1839 geborene Industrie-Magnat John D. Rockefeller, der als reichster Amerikaner aller Zeiten bezeichnet wird und einst mit betrügerischen Schlangenöl-Geschäften den Grundstein für das Familien-Imperium legte, China eine Schule. Er machte etwa zu der Zeit zum ersten Mal im von der Fläche drittgrößten Land der Welt von sich reden, als die Kommunistische Partei gegründet wurde. Sicher nur ein Zufall.

Wie auch die Tatsache, dass das Filet-Grundstück am East River, auf dem das Hauptgebäude der UNO in New York steht, eine Spende der Rockefellers war. Und vermutlich wären weder UNO noch WHO ohne die philanthropisch hyperaktive Familie gegründet worden. Denn niemand sonst engagierte

sich derart früh und massiv für das Thema Globalisierung. Im Geiste der Rockefellers eventuell treffender als Weltherrschaft bezeichnet. »The Lancet« hebt diesbezüglich in einem Beitrag vom 11. Mai 2013 hervor, dass niemand in den vergangenen 100 Jahren mehr Einfluss auf dem Feld »Globale Gesundheit« hatte als die Rockefeller-Stiftung. Das im Jahre 1910 beginnende Archiv der Familienorganisation gibt einen eindrucksvollen Überblick über die Einflusssphären, die sich der Clan in knapp einem Jahrhundert erschlossen hat. Auffällig häufig und früh wandern finanzielle Zuwendungen nach China. Und das zugängliche Archiv listet nur die Ereignisse, für die man sich in der Öffentlichkeit mit Wohltätigkeit brüsten kann.

David Rockefeller, der Nachfolger des Patriarchen, zeigte ebenfalls schon früh große Sympathien für die Volksrepublik, lobte in einem Zeitungsartikel Mao's Führungsrolle und bezeichnete »das soziale Experiment der Chinesen als eines der wichtigsten und erfolgreichsten der Menschheitsgeschichte«. Aus dem Munde des damaligen Vorstandsvorsitzenden der »Chase Manhattan Bank« – einem Aushängeschild des kapitalistischen Systems – dessen Vermögen bei seinem Ableben auf 3,5 Milliarden US-Dollar geschätzt wurde, klingt das zunächst befremdlich. Betrachtet man die seit einem Jahrhundert bestehenden wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen den USA und China allerdings im Kontext der sozioökonomischen Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit, ergeben derartige Aussagen durchaus Sinn. Denn Ideologien, Nationalismus oder humanistische Werte spielten für das Großkapital noch nie eine Rolle. Geld kennt keine Moral.

Kaum hatte Henry Kissinger im Auftrag von Rockefeller dafür gesorgt, dass ein Handelsabkommen mit dem kommunistischen Regime zustande kam, richtete die »Chase Manhattan Bank« in den eigenen Geschäftsräumen vor Ort ein Meeting aus, an dem Vertreter der 300 wichtigsten Konzerne der Welt teilnahmen. Sie analysierten, welche Sektoren der chinesi-

schen Wirtschaft sich am ehesten für die Öffnung des Marktes und entsprechende Investitionen eigneten. Zumindest offiziell. So begann Mitte der 1970er-Jahre eine rasante Entwicklung, die sich im Laufe der vergangenen 50 Jahre kontinuierlich intensiviert hat. Obwohl China auf der internationalen politischen Bühne und in den Massenmedien gerne wegen seiner Menschenrechtsverletzungen angeprangert wird, gehen die Supermächte hinter den Kulissen des medialen Narratives ökonomisch-symbiotische Verbindungen ein.

Die überstaatlichen, wirtschaftlichen und technologischen Verbindungen zwischen beiden Staaten vertiefen sich seit nunmehr einem halben Jahrhundert. Vor allem aus Amerika fließt seit dem ersten Handelsabkommen permanent technisches Know-How nach China, wie beispielsweise die Washington Post 1998 berichtet, als bekannt wurde, dass illegal geheime Raumfahrttechnik in die Volksrepublik transferiert wurde. Im darauffolgenden Jahr lieferte das »Bureau of Export Administration« (Außenhandelsbehörde) der USA eine detaillierte Studie über die potenziellen sicherheitspolitischen Auswirkungen der größtenteils verdeckt abgewickelten Technologietransfers und die ungeheuren Summen, die US-Konzerne und internationale Oligarchie nach China verschieben.

»Amerika hat keine permanenten Freunde oder Feinde, nur Interessen.« (Henry Kissinger)

Im Westen rechtfertigt man die Strategie der Verlagerung von Kapazitäten nach China mit Kostensenkungen und der Weitergabe verringerter Produktionskosten an den Konsumenten. Doch dieses Argument macht nur auf den ersten Blick Sinn. Bei genauerer Betrachtung stellt sich angesichts der Zahlen die Frage, warum vor allem im Bereich Forschung und Entwicklung (R&D) so viel investiert wird. Ginge es lediglich um Niedriglöhne und laxes Arbeitsrecht, würde man prioritär Fertigungskapazitäten verlagern, Akkord-Arbeit outsourcen oder

das Land als verlängerte Werkbank nutzen. So wie Apple, dessen Zulieferer Foxconn seit Jahren für unmenschliche Arbeitsbedingungen kritisiert wird. Dennoch investieren der militärisch-industrielle sowie der digital-finanzielle Komplex seit den 1970er-Jahren Milliarden in kostenintensive Forschungsstandorte in der Volksrepublik – und entwickelten so im Lauf der Jahrzehnte die technologische Infrastruktur, mit der das kommunistische Regime die Bevölkerung nunmehr effizient unterdrückt und überwacht.

China hat das am stärksten regulierte Internet der Welt. In den Städten ist jeder Winkel von Kameras überwacht. Auf dem Land wird es bald so sein. Artificial Intelligence (AI) identifiziert jeden innerhalb von Sekunden und zeichnet Mobilitäts- und Kameradaten, emotionale Zustände sowie alle Smartphone-Eingaben auf. Privatsphäre gibt es nicht. Unternehmen sind gesetzlich verpflichtet, alle User-Daten an den Staat zu übertragen. Und der managed seine Untertanen mit einem ausgefeilten Social-Credit-System. Entwickelt mit Geld und Know-How der Amerikaner und Europäer. Wer gegen Regeln verstößt, wird öffentlich gedemütigt und aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Wie bei 2G+, falls es jemandem noch nicht aufgefallen ist. Das totalitäre System in China hat den Homo sapiens entmenschlicht. Er wird zur gesichtslosen Verfügungsmasse in einem Kollektiv gleichförmiger Wesen, die sich von Maschinen und Applikationen steuern lassen. In der Volksrepublik ist man bereits so weit, dass Kriminelle bald von einem virtuellen Staatsanwalt verurteilt werden sollen. Die AI fällt das Urteil basierend auf vorhandenen Unterlagen, Daten und Einlassungen des Angeklagten.

Betrachtet man die beschriebenen historischen Entwicklungen und Prozesse sowie die derzeitige geopolitische Positionierung der Volksrepublik China aus Sicht eines Unternehmers oder Forschers, könnte man die Arbeitshypothese fassen, China fungiere als generationsübergreifendes Pilotprojekt oder Test-

Labor für ein totalitäres Gesellschaftsmodell, das sonst (bisher) nirgends auf dem Planeten Anwendung findet.

Aus geoökonomischer Perspektive und im historischen Kontext ist es keinesfalls abwegig oder einmalig, dass das US-Kapital zum Aufstieg von Wirtschafts-, Staats- und Gesellschaftsformen beiträgt, die den eigenen, vermeintlich demokratischen Werten, diametral entgegenstehen. So unterstützten zum Beispiel Prescott Sheldon Bush, der Vater von George H. W. Bush, und andere einflussreiche Wall Street-Bänker die NSDAP und Adolf Hitler – bis sie nach Pearl Harbor von der US-Regierung zur Aufgabe der Geschäftsbeziehungen mit den Nazis gezwungen wurden. Der englische »The Guardian« hatte sich dem Thema in einem ausführlichen Artikel vom 25. September 2004 angenommen, lässt Prescott Bush in seinem Resümee aber widerlegbar zu milde davonkommen. Dennoch zeigt das Beispiel, dass derlei konspiratives Geschäftsgebaren weder Fiktion noch Zufall ist, sondern belegbare, finanziell motivierte Kartellbildung und Marktmanipulation, die den geopolitischen Status persistent verändern kann.

Russlands Geschichte ist ebenso wenig frei vom Einfluss der hegemonialen Finanz- und Konzern-Oligarchie wie der arabische oder asiatische Raum. Über den immensen Einfluss der US-Finanzindustrie auf das größte Land der Welt, die ehemalige Sowjetunion, berichtete Technocracy News in einem Beitrag vom 8. August 2018 und verweist dabei auf die noch detaillierteren Analysen zum Thema von Professor Antony Sutton, der erstaunliche Details und Belege in seinem Buch »Wall Street und die Bolschewistische Revolution« zusammengetragen hat. Auch von Mitte der 1990er-Jahre bis zum Jahr 2000 hatte das internationale Banken-Kartell seine Finger im Spiel, als es mit entsprechender Einflussnahme für eine Wiederwahl von Boris Yeltsin sorgte. Der Skandal flog später auf und wurde in Russland unter dem Namen »Sieben Bänker« be-

kannt. Präsident blieb Yeltsin trotzdem. Zum Vorteil der globalisierten Hochfinanz.

Von Korruption gezeichnete Vorgänge und Zusammenhänge dieser Art lassen sich für das zurückliegende Jahrhundert zuhauf dokumentieren. Unzählige Bücher wurden geschrieben. Und trotzdem sind dieselben oligarchischen Strukturen wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts weiterhin tonangebend. Kaum eine Krise oder ein Krieg, bei dem die internationale Hochfinanz die Situation nicht zu ihrem Vorteil genutzt und Schritte zur weiteren Monopolisierung und Zentralisierung ihrer Macht eingeleitet hätte. Vor allem Kriege sind für Konzerne, Banken und Regierungen auf pervertierte Art und Weise ein fantastisches Geschäft. Auch Bürgerkriege. Vorbereitung und Ausführung militärischer Operationen sowie der Wiederaufbau verschlingen viel Geld – und sorgen so bei Staaten wie Konsumenten für langfristige Abhängigkeit vom niemals endenden Kapitalfluss des im Kern kriminellen Zentral- und Geschäftsbankensystems, das über die Geldschöpfung fiktive Werte aus dem Nichts erzeugt. Buchgeld. Für das es anschließend Gebühren und Zins einfordert. Oder echtes Kapital, zum Beispiel das Haus eines Säumigen, sollte dieser seinen Ratenzahlungen nicht nachkommen. Im Grunde ist das Betrug. Ein Ponzi-System, wie die WirtschaftsWoche es in einem Beitrag von Thorsten Polleit aus dem Jahr 2015 bezeichnet.

»Krieg ist die bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.« (Carl von Clausewitz)

Militärische Konflikte wurden seit jeher genutzt, um geopolitische Linien zu verschieben und die internationale Ordnung zu reorganisieren. Jüngstes Beispiel: Die versteckte Ost-Erweiterung der NATO über die Ukraine. Angebliche Provokationen seitens Wladimir Putin sind eine Mär. Seit Monaten betreibt die NATO anti-russische Agitation, organisiert Truppenübungen in der Nähe der russischen Grenze und dringt in

Hoheitsgewässer des Landes ein. Auch der angebliche Aufmarsch russischer Truppenverbände an der ukrainischen Grenze ist, wie der Anti Spiegel titelt, reine Propaganda des westlichen Militärbündnisses, das es offensichtlich auf einen heißen Krieg mit Putin abgesehen hat. Anders lassen sich die Handlungen der NATO in den vergangenen Monaten kaum deuten. So kündigt die Biden-Regierung am 19. Januar 2022 an, der Ukraine weitere 200 Millionen US-Dollar für Verteidigungszwecke zur Verfügung zu stellen. Am gleichen Tag ist DER SPIEGEL schon so weit zu fragen, ob es überhaupt noch eine Lösung ohne Krieg geben könne. Die Wahl der sprachlichen Mittel lässt deutliche Zweifel daran entstehen, wer in diesem Konflikt der Aggressor ist. Denn Wladimir Putin seinerseits wirkt in Pressekonferenzen ruhig, reflektiert und sachlich. Im Gegensatz zur Kriegsrhetorik der westlichen Alliierten.

Der Ökonom und frühere Hedgefonds-Manager Alex Krainer, der mittels AI detaillierte Finanzmarktanalysen und -prognosen über alle Branchen hinweg erstellt, erkennt im Vergleich aktueller Transaktionsmuster und Marktdaten mit jenen aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg frappierende Parallelen – und stützt damit die These, es könne ein heißer Krieg bevorstehen.

Geostrategisch stehen derzeit also drei Akteure im Fokus: Die sogenannte westliche Welt – die NATO-Mitgliedsstaaten – sowie ihre vermeintlichen Kontrahenten China und Russland. Die arabische Welt wurde von Geheimdiensten und Invasionen destabilisiert, Afrika von Kolonialismus und Turbokapitalismus im wahrsten Sinne des Wortes vergewaltigt. Dass man im Lichte der zuvor erörterten Erkenntnisse davon ausgehen darf, dass die heutige Konstellation nicht nur auf Zufällen beruht, scheint logisch. Denn das aktuelle Arrangement hat Vorteile für Institutionen und Organe, deren Erfolg nicht von der Entwicklung nationalstaatlicher Ambitionen abhängt. Die mächtigen Kapitalsammelstellen, die dem Sprichwort »Geld

regiert die Welt« im vergangenen Jahrhundert alle Ehre machten, betrachten den gesamten Globus als ihr Spielbrett. Oder als ihr Eigentum.

Das belegen nicht nur Zahlen, wie die ETH Zürich schon in einer vielbeachteten Arbeit aus dem Jahre 2011 dokumentierte, sondern auch die eigenen Werke und Worte von Personen wie David Rockefeller, der sich in seinen Memoiren klar für eine Weltregierung und das chinesische Gesellschaftsmodell ausgesprochen hat. Sein Unternehmen »JP Morgan Chase« nimmt gemäß der ETH-Ergebnisse noch heute den sechsten Rang unter den einflussreichsten Finanzinstituten der Welt ein und ist gemessen an seiner Bilanzsumme nach wie vor die größte Bank der USA.

Es stellt sich die Frage, wie die derzeitige Konstellation von NATO, China und Russland geopolitisch einzuordnen ist. Cui bono?

Bei der aktuellen Konstellation der drei Blöcke kann Russland mit einem militärischen Konflikt in den Fokus gerückt und eine Intensivierung globaler Spannung erzeugt werden, während zeitgleich und vergleichsweise unbeachtet das in China entwickelte und perfektionierte Social-Credit-Gesellschaftsmodell flächendeckend implementiert wird. Und zwar im Windschatten einer Krise, die genau jene supranationalen Institutionen finanziert und zu verantworten haben, die von der Finanz-Oligarchie nach dem Zweiten Weltkrieg ins Leben gerufen wurden. IWF, Weltbank, WHO, BIZ, CFR – um nur einige zu nennen. So ereignete sich im Fahrtwind des vermeintlichen Gesundheitsnotstands der zurückliegenden zwei Jahre die größte Umverteilung von Kapital in der Geschichte der Menschheit. Die Flussrichtung der Finanzströme jedoch ist identisch mit jenen aller modernen Demokratien: Von unten nach oben. Dahin, wo das chinesische Modell absolute Macht verspricht.

Und: Das von westlichen Politikern öffentlich mit Häme bedachte Social-Credit-System Chinas ist längst auch bei uns installiert. Noch nennt man es Covid-Zertifikat, Green Pass oder Impf-Ausweis. Nur das Deutsche Bundesministerium für Bildung und Forschung wird semantisch deutlicher und lässt eine Wertestudie anfertigen, die sich mit einem »Bonus-System« für Bürger beschäftigt, wie die Kleine Anfrage von Vertretern der Partei DIE LINKE vom 11. August 2021 zeigt. Dass in einem solchen System der individuelle CO2-Verbrauch als Gradmesser zur Sanktion Anwendung finden wird, scheint in Anbetracht der internationalen Net-Zero-Bestrebungen gesetzt. Wie auch immer man die QR-Code-Leser und Überwachungsinstrumente bezeichnet, welche Codes oder Kennzahlen diese auch auswerten, es braucht wenig Phantasie, um sich vorstellen zu können, wie schnell aus einer harmlos erscheinenden, digitalen Infrastruktur zur Pandemie-Kontrolle, ein totalitäres Werkzeug wird, über das der Bürger in allen Lebensbereichen steuerbar ist. China macht es vor.

Auch wenn das fragile Seuchen-Narrativ langsam an Wirkung einbüßt, die weiterführenden Drehbücher sind bereits geschrieben, wie ich in meinen letzten Text ausgeführt habe. Die Ziele, die der digital-finanzielle Komplex und Big Pharma erreichen wollten, sind erreicht. Denn die für modernen Totalitarismus benötigte IT-Infrastruktur wurde im Zuge von Corona weltweit installiert und kann ab sofort für jede Krise aktiviert werden. Schon jetzt ist es ohne Nachweis einer Injektion kaum mehr möglich, in die USA, nach Kolumbien, Israel, Costa Rica, Puerto Rico oder Australien zu reisen. Wer nicht 1G – Gehorsam – unter Beweis stellen kann, fliegt nicht mit. Und irgendwann kommt vielleicht die unendliche Krise oder der permanente Krieg.

Schon George Orwell hielt das für ein Modell zum Machterhalt, wenn er in seinem Klassiker »1984« beschreibt, wie das allmächtige System permanent von grauenvollem Krieg an

fernen Fronten berichtet – einer Schlacht zwischen Ozeanien, Eurasien und Ostasien – man diesen Krieg aber niemals selbst real wahrnehmen, erfahren oder auf Existenz überprüfen kann. Und weil die drei Blöcke militärisch absolut gleichwertig sind, ist der Konflikt eine Endlosschleife, mit der sich das System dauerhaft im Totalitarismus legitimiert. Krieg ist Frieden. Es entbehrt nicht einem gewissen Galgenhumor, dass es auch heute drei große Blöcke sind, die nach offizieller Lesart den Planeten unter sich aufteilen wollen.

Die Corona-Apps werden im Lauf der kommenden Jahre vermutlich zweckentfremdet und erweitert werden. Zunächst um den Personalausweis, dann um den Führerschein. Später sind auch Bankkonto, Strafregister und CO2-Fussabdruck integriert. All das auf dem Smartphone, mit dem man auch bezahlen muss, weil es kein Bargeld mehr gibt. Wer ein paar Mal zu oft Steak gekauft hat, wird von seinem Taschen-Spion vermutlich bald darauf hingewiesen, dass der Tesla für drei Tage deaktiviert wird, da das CO2-Guthaben auf dem »Bürger-Bonus-System« bereits verbraucht ist. Batterie laden nicht möglich. Der Bewegungsradius beschränkt sich in der Folge und für diesem Zeitraum automatisch auf 100 Meter um den Wohnort. Bei Übertretung der 100-Meter-Grenze wird automatisch eine Strafzahlung vom Zentralbankkonto auf der Handy-App autorisiert. Ein technokratischer Albtraum. Wie das Arbeitsleben nach Einführung eines solch dystopischen Steuerungsmechanismus aussehen könnte, beschreibt Dr. Karim Fathi, Forscher für Konfliktmanagement und Resilienzförderung, anschaulich in einem kurzen Text zum Thema.

Dass auch Klaus Schwab und das World Economic Forum (WEF) enge Verbindungen nach China haben, verwundert in diesem Zusammenhang wenig. Die chinesische Elite ist ständiger Teilnehmer auf den Treffen des Imperialisten-Zirkels von Davos. Der Sohn des WEF-Gründers, Olivier M. Schwab, hat eine chinesische Ehefrau und von 2012 bis 2015 die WEF-

Niederlassung in China als Geschäftsführer geleitet. Man pflegt enge Kontakte ins Reich der Mitte und hält sich mit Sympathiebekundungen selten zurück. Dass die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), die mächtigste Finanzinstitution der Welt mit Sitz in Basel (CH), deren Mitarbeiter diplomatische Immunität genießen, seit langem mit China zusammenarbeitet, ist dagegen weniger geläufig. Eine Meeting-Agenda aus dem Jahr 2013 zeigt jedoch, dass Globalisierung und das Management von Inflation schon damals im Fokus der BIZ, der Zentralbank der Zentralbanken, sowie der »People's Bank of China« standen.

Die Zusammenarbeit dieser beiden Organe ist vor allem im Hinblick auf die bevorstehende Einführung digitaler Zentralbankwährungen (CBDC, Central Bank Digital Currencies) relevant. Denn auch hier dient China dem Westen als wichtigstes Pilotprojekt. In der IT würde man es »Sandbox« (Sandkasten) nennen – eine Übungsumgebung, eine Nachbildung der Realität, in der grobe Programmfehler noch erlaubt sind, bevor man den korrigierten Code nach einigen Testzyklen in das primäre System transportiert. Die Volksrepublik hat ihren digitalen Yuan bereits für einen Teil der Bevölkerung ausgegeben und wird die elektronische Währung nach und nach flächendeckend ausrollen, um Bargeld endgültig zu ersetzen und die totale Kontrolle zu verwirklichen. Denn künftig kann dem digitalen Zahlungsmittel ein Ablaufdatum oder bestimmte geographische Restriktionen auferlegt werden. Jede Transaktion ist nachvollziehbar. Private Geldgeschäfte sind passé. Schwarz- und Drogenmärkte ohne Bargeld kaum vorstellbar. Und den freien Kryptowährungen wird man bei Einführung der CBDC durch Regulation das Wasser abgraben.

Auf den Bahamas ist man sogar noch weiter als in China. In Bezug auf die Größe des Landes ist das dortige CBDC-Projekt aber nicht mit Europa vergleichbar, weshalb die EZB sich nach eigenen Angaben versucht, »vom chinesischen Projekt

inspirieren zu lassen«. Auch die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) hat mit »Projekt Helvetia« schon ganze Arbeit geleistet und sich auf den digitalen Franken sowie die Rolle als Hub zwischen den Währungszonen eingerichtet, wie ein kurzes Image-Video auf der Webseite des Unternehmens zeigt. Das digitale Geld steht kurz vor seiner weltweiten Einführung. Es ist das sichtbarste Indiz für Huxley's Metapher vom Gefängnis ohne Gitterstäbe, von dem er 1953 in Berkeley sagte, dass Menschen es sich irgendwann freiwillig wählen werden, weil sie das Gefängnis gar nicht mehr wahrnehmen können. Genau da stehen wir.

Und tatsächlich ergeben Umfragen in der chinesischen Bevölkerung, dass diese mit dem Social-Credit-System mehrheitlich zufrieden ist. Weil sie sich sicher fühlt. Oder nichts darüber weiß. Anderslautende Antworten waren vermutlich auch nicht möglich. Und beides ist schlecht. In Anbetracht der beleuchteten Informationen, kann die eingangs gefasste Arbeitshypothese, dass China als Testumgebung für einen totalitären Gesellschaftsentwurf dient, als wahrscheinlich betrachtet werden. Im Ergebnis drängen sich weitere Schlussfolgerungen auf. Denn China ist belegbar keine feindliche Macht auf dem geopolitischen Spielfeld, sondern ein Pilotprojekt einflussreicher Globalisten, die seit Beginn des 20. Jahrhunderts mit klaren Zielvorgaben die Entwicklung des vermeintlichen Erzfeindes fördern. Über die Jahrzehnte hinweg haben westliche Demokratien dem autoritären Regime in Peking dabei geholfen, die Überwachungsinfrastruktur aufzubauen, mit der man das chinesische Volk nun unterdrückt und gängelt. Zudem hat man sich in Bezug auf die Lieferketten von der Volksrepublik abhängig gemacht. Sollte China jemals den Export einstellen, bricht der Weltmarkt zusammen. Bestimmte Produkte und Arzneimittel wie Penicillin werden fast nur noch im Reich der Mitte produziert. NBC News hatte noch im September 2019 über die Gefahr der Monopolisierung bestimmter Produktgruppen durch China berichtet.

Die Corona-Krise wird derweil instrumentalisiert, um das in China entwickelte Gesellschaftsmodell inklusive Social-Credit-System sukzessive weltweit auszurollen. In Stufe eins getarnt als Contact-Tracing (Kontaktnachverfolgung). Die im Rahmen der vermeintlichen Pandemie installierte Infrastruktur zum Überprüfen von QR-Codes wird nach chinesischem Vorbild ausgebaut und zur automatisierten Bewertung sozialer Reputation verwendet werden. Die in der Volksrepublik getestete digitale Notenbankwährung ist ebenfalls ein Testlauf, ein Dry-Run, um zeitnah das existierende Fiat-Finanzsystem abzulösen, weil es Ende 2019 zum dritten Mal binnen zehn Jahren kurz vor dem Kollaps stand. Dieser Paradigmenwechsel wird entweder im Zuge stetig anziehender Inflation oder aufgrund eines Finanzmarkt-Crashs eingeleitet werden. Die zweite Option böte sich aus der Perspektive kontrollwütiger Elitisten an, da man mit dem digitalen Geld auch das (an staatliche Auflagen geknüpfte) Grundeinkommen einführen könnte, welches umso mehr Abhängigkeit vom System erzeugt. Das erklärte Ziel der Finanz-Oligarchie ist eine weltweite Einheitswährung – und selbst wenn nach einem Finanzmarkt-Crash nationale Währungen erhalten blieben, durch das neue CBDC-Management der BIZ wäre eine globale Einheitswährung de facto Realität. Denn die BIZ wird alle Transaktionen in einer Leitwährung buchen.

Russland wurde ebenfalls durch den Einfluss des angloamerikanischen Großkapitals zu dem gemacht, was es heute ist. Das Land dient entweder als medialer Bösewicht, auf den man die Aufmerksamkeit der Massen lenken kann, um unbemerkt kontroverse Pläne umzusetzen und China mehr Raum zur Expansion zu lassen – oder die Hegemonie hat tiefgreifendere Veränderungen auf dem europäischen Kontinent im Sinn und provoziert mittels eskalierendem NATO-Bündnisfall tatsächlich einen heißen Krieg mit Putin. Um Ideologien wie Kapitalismus oder Kommunismus geht es dabei schon lange nicht mehr. Politische Ideen, Staatsformen, Regierungen oder sozi-

ale Normen sind irrelevant für die Durchsetzung einer Global Governance, da selbige sich überstaatlich und somit außerhalb demokratischer Zugriffsmöglichkeiten konstituiert. Primärer Treiber hinter einer Vielzahl globalistischer Projekte sowie größter Profiteur aller Kriege, Krisen, Katastrophen und Paradigmenwechsel sind die Finanz-Kartelle, die historisch nachweisbar seit über einem Jahrhundert Korruption sähen und Monopolstrukturen errichten, um ihre Vormachtstellung auszubauen. Dazu werden Regime jedweder Natur nach Belieben aufgebaut und entmachtet. Die Erosion von Nationalstaaten ist für diese Gruppierungen von Vorteil, da sie darauf aus sind, eine kollektivistische Monokultur zu implementieren. Für jeden sichtbar wird dieser weit gediehene Vorgang in den Metropolen dieser Welt, wo die exakt gleichen, international operierenden Unternehmen die Innenstädte assimilieren. Starbucks, Citibank, McDonalds, Apple, Hilton, Nike. Das gleichförmige Antlitz des Korporatismus.

Aufgrund des Formats konnte die vorliegende Betrachtung geopolitischer Ereignisse und Korrelationen natürlich nur an der Oberfläche des riesigen Themenkomplexes »Geopolitik« kratzen. Die im Text referenzierten Informationen bieten jedoch einen veritablen Fundus an Querverweisen, der weiterführende Lektüre ermöglicht. Und oft bietet gerade die Vergangenheit mehr Antworten auf Fragen der Gegenwart als die Gegenwart selbst.

Legt man die gefassten Schlussfolgerungen zugrunde, scheint vor allem die Erkenntnis bemerkenswert, dass Neuwahlen oder eine Reform dessen, was gemeinhin als Demokratie verstanden wird, nicht ausreicht, um der Menschheit langfristig ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Konjunkturelle Gesichtspunkte sind dahingehend ebenfalls zu vernachlässigen. Der Endgegner in diesem Spiel ist weder eine Partei noch der Markt oder die Regierung, auch nicht die BIZ oder die WHO – es ist der institutionelle Krebs von Gier und Korrup-

tion, der bösartige Wucherungen im gesamten Weltwirtschaftssystem und den Gesellschaftsstrukturen hinterlassen hat. Die Zivilisation beginnt, sich auf Geheiß einer globalistischen Struktur zu kannibalisieren, die ihrerseits nach Lösungen für vermeintliche Überpopulation sucht. Die Geschichte belegt, dass neben Geld und Macht immer wieder auch eugenische Ideen eine Rolle spielen, wenn es um die von Eliten vorangetriebene Globalisierung geht. Namentlich sind es wohl die öffentlichkeitsscheuen Financiers von Organisationen wie der UNO, der WHO, des IWF oder der EZB, die für die geopolitische Misere der Moderne zur Verantwortung zu ziehen wären. Denn sie profitieren am stärksten von den Strategien und Operationen supranationaler Organe, deren Agenda sie gestalten. Es sind Strukturen organisierter Kriminalität. Somit lässt sich die zuvor in den Raum gestellte Frage »Cui bono?« vermutlich mit einem simplem Sprichwort aus der Kriminalistik beantworten: Follow the Money. Mit Gewalt und Hass jedenfalls sind korrupte, totalitäre Kartelle und Machtapparate nicht zu zerstören. Denn darauf sind sie vorbereitet. Man kann nur aufhören, sie ernst zu nehmen.

»Wenn es darauf ankommt, Gewalt anwenden zu müssen, dann spielt man das Spiel des Systems. Das Establishment wird dich irritieren (...), um dich zum Kämpfen zu bringen. Denn sobald sie dich gewalttätig gemacht haben, wissen sie, wie sie mit dir umgehen müssen. Das Einzige, womit sie nicht umgehen können, ist Gewaltlosigkeit und Humor.« (John Lennon)

| 21. Januar 2022

Sport ist Mord

Plötzlich und unerwartet. Diesen Ausdruck liest man nicht nur immer häufiger in Todesanzeigen, auch im Spitzensport ist der spontane Kollaps mittlerweile an der Tagesordnung. Zeit, die Bagatellisierung dieser Umstände zu stoppen.

»Der große Sport fängt da an, wo er längst aufgehört hat, gesund zu sein.« (Berthold Brecht)

Nach zwei Jahren Gesundheitskrise ist der Neusprech, der sich im Zuge des zuweilen religiös anmutenden Corona-Kults etablierte, nicht mehr wirklich neu. Man hat sich an kognitive Dissonanzen gewöhnt. Und an Zeitungsartikel, deren Überschriften das Gegenteil dessen transportieren, was der angepriesene Text im Anschluss inhaltlich wiedergibt. Die vorlautesten Protagonisten systematischer Umdeutung sprachlicher Stabilisatoren unseres Wertesystems schwingen sich in regelmäßigen Abständen zu immer neuen Höchstleistungen in orwellianischem Duktus auf.

Gerade wenn man denkt, widersprüchlicher geht es nicht mehr, ergreift erneut Karl Lauterbach das Wort – der vor kurzem mit der Phrase, »selbst die Impfpflicht führt ja dazu, dass man sich zum Schluss freiwillig impfen lässt«, eine neue Bestmarke in puncto Neusprech gesetzt hat. Zwang = Freiheit. Viel mehr »1984« ist semantisch kaum rauszuholen. Der kränklich aussehende und oft verwirrt bis beschwipst wirkende Bundesgesundheitsminister beleidigt mit derart schizophrenen Aussagen die Intelligenz eines jeden Menschen, der im Vollbesitz seiner geistigen Fähigkeiten gewillt ist, sich einen Reim auf die konfuse Pharma-Dauerwerbesendung von Spitzenpolitikern,

Medien und »Impfluencern« zu machen. Lauterbachs Logik – wenn man die Gedankengänge des Pharma-Lobbyisten noch so beschreiben kann – ringt dem reflektierten und der Vernunft verschriebenen Beobachter ein gehöriges Maß an mentaler Verrenkung ab.

Das Bundesgesundheitsministerium hatte im Nachgang wohl im Sinn, den eigenen Chef übertreffen zu wollen, indem es zwecks Schadensbegrenzung gar behauptete, Lauterbach hätte sich in dem explosiven Zitat lediglich auf die Auswahl des ausführenden Arztes bezogen. Die Behörde konnte dem Panik-Minister in Sachen Orwellianismus jedoch selbstredend nicht das Wasser reichen. Mit welchen Absurditäten verzweifelt versucht wird, den Zwang in das sprachliche Korsett der Freiheit zu pressen, um langfristig das aufgeklärt-humanistische Wertesystem zu ersetzen, zeigt exemplarisch ein Artikel von »wmn«, einem Outlet der FUNKE Mediengruppe. Eine Obduktion des intellektuell toten Textes erspare ich dem Leser. Denn das unreflektierte Geschreibsel disqualifiziert sich selbst.

So süffisant sich das in Bezug auf diese und vergleichbare verbale Torheiten noch kommentieren lässt, so grotesk, unverschämt und traurig wirkt die sprachliche Bagatellisierung prekärer Sachverhalte in einem anderen, todernsten Kontext. Denn während man einen neurotisch erscheinenden Polit-Komparsen wie Karl Lauterbach nicht ernst nehmen muss, verschleiert orwellianische Wortakrobatik an anderer Stelle gravierende Probleme und menschliche Schicksale, die in der Öffentlichkeit nicht mehr ignoriert werden dürfen. So zum Beispiel im Spitzensport.

»Plötzlich und unerwartet« – das ist nicht nur eine Formulierung, die sich mit zunehmender Häufigkeit in Todesanzeigen vermeintlich gesunder Menschen findet, die unlängst noch aktiv am Leben teilnahmen, aber kurz nach einer Covid-19-Impfung verstarben, von der Formulierung wird auch im Profi-

sport immer öfter Gebrauch gemacht. Denn seit Beginn der Impf-Kampagne scheinen gerade die besonders gut trainierten und von Sportärzten permanent überwachten Profis immer öfter an spontanen »Unpässlichkeiten« zu leiden. Egal ob Fußball, Tennis, Leichtathletik, American Football, Kraftsport oder Boxen. Mit auffallender Kontinuität fallen Top-Sportler einfach um. Wie vom Blitz getroffen. Viele davon sterben. Die Bilder sind zum Teil schockierend. Häufige Diagnose: Plötzlicher Herzstillstand. Neben diversen anderen Problemen.

Allein anhand von Zahlen der FIFA, die eine Sudden-Death-Liste führt, also eine Liste mit Profifußballern, die während eines Spiels plötzlich und unerwartet verstarben, wird deutlich, dass etwas nicht stimmt, seit die mRNA-Masseninjektionen begonnen haben. Für das Jahr 2021 werden 21 verstorbene Spieler ausgewiesen. Ein Anstieg von 500 Prozent, wie World Signals, ein israelisches Nachrichten-Portal, bereits am 26. November 2021 analysiert. Zudem ist es bezeichnend, dass die im Jahr 1889 beginnende Sudden-Death-Liste der FIFA in den ersten 100 Jahren kaum mehr als einen Toten pro Jahr dokumentiert, die Zahlen aber nunmehr seit etwa 1980 konstant zunehmen. Spricht auf den ersten Blick nicht unbedingt für Lebensstil und Spitzensport der Moderne.

Während die Leitmedien unbenommen von Zufall faseln, von Kausalität und Korrelation, und an der Behauptung festhalten, dass die Impfungen keinesfalls ursächlicher Auslöser dieser Probleme sein können, machen sich freie Journalisten die Mühe, das Thema ergebnisoffener zu analysieren. So zum Beispiel Mark Playne, der beim englischen Nachrichten-Portal »Not On the Beeb« eine fortlaufende Liste unterhält, die das Ausmaß der Katastrophe verdeutlicht. Auch »Report24« aus Österreich hat eine ähnliche Sammlung aufgesetzt, ebenso der Blog »The Truth is Where«. Es lässt sich natürlich nicht mit Sicherheit belegen, dass all diese Sportler nur aufgrund der Impfung gesundheitliche Probleme bekamen oder starben –

wegschauen und weitergehen darf man aber auch nicht. Ohne den Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben und in Anerkennung möglicher Redundanzen, muss eine derartige Häufung von Problemen dennoch transparent analysiert und öffentlich debattiert werden. Denn es steht ein Elefant im Raum, der nicht mehr zu übersehen ist.

»Die schwierigste Turnübung ist immer noch, sich selbst auf den Arm zu nehmen.« (Werner Finck)

Auch das (peer-reviewed) »Primary Doctor Medical Journal« veröffentlichte am 16. Januar 2022 eine Studie, die nahelegt, dass mit mRNA behandelte Probanden weniger leistungsfähig sind als Menschen, die keine Covid-19-Impfung erhalten haben. Tkp.at, ein bekannter Wissenschafts- und Politik-Blog, berichtete am 25. Januar 2022 über die Erkenntnisse der Studie. Die Lektüre des Papiers mit dem englischen Titel »Student athletes perform worse than controls following COVID vaccines« gibt allen Grund zur Annahme, dass die sogenannten Impfstoffe langfristig gesundheitsschädlich sind. Tausende von schweren Nebenwirkungen und Todesfällen dokumentiert auch »Save Us Now«, eine neue demokratische Bürgerrechtsbewegung aus Großbritannien, die auf ihrer Webseite sage und schreibe 1.011 offizielle Studien verlinkt, welche den Horror der massenhaften mRNA-Nebenwirkungen veranschaulichen. Ein verstörender Katalog vermeidbaren menschlichen Leids.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die iranische Nachrichten-Agentur »Tasnim News Agency« bereits am 10. März 2017 von Forschungsergebnissen zu berichten wusste, die ein neu entdecktes Gen für die Zunahme von plötzlichem Herzstillstand bei jungen Sportlern verantwortlich machen. Denn schon in den Jahren 2017 und 2018 waren auffällig viele Fußball-Profis plötzlich und unerwartet auf dem Spielfeld gestorben. Auch wenn der genannte Artikel erklärt, dass

die Forscher diese Entwicklung auf einen neuartigen genetischen Defekt zurückführen, bleibt im Dunkeln, worin die Ursache der Anomalie des Erbguts besteht.

Ähnlich orientierungslos ist man heute. Je nach Datenlage und Interpretation der vorhandenen Zahlen kommt man über die verschiedenen Sportarten hinweg auf circa 600 tote Spitzensportler binnen eines Jahres. Historisch einmalig. Dennoch gibt es keine offiziellen Erhebungen, Analysen oder Diskussion über das Thema. Obwohl Mitmenschen sprichwörtlich umfallen wie die Fliegen. Die vermeintliche Prophylaxe birgt für Freunde körperlicher Ertüchtigung scheinbar größere Risiken als das Virus, dessen IFR (Infection Fatality Rate) auch nach neusten Studien im Promillebereich rangiert.

Erstaunlich ist in diesem Kontext auch, dass man von den großen Vereinen, speziell im Profifußball, praktisch keine Kritik am offiziellen Narrativ vernimmt. Eigentlich müssten Spitzenclubs empört sein, wenn Spieler, für welche sie Millionen an Ablösesummen und Gehältern bezahlen, nicht einsatzfähig, gefährdet oder gar dem Tode geweiht sind. Die Sportfunktionäre haben längst realisiert, dass eine Korrelation zwischen den Impf-Kampagnen und der Zunahme gesundheitlicher Probleme in ihrem Kader besteht. Dennoch bleiben es stumme Schreie von Einzelpersonen, die sich im Profisport dem Druck des Systems widersetzen. Obwohl Daten und Fakten für sie sprechen.

Denn wie die Zahlen aus Großbritannien zeigen, sind es die mit mRNA behandelten Menschen, die jetzt vermehrt hospitalisiert werden und insgesamt einem größeren gesundheitlichen Risiko ausgesetzt sind. Das war nach der ersten Spritze schon ersichtlich, bei der zweiten Runde sehr deutlich – und nach dem Booster lassen die Zahlen aus dem Vereinten Königreich, die vermutlich zu den exaktesten weltweit gehören, keinen Zweifel mehr offen. Der Covid-19 Vaccine Surveillace

Report der »UK Health Security Agency« vom 20. Januar 2022 zeichnet dahingehend ein klares Bild – wenn man sich die Mühe macht, die Details zu prüfen. Und auch Seite 44 des schottischen Pendants spricht eine deutliche Sprache. Die Geimpften landen in der Klinik. Eine genaue Analyse der jeweiligen Zahlen bietet der Journalist Ryan Cristian aus den USA, der die Statusberichte von der Insel in seiner Sendung regelmäßig einer genauen Prüfung unterzieht.

Eine weitere Erkenntnis der vergangenen Wochen ist, dass die mRNA-Produkte offensichtlich starken qualitativen Schwankungen unterliegen. Oder besser: Dass vereinzelte Chargen mit abweichenden Inhalten ausgebracht werden. Dr. Michael Yeadon, ehemaliger Vizepräsident für Forschung bei Pfizer, hat die Unregelmäßigkeiten anhand der Chargennummern untersucht und die Daten auf der Internetseite www.howbadismybatch.com zur Verfügung gestellt. Die Seite wirkt visuell zwar wenig ansprechend, da sie kurzfristig erstellt wurde, aber der Inhalt hat es in sich.

Bei genauer Betrachtung der Zahlen scheint sich Dr. Yeadon's Schlussfolgerung nämlich zu bestätigen, dass bestimmte Chargen besonders fatal wirken, da diese speziellen Chargennummern für nahezu alle schweren Nebenwirkungen und Todesfälle verantwortlich sind, während bei den restlichen 90 Prozent der Chargen kaum Komplikationen auftreten. Auffällig ist in den Datensätzen zudem, dass nach einer folgenschweren Pfizer-Charge – »folgenschwer« steht hierbei unter Umständen für mehrere hundert Tote – zeitversetzt und in gleichmäßigen Abständen ähnlich toxische Einzel-Chargen von Moderna und den anderen Herstellern verabreicht werden. Eine Überlappung, beziehungsweise gleichzeitige Ausbringung der fraglichen Chargen wird demnach bewusst vermieden.

Man könnte also unterstellen, die mRNA-Produzenten sprechen diese Zeiträume ab oder haben sie im Supply-Chain-Pro-

zess abgebildet. Um zu vermeiden, dass zu viele Nebenwirkungen zum gleichen Zeitpunkt auftreten – und um sicherzustellen, dass jedes beteiligte Unternehmen gleich viele »folgenschwere« Chargen in die Versuchsreihe einbringen kann. Denn die Anordnung der Daten lässt durchaus so etwas wie eine Versuchsanordnung erkennen. Geht man auf Grundlage der vorliegenden Daten von Vorsatz aus, müsste man den Pharma-Konzernen schließlich unterstellen, sie führten illegale Feldversuche am Menschen durch und variieren entweder Dosierung, Inhaltsstoffe oder Toxizität, um im Dunkeln liegende Forschungsziele zu erreichen.

Obwohl angesichts der angeführten Informationen offensichtlich scheint, dass die Impfung kein Game-Changer ist, es sich mittlerweile um eine Pandemie der Geimpften handelt und die Anzahl der Nebenwirkungen exorbitant steigt, wird das Thema speziell im Spitzensport weiterhin verharmlost oder totgeschwiegen. Die Formulierungen, die dabei in der systemkonformen Presse Anwendung finden, übertreffen kühnste Erwartungen an die Dreistigkeit. Da werden lapidare Gründe wie Bewegungsmangel angeführt. Aufgrund der Lockdowns hätten die Profis weniger trainiert oder ungesünder gelebt. In Stammbüchern der Spitzensportler werden Krankheitsgeschichten recherchiert, die man mit der akuten Myokarditis junger Athleten in Verbindung bringen möchte. Kommentatoren, die sich bei Live-Sendungen erdreisten, ein kritisches Wort zum Thema Impfung zu verlieren, dreht man mitten im Satz das Mikrofon ab. Jedes sprachliche Mittel wird bemüht, die Logik bis zum Exzess strapaziert, um das Thema semantisch halbwegs galant zu umschiffen. Auffallend viele der Schriftartikel zum Themenkomplex sind zudem hinter einer Bezahlschranke geparkt. Leser anlocken möchten die Konzernmedien augenscheinlich nicht.

Einige Perlen des Neusprech-Journalismus sind allerdings frei zugänglich. Reuters teilt in einem Text zum Beispiel sinnge-

mäß mit, dass man eigentlich gar nichts weiß – zu viele Gesundheitschecks bei Sportlern aber generell eher hinderlich für den Zugang zum Spitzensport seien. Man lenkt ab und redet klein. Der Bayrische Rundfunk ist sich nicht zu schade, die Worte »Herzmuskelentzündung« und »milden Verlauf« im gleichen Satz zu verwenden. Dabei ist klar: Es gibt so etwas wie einen milden Verlauf nicht, wenn es sich um die Entzündung des menschlichen Herzens handelt. Das ist per se riskant, lebensgefährlich, bedrohlich und beängstigend. Und in keinem Fall mit dem Adjektiv »mild« in Verbindung zu bringen.

Auch »Correctiv« versucht am 5. Januar 2022, das Thema mit einem Faktencheck ad Acta zu legen. Das Türsteher-Portal der öffentlichen Wahrnehmung, das praktisch alles bestätigt, was die Regierung sagt und schreibt, bezweifelt die Aussagekraft der Wikipedia-FIFA-Liste, die im vorliegenden Artikel weiter oben ebenfalls verlinkt ist, führt, um die eigene Position zu belegen, aber nur zwei Quellen von staatlich subventionierten Institutionen an – denen in diesem Zusammenhang und angesichts des herrschenden Korporatismus wohl kaum Unabhängigkeit nachzusagen ist. Natürlich ignoriert Correctiv auch die zahlreichen Recherche-Ergebnisse und Texte freier Journalisten, die sich eingehend mit dem Thema befasst haben, sowie alle anderen Ungereimtheiten bezüglich der mRNA-Produkte. Fazit des Mainstream-Tenors: Es gibt kein Problem. Zumindest keines, das auf die Impfungen zurückzuführen wäre.

Dabei ist Correctiv selbst für eines der absoluten Highlights des coronistischen Neusprech-Journalismus verantwortlich – einen Artikel vom 13. Dezember 2019, der in fetten Lettern der Überschrift klar stellt: »Nein, Zellen von menschlichen Föten und Affen oder Glyphosat sind keine Inhaltsstoffe von Impfungen« – um dann zwei Zeilen weiter zu schreiben: »Es ist richtig, dass Spuren der drei Stoffe darin vorkommen können – in sehr geringen Mengen, die nicht schädlich sind«. Man

sieht, das Team von Correctiv setzte sehr früh in der Krise auf kognitive Dissonanzen. Oder litt selbst daran.

»Journalisten: Die Geburtshelfer und Totengräber der Zeit.« (Karl Ferdinand Gutzkow)

Faktenchecker-Industrie und Social-Media-Propaganda dürften Hauptgründe dafür sein, dass die offiziellen Narrative in der Breite derart verfangen. Diverse von professionellen Agenturen betreute Impfluencer-Accounts und Propaganda-Trompeten verseuchen das Internet mit einer sedierenden Einheitsmeinung. Jüngstes Beispiel: Doc Caro. Eine pseudohippe, aufgrund ihrer neuen Medien-Karriere nur noch in Teilzeit praktizierende Ärztin, die seit Pandemie-Beginn permanent ihren Drang zur Selbstdarstellung im Fernsehen ausleben darf. Gleiches gilt für den scheinbar einzigen Deutschen Intensivpfleger, Ralf Berning. Denn einen anderen bekam man im Deutschen Fernsehen kaum zu Gesicht. Rein zufällig werden die beiden Pandemie-Komparsen von ein und derselben Medienagentur in Köln betreut. Gekaufte Kunstfiguren, die zur besten Sendezeit und für viel Geld Propaganda-Phrasen des pharmakologisch-finanziellen Komplexes in die abendliche Melancholie hinausposaunen dürfen. Ihre verschiedenen Social-Media-Accounts wurden durchweg im Spätjahr 2019 eröffnet, wie Journalist Michael Ziesmann aufdeckte, und werden natürlich nicht wie behauptet von den Protagonisten persönlich, sondern von Autoren besagter Agentur in Köln gepflegt. Zufall, Weitsicht, Insiderwissen? Die Zeit wird es zeigen. Auf Nachfragen zu geldwerten Vorteilen oder Hintergründen der medialen Engagements reagiert man jedenfalls dünnhäutig, wie ein Antwortschreiben von Ralf Berning an Michael Ziesmann zeigt.

Dass »Faktencheck« de facto für die von den Regierungen an private Institutionen delegierte Zensur freier Meinungsäußerung steht, zeigt besonders ein Blick auf das 1975 in Florida

(USA) gegründete »Poynter Institute«. Eine Journalistenschule. Eigentlich. Doch wie »Wir treten zurück«, eine Initiative gegen Lobbyismus, in einem Text vom 12. Januar 2021 treffend beschreibt, widmet sich die vermeintliche Bildungsstätte der Vierten Gewalt mittlerweile vor allem dem Überprüfen und Absichern staatlich legitimierter Meinungskorridore. Dazu betreibt das »Poynter Institute« die Seite »Politifact«, die selbst offenlegt, Spenden von Facebook, TikTok, Google und anderen Vertretern der Plattform-Oligarchie entgegenzunehmen, um gegen unliebsame Informationen im Internet vorzugehen.

»*Die Ikone des Journalismus, das Poynter Institute, das zudem das International Fact-Checking Network (IFCN) betreibt, finanzierte ebenfalls Science Feedback, um damit ihre Datenbank für Faktenchecks und Webseiten, die (vermeintlich) am meisten Fehlinformationen verbreiten, aufbauen und betreiben zu können. Im Rahmen des Rundlauf-Verfahrens zur Finanzierung von Kreislaufwirtschaft stammen die Einnahmen des IFCN von der Bill & Melinda Gates Stiftung, Google, Facebook und staatlichen Stellen wie dem US Department of State.*« (Quelle: Wir treten zurück)

Der fiskalische Jahresabschluss des »Poynter Institute« von 2018 zeigt im Detail, welch umfangreiche finanzielle Mittel dem Kampf gegen Meinungspluralismus zur Verfügung stehen und wer sich dafür engagiert. Eben jene intransparenten, demokratisch nicht legitimierten Einrichtungen und Kunstfiguren sind es, die der Normalbevölkerung eine Scheinrealität vorgaukeln, die mit der Lebenswirklichkeit in keinem Verhältnis mehr steht. Nur so – durch Manipulation, Psychose, Propaganda und Nudging – ist es zu erklären, dass die anhaltende Serie von Todesfällen im Spitzensport nicht mehr Entrüstung in der Öffentlichkeit auslöst. Nur durch massive Beeinflussung der öffentlichen Wahrnehmung ist zu erklären, dass selbst gefeierte Sport-Idole von Leitmedien binnen Stunden zur Per-

sona non grata heruntergeschrieben werden können und das Publikum dem Fähnchen im Wind willfährig folgt. Vom Superstar zum Paria mittels eines Tweets des richtigen Accounts. Das ist das post-faktische Zeitalter. Die Epoche der alternativen Wahrheiten. Das ist Segregation und Faschismus – identifizierbar an Neusprech im Endstadium.

Zusammenbruch, Kollaps, Herzstillstand – was auch immer der Terminus technicus der medizinischen Nomenklatur sein mag – es gibt nicht von der Hand zu weisende Unregelmäßigkeiten in Bezug auf den weltweiten Rollout von mRNA-Produkten, die öffentlich diskutiert werden müssen. Das sollte der Öffentlichkeit allein in Anbetracht der ominösen Ausfälle im Spitzensport bewusst werden – wenn sie den Rohdaten und Details schon keine Beachtung schenkt. Es handelt sich nach wie vor um neuartige pharmakologische Substanzen mit Notzulassung, zu denen es naturgemäß noch keine Langzeitstudien geben kann. Schon deswegen verbietet sich eine potenzielle Impfpflicht. Noch im November 2019 rechnete Biontech-Chef Ugur Sahin, den der Corona-Korporatismus mittlerweile auf Geldscheinen verewigt sehen möchte, wie nicht nur der Tagesspiegel berichtete, mit einer Zulassung von mRNA-Produkten in vier bis fünf Jahren. Das belegt ein TV-Beitrag des SWR (Südwest-Rundfunk), der immer wieder auf Portalen wie Twitter die Runde macht.

Es ist demnach unstrittig, dass wir es hier mit einem Experiment am Menschen zu tun haben, dessen langfristige Auswirkungen unabsehbar sind. Doch schon die bisherigen, kurzfristigen Folgen des mRNA-Rollouts sind verheerend. Offizielle Datenbanken wie VAERS oder EudraVigilance verzeichnen hunderttausende schwerer Nebenwirkungen und Todesfälle im Zusammenhang mit den Covid-19-Impfungen. Und auch die WHO attestiert bereits über 2,5 Millionen registrierte Fälle schwerer Nebenwirkungen in Bezug auf die neuartigen Gentherapien. Wohlwissend, dass nur etwa zehn Prozent der Fälle

überhaupt offiziell gemeldet werden. Zum Vergleich: Für 23 andere, erprobte Impfstoffe, dokumentiert die WHO seit Beginn der Datenerhebung im Jahre 1968 zusammen 1,77 Millionen Fälle von schweren Nebenwirkungen – in einem Zeitraum von über 50 Jahren.

Dieses Verhältnis sollte jeden rational denkenden Menschen zum Grübeln bringen – und wenn der Nürnberger Kodex noch irgendeine Relevanz hat, zur Überzeugung gereichen, dass der mRNA-Rollout umgehend zu stoppen ist. Denn die mRNA-Produkte haben nicht die versprochene Wirkung und scheinen mehr Probleme zu schaffen als sie lösen. Auch wenn Politiker faktenresistent das Gegenteil behaupten und der schizophren anmutende Neusprech des ÖRR die Gebührenzahler etwas anderes glauben machen möchte.

»Ihr jubelt über die Macht der Presse – graut euch nie vor ihrer Tyrannei?« (Marie von Ebner-Eschenbach)

| 29. Januar 2022

Trotzki, Commonwealth und Wall Street

Das geopolitische Monopoly ist in vollem Gange. NATO, China und Russland dominieren das globale Spiel um hegemoniale Vorherrschaft. Ein heißer Krieg an Europas Außengrenzen scheint denkbar. Das dauerhafte Säbelrasseln der drei Machtblöcke erzeugt eine Drohkulisse à la Orwell. Fragt sich: Cui bono?

»Revolution: Das Feuer, an dem die einen verbrennen und die anderen ihre Suppe kochen.« (John Carrick)

Wie mein Text »Mao, Yale und die Hegemonie« vom 21. Januar 2022 versuchte aufzuzeigen, ist China nicht der geopolitische Klassenfeind der westlichen Hegemonie, auch wenn das Reich der Mitte in den Medien gerne so charakterisiert wird. Im Gegenteil. Die Volksrepublik dient als Versuchslabor für das totalitäre Gesellschaftsmodell der Zukunft. Und als militärisch-industrieller Gegenpol zu den anderen Machtblöcken des globalen Monopoly-Spiels.

In diesem Kontext gleich die heutige Weltordnung kurioserweise den von George Orwell in »1984« beschriebenen internationalen Machtstrukturen. In seiner Dystopie herrscht ein permanenter Krieg zwischen Ozeanien, Eurasien und Ostasien. Ein Konflikt, der die herrschende Weltordnung zementiert, einfriert, alternativlos macht. Denn da die drei Blöcke militärisch absolut ebenbürtig sind, bestimmt und legitimiert ein nie enden wollender Konflikt das inhumane Handeln des totalitären Systems, das sich dank dieser Strategie auf unbe-

stimmte Zeit an der Macht halten kann – auch wenn die verheerenden Schlachten fiktiver Natur sind und nur als bedrohliches Narrativ in den Nachrichten stattfinden. Das Setup erzeugt einen selbsterhaltenden Kreislauf der Angst. Und es erinnert in verblüffender Art und Weise an die akute Krisenfokussierung, in der sich die moderne, digitalisierte Gesellschaft festgefahren hat.

Es braucht daher sicher nicht viel Fantasie, um eine gewisse Deckungsgleiche in Bezug auf die aktuellen machtpolitischen Konstellationen auf dem Planeten auszumachen. Meine Analyse der geostrategischen Rolle Chinas wurde im eingangs referenzierten Text bereits erläutert. Offen blieb, wie die Position Russlands auf dem internationalen Spielbrett einzuordnen ist. Dies vor allem unter dem Gesichtspunkt, dass die NATO es derzeit scheinbar auf einen heißen Krieg mit Putin abgesehen hat.

Derzeit lässt sich schwer einschätzen, ob das illegal gen Osten expandierende westliche Militärbündnis wirklich eine bewaffnete Auseinandersetzung mit der ehemaligen Sowjetunion anstrebt, oder ob es sich wie bei George Orwell nur um die Aufrechterhaltung eines geostrategischen Status Quo mittels entsprechender Narrative handelt. Zu undurchsichtig und widersprüchlich sind die kurzfristigen Entwicklungen, als dass man eine seriöse Einschätzung dazu abgeben könnte.

Was man aber historisch nachvollziehen und anhand verlässlicher Quellen belegen kann, ist, dass Russland seine heutige Position auf dem geostrategischen Monopoly-Brett nicht primär aufgrund organischer politischer oder historischer Entwicklungen eingenommen hat, sondern dem Land diese vielmehr durch massives Zutun der angelsächsischen Finanz-Oligarchie des angehenden 20. Jahrhunderts zugewiesen wurde.

Rückblickend lassen sich außerdem genau diese wohlhabenden Kreise als große Gewinner der beiden Weltkriege ausma-

chen. Organisierte Kriminalität, Betrug und Korruption, wohin man schaut. Beherzigt man ein altes Motto der Kriminalistik – Follow the Money – wird schnell deutlich, warum bestimmte finanz-diplomatische Zirkel des »Empire« es nach Anbruch des 20. Jahrhunderts durchaus gerne sahen, dass Europa im Krieg versinkt, Deutschland besiegt und Russland von der Revolution gebeutelt wurde.

So galten Großbritannien und seine angelsächsische Hegemonie – das Commonwealth, zu dem noch heute 54 Länder gehören, unter anderem Australien, Südafrika, Neuseeland und Kanada – zu Beginn des 20. Jahrhunderts als dominante Kraft auf dem Planeten. Deutlich macht dieses arrogante Selbstverständnis globaler Vorherrschaft ein Zitat von Queen Elizabeth II. aus dem Jahre 1959:

»*Die (Gründung der) Konföderation von Kanada am 1. Juli 1867 war die Geburt des ersten unabhängigen Landes innerhalb des britischen Imperiums*.«

Doch um die Jahrhundertwende hatte das Imperium, in dem die Sonne niemals untergeht, einige Probleme, seine Vormachtstellung auf dem globalen Monopoly-Brett und vor allem in Europa zu behaupten. Das prosperierende Deutsche Kaiserreich war den Briten ebenso ein Dorn im Auge wie das schwer einschätzbare Russland. So setzten sich einflussreiche Kreise in London früh dafür ein, die angelsächsische Hegemonie in eine angloamerikanische Hegemonie zu überführen und den Einfluss Großbritanniens in Russland auszubauen. Man beabsichtigte, die Machtblöcke zu reorganisieren. Großbritannien sollte die Welt weiterhin finanziell dominieren – die mit Sonderrechten ausgestattete »City of London« garantiert dies bis heute – die militärische Drecksarbeit wollte man fortan aber den Amerikanern überantworten. Denn auch wenn die USA zu diesem Zeitpunkt bereits ein Global Player waren, hatten sie noch nicht die Rolle der vermeintlichen Weltpolizei

inne, die das Land nach den beiden Weltkriegen bis heute spielt. Dieser Status wurde erst durch Kriegseintritt der Vereinigten Staaten hergestellt.

Dass die antidemokratische Einflussnahme von mächtigen Strippenziehern wie Cecil Rhodes, Alfred Milner, Arthur James Balfour oder Walter Rothschild, 2. Baron Rothschild auf politische Prozesse schlussendlich erfolgreich war, zeigen uns die derzeitigen Machtverhältnisse. Denn historische Dokumente, wie zum Beispiel die verschiedenen Testamente, die Cecil Rhodes im Laufe seines kurzen Lebens verfasst hat, implizieren bereits kurz nach der Jahrhundertwende, dass die heutigen geopolitischen Konstellationen nicht von ungefähr kommen. Die besagten Texte sind frei im Internet zugänglich – sogar beim Monopolisten Amazon ist eine kommentierte Edition der aufschlussreichen Schriften erhältlich. Und diese sind, trotz des belanglosen Titels, von größter Bedeutung. Denn Cecil Rhodes galt vielen als der mächtigste und reichste Mensch seiner Zeit. Und seine hegemonialen Visionen wirken nachweislich weit über seinen Tod hinaus. Er war – mit anderen Mitteln – ein Laurence Douglas Fink seiner Zeit.

»Reine Philanthropie ist in ihrer Art sehr gut, aber Philanthropie plus fünf Prozent ist um einiges besser.« (Cecil Rhodes)

Daher ist die Tatsache, dass Rhodes schon vor 1902 in seinen Texten darum bittet, sein unvorstellbares Vermögen dem Zweck zuzuführen, eine Geheimgesellschaft aufzubauen, die seine Vision der Vereinigung der angloamerikanischen Welt vollenden möge, eben keine simple Verschwörungstheorie, wie Wikipedia es darstellt. Es handelt sich um klare Handlungsanweisungen eines Mannes, der Willen, Macht und Mittel hatte, seine Visionen Realität werden zu lassen.

Der renommierte US-Historiker Caroll Quigley hatte darüber schon in seinem über 1000 Seiten umfassenden Klassiker »Tragedy and Hope« berichtet, welcher im Jahre 1966 erschien. Und noch heute gewährt der Rhodes-Trust jährlich 200 Studenten ein Rhodes-Stipendium, mit dem die auserwählten Nachwuchs-Etatisten Zugang zur Elite-Universität Oxford erhalten. Obwohl der einst verehrte Gönner mittlerweile etwas in Misskredit geraten ist. Denn über 100 Jahre nach Rhodes' Ableben wurde sich eine größere Anzahl von Menschen gewahr, wes Geistes Kind der Round Table-Gründer war, und dass der vermeintliche Philanthrop nicht nur ein skrupelloser Imperialist, sondern auch ein erklärter Rassist und Anhänger der Eugenik, also der Rassenlehre, gewesen ist. So formierte sich im März 2015 an der Universität Kapstadt die Bewegung »Rhodes Must Fall« und sorgte unter anderem dafür, dass ein riesiges Monument des Namensgebers vom Campus der südafrikanischen Bildungsstätte entfernt wurde.

»*Ich behaupte, dass wir die beste Rasse der Welt sind. Und dass es für die menschliche Rasse umso besser ist, je mehr von der Welt wir bewohnen. Stellen Sie sich nur vor, die Gegenden, die gegenwärtig von den verabscheuungswürdigsten Exemplaren menschlicher Wesen bewohnt werden, was für eine Veränderung es wäre, wenn sie unter angelsächsischen Einfluss gebracht würden. Sehen Sie sich doch einmal die zusätzliche Beschäftigung an, die ein neues Land unseren Herrschaftsgebieten hinzufügt.*« (Cecil Rhodes)

Die einflussreichen Komplizen von Rhodes positionierten sich im Verlauf der 1900er- bis 1920er-Jahre an den Schaltzentralen der Macht des Commonwealth. So war Alfred Milner, engster Vertrauter von Cecil Rhodes, maßgeblich für den innen- und außenpolitischen Kurs Großbritanniens von Mitte der 1890er-Jahre bis in die frühen 1920er-Jahre verantwortlich

und galt als wichtigstes Mitglied im Kriegskabinett des damaligen Premierministers David Lloyd George – der höchstselbst in mehreren Schreiben sein Wohlgefallen hinsichtlich des Abdankens des letzten russischen Zaren artikulierte. Zudem war David Lloyd George ein glühender Befürworter von Adolf Hitler, den er als den »George Washington Deutschlands« bezeichnete – womit er nach dem Ende des ersten Weltkrieges jener dunklen Macht zum Aufstieg verhalf, die mit der Provokation eines zweiten Weltkrieges die Voraussetzungen für die Strukturen der heutigen Weltordnung schaffen würde.

Alfred Milner gilt zudem als offizieller Gründer der »Round Table Bewegung«, einem undurchsichtigen Zusammenschluss einflussreicher Personen, der sich für eine internationale Dominanz angloamerikanischer Hegemonie engagiert. Tatsächlich war es jedoch Rhodes, der den Imperialisten-Club ins Leben ruf. Seit 1910 publiziert die Bewegung vierteljährlich das Round Table Journal, dessen Artikel bis ins Jahr 1966 gänzlich ohne Angabe eines Verfassers veröffentlicht wurden. Wie eng das vermeintlich britische Philanthropie-Journal mit dem US-Imperium verbandelt ist, zeigt ein kurzer Blick auf die Liste der ehemaligen Chef-Redakteure.

Sinnbildlich für das Wirken der Round Table Bewegung und ihrer einflussreichen Mitglieder ist die Balfour-Erklärung, die maßgeblich für die heutige Struktur des Nahen Ostens und das Ende des Osmanischen Reiches verantwortlich ist. Denn es war nicht der damalige britische Außenminister Arthur James Balfour selbst, der das folgenschwere Dokument verfasste, sondern der Finanz-Magnat Walther Rothschild. Dieser definierte in enger Abstimmung mit Lord Alfred Milner wie die arabische Welt in Zukunft auszusehen hat. Und erst als Rothschild und Milner sich einig über Inhalt und Wortlaut waren, erhielt die britische Regierung das Dokument, um es anschließend als Balfour-Erklärung zu veröffentlichen. Nachvollziehbar ist dieser anmaßend elitäre Prozess globaler Neuordnung

auf einer eigens zum 100-jährigen Jubiläum der Balfour-Erklärung eingerichteten Webseite, auf der die originalen Briefwechsel, die Änderungen des Wortlautes und die enge Abstimmung zwischen Alfred Milner und Walther Rothschild für jedermann ersichtlich sind. Mit der Geschichte, die der breiten Öffentlichkeit zur Balfour-Erklärung erzählt wird, hat das alles wenig zu tun.

Weitere Hintergründe und allerhand minutiös recherchierte Details zum Wirken der internationalen Finanz-Oligarchie finden sich in dem 1974 publizierten Buch »Wall Street und die Bolschewistische Revolution«, welches sich speziell mit dem Einfluss westlichen Kapitals in Russland befasst. Verfasst wurde das umfangreiche Werk von Professor Anthony C. Sutton, einem renommierter Forscher, Ökonom und Autor aus England, der sich für seine Arbeit Zugriff auf offizielle Dokumente der kanadischen Regierung verschaffte und so den Themenkomplex en Detail analysieren konnte. Nach Gründen oder Motiven für elitäre und augenscheinlich undemokratische, illegale und folgenreiche Absprachen dieser Couleur befragt, antwortete Anthony C. Sutton bei einem TV-Interview:

»*Wieso? Das findet man nicht in den Lehrbüchern. Ich vermute, es soll eine zentral geplante, kontrollierte Weltgesellschaft geschaffen werden, in der Sie und ich nicht die Freiheit finden werden, zu glauben, zu denken und zu tun, was wir glauben.*«

Dass die kolonialistische, angelsächsische, beziehungsweise angloamerikanische Hochfinanz, ihren massiven geopolitischen Einfluss nicht nur im asiatischen Raum, in China, Afrika und der arabischen Welt geltend machte, um die von Sutton erwähnte, kontrollierte Weltgesellschaft Realität werden zu lassen, sondern auch in Russland, zeigt sich beispielhaft an zwei tragenden und oft verklärt skizzierten Figuren der russischen Geschichte: Wladimir Iljitsch Lenin und Leo Trotzki.

»Warum sollten wir nicht eine Geheimgesellschaft mit nur einem Ziel gründen, der Förderung des britischen Empire und der Unterwerfung der ganzen Welt unter britische Herrschaft, für die Wiederherstellung der Vereinigten Staaten, um die angelsächsische Rasse zu einem einzigen Imperium zu machen? Was für ein Traum – und doch ist er wahrscheinlich. Es ist möglich.« (Cecil Rhodes)

Trotzki genoss es sichtlich, von der komfortablen Limousine abgeholt zu werden. Und obwohl er vorgab, für die benachteiligte Arbeiterklasse einzutreten, sah er es nicht unbedingt gerne, wenn der für ihn arbeitende Chauffeur kurz mit ins Haus kam.

»*Wenn sie in eine Teestube gingen, fragten die Jungen verwirrt ihre Mutter: Warum kommt der Chauffeur nicht rein?*« (Leo Trotzki: My Life, New Yorker Publishing: Scribner, 1930, S. 277)

Geldprobleme schien er demnach keine zu haben. Denn er lebte mit seiner Frau und den zwei Kindern weit über seine Verhältnisse und nannte sogar einen Kühlschrank sein Eigen. Im Februar 1917 war das auch im fortschrittlichen New York noch ein Statussymbol, das der Oberschicht vorbehalten war. Dass er diesen Lebenswandel mit seinem vorgeblichen Haupterwerb als Kolumnist für die Zeitungen »Novy Mir« und »The Forward« finanzieren konnte, erscheint wenig plausibel. Und ein Blick hinter die Fassade des späteren Gründers der Roten Armee gibt allen Grund zur Annahme, dass er nicht ganz unabhängig gehandelt hat. Denn wie so oft in der jüngeren Geschichte, trat kurz vor einem Regime-Wechsel, vor einem Krieg oder einer disruptiven Krise, die internationale Hochfinanz auf den Plan, um den weiteren Entwicklungen ihren eigenen Spin zu verpassen.

Trotzki selbst schreibt mehrfach von seinem reichen Freund »Dr. M.« und dessen Frau. Der mysteriöse Gönner schien ihm den Limousinen-Service angedeihen zu lassen und auch die sonstigen Kosten für den Verfasser des Zimmerwalder Manifests im »Big Apple« zu tragen.

»*Die Frau des Doktors nahm meine Frau und die Jungs mit zum Autofahren und war sehr nett zu ihnen. Aber sie war nur eine Sterbliche, während der Chauffeur ein Zauberer, ein Titan, ein Übermensch war. Mit einer Handbewegung ließ er die Maschine seinem kleinsten Befehl gehorchen.*« (Leo Trotzki: My Life, New Yorker Publishing: Scribner, 1930, S. 277)

Auch wenn es wenig belastbares Beweismaterial für die Behauptung gibt, deuten diverse Quellen darauf hin, dass es sich bei dem unbekannten Finanzier um Jacob Schiff gehandelt haben könnte, dem einflussreichen Chef von Kuhn, Loeb & Co. – einer der mächtigsten Wall Street-Banken jener Zeit, der bei Machtübernahme durch die bolschewistischen Revolutionäre in Russland lukrative Geschäftsmöglichkeiten in Aussicht standen. Wie der offizielle Wikipedia-Eintrag von Lev Davidovich Bronstein, so der eigentliche Name von Trotzki, zu berichten weiß, wurde der aus Frankreich nach Spanien abgeschobene linke Aufrührer dort festgenommen und in die USA deportiert. Das klingt schlimmer, als es schlussendlich war. Denn wie die »N.Y. Volkszeitung« vom 14. Januar 1917 in einem kurzen Artikel berichtete, kam der spätere Volkskommissar des Auswärtigen, für Kriegswesen, Ernährung, Transport und Verlagswesen der Sowjetunion gut gelaunt und wohlbehalten an Bord des spanischen Dampfschiffes »Montserrat« in der amerikanischen Metropole an.

Im Februar 1917 dankte Zar Nikolaus II., letzter Alleinherrscher des Russischen Reiches, ab. Sein Ende besiegelte das Schicksal der Monarchie im Land. Die anschließend eingesetzte Doppelspitze aus Duma (Parlament) und Sowjet

(Volks- und Soldaten-Räte) kämpfte im Frühling 1917 erbittert um die interne Vorherrschaft. Russland war ein Pulverfass. Die Duma hätte nach der Ernennung einer provisorischen Regierung im darauffolgenden Herbst wohl die Möglichkeit genutzt, eine Verfassungsgebende Versammlung einzuberufen, um den künftigen Kurs des riesigen Landes zu bestimmen. Doch die nächste Revolution sollte dem von britischen Zirkeln unterwanderten Parlament zuvorkommen. Vorbereitet wurde die Oktoberrevolution allerdings nicht in Russland, sondern in den USA und der Schweiz. Erst durch logistische und finanzielle Unterstützung der vermeintlichen Klassenfeinde war es Lenin und Trotzki möglich, im Oktober des Jahres 1917 gewaltsam die Macht an sich zu reißen und damit Russlands Kurs bis in die Gegenwart hinein zu prägen.

Obwohl Trotzki bis zum Zeitpunkt seiner Ankunft in den USA eigentlich nur unter marxistischen Intellektuellen in Europa bekannt war, wurde er in den Tagen nach seiner Einreise in New York von verschiedensten Parteien hofiert. Reporter von mindestens sechs Zeitungen standen um drei Uhr nachts an Pier 8 in Manhattan, um über seine Ankunft auf dem spanischen Schiff zu berichten. Mehrfach wurde er von der Jüdischen Zeitung »The Forward«, die es mit 200’000 gedruckten Exemplaren pro Tag in puncto Auflagenstärke mit der »New York Times« aufnehmen konnte, zum Interview gebeten und als »Russischer Revolutionär par excellence« in Szene gesetzt.

Er hielt dutzende Vorträge in der US-Metropole und warb öffentlichkeitswirksam für seine politischen Ideen. Die »Times of Israel« besprach den Einfluss der USA-Reise Trotzki’s auf die bolschewistische Revolution in einem Beitrag vom 19. September 2016. Der damalige US-Präsident, Woodrow Wilson, hatte Trotzki eigens einen Pass ausstellen lassen, damit er über Kanada nach Russland reisen konnte. Als Trotzki auf dem Weg nach Russland in Kanada als russischer Revolutionär festgesetzt wurde, hatte er Gold im Wert von 10'000 US-

Dollar bei sich. Ungewöhnlich für einen mittellosen Schreiberling. Als das Schiff, mit dem er unterwegs war, in Halifax ankam, wurde er gleichsam von Briten und Kanadiern empfangen. Eine ebenso unübliche Situation. Und als die Kanadier sich nicht sicher waren, ob sie Trotzki gewähren lassen sollten, intervenierte kurzerhand das britische Außenministerium und gab grünes Licht für die Weiterreise. Der Revolutionär durfte wieder an Bord und sich auf den Weg in seine alte Heimat machen, wo er offensichtlich einen geschichtsträchtigen Auftrag zu erfüllen hatte.

Man könnte behaupten, dass der Aufenthalt in New York den bis dahin nur Insidern bekannten Trotzki zur politischen Leitfigur auf internationaler Bühne machte – und dass er ohne die Unterstützung der US-Regierung sowie einflussreicher Kreise der angelsächsischen, beziehungsweise angloamerikanischen Hochfinanz, nie sein Ziel erreicht hätte.

Eine gute Zusammenfassung der angesprochenen Hintergründe bietet auch ein Artikel von »Justice 4 Poland«, dem Blog einer polnischen Bürgerrechtsseite, zu deren sonstigen Hintergründen mir allerdings keine Erkenntnisse vorliegen.

Auch Trotzkis Genosse, Wladimir Iljitsch Lenin, der zu diesem Zeitpunkt im Schweizer Exil weilte, verdankt es schlussendlich ausländischen Kräften und Mitteln, dass er überhaupt nach Russland zurückkehren und die revolutionären Anstrengungen im Oktober 1917 finanzieren konnte. Denn neben der amerikanischen Hochfinanz sahen auch die Deutschen subjektive Vorteile in der potenziellen Machtübernahme durch die Bolschewiki.

»Erst als die Bolschewiki von uns auf verschiedenen Kanälen und unter verschiedenen Labels stetig Gelder erhielten, waren sie in der Lage, ihr Hauptorgan Prawda aufzubauen, energische Propaganda zu betreiben und die ursprünglich schwache

Basis ihrer Partei zu erweitern.« (Von Kühlmann, Minister des Auswärtigen, an den deutschen Kaiser, 3. Dezember 1917)

Neben den Briten und Amerikanern waren also auch das Deutsche Kaiserreich und die neutrale Schweiz am Gelingen der Oktoberrevolution in Russland beteiligt. Anthony C. Sutton schreibt dazu in seinem vorgängig erwähnten Buch zur Bolschewistischen Revolution:

»*Im April 1917 reisten Lenin und eine Gruppe von 32 russischen Revolutionären, hauptsächlich Bolschewiki, mit dem Zug von der Schweiz quer durch Deutschland über Schweden nach Petrograd, Russland. Sie waren auf dem Weg, sich Leo Trotzki anzuschließen, um die Revolution zu vollenden. Ihre transdeutsche Durchreise wurde genehmigt, ermöglicht und finanziert durch den deutschen Generalstab. Lenins Transit nach Russland war Teil eines vom deutschen Oberkommando genehmigten Plans, der dem Kaiser jedoch scheinbar nicht sofort mitgeteilt wurde, um beim Zerfall der russischen Armee zu helfen und so Russland auszuschalten. Die Möglichkeit, dass sich die Bolschewiki gegen Deutschland und Europa wenden könnten, kam dem deutschen Generalstab nicht in den Sinn. Generalmajor Hoffman schrieb: Wir sahen noch keine Gefahr für die Menschheit durch die Folgen dieser Reise der Bolschewiki nach Russland. (...) Der höchstrangige Vertreter der Deutschen Politik, der Lenins Reise nach Russland genehmigte, war Bundeskanzler Theobald von Bethmann-Hollweg, ein Nachfahre der Frankfurter Bankiersfamilie Bethmann, die im 19. Jahrhundert großen Wohlstand erlangte. Bethmann-Hollweg war 1909 zum Kanzler ernannt worden und im November 1913 Gegenstand des ersten offiziellen Tadels, der jemals vom Deutschen Reichstag gegen einen amtierenden Kanzler ausgesprochen wurde.*«

Eine weitere Schlüsselfigur, die entscheidend zum Gelingen der revolutionären Bestrebungen in Russland beitrug, war der

kontroverse Olof Aschberg – damaliger Spitzname in der deutschen Presse: »Bänker der Bolschewiken«. Aschberg war Inhaber der Nya Banken, die 1912 in Stockholm gegründet wurden. Ab August 1922 leitete Aschberg die russische Roscombank, ein noch heute unter dem Namen VEB firmierendes Bank- und Entwicklungsvehikel, das über Vermögenswerte im Wert von über 50 Milliarden US-Dollar verfügt und über 300 individuelle Projekte finanziert hat. Im Jahre 1922 war es die erste internationale Bank Russlands. Dass Aschberg nicht nur ein kollaborativer Schwede mit einem Faible für die Bolschwiken war, belegen erneut die Recherchen von Anthony C. Sutton:

»*Die Nya Bank änderte ihren Namen in Svensk Ekonomiebolaget. Die Bank blieb unter der Kontrolle von Aschberg und war hauptsächlich in seinem Besitz. Der Londoner Arm der Nya Bank war die British Bank of North Commerce, deren Vorsitzender, Earl Grey, ein ehemaliger Mitarbeiter und Vertrauter von Cecil Rhodes war. Andere in Aschbergs illustrem Kreis von Geschäftsfreunden waren Leonid Krassin, der bis zur bolschewistischen Revolution russischer Manager von Siemens-Schukert in Petrograd war; sowie Carl Fürstenberg, Finanzminister der ersten bolschewistischen Regierung, und Max May, verantwortlicher Vizepräsident für Auslandsgeschäfte des Morgan Guaranty Trust Company of New York (JPMorgan). Olof Aschberg hielt so viel von Max May, dass ein Foto von May in Aschbergs Memoiren enthalten ist.*«

Die »Morgan Guaranty Trust Company of New York« finanzierte zudem verdeckt deutsche Anstrengungen im ersten Weltkrieg und half dabei, deutsche Geheimdienst-Operationen auf amerikanischem Boden umzusetzen, obwohl sie damit eine nicht-neutrale Rolle einnahm und gegen die USA arbeitete. Die finanziellen Mittel aus New York flossen über die 1869 gegründete Deutsche Bank an die deutsche Regierung. Eine wichtige Rolle spielte dabei vor allem Hugo Schmidt von

der Deutschen Bank, wie auch ein Zeitungsartikel des »New York Tribune« vom 9. May 1918 dokumentiert.

Diese historischen Verbindungen und der Einfluss einzelner Charaktere wie Cecil Rhodes, von dem »Historic UK« noch immer ein heroisches Portrait als Pionier für den Commonwealth zeichnet, verdeutlichen einmal mehr, wie intensiv und antidemokratisch internationale Finanzkonglomerate seit über einem Jahrhundert hinter den Kulissen zusammenarbeiten, um ihre wirtschaftlichen Einflusssphären auszubauen und die Weltordnung zu implementieren, die Cecil Rhodes einst vorschwebte. Heute bildet sich seine zentralistische Vision der globalisierten und totalitär kontrollierten Welt in der blumig formulierten »Agenda 2030« ab, mit der die UN quasi vollends zur absoluten Global Governance – zur Weltregierung – avanciert.

Olof Aschberg sorgte im Namen seiner einflussreichen Mentoren dafür, dass Russland der westlichen Finanz-Oligarchie die Türen öffnete. Nur so konnten bereits kurz nach der Oktober-Revolution geostrategisch aktive Organisationen wie JPMorgan Chase, Kuhn, Loeb & Co. oder die Rockefeller-Dynastie damit beginnen, ihre elitären Interessen in Russland durchzusetzen. Politische Ideen waren für das internationale Großkapital dabei immer schon zweitrangig – man finanziert und instrumentalisiert, was den eigenen Zielvorgaben dienlich ist. Egal, ob es sich dabei um Nationalsozialismus, Kommunismus, Diktatur oder Demokratie handelt. Hauptsache, die Kasse stimmt.

Es liegt in der Natur der Sache, dass eine oberflächliche Analyse anhand ausgewählter historischer Ereignisse – und mehr kann das vorliegende Format bedauerlicherweise nicht leisten – der komplexen Entwicklung unserer Welt in den vergangenen 100 Jahren nur bedingt gerecht werden kann. Dennoch erlauben die referenzierten Quellen und Dokumente einen kur-

zen Einblick in folgenreiche, oft unterschlagene Sachverhalte und geben allen Grund zur Annahme, dass verschiedene Interessengruppen die geopolitischen Entwicklungen des zurückliegenden Jahrhunderts zu ihren Gunsten beeinflusst haben.

Die angeführten Indizien implizieren, dass die eingangs postulierte Parallele zu Orwells Dystopie von drei bewusst instrumentalisierten globalen Macht-Zentren eine belastbare Schlussfolgerung darstellt. Weiterhin besteht Grund zur Annahme, dass diese drei Blöcke nicht aus reinem Zufall oder organischen Wachstumsprozessen entstanden sind, sondern zumindest teilweise von ein und derselben Interessengruppe finanziert und installiert wurden.

Ein kruder Kreis von generationsübergreifend agierenden, kriminellen Banden, verankert in internationaler Konzern-Oligarchie und Hochfinanz, versucht seit einem Jahrhundert belegbar, außerparlamentarische, supranationale Organisationen zu installieren, um damit abseits demokratischer Prozesse immer mehr Macht an sich zu reißen. Denn das Geld haben sie schon lange.

So müssen die sozioökonomischen und geopolitischen Entwicklungen im Zuge der beiden Weltkriege, des Kalten Krieges oder des Kampfes gegen den Terrorismus im Zusammenhang gesehen werden. Die Hintergrundprozesse dieser historischen Meilensteine sind verbunden. Isoliert betrachtet, greifen Interpretationen der Einzelereignisse in Bezug auf ihre historischen Auswirkungen zu kurz. Daher lohnt es sich, als weiterführende Informationsquelle zu den Hintergründen des Ersten Weltkrieges und den daraus resultierenden geopolitischen Entwicklungen die ausführliche Dokumentation »The WWI Conspiracy« von Investigativ-Journalist James Corbett vorzumerken (Englisch).

»Wenn Sie den Bürgerkrieg nicht wollen, müssen Sie Imperialisten werden.« (Cecil Rhodes)

Im Lichte dieser historischen Begebenheiten stellt sich auch die derzeitige Krise zwischen Russland und dem westlichen Militärbündnis NATO anders dar, als die offizielle Kommunikation vermuten lässt. Denn basierend auf den vorgängig erläuterten Zusammenhängen ist klar, dass die aktuelle geopolitische Situation keinesfalls zufällig entstanden ist, sondern dass die drei Machtblöcke in der Vergangenheit bewusst geschaffen, positioniert und gegeneinander ausgespielt wurden.

Unklar bleibt jedoch, ob es sich beim Säbelrasseln im Zuge der Ukraine-Krise tatsächlich um die Provokation einer bewaffneten Auseinandersetzung handelt – oder ob die supranationalen Zirkel lediglich das Bedrohungsszenario verschärfen wollen, nachdem die Corona-Krise zwischenzeitlich an Momentum einbüßt. Wichtig ist für das herrschende System nämlich vor allem, dass die Bevölkerung Angst hat. Vor was, ist nebensächlich. So lange der Normalbürger sich von Krisen bedroht sieht, denen er persönlich nichts entgegensetzen kann, akzeptiert er die Führung durch repräsentative Organe, die vorgeben, in seinem Interesse zu handeln. Obwohl das Gegenteil der Fall ist.

Der Präsident der Ukraine, Volodymyr Zelensky, erklärt derzeit öffentlich, dass in seinen Augen keine akute Bedrohung von Russland ausgeht und die Ukraine nicht kurz vor einer Invasion durch Putins Truppen steht. Putin selbst äußert sich sachlich zur Situation und signalisiert Gesprächsbereitschaft – während die NATO jegliche Zusammenarbeit in Bezug auf die Ukraine kategorisch ablehnt und ein von Russland gesetztes Ultimatum zur diplomatischen Reaktion unbeantwortet verstreichen lässt. Zeitgleich setzt die Europäische Union alles daran, die Ukraine zu vereinnahmen. Denn auch wenn das Land kein offizielles Mitglied der EU ist, werden unaufgefordert Waffenlieferungen von Mitgliedsstaaten autorisiert und Zelensky's Regierung Millionen von Dollar zu Verteidigungszwecken zur Verfügung gestellt. Die Deutsche Verteidigungs-

ministerin Lambrecht verkündete, sie wolle 5000 Stahlhelme liefern. Eine Blamage, wie der FOCUS das einordnet. Dass dieses Vorgehen vor der Haustüre Russlands keinen Freudentanz in der ehemaligen Sowjetunion auslöst, ist logisch. Außerdem zeigt das völkerrechtswidrige Prozedere der NATO, dass es nicht Russland ist, das die Rolle des Aggressors in diesem Konflikt einnimmt.

Es bleibt abzuwarten, wie sich diese Auseinandersetzung entwickelt. Zu hoffen ist, dass es sich bei den militärischen Provokationen der NATO um bloße Machtdemonstrationen und die Aufrechterhaltung der vermeintlichen geopolitischen Bedrohungslage handelt. Denn ein heißer Krieg an den europäischen Außengrenzen könnte sich rasch zu Weltkrieg Nummer drei entwickeln. Und den will sicher kein normaler Mensch erleben.

»Ich bin mir nicht sicher, mit welchen Waffen der dritte Weltkrieg ausgetragen wird, aber im vierten Weltkrieg werden sie mit Stöcken und Steinen kämpfen.« (Zugeschrieben: Albert Einstein)

Leider hat das letzte Jahrhundert aber auch unter Beweis gestellt, dass militärische Auseinandersetzungen, wie vernichtend diese für die Menschheit auch sein mögen, für gewisse Kreise durchaus wünschenswert sind und supranationalen Plänen elitärer Globalisten und Imperialisten vom Schlage Cecil Rhodes zupasskommen. Nicht umsonst basiert der derzeitige geostrategische Status Quo auf den Resultaten zweier Weltkriege, auf Nuklearwaffen und dem sogenannten Kalten Krieg. Jetzt befindet sich die Welt – nach dem Krieg gegen den Terrorismus, der mit Corona übrigens plötzlich eingestellt worden zu sein scheint – im permanenten Kampf gegen gesundheitliche Risiken. Und der wird nicht enden. Genauso wenig wie der Kampf gegen den Klimawandel und die anderen Schreckensszenarien, mit denen man die Menschen gefügig

hält. Nur die konstante Krise kann das herrschende System noch legitimieren. Denn dass es korrupt ist, ist eigentlich allen bewusst.

Daher ist es heutzutage wichtiger denn je, dass die Menschheitsfamilie sich als Einheit versteht, jenseits von Ideologie, Religion oder Hautfarbe, und sich in diesem Geiste für eine neue Weltordnung engagiert – eine humane Weltordnung, frei von gierigen Parasiten einer kriminellen, generationsübergreifenden Finanz-Oligarchie, die nationale Gesetze ebenso beflissentlich ignoriert wie die allgemeinen Menschenrechte. Wir sind 99 Prozent – und wir sollten selbst bestimmen, wie wir unser Leben führen wollen.

| 06. Februar 2022

Die Trojanische Herde

Nichtregierungsorganisationen (NGOs) – Gruppierungen, die sich hehre Ziele auf die Fahnen schreiben und vermeintlich gemeinnützigen Zwecken dienen. Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Denn unter dem Deckmantel der Philanthropie engagieren sich nicht wenige für hegemoniale Visionen von Global Governance.

»Wann immer Sie sich auf der Seite der Mehrheit befinden, ist es Zeit, innezuhalten und nachzudenken.« (Mark Twain)

Nichtregierungsorganisationen (NGO) – diesen Begriff assoziieren viele Menschen mit etwas Positivem. Mit wohltätigen Zwecken, humanitären Einsätzen und Umweltschutz. Die Vereinten Nationen (UN), der World Wildlife Fund (WWF), die United States Agency for International Development (US AID), PETA oder Greenpeace: Sie alle stehen vermeintlich für den Kampf um eine bessere Welt und werben mit Millionen-Budgets um Aufmerksamkeit. Im Gegensatz zu den eher im Hintergrund agierenden »Trusts« – den intransparenten Kapitalsammelstellen der Konzern-Oligarchie – stehen die NGOs im Zentrum des sozioökonomischen und medialen Geschehens. Sie sind integraler Bestandteil der modernen Zivilgesellschaft und beeinflussen deren langfristige Entwicklung maßgeblich.

Umso angebrachter erscheint es, einen prüfenden Blick hinter die Kulissen der vermeintlich gemeinnützigen Strukturen zu werfen. Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung spendet selbst in mageren Jahren emsig Kleinbeträge des mühsam erwirtschafteten Nettolohns und engagiert sich ehrenamtlich in Or-

ganisationen, deren tatsächlicher Strukturen sie sich selten gewahr ist. Denn nicht wenige der augenscheinlich dem Allgemeinwohl verpflichteten NGOs dienen, neben ihren Kernaufgaben, imperialistischen Zwecken korporatistischer Oligarchie. Sie unterscheiden sich ökonomisch betrachtet kaum von einem umsatzstarken Großkonzern. Und bei der Realisierung ihrer verdeckten Agenda spielen Moral, Werte, das »Mission Statement« in der Präambel der jeweiligen Organisation oder die üblichen Public-Relation-Floskeln wie Inklusion, Nachhaltigkeit und Demokratie meist keine Rolle mehr. Was zählt, sind die Interessen der Financiers.

So ist es bezeichnend, dass die bisherige Chefin von Greenpeace, Jennifer Morgan, auf Geheiß von Annalena Baerbock ins deutsche Außenministerium wechseln soll, wie unter anderem die WELT am 8. Februar 2022 berichtet. Morgan ist amerikanische Staatsbürgerin und leitete Greenpeace seit 2016. Sie ist seit Jahrzehnten in Nichtregierungsorganisationen tätig. Dass in diesen Kreisen abgewaschene Jeans getragen werden und Idealisten finanziell unabhängig über eine bessere Welt philosophieren, ist allerdings eine Illusion. Philanthropie ist ein Business wie jedes andere auch.

Greenpeace hat beispielsweise über 1.000 fest angestellte Mitarbeiter und im Jahr 2012 Erträge von über 50 Millionen Euro im Jahr erwirtschaftet, wie eine Infografik von Statista belegt. Die Gesamteinnahmen des gleichen Jahres beliefen sich auf sage und schreibe 270 Millionen Euro. Dass Spendengelder nicht selten zweckentfremdet werden, ist hinlänglich bekannt. Besonders prekär wirkten jedoch Finanzspekulationen von Greenpeace, bei denen die Umweltschutzorganisation nach Angaben des SPIEGEL etwa 3,8 Millionen Euro an Spendengeldern bei Währungsgeschäften verzockte. Warum Greenpeace überhaupt derartige Finanzgeschäfte abwickelt, anstatt sich mit den üppigen Spendeneinnahmen um die Kernaufgaben der Organisation zu kümmern, wurde allerdings nicht er-

klärt. In einem kurzen, aber lesenswerten Interview aus dem Jahr 2010 beschreibt der Journalist David Harnasch treffend, wie man sich das Geschäftsmodell NGO vorstellen muss, wenn er über die PETA spricht, die größte deutsche Tierschutzorganisation, welche vor allem für die provozierenden Auftritte leicht bekleideter Aktivistinnen bekannt ist.

»*Während viele NGOs sehr konkrete Ziele verfolgen, ist PETA praktisch eine NGO 2.0: Politische Kampagnen dienen dazu, Geld reinzuholen, von dem dann wiederum politische Kampagnen veranstaltet werden. Daher bleibt leider kein Geld für Tierheime oder Tiervermittlung übrig. Statt dem einzelnen leidenden Lebewesen konkrete Hilfe angedeihen zu lassen, wird ein großes – und im Kern menschenfeindliches – Ziel verfolgt: Rechte für Tiere. Auch hier richtet sich meine Kritik gegen Medien und die Promis, die sich massenhaft für diesen Laden zur Verfügung stellen: PETA ist keine Tierschutzorganisation, sondern eine Tierrechtsorganisation.*

Wie krude das hier gepflegte Gedankengut ist, lässt sich in fünf Minuten ergooglen. Von flachwurzelnden Schauspielern darf man diese intellektuelle Leistung nicht erwarten, von Journalisten hingegen muss man sie einfordern.«

Wie skrupellos PETA mit Spendengeldern umgeht, zeigt ein Text von GERATI, einer Organisation von Gegnern des radikalen Tierschutzes, deren Position man nicht teilen muss, deren Analyse von PETA's Finanzgebaren aus dem Jahr 2018 aber korrekt und vor allem erschütternd ist. Während PETA auf der eigenen Homepage nämlich ausweist, bis zu 88 Prozent der Spendeneinnahmen direkt in den Tierschutz weiterzuleiten, belegt der mittlerweile gelöschte Jahresabschluss von 2016, dass im besagten Jahr praktisch gar nichts für Tierschutz aufgewendet wurde. PETA benötigt die Mittel zur Finanzierung von fixen Personalkosten und für Marketing-Kampagnen, die der öffentlichkeitswirksam auftretenden Marke zu

mehr Reichweite verhelfen sollen. Damit man im Folgejahr noch höhere Spendeneinnahmen generieren kann. Ein sinnentleerter Kreislauf – und vorsätzlicher Betrug am Spender, am zahlenden Vereinsmitglied oder ehrenamtlich engagierten Bürger.

Auch der mit dem kuscheligen Panda werbende »World Wildlife Fund« ist keineswegs frei von Skandalen. Der 1961 in der Schweiz gegründeten Organisation, die im Jahr 2013 ein Betriebseinkommen von beachtlichen 654 Millionen Euro erwirtschaftete, wird gemäß investigativen Recherchen der BuzzFeed-Reporter Tom Warren und Katie Baker, die sich über ein Jahr hinweg intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt haben, vorgeworfen, paramilitärische Gruppen in Asien und Afrika finanziert zu haben. Diese quälten, vergewaltigten und ermordeten Wilderer und einfache Dorfbewohner. Geländewagen, Ausrüstung und Waffen – alles bezahlt von Spendengeldern. Und wenn die tödlichen Eskapaden der WWF-Ranger zu juristischen Problemen vor Ort führten, penetrierten die Lobbyisten im Zeichen des Pandas entsprechende Stellen so lange, bis die Vorwürfe schlussendlich fallen gelassen wurden.

Neben schweren Menschenrechtsverletzungen, einem laxen Umgang mit Spendengeldern und der Umsetzung inkonsistenter Programme wird dem WWF vorgeworfen, eng mit Konzernen wie Coca-Cola, Hewlett-Packard oder Johnson & Johnson zusammenzuarbeiten, die das weltbekannte und somit wertvolle wie einflussreiche Panda-Logo gerne für den grünen Flair ihrer Marke missbrauchen. Ein umfangreicher Beitrag von »Influence Watch« bietet weiterführende Informationen zum World Wildlife Fund und seinen verwerflichen Machenschaften. Interessant ist in Bezug auf den WWF zudem, dass Mitgründer Julian Huxley, Bruder des bekannten Schriftstellers Aldous Huxley (Schöne neue Welt), auch erster Generaldirektor der UNESCO und so maßgeblich an der All-

gemeinen Erklärung der Menschenrechte beteiligt war. Das ist insofern erwähnenswert, als dass Julian Huxley als erklärter Anhänger der Eugenik gilt. Bei seiner Antrittsrede vor der UNESCO im Jahre 1946 sprach er denn auch recht freizügig davon, dass man eugenische Gedanken in der Zukunft wieder salonfähig machen müsse. Auch wenn man nach dem Zweiten Weltkrieg darauf achtete, derartige Initiativen mit nichtssagenden, euphemistischen Titeln zu versehen.

Doch das ist nur die Spitze des Eisbergs. Denn schon die schiere Anzahl von Nichtregierungsorganisationen ist überwältigend. Während die Vereinten Nationen »nur« 397 akkreditierte NGOs auf ihrer Internetseite führen, verzeichnet WANGO, ein weltweit operierender Dachverband, abertausende dieser Organisationen. Allein für Nordamerika enthält die Datenbank verblüffende 23.131 Einträge. Für Europa sind es noch über 10.000. Geradezu eine Armada der Wohltätigkeit. Oder doch eher eine Herde Trojanischer Pferde?

»Sie wollen große Dinge tun; aber eine kurze Zeit im Amt ist genug, um dem politischen Idealisten zu zeigen, dass er nichts durchsetzen kann, dass seine Reformen im Wert gemindert und in den Staub gezogen werden müssen, so dass sie, selbst wenn sie Gesetzeskraft erlangen, vielleicht nicht bloß nicht mehr von Nutzen sind, sondern ein zwangsläufiges Übel.« (Margaret Sanger)

Tatsache ist, dass die einflussreichsten Nichtregierungsorganisationen unserer Zeit von Menschen ins Leben gerufen und finanziert wurden, die nachweislich Mitglied einer aristokratischen Elite und keine besonders humanen Zeitgenossen waren. Bankiers, Monarchen, Hochadel, Industrielle, Kleriker, Eugeniker – sie alle parkten ihre Vermögen in Stiftungen, Trusts und Fonds, um ihren oft fragwürdigen Idealen generationsübergreifend Einfluss zu verleihen. Dass zum Beispiel eine skrupellose Bankiersfamilie wie die Rockefellers maß-

geblich zur Gründung der UN beigetragen und der supranationalen Organisation gar das Filet-Grundstück in New York spendierte, auf dem heute das UN-Hauptquartier steht, ist dabei nur eine Notiz am Rande. Interessanter ist, dass die UN exakt die geostrategischen Ideen in die Tat umsetzt, die Imperialisten wie die Rockefellers zeitlebens vertraten: Zentralisierung von politischer Macht in supranationalen Organisationen, Konsolidierung der Märkte in Oligopolen, Verminderung demokratischer Partizipation, Reduktion der Weltbevölkerung, Aufbau autoritärer bis totalitärer Kontrollstrukturen, Sedierung und Abhängigkeit der Massen vom System. Derart kontroverse Ziele lassen sich selbstredend nur gegen immensen Widerstand aus der Normalbevölkerung durchsetzen, da sie ausschließlich einer betuchten Kaste dienen. Und weil Gewalt den von elitären Zirkeln erwünschten Wandel nur verteuert, ist es für diese Gruppe am effizientesten, man bringt die abgestumpften Massen dazu, sich selbst in ihren Freiheiten einzuschränken. Mittels Fassadendemokratie, Pseudo-Aktivismus, Social Engineering, Propaganda, Nudging und Infiltration.

Das ist das strategische Instrumentarium, das perfide sozialpsychologische Handwerkszeug, mit dem die Herrschenden operieren. Siehe Corona-Krise. So hat die UN bereits die nächste Stufe globaler Machtkonzentration eingeleitet und weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit den neuen internationalen »Pandemie-Vertrag« (Pandemic Treaty) vorgestellt. Dieser wird der demokratisch nicht legitimierten Organisation weitreichende Machtbefugnisse im Krisenfall einräumen.

In konzertiertem Dreiklang mit Weltbank, Internationalem Währungsfonds und Weltgesundheitsorganisation hat sich damit de facto bereits eine Weltregierung konstituiert, die sich jeglichen partizipativen Prozessen entzieht und über nationales Recht erhaben ist.

»Indem wir die Wähler durch das politische Parteiensystem spalten, können wir sie dazu bringen, ihre Energie in den Kampf für unwichtige Fragen zu stecken.« (Montagu Norman, ehem. Gouverneur der Bank von England)

Damit diese gezielte Manipulation der Massen nicht auf sie zurückfällt, schmückt sich die internationale Oligarchie mit dem trügerischen Glanz der Philanthropie. Deutlich wird dies am Beispiel von »Planned Parenthood« (PPFA), einer 1921 als »American Birth Control League« gegründeten Organisation, die noch heute in den ganzen USA ihre Dienste in den Bereichen Familienplanung, Sexualmedizin und Gynäkologie anbietet. So unverfänglich der Name, so düster die Ideale der Gründerin, Margaret Sanger, die bekennende Anhängerin der Eugenik (Rassenlehre) und Zwangssterilisation von Minderheiten war. Noch 2015 warfen Aktivisten der PPFA vor, illegal fetales Gewebe an Pharma-Unternehmen zu verkaufen und Teilgeburtsabtreibungen vorzunehmen.

In zwölf US-Bundesstaaten wurde offiziell ermittelt. Drei Ausschüsse befassten sich im US-Kongress mit den Vorwürfen. Und obwohl Planned Parenthood nie verurteilt wurde, strichen elf Bundesstaaten die öffentlichen Gelder für die Organisation. Dennoch – man scheint bei Planned Parenthood weiterhin alles daran zu setzen, möglichst viel neues Leben zu verhindern. Brisant: Der Vater von Bill Gates, William Henry Gates, war jahrelang im Vorstand der PPFA. Vielleicht spricht sein Sohn aufgrund der ideologischen Prägung durch das Elternhaus heute ständig von Überbevölkerung, Reduktion des Bevölkerungswachstums, Geburtenkontrolle, Ein-Kind-Politik und Impfungen, die vor allem in Entwicklungsländern dabei helfen sollen, die Neugeborenen-Raten zu senken. Gates' überbordender Aktionismus im Pharma- und Gesundheitsbereich mit einer humanistischen Ader zu begründen, wirkt unglaubwürdig. Denn Gates selbst bestätigt immer wieder seine Grundmotivation – dass seine Investments in diesem Bereich

überproportionale Renditen abwerfen. Und als ausgemachter Menschenfreund wurde der durch unlautere Geschäftsmethoden reich gewordene Microsoft-Gründer vor seinem Image-Relaunch noch selten eingeschätzt.

Aber auch die philanthropischen Bemühungen des umstrittenen Tech-Milliardärs sorgten in den vergangenen Jahren immer wieder für Kontroversen und Skandale. So berichtet die Indian Times am 31. August 2014 ausführlich über eine von der »Bill & Melinda Gates Stiftung« finanzierte Impf-Kampagne in Indien, bei der nicht nur ein Großteil der schriftlichen Einverständniserklärungen manipuliert und die Probanden völlig uninformiert waren, sondern auch gravierende Nebenwirkungen und Todesfälle auftraten. Etwa 16.000 Mädchen zwischen neun und fünfzehn Jahren wurde ein Präparat der Firma »Merck« zur Prophylaxe gegen Gebärmutterhalskrebs verabreicht. In einer anderen Provinz wurden weitere 14.000 Mädchen an Schulen für indigene Gruppen mit einem ähnlichen Produkt des Pharma-Riesen »GlaxoSmithKline« behandelt. Wenige Monate später wurden viele dieser meist aus prekären Verhältnissen stammenden Kinder schwer krank. Einige starben. Die Dunkelziffer ist hoch. Ähnliche Berichte gibt es aus Kolumbien oder Afrika.

Die von Robert F. Kennedy Jr. geleitete Organisation »Children's Health Defense« berichtet in einem fundierten Beitrag von bis zu 490.000 indischen Kindern, die durch Polio-Impfungen gelähmt wurden. Finanziert wurden diese folgenschweren Behandlungen von der »Bill & Melinda Gates Stiftung«, einer Organisation ungekannten Ausmaßes, deren Projekt-Portfolio etwa 30.000 Investments umfasst. Und auch die WHO musste sich rechtfertigen, nachdem neuerliche Polio-Ausbrüche, wie zum Beispiel im Sudan, wohl auf die entsprechenden Impf-Kampagnen der Nichtregierungsorganisation zurückzuführen sind.

Natürlich versuchen Fakten-Checker wie Correctiv oder das Poynter Institute, die Vorwürfe in oberflächlichen Beiträgen zu relativieren. Das gelingt aber mangels entkräftender Argumente nur bedingt. Zumal die indische Regierung die »Bill & Melinda Gates Stiftung« nach Bekanntwerden der Vorwürfe sicher nicht grundlos aus dem Land komplimentiert hat.

»Es ist eine strikte und unbeugsame Politik der Sterilisierung und Absonderung jener Teile der Bevölkerung anzuwenden, deren Nachkommenschaft verdorben ist, oder deren Erbgut von solcher Art ist, dass verwerfliche Charakterzüge möglicherweise auf den Nachwuchs übertragen werden.« (Margaret Sanger, A Plan for Peace in Birth Control Review, S. 106, 1932)

Besonderes Interesse bei der Betrachtung des Wirkungsgrades von Nichtregierungsorganisationen verdienen jedoch insbesondere die Operationen von Vereinigungen, die direkt von Regierungen oder Geheimdiensten gegründet und finanziert werden. So zum Beispiel die eingangs erwähnte US AID, eine 1961 aus der Taufe gehobene US-Behörde, die im Gewand einer NGO auftritt und über ein jährliches Budget von weit über 20 Milliarden US-Dollar verfügt. US AID ist in aller Herren Länder außenpolitisch aktiv und engagiert sich vorgeblich im Katastrophenschutz und für die Stärkung demokratischer Werte in Schwellen- und Entwicklungsländern. Doch dieses Image fungiert lediglich als einladende Fassade für die imperialistischen Umtriebe einer maßgeblich von der CIA gesteuerten Behörde.

Welche Formen die »Stärkung demokratischer Werte« seitens US AID annehmen kann, zeigen erstaunliche Vorgänge in Bolivien, wo die Organisation 10,5 Millionen US-Dollar zur Verfügung stellte, um die »politische Willensbildung« im Lande zu unterstützen – ein Euphemismus für ernsthafte Bemühungen, die Regierung von Präsident Morales zu stürzen, wie von WikiLeaks veröffentlichte Geheimdokumente belegen. Evo

Morales verwies US AID im Jahre 2013 des Landes. Ähnliche Vorgänge gibt es aus Venezuela zu berichten. Auch hier versuchte US AID nach Angaben der Journalistin Eva Golinger, die interne Dokumente der US-Regierung untersuchte, die amtierende Regierung zu entmachten. In einem Interview mit RT aus dem Jahr 2010 berichtet sie:

»*Im Fall von Venezuela geht es um ein Land, das reich an Öl ist, sich also niemals für irgendeine Art von direkter Hilfe seitens US AID qualifiziert hat. Daher unterhielt US AID hier nie offiziell ein Büro. Sie kamen erst 2002 ins Land und eröffneten ein Büro, kurz vor dem Staatsstreich gegen Präsident Chávez. Und die Dokumente – interne Dokumente, die unter dem Freedom of Information Act erlangt wurden – enthüllen, dass die einzige Absicht, das Büro hier in Venezuela einzurichten, darin bestand, den Oppositionskräften dabei zu helfen, Chávez aus dem Amt zu verdrängen.*«

Noch spektakulärer sind Ereignisse in Kuba, wo US AID ein illegales Social-Media-Netzwerk entwickelte und ausrollte, um sozialen Unfrieden in der Bevölkerung zu stiften und diese gegen die Regierung von Fidel Castro aufzubringen, wie THE GUARDIAN im April 2014 berichtete. Nachdem dieses Vorhaben nicht von Erfolg gekrönt war, entsandte US AID weitere Agenten nach Kuba, die unter dem Vorwand, Zivil- und Gesundheitsschutz-Programme durchzuführen, nach Personen Ausschau hielten, die als Revolutionsführer in Frage kamen. Auch dazu berichtete THE GUARDIAN im August 2014.

Noch dreister und peinlicher war der Versuch von US AID, die kubanische Musik-Szene zu unterminieren, um auf diesem Wege eine Revolution gegen die unliebsame sozialistische Regierung Kubas anzuzetteln. Auch in Brasilien und Uruguay war US AID aktiv. Und zwar schon in den 1970er-Jahren. Ein Artikel der New York Times vom 7. May 1978 beschreibt, wie

das von der CIA instrumentalisierte Hilfsprogramm in beiden Ländern lokale Polizeikräfte anwarb, um Aufträge für den CIA auszuführen und beispielsweise politische Gefangene zu foltern. In Laos finanzierte US AID die vermeintlich humanitären Zwecken dienende Fluggesellschaft »Xieng Khouang Air Transport«. Das mit zwei amerikanischen Flugzeugen operierende Unternehmen half dem umstrittenen CIA-Mann General Vang Po, der die Amerikaner während des Vietnam-Krieges aus Laos unterstützte, allerdings lediglich beim Opium-Schmuggel. Dass die CIA – und damit auch US AID – vor allem im Drogenhandel auf eine lange und erschreckend erfolgreiche Geschichte zurückblickt, zeigt eine ausführliche Zusammenfassung von »Biblioteca Pleyades«.

Natürlich blieb auch die aktuell im geopolitischen Fokus stehende Ukraine nicht verschont. Gerade vor der Haustüre Russlands geben sich diverse NGOs bis heute die Klinke in die Hand und versuchen, die Region nach ihren Vorstellungen zu restrukturieren. So ließ Investment-Modul George Soros, der auch die ANTIFA oder die von Skandalen verfolgte »Black Lives Matter«-Bewegung maßgeblich finanzierte und damit die Spaltung der amerikanischen Zivilgesellschaft massiv vorantrieb, in einem CNN-Interview aus dem Jahre 2017 verlauten:

»*Ich habe in der Ukraine eine Stiftung gegründet, bevor die Ukraine von Russland unabhängig wurde. Die Stiftung funktioniert seitdem und spielt jetzt eine wichtige Rolle bei den aktuellen Ereignissen.*«

Ein Artikel von Mark Ames vom Februar 2018 führt aus, wie unter anderem George Soros und Pierre Omidyar, Gründer und ehemaliger Chef von eBay, revolutionäre Bewegungen in der Ukraine unterstützten, um das Land zu destabilisieren. Dass die chaotisch erscheinende Situation in der Ukraine auf verdeckte Interventionen und Operationen des Westens zu-

rückgeht, beschreibt auch ein ausführlicher Vortrag (2015) von John Mearsheimer, Professor für Politikwissenschaften an der Universität von Chicago. Dabei wird deutlich: Es ging den NATO-Mitgliedsstaaten und den vor Ort aktiven NGOs niemals um humanitäre Hilfe oder die Stärkung demokratischer Strukturen in der Ukraine – sondern um die Ausweitung und Durchsetzung der »Pax Americana« an der russischen Grenze.

Das belegen auch die Aktivitäten des »National Endowment for Democracy« (NED), einer Organisation, die nach offizieller Lesart zu Beginn der 1980er-Jahre vom US-Kongress gegründet wurde und sich seitdem für »demokratische Entwicklungen in den Zielgebieten« engagiert. Doch auch in Bezug auf die NED trügt der Schein. Denn wie ein Text von Robert Parry für »Consortium News« vom Juli 2015 ausführt, ist die Organisation ein CIA-Vehikel und Flaggschiff der Neocons, das sich primär für einen Regimewechsel in Russland einsetzt.

Allen Weinstein, eines der Gründungsmitglieder von NED, prahlte in der Washington Post öffentlich:

»*Vieles von dem, was wir heute tun, wurde vor 25 Jahren verdeckt von der CIA durchgeführt.*«

Der frühere CIA-Direktor William Casey warb in einem Memo an das Weiße Haus für die Gründung von NED, gab jedoch gleichzeitig zu bedenken, dass die CIA dabei im Hintergrund agieren müsse, um die Integrität einer solchen Organisation nicht zu diskreditieren:

»*Wir hier [bei der CIA] sollten bei der Entwicklung einer solchen Organisation nicht an vorderster Front stehen, noch wollen wir als Sponsor oder Befürworter erscheinen.*«

Die Liste unrühmlicher Aktivitäten der NED ist lang. So spielte die Organisation eine wichtige Rolle in der Iran-Kontra-Affäre und war in jenen Jahren Teil von Oliver North's

Schattenregierung. 1990 versuchte NED, die Wahlen in Nicaragua zu manipulieren, um den Präsidenten Daniel Ortega zu stürzen. Im gleichen Zeitraum unternahm die NED Anstrengungen, um die Regierungen von Albanien und Bulgarien auszuwechseln. Und auch bei den bunten Revolutionen in Georgien und Kirgisistan hatten sowohl US AID als auch NED ihre Finger im Spiel. Ebenso bei der »Orange Revolution« in der Ukraine oder den Electric Yerevan-Protesten in Armenien, wie Michael Barker bereits im November 2006 berichtete.

Erhellend wirkt in diesem Kontext ein Gespräch des US-Politikers Ron Paul mit dem Journalisten Daniel McAdams, der im Zuge der Unterhaltung folgende Aussage tätigte:

»*Das ist ein großes Problem. Denn ich denke, man könnte argumentieren, dass die NATO nach dem Kalten Krieg hätte enden sollen. Aber definitiv hätte das National Endowment for Democracy nach dem Kalten Krieg enden sollen. Stattdessen sagen sie, wie bei jedem Regierungsprogramm: Nein, jetzt brauchen wir mehr.*

Da ist ein interessanter Artikel, geschrieben vom Präsidenten der National Endowment for Democracy – er ist Präsident auf Lebenszeit – Carl Gershman. Ich weiß, das mag sie schockieren, aber er ist eigentlich ein Trotzkist. Er war Gründungsmitglied einer kommunistischen, abtrünnigen Partei, der Trotskyite Social Democrats USA. Er schrieb einen Leitartikel in der Washington Post im September 2013, kurz bevor die Ereignisse in der Ukraine stattfanden. Und er schrieb als Präsident der National Endowment for Democracy. Er sagte: „Die Ukraine ist der größte Preis“. Und er erwähnte, dass „die Entscheidung der Ukraine, Europa beizutreten, den Niedergang der Ideologie des russischen Imperialismus, die Putin repräsentiert, beschleunigen wird“ - und, dass „Putin nicht nur im nahen Ausland, sondern auch in Russland selbst auf der Ver-

liererseite stehen könnte". Das wahre Ziel des NED ist also ein Regimewechsel. Er formulierte das kurz bevor all diese Ereignisse stattfanden.«

Auch der arabische Frühling kam nicht von ungefähr, wie die New York Times am 14. April 2011 beschrieb. Denn auch in der arabischen Welt waren primär US-Interessen, die Pax Americana, von Belang. Selbst das US-Außenministerium räumte bereits im April 2008 ein, Aktivisten in der Region mit über 50 Millionen US-Dollar unterstützt und so durch NGOs wie Movements.org beim Aufbau von Netzwerken, Kommunikation und Protestbewegungen geholfen zu haben.

In Syrien war die angloamerikanische Hegemonie ebenfalls seit mindestens 2006 verdeckt über NGOs aktiv. Wie die CBC im April 2011 berichtete, ließ man den revolutionären Kräften Syriens mittels Umwegen über eine Nichtregierungsorganisation – der »Bewegung für Gerechtigkeit und Entwicklung« – Millionen von US-Dollar zukommen. Selbst der syrische Zivilschutz, genannt »White Helmets«, eine Ersthelfer-Organisation, die von einem ehemaligen britischen Nachrichtendienstoffizier gegründet wurde, geht auf Betreiben amerikanischer Imperialisten zurück, wie die renommierte Investigativ-Journalistin Vanessa Beeley beim Schweizer Presseclub im Jahr 2017 erläuterte.

In Anbetracht der angeführten Informationen zeigt sich einmal mehr: Ein Blick hinter die Kulissen von Fassadendemokratie und internationalem Korporatismus ist notwendig. Auch bei vermeintlich philanthropischen Projekten. Denn neben Nichtregierungsorganisationen, die ihre Aufgabe ernst nehmen und sich tatsächlich karitativ engagieren, gibt es auch jene, die ganz anderen Zwecken dienen und damit Verrat an ihren gutgläubigen Mitgliedern begehen, diese finanziell ausnutzen und instrumentalisieren. Darüber hinaus nehmen diese Organisationen auf undemokratischem Wege Einfluss auf die Entwick-

lung der modernen Zivilgesellschaft. Sie setzen sich über nationalstaatliche Rechtsprechung hinweg und verhelfen fragwürdigen Zielen amoralischer, finanzstarker Minderheiten zum Erfolg.

Millionen von Menschen weltweit arbeiten in NGOs und wollen den Planeten ein Stückchen besser machen. Sie empfinden Empathie mit den Armen, Schwachen, Benachteiligten, mit gequälten, vom Aussterben bedrohten oder verstoßenen Tieren und der geschundenen Natur. Viele Aktivisten und Ehrenamtliche arbeiten aufgrund ehrlicher Überzeugungen bis zur Selbstaufgabe – oft sogar in jenen Organisationen, die im Hintergrund einer geostrategischen Agenda dienen. Denn auch US AID oder NED leisten zwecks Legitimation vordergründig Hilfe in Krisenregionen. Damit verschafft sich die Hegemonie Zugang zu Ländern und Regionen, die den amoralischen Imperialisten auf offiziellem Wege verschlossen blieben. Unter dem Vorwand, uneigennützig Hilfe leisten zu wollen, schaffen sich die unerwünschten Gäste eine Hintertüre, über die sie vor Ort verdeckt Einfluss nehmen und die gesellschaftspolitischen Verhältnisse zu ihren Gunsten manipulieren können.

So ist die unüberschaubare Anzahl von Nichtregierungsorganisationen nicht unbedingt eine Bereicherung für die freiheitlich-demokratische Zivilgesellschaft. In nicht wenigen Fällen muss man gar vom Gegenteil ausgehen – oder zumindest kritisch hinterfragen, welche Ziele verfolgt werden. Vor allem dann, wenn NGOs zu einflussreichen Großkonzernen avancieren, Interessenkonflikte offenliegen, belegbare Verbindungen zu Regierungen und Geheimdiensten bestehen, die Organisationen über intransparente Mega-Budgets verfügen und sich in geostrategisch brisanten Regionen der Welt engagieren. Das zeigt die Ukraine – ein Land, das unter Umständen als Strohmann für einen Krieg der NATO gegen Russland herhalten muss. Weil imperialistische Interessensgruppen die Lage

nach ihrem Gutdünken und unter dem Vorwand humanitärer Hilfe manipuliert haben.

»Fragen, die nicht beantwortbar sind, mag ich lieber als Antworten, die nicht infrage gestellt werden dürfen.« (Richard Feynman)

| 14. Februar 2022

Ordo Ad Chao

Chaos nützt nur jenen, die vermögen, daraus neue Ordnung zu schaffen. Müssen die Proteste in Kanada oder die euphemistisch betitelten »Freedom Days« zur Aufhebung der Corona-Maßnahmen in diversen Ländern unter dieser Prämisse in einem anderen Licht betrachtet werden?

»Trotze, so bleibt dir der Sieg.« (Friedrich Hebbel)

Die Freude ist groß. Champagnerlaune und Partystimmung machen sich breit. In den einschlägigen Social-Media Netzwerken befeuern sich die Hoffnungsvollen gegenseitig. Die Pandemie ist vorbei! Das Hashtag #gameover kursiert. Und die Trucker auch.

Bedauerlicherweise setzt das Frohlocken über die nahende Beendigung des autoritären Corona-Managements wohl etwas verfrüht ein – denn bei genauerer Betrachtung der Umstände wird schnell klar: Zu Ende ist gar nichts. Die neue Normalität hat nichts mit der Zeit vor Corona zu tun.

Ja, in vielen Ländern wird das segregative Covid-Zertifikat abgeschafft. Zumindest temporär. Die seit zwei Jahren mehr oder weniger strengen Maßnahmen werden zurückgefahren. 2G- und 3G-Regeln finden keine Anwendung mehr – und mancherorts fällt auch gleich die Maskenpflicht. Während einige Regierungen nur vorsichtig und schrittweise lockern, heben andere Staatslenker alle Corona-Restriktionen gleichzeitig auf. Jedes Land scheint dahingehend sein eigenes Süppchen zu kochen. Das internationale Vorgehen wirkt nicht homogen. Dies

erweckt den Eindruck von Chaos oder unterschiedlicher Handhabung der Krise, abhängig von der Lokation. Vergleichbar den Scheingefechten und inszenierten Grabenkämpfen der deutschen Ministerpräsidenten vor den demokratisch illegitimen Elfenbeinturm-Konferenzen zur Corona-Lage mit dem amtierenden Bundeskanzler. Doch das scheinbare Wirrwarr im Krisenmanagement ist Blendwerk. Denn holistisch betrachtet gehen alle Staaten nach dem gleichen Schema vor.

Zwar vermittelt die aktuelle Situation zunächst den trügerischen Eindruck, das autoritäre System würde sich, nachdem das Gröbste überstanden ist, zurückziehen. Manch einer glaubt gar an die zeitnahe juristische Aufarbeitung von vorsätzlich destruktivem Krisen-Management, institutioneller Korruption und Amtsanmaßung während der vergangenen 24 Monate. Weit gefehlt. Niemand wird Verantwortung übernehmen. Keiner wird justiziabel belangt und zur Rechenschaft gezogen werden. Zu erwarten sind maximal das ein oder andere mediale Bauernopfer für das vergraulte Wahlvolk. Damit dürften die regierungstreuen Leitmedien ihr offensichtlich hypnotisiertes Publikum nach dem Abklingen des Panik-Modus versuchen zu narkotisieren, bevor unter halbwegs reflektierten Bevölkerungsschichten zu viel Unmut gärt.

Bei aller Euphorie über die Reduktion staatlicher Übergriffigkeiten in vielen Ländern zeigen ausgewählte »Härtefälle« wie Deutschland, Österreich oder Australien, die sich weiter auf totalitärem Kurs in Richtung allgemeiner Impfpflicht befinden, was möglich ist, wenn der Widerstand kein ausreichendes Momentum generiert. Trotz zunehmender Proteste gegen die immer totalitärer anmutende Notstandspolitik der jeweiligen Regierung, bleibt diese stoisch bei ihrer Peilung. Die »kreative Zerstörung« wird fortgesetzt. Paradebeispiel für diese Geisteshaltung ist Winfried Kretschmann, der die Hauptstadt des von ihm regierten Bundeslandes Baden-Württemberg am liebsten in einen Außenposten von Pjöngjang verwandeln möchte.

Das staatliche Vorgehen gegen Demonstranten wird indes immer gewalttätiger, wie jüngst eskalierende Proteste in Paris, Brüssel und vielen anderen Städten weltweit zeigten. Widerstand wird niedergeknüppelt. Die Polizeigewalt nimmt zu. Die Stimmung heizt sich auf und Hemmschwellen fallen. Denn die Aggression wächst. Und in jenen europäischen Ländern, wo eine allgemeine Impfpflicht im Raum steht – namentlich Deutschland, Österreich, Italien und Frankreich – scheint der Staat dies durchaus provozieren zu wollen. Bei immer mehr Demonstrationen werden Absprachen von Vertretern der Polizei mit mutmaßlichen Krawallmachern und V-Leuten dokumentiert.

Dass gerade die drei Staaten, die im letzten Jahrhundert schon einmal die Speerspitze des Faschismus in Europa markierten, sich auf diese Art und Weise gegen ihre Bürgerschaft wenden, zeigt, dass die Geschichte die Menschen nichts lehrt. Denn ansonsten hätte die Bevölkerung dem menschenfeindlichen Treiben der Regierungen bereits vor Monaten ein Ende gesetzt. Oder ein tatsächlich funktionierendes demokratisches System hätte die machthungrigen, korrupten Volksvertreter unserer Zeit gar nicht bis an diesen Punkt kommen lassen. In der vermeintlichen Vorzeige-Demokratie USA, mit ihren zwei Einheitsparteien, ist man schon so weit, kritische Teile der Bevölkerung als Terroristen einzustufen. Unter dieser Prämisse scheinen sich die nach 9/11 erlassenen Anti-Terror-Gesetze nun gegen das eigene Volk zu wenden. Das gilt nicht nur für Amerika. Und ist bedrohlich.

Denn aktuell braucht es vielerorts nur noch einen »Agent Provokateur«, der mit Schusswaffengebrauch von sich reden macht, um veritable soziale Unruhen oder gar einen waschechten Bürgerkrieg zu provozieren. In Kanada waren es zum Beispiel die zurecht bejubelten Trucker, die der Verwaltung in Ontario einen Vorwand lieferten, offiziell den Notstand auszurufen – was der Regierung umso mehr Macht verleiht und den

dauerhaften Ausnahmezustand als künftige Basiskoordinate für die Handlungen staatlicher Führungszirkel zementiert. Am 15. Februar 2022 kündigte die kanadische Regierung obendrein an, die Bankkonten von Personen zu sperren, die sich am Widerstand gegen Corona-Maßnahmen beteiligen. Dies, nachdem das Crowdfunding-Unternehmen »GoFundMe« bereits im Vorfeld neun Millionen US-Dollar einfror, die den aufbegehrenden LKW-Fahrern gespendet worden waren. Ein Skandal.

Als Gegenreaktion haben die Kanadier nun scheinbar begonnen, ihr Geld von den Banken abzuheben. Informierte Kreise postulieren einen »Bank Run«. Dies wiederum könnte zu massiven Verwerfungen, Währungsinstabilität, dem Kollaps des kanadischen und in Folge internationalen Geschäftsbankensystems führen. Durch die globale Vernetzung der Finanzmärkte ist ein Dominoeffekt wahrscheinlich, sollte der kanadische Dollar zusammenbrechen. Das Resultat dieser Entwicklungen ist entgegen der Meinung der meisten Protestierenden jedoch nicht mehr Freiheit und die Abdankung der korrupten Machthaber, sondern ein signifikanter Machtzuwachs des Systems.

Denn auf die Einführung digitaler Währungen – und damit das Ende jeglicher Freiheit – arbeiten praktisch alle Regierungen dieser Welt seit langem hin. Digitale Zentralbankwährungen sollen zeitnah eingeführt werden. Euro, Dollar, Chinas Digital RMB oder Franken. Alles schon da oder fast fertig zum Rollout. Was bisher fehlt, ist das katalysierende Ereignis, das die Akzeptanz für solch ein totalitäres Geldsystem in der Bevölkerung steigert – oder das alte kreativ zerstört. So mag demnach das Covid-Zertifikat für einen Sommer lang ruhen. Dass es bald für andere Zwecke reaktiviert werden wird, liegt für den informierten Leser jedoch auf der Hand.

Auch das Beispiel Schweiz macht klar, dass das Zertifikat – und die damit verbundene Überwachungsstruktur – keinesfalls abgeschafft wird. Das System macht nur Pause. Es dekomprimiert. Lässt Druck ab aus dem überhitzten Hexenkessel. Aber die Infrastruktur steht und wird zeitnah wieder zum Einsatz kommen. Im nächsten Winter, wenn die Pandemie zurück ist. Oder, wenn der CO2-Fussabdruck per App erfasst und der Bewegungsradius des Menschen über diese Messgröße reguliert werden muss. Dass dies keine wilde Spekulation ist, unterstreicht eine Meldung von INSIDE IT, nach der die Schweizer Regierung weitere 5,5 Millionen Franken für die hiesige Covid-App investiert und sie so bis mindestens Ende 2023 durchfinanziert hat. Ähnliches hört man von der EU-Kommission, die angekündigt hat, den hauseigenen Gesundheitsnachweis ebenfalls bis mindestens Juli 2023 verlängern zu wollen. Evidenzlos. Trotz »Sommerpause« für die Killer-Pandemie.

Und genau an diesem Punkt findet sich die Parallele, die fast alle 194 Staaten dieser Welt verbindet, auch wenn ihr Krisenmanagement alles andere als homogen erscheint. Es wurde eine neue Stufe international vernetzter, digital-oligarchischer Überwachungsarchitektur installiert, die erhalten bleiben wird.

Die Corona-Krise hat ein Exempel statuiert. Die Staaten haben die roten Linien ihrer Bevölkerung ausgelotet. Immer zwei Schritte vor und einen zurück. Gerade so weit, bis ein öffentlicher Aufschrei ertönt. Danach wieder ein paar Zugeständnisse. Nudging. Milgram Experiment. Stockholm Syndrom. So wird auch das Undenkbare denkbar. Innerhalb recht überschaubarer Zeiträume. Und nach zwei Jahren wundert man sich, wo man hingekommen ist. Oder hätte sich Ende 2019 jemand zu träumen gewagt, dass Grundrechte zu Privilegien degradiert, Menschen segregiert, Debattenkultur vollends pervertiert und bekannte Persönlichkeiten wie Jan Josef Liefers, Max Otte, Lisa Fitz, Nena, Till Schweiger, Eric Clapton, Novak Djokovic oder TV-Legende Harald Schmidt von der Cancel Culture in

Frage gestellt, als illoyal bezeichnet und wie Personae non grata behandelt werden? Dennoch ist man im Februar 2022 exakt an diesem Punkt angelangt. Da, wo man seine eigene Meinung zwar noch kundtun kann, aber mit dem Shitstorm umgehen können muss, der einen zwangsläufig ereilt, erdreistet man sich, öffentlich Widerwort hinsichtlich des offiziellen Narratives zu geben.

»Wenn Freiheit überhaupt etwas bedeutet, dann das Recht, den Menschen zu sagen, was sie nicht hören wollen.« (George Orwell)

Angesichts der tektonischen Bruchlinien, die von der Corona-Krise in die sozialen und kommunikativen Strukturen der modernen Gesellschaften getrieben wurden, erscheint es also etwas verfrüht, einen Sieg über die bereits nach der Jahrtausendwende aus der Taufe gehobene Bio-Sicherheitsdoktrin des »New Normal« zu feiern. Denn auch wenn Covid-19 erst vor knapp zwei Jahren seinen Strick um den Hals der Freiheit schlang – war die zwecks finaler Machtausweitung zu instrumentalisierende Legislatur und Technologie von den entsprechenden Interessengruppen schon lange vor der aktuellen Krise geschaffen worden. Katalysierende Events wie Covid-19 oder 9/11 ermöglichen schlussendlich nur den Paradigmenwechsel, auf den die Think Tanks der Oligarchie schon Dekaden hingearbeitet haben.

Das konnte man im Zuge der Schweinegrippe beobachten, einem Testlauf für die Corona-Pandemie. Ein Zeitpunkt, zu dem Wolfgang Wodarg auch einem Blatt wie der »taz« noch als renommierter Kämpfer für Bürgerrechte galt. Schon damals versuchte der pharmakologisch-finanzielle Komplex mit Hilfe der WHO einen ähnlichen Dominoeffekt in Gang zu setzen wie 2020, um mittels Leitmedien eine Pandemie biblischen Ausmaßes heraufzubeschwören. Allerdings hatte man zu diesem Zeitpunkt noch keinen PCR-Test. Auch die (sozialen)

Medien hatte das System noch nicht so gut im Griff. Mittlerweile ist das anders. Dank technischem Fortschritt, finanzieller Unterwanderung der Medienlandschaft und Zensur-Werkzeugen wie dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz. Gerade letzteres ist von immanenter Wichtigkeit für die erfolgreiche Illusion einer globalen Pandemie – denn das Virus überträgt sich primär via Bildschirm. Seine Name ist Angst.

Diese Erkenntnis ist nicht neu. Denn erstaunlicherweise gibt es verblüffende Parallelen zwischen der HIV-Welle der 1980-er Jahre und der vermeintlichen Corona-Pandemie. Auch das HIV-Virus sorgte für einen Medien-Hype. Fernsehsender und Zeitungen waren fasziniert vom mysteriösen neuen Killer-Virus – von dem, wie von Corona, bis heute kein Isolat existiert. Sprich, die eigentliche Existenz des Erregers wurde nie wirklich nachgewiesen. HIV wird, wie Corona, lediglich indirekt über das Vorhandensein von Indikatoren diagnostiziert. Und selbst der damalige Schnell-Test lieferte, wie heutzutage der PCR-Test, in weiten Teilen falsch-positive Ergebnisse.

Inflationäres Testen detektierte also schon in den 80ern nur indirekte Hinweise auf ein Problem – das HIV-Virus – das anschließend medial aufgeblasen wurde. Basierend auf dem Testergebnis behandelte man präventiv, bevor das besagte Virus aktiv werden konnte. Wurde die Probanden anschließend dennoch krank, lautete die Diagnose AIDS. Eine Autoimmunkrankheit. Welche man mit weiteren drastischen Methoden versuchte zu bekämpfen – zum monetären Vorteil der Pharmabranche, die sich an HIV-Patienten eine goldene Nase verdient.

Der Umgang mit HIV erinnert daher durchaus an die Corona-Test-und-Impf-Kampagne, mitsamt ihren massiven Nebenwirkungen, die den Körper augenscheinlich ebenfalls dazu veranlassen, sich selbst den Krieg zu erklären. Eine detaillierte Analyse mit dutzenden Quellen zu den Parallelen zwischen

HIV-Welle und Corona-Pandemie hat Journalist Ryan Cristian am 12. Februar 2022 veröffentlicht. Amüsante Notiz am Rande: Auch damals schon bezeichnete man Zweifler an der offiziellen HIV-Erzählung als »Leugner« – als AIDS-Leugner – wie ein haltloser Faktencheck aus dem Jahr 2012 zum erhellenden Dokumentarfilm »I won't go quietly« von Anne Sono belegt. Eine detaillierte, chronologische Übersicht der Entstehung des HIV-Narratives findet sich auf der Internetseite HIV-Fakt.de.

So erscheint es momentan durchaus verwirrend und unfair, dass Länder wie die Schweiz zum 17. Februar 2022 alle Corona-Maßnahmen aufheben – inklusive Maskenpflicht – während in Deutschland mittlerweile 3G-Regelungen als Freiheit vermarktet werden. Die zeitversetzten Öffnungsschritte der verschiedenen Ländern mögen willkürlich wirken, im historischen Kontext übergeordneter Ziele lassen sich jedoch, wie so oft, Schnittmengen mit ähnlichen Ereignissen ausmachen.

Neben der medialen Gestaltung des Narratives durch Unterdrückung konträrer Standpunkte und den an Profitgier orientierten Prozessen der mafiösen Konzern-Oligarchie, sind es vor allem die strategischen – im Grunde sehr simplen – Ziele der agierenden Interessengruppen, die sich über alle genannten Krisen hinweg gleichen: Finanzielle Bereicherung, Kontrolle der Bevölkerung, Erzeugung von Abhängigkeiten gegenüber einem paternalistischen Korporatismus, Zentralisierung von Macht in supranationalen Organisationen sowie die Egalisierung kultureller Charakteristika.

Dass sich Geschichte wiederholt, erkennt man nicht nur an bewaffneten Konflikten, für die immer wieder plumpe Lügen einen offiziellen Anlass boten, sondern auch an der Entwicklung des Gesundheitswesens, das immer offensichtlicher Interesse an einer langfristigen Kundenbindung – also an dauerhaft kranken Menschen – zeigt, anstatt sich tatsächlich für eine ge-

sunde Bevölkerung einzusetzen. Auch die Veränderung der Gesetzgebung gleicht sich über die Jahrhunderte. Am Anfang standen immer wieder Selbstbestimmung und Partizipation. Das Wohl des Volkes. Gleichheit. Häufig endete es in Tyrannei. Denn schon immer versuchten Regierungen, über Notstandsgesetze, Kriegsrecht oder andere Ausnahmezustände, ihre oft missliebigen Ziele zu erreichen. Eine fundierte Analyse zum Thema »Regieren über Notstandsgesetze« bietet ein quellenreicher Podcast von Investigativ-Journalist James Corbett, der am 12. Februar 2022 veröffentlicht wurde und in seiner Recherche bis ins 16. Jahrhundert zurückreicht.

Aus dieser Perspektive betrachtet, scheinen die Proteste der Kanadier geradezu kontraproduktiv, da sie dem System Legitimation zur Verschärfung des Konflikts verschaffen und einen selbst amplifizierenden Kreislauf der Eskalation befeuern. Chaos dient schließlich nur jenen, die vermögen, daraus neue Ordnung zu schaffen. Ordo Ad Chao. So muss bedauerlicherweise auch die Freude über das vermeintlich zeitnahe Ende der Corona-Krise ein jähes Ende nehmen. Die Krise bleibt. Egal welche. Sie ist das Wesen modernen Regierens. Daher ist, wenn man genauer hinschaut, die Party vorbei, bevor sie angefangen hat.

Denn eines haben alle Länder gemeinsam – ob sie Corona-Maßnahmen aufheben oder nicht – und egal, wie restriktiv sie im Umgang mit der Krise waren: Sie entwickeln sich und ihre Gesellschaften nach dem Vorbild des chinesisches Modells und planen die Einführung eines Sozialkreditsystems. Nur die landesspezifische Verkaufsstrategie für diese politische Endstation wird dem jeweiligen Klientel geringfügig angepasst, um die Erfolgschancen bei der Umsetzung zu steigern. Schon heute ist die westliche Welt dem Sozialismus deutlich näher als echter Demokratie oder Marktliberalität. Vielleicht wusste Angela Merkel sogar schon im Jahre 2015, was Europa in der Zukunft blüht, als sie in Richtung der SPD sagte:

»Der Sozialismus endet totalitär. Ob man es will oder nicht.«

So gilt derzeit mehr denn je: Widerstand gegen die sich ermächtigende oligarchische Kaste muss friedlich verlaufen. Die Opposition muss sich der Tragweite des tatsächlichen Problems bewusst sein und darf sich nicht von vermeintlichen Lockerungen blenden lassen, die dem System eine legitimierende Argumentationslinie verschaffen. Denn im Zuge der Aufhebung von Maßnahmen werden Regierungen und Medien nun versuchen, jene Aufmüpfigen Lügen zu strafen, die in den vergangenen zwei Jahren den Aufbau undemokratischer, totalitärer Strukturen anmahnten. Die vermeintliche Rückkehr zur Normalität ist eine durchschaubare Finte – selbst wenn der Einzug haltende Frühling die Laune hebt und ein halbwegs unbeschwerter Sommer ins Haus stehen sollte.

| 21. Februar 2022

Bioethik: Eugenik der Spätmoderne

Der sogenannte Ethikrat irritierte im Zuge der Corona-Krise immer wieder mit Aussagen, die mit dem tradierten Verständnis von Ethik wenig zu tun haben. Eine genauere Betrachtung des Forschungsfeldes und seiner unrühmlichen Geschichte impliziert, warum.

»Es war schon immer der Weg der Natur, die letzten zu töten, und es gibt immer noch keinen anderen Weg, es sei denn, wir können verhindern, dass diejenigen geboren werden, die die Hintersten werden würden. In der Sterilisierung des Scheiterns, und nicht in der Auswahl von Erfolgen für die Zucht, liegt die Möglichkeit einer Verbesserung des menschlichen Bestands.« (H.G. Wells, 1904)

Der Ethikrat: Eine Institution, die im Zuge der Corona-Krise in vielen Ländern im Mittelpunkt der Diskussion um das Recht auf körperliche Unversehrtheit stand und diesbezüglich nicht selten für Aufsehen sorgte. In Deutschland ebenso wie in der Schweiz oder Österreich. Denn so manche Aussage dieser vermeintlich letzten Instanz in Sachen gesellschaftspolitischer Moral warf die Frage auf: Was macht so ein Ethikrat-Mitglied eigentlich beruflich?

Dieser Frage scheint nun auch ein Artikel (Paywall) der WELT vom 21. Februar 2022 nachgehen zu wollen, der sich um die Unabhängigkeit der umstrittenen deutschen Ethikrat-Chefin Alena Buyx sorgt, die offensichtlich Verbindungen zum »Wellcome Trust« unterhält – der weltweit mächtigsten privaten Stiftung im Bereich medizinischer Forschung mit Sitz in London. Die Verfasserin, Cornelia Stolze, beschreibt in der

Einleitung ihres Beitrages treffend den Interessenkonflikt, der besteht, wenn einem vermeintlich unabhängigen Gremium, das der kontroversen Krisenpolitik der Regierungen ethisch-moralische Legitimation verleiht, finanzielle Abhängigkeiten zu Organisationen nachzusagen sind, die schlussendlich von einem anhaltenden Gesundheitsnotstand profitieren.

Über welche finanziellen Mittel der Wellcome Trust verfügt, wes Geistes Kind der Gründer Henry Wellcome war, was für dystopische Forschungsziele die Einrichtung verfolgt und welchen Einfluss sie auf Regierungsebene hat, hätte Frau Stolze allerdings auch schon im Juni 2021 wissen können. Denn zu diesem Zeitpunkt veröffentlichte Investigativ-Journalistin Whitney Webb ihr umfassendes und fundiert recherchiertes Editorial »A Leap towards Humanity's Destruction« (Ein großer Schritt in Richtung Zerstörung der Menschheit), das sich im Detail mit den fragwürdigen Forschungsprioritäten der vermeintlich wohltätigen Stiftung und ihrem DARPA-nahen Spin-off »Wellcome Leap« auseinandersetzt.

Auch die Nähe des Wellcome Trust zur Pharmabranche hätte bekannt sein können, war doch der Konzern des Namensgebers, Sir Henry Solomon Wellcome, eines jener vier Unternehmen, die im Jahr 2000 zu GlaxoSmithKline fusionierten. Vor dem Zusammenschluss nannte man sich noch »Glaxo Wellcome«. Und außer der mittlerweile weithin bekannten »Bill & Melinda Gates-Stiftung« hatte wohl kaum eine andere Organisation mehr Einfluss auf den Verlauf des Pandemie-Geschehens als Sir Henry's vordergründig philanthropisches Vermächtnis. Zudem hätten die Nähe des Wellcome Trust zu Oxford-AstraZeneca oder DARPA sowie die nachweislichen Verbindungen dieser Organisationen zur Eugenik-Bewegung Fragen aufwerfen müssen – denn auch darüber hatte Whitney Webb bereits am 26. Dezember 2020 ausführlich berichtet.

Sollte Frau Buyx also irgendwelche Verbindungen zu Wellcome Trust oder Wellcome Leap unterhalten, muss das nicht nur die Öffentlichkeit zeitnah erfahren, die Ethikrat-Chefin sollte außerdem zeitnah ihren Hut nehmen. Abhängigkeiten gegenüber einer Organisation, die sich zur obersten Priorität gemacht hat, invasiven Technologien, individualisierter Gentherapie – vor allem bei Kindern – Telemedizin und Transhumanismus bis 2030 massiven Vorschub zu leisten, sind als unabhängige Denkerin im Auftrag der Ethik kaum tragbar.

Denn mit Nächstenliebe, Moral und Ethik haben die Umtriebe der Wellcome-Organisationen wenig zu tun. Das dürfte schon die enge Zusammenarbeit mit der amerikanischen DARPA (Defense Advanced Research Projects Agency) implizieren, deren milliardenschwere Programme von »Active Social Engineering Defense« über »Pandemic Prevention Plattform P3« bis zu »Warfighter Analytics using Smartphones for Health« ein düsteres Bild jener Zukunft zeichnen, an der seitens des US-Militärs unverhohlen geforscht wird.

Denn hinter Abkürzungen wie P3 verbirgt sich nichts anderes als das augenscheinlich Autoimmunkrankheiten begünstigende mRNA-Plattform-Konzept für dauerhafte Gentherapie, vor dem Kritiker der »Impfung« gegen SARS-Cov-2 schon lange warnen. Und auch sonst fokussieren sich eine Vielzahl der DARPA-Projekte auf soziale Kontrolle, invasive Pharmakologie, biometrische Überwachung und die Verschmelzung von Mensch und Maschine. Kaum das passende Umfeld für ethische Grundsatzfragen.

Neben der gesellschaftspolitischen Posse um die verkniffen wirkende Frau Buyx und eventuelle Vorteilnahme oder Interessenkonflikte des Ethikrates, scheint es angezeigt, das Feld der Bioethik etwas genauer unter die Lupe zu nehmen. Denn eine Vielzahl von Indizien gibt allen Grund zur Annahme, dass sich hinter der sachlich anmutenden Umschreibung einer

hochtrabenden Geisteswissenschaft nichts anderes verbirgt, als eine Neuauflage eugenischer Ideen, die man gemeinhin hoffte, nach dem Zweiten Weltkrieg auf dem Scheiterhaufen der Geschichte zurückgelassen zu haben.

Die sachliche Definition des Forschungsfeldes der Bioethik liest sich zunächst wenig bedrohlich. Auch wenn bereits in der oberflächlichen Beschreibung kontroverse Themen wie Rote und Grüne Gentechnologie, Stammzellenforschung oder Reproduktionsmedizin gestreift werden – aber dafür sind Bioethiker ja offiziell da: Für die Entwicklung von Handlungsempfehlungen, Denkmodellen und aufklärerisch geerdeten Leitlinien, die den Homo Sapiens im Kontext der Entwicklungen seiner Zeit auf ethisch-moralischem Kurs halten. Kurz gesagt: Die Bioethiker sollen auf theoretischer Ebene sicherstellen, dass der Mensch seine Entwicklung reflektiert und sich vor seinem eigenen Fortschritt zu schützen weiß – auch wenn ihn seine revolutionären Entwicklungen dazu verleiten, diesen mitsamt der eigenen Existenz zu gefährden. Siehe Nuklearwaffen – oder das Klonen von Menschen.

Technisch seit langem möglich – mancher erinnert noch dunkel das erste Klon-Schaf Dolly (1996 – 2003) – ethisch und moralisch, und damit auch gesellschaftlich, aber (noch) absolut undenkbar. Dank der entsprechenden öffentlichen Diskussion, die auf humanistisch geprägter Aufklärung fußt und bisher eine halbwegs stabile Barriere gegen derartige Vorhaben markiert. Ansonsten hätte die Pharmaindustrie bereits vor langem begonnen, auf diesem Feld aktiv zu werden. Und insgeheim war sie das auch. Welche Pläne der pharmakologisch-finanzielle Komplex für die Zukunft der Medizin hegt, und folglich für die Zukunft des menschlichen Organismus, habe ich in bereits in einem Text vom 10. November 2021 umrissen. Mit Gesundheit im herkömmlichen Sinne hat es in jedem Falle wenig zu tun.

Mit der Covid-19-Impfung werden derzeit erstmals mRNA-Produkte im großen Stil in Umlauf gebracht und am menschlichen Wesen erprobt. Die Injektionen sind eine Gentherapie, da gibt es nichts zu deuteln, und stellen damit nicht nur einen Paradigmenwechsel in der pharmakologischen Entwicklung, sondern auch im soziologischen Kontext dar. So war der Aufschrei der regierungstreuen Pandemiker zunächst groß, als Kritiker des Covid-Narratives die mRNA-Behandlungen als riskante Gentherapie bezeichneten. Denn der Eingriff in die menschliche Zellstruktur ist zurecht in allen Milieus verpönt.

Entsprechende Bezeichnungen wurden folglich als Verschwörungstheorie abgetan – mRNA sei eben nicht DNA. Das habe nichts mit Genmanipulation zu tun. Noch heute werden Ergebnislisten der Suchmaschinen dominiert von Faktenchecks der üblichen Verdächtigen, die sich alle Mühe geben, zu begründen, wie und warum sich die Corona-Impfungen von Gentherapien unterscheiden, beziehungsweise, dass sie keine sind. Die Medien versuchen verzweifelt, den ethischen Tabubruch zu marginalisieren und von einem drastischen Paradigmenwechsel abzulenken. Während Unterlagen der Impfstoffhersteller und Webseiten offizieller Organe selbst den Begriff Gentherapie verwenden.

Ist Leugnen und Schönreden kein gangbarer Weg mehr, weil mittlerweile wohl jeder mitbekommen hat, dass es um die Modifikation des menschlichen Genoms geht, gibt man den Umstand eben zu, wie Alliance for Science, und kontert sinngemäß: »*Ja, manche Covid-Vakzine modifizieren Gene. Na und? Wen juckt's*.« Als wäre nichts dabei, wenn die Grenzen ethisch vertretbarer Behandlungsmethoden niedergerissen werden. In die gleiche Kerbe schlägt EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die gerade erst vorgeschlagen hat, den Nürnberger Kodex abzuschaffen. Ein Affront. Ein absolutes Tabu, wenn irgendetwas aus der Geschichte gelernt hat. Aber – damit ist klar, wohin die Reise geht. Und egal ob National

Library of Medicine oder Produktbeschreibung von Astra Zeneca, die Produktdokumentation zum Thema Covid-Impfung ist eindeutig:

»*Eine Dosis (0,5 ml) enthält: Schimpansen-Adenovirus, das SARS-CoV-2-Spike-Glykoproteine ChAdOx1-S* codiert, nicht weniger als 2,5 × 108 infektiöse Einheiten *. Produziert in genetisch veränderten, humanen, embryonalen Nierenzellen (HEK) 293 und mit rekombinanter DNA-Technologie.*« (Astra Zeneca)

Die Corona-Konformisten scheinen sich mit der Tatsache abgefunden zu haben, dass sie erst belogen und schließlich doch einer experimentellen Gentherapie unterzogen wurden. Damit ist die eingangs erwähnte, ethisch-moralische Barriere beseitigt, die Pharma-Branche, Militär und Big-Tech bisher davon abhielt, den Quellcode des menschlichen Lebens aktiv zu manipulieren. Denn ein Teil der Bevölkerung hat diesen Weg mittlerweile offensichtlich als normal akzeptiert – oder kann nicht mehr zurück. Und was macht der Ethikrat? Er diskutiert, ab welchem Alter Kinder geimpft werden sollten und unter welchen Gesichtspunkten eine allgemeine Impfpflicht vertretbar ist. Dies, angesichts einer Krankheit mit Mortalitätsrate im Promillebereich und einer Impfung, die weder sterile Immunität verschafft noch vor einer schweren Erkrankung schützt. Aufgabe verfehlt.

Nun scheint die mRNA-Plattform samt quartalsweiser Booster-Updates aber nur ein erster Schritt zu sein. Denn was die Bioethiker darüber hinaus diskutieren, lässt aufhorchen. Die Ethik-Gremien und Moral-Task-Forces sind nicht nur im Begriff, der Sprache semantische Kunstgriffe abzuringen, um unveräußerliche Menschenrechte zu entkräften und tradierte Werte kommunikativ zu pervertieren, sie versuchen dem Leben selbst seinen Wert abzusprechen.

» (…) *Das ist ein Kompromiss, den die Gesellschaft macht, wegen sehr hoher medizinischer Kosten und mangelnder Bereitschaft zu sagen: Ist es eine Million Dollar wert, dass man sie für die letzten drei Lebensmonate eines Patienten ausgibt – oder wäre es nicht besser, diese zehn Lehrer nicht zu kündigen und diesen Kompromiss bei den medizinischen Kosten einzugehen? Aber das wird Death-Panel (Todes-Rat) genannt – und man soll diese Diskussion nicht führen.*« (Bill Gates)

So führt die Diskussionslinie des Ethikrates mittlerweile Ideen das Wort, die mit Humanismus wenig zu tun haben. Die Argumentationsketten des Gremiums folgen den Bedürfnissen der Hegemonie. Genau wie die STIKO, das RKI oder das Bundesverfassungsgericht. Buyx und Konsorten versuchen im Auftrag einer menschenfeindlichen Idee, Undenkbares denkbar zu machen, wie der Eugeniker und erste UNESCO-Chef Julian Huxley es ausdrückte. Der Ethikrat soll ethisch rechtfertigen, was vor 100 Jahren schon einmal als Wissenschaft galt und von Amerika bis Europa hochrangige Anhänger hatte: Die Eugenik. Die humangenetische Segregation der Bevölkerung. Die optimierte, selektive und zentral gesteuerte Fortpflanzung des Menschen. Vergleichbar der Viehzucht und Massentierhaltung.

Und es war entgegen landläufiger Überzeugung nicht der wahnsinnige Kleingeist Adolf Hitler, der die Eugenik erfand. Tatsächlich waren die Briten und Amerikaner Vorreiter auf diesem Gebiet. Nicht einmal den Hitlergruß hat der deutsche Despot und Massenmörder selbst erfunden. Die Geste stammt aus den USA, nennt sich »Bellamy Salute« und wurde dort ab 1892 und bis in die 1930er-Jahre verwendet, um der amerikanischen Flagge zu huldigen. Und auch Hitlers »Mein Kampf« stammt nicht wirklich von ihm selbst. Das rassistische Machwerk basiert in großen Teilen auf der vierteiligen Publikation »The International Jew«, die von dem amerikanischen Groß-

industriellen und überzeugten Antisemiten Henry Ford (Ford Motor Company) in den 1920er-Jahren veröffentlicht wurde.

Selbst die von Hitler proklamierte Rassenhygiene war nicht auf seinem eigenen Mist gewachsen. Das Konzept wurde vom Schweizer Humangenetiker Ernst Rüdin entwickelt, der von 1936 bis 1944 kommissarisch das Institut für Rassenhygiene in München leitete. Rüdin schrieb noch 1943, als längst bekannt war, dass Hitler die Idee der Rassenhygiene als Rechtfertigung für den industrialisierten Massenmord an den Juden nutzte:

»*Es ist das unvergängliche geschichtliche Verdienst Adolf Hitlers und seiner Gefolgschaft, über die rein wissenschaftlichen Erkenntnisse hinaus den ersten wegweisenden und entscheidenden Schritt zur genialen rassenhygienischen Tat in und am deutschen Volk gewagt zu haben.*«

Ernst Rüdin wurde im Entnazifizierungsverfahren der Siegermächte als »Minderbelasteter« eingestuft und auf eifriges Betreiben des deutschen Physikers und Nobelpreisträgers Max Planck bereits im Jahr 1946 freigelassen. Obwohl ihm 1945 das Schweizer Bürgerrecht entzogen wurde, musste sich Rüdin nach seiner Freilassung nie für seine Überzeugungen und Taten vor einem Gericht verantworten. Im Gegenteil: Seine Tochter, Edith Zerbin-Rüdin, wurde ebenfalls Humangenetikerin und wirkte bis zu ihrem Tod im Jahr 2015 auf diesem Feld.

Noch in der Todesanzeige, die das Max-Planck-Institut für Psychologie im Jahre 1952 nach Rüdis Ableben veröffentlichte, stand, dass der ausgewiesene Rassist und Antisemit einer der »*hervorragendsten Begründer der genetischen Forschung in der Psychiatrie*« gewesen sei. Geschichtsbewusstsein geht anders.

Nachdem die Faschisten in Europa reüssierten und in den 1930er-Jahren nicht nur den erhobenen rechten Arm, sondern auch die Rassengesetze der Amerikaner adaptierten, ließ man das Grußzeichen dort rasch in Vergessenheit geraten. An Rassentrennung und Eugenik hielt das Land der unbegrenzten Möglichkeiten aber weiterhin fest. Ein informatives Interview zur grausamen Geschichte der Eugenik in den USA gab der Autor Adam Cohen am 21. Juni 2016. Die Tatsache, dass der Bundesgerichtshof der Vereinigten Staaten noch im Jahr 1927 Zwangssterilisationen guthieß, spricht Bände. Im Lauf der folgenden Jahrzehnte wurden in den USA über 70.000 Menschen auf staatliche Anordnung hin sterilisiert, da man sie nicht für reproduktionswürdig hielt. Die meisten von ihnen waren Ureinwohner, Nachfahren der indianischen Stämme.

» (...) Es gibt außerordentlich viele Menschen, die ich töten möchte. Nicht in einem unfreundlichen oder persönlichen Geist, aber es muss ihnen allen klar sein – sie alle müssen mindestens ein halbes Dutzend Menschen kennen – die in dieser Welt nicht zu gebrauchen sind. Die mehr Ärger machen, als sie wert sind. Und ich denke, es wäre eine gute Sache, jeden vor einen richtig ernannten Vorstand kommen zu lassen, so wie er vielleicht vor den Steuerkommissar kommt, und, sagen wir, alle fünf Jahre, oder alle sieben Jahre, stellen Sie ihn einfach dorthin und sagen: Sehr geehrte Damen und Herren, werden Sie jetzt so freundlich sein, Ihre Existenz zu rechtfertigen?« (George Bernard Shaw)

Die Eugenik war ein fester Bestandteil der politisch-ideologischen Agenda der USA und Großbritanniens zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Es gab dutzende Organisationen, die sich eingehend und öffentlich mit dem Thema beschäftigten. Eugenik-Kongresse fanden statt. Illustre Gäste wie Winston Churchill, Arthur Balfour, Vernon Kellogg oder Alexander Graham Bell, der Erfinder des Telefons und Gründer von

AT&T, fanden sich ein, um über das Thema zu sprechen. Finanzstarke Forschungseinrichtungen beschäftigten sich mit der selektiven Optimierung der menschlichen Rasse per Zucht und Genmanipulation.

Die Eliten diskutierten zu jener Zeit völlig ohne Scham, wie Leben, das sie als minderwertig erachteten, vorzeitig zu beenden, oder noch besser, zu verhindern sei. Auch die Rassentrennung in den USA bestand noch bis weit nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Annahme, dass diese düsteren Umtriebe das bloße Relikt einer verblendeten Vergangenheit sind, ist allerdings falsch. Denn die meisten der Eugenik verschriebenen Organisationen von damals existieren noch heute. Sie haben nur den Namen und ihren öffentlichen Auftritt verändert. Die Ideen und Ziele sind die gleichen. Auch wenn diese nun unter dem Label Bioethik diskutiert und mit anderen Marketing-Methoden umgesetzt werden.

So existiert der Population Council, eine von John D. Rockefeller im Jahr 1952 gegründete NGO, bis heute unter gleichem Namen. Die Webseite der Organisation, die über ein jährliches Budget von 74 Millionen US-Dollar verfügt und mehr als 500 Mitarbeiter beschäftigt, lässt bei einem Blick auf die Rubrik »Unsere Forschung« Rückschlüsse über die eigentliche Zielsetzung des vordergründig humanitären Ansinnens zu. Dass die Rockefellers energische Verfechter von eugenischen Ideen waren und bis heute sind, ist hinlänglich bekannt und dokumentiert. Die Bank-Magnaten finanzierten schon das deutsche »Kaiser Wilhelm-Institut« sowie die Eugenik-Programme der Nationalsozialisten – und zwar bis zum Kriegseintritt der USA. Die Einstellung des Rockefeller-Clans zum menschlichen Leben versinnbildlicht am besten ein Zitat eines ihrer engsten Mitarbeiter, Heinz Alfred Kissinger, besser bekannt als Henry Kissinger, der einst sagte:

»*Die Alten sind nutzlose Fresser.*«

Exakt darum geht es den Eugenikern: Wer nicht in ihren Diensten stehen kann, oder das nicht will, wer zu alt, krank oder behindert ist, muss weg. Und »weg« steht dabei unumwunden für den Tod. Das wurde spätestens im Jahr 1914 klar, als in Amerika das Birth Control Movement aktiv wurde. Über die von Eugenik und Rassenhass geprägten Motive der Frontfrau, Margaret Sanger, sowie ihre verabscheuungswürdigen Aktivitäten, hatte ich bereits in meinem Text Die Trojanische Herde berichtet. Sie war es, die 1921 die American Birth Control League gründete, eine Organisation, die noch heute unter dem Namen Planned Parenthood existiert und in ganz Amerika aktiv ist.

Doch damit nicht genug. Margaret Sanger initiierte auch die Gründung der International Planned Parenthood Foundation, die 1952 in Mumbai zusammen mit Lady Rama Rau aus der Taufe gehoben wurde. Passend zur eigenen Agenda – der Verhinderung von neuem Leben – feiert die noch immer aktive Organisation auf ihrer Webseite derzeit den Umstand, dass Kolumbien die Abtreibung vor wenigen Tagen durch eine Gesetzesänderung entkriminalisiert hat. Im Kern applaudiert man also der staatlichen Genehmigung zum Töten von ungeborenem Leben. Natürlich gilt in diesem Fall und für jede Frau das Recht auf körperliche Selbstbestimmung als oberste Maxime. Dennoch wirkt der digitale Freudentaumel ob der Entscheidung makaber, betrachtet man diesen im historischen Kontext der Organisation und den Überzeugungen ihrer Gründerin – auch wenn der öffentliche Auftritt sich heutzutage redliche Mühe gibt, positiv und humanitär zu wirken. Vielleicht erklärt diese fadenscheinige Fassade, warum sich bisher niemand über den Umstand echauffiert, dass in New York bis heute eine Straße nach Margaret Sanger benannt ist.

Kaum anders verhält es sich mit der American Eugenics Society, die 1926 in den USA gegründet wurde und bis 1972 existierte. Auch diese Organisation besteht bis heute und fir-

miert neu unter dem Titel Society for Biodemography and Social Biology. Außer dem Namen hat man aber augenscheinlich wenig geändert. Daneben gab es in Amerika die Human Betterment Foundation, die zwar nach dem Tod des Gründers, Ezra Seymour Gosney, im Jahr 1942 offiziell liquidiert wurde – deren Vermögen und Arbeitsergebnisse allerdings im »Gosney Research Fund« aufgingen, der, mitsamt den Archiven der Eugenik-Organisation zur Verbesserung des Menschen, bis heute von der Caltech in Pasadena (Kalifornien) verwaltet wird, einer der renommiertesten Universitäten der Vereinigten Staaten.

Im Jahr 1906 wurde außerdem die Race Betterment Foundation gegründet. Von Irving Fisher, Charles Davenport und vor allem John Harvey Kellogg, dessen Name von der entsprechenden Lebensmittelmarke »Kellogg's« bekannt ist, welche er zusammen mit seinem Bruder unter dem Namen »Battle Creek Food Company« gründete. Beim nächsten Einkauf von Kornflakes sollte man somit gründlich überlegen, wessen Gedankengut man mit dem Kauf von Frühstücksflocken unterstützt.

Charles Davenport etablierte für die USA in der öffentlichen Hochphase der Eugenik zusätzlich das »ERO«, das Eugenics Record Office, dessen Auftrag darin bestand, biologische und soziale Informationen über die amerikanische Bevölkerung zu sammeln. Gegründet wurde das »ERO« im Jahr 1910 mit Geldern der »Carnegie-Institution for Science«, die noch heute besteht und ein Vermögen von sagenhaften 927 Millionen US-Dollar verwaltet (Stand Juni 2020). Und auch wenn das Eugenics Record Office offiziell im Jahr 1939 aufgelöst wurde, unterhält die Carnegie-Stiftung für Wissenschaft bis heute eine gesonderte Abteilung für Humangenetik und arbeitet an Projekten wie dem Digitalen Genom.

»In dem Moment, in dem wir damit konfrontiert werden, werden wir zu dem Schluss getrieben, dass wir als Gemeinschaft das Recht haben, einen Preis dafür zu verlangen, in dieser Gesellschaft zu leben. Wenn Menschen lebensfähig sind, lasse sie unter menschenwürdigen Bedingungen leben. Wenn sie nicht lebensfähig sind, töte sie auf anständige, menschliche Weise. Ist es verwunderlich, dass einige von uns dazu getrieben werden, die Todeskammer als Lösung für die schwierigen Fälle zu verschreiben, die derzeit als Entschuldigung dafür dienen, alle anderen Fälle auf ihr Niveau herunterzuziehen?« (George Bernard Shaw)

Doch nicht nur in den USA blickt die Eugenik auf eine lange Tradition zurück. Dass es sich um eine international vernetzte Bewegung handelt, belegt schon die Tatsache, dass von 1912 bis mindestens Mitte der 1930er-Jahre sogar eine »Internationale Föderation der Eugenik-Organisationen« bestand. Angeblich löste sich die Föderation aufgrund von internen Differenzen im Lauf der Zeit auf. Ein offizielles Datum, Dokument oder Statement zur Auflösung existiert allerdings nicht. Dass die American Eugenics Society bis ins Jahr 1972 bestand, erlaubt Spekulationen darüber, ob diese nicht schlussendlich die Rollen der internationalen Föderation übernahm, nachdem das Forschungsfeld wegen Hitlers Genozid an den Juden in Misskredit geriet. Die Führungsriege war ohnehin mit den gleichen Personen besetzt.

Auf der anderen Seite der Welt verdankt Australien seine erste Geburtshilfeklinik den Eugenikern. Denn diese wurde 1933 von der »Racial Hygiene Association of New South Wales« gegründet, die sich dafür einsetzte, über selektive Zucht verschiedene Erbkrankheiten auszurotten. Außerdem wollte die australische Eugenik-Organisation dafür sorgen, dass behinderte oder intellektuell weniger begabte Menschen sich generell nicht fortpflanzen dürfen und vor jeder Schwangerschaft

ein Eignungstest durchgeführt wird – alles, um den perfekten Menschen zu züchten und die Ureinwohner auszumerzen.

En vogue waren eugenische Ansätze vor allem auch in Großbritannien. Dort arbeitet bis heute das Galton Institute an der genetischen Optimierung des Menschen. Es wurde 1907 von Francis Galton, einem Cousin von Charles Darwin, gegründet und nannte sich ursprünglich »The Eugenics Education Society«. Im Jahre 1926 änderte man den Namen in »Eugenics Society«. Von 1909 bis 1968 veröffentlichte die Organisation die Zeitschrift The Eugenics Review. Auch diese (peer-reviewed) Publikation existiert, ungeachtet ihrer Vergangenheit, tatsächlich bis heute – ist aber jetzt unter dem weniger anrüchigen Namen Journal of Biosocial Science erhältlich.

Wie tief verwurzelt das menschenfeindliche Gedankengut der Rassenhygiene im Vereinten Königreich ist, beschreibt auch English Heritage, das mit einer detaillierten Übersicht die Geschichte der Eugenik in Großbritannien zusammenfasst – oder ein Artikel von THE GUARDIAN vom 17. Februar 2012, der sich ebenfalls mit der Historie der Bewegung befasst und abschließend konstatiert, dass die einstige Faszination der Sozialisten für eugenische Ideen eben nicht nur ein Relikt vergangener Zeiten darstellt und man sich bis heute nicht aktiv mit der Aufarbeitung dieser düsteren Vergangenheit auseinandersetzt. Allerdings übersieht Autor Jonathan Friedland den Grund dafür, dass es keine Aufarbeitung geben kann: Die Eugenik wurde nie abgeschafft, beendet, beerdigt oder für nichtig erklärt.

Auch Kanada als Ableger des Commonwealth ist daher nicht frei von eugenischem Einfluss. Unter anderem formten die kanadischen Sozialisten im Jahr 1932 die League for Social Reconstruction. Diese stellte ihre Aktivitäten im Jahr 1942 offiziell wieder ein. Kernmitglieder wechselten jedoch Mitte der 1940er-Jahre in die »CFF«, die sozialdemokratische Partei

Kanadas. Interessant ist in diesem Kontext auch die Geschichte der Familie Trudeau. Denn schon der Vater des amtierenden kanadischen Präsidenten profitierte von Notstandsgesetzen und war zudem erklärter Anhänger eugenischer Ideen sowie der Fabian Society, einer 1884 gegründeten, sozialistischen Organisation mit etwa 8.000 Mitgliedern und Sitz in London. Das berichtet »Unlimited Hangout« in einem umfangreichen Beitrag zur aktuellen Situation in Kanada vom 17. Februar 2022.

Anton Chatkin, Historiker und Autor, beleuchtet in einem Text vom 19. Juni 2009 die Parallelen zwischen den Euthanasie-Programmen der Nazis und der Gesundheitspolitik von US-Präsident Obama. Denn unter der Obama-Administration wurden Ideen vorangetrieben, die in der Öffentlichkeit bis heute nicht ausreichend thematisiert werden. Weil sie in ihrer Tragweite kaum verstanden sind. Primär ging es in den USA um die Frage, ob Euthanasie bei Senioren generell legalisiert werden solle. Um Platz für die nächste Generation zu schaffen und die Kosten im Gesundheitswesen zum Wohle aller Amerikaner zu reduzieren. Prominentester Vertreter dieser abartigen Strategien unter Obama war Ezekiel Jonathan Emanuel, ein undurchsichtiger Physiker aus Chicago mit mehr als fragwürdigen Ansichten zum Leben – und zum Tod.

Er traf sich 2017 auch mit Donald Trump und wurde jüngst vom amtierenden US-Präsident Joe Biden in dessen »COVID-19 Advisory Board« berufen. Ezekiel ist ein Mann mit Einfluss. Was bei seinen Überzeugungen ein durchaus beunruhigendes Gefühl erzeugt. Denn er ist nicht der letzte seiner Art. Im Gegenteil. Über die vermeintlich harmlose Bioethik dringt das Konzept der Eugenik wieder in die Mitte der Gesellschaft sowie unseren Alltag vor und unterminiert die Wertvorstellungen der freiheitlich-demokratisch konstituierten Zivilgesellschaft. Das dachte sich vermutlich auch Anton Chaitkin, der

Ezekiel Emanuel auf einer Pressekonferenz im Jahr 2009 mit entsprechenden Fragen konfrontierte:

»*Dr. Ezekiel Emanuel und andere bekennende Kostenreduzierer auf diesem Podium leiten auch eine Propagandabewegung für Euthanasie mit Sitz im Hastings Center, von dem Dr. Emanuel ein Mitglied ist. Sie prägen die öffentliche Meinung und die Ärzteschaft, um eine Todeskultur zu akzeptieren, wie das im November verabschiedete Gesetz des Staates Washington, das es Ärzten ermöglicht, Patienten zu töten, deren medizinische Versorgung jetzt in der Katastrophe der universellen Gesundheit schnell zurückgezogen wird. Dr. Emmanuels Bewegung für Bioethik und Euthanasie und der Zweck dieses Rates setzen direkt die Eugenik-Bewegung fort, die Hitlers Tötung von Patienten und dann anderen kostspieligen und angeblich unwürdigen Menschen organisierte*.« (Anthony Chaitkin)

In einem Artikel zum Themenkomplex Eugenik und Euthanasie-Programme schrieb Chaitkin weiterhin:

»*Eugenik-Praktiken, die wir gesehen haben, Diskussionen und Vorbereitungen für Eugenik, die in den Vereinigten Staaten in den frühen 1920er-Jahren stattfanden und bis ins späte 19. Jahrhundert zurückreichten – diese Diskussionen wurden fortgeführt – und die gleichen Diskussionen und Vorbereitungen in England – wurden fortgesetzt ins nationalsozialistische Deutschland verschleppt. Nach dem Krieg – nach dem Zweiten Weltkrieg – wollten Menschen, die an diesen Bewegungen teilgenommen hatten, die Idee der Eugenik am Leben erhalten. Und mit der Unterstützung insbesondere der Rockefeller Foundation, die die Nazi-Eugenik vor dem Zweiten Weltkrieg in Europa unterstützt hatte, gründeten sie den Population Council, der sich mit der Eugenik-Gesellschaft und mit eugenischen Ideen überschnitt. Aus dieser Kombination von Eugenik und Bevölkerungskontrolle wurden die Institute und Programme geboren, die heute das Herzstück der sogenannten*

Bioethik bilden, wo man ethische Fragen in einer medizinischen Praxis auf der Grundlage vermeintlich begrenzter Ressourcen entscheidet.

Es ist also im Allgemeinen ein völlig falsches und moralisch ekelhaftes Feld. Es ist von Grund auf schlecht und eine Disziplin, die nie mit der Frage nach ihrer Sinnhaftigkeit konfrontiert wurde – weder in der medizinischen noch in der akademischen Gemeinschaft, (…) sie haben sich nie mit der Grundlage für die Existenz dieser neuen Bioethik auseinandergesetzt.«

Die Liste der Organisationen, die sich mit humangenetischer Segregation befasst haben und bis heute befassen, ist unglaublich lang. Tausende einflussreicher Persönlichkeiten haben in den zurückliegenden einhundert Jahren daran gearbeitet, das Gedankengut der Eugenik salonfähig zu machen. Dabei geht es primär um die selektive Zucht einer dominanten sowie einer devoten Menschenrasse, um Zwangssterilisation von Minderheiten, Kranken und anderweitig Benachteiligten, sowie um Euthanasie von »*minderwertigem*« Leben.

Die Entscheidung über Leben und Tod soll nach Überzeugung der Eugenik-Anhänger ein unabhängiges Gremium treffen – ganz im Sinne der bizarren Vorstellungen von George Bernard Shaw – und welche Institution böte sich da besser an als der zu neuen Höhen aufgeschwungene Ethikrat, der im Zuge einer vermeintlichen Pandemie seine Position im öffentlichen Bewusstsein festigte und im vermeintlichen Diskurs über Triage, Impfungen und Pflichten schon einmal üben konnte, wie sich das »Death Panel« am besten in der Bevölkerung Akzeptanz verschaffen kann.

Wie umfangreich und nachhaltig die Konzepte der Eugenik bis heute wirken, zeigt die kanadische Webseite Eugenics Archive, ein umfangreiches und technisch anspruchsvoll umgesetztes Web-Archiv, das sich gemäß Selbstauskunft damit beschäftigt, eugenische Konzepte zu entkräften. Vorgeblich, da-

mit das Böse nicht wieder aus der Versenkung steigt. Die Formulierung mancher Texte des Archives lässt – ebenso wie die Zusammensetzung des Teams, dem nur Personen einer Hautfarbe angehören – allerdings berechtigten Zweifel an dieser Mission aufkommen.

Zu neutral oder gar positiv besetzt klingt manch historische Beschreibung der Umstände. Wollte man dieses faschistoide Gedankengut ernsthaft bekämpfen, würde man ihm vielleicht weniger Raum geben, anstatt eine schicke Plattform aufzusetzen und ein umfangreiches Team an der Konservierung der Eugenik arbeiten zu lassen. Allein die Analyse des Archives löst beklemmende Gefühle aus. Denn die Vielzahl an Organisation und Personen, die solch menschenverachtende Ideen unterstützten, ist schockierend. Noch grotesker ist, dass viele der genannten Organisationen und Familien dies bis heute tun und sich lediglich einen neuen Anstrich für den öffentlichen Auftritt in der Spätmoderne verpasst haben.

Zudem: Die Eugenik muss im Kontext geopolitischer Hegemonie verstanden werden. Denn es geht den Verfechtern dieser Ideen nicht allein um die Zucht einer Herren- und Sklavenrasse. Das übergeordnete Ziel der entsprechenden Eliten war schon immer eine homogene, globale Herrschaftsstruktur, die das Konzept von Nationalstaaten und allgemein anerkannte Menschenrechte überwindet. Deutlich wird dies anhand eines weiteren Zitates:

»*Es ist das System des nationalistischen Individualismus, das verschwinden muss. Wir leben am Ende der souveränen Staaten. In dem großen Kampf um die Herbeiführung eines verwestlichten Weltsozialismus könnten zeitgenössische Regierungen verschwinden. Unzählige Menschen werden die neue Weltordnung hassen – und sterben, wenn sie dagegen protestieren.*« (H.G. Wells, Open Conspiracy, 1928)

Mit dem Beginn eines vermeintlich russischen Angriffskrieges in der Ukraine, der das Potenzial hat, sich zu Weltkrieg Nummer drei zu entwickeln, scheinen die hegemonialen Machtstrukturen ihrem übergeordneten Ziel nach dem Abflauen der Corona-Krise nun einen bedeutenden Schritt näher zu kommen. Denn umso grösser das Chaos, desto mächtiger wird das System. Jüngster Beleg dafür: Der neu bei der Telekom platzierte Auftrag der WHO für einen globalen Impfpass. Corona geht. Die Russen kommen. Die Krise ist der Treibstoff des Totalitarismus. Und seine Ideologie, medienwirksam präsentiert von Fassadendemokratie und Pseudo-Humanisten, ist weder rechts noch links, sondern schlichtweg menschenverachtend und letal.

Sollten sich die Konzepte der euphemistisch als Bioethik bezeichneten Neuauflage der Eugenik sowie die bereits existenten supranationalen Organisationsstrukturen der Vierten Industriellen Revolution langfristig durchsetzen, stehen dem Homo Sapiens dunkle Zeiten ins Haus. Denn externe Kräfte, welche der Spezies Mensch zu Hilfe kommen könnten, sollte sie der neuen biologisch-digitalen Global Governance einmal gänzlich unterlegen sein, sind nicht in Sicht. Es handelt sich um ein Endspiel.

| 27. Februar 2022

Krise – oder Krieg?

Der Freistaat Bayern nutzt die Ukraine-Krise schon jetzt zur Verlängerung des wegen Corona ausgerufenen Notstands. Es herrscht Krieg. Und die brennende Frage dieser Tage ist: Wie weit wird sich die Eskalationsspirale drehen?

»Nur eine Krise – sei sie real oder vermeintlich – bringt wahre Veränderungen hervor. Wenn diese Krise auftritt, hängen die ergriffenen Maßnahmen von den Ideen ab, die gerade verfügbar sind.« (Milton Friedmann, US-Wirtschaftsminister und Buchautor)

Heiß oder kalt? Diese Frage stellt sich im Augenblick weniger in Bezug auf ein Getränk, die Temperatur des Duschwassers oder ein neues Reiseziel, als hinsichtlich des Fortgangs der Ukraine-Krise, deren Eskalationsspirale sich munter weiterdreht. So folgt nach dem Corona-Kult nahtlos die nächste Katastrophe, mit der sich die Bevölkerung in blinde Hysterie versetzen lässt. Denn erstmals seit dem Ende des kalten Krieges steht die Frage im Raum, ob Europa Kriegsschauplatz der Großmächte werden könnte.

Läuft der Konflikt tatsächlich auf einen heißen Krieg zwischen der NATO und Russland hinaus – oder handelt es sich um ein primär mediales Scheingefecht der imperialistischen Machtblöcke, um einen nicht greifbaren Krieg, der den anhaltenden Ausnahmezustand rechtfertigt, ohne jemals ein Ende zu finden – ganz so wie von George Orwell in »1984« beschrieben? Für beide Szenarien finden sich entsprechende Anhaltspunkte.

Während die Omikron-Variante der pandemischen Lage zunehmend den Wind aus den Segeln nahm, hatten Konzernmedien und politische Kaste alle Mühe, das Panik-Level in der Bevölkerung hoch zu halten. Die Gesundheitskrise verlor an Momentum. Und auch wenn die Politik in Deutschland ungeachtet aller wissenschaftlichen Erkenntnisse und Öffnungsschritte anderer Staaten an der Einführung einer allgemeinen Impfpflicht arbeitet, machte sich vielerorts die Überzeugung breit, das normale Leben aus den Zeiten vor Corona sei endlich wieder in greifbare Nähe gerückt. In Ländern wie England, der Schweiz oder Dänemark ist dies tatsächlich der Fall. Bis auf Warnhinweise, Plexiglasscheiben und einen variablen Prozentsatz der Bevölkerung, der noch Maske trägt, fühlt sich der Alltag in diesen Ländern fast wie früher an. Doch der Schein trügt. Es ist die Ruhe vor dem Sturm – oder das Auge des Orkans. Je nachdem.

So waren die verheißungsvollen Wochen der Erleichterung zwischen der Einstellung oder Reduktion der Corona-Maßnahmen und dem Aufflammen eines militärischen Konflikts vor der Haustüre Russlands wohl nur eine Verschnaufpause auf dem dunklen Pfad zur Agenda 2030. Die Leitmedien veränderten den Fokus ihrer Berichterstattung denn auch schlagartig. Anstatt von einem vermeintlichen Killer-Virus zu berichten, war nun der Ukraine-Konflikt das omnipräsente Thema. Was sich gegenüber der Corona-Krise kein Stückchen veränderte, war die einseitige, tendenziöse und propagandistische Darstellung eines hoch-komplexen Sachverhaltes. Der Schuldige war umgehend identifiziert und die Indoktrinationsmaschine begann auf Hochtouren zu laufen.

Die Fahnen der Massen drehten sich mit der Windrichtung. Abrupt und augenscheinlich weitgehend unreflektiert. In den sozialen Medien wurden die Spritzen- und Masken-Emojis gegen Ukraine-Flaggen und Friedenstauben getauscht. Der Wahn blieb. Nur wird der inhärente Selbsthass des von seiner

belanglosen, gleichförmigen Existenz zunehmend frustrierten »Homo Consumens« jetzt offensichtlich auf einen neuen Feind projiziert: Putin. Denn die herrschaftlichen Ausrufer haben es so verkündet. Und die selbsterklärten Gutmenschen der Postmoderne folgen dem Ruf des Systems – wie dem Rattenfänger von Hameln.

Das mediale Narrativ schaltet einen Gang höher. Inklusive Sanktionstracker, den die Propaganda-Barden von Correctiv umgehend aufgeschaltet haben. Spendenaufrufe für die Ukraine werden lanciert. Auf Facebook, Twitter und Instagram hagelt es Solidaritätsbekundungen mit den vorgeblichen Helden des gespaltenen Landes, die sich dem russischen Diktator und seiner blutrünstigen Invasion tapfer entgegenwerfen. Dieser wird unterdes von namenhaften Magazinen mit Hitler verglichen. Bisher eigentlich ein Tabu im Mainstream-Journalismus. Aber im Krieg ist eben alles erlaubt. Und die Wahrheit immer sein erstes Opfer.

»Die Monopole des Geistes – manipuliert durch das Öffnen und Schließen der Hähne für den Neurotransmitter Dopamin – ist eine beängstigende Vorstellung.« (Bob Garfield, American Manifesto)

So erlaubt Facebook, entgegen den sonst strengen Konzernrichtlinien für Inhalte, die speziell Kritikern der Corona-Maßnahmen in den vergangenen zwei Jahren viel Freude bereitet haben, temporär Gewaltaufrufe – wenn diese sich gegen den richtigen Feind richten: Vladimir Putin und russische Soldaten. Das bedeutet: Blanker Hass und der direkte Aufruf zur körperlichen Gewalt sind akzeptabel, Mordaufrufe sind in Ordnung, solange sie sich gegen das von Staat und Leitmedien proklamierte Feindbild richten. Fragt sich, welche Bevölkerungsgruppe nach den Ungeimpften und Russen die nächste sein wird, die am Pranger steht – und irgendwann von einem hysterisch aufgestachelten Lynchmob verfolgt wird?

Bis vor wenigen Wochen erschien der russische Patriarch als wichtiger Partner des »World Economic Forum«, das mit seinen technokratischen Strategien für eine Neuausrichtung der globalen Ordnung seit Beginn des Viren-Wahns im Zentrum einer umfassenden sozioökonomischen Transformation steht. Vladimir Putin galt als enger Vertrauter von Klaus Schwab, dem Gründer des WEF, und wurde von selbigem als früheres Mitglied der hauseigenen »Nachwuchsförderung« erwähnt – dem heute als »Young Global Leaders« bekannten, oder treffender, verrufenen Club nützlicher Idioten, dessen Angehörige nach fünfjähriger Indoktrination durch Mentoren der Konzern-Oligarchie auf die Menschheit losgelassen werden, um in der polit-medialen Seifenoper, die man der digitalisierten Gesellschaft als Realität verkauft, in Nebenrollen zu reüssieren.

Moskau galt dem World Economic Forum noch im Oktober 2021 als »Hot-Spot« der Vierten Industriellen Revolution, wie der Aufbau einer post-faktischen Feudalgesellschaft vom Globalisten-Zirkel aus Davos euphemistisch bezeichnet wird. Suchmaschinen spucken seitenweise Fotos aus, auf denen Schwab und Putin sich äußerst wohlwollend begegnen. Auch die international synchronisierten Corona-Maßnahmen hat Russland, zumindest offiziell, brav mitgetragen. Dann die Kehrtwende. Diplomatische Scharmützel zwischen Russland und dem Westen nehmen zu. Ultimaten werden gestellt. Und scheinbar aus dem Nichts befiehlt der Abtrünnige aus Moskau den Einmarsch seiner Truppen in die Ukraine – so die zu kurz gegriffene Lesart des offiziellen Narratives.

Dass die Ukraine seit mindestens 2014 massiv von den USA unterwandert und infiltriert wurde, spart man im Zuge der Berichterstattung jedoch gerne elegant aus. Dabei prahlte US-Präsident Joe Biden höchstselbst mit der erfolgreichen Einflussnahme vor Ort, als er vor dem »Council of Foreign Relations« über das Thema sprach. Nachdem er sich zuvor erfolgreich für die Absetzung eines ukrainischen Staatsanwalts en-

gagierte, der Ermittlungen gegen seinen zweiten Sohn – Hunter Biden – anstellte. Auch im Mainstream kam man nicht umhin, über die offensichtlich fragwürdigen Verbindungen zwischen der Familie Biden und einflussreichen Kreisen in der Ukraine (und China) zu berichten, wie ein noch recht oberflächlicher Artikel der BBC vom 6. April 2021 zeigt.

Die Verwicklungen des korrupten Biden-Clans markieren allerdings nur die Spitze des Eisbergs. Wie umfangreich die Einflussnahme der Vereinigten Staaten in der Ukraine seit mindestens einer Dekade tatsächlich ist, habe ich bereits in einem Text vom 19. Februar 2022 umrissen, der beschreibt, wie verschiedene NGOs (Non-Governmental Organizations) seit Jahren vor der Haustüre Russlands aktiv sind, um einen Regime-Wechsel in der Ukraine herbeizuführen und weitergehende US-Interessen durchzusetzen. Unter anderem das »National Endowment for Democracy« – eine CIA-nahe Organisation mit praktisch unbegrenzten finanziellen Mitteln und einem auf Lebenszeit ernannten Direktor, der sich gerne damit brüstet, mit dem NED heute das möglich zu machen, wofür man vor 25 Jahren noch die CIA hätte bemühen müssen: Regimewechsel und die ruchlose, geopolitische Umsetzung der »Pax Americana«.

»Der smarte Weg, Menschen passiv und gehorsam zu halten, besteht darin, das Spektrum der akzeptablen Meinungen streng zu begrenzen, aber innerhalb dieses Spektrums eine sehr lebhafte Debatte zuzulassen.« (Noam Chomsky)

In völliger Ignoranz all dieser durchaus relevanten Hintergründe distanziert man sich nun öffentlich von Russland, bricht jegliche Beziehungen ab, publiziert Stellungnahmen und verurteilt den Einmarsch aufs Schärfste. Solidarität steht wieder hoch im Kurs. Seit der ideologisch geschwängerten Umdeutung des Begriffes im Zuge der Corona-Krise ist dem aufgeklärten Leser klar, was das zu bedeuten hat. Dafür oder

dagegen. Putin oder NATO. Schwarz oder weiß. Und wer zweifelt, Fragen stellt oder die Situation holistisch betrachten möchte, ist Häretiker, Nazi oder Putin-Versteher.

Das WEF löscht seit Tagen eifrig Inhalte, die mit Putin in Verbindung stehen, von der eigenen Homepage. Und der öffentliche Hass auf alles was russisch ist, kennt kein Halten mehr. Die blinde Solidarität des Mobs mit der Ukraine macht aus seinen tollwütig schäumenden Anhängern genau das, was sie vorgeben zu bekämpfen – Faschisten. Supermarktketten listen Produkte russischer Herkunft aus, Banken frieren die Konten von russischen Geschäftsleuten ein, sieben Geschäftsbanken aus Putins Reich wurden vom SWIFT-System ausgeschlossen, Ärzte verweigern Russen die Behandlung, Vermieter verlängern entsprechende Mietverträge nicht und die Inhalte von RT und Sputnik werden auf Drängen der EU zensiert.

Zensur für die gute Sache – und durch offizielle Stellen abgesegnete Gewaltaufrufe gegen den gemeinsamen Feind. Die offensichtliche Doppelmoral, mit der dabei argumentiert wird, beleidigt die Intelligenz jedes halbwegs informierten Menschen. Denn während sowohl die USA als auch andere NATO-Staaten und deren Verbündete permanent völkerrechtswidrige Kriege führen – und die EU ganz nebenbei überstaatliche Zensur sowie Enteignung von persönlichen Besitztümern salonfähig macht – werden die Terror-Regime in Moskau, Pjöngjang oder Peking von genau diesen Institutionen des Totalitarismus bezichtigt. Eine Farce.

Wie also ist die Gesamtsituation einzuordnen? Ist Putin der Aggressor? Welcher Verlauf ist wahrscheinlich? Und wer ist schuld? Ist es die NATO, die entgegen allen Absprachen der 1980er-Jahre unaufhörlich die Osterweiterung des Militärbündnisses vorangetrieben hat? Sind es die Vereinigten Staaten, die scheinbar 26 Bio-Laboratorien vor der Haustüre von Vladimir Putin betreiben, deren Existenz zunächst vehement

als Verschwörungstheorie verunglimpft wurde, bis die WHO nur drei Tage später öffentlich warnte, die Ukraine müsse die »Stoffe« in den besagten Laboratorien zerstören, damit sie nicht freigesetzt werden oder den Invasoren in die Hände fallen? Warum fordert der ukrainische Präsident konstant den Kriegseintritt der NATO, indem er sich für das Einrichten einer militärisch gesicherten Flugverbotszone über seinem Land stark macht?

Warum gibt es so wenige offizielle Videos aus dem Kriegsgebiet, während im Golf-Krieg praktisch alle Raketenabschüsse filmisch festgehalten wurden und man das Gefühl hatte, in jedem US-Panzer sitze ein »Eingebetteter Journalist«? Wo sind all die bewegten Bilder von Millionen ukrainischer Smartphones? Wieso werden für die Kriegsberichterstattung in den Leitmedien nachweislich falsche Bilder verwendet? Von Personen, die bereits in Libyen, dem Jemen oder anderen Kriegen gestorben sind, von brennenden Fabriken in China, die als russisches Bombenziel ausgewiesen werden oder von bombardierten Hochhäusern aus dem arabischen Raum? Wieso berichten Journalisten wie der Ex-Fokus Mitarbeiter Boris Reitschuster oder der ehemalige BILD-Chefredakteur Julian Reichelt, die im Rahmen der Corona-Krise durch kritisches Hinterfragen der Vorgänge positiv aufgefallen sind, plötzlich komplett einseitig und ignorieren sowohl die schleichende NATO-Osterweiterung als auch die verdeckte Einflussnahme und Korruption der US-Hegemonie in der Ukraine?

»Journalismus bedeutet etwas zu bringen, von dem andere wollen, dass es nicht veröffentlicht wird. Alles andere ist PR.« (George Orwell)

Wieso solidarisiert sich Europa mit der historisch korrupten Regierung in der Ukraine, wenn diese, wie ihr kampflustiges Asow-Bataillon, in der Vergangenheit nicht nur von RT, sondern auch von westlichen Blättern wie dem Tagesspiegel mit

Nazi-Ideologie und deren Symbolik in Verbindung gebracht wurde? Wieso postet die NATO auf ihren Social-Media-Kanälen Fotos ukrainischer Soldaten, die eine Schwarze Sonne tragen, um sie dann kurze Zeit später verschämt wieder zu löschen? Wer regiert in der Ukraine überhaupt? Wie wurde der Schauspieler und Comedian Zelenskyy zur Führungsfigur? Wer ist schlussendlich verantwortlich für das Chaos? Haben sich China und Russland abgesprochen und bieten dem Westen ernsthaft die Stirn? Wird die NATO den Bündnisfall erklären, wenn das entsprechend katalysierende Ereignis eintritt? Wer profitiert davon? Und vor allem – was ist vom Säbelrasseln der Großmächte und den zunehmenden Diskussionen um Aufrüstung, Nuklearwaffen und einen Dritten Weltkrieg zu halten?

Helmut Schmidt, 2015 verstorbener Bundeskanzler a. D. der SPD, hat sein Verständnis des nordatlantischen Verteidigungsbündnisses NATO einst wie folgt beschrieben:

»*Bisweilen hört man, wir müssten uns aus Solidarität im NATO-Bündnis an militärischen Interventionen beteiligen. Das Argument passt besser in die Nibelungensage als in die heutige Wirklichkeit. Denn das nordatlantische Bündnis war und ist ein Verteidigungsbündnis, nicht etwa ein Bündnis zur Umgestaltung der Welt. Solange es ein Verteidigungsbündnis bleibt, ist es erwünscht, weil für einen Notfall notwendig. Aber daraus ein Instrument zur Umgestaltung fremder Staaten zu machen, daran sollten wir nicht mitwirken, auch wenn von einigen Politikern oder Schreibern dergleichen als Ausdruck weltpolitischer Verantwortung dargestellt wird. Wo immer von weltpolitischer Verantwortung die Rede ist, dort muss man prüfen, was die eigentlichen Motive sind.*« (Helmut Schmidt, Die Zeit, 30.10.2008)

Dass die Vertreter der als Weltpolizei auftretenden US-Hegemonie dahingehend eine abweichende Auffassung ver-

treten, dürfte hinlänglich bekannt sein. Es kommt nicht von ungefähr, dass Amerika permanent Krieg im Nahen Osten führt, sich weltweit Rohstoffvorkommen unter den Nagel reißt und südamerikanische Regierungen geradezu nach Belieben austauscht, wenn sie den Feudalisten in Washington nicht genehm sind. In diesem Kontext ist es wenig überraschend, dass die USA auch an der russischen Grenze Biowaffen-Forschung betreiben. Über 300 solcher Einrichtungen sollen die Vereinigten Staaten weltweit unterhalten. Dass das US-Militär aktiv versucht, Biowaffen zu entwickeln, die einzelne Volksgruppen über ihre spezifischen genetischen Eigenschaften bekämpfen können, scheint vor diesem Hintergrund besonders bedenklich. Entsprechende Forschungsprojekte finden sich seit langem im Portfolio der DARPA.

In Anbetracht solcher Umstände erscheint die Militäroperation Russlands in einem anderen Licht als unter der Prämisse, dass Putin lediglich seinen Einflussbereich in der Region vergrößern will. Wäre dies seine oberste Priorität, hätte er schon vor zwei Jahrzehnten agieren müssen, als die provokante NATO-Osterweiterung Fahrt aufnahm. Der Vergleich der geopolitischen Karten von 1999 und 2020 spricht dahingehend für sich. Putin hätte auch schon letzten September eingreifen können, als gemeinsame Manöver der NATO und der Ukraine an der russischen Grenze abgehalten wurden, bei denen auch der Angriff auf den mächtigen Nachbarn auf dem Programm stand. Die tatsächlichen Beweggründe für Putins derzeitiges Handeln bleiben im Dunkeln.

Wie die US-Hegemonie die geopolitische Rolle der NATO sieht, zeigt die Ankündigung des Militärbündnisses, das nächste gemeinsame Manöver mit der Ukraine schon im Laufe dieses Jahres abzuhalten – »NATO Defender Europe 2022«. Vielsagend auch die Worte von Victoria Nuland, der ein geleaktes Telefonat aus dem Jahr 2013 oder 2014 jüngst zu zweifelhaftem Ruhm verhalf. Sie war zum damaligen Zeit-

punkt stellvertretende Außenministerin der USA und verhandelte im besagten Gespräch über die Struktur der ukrainischen Regierung nach dem sogenannten »Euromaidan«, dessen Vorbereitungen maßgeblich von den USA, ihren NGOs und Oligarchen wie George Soros finanziert wurden. Auf die Rückfragen ihres Gesprächspartners bezüglich potenziellen Einwänden seitens der Europäischen Union zum geplanten Vorgehen und künftigen politischen Spitzenpersonal der Ukraine entgegnete Nuland trocken:

»*Fuck the EU!*«

Bemerkenswert ist, dass es auch Victoria Nuland war, die schon 2013 öffentlich erklärte, dass die USA nach dem Kollaps der Sowjetunion knapp fünf Milliarden US-Dollar für die »*Stärkung der Demokratie*« in der Ukraine ausgegeben hatten. Selbst ZEIT Online fragte noch in einem Artikel vom 17. Mai 2015:

»*Fünf Milliarden, um eine ganze Revolution zu kaufen?*«

Nuland selbst war 2014 vor Ort in Kiew, verteilte Plätzchen in der Stadt und arbeitete eng mit jenem Netzwerk korrupter US-Protegés zusammen, das heute das Land beherrscht. Nuland war es auch, die am 8. März 2022 vor einem Komitee des US-Senats die vermeintliche Verschwörungstheorie bestätigte, die USA betrieben Bio-Laboratorien in der Ukraine. Anhand der Umtriebe der USA in der Ukraine während der vergangenen zwanzig Jahre kann also mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit festgehalten werden, dass das Land derzeit unter der Fuchtel der amerikanischen Militär-Hegemonie steht und die Provokation an Russlands Grenzmarkierung geopolitisch gewollt ist. Wie genau Vladimir Putins Rolle dabei einzuordnen ist, lässt sich kaum seriös abschätzen.

Er könnte in Absprache mit seinen bisherigen Freunden vom WEF agieren und durch das Heraufbeschwören eines Konflik-

tes zwischen Russland, der NATO und China der Implementierung eines Orwell-Szenarios gleichstarker Machtblöcke dienstbar zur Hand gehen. Er könnte aber auch ernsthaft mit dem Westen gebrochen haben und nun primär die Autonomie Russlands verteidigen wollen. Putin hat in jüngerer Vergangenheit des Öfteren Dissens mit strategischen Planungen der Technokraten aus Davos artikuliert und sich über den gesellschaftlichen Verfall von traditionellen Werten echauffiert – mit Wokeness wurde er augenscheinlich nicht wirklich warm.

Vielleicht fühlt man sich in Russland tatsächlich vom Westen, den USA oder dem nordatlantischen Militärbündnis bedroht, das noch im Jahr 1990 und unter US-Außenminister James Baker versprach, die NATO werde sich »*keinen Inch ostwärts*« bewegen. Gleiches vernahm man 1991 vom deutschen Diplomaten Jürgen Chrobog, der Russland zusicherte, dass die NATO nicht plane, über die Elbe hinweg zu expandieren.

Gleiches gilt prinzipiell für China. Wie Russland erreichte auch die asiatische Supermacht erst durch massive Unterstützung seitens angloamerikanischer Finanz-Magnaten ihre heutige Dominanz auf dem geopolitischen Monopoly-Brett. Die historischen Hintergründe diesbezüglich habe ich Anfang des Jahres 2022 in zwei separaten Texten über Russland und das Reich der Mitte beleuchtet.

Aus diesem Blickwinkel betrachtet, erscheint es unlogisch, dass die historisch eng verbandelten Machtblöcke – USA, China und Russland – tatsächlich einen heißen Krieg oder gar nuklearen Konflikt vom Zaun brechen. Zu eng ist bis heute die Kooperation sowohl auf wirtschaftlicher als auch finanzieller Ebene. Die Konzerne, Regierungen, Nachrichtendienste (derer die USA über zwanzig unterhalten) und diplomatischen Kreise der Supermächte sind bestens vernetzt. Auch wenn die Medien häufig ein anderes Bild von den geopolitischen Verhältnissen zeichnen, um Sanktionen, militärische Interventio-

nen, Zölle oder Embargos zu rechtfertigen. Denn schlussendlich dienen die drei Supermächte den gleichen Götzen: Korporatismus und Technokratie. Und die kennen als Gesellschaftsformen keine politische Ideologie. Das einzige Ziel dieser Herrschaftsstrukturen ist Kontrolle. Die hat mittlerweile totalitäre Ausmaße erreicht und gipfelt in der allerorten Einzug haltenden Biosicherheitsdoktrin.

So bestimmen schon heute de facto supranationale Organisationen wie der Internationale Währungsfonds, die Vereinten Nationen oder die WHO über den Lauf der Welt. Exemplarisch dafür steht der neue Pandemievertrag der Weltgesundheitsorganisation, der nationalstaatliche Verfassungen im Katastrophenfall aushebelt. Neben den im Fokus der Öffentlichkeit stehenden Institutionen existiert jedoch eine Vielzahl an Gremien, die sich demokratischen Prozessen vollständig entzieht, aber ungeheuren Einfluss auf die internationale Politik und die Entwicklungen der Zivilgesellschaften ausübt.

Neben dem eingangs genannten WEF zum Beispiel die Bilderberg Meetings, Bohemian Grove, die Münchener Sicherheitskonferenz, die Net Zero Asset Managers Initiative, die Trilaterale Kommission oder die 1889 gegründete und in Genf ansässige Interparlamentarische Union – ein wohl den wenigsten Menschen bekannter Zusammenschluss nahezu aller Parlamente dieser Welt, der im Elfenbeinturm der Macht über die Zukunft der Menschheit bestimmt und seit 1996 einen Kooperationsvertrag mit den Vereinten Nationen hat. Neben den abertausend NGOs, Stiftungen, Trusts, Fonds, Think Tanks, Clubs und Vermögensverwaltungen, die im Hintergrund Einfluss auf den Lauf der Dinge nehmen.

»Überparteilich bedeutet in der Regel, dass eine größere Täuschung als gewöhnlich durchgeführt wird.« (George Carlin, US-Komiker)

Obwohl das moderne Feudalsystem also auch ohne einen heißen Krieg in Kontinentaleuropa kurz vor der Erfüllung seiner kühnsten Träume steht, geben diverse Umstände allen Grund zur Annahme, dass ein ausufernder militärischer Konflikt den Plänen der imperialistischen Kaste in die Hände spielen würde. Zuvorderst der Umstand, dass die geplante Einführung eines neuen Währungssystems nach den Wirren eines veritablen Kriegsgeschehens um ein Vielfaches einfacher wäre. Die beiden letzten großen Veränderungen des internationalen Finanzsystems waren erst durch den jeweils vorausgegangenen Weltkrieg möglich geworden.

Des Weiteren gilt es zu bedenken, dass das von Klaus Schwab postulierte Konzept der »kreativen Zerstörung« durchaus wörtlich zu verstehen ist – das belegen die fatalen Folgen des vorsätzlich destruktiven Corona-Krisenmanagements und die stillschweigende Akzeptanz derselben durch die herrschende Klasse, die sich keinen Deut um die Befindlichkeiten der Menschen am unteren Ende der Nahrungskette schert. Somit scheinen auch Bürgerkriege, militärische Konflikte einzelner Staaten oder gar ein Weltkrieg in gewissen Kreisen durchaus als legitimer Hebel zur Veränderung der globalen Verhältnisse verstanden zu werden.

Auch die Geschichte belegt auf traurige Art und Weise, dass Kriege nicht nur ein einträgliches Geschäft für die internationalen Eliten sind, sondern schlichtweg eine geopolitische Notwenigkeit, will man die Weltkarte in regelmäßigem Abstand neu sortieren und Einflussbereiche von Machtblöcken konsolidieren oder verschieben. Das Paradebeispiel für diesen Umstand ist der zweite Weltkrieg, dessen Ausgang erst die unipolare Weltordnung ermöglichte, die von 1945 bis 2022 bestand. Zumindest theoretisch. Dass diese nun auf Biegen und Brechen durch eine multipolare Weltordnung abgelöst werden soll, verheißt in diesem Kontext nicht unbedingt etwas Gutes.

Wenig Hoffnung auf einen vernünftigen Umgang mit der Krise macht zudem die Tatsache, dass ein beträchtlicher Teil der herrschenden Oligarchie sich nachweislich mit den Ideen und Konzepten der Eugenik identifiziert, die in Form der Bioethik seit Beginn der Corona-Krise ein unrühmliches Revival feiert. Und auch die Naturschützer vertreten mehrheitlich die Auffassung, dass der Planet unter massiver Überbevölkerung leide. Fazit: Depopulation ist in vielen Milieus durchaus erwünscht. Dieser Logik folgend wären 60 bis 80 Millionen Tote, wie nach dem Zweiten Weltkrieg, geradezu ein Glücksfall für die Hybris der amoralischen Neofeudalisten und die von Angst verblendeten Teenager der »Letzten Generation«.

»Der ungerechteste Frieden ist immer noch besser als der gerechteste Krieg.« (Marcus Tullius Cicero)

Weitere Indizien, dass zumindest ein territorial begrenzter Krieg zwischen Russland und der NATO ins Haus stehen könnte, sind die zunehmenden Waffenlieferungen aus NATO-Staaten in die Ukraine sowie weitreichende finanzielle Zusagen der USA an die Regierung Zelenskyy. Auch die Prüfung eines hektisch übermittelten Eilantrages der Ukraine zur Aufnahme in die EU ist mehr als ein Affront in Richtung Russland und das Gegenteil von Deeskalationspolitik. Auch wenn der Antrag vorerst abgelehnt wurde. So werden – zumindest vorerst – auch die polnischen Kampfjets nicht geliefert, die man in der Ukraine gefordert hatte. Dass aber selbst Deutschland bereits indirekt von Kriegsvorbereitungen im Osten betroffen ist, legt die neuerliche Abschaltung aller Autobahn-Kameras nahe, über die sich ansonsten bundesweit die Hauptverkehrsachsen beobachten lassen. Wenn diese flächendeckend vom Netz genommen werden, könnte das auf die Verlagerung von militärischem Equipment aus oder durch Deutschland in Richtung Ukraine hindeuten.

In jedem Fall wird aus der Ukraine-Krise schon jetzt politisches Kapital geschlagen. Im Freistaat Bayern wurde der aufgrund von Corona ausgerufene Notstand am 9. März 2022 offiziell verlängert, wie das Innenministerium bekannt gab.

Begründung: Die Ukraine-Krise. Der dauerhafte Ausnahmezustand ist das Modell, unter dem künftig Politik gemacht wird. Regional und International. So versucht das herrschende System auf kläglich offensichtliche Weise, den Schein der Demokratie zu wahren, während es zunehmend totalitärere Züge annimmt. Anders ließe sich der technokratisch-faschistische Kurs gegenüber der Bevölkerung wohl auch kaum durchsetzen.

Auffällig ist in jedem Fall, dass sich vor allem die NATO-Staaten größte Mühe geben, den Konflikt in der Ukraine am Laufen zu halten oder ihn gar zu intensivieren. Denn wer Frieden will, schickt Diplomaten. Wer krieg will, liefert Waffen. So ist schlussendlich davon auszugehen, dass die Ukraine-Krise die Menschen in Europa noch lange beschäftigen wird. Bedauerlicherweise nutzen Krieg, Chaos, Angst und Zerstörung jenen elitär-imperialistischen Interessengruppen, die versuchen, mittels »Great Reset« und »Großem Narrativ« die Welt, wie man sie bis vor Corona kannte, nach ihren kranken Vorstellungen umzukrempeln. Inwieweit sich dieser Konflikt zu einem kalten oder heißen Krieg entwickeln wird, hängt vermutlich davon ab, wie gut das derzeitige Narrativ der russischen Invasion in den kommenden Wochen verfängt.

Bleibt es bei der aktuellen, inhaltsleeren und von Falschinformationen durchtränkten Berichterstattung von BILD und Co., muss man bedauerlicherweise davon ausgehen, dass uns kein Wirtschaftskrieg, sondern unter Umständen eine handfeste, militärische Konfrontation ins Haus steht. Sonst ist der dauerhafte Notstand kaum aufrecht zu erhalten. Diese Konfrontation kann sich auf die an Russland grenzenden Staaten und den

Einsatz konventioneller Waffengattungen beschränken – im schlimmsten Fall jedoch auch zu einem Flächenbrand, Welt- oder Atomkrieg avancieren. Klar ist, dass den entsprechenden Interessengruppen in der Vergangenheit jedes Mittel recht war, um ihre inhumanen Ziele zu verwirklichen. Die Wahrscheinlichkeit eines vernichtenden Weltkrieges, der, wie ich persönlich bestätigen kann, vor allem im englischen Fernsehen der letzten Wochen häufig thematisiert wird, scheint jedoch primär aus einem Grund eher gering: Ein derartiges Szenario würde die digitale Kontrollinfrastruktur empfindlich schädigen, die der internationale Korporatismus in den vergangenen Jahren installiert hat. Und da diese den Kern der technokratischen Zukunft bildet, die sich entsprechende Kreise als Ideal vorstellen, erscheint es unsinnig, die dafür investierten Milliarden in den Wind zu schießen und die entsprechende Entwicklung um Jahre zurückzuwerfen, indem man ganze Landstriche weg bombt.

Ja, Putin ist sicher ein größenwahnsinniger, selbstverliebter und skrupelloser Machtmensch. Aber diese Aussage trifft auch auf beinahe jeden anderen Staatschef, Präsidenten, Minister und Großkapitalisten zu, der für den Erfolg der eigenen Agenda über Leichen geht. Ja, der russische Einmarsch in der Ukraine ist eine Verletzung des Völkerrechts und aufs Schärfste zu verurteilen. Das gilt allerdings in gleichem Masse für die von der US-Hegemonie betriebene verdeckte Einflussnahme auf Regierungen in aller Welt sowie für die schleichende NATO-Osterweiterung, die den heutigen Status Quo erst schuf. Ganz zu schweigen von den zahlreichen Kriegen, die das US-Militär seit Jahrzehnten permanent führt, um die Dominanz der US-Hegemonie zu garantieren und sich Rohstoffvorkommen einzuverleiben.

Militärische Konflikte dienen, seit es sie gibt, ausschließlich einer kleinen Gruppe. Der herrschenden Klasse. Nie der Bevölkerung. Früher waren es Könige, Fürsten und Päpste, die um

regionale Macht rangen. Heute sind es die Superreichen, die Tech-Giganten, die Finanz-Mogule der Vermögensberatungen, die Konzerne und eiskalten Geostrategen der Hegemonie, die den gesamten Planeten als eine Art Monopoly-Spiel betrachten. Wer dabei gegen wen spielt, ist nicht immer klar. Aber die Ziele sind bekannt, dokumentiert und die entsprechende Information meist frei verfügbar.

Die Skrupellosigkeit, mit der diese Ziele verfolgt werden, kennt keine Grenzen. Das zeigen die ersten beiden Weltkriege. Die Bevölkerung verkommt im Krieg zu Kanonenfutter. Der Mensch wird im Gefecht zu einer anonymen Nummer im System. Zu einer Zahl auf Strategiekarten und einem blanken, weißen Kreuz auf einem Militärfriedhof. Wer schon einmal in Verdun war, kann das bedrückende Gefühl beim Anblick eines solchen Ortes nachvollziehen. Daher ist jeder Krieg falsch. Denn Waffen bringen keinen Frieden. Nur Leid.

»Das große Karthago führte drei Kriege. Nach dem ersten war es noch mächtig. Nach dem zweiten war es noch bewohnbar. Nach dem dritten war es nicht mehr zu finden.« (Berthold Brecht)

| 14. März 2022

Destination Technokratie

Während drei dominante Horror-Szenarien die Bevölkerung in Atem halten, scheint der Politik nicht viel an der tatsächlichen Beseitigung jener Probleme zu liegen. Denn während vermeintliche »Freedom Days« gefeiert und Helden der Ukraine beklatscht werden, steht primär die Einführung einer obligatorischen digitalen Identität im Zentrum allen staatlichen Handelns.

Die mannigfaltigen Krisen unserer Zeit und die zunehmende Abhängigkeit von Bildschirmen absorbieren die Aufmerksamkeit und Emotionen des Menschen der post-faktischen Ära. Eine anhaltende, oft verwirrende Flut an Informationen schafft Unsicherheit. Nimmt Orientierung. Perspektiven werden zum Trugbild. Überzeugungen und sicher Geglaubtes stellen sich täglich aufs Neue in Frage. Existenzängste sind in Anbetracht der aktuellen Entwicklungen weit verbreitet. Bei vielen Menschen herrscht ohnehin seit zwei Jahren Dauerstress. Der Akku ist leer. Der verzweifelte Versuch, die heile Welt des eigenen Lebens vor den signifikantesten Paradigmenwechseln der vergangenen 70 Jahre zu bewahren, kostet Reserven. Angaben der WHO zu Folge haben Depressionen und Angstzustände weltweit um sagenhafte 25 Prozent zugenommen. Die Corona-Politik hat dahingehend ganze Arbeit geleistet.

Die Welt verändert sich. Und zwar rapide. Nur eben nicht zum Besseren. Das merkt mittlerweile vermutlich jeder in seinem sozialen, kulturellen und ökonomischen Umfeld. Nichts ist mehr wie vor der vermeintlichen Pandemie. Der Ausnahmezustand ist zur Normalität geworden. Das bestätigt Panik-Pre-

diger Karl Lauterbach mittlerweile sogar ungeniert zur Prime Time. Und auch wenn die Corona-Krise derzeit (temporär) abflaut – je nachdem, in welchem Land man sich befindet – beherrschen mit dem Chaos in der Ukraine und der Klima-Krise mindestens zwei weitere Angst-Narrative den Alltag der Menschen. Hinzukommen nun eine für die nähere Zukunft prognostizierte Hungersnot und der potenzielle Dritte Weltkrieg.

So lenkt der mediale Daueralarm erfolgreich von kontroversen, übergeordneten Zielen ab, die verschiedenste Interessengruppen verfolgen, wenn sie eine Katastrophe als einmalige Chance bezeichnen. Auffällig ist, dass es sich bei den Profiteuren der Krise – wie im Feudalsystem des Mittelalters – stets um die wenigen oberen Prozent der Wohlstandspyramide handelt. Die herrschende Klasse, Kaste oder Elite. Sie bildet das Zentrum des modernen Korporatismus. Dazu gehören nach Untersuchungen des amerikanischen Autors David Rothkopf, der im Jahr 2008 das Buch »Superclass« publizierte, mittlerweile etwa 7.000 Personen, die sich zusammen weit über 80 Prozent des globalen Besitzes teilen. Bei der entsprechenden Analyse finanzieller und organisatorischer Zusammenhänge geht es also offensichtlich nicht um Verschwörungstheorien, wie die staatlich alimentierten Fakten-Checker gerne behaupten, sondern – ganz profan – um organisierte Kriminalität.

»Du glaubst Dinge, weil Du konditioniert wurdest, sie zu glauben.« (Aldous Huxley)

Nun hält das energieraubende, frustrierende Tagesgeschäft einen Großteil der Menschen davon ab, selbst ausführliche Nachforschungen darüber anzustellen, welche langfristigen Ziele mit den kurzsichtigen Marschbefehlen des Tages aus Berlin oder anderen Hauptstädten verfolgt werden könnten. Das ist nachvollziehbar. Und die Situation politisch gewollt.

Denn die Grenzen der drei dominanten Narrative – Covid-19, Klima-Krise und Krieg – verschwimmen immer mehr. Tref-

fender ausgedrückt: Sie werden, wo es irgendwie geht, miteinander verwoben, in Verbindung oder Abhängigkeit gebracht. So verlängert zum Beispiel das deutsche Bundesland Bayern vor wenigen Tagen den wegen Corona ausgerufenen Notstand nahtlos – wegen der Ukraine-Krise. Hauptsache Notstand.

Putin ist auch schuld an der massiven Steigerung der Benzin-Preise. Ungeachtet der Tatsache, dass der Großteil des Geldes, das man an der Zapfsäule lässt, als Steuern an den Staat geht, und man ausnahmsweise nicht die Mineralölkonzerne für Preistreiberei verantwortlich machen kann. Trotzdem braucht es nach Meinung von Greenpeace oder den Grünen jetzt dringend Tempolimits, autofreie Sonntage, Tofu und kalte Wohnungen gegen die russische Aggression. Galoppierende Inflation, die anziehende Wirtschaftskrise und Lieferengpässe bei Nahrungsmitteln werden ebenfalls im Handumdrehen mit dem Krieg in der Ukraine begründet – auch wenn die Situation dort erst vor wenigen Tagen richtig eskaliert ist.

Zwei Jahre vorsätzlich destruktives Krisenmanagement sind gemäß offizieller Stellen nicht der Hauptgrund für den wirtschaftlichen Niedergang. Auch der Umstand, dass im Donbas seit 2014 über 14.000 Menschen gestorben sind, weil die korrupte, von den USA eingesetzte Regierung der Ukraine dort einen veritablen Genozid an der russisch-stämmigen Bevölkerung betreibt, und der Krieg somit eigentlich seit acht Jahren läuft, spielt bei den aktuellen Überlegungen der Bundesregierung keine Rolle. Es sind die Russen. Da gibt es keine Grauzone. Egal, welche Krise gerade die dominante ist, die Lösungen, die der Bevölkerung als alternativlos präsentiert werden, sind in abgewandelter Form immer die gleichen: Mehr Staat, mehr Regulierung, mehr Biometrie und Digitalisierung. Im Umkehrschluss: Weniger persönliche und wirtschaftliche Autonomie, weniger lokale und dezentrale Lebens- und Wirtschaftsformen, weniger Freiheit, individuelle Mobilität und Grundrechte.

»Bevor Anführer der Massen die Macht ergreifen, um die Realität ihren Lügen anzupassen, ist ihre Propaganda durch ihre extreme Verachtung der Tatsachen als solche gekennzeichnet.« (Hannah Arendt)

Am deutlichsten wird diese Tendenz, wenn man die Entwicklung des Themas »Digitale Identität« betrachtet, welches durch die Corona-Krise einen bemerkenswerten Boom erlebte. Denn nach Überzeugungen der regierungsnahen Experten lässt sich eine Pandemie nur dadurch in den Griff bekommen, dass man weltweit digitale Impfpässe und Kontaktverfolgungsprozesse implementiert, die noch vor Corona einen undenkbaren Eingriff in die Privatsphäre sowie eine eklatante Verletzung des persönlichen Anspruchs auf Datenschutz dargestellt hätten.

Dass derartige Barrieren nach zwei Jahren Informationskrieg längst niedergerissen wurden, unterstreicht die Ankündigung des Browser- und Suchmaschinen-Anbieters DuckDuckGo, welcher bisher mit Attributen wie Datenschutz, Privatsphäre, Unabhängigkeit oder Anonymität warb. Nun verkündet das Unternehmen, dass ab sofort »*Falschinformationen*« zur Ukraine-Krise in den Suchergebnissen zensiert werden. Fragt sich, wer darüber entscheidet, was als richtig oder falsch eingestuft wird. Für eine fundierte Recherche mit ausgewogenen Suchergebnissen eignet sich DuckDuckGo ab sofort jedenfalls nicht mehr.

Eine dezentrale und tatsächlich unabhängige Alternative existiert unter dem Namen Presearch. Eine Projekt, ohne finanzielle Abhängigkeiten von Big Tech oder Konzern-Oligarchie. Das Whitepaper ist offen zugänglich und ein aktuelles Interview mit dem Gründer bietet umfangreiche Hintergrundinformationen. Der zugehörige Smartphone-Browser läuft reibungslos. Und die Suchergebnisse von Presearch auf dem Desktop-Computer oder Laptop unterscheiden sich von gän-

gigen Suchmaschinen wie Tag und Nacht. Vieles, was andernorts zensiert wird, findet sich über www.presearch.org wieder. Andernfalls besteht die Möglichkeit die Seite Archive.org zu verwenden, eine digitale Zeitmaschine, die Webseiten samt Inhalt über den Verlauf der Jahre speichert und so auch Gelöschtes weiterhin zugänglich macht.

Ein Blick auf die Financiers des vermeintlich unabhängigen Anbieters DuckDuckGo zeigt, dass auch diesem Unternehmen, das vielen lange als Garant für Sicherheit im Internet galt, das große Kapital des Korporatismus sein Zepter schwingt – denn die Millionen, über die DuckDuckGo verfügt, stammen primär von »Union Square Ventures« (USV), einer der größten Kapitalsammelstellen der USA, sowie von »Omers«, der kanadischen Pensionskasse. Diese monetären Abhängigkeiten sprechen nicht unbedingt für unbeeinflusstes Unternehmertum zu Gunsten der Internetnutzer, sondern für gefährliche Nähe zum sogenannten Establishment.

»Der technische Staat entzieht, ganz ohne antidemokratisch zu sein, der Demokratie ihre Substanz.« (Helmut Schelsky)

Ähnlich verhält es sich in Bezug auf die digitalen Impfpässe. Ob ID Austria, Swiss eID, deutsche eID-Karte, eIDAS der EU, CIE in Italien, Biometric Electronic Residence Card in Frankreich, Digital ID in England oder Digital ID der USA – die Einführung eines solchen Ausweises im Zuge der Corona-Krise scheint für alle Staaten eine höhere Priorität gehabt zu haben als die Verbesserung oder Modernisierung des vielerorts maroden Gesundheitssystems. Denn dort wurden – ganz im Gegensatz zum Ausbau der staatlich-biometrischen Kontrollinfrastruktur – in den vergangenen Jahren keine Milliardensummen investiert.

Dass auch die Ukraine jüngst ankündigt, ihre Diaa-App ausbauen und die digitale ID mit dem Impfpass sowie einem universellen Grundeinkommen zum ersten Social-Credit-System

auf dem europäischen Kontinent kombinieren zu wollen, obwohl sich das Land offiziell im Krieg befindet, sollte dahingehend ebenfalls nachdenklich stimmen. Denn die strategische Priorisierung solcher Vorhaben gibt klare Hinweise darauf, welche übergeordneten Ziele der digital-finanzielle Komplex verfolgt, wenn er Krisen wie einen Krieg oder eine Pandemie zynisch als Chance betitelt.

Die Tatsache, dass es bei den totalitären Maßnahmen im Zuge der angeblichen Jahrhundertseuche stets um 1G – Gehorsam – ging, hätte man trotz vorgeschobener Begründungen offizieller Stellen schon früh anerkennen können. Nicht nur die evidenzlosen Lockdowns und der fanatische Maskenzwang sind symbolische Akte und psychologische Werkzeuge, um die Bevölkerung auf Linie zu bringen.

Vor allem die permanente Überwachung aller Kontakt- und Bewegungsdaten des Menschen sowie die automatisierte Zugangskontrolle zu allen Bereichen des Alltags standen im Zentrum der staatlichen Strategie. Denn das ist der heilige Gral des totalitären Korporatismus: Absolute, digitale Kontrolle über das Individuum, seine Gedanken, Handlungen und Finanztransaktionen – der ständige Begleiter von Apple, Google, Huawei oder Samsung in der Hosentasche macht es möglich. Und die Unbedarftheit der Bevölkerung im Umgang mit dem Taschenspion. Ministerien, Konzerne, Stiftungen und Vermögensverwalter haben seit März 2020 zig Milliarden ausgegeben, um im öffentlichen Raum die entsprechende Infrastruktur zu installieren. Ganz nach chinesischem Vorbild. So hat FRAPORT, die Betreibergesellschaft des Frankfurter Flughafens, nach Angaben von »Homeland Security Today« 87 biometrische Check-in-Automaten des US-Unternehmens SITA geordert. Die größte Bestellung im europäischen Raum.

Die Polizei in New York begann im Jahr 2021 testweise, Roboter-Hunde von »Boston Dynamics« zur Überwachung der

Innenstadt einzusetzen, in Singapur sind diese schon im Regelbetrieb aktiv und überwachen mit Kameras die Einhaltung von Corona-Maßnahmen. Der Roboter-Hersteller ist übrigens ein Spin-off des MIT (Massachusetts Institute of Technology) und wird in Form einer Holding von Alphabet Inc. (Google), Hyundai Motor Group und der SoftBank Group finanziert.

Dass demnächst weitere Modelle des US-Unternehmens im Straßenbild internationaler Metropolen auftauchen dürften, scheint gesetzt. Ein auf seltsame Art morbid wirkendes Video von »Boston Dynamics« zeigt, wie weit die motorischen und sensorischen Fähigkeiten der Maschinen bereits fortgeschritten sind. Wobei die militärischen Entwicklungen noch einen guten Schritt weiter sein dürften, als man öffentlich kommuniziert. RoboCop lässt grüßen. Umgeben von einem digitalen Netz unsichtbarer Überwachung und überlegener Maschinen, markiert das Smartphone das Verbindungsstück zwischen Mensch und Internet-of-Things; oder Internet-of-Bodies, wie die selbsternannten Gutmenschen vom »World Economic Forum« es nennen. Der QR-Code, als Vorstufe zum implantierten Chip, wird künftig nötig sein, um am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. In der Schweiz können Rechnungen zum Beispiel ab Oktober 2022 nur noch mit QR-Code ausgestellt und bezahlt werden. Die über Jahrzehnte bewährten Überweisungsformulare aus Papier sind Geschichte.

Sobald die Leitwährungen nach Einführung digitaler Zentralbankwährungen vollständig digitalisiert sind, hat der jeweilige Staat faktisch die absolute Kontrolle über jeden einzelnen Bürger und seinen Bewegungsradius. Das hat der Umgang der kanadischen Regierung mit den in Ottawa protestierenden Truckern eindrücklich bewiesen, denen man kurzerhand per Notstandsverordnung den Zugriff auf das eigene Kontoguthaben und Kreditkarten sperrte.

»Einst übertrugen die Menschen ihr Denken auf Maschinen, in der Hoffnung, dass sie dadurch frei werden würden. Aber das erlaubte nur anderen Menschen mit Maschinen, sie zu versklaven.« (Frank Herbert)

Wer für Proteste spendet, die falschen Webseiten aufruft, zu viel CO2 verbraucht oder seine obligatorische Injektion nicht nachweisen kann, hat künftig mit nur einem Klick keinen Zugriff auf sein Geld mehr. Vielleicht öffnet sich auch die mit Sensoren ausgestattete Supermarkttüre nicht mehr, weil das Smartphone den entsprechenden Mobilitätsstatus schon Minuten vorher in alle umgebenden WiFi-Netze gemeldet hat. Der Tesla ist eventuell auch schon automatisch darüber informiert, dass man aufgrund bestimmter Indikatoren heute zu Hause bleiben muss – und springt einfach nicht an. Schöne neue Welt 2030.

Die langfristigen Folgen einer verpflichtenden, digitalen Verknüpfung von biometrischen und finanziellen Informationen aller Bürger sind dystopisch. Denn jede Bewegung, jede Transaktion, jede Kommunikation ist künftig transparent, in Echtzeit analysierbar und zumindest indirekt manipulierbar. Daher arbeitet die EU fieberhaft an der Aufweichung des Datenschutzes und will mit legislativen Mitteln den Zugriff auf jede Form privater Kommunikation ermöglichen. Mail, Chat, SMS, Telefonat, Browser-Verlauf, Bewegungsdaten des Handys. Alles. Missbrauch ist vorprogrammiert. Doch genau das ist die Zukunft, wie ein Blick in die Vergangenheit belegt. Denn die sichtbaren Zeichen des neuen Totalitarismus, wie biometrische Flughafen-Terminals, sind nur das oberflächliche Symptom einer umfassenderen Agenda zur automatisierten Kontrolle der menschlichen Zivilisation durch eine technokratische Kaste. Diese werkelt seit mindestens einem Jahrzehnt an jenen Innovationen, die dem Normalbürger im Jahr 2022 als technologische Revolution angepriesen werden.

Speziell die Bemühungen um eine digitale Identität – oder präziser, um das vermeintliche Grundrecht auf eine digitale Identität jedes Erdenbewohners – stehen bei supranationalen Institutionen wie der UN seit langem weit oben auf der Prioritätenliste. Daher ist das Vorhaben auch Teil der 17 Ziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen. Speziell die Ziele 16.4 und 16.9 sollten nach dem Klick auf »Indikatoren« für Stirnrunzeln sorgen. Neben vielen anderen: Denn bei genauem Hinsehen geht es um globale Kontrolle der Finanzströme und die verpflichtende digitale Identität für jeden Menschen ab dem Zeitpunkt der Geburt. Nach gemeinsamem Einsatz aller Länder für Grundrechte oder eine bessere Welt klingt das nicht. Es klingt wie das Streben nach absoluter Kontrolle über eine Herde Nutzvieh.

»Die UNO taugt nur als Instrument amerikanischer Politik.« (Peter Scholl-Latour)

Noch verstörender sind Projekte wie der Smart Dust, durch den Nano-Partikel im großen Stil über die Luft ausgebracht werden können, oder das QR-Impf-Pflaster, mit dem in Kürze zu rechnen ist. Im Zentrum aller Bemühungen um Kontrolle steht jedoch die digitale Identität, wie Ursula von der Leyen schon im Juni 2021 auf dem DigitalEU-YouTube-Kanal erklärt. In Australien arbeitet man ebenfalls seit mindestens 2017 an dem Thema, wie ein Marketing-Video der australischen Regierung belegt. Und im Februar 2022 machte sich auch der kanadische Bankenverband nochmals stark für die Einführung des »digitalen Halsbands«.

Im Zentrum der Entwicklung einer globalen Digital-Identität steht ID2020, eine angeblich gemeinnützige Organisation, die im Jahr 2017 gegründet wurde und deren wichtigste Partner Unternehmen wie Microsoft, Rockefeller Foundation, Microsoft, GAVI oder Accenture sind. Alte Bekannte, wenn es um kontroverse Projekte, Korruption, Korporatismus und Euge-

nik geht. Besonders interessant an ID2020 ist, wie die WEF-nahe Chefin – Dakota Gruener – versucht, die Einführung einer digitalen Identität philosophisch darzustellen. Denn sie gibt sich alle Mühe, das totalitäre Ansinnen als ein elementares Grundrecht des Menschen zu vermarkten, indem sie semantische Umdeutung betreibt und die Ärmsten dieser Welt als billige Argumentationslinie missbraucht, wie ein TEDx-Talk vom Juli 2019 unterstreicht.

»Wenn Sie keinen Platz am Tisch haben, stehen Sie wahrscheinlich auf der Speisekarte.« (Elizabeth Warren)

Ähnliche Begründungen für digitale Ausweise lieferte das World Economic Forum (WEF) bereits im November 2020. Und auch ein neues, 46 Seiten umfassendes Papier des WEF namens »Advancing Digital Agency«, publiziert im Februar 2022, beschreibt im Detail, wie man sich die Interaktion, oder Verschmelzung, von Mensch und Maschine seitens der herrschenden Klasse künftig vorstellt. So viel vorweg: Der Mensch hat dabei wenig zu melden.

Praktisch alle persönlichen Daten – und das sind künftig schlichtweg alle Daten, die ein Mensch erzeugt – sind staatlichen Stellen auf direktem oder indirektem Wege zugänglich. Auch wenn vordergründig eine Scheindebatte um Datenschutz geführt wird. Je stärker Datenströme konsolidiert und zentralisiert werden, umso einfacher ist es, sie zu missbrauchen. Zudem sind die Daten in naher Zukunft nicht mehr bloße »Abfallprodukte« menschlichen Handelns, wie zum Beispiel der Browserverlauf, der sich von Konzernen für gezielte Werbung nutzen lässt, sie sind in Echtzeit steuerbar, um die Bevölkerung zu kontrollieren. In Chef-Etagen spricht man dabei von Micro-Management. So wie bereits heute in China.

Die vorgängig beschriebenen Projekte lassen so auch den neuen, globalen Pandemie-Vertrag der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in einem anderen Licht erscheinen. Denn

durch ein solches Regelwerk wären nationalstaatliche Regelungen, inklusive Datenschutz, im Pandemiefall komplett außer Kraft gesetzt. Die WHO hätte absolute Weisungsbefugnis über zu ergreifende Maßnahmen in jedem Mitgliedsstaat, der die Vereinbarung unterzeichnet hat. Das kann man durchaus als Konstituierung einer demokratisch nicht legitimierten Weltregierung interpretieren.

Wie diese Gesundheitsschutzmaßnahmen in naher Zukunft genau aussehen könnten, beschreibt ein Dokument von UNICEF – vorgeblich eine Kinderschutzorganisation – das unter anderem den Einsatz von intelligenten Drohnen zum Besprühen gefährdeter Gebiete mit Desinfektionsmittel (oder Smart-Dust) sowie die Überwachung der Innenstädte durch die autark agierenden Fluggeräte vorschlägt. Klingt eher nach Militär- oder Geheimdienst-Strategie, denn nach Schutz von Kindern. Zweifelsohne belegen derartige Dokumente der supranationalen Oligarchie, dass nationalstaatliche Covid-Maßnahmen derzeit schlichtweg nicht mehr von Nöten sind. Denn die Global Governance ist jetzt logistisch in der Lage, den Kanon der Unterdrückung bei nächster Gelegenheit zentral für alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen und WHO zu dirigieren. Das Zurückfahren der Maßnahmen in vielen Ländern muss demnach als billige Finte gewertet werden. Als Sedativum für die aufgebrachten Massen.

Damit erklärt sich wohl auch der Umstand, dass viele Länder in den vergangenen Wochen auf die gewaltsame Durchsetzung ihrer jeweiligen Covid-Zertifikate, Impfpässe und Testnachweise verzichtet haben und die Restriktionen derzeit merklich zurückfahren. Denn die Hardware für die digitale Totalüberwachung wurde im Zuge der vergangenen 24 Monate installiert, kann blitzschnell reaktiviert und auf den »Global Pass« der WHO adaptiert werden. Außerdem nahmen die Proteste gegen die totalitäre Politik weltweit massiv zu. Das Sys-

tem sah sich der Gefahr völliger Enttarnung ausgesetzt. Und Widerstand verteuert den Wandel.

»Ein Grundprinzip des modernen Staatskapitalismus ist, dass Kosten und Risiken so weit wie möglich sozialisiert werden, während der Profit privatisiert wird.« (Noam Chomsky)

So kam die Ukraine-Krise zu einem unheimlich günstigen Zeitpunkt für das System. Vor allem Deutschland ist zwischenzeitlich zu einem sozialen Pulverfass geworden. Denn die Regierung bleibt unbeirrt bei ihrem autoritären Corona-Kurs. In der Bundesrepublik wird der Freiheitsbegriff zwischenzeitlich mit 3G definiert. Bisher herrschte praktisch für alle Lebensbereiche 2G. Wer das nicht als faschistisch einstuft, weiß nicht, was Faschismus bedeutet. Deutschland ist zum Potemkinschen Dorf der Demokratie mutiert. Doch die Fassade bröckelt zusehends. Und das ist eine Chance für den Normalbürger. Denn erst durch (oder mit) Corona wurde vielen klar, von was sie da regiert werden.

Das Totalitäre ließ seine Maske während der vermeintlichen Pandemie mehr als einmal fallen. Der Bio-Faschismus der Vierten Industriellen Revolution brach offen durch. Auf der Straße, wie auch im Internet. Die Bevölkerung ist nach zwei Jahren Angst-Propaganda zwar traumatisiert und gespalten – die Zäsur sitzt – aber ein derart kriminelles Vorgehen seitens der Machthaber ist auch dem konformsten Bundesbürger nicht auf Dauer zu erklären. Selbst im engsten Debattenraum kommen politische Entscheidungen irgendwann in der Lebenswirklichkeit der Menschen an. Auch wenn diese zusehends einer »Truman Show« gleicht. Angesichts des ignoranten Vorgehens in Berlin und beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe muss zwischenzeitlich sogar die Frage gestattet sein, ob die Provokation eines waschechten Bürgerkrieges im Land der Richter und Henker gewollt ist. Anders kann man sich die

menschenverachtende Insel-Politik der deutschen Regierung kaum noch erklären.

Im Jahr 2017 konnte man sogar in einem Artikel der mittlerweile handzahmen taz noch lesen, dass »*digitale Revolution und Neoliberalismus miteinander verschmelzen*«. Die Freiheitsversprechen des Internet seien tot.

Der taz-Autor Kai Schlieter schrieb zum damaligen Zeitpunkt:

»*Die New York Times berichtete kürzlich über Facebooks neues „Zensur-Tool“, entwickelt für den chinesischen Markt. Es ermögliche der Regierung, Themen aus dem News-Feed verschwinden zu lassen. Und damit aus den Köpfen der Menschen. Es ist noch nicht lange her, da galt Facebook als „soziales“ Netzwerk, als Synonym der freien Meinungsäußerung, gar der Freiheit an sich. Doch daran glauben immer weniger Menschen. Auch als Sinnbild der Basisdemokratie wurde das Internet verkauft. Selbst kritische Nerds lassen sich bis heute von diesem Freiheits-Phantasma hypnotisieren, obwohl es inhaltlich nicht haltbar ist.*

Das Internet und die Computer-Kultur entstanden aus derselben Wurzel, die sie bis heute prägt: ein akademisch-militärischer Stamm und ein daraus erwachsener Zweig für die Entwicklung von entsprechenden Geschäftsmodellen. So sollte nach dem Grauen des Zweiten Weltkriegs die militärische und ökonomische Vormachtstellung des Westens gesichert werden.

Verdeckt von der Graswurzel-Folklore entstanden allerdings die heutigen Oligopole des Silicon Valley. So supermächtig, dass sie sich selbst als Regenten der neuen Weltordnung begreifen und mit dem Politischen in Konkurrenz treten. Auf dem Kontinent Facebook leben bereits 1,9 Milliarden Bewohner. Doch Mark Zuckerberg lässt sich nicht wählen. Er ist der König.«

Vereinnahmt und sediert von der Parallelwelt des von Facebook und Co. zensierten Debattenraums scheint der Widerstand gegen die Regierung am Hintergrundrauschen der Pandemie zu ersticken. Die stoisch wirkende Gelassenheit, mit der die deutsche Bevölkerung das zunehmend übergriffig agierende Staatswesen oder absolut groteske Bundestagesdebatten über die Impfpflicht hinnimmt, ist von außen betrachtet erstaunlich.

Andererseits muss man konstatieren, dass transparente Auslandsberichterstattung in den deutschen Leitmedien seit langem nicht mehr existent ist. Womit der Vergleich der Position im eigenen Land gegenüber der Außenwelt zunehmend schwer fällt. In Deutschland wurde weder ausführlich über große Demonstrationen von Maßnahmen-Gegnern in Frankreich berichtet noch über die Volksabstimmung zum Covid-Gesetz in der Schweiz vom November vergangenen Jahres. Man sieht keine Bilder der Massen-Proteste gegen den Impfpass in Italien oder Menschenmassen, die in Österreich gegen Impfpflichten auf die Straße gehen. Wenn der Mensch nicht mehr über die Ressourcen verfügt, sich selbst eine Meinung zu bilden, nimmt er als Realität wahr, was er sieht und hört. Deswegen lebt Propaganda von der permanenten Wiederholung. Von der Einheitsmeinung und der Scheinwelt des Kollektivismus.

Wie weit fortgeschritten die Schaffung einer fiktiven Realität ist, zeigt, neben der täglichen Zensur der Silicon-Valley-Plattform-Ökonomie, erneut das totalitäre Testgelände China, wo man bereits einen virtuellen Fernsehmoderator präsentiert, der täuschend echt wirkt. Dass diesem alles in den Mund gelegt werden kann, was das System kommunizieren möchte, ist klar. Sogenannte Deep-Fakes sind nicht mehr von echten Personen zu unterscheiden.

Und wie eine Präsentation von Google aus dem Jahr 2018 zeigt, war die hauseigene AI (Artificial Intelligence) schon damals in der Lage, eigenständig Telefonate im Auftrag des Besitzers zu tätigen. Zum Beispiel, um einen Friseurtermin zu vereinbaren – ohne, dass der Angerufene den Unterschied zwischen Mensch und Maschine wahrnimmt wohlgemerkt. Festzustellen was real ist, erscheint mittlerweile fast unmöglich. Es lässt sich über den Ausschluss von offensichtlicher Propaganda und Narrativ-Erzählungen nur noch näherungsweise eingrenzen, zwischen welchen Extremen die Wahrheit sich verbirgt.

»Das Fernsehen ist die größte kulturelle Katastrophe, die die Erde in der Zeit, an die wir uns erinnern können, erlebt hat.« (Joseph Weizenbaum)

Eine künstliche, vom Staat kuratierte Medien-Realität in Kombination mit flächendeckend operierender künstlicher Intelligenz und einer voll integrierten, digitalen Identität, eingeschränkter Individualmobilität sowie digitalen Zentralbankwährungen, formen den kaum überwindbaren, goldenen Käfig der nachwachsenden Generationen. So ist es fatal, nach der aktuellen Rücknahme der Covid-Restriktionen in vielen Ländern anzunehmen, der Kampf gegen den modernen Totalitarismus wäre ausgestanden. Ganz im Gegenteil. Er hat gerade erst begonnen. Corona war nur das Warm-up für eine post-libertäre Gesellschaftsform. Die Maßnahmen zur Eindämmung der vermeintlichen Pandemie sind das Exoskelett eines technokratischen Systems, dessen Kern die digitale Identität darstellt.

Aus diesem Grund ist es falsch, nach dem (teilweisen, temporären) Abebben der staatlichen Übergriffigkeiten den friedlichen Protest gegen das nun offen faschistisch operierende System ruhen zu lassen. Speziell in Deutschland wäre es angezeigt, den Generalstreik auszurufen. Dennoch verhalten sich viele Menschen im Moment der kleinsten Erleichterung wie

Tiere, die nach einer Verletzung von Menschen aufgefunden, eingesperrt und gesundgepflegt wurden – und dann wieder ausgewildert werden: Kaum steht die Käfigtüre offen, rennen sie los wie von der Tarantel gestochen. Ohne jemals einen Blick zurückzuwerfen.

Die Krisen unserer Zeit verbieten eine binäre Weltsicht – aber wenn man die Komplexität geopolitischer, finanzpolitischer, biologischer und sozialstruktureller Vorgänge auf ein Ziel verdichten muss, das den Türöffner für den ausgereiften Überwachungsstaat von morgen darstellt, ist dies die verpflichtende Einführung eines digitalen Identitätsnachweises. Daher gilt es, dessen flächendeckende Einführung unter allen Umständen zu verhindern. Denn ist ein ID-System mit Sozial-Kredit-Funktionen erst installiert, wird es nahezu unmöglich sein, dagegen zu protestieren oder vorzugehen. Das hat Kanada gezeigt. Daher sollte der rasante Abbau von Bürokratie und Zentralismus das primäre Ziel einer jeden Opposition darstellen. Der Staat muss auf seine Kernfunktionen zurückgeschraubt werden. Wenn die roten Linien einer humanistisch geprägten Aufklärung jetzt nicht gehalten werden, wird es in naher Zukunft eventuell keine Möglichkeit mehr geben, selbige zu ziehen.

»Rassentrennung war legal. Sklaverei war legal. Krieg ist legal. Benutzen Sie niemals Legalität als Richtschnur für Moral.« (Unbekannter Verfasser)

| 20. März 2022

Ukraine: Falsche Freunde – falsche Feinde

»Früher litten wir an Verbrechen, heute an Gesetzen.« (Tacitus)

Vorweg: *Jeder* Krieg ist falsch. Da gibt es keine Grauzonen. Waffen bringen keinen Frieden. Dieser Text ist somit weder als Zustimmung zum Vorgehen eines wahnsinnigen, russischen Zaren und seiner chinesischen Verbündeten zu verstehen – noch als Rechtfertigung für die Eskalationspolitik von US-Hegemonie, NATO und EU. Denn jedes dieser Systeme steht mittlerweile offensichtlich für ein und dasselbe: Tyrannei.

Der Präsident der Ukraine, Volodymyr Zelensky, ein ehemaliger Schauspieler, Comedian und Mitglied des World Economic Forum, wird von den Westmächten zum neuen Helden der Demokratie hochstilisiert, der sich wagemutig dem vermeintlichen Vernichtungsfeldzug von Vladimir Putin entgegenwirft. Selbst wenn er dafür die Opposition verbietet und Medien gleichschaltet.

Auch die Tatsache, dass die Ukraine mit der bereits aktivierten Diia-App das erste Land auf dem europäischen Kontinent sein wird, welches ein Sozialkreditsystem nach chinesischem Vorbild einführt, obwohl sich das Land vermeintlich von Kriegswirren überzogen sieht, tut der Lobhudelei für Zelensky keinen Abbruch. Warum auch? Amts- und WEF-Kollegen wie der kanadische Premierminister Justin Trudeau halten mit ihrer Begeisterung für die Diktatur von Xi Jinping kaum hinterm Berg und werben seit langem für eine Annäherung des Westens an das totalitäre chinesische Gesellschaftsmodell.

Das ZDF versucht indes verzweifelt, dieses absolut antidemokratische Vorgehen irgendwie schönzuschreiben, indem es mit dem Notstand argumentiert. Obwohl 20 Jahre nach 9/11 oder spätestens seit der Corona-Krise klar ist, was das bedeuten kann. Dabei bezeichneten selbst Leitmedien Zelensky noch bis vor kurzen als korrupten Kriminellen mit Verbindungen zu rechten Gruppierungen. Der Name tauchte in den skandalösen Pandora Papers auf – und die Ukraine galt dem englischen GUARDIAN noch am 6. Februar 2015 als das korrupteste Land in Europa. Im gleichen Zeitraum berichtete auch das TIME-Magazine noch über das bedenkliche Ausmaß an Korruption in dem gebeutelten Staat vor Russlands Haustüre. Leider ist der betreffende Artikel seit kurzen hinter eine Bezahlschranke versteckt. Warum bloß? Dafür kann TIME mit einem weiteren vielsagenden Text vom 7. Januar 2021 aufwarten, der beschreibt, wie Nazi-Gruppen aus der Ukraine in den USA mittels Facebook für neue Mitglieder werben – und wie diese anschließend in die Ukraine gelockt werden, um im Asov-Bataillon aufzugehen.

Bemerkenswert ist in diesem Kontext auch, dass der als Held der Arbeiterklasse auftretende Präsident der Ukraine neben einer vier Millionen teuren Villa in Italien offensichtlich auch ein 35 Millionen Dollar teures Anwesen in Miami sein Eigen nennt. Die Immobilie stammt aus dem dunklen Dunstkreis des Epstein-Netzwerks. Während seiner Präsidentschaft soll er zudem ein Vermögen von über einer Milliarde US-Dollar bei der Dresdner Bank in Costa Rica geparkt haben, wie ein Mitglied der Opposition berichtet. Woher es stammt, ist weitgehend unklar. Unplausibel ist die Summe aber nicht, wenn man bedenkt, dass alleine das CIA-Vehikel USAID von 1991 bis 2014 circa fünf Milliarden US-Dollar in das Land gepumpt hat, wie Victoria Nuland im Jahr 2013 öffentlich einräumte. Auch im Jahr 2021 überwies USAID noch 155 Millionen Dollar. Zwischen 2014 und 2021 war es sicher nicht weniger. Und das ist nur eine von vielen staatlich instrumentalisierten NGOs,

die in den vergangenen zwei Jahrzehnten Finanzmittel für die Ukraine locker machten. Auch unter Show-Präsident Trump flossen weiterhin Millionen in das Land.

Faktenchecker springen Zelensky in den vergangenen Wochen vermehrt zur Seite und versuchen, die Gerüchte um eine veruntreute Milliarde zu entkräften. Ihr Hauptargument: Die Dresdner Bank habe gar keine Niederlassungen in Costa Rica. Das stimmt. Denn das ehemals als Dresdner Bank Lateinamerika AG firmierende Finanzinstitut ging im Jahr 2009 zu großen Teilen in der Commerzbank AG auf. Die Deutsche Bank kaufte den Rest. So mag das Geld von Zelensky nicht mehr bei der durch ihre frühe Unterstützung für das Deutsche NS-Regime in Verruf geratenen Dresdner Bank deponiert sein – die Commerzbank Costa Rica oder die Deutsche Bank vor Ort haben gut betuchte Kunden aber sicher gerne und ohne viel Federlesens übernommen. Denn Korruption gibt es auch in diesem lateinamerikanischen Land en Masse, wie ein Artikel des in Washington ansässigen »Council on Hemispheric Affairs« von 2004 oder auch ein aktuellerer Beitrag von »Americas Quartely« vom August 2019 ausführt. Das Land gilt nicht umsonst als die Schweiz der westlichen Hemisphäre.

Da Zelensky zudem gleich mehrfach in den Pandora-Papers zu finden ist, scheinen die Vorwürfe nicht ganz aus der Luft gegriffen. Mit einem undurchsichtigen Netzwerk von Holdings und Beteiligungen, wie es der ukrainische Präsident mit Unterstützung seiner Freunde aus dem Bankenparadies betreibt, lassen sich große Summen relativ einfach akkumulieren, verwalten und anonym transferieren. Das mag angesichts eines heißen Krieges derzeit für manchen sekundär erscheinen, dennoch vermitteln diese Umstände nicht den Eindruck, dass es die Europäische Union und das nordatlantische Militärbündnis hier mit einem selbstlosen, volksnahen, lupenreinen Demokraten zu tun haben – für den sie im »Worst Case«,

dem NATO-Bündnisfall, dennoch einen Nuklearkrieg mit Russland riskieren müssten.

Gegen diese Annahme spricht auch die aktuelle Bekanntmachung von Zelensky, nach der die Ukraine nun elf politische Parteien, sprich die gesamte Opposition, aufgrund von mutmaßlichen Verbindungen nach Russland verboten habe. Außerdem stehen alle großen Medien des Landes nunmehr unter rigider Militär-Zensur aus Kiew. Auch die Staatsanwaltschaften wurden entmachtet. Die Ausrufung des Kriegsrechtes macht es möglich. Die Ukraine legt seit langem eine offen faschistoide Politik an den Tag. Seit acht Jahren unterdrückt (und attackiert) das korrupte Regime unter Mithilfe des Westens im Donbas 20 Prozent der eigenen Bevölkerung. 14.000 Tote sind nach offiziellen Angaben selbst auf Wikipedia zu verzeichnen – vor der Invasion Russlands wohlgemerkt. Und die Dunkelziffer dürfte um einiges höher liegen.

Wen also unterstützen EU, NATO und die USA da eigentlich? Was passiert in der Ukraine? Wie kann es sein, dass der Wertewesten ein korruptes Regime verteidigt, welches offenkundig von US-Militär und US-Geheimdiensten finanziert wurde und dem rechtsradikale Gesinnungen nachzuweisen sind? Stört es niemanden, dass die Klitschkos sich offen mit den rechten Gruppen in ihrer Heimat ablichten lassen – wo doch in der Vergangenheit ein vereinzeltes AFD-Mitglied auf einer Corona-Demo bereits einen medialen Shitstorm auslöste? Welchem Zweck dient das nukleare Säbelrasseln der opponierenden Supermächte – wenn sowohl die USA und Kanada als auch Russland und China im Wortlaut frappierend identische Strategiepapiere, die eine neue, »regelbasierte« internationale Ordnung unter Leitung der UN und assoziierter supranationaler Organisationen als strategisches Ziel artikulieren, publizieren, während sich die vordergründig ideologisch feindlich gesinnten Machtblöcke in der Ukraine kriegerisch gegenüberstehen?

Geopolitik und Globalisierung gehen über das Konzept des Nationalstaats hinaus. Ein großer Teil staatlicher Operationen dient daher anderen Zielen, als vordergründig kommuniziert wird. Siehe Irak. Die Bush-Administration hat diesen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg damals auf Basis nachweislich falscher Beweise losgetreten und die Weltöffentlichkeit eiskalt belogen, um wirtschaftspolitische Interessen angloamerikanischer Hegemonie im arabischen Raum durchzusetzen. Vergleiche: Syrien, Jemen, Iran – und viele mehr. Teil der Pax Americana. Die Bevölkerung ist in diesem geopolitischen Brettspiel bestenfalls Verfügungsmasse. Alle Seiten agitieren, betreiben Propaganda und lügen, um das jeweilige Vorgehen zu rechtfertigen und sich den hysterischen Beifall der Zivilgesellschaft zu sichern.

Dabei hat die Arroganz der internationalen Machthaber und Strippenzieher mittlerweile derart obszöne Formen angenommen, dass sie ihre langfristige, inhumane, dystopische Agenda ungeniert öffentlich kundtun. Das ist keine Verschwörungstheorie – sondern belegbares, offen antidemokratisches, kriminell organisiertes Vorgehen einer selbsternannten Herrscherkaste. Organisierte Kriminalität und institutionelle Korruption. Zum persönlichen Vorteil und gegen die eigene Bevölkerung. Und die Agenda der neuen, regelbasierten Ordnung hat es in sich, wie die eingangs erwähnten Strategiepapiere zeigen – einmal veröffentlicht von den USA und Kanada am 23. Februar 2021, zum anderen von Russland und China, publiziert am 4. Februar 2022. Vor allem im letzten Absatz, der sich der Stärkung internationaler Organisationen widmet, sind sich die Kontrahenten verblüffend einig.

»Der Tod eines Mannes ist eine Tragödie. Aber der Tod von Millionen nur eine Statistik.« (Josef Stalin)

Die Lektüre der beiden Dokumente belegt, dass die strategischen Ziele der scheinbar feindlich gesinnten Machtblöcke

praktisch deckungsgleich sind. Beide unterstützen die Agenda 2030 der UN, mit ihren im Detail doppeldeutigen und fragwürdigen Zielen. Siehe Detailziele 16.4, 16.9 und 16.a.

Ost wie West unterwerfen sich durch deren Umsetzung administrativ schlussendlich den Vereinten Nationen, die am Ende nicht nur legislative, sondern auch judikative und militärische Macht auf globaler Ebene ausüben werden. Der Trägerstoff für die bittere Pille absoluter Machtkonzentration sind die Nachhaltigkeitsziele.

Technisch unterstützt vom digital-finanziellen Komplex, der die Konsolidierung der Märkte über die wuchernde Plattform-Ökonomie amplifizieren wird, bis der Mittelstand durch eine monopolistische Konzern-Oligarchie ersetzt wurde. Dieser Prozess läuft bereits seit Ausrufung der Pandemie. Der Nationalstaat bleibt als leblose Hülle zurück. Und der Bürger, vermeintlich Souverän einer partizipativen Demokratie, ist machtlos, entmündigt und fortwährender digitaler Kontrolle ausgesetzt – beziehungsweise unterworfen. Denn seine Möglichkeiten, das neue System zu beeinflussen, tendieren gegen Null. Zudem verliert er seine finanzielle Unabhängigkeit, da sein Vermögen durch galoppierende Inflation an Wert verliert und Digitale Zentralbankwährungen die Abhängigkeit vom System intensivieren.

Ist der Ukraine-Konflikt demnach nur ein weiteres Mittel zum Zweck? Ein weiteres Propaganda-Narrativ mit geringem Wahrheitsgehalt, wie Covid-19 oder der Kampf gegen den Terrorismus, um der menschlichen Zivilisation die technokratische Transformationsagenda des internationalen Korporatismus als alternativlosen Ausweg aus dem globalen Dilemma aufschwatzen zu können? Die »Phase 2: Krieg« des »Great Reset«, wie Winter Oak aus England titelt? Diese Frage sollte sich der blind-solidarische Wertewesten zeitnah stellen, will er nicht als billiger Steigbügelhalter der angloamerikanischen

Hegemonie in der Ukraine sein Ende finden. Oder als Zündfunken und Schauplatz für einen ausufernden, militärischen Konflikt in Europa. Missbraucht von den USA, China und Russland, einem strategisch in Übereinkunft befindlichen Trio, das zwischenzeitlich die Welt nach seinem Gustus restrukturiert. Bedingungslose Solidarität, ausgerufen von den politischen und ökonomischen Profiteuren des Krieges, macht dahingehend scheinbar blind. Das schiere Hinterfragen offizieller Meldungen gilt bereits als Blasphemie. Das erinnert massiv an die Corona-Krise. Dabei wünschen sich heute viele, sie hätten den Kurs der Regierung damals früher in Frage gestellt.

So gebietet es sich, zumindest jetzt einen vertieften Blick darauf zu werfen, was US-Hegemonie, NATO, private Sicherheitsdienstleister und diverse NGOs in der Ukraine seit mindestens einer Dekade treiben – und mit welchem Ziel. Hintergründe dazu hatte ich bereits in meinen Texten Die Trojanische Herde und Die Wurzeln der Hegemonie zusammengetragen. Eines wird bei der ergebnisoffenen Analyse der Ukraine-Krise schnell klar: Es handelt sich keinesfalls um einen organisch gewachsenen Konflikt zweier Nachbarländer, die sich um abtrünnige Provinzen streiten. Dagegen spricht schon die Tatsache, dass ein Referendum in der umstrittenen Region im Jahr 2014 sich klar für die Unabhängigkeit des Donbas von der Ukraine aussprach. Doch dieser demokratische Prozess der Volksabstimmung wurde vom Westen nicht anerkannt und als pro-russischer Widerstand abgetan.

Nicht nur George Soros, seine »Open Society Foundations« oder das CIA-geführte »NED« (National Endowment for Democracy) waren in der Ukraine seit mehr als einer Dekade aktiv. Diverse Parteien versuchen seit den frühen 2000er-Jahren die Situation im Land zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Ein zum persönlichen Gebrauch bestimmtes, nun aber öffentlich zugängliches Sende-Manuskript des Südwestfunks (SWR2) vom 8. November 2017 mit dem Titel »*Die Macht des George*

Soros – Regime Change in der Ukraine und Georgien« belegt, dass auch den Leitmedien seit langem klar ist, dass in der Ukraine Zweifelhaftes vor sich geht. Soros und das NED waren übrigens auch 1998 in Serbien aktiv, wo sie Otpor finanzierten, eine Organisation, die mit dem Ziel gegründet wurde, das zu jener Zeit herrschende Regime von Slobodan Milosevic zu destabilisieren. Die USA hat Erfahrung in Sachen Regimewechsel. So wiederholte man den Prozess unter anderem in Georgien und der Ukraine.

»Wir sollten die Fähigkeit gut geführter Propagandasysteme, Menschen zu irrationalen, mörderischen und selbstmörderischen Verhaltensweisen zu treiben, nicht unterschätzen.« (Noam Chomsky)

Die israelische Tageszeitung HAARETZ beschreibt in einem Artikel vom 9. Juli 2018, wie eine Gruppe von Menschenrechtlern eine Petition am Obersten Gericht in Jerusalem vorbrachte, in der sie die Regierung von Israel aufforderte, Waffenlieferungen in die Ukraine zu unterbinden, da diese mehrheitlich Nazi-Gruppierungen innerhalb des ukrainischen Militärs zukämen. Vorneweg dem Asov-Bataillon, das im Geheimen von der CIA ausgebildet wurde, wie Yahoo! News am 16. März 2022 zu berichten weiß. Auch Andy Corbley von World at Large warnt am 4. März 2022 vor westlicher Ignoranz gegenüber dem offensichtlich rechtsradikalen System in der Ukraine. Und am 19. März 2018 titelte selbst Reuters noch ohne Umschweife in einem Kommentar: »*Das Neo-Nazi-Problem der Ukraine*«.

»The Intercept« berichtet am 18. Februar 2022, dass ein Gesetz von US-Senator Bon Menendez nicht sicherstellen könne, in wessen Hände die US-Waffenlieferungen in die Ukraine gelangen – und, dass die Wahrscheinlichkeit groß sei, dass es sich bei den Empfängern um Neo-Nazis handelt. Die USA hatten im Übrigen schon im Jahr 2005 ein Rahmenabkommen

bezüglich künftiger Waffenlieferungen mit der Ukraine abgeschlossen, wie ein entsprechender Staatsvertrag auf den Servern der US-Regierung klar belegt. Da passt es ins Bild, dass auch das Training der rechten Kampfverbände im Lande von den NATO-Staaten selbst organisiert wurde. Bezahlt von Steuergeldern.

Bezeichnend für das Vorgehen der angloamerikanischen Hegemonie in Bezug auf die Ukraine ist gleichermaßen die Tatsache, dass der US-Kongress bereits im Dezember 2015 – also knapp ein Jahr nach dem US-finanzierten Regimewechsel in der Ukraine – auf Druck des Pentagons ein Gesetz zurücknahm, das die Finanzierung von Gruppierungen mit nationalsozialistischem Hintergrund verbieten sollte, wie ein Artikel von The Nation am 14. Januar 2016 ausführt. So war es den USA auf legalem Wege weiter möglich, den destruktiven Kräften an Russlands Grenzen Milliardensummen zukommen zu lassen – auch wenn deren Gesinnung genau das verkörpert, was USA, EU und NATO vorgeben zu bekämpfen: Braunes Gedankengut. Nun fragt man sich, ob all diese Probleme des neuen »Partner-Staates« von EU und NATO zwischenzeitlich behoben wurden. Dass dem nicht so ist, implizieren neue Erkenntnisse über die Zusammenarbeit des ukrainischen Asov-Bataillons mit Nazi-Gruppierungen in den Vereinigten Staaten. Das Asov-Bataillon und seine Partner-Organisation, die Georgian Legion, pflegen seit Jahren rege Kontakte zu Neo-Nazis in den USA und halfen in verschiedenen europäischen Staaten – unter anderem in Deutschland und Italien – dabei, lokale Ableger der rechtsradikalen Vereinigung zu gründen. Enge Verbindungen dieser rechten Netzwerke existieren auch mit Moskau, wo laut Angaben von Newsweek selbst der Chef-Rassist des Ku-Klux-Klans, David Duke, einige Jahre lebte und bis heute ein eigenes Appartement besitzt. Welches er wiederum gerne an andere US-Nazi-Größen untervermietet, die scheinbar regelmäßig in der Stadt zu tun haben.

Dass vor allen Dingen die großen, international agierenden extremistischen Organisationen von der CIA und ähnlichen Institutionen finanziert wurden und werden, ist eigentlich kein Geheimnis mehr. Auch die NSU (Nationalsozialistische Union) in Deutschland war primär ein Konstrukt des Verfassungsschutzes und seiner ominösen V-Männer. Dass diese Gruppen jedoch von der Hegemonie systematisch aufgebaut werden, um später mit dem erzeugten Feindbild imperialistische Interessen zu verfolgen, geht im Zuge der Ukraine-Krise augenscheinlich unter. Obwohl die USA bei Al-Qaeda und diversen anderen Gruppierungen analog vorgingen. Egal, welchem politischen Spektrum diese zuzurechnen waren. Washington lässt Stellvertreterkriege von rechten wie linken Extremisten führen, um sich nicht selbst die Hände schmutzig zu machen. Die Wall Street finanziert gerne beide Seiten des Krieges.

So ist selbst der angebliche Sturm auf das US-Kapitol vom 6. Januar 2021, welcher der Agenda des militärisch-industriellen Komplexes im Land der unbegrenzten Freiheit massiv Vorschub leistete, mittlerweile auf Gruppierungen mit engen Verbindungen zum Asov-Bataillon – und damit zur CIA – zurückzuführen. Die gesamte Entwicklung in der Ukraine seit 2014 erinnert an die US-Politik im Nahen Osten, wo Saddam Hussein wie Osama bin Laden zunächst enge Partner von Washington waren und üppig alimentiert wurden. Bis die US-Hegemonie sie als Feindbild brauchte und eliminierte. Die Ukraine wird das neue Syrien.

»Auf Dauer kann Propaganda demokratische Prozesse zersetzen und pervertieren. Echte Demokratie und Propaganda sind prinzipiell unvereinbar.« (Ulrich Teusch)

Krieg ist immer ein gutes Geschäft. Das zeigen aktuelle Engagements von US-Sicherheitsdienstleistern in der Ukraine. Denn anstatt sich offiziell am Krieg zu beteiligen, lassen US-

Regierung und NATO die Drecksarbeit vor Ort auch gerne von privaten Sicherheitsunternehmen verrichten. Am 9. März 2022 veröffentlichte die BBC einen entsprechenden Beitrag und beschreibt, wie private Söldner für Kriseneinsätze angeheuert werden. Erfahrungen haben diese an Orten wie Papua-Neu-Guinea, in Angola oder Sierra Leone gesammelt – Orte, die jeder mit grässlichen Bildern menschenverachtender Kriegswillkür verbindet.

16.000 Vertragssoldaten sind nach Angaben der Regierung in Kiew bereits im Land unterwegs, um das ukrainische Militär, sprich das rechtsradikale Asov-Bataillon, zu unterstützen, wie die Military Times berichtet. Neben US-Veteranen kämpfen jetzt also auch hochdotierte Profikiller von Unternehmen wie Blackwater, das in einem Artikel der ZEIT vom 23. Oktober 2014 treffend als »*Ansammlung zweifelhafter Charaktere*« beschrieben wird, oder DynCorp für Zelensky und Konsorten.

Circa 10.000 US-Dollar verdient so ein Auftragskiller im Namen des Staates pro Monat. Wenn er nicht als Kanonenfutter verheizt wird. Der Muslim Mirror beschreibt Blackwater am 5. März 2022 vielsagend als »*geheime Waffe der NATO in der Ukraine*«. Weiterführende Analysen zum verdeckten Engagement der USA in der Ukraine und der Zusammenarbeit von Nazis beider Länder bietet der Journalist Ryan Cristian in seiner Sendung »The Daily Wrap-up« vom 19. März 2022 sowie 23. März 2022.

Das Unternehmen DynCorp wurde bereits 1946 gegründet, ging jedoch 2020 aufgrund diverser Skandale und Kontroversen im US-Militärdienstleister-Konglomerat Amentum auf. Den Namen DynCorp legte man aus marketingtechnischen Gründen auf Eis – sonst blieb jedoch alles beim Alten. Auch die kontroversen Unternehmenspraktiken. Nach Angaben von »Human Rights Watch« war DynCorp zum Beispiel an Men-

schenhandel in Bosnien beteiligt und führte liquiden Käufern minderjährige Kinder für sexuellen Missbrauch zu.

Das also sind die neuen, heldenhaften Partner des Wertewestens, für die man in Berlin, Brüssel und Washington notfalls auch den Dritten Weltkrieg vom Zaun brechen will: Eine korrupte, offen rassistische Regierung in Kiew, rechtsradikale Milizen, die erhebliche Teile der ukrainischen Streitkräfte und Administration kontrollieren, von der CIA finanzierte Umstürzler und Neo-Nazi-Netzwerke sowie Auftragskiller kontroverser US-Militärdienstleister, die verdeckt im Auftrag der NATO operieren.

Und das in einem Krieg, bei dem die gegnerischen Parteien hinter den Kulissen gleichlautende Strategiepapiere veröffentlichen, welche einer neuen internationalen Ordnung unter Führung der UN das Wort reden. Da passt vordergründig wenig zusammen. Verfolgt man allerdings das langfristige Ziel, per dauerhafter Notstandsverordnung zu regieren und die drei geopolitischen Blöcke für feudalistisch anmutende Machtpolitik zu instrumentalisieren, um den Menschen eine dystopische Zukunft zu oktroyieren, ist man exakt auf dem richtigen Kurs. Denn Angst macht Menschen formbar.

»Der Feind befindet sich in unseren Mauern. Gegen unseren eigenen Luxus, unsere eigene Dummheit und unsere eigene Kriminalität müssen wir kämpfen.« (Marcus Tullius Cicero)

| 27. März 2022

Nichts ist unmöglich

»Die Zukunft soll man nicht voraussehen wollen, sondern möglich machen.« (Antoine de Saint-Exupery)

Man kriegt Menschen raus aus dem System – aber das System nicht raus aus dem Menschen.

Das gilt nicht nur für die Mafia, Sekten oder Logen, sondern auch für das System Staat. Obwohl die Folgen des Sakrilegs Ausstieg bei der Mafia ebenso bekannt wie fatal sind, steht einem die Entscheidung letztendlich dennoch frei. Auf Basis driftiger Gründe kann sich der Mafioso vom Blutschwur lossagen, sich gegen die Familie wenden. Auf eigenes Risiko.

Bei Sekten oder Logen bedarf es dagegen bereits häufig externer Intervention, um jemanden aus dem Bann der verschworenen Gemeinschaft zu locken. Denn das Mitglied ist sich seiner Abhängigkeit meist nicht gewahr und verspürt demnach auch keinen intrinsischen Impuls, der es motiviert, die Herdenwärme der Gruppe zu verlassen. Es bedarf eines Ausstiegsberaters –zuweilen gar einer veritablen Entführung, einem kalten Entzug vom kollektivistischen Mantra – um dem Gehirngewaschenen nach der Extraktion wenigstens retrospektiv zu verdeutlichen, welchen Schaden er sich mit seiner unbedingten Loyalität zum Guru zufügte.

Das gilt in frappierend ähnlicher Form für das System Staat. Denn auch in diesem Kontext ist sich ein Großteil der Abhängigen der destruktiven Abhängigkeit schlichtweg nicht bewusst. Und wenn sich ein solches Bewusstsein doch eingestellt haben sollte, bleibt immer noch die Frage: Wohin soll ein potenzieller Ausstieg führen? Während sich bei der Mafia nahe-

liegende Optionen wie das Untertauchen mit neuer Identität, das Überlaufen zu einem gegnerischen Clan oder die Aufnahme in ein Zeugenschutzprogramm anbieten, mangelt es dem zum Ausstieg motivierten Bürger im System Staat auf den ersten Blick schlichtweg an Alternativen. Denn Auswandern ist kein Ausstieg.

Auch als Exilant wird man in einem Staat leben. Dieser mag exekutiv weniger übergriffig agieren, weniger Bürokratie, besseres Wetter, unterschiedliche Topographie oder eine geringere Steuerlast offerieren, grundlegende Organisationsstrukturen sind jedoch identisch. Wer einen Ausweis besitzt und Steuern zahlt, ist eine Nummer im System. 193 Staaten sind derzeit in den Vereinten Nationen organisiert, beziehungsweise von diesen anerkannt. Daneben gibt es die Vatikanstadt sowie zwölf weitere Länder, Nationen oder Territorien, die nicht Mitglied der UN sind.

Mit dieser Zusammenfassung ist der bewohnbare Teil des Planeten administrativ kartographiert und für anarchische Organisationsformen wenig Platz. Dabei sind Staaten nichts weiter als fiktive Gebilde. Flächen, die von bunten Linien auf Landkarten getrennt und von elitären Herrschaftsstrukturen auf die eine oder andere Art legitimiert wurden. Meist ohne Zutun des Normalbürgers. Regiert von einer Kaste korrupter Monarchen, Militärs, Kleriker, Oligarchen und Populisten, deren singuläres Ziel sich im Machterhalt per Gewaltmonopol manifestiert. So schaffen Staaten Legislatur, führen Kriege, machen Kasse und halten das Staatsvolk, in modernen Demokratien zwischenzeitlich treffender als Stimm- oder Klatschvieh bezeichnet, sprichwörtlich im Zaum.

Wo der Staat selbst keine Kontrolle ausübt oder direkt ausüben kann, übernimmt die Digitalwirtschaft diese Aufgabe. Und das ist immer häufiger der Fall. Denn das Konzept Nationalstaat hat dank Plattform-Ökonomie und supranationaler Organisati-

onen längst ausgedient. Auch wenn diese Erkenntnis in der fehlinformierten Bevölkerung noch nicht in voller Tragweite Raum greifen konnte. So stellt sich aktuell umso dringender die Frage, wie sich der freiheitsliebende, autonome Mensch den Zwängen eines omnipräsenten Systems entziehen kann, wenn diesem eben nicht mehr durch das simple Überqueren einer Landesgrenze zu entkommen ist. Das Paradies lauert nicht mehr einfach hinter einer Mauer im Westen oder auf einem anderen Kontinent. Denn auch wenn Staaten weiterhin nationale Interessen verfolgen, Regierungen um einen exponierten Platz am Tisch der Global Governance buhlen, Nationalstolz und Lokalkolorit das Leben in verschiedenen Ländern etwas unterschiedlich gestaltet – das eine, übergeordnete Ziel verfolgen alle 193 Staaten dieser Welt: Technokratie.

Angesichts dieser Tatsache fordern sich Freiheitsdrang und Aktionismus scheinbar fruchtlos heraus, wenn die Corona-Opposition versucht, dem globalen Digital-Totalitarismus mit Mitteln der repräsentativen Demokratie auf nationaler Ebene Einhalt zu gebieten. Kein Parlament, keine Partei und keine Bürgerbewegung wird das System Staat mit dem von selbigem zur Verfügung gestellten juristischen, organisatorischen oder kommunikativen Mitteln grundlegend ändern. Wenn Wahlen das könnten, wären sie verboten. Man kann das System nicht auf seinem eigenen Spielfeld und nach von ihm selbst definierten Spielregeln verändern. Man muss das Spielfeld der dysfunktionalen Fassadendemokratie verlassen, um zu gewinnen.

Theoretisch klingt das wuchtig und verheißungsvoll. Von einem Korsett an Verpflichtungen und Verbindlichkeiten eingeschnürt, hapert es bei vielen Ausstiegswilligen jedoch an der Vision zur praktischen Umsetzung. Sie erwarten, genau wie die Konformisten, die dem Staat und seinen Handlangern jede Information unreflektiert abnehmen, externe Führung, um mehr Autonomie zu erreichen. Dabei bedarf es primär Eigen-

initiative. Und zwar auf allen Ebenen. Zum einen gilt es, sich mental und emotional vom Sog negativer und sinnentleerter äußerer Einflüsse freizuschwimmen. Nur so bleibt kognitive Kapazität und ausreichend Energie, um einen individuell erfüllenden Lebensentwurf außerhalb tradierter Systeme zu gestalten.

Zum anderen muss der Aufbau alternativer Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen vorangetrieben werden, welche die zunehmende Abhängigkeit des Bürgers vom System Staat reduziert. Auch das klingt in der Theorie einfach und plausibel. Konkrete Handlungsansätze lassen dennoch die meisten Kritiker des Systems schmerzlich vermissen. Sie zeigen Fehler auf, weisen auf Probleme hin und bemängeln Ungerechtigkeiten. Ohne zu erkennen, dass sie selbst den gordischen Knoten im Kopf tragen, den es zu durchschlagen gilt. Wie man das Level digitaler Selbstbestimmung erhöht, wie man ökonomischem Unbill begegnen kann oder das gesellschaftspolitische Konstrukt neu zu denken vermag, habe ich bereits in mehreren Texten versucht zu umreißen.

Wichtiger, und Voraussetzung für die Realisierung derartiger Konzepte und Lösungen, Rezept für das Gelingen neuer Ideen, ist momentan jedoch die persönliche Situation des Individuums, das sich von einem permanenten Ausnahmezustand aufgescheucht sieht. Rast- und ratlos. Verbannt auf die hinteren Ränge in einem makaberen Schauspiel totalitärer Anmaßungen.

Im Fokus steht die Lebenseinstellung, mit der man den Herausforderungen disruptiver, revolutionärer, turbulenter Zeiten begegnet. Daher möchte ich in den folgenden Zeilen darstellen, wie ich diesen Herausforderungen persönlich glaube zu begegnen. Denn im Gegensatz zu manchen Familienmitgliedern, Freunden und Bekannten haben mir Corona-Krise, Panikmache, Propaganda und staatliche Erpressung bisher wenig

anhaben können. Im Gegenteil: Die vergangenen zwei Jahre erscheinen mir persönlich als die produktivste Phase der zurückliegenden Dekade.

Das führe ich unter anderem darauf zurück, dass ich mich seit jeher an ein paar einfachen Leitsätzen orientiere, die mir dank entsprechender Erziehung offensichtlich schon in Kindertagen als Fixstern galten – und die seither Motivation, Stabilität und Unbeschwertheit in einer stetig komplexer erscheinenden Welt garantieren.

Erstens:
Alle Menschen sind gleich.

Zweitens:
Nichts ist unmöglich.

Drittens:
Lebe den Moment.

Viertens:
Wer kämpft, kann gewinnen. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.

Zu guter Letzt:
Das Glück ist mit jenen, die sich selbst genügen.

Diese kurzen, allgemein bekannten Sprichworte reichen aus. Es braucht keine hochtrabende Psychoanalyse, um sie zu verstehen und zu verinnerlichen. So trivial und plump diese Sprüche und Bauernweisheiten in den Ohren manch eines Akademikers klingen mögen, so fundamental und weitreichend sind bei tiefgehender Analyse die daraus resultierenden Überzeugungen. Und nur wer gefestigte Überzeugungen, ein stabiles persönliches Wertesystem sowie einen unveränderlichen, moralischen Kompass sein Eigen nennt, kann in einer Welt reüssieren, die versucht ist, allgemein gültige Werte, Regeln und Naturgesetze im Strudel permanenter Krisen zu ertränken,

wertlos und nichtig zu machen. Anschaulich nachvollziehbar war dieser Umstand während der Corona-Krise zum Beispiel in ruralen oder entlegenen Regionen dieser Welt, wo die Menschen in der Regel deutlich weniger Panik vor Corona hatten als die Stadtbevölkerung, weil sie sich einen geerdeten Bezug zu ihren ureigenen Gedanken, ihrer Umwelt und althergebrachten Naturgesetzen bewahrt haben. Und weil sie nicht konstant medialer Manipulation ausgesetzt sind.

Schon die Implikationen der ersten Maxime – alle Menschen sind gleich –, sind derart weitreichend, dass sie bis heute dafür sorgen, dass ich vor nichtssagenden Titeln, sich aufplusternden Institutionen und materialistischem Blendwerk keinerlei Respekt habe. Denn Autorität wird nicht verliehen. Sie ist nicht durch eine Uniform, ein Studium, durch eine Beförderung oder sagenhaften Reichtum zu erlangen. Sie entsteht durch das Vertrauen auf eigene Fähigkeiten, durch Reflexion, Wissen und Lebenserfahrung. Autorität hat man – oder man hat sie nicht. Und wer falsche Autoritäten nicht ernst nimmt, hat auch keine Angst vor ihnen.

Diese Feststellung leitet direkt über zur zweiten Faustregel – nichts ist unmöglich –, die dazu motiviert, immer genau das zu tun, was man für richtig und wichtig erachtet. Egal, ob der Rest der Welt eine andere Meinung diesbezüglich vertritt, das Gegenteil tut oder die eigenen Pläne für nicht realisierbar hält. Wer an sich selbst glaubt, braucht keine externe Bestätigung für sein Handeln. Dies funktioniert umso besser, desto weniger man den Vergleich mit anderen sucht. Dabei hilft es, auf den Konsum von Social Media zu verzichten. Denn die vermeintlich sozialen Portale sorgen für den permanenten Vergleich, für ständiges »Benchmarking« des eigenen Lebens gegenüber dem digital aufpolierten Dasein anderer Menschen – und das ist für die eigene Wahrnehmung der Welt nicht nur irrelevant, sondern geradezu schädlich. Da ist es ersprießlicher, Selbstge-

spräche zu führen, als inhaltsleere Inhalte bei Nervosität auslösenden Big Tech Plattformen zu konsumieren.

So ist es in Konsequenz ratsam, sich auf das Fundament eigener Werte, auf eigene Ziele und Überzeugungen zu konzentrieren und diese bewusst – im Moment – wahr- und anzunehmen. Diese auch im Buddhismus angewandte goldene Regel ist der Schlüssel zu mehr Achtsamkeit im Leben. Das Auskosten des Moments unterstützt dabei, die wesentlichen Dinge zu fokussieren. Das Hier und Jetzt. An der Vergangenheit lässt sich ohnehin nichts mehr ändern. Man kann nur Lehren aus ihr ziehen. Ist dieser Lernprozess jedoch abgeschlossen, tut man gut daran, das Erlebte und Getane hinter sich zu lassen und nach vorne zu schauen.

Aber auch mit der Zukunft sollte man sich nur in bedingtem Maße beschäftigen. Denn planbar ist sie, speziell in turbulenten Zeiten wie diesen, kaum. Zudem erscheint es töricht, Angst vor potenziell eintretenden Problemen zu haben. Denn auch wenn ihre Eintrittswahrscheinlichkeit hoch sein mag, lähmt Angst die Energie im Präsens – und absolut sicher ist nichts. Egal, wie gut man geplant hat. Und was bringen aufgeschobene Träume, das gesparte Geld sowie all die guten Vorsätze, wenn morgen ein Asteroid das Leben auf unserem blauen Planeten auslöscht? Jetzt ist die Zeit. Morgen kann es bereits zu Ende sein. Sich den Moment mit Ängsten vor Problemen der Zukunft zu nehmen, mit denen man sich nur dann befassen sollte, wenn diese tatsächlich aufgetreten sind, zerstört die Option, das volle Potenzial der womöglich pläsierlichen Gegenwart auszuschöpfen. Frei nach John Lennon: Leben ist, was passiert, während man plant.

Das vorletzte Bonmot – wer kämpft kann gewinnen, wer nicht kämpft, hat schon verloren –, unterstreicht, dass man für seine Überzeugungen, Werte und Ziele jederzeit und ohne Rücksicht auf Verluste einstehen sollte. Ungeachtet dessen, wie

schlecht die Erfolgsaussichten sind oder wie mächtig die Widerstände. Denn im Kern sind wir Menschen nicht viel mehr als unsere Werte und Überzeugungen. Wer nicht für das kämpft, woran er glaubt, hat somit nicht nur seine Pläne, sondern sich selbst aufgegeben, bevor der Ausgang final feststünde. Man fühlt sich immer noch deutlich besser, wenn man in die Schlacht gezogen ist und verloren hat, als nach kampfloser Kapitulation. Resignation kostet Würde und Selbstachtung. Winston Churchill wird mit den Worten zitiert: „Erfolg besteht darin, von Fehler zu Fehler weiterzumachen, ohne dabei den Enthusiasmus zu verlieren." Das ist eine durchaus tragfähige und schlaue Definition.

Für mich persönlich ist der fünfte und zuletzt angeführte Leitsatz das entscheidende Motto im Leben. Denn es birgt das Geheimnis persönlichen Glücks und individueller Zufriedenheit. Ich war schon immer der Meinung, dass man Beziehungen zu anderen Menschen nur führen kann und sollte, wenn man es vollbracht hat, eine halbwegs gesunde Beziehung mit sich selbst zu unterhalten. Wer sich selbst nicht akzeptiert, mit allen Stärken und Schwächen, wer sich selbst nicht ernst nimmt, sich etwas vormacht oder versucht, etwas darzustellen, das er nicht ist, wird niemals aufrichtig glücklich sein können. Kein Mensch ist perfekt. Man übt stets Selbstkritik, sucht nach Möglichkeiten, an sich zu arbeiten, sich zu verbessern – das stimmt. Allerdings sollte der einzige Maßstab, an dem man den Erfolg dieser Entwicklung bemisst, die persönliche Vorstellung der besten Version der eigenen Person sein.

Weiterhin leitet sich aus dem finalen Leitsatz die Erkenntnis ab, dass man nicht darauf angewiesen ist, externe Bestätigung für sein Handeln zu erhalten, um die eigenen Unternehmungen, Ergebnisse und Kreationen wertzuschätzen. Wer andere Menschen braucht, um sich selbst als vollwertig zu empfinden, lebt eine Projektion, ein Trugbild seines Lebens – aber nicht das Leben, das er eigentlich zu führen vermag. Es ist für mich

zum Beispiel relativ irrelevant, was der Rest der Welt von dem vorliegenden Text hält. Ich schreibe ihn für mich. Er drückt etwas aus, das in mir entstanden und gereift ist und schlussendlich nach Ausdruck verlangt. Selbstverständlich ist es erbaulich, wenn viele Menschen die eigene Arbeit schätzen, man positives Feedback, Zuspruch und Beifall erhält. Dennoch sollte man die Dinge grundsätzlich immer um ihrer selbst willen tun, nicht, um Bestätigung von außen zu erhalten. Ich hätte diesen Text, wie unzählige davor, auch dann geschrieben, wenn er nicht zur Veröffentlichung vorgesehen wäre. Applaus macht süchtig und sorgt langfristig dafür, dass man sich den Wünschen seines Publikums unterordnet – wenn auch unbewusst –, um mehr davon zu bekommen, obwohl man ohne stehende Ovationen vielleicht etwas ganz anderes getan hätte.

Zudem impliziert das letzte Sprichwort, dass man auch ohne einen Lebensabschnittspartner, ohne Familie, einen großen Freundeskreis oder permanente, oft oberflächliche Gesellschaft und Zerstreuung zufrieden und glücklich sein kann. Einfach weil man gerne Zeit mit sich selbst verbringt und die eigenen Ideen, Ziele und Vorhaben als sinn- und wertvoll betrachtet. Ich persönlich empfinde zum Beispiel kaum jemals Langeweile und benötige weder TV, Handy, Computerspiele noch Small Talk auf öden Veranstaltungen, um meine Zeit „totzuschlagen“. Zeit mir mit selbst zu verbringen, macht mir Freude. Alleine zu sein, ist für mich oft ein Quell der Inspiration. Ohne Distraktion hängt man Gedanken länger und häufig ergebnisreicher nach als in Gesellschaft. Aufgrund der Tatsache, dass ich das, was ich mache, tatsächlich gerne mache, und ich die jeweiligen Ergebnisse vor meiner inneren Jury zumeist als relevant und positiv bewerte, gehen mir Ideen, Aufgaben, Pläne und neue Ziele niemals aus.

Im Gegenteil: Der Tag hat stets zu wenige Stunden, um alles zu erledigen, was mir vorschwebt. Es gibt noch so viele Bücher zu lesen, Sprachen zu lernen, Ländern und Kulturen zu

entdecken. Unzählige Texte, Akkorde und Musikstücke warten darauf, geschrieben, aufgenommen und produziert zu werden. Neue handwerkliche Fertigkeiten wollen erlernt und Hobbys ausprobiert werden, Leidenschaften wollen erfüllt, sportliche Leistungen verbessert und Geschichte, Natur oder Kosmos besser verstanden werden. Haus, Garten und Tier verdienen gleichfalls immer etwas Aufmerksamkeit – und anderen Menschen selbstlos zu helfen oder unerwartet eine Freude zu machen, bereichert das eigene Leben ebenfalls ungemein. Der Sinn des Lebens besteht offensichtlich darin, dem Leben einen Sinn zu geben.

Der erste Satz dieses Textes, der besagt, man bekomme das System nicht aus dem Menschen heraus, mag zutreffen. Doch das ist nicht der springende Punkt. Denn es geht meines Erachtens nicht darum, das System aus dem Menschen heraus zu bekommen – vermutlich ist das in unserer, von intellektueller Degeneration geprägten Zeit auch kaum noch realistisch – es geht darum, im bestehenden System die Veränderung darzustellen, die man sich für die Zukunft erhofft. Es geht um Aufklärung und Bildung. Nur wer das herrschende System von Grund auf versteht, kann darin halbwegs autonom navigieren, es parodieren und konterkarieren. So gilt es, Stein des Anstoßes zu sein. Der erste Dominostein, der umfällt. Oder der Fels in der Brandung, der sich von den Gezeiten nur über Jahrmillionen verformen lässt und stoisch seine Position hält. Egal, wie stürmisch die See sich gibt. Es geht darum, die beste Version von sich selbst zu werden. Das ist die wahre Revolution. Denn der Effekt trägt im besten Falle über Generationen.

Liebe, Kreativität und Eigenmotivation sind die wirkungsvollsten Waffen in einer inhumanen Zeit. Nimmt man diese Herausforderung an, gibt es absolut keinen Grund, Resignation zu erliegen, Angst zu empfinden oder sich von Ohnmacht lähmen zu lassen. Denn auch wenn man zu Lebzeiten nicht die ganze Welt verändern kann, so kann man doch derjenige sein,

der konstant an dieser Vision arbeitet und im eigenen Universum stets darauf bedacht ist, Wärme, Licht und Energie zu spenden. Für sich selbst und andere im gleichen Orbit. Jeder Sonnenaufgang läutet einen weiteren Tag voller Möglichkeiten ein. Nutzen wir sie.

Das erzeugt, bildhaft gesprochen, Gravitation – und wenn das eigene Sonnensystem, also die parallele, liberale Gesellschaft, die eine kritische Masse durchaus schon heute vermag, Realität werden zu lassen, attraktiver erscheint als die Umlaufbahn, die den noch in Schwerelosigkeit treibenden, haltlosen Menschen von einem kranken System zugewiesen wird, muss es unweigerlich wachsen, und, um bei der Metapher zu bleiben, weitere im Universum verstreute Planeten, Kometen und Asteroiden anziehen, die ihrerseits Gravitation erzeugen und das neue Sonnensystem zum Zentrum einer bunt leuchtenden Galaxie positiv geladener Materie werden lassen.

»Man muss das Unmögliche versuchen, um das Mögliche zu erreichen.« (Hermann Hesse)

| 10. April 2022

Sie waren nie weg

Dass die Ukraine ein massives Nazi-Problem hat, ist nichts Neues. Dass westliche Geheimdienste seit den 1950er-Jahren aktiv den Aufbau internationaler, rechtsradikaler Netzwerke fördern, wird jedoch gerne außer Acht gelassen.

»Die Vereinigten Staaten haben keine Freunde oder Verbündeten, nur Interessen.« (Henry Kissinger)

Die Situation in der Ukraine bleibt intransparent. Während die Medien der NATO-Hegemonie von Angriffskrieg, Genozid, Kriegsverbrechen, Massakern und vermeintlichen Giftgaseinsätzen Russlands schreiben, spricht das russische Fernsehen weiterhin von gezielten Militäroperationen, der Befreiung der Bevölkerung und Entnazifizierung des Donbas. Russische Hardliner fordern Putin zur besten Sendezeit auf, der Ukraine nun endlich offiziell den Krieg zu erklären, um den Konflikt entsprechend zu beenden.

Die Wahrheit liegt wohl irgendwo dazwischen. Denn sie ist das erste Opfer eines jeden Krieges. Beide Seiten betreiben Propaganda und führen derzeit einen Informationskrieg ungekannten Ausmaßes. Nur Triangulation auf Basis aller verfügbaren Informationen lässt eine halbwegs verlässliche Standortbestimmung zu. Umso verheerender ist der Umstand, dass in den westlichen Leitmedien – wie zur Corona-Krise – lediglich eine frenetisch dogmatisierte Einheitsmeinung präsentiert wird.

Bei objektiver Analyse der hegemonialen Berichterstattung fällt jedoch sofort auf, dass viele der Meldungen über russische

Angriffe und Gräueltaten substanzlose Behauptungen sind. Eine aufschlussreiche und detaillierte Analyse der militärischen Lage in der Ukraine liefert Jacques Baud am 05. April 2022 für »Uncut-News« aus der Schweiz. Baud ist ehemaliger Oberst des Generalstabs, ehemaliges Mitglied des strategischen Nachrichtendienstes der Schweiz und Spezialist für die östlichen Länder. Seine Ausführungen unterstreichen: Vieles in den westlichen Medien wirkt fabriziert. Gestellt. Propaganda eben. Vom russischen Sturm auf Kiew über vermeintliche Giftgaseinsätze, falsche Zeugen und dutzende, miserabel editierte Videos bis hin zum angeblichen Massaker in Butscha – wo der ukrainische Bürgermeister noch am Tag vor der Meldung über das russische Massaker freudig in einem Video-Beitrag erklärte, die Stadt sei befreit, friedlich und die russische Armee zurückgedrängt.

Ein Massaker, Leichenberge oder Massengräber erwähnte er mit keinem Wort. Die Firma, die das entlarvende Satellitenbild für den entsprechenden Hetz-Artikel der »New York Times« lieferte, auf dem nach offiziellen Angaben Straßenzüge voller Leichen zu sehen waren, Maxar, ist ein Unternehmen des militärisch-industriellen Komplexes der USA und gehört vornehmlich den Investment-Riesen Blackrock und Vanguard. Zum Zeitpunkt der Aufnahme des Beweisbildes hatte Maxar nachweislich keinen Satelliten über dem betreffenden Gebiet verfügbar. Noch dazu hätten die fotografierten Leichen gemäß offiziellen Zeitangaben bereits seit knapp drei Wochen auf der Straße liegen müssen.

So sehen diese auf einem Video aus Butscha allerdings nicht aus. Im Gegenteil. Im Rückspiegel des Autos, aus dem das betreffende Video gefilmt wurde, sieht man deutlich, wie einer der verstreut herumliegenden, vermeintlich leblosen Körper den Kopf bewegt und sich erheben möchte. Ein andere Leiche bewegt die Hand. Die offensichtliche Inszenierung lässt sich auch durch den hilflosen Faktencheck der »Deutschen Welle«,

der die Bewegung der Leiche mit der Krümmung des Rückspiegels begründet, nicht aus der Welt schreiben. Nicht zu erwähnen die stümperhaft dargestellte Betroffenheit Ursula von der Leyens, die den vermeintlichen Tatort medienwirksam besuchte, um die Stimmung gegen Russland weiter anzuheizen.

Der russische Giftgaseinsatz wurde am 11. April 2022 ebenfalls als Faktum dargestellt. Als Verifikation der Meldung genügte den Westmedien die Tatsache, dass sie aus der Ukraine stammte. Eigenrecherche? Falsifikation? Fehlanzeige. Auch die Tatsache, dass die Nachricht vom rechtsradikalen Asov-Bataillon kam, beunruhigte in den hegemonialen Redaktionen anscheinend niemanden. Die Schlagzeile ging um die Welt. Nur drei Tage später ruderte man, wie bei der CBC, allgemein zurück und musste eingestehen, dass auch nach Tagen keine Beweise für die Behauptungen aus der Ukraine über Giftgaseinsätze Russlands vorlagen. Die Leitmedien änderten kurzerhand den Tenor und fragten nun, was zu tun sei, »*wenn*« der Kreml derartige Waffen einsetze. Von einer Korrektur der initialen Meldung oder genaueren Untersuchungen der, wenn zutreffend, äußerst schwerwiegenden Anschuldigung, keine Spur.

Die beiden Beispiele zeigen exemplarisch, wie substanzlos die Berichterstattung abhängiger Medien in Kriegszeiten ist. Denn sie sind die mächtigsten Waffen in einem Krieg, den die Menschheit so noch nie geführt hat. Dem totalen Informationskrieg. Ob sich dieser zu einem heißen Konflikt entwickelt und über die Ukraine hinaus eskaliert, ist aktuell unklar. Wenn Säbelrasseln, Kriegsangst und Lieferengpässe der internationalen Oligarchie nicht als Hebel genügen, um die dystopischen Visionen einer technokratischen, multipolaren Weltordnung des digitalisierten Stakeholder-Kapitalismus umzusetzen, liegt das durchaus im Bereich des Möglichen. Auch wenn die damit einhergehende, großflächige Zerstörung der im Zuge der vergangenen zwanzig Jahre errichteten Überwachungsinfrastruk-

tur einen vernichtenden Welt- oder Nuklearkrieg derzeit eher unwahrscheinlich wirken lässt.

Bei den Vereinten Nationen erweckt aktuell jedenfalls eher die NATO als Russland den Eindruck, den Konflikt eskalieren lassen zu wollen. Warum sonst verhindern die Briten eine von Russland geforderte Sondersitzung der UN zum vermeintlichen Giftgaseinsatz? Wieso bleiben diverse andere Ungereimtheiten, die der russische Außenminister, Sergey Lavrov, vor der UN-Vollversammlung mittels Dokumenten und Fotos aufzeigte, seitens des Staatenbundes unkommentiert? Sollte dieser nicht generell an Aufklärung und Mediation eines derartigen Konfliktes interessiert sein? Warum gibt es nach wie vor kein verlässliches Bildmaterial, das die Kampfhandlungen in der Ukraine und vor allem die russischen Angriffe dokumentiert, wie das beim Golf- oder Kosovo-Krieg der Fall war? Immerhin handelt es sich nach Angaben der Westmächte um eine massive Offensive und eine weitreichende Invasion von Putins Truppen. Das Verhalten der UN, der Westmächte, der hegemonialen Medien sowie des nordatlantischen Verteidigungsbündnisses gibt derzeit allen Grund zur Annahme, dass diese Parteien an einer Ausweitung der Kampfhandlungen interessiert sind.

Es liegt somit vorerst im Dunkeln, ob die internationale Technokratie supranational koordiniert vorgeht und den Konflikt in der Ukraine in übergeordnetem Einvernehmen führt, um mittels Narrativ und begrenztem Militäreinsatz eine gemeinsame Agenda 2030 umzusetzen – oder ob es sich um einen echten Machtkampf um Führungsanspruch in der neuen multipolaren Weltordnung handelt. Während also unstrittig ist, dass Kampfhandlungen in der Ukraine stattfinden, ist sehr wohl fraglich, wer dort gegen wen kämpft, was genau die ukrainischen Kräfte im Donbas treiben und inwieweit Russland dort tatsächlich militärisch offensiv agiert. Denn bisher führen bei der Suche nach dem eigentlichen Aggressor alle Spuren in die

USA. Und je weiter man in der Geschichte zurückblickt, desto düsterer sind die Zusammenhänge mit der Gegenwart.

Während nämlich hinlänglich bekannt ist, dass die USA maßgeblich an den Vorbereitungen der Maidan-Revolution sowie dem Regimewechsel in der Ukraine beteiligt waren und seit mindestens einem Jahrzehnt mit NGOs versuchen, das Land nach Vorbild der Pax Americana zu »demokratisieren«, wird die Tatsache, dass man in Washington schon seit über einem Jahrhundert mit Eugenikern und Nazis sympathisiert, kollaboriert und diese finanziert, gerne unter den Tisch gekehrt. Dabei lassen sich die Ursprünge des massiven Nazi-Problems der heutigen Ukraine bis auf das Ende des Zweiten Weltkrieges zurückverfolgen. Der rote Faden: Die CIA.

Dass in der heutigen Ukraine ein massives Nazi-Problem besteht, können die Leitmedien trotz massiver Zensur gegenüber allem, was mit Russland und dem aktuellen Konflikt zu tun hat, nicht gänzlich unterdrücken, wie ein Artikel der Frankfurter Rundschau vom 20. April 2022 belegt, der die Verbindungen des ungehobelt auftretenden Botschafters der Ukraine in Deutschland – Andrij Melnyk – zum ultrarechten Asov-Bataillon dokumentiert. Oder ein CNN-Beitrag vom 30. März 2022, der ebenfalls die Schlüsselrolle der Asov-Nazis in der ukrainischen Armee betont. Selbst die Washington Post kommt am 6. April 2022 nicht umhin, das Kind beim Namen zu nennen, und die rechtsradikalen Asov-Milizen als führende Kraft der ukrainischen Verteidigung zu beschreiben. »Daily Veracity« berichtet jüngst, dass sich die rechtsradikalen Kämpfer des neuen EU-Protektorats bevorzugt und massiv mit Captagon aufputschen, einer Meth-ähnlichen Droge, die auch schon in Syrien Konjunktur hatte, und das Schmerzempfinden reduziert.

Bis zum Beginn der sogenannten russischen Spezialoperation im Donbas war das Thema, ebenso wie die Korruptionsvor-

würfe gegen Zelenskyy und sein Clan-Regime, das in den »Pandora-Papers« mehrfach Erwähnung findet, auch in den Leitmedien offen angesprochen worden, wie mein Beitrag vom 27. März 2022 veranschaulicht. Schon im März 2018 berichtet THE HILL davon, dass der US-Kongress Gelder für die Unterstützung des ultrarechten Asov-Bataillons, das nur Nazis aufnimmt, sperrt und die Zahlungen blockiert – was kurze Zeit später auf Druck des Pentagons rückgängig gemacht wurde. Und die Jerusalem Post publizierte noch am 20. April 2022 einen Artikel, der untersucht, warum Neo-Nazi-Milizen in der Ukraine auch israelische Waffen im Gefecht einsetzen.

Seit der Ukraine-Konflikt die Corona-Krise blitzschnell von den Titelseiten verdrängt hat, scheint sich niemand in den hegemonialen Redaktionen mehr daran zu stören, bekennende Nazis zu unterstützen. Und das Asov-Bataillon ist nur eine von vielen offen rassistischen Gruppierungen in der Ukraine. Daneben existieren unter anderem die seit den 1940er-Jahren bestehende 72nd Mechanized Brigade, deren Ehrenmitglied, Oleksiy Arestovych, heute Zelenskyy berät, die Georgian Legion oder die Patriot of Ukraine Organisation, die angeblich 2014 aufgelöst wurde. Wie diese Gruppierungen hinsichtlich der zumeist über russische Wurzeln verfügenden Menschen im Donbas denken, zeigt ein Interview mit dem ukrainischen Journalisten Bohdan Butkevych, der offen ausspricht, was die Ziele des Asov-Bataillons und seiner Schergen sind, wenn er ausführt:

»(…) dass im Donbas mindestens 1,5 Millionen unnötige Menschen leben, (…) dass es eine bestimmte Kategorie von Menschen dort gibt, die man einfach töten sollte.«

Der verlinkte Faktencheck zu diesem Video-Interview möchte die Aussagen als Zusammenschnitt russischer Propaganda-Kanäle entkräften – bestätigt aber ironischerweise einfach nur die Authentizität des Videos. Bemängelt wird von »Stop

Fake« außerdem fehlender Kontext bei verkürztem Zitat des Videos in manch einem Social-Media-Portal. Diesen Kontext bietet »Stop Fake« nun nach eigenem Empfinden, indem der Online-Pranger den gesamten Text von Butkevych anführt – der aber nichts relativiert oder entkräftet und nach wie vor offen einen Genozid im Donbas fordert. Daran gibt es keinen Zweifel.

Wes Geistes Kind das Regime in Kiew ist, verdeutlicht auch der Umstand, dass ein faschistisches Projekt wie das Myrotvorets-Archiv in der Ukraine nicht verboten ist. Die Webseite der Organisation listet fast 190.000 sogenannte »*Feinde der Ukraine*« öffentlich auf, samt Adressen und Telefonnummern, und wächst täglich. Wer russischer und ungarischer Herkunft ist oder gegen das Regime in Kiew wettert, landet auf dem Online-Pranger. Und nicht wenige Personen, die neu auf der Liste erscheinen, werden binnen weniger Tage ermordet.

Das Asov-Netzwerk funktioniert wohl als Label oder Dachverband für versprengte neonazistische Einheiten und hat über die zurückliegenden zwanzig Jahre Regierung, Militär, Justiz und Polizei der Ukraine erfolgreich infiltriert. Sodass es heute das dominante Netzwerk im Staatsapparat des Landes darstellt und Schlüsselpositionen besetzt. Finanziert, trainiert und vernetzt von der CIA und ihren NGO-Vehikeln wie USAID, NED oder WEF. Dass die hegemonialen Kräfte seit 2014 mit finanziellen Mitteln den Lauf der Dinge in Russlands Nachbarstaat bestimmen, ist nichts Neues. Dass die CIA dort seit einer Dekade offen und mit Unterstützung des Pentagon Nazi-Gruppierungen unterstützt, war in der Vergangenheit ebenfalls kein Geheimnis, wie entsprechende Artikel aus der Zeit vor Russlands Einmarsch im Donbas belegen.

Dass die CIA schon seit 1953 in der Ukraine engagiert ist und rechte Strömungen monetär wie organisatorisch unterstützt, dürfte dagegen weniger bekannt sein.

Das verdeckte Aufbauen und geopolitische Instrumentalisieren von Extremisten in fremden Ländern hat in der angloamerikanischen Elite Tradition. So finanzierte die amerikanische Hochfinanz, namentlich unter anderem Prescott Sheldon Bush, nicht nur Adolf Hitler und die NSDAP bis zum offiziellen Kriegseintritt der Vereinigten Staaten am 11. Dezember 1941, auch eine Al-Qaeda wäre ohne Zutun aus Washington nicht denkbar gewesen. Die amerikanischen Nachrichtendienste haben überall auf der Welt ihre Finger im Spiel. Die Liste ist endlos. Umso interessanter für das Verständnis der aktuellen Situation ist der Umstand, dass sowohl die CIA als auch der englische MI6 bereits Anfang der 1950er-Jahre rechtsradikale Formationen in der Ukraine unterstützten, um anti-russische Ressentiments zu schüren und amplifizieren.

Ein deklassifiziertes Geheimdokument der CIA vom 13. Juli 1953 belegt, dass mit »Project Aerodynamic« und »Project Capacho« schon zu diesem Zeitpunkt psychologische Kriegsführung sowie handfeste Militär- und Geheimdienstoperationen gegen die Supermacht auf der Agenda der westlichen Siegermächte standen. Obwohl der Zweite Weltkrieg gerade erst sein Ende gefunden hatte. Ein Artikel von Investigativ-Journalist Wayne Madsen vom 14. Januar 2016 beleuchtet diese Hintergründe und erklärt, warum das Asov-Bataillon als historischer Nachfolger der Nazi-Gruppen aus dem Zweiten Weltkrieg bis heute dem ukrainischen und in München begrabenen Nazi-Führer Stepan Bandera huldigt. Ein Banner des Nazi-Idols zierte gar prominent den Eingang der Zentrale des Euromaidan im Jahr 2014 – dem Hauptquartier der vermeintlichen Demokratisierung der Ukraine. Zum Geburtstag von Stepan Bandera finden in der Ukraine regelmäßig riesige Gedenkmärsche statt, wie die Times of Israel am 01. Januar 2022 moniert. Auch die WELTEXPRESS publizierte 2019 einen entsprechenden Artikel. Über die 69 Jahre umspannende Geschichte der Unterstützung von Nazitum in der Ukraine seitens der CIA und die Rolle von Stepan Bandera berichtete auch

truthundercover am 27. März 2022. Der Enkel von Bandera, Steve, lebt gemäß eines Artikels der israelischen Zeitung HAARETZ vom 22. August 2019 derzeit übrigens in Kanada und versucht, die Nazi-Verbrechen seines Großvaters als russische Propaganda zu verharmlosen, um jüdische Holocaust-Opfer und hochrangige Rabbis dazu zu bewegen, »die historische Identität der Ukraine zu akzeptieren«.

Das »Institute for Policy Studies« berichtet schon in einem Beitrag vom 01. Mai 2001 ausführlich über die skrupellose Kollaboration der CIA mit Nazis in Deutschland und anderen Ländern. Zudem spannt der entsprechende Text den zeitlichen Bogen weiter und verweist auf die Organisation Gehlen, die Vorläuferorganisation des Bundesnachrichtendienstes. Sie wurde nach Reinhard Gehlen benannt, der unter Hitler die Position des Leiters der Abteilung Fremde Heere Ost in der Wehrmacht innehatte. Gehlen war Nazi durch und durch. Trotzdem wurde er im Rahmen der Nürnberger Prozesse nur als Mitläufer eingestuft und kurz nach dem Krieg eine Schlüsselfigur für die CIA in Deutschland. Über diese unrühmliche Gründungsgeschichte des deutschen Auslandsgeheimdienstes schrieb die WELT am 01. April 2016: »*Lügen und fiese Tricks – so entstand der BND*«.

Der BND beschäftigte nach seiner offiziellen Gründung so illustre Gestalten wie die Tochter von Heinrich Himmler, Gudrun Burwitz, wie der englische Independent im Juni 2018 dokumentiert. Auch der »Schlächter von Lyon«, Klaus Barbie, grausamer Chef von Hitlers Gestapo in Lyon und mehrfach verurteilter Kriegsverbrecher, arbeitete nach Kriegsende noch bis in die frühen 1970er-Jahre für den neuen deutschen Geheimdienst. Die Stern-Ausgabe Nummer 42 vom 09. Oktober 1980 enthält einen Artikel über Klaus Barbie, der zu diesem Zeitpunkt als Berater des Präsidenten von Bolivien Karriere machte. Er starb am 25. September 1991. An Krebs. 46 Jahre nach Kriegsende.

Auch Franz Six, im Jahre 1941 Chef des »SS-Vorkommando Moskau«, arbeitete, ungeachtet seiner Vergangenheit, für den BND – und damit die CIA. Ein entsprechender Artikel des Stern findet sich gar als Schwarz-Weiß-Scan einer Printausgabe auf der hauseigenen Archiv-Seite der »Central Intelligence Agency«. Und die Liste lässt sich beliebig erweitern: SS-Standartenführer Walther Rauff, SS-Oberführer Dr. Friedrich Panziger, SS-Hauptsturmführer Dr. Hermann Hübig, et cetera. Hartmann Lauterbacher, SS-Brigadeführer, Gauleiter von Hannover, Stellvertreter des Reichsjugendführers von Schirach, war als BND-Agent bis Ende der 70er-Jahre gar »Berater des Sultanats Oman in Jugendfragen«.

Viele Top-Nazis entkamen der Strafverfolgung für lange Zeit. So auch Adolf Eichmann, der bis 1960 in Argentinien lebte und bei Mercedes-Benz in Buenos Aires gar zum Abteilungsleiter aufstieg. Selbst Josef Mengele, der sogenannte Todesengel, lebte erst in Argentinien und Paraguay bevor er 1979 vor der Küste Brasiliens nach einem Herzinfarkt ertrank. Auch Hitlers Raketenbauer, SS-Mitglied Wernher von Braun, wurde nach 1945 noch zu einem hohen Tier bei US-Armee und NASA. Er posierte mit Walt Disney und arbeitete für die Präsidenten Eisenhower und Kennedy. Letzterer ernannte von Braun gar zum Technischen Direktor des amerikanischen Mondlandeprogramms.

Mitsamt seinem aus Deutschland importierten Team von Ingenieuren sollte er dafür sorgen, dass die USA im Kampf um die Vormachtstellung im Weltraum gegen Russland Oberhand gewannen und behielten. Der kalte Krieg war in vollem Gange. Der sogenannte »*Vater der modernen Weltraummedizin*«, Hubertus Strughold, machte dank der CIA und trotz Nazi-Vergangenheit ebenfalls Karriere bei der NASA – obwohl er den Großteil seines Wissens bei Experimenten mit und an KZ-Häftlingen erwarb, die er unter anderem in Unterdruckkabinen einfror und dabei regelmäßig umbrachte. Man sieht:

Die USA arbeiten auch mit Monstern zusammen, wenn es den hegemonialen Interessen der Supermacht dient. Die Verwicklungen von US-Geheimdiensten in Aktivitäten des vermeintlich explodierenden inländischen Rechtsterrorismus sind jedoch auch in der Gegenwart nicht weniger grotesk. So legen FBI-Dokumente nahe, dass die USA über das von der CIA finanzierte Asov-Bataillon indirekt auch Nazi-Gruppen im eigenen Land unterstützen. Zum Beispiel bei den Unruhen in Charlottesville am 12. August 2017. Das Ziel: Über die gezielte Lancierung eines als Terrorvereinigung klassifizierten Staatsfeindes im Inland den Polizeistaat der Vereinigten Staaten weiter auszubauen.

Über Verbindungen zwischen dem ukrainischen Asov-Bataillon und der 2017 ins Leben gerufenen, amerikanischen Neo-Nazi-Organisation »Rise Above Movement« berichtete auch »Bellingcat« bereits am 15. Februar 2019 ausführlich. Und noch im Januar 2021 schrieb das TIME-Magazine über die inspirierende Rolle, die das Asov-Bataillon für die internationale Neo-Nazi-Szene einnehme, sowie über den Umstand, dass die ukrainischen Extremisten via Facebook weltweit erfolgreich für neue Mitglieder werben. Viele davon stammen aus den USA. Das FBI hatte weiterhin keine Probleme damit, ein Buch von Kaleb Cole zu finanzieren, einem hochrangigen Mitglied der 2013 gegründeten und international vernetzten Neo-Nazi-Gruppierung »Atomwaffen Division«, wie Gerichtsakten aus den USA belegen.

Der virtuelle Lesesaal (Gesetzter Such-Filter des Links: Ukraine) der CIA ist aufgrund des »Freedom-of-Information-Act« eine ergiebige Ressource in Bezug auf Dokumente, welche die Nazi-Vergangenheit der angloamerikanischen Hegemonie im Allgemeinen und der Ukraine im Besonderen belegen. Ein kleiner Blick in die Vergangenheit führt so klar vor Augen, dass weder die USA noch Großbritannien jemals Berührungsängste zeigten, wenn es darum ging, mit Extremisten zusam-

menzuarbeiten, egal welchem politischen Spektrum diese zuzurechnen sind, um eigene Interessen durchzusetzen – wie in diesem Falle gegen Russland, der einzigen ernsthaften Konkurrenz für die angloamerikanische Hegemonie. Denn China ist keine Bedrohung, sondern lediglich ein sozioökonomisches Versuchslabor der Westmächte und wird seit Maos Zeiten von Washington aus kontrolliert. Die Hintergründe dazu beleuchtet mein Text Mao, Yale und die Hegemonie vom 21. Januar 2022.

In Anbetracht dieser Informationen muss man davon ausgehen, dass der westliche Turbokapitalismus schlichtweg das Ende seiner systemischen Halbwertszeit erreicht hat und in naher Zukunft implodiert – und dass somit ein eskalierender Krieg durchaus die Interessenlage der westlichen Hegemonie repräsentiert. Denn auch die ersten beiden Weltkriege waren aufgrund wirtschaftlicher Interessen losgetreten worden und primär auf subversives Treiben der angelsächsischen, respektive angloamerikanischen Hochfinanz zurückzuführen. Gerissene Bänker finanzierten schon immer beiden Seiten eines Konflikts, um an Ende an beiden Parteien verdienen zu können.

Früher wie heute: Das totalitäre System, also die supranationale, multipolare Weltordnung in Manifestation einer Superklasse von mittlerweile circa 7.000 Personen, die es mittels Korporatismus steuert, schafft sich überall auf der Welt die Bedrohungslagen, die es benötigt, um seine autoritäre und inhumane Politik vor der menschlichen Zivilisation zu legitimieren.

Denn täte es das nicht mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, wäre es morgen bereits am Ende. Im Hinblick darauf ist festzuhalten, dass eine Untersuchung aus dem Jahr 2017 belegt, dass schon zu diesem Zeitpunkt circa 65 Prozent des weltweiten Internet-Traffic automatisiert erzeugt wurde. Von Bots.

Es bedarf wenig Phantasie, um sich auszumalen, was das für Social-Media-Portale, die Effizienz von staatlicher Propaganda sowie die Abbildung und Wahrnehmung von Mehrheiten im Jahr 2022 bedeutet.

Die von Big Tech kuratierte Realität ist eine Simulation und das Internet auf seiner obersten Ebene tot. Kontrolliert und zensiert von einem unsichtbaren Wahrheitsministerium. Überdeutlich wird dies, wenn man einen Begriff wie Klimawandel bei Google eingibt. Denn obwohl Google in Sekundenbruchteilen meldet, zig Millionen von Suchergebnissen gefunden zu haben, ist auf Seite 39 und nach 385 angezeigten Links Schluss. Außer Beiträgen von staatlich anerkannten Stellen, die dem offiziellen Narrativ das Wort reden, findet sich absolut nichts. Kein freier Blog, keine unabhängige Studie, keine Gegenmeinung. Das gilt auch für den Ukraine-Konflikt und andere Narrative. Ja, es herrscht Krieg. Vielleicht sogar der Dritte Weltkrieg. Aber nicht zwischen Ost und West, sondern zwischen einem neofeudalistischen, technokratischen System und der von ihm unterdrückten Menschheitsfamilie.

| 23. April 2022

Twitter, Trikolore und totale Hysterie

Twitter-Übernahme durch Elon Musk, Auffälligkeiten bei der Präsidentenwahl in Frankreich, totale Kriegslust der NATO in Sachen Russland. Hysterie, wohin man blickt. Von Widersprüchen und kognitiver Dissonanz – ein Kommentar.

Elon Musk kauft Twitter. Und die linksdrehende Blase der »woken« Neosozialisten dreht hohl. Denn Musk kündigt unbedingte Meinungsfreiheit an – was besagtes Klientel automatisch mit der Gutheißung rechter Positionen assoziiert. Wer keine unbedingte Solidarität mit dem aktuellen Narrativ an den Tag legt und der Einheitsmeinung widerspricht, muss im Umkehrschluss Nazi sein. So jetzt auch Elon Musk. Der in Südafrika geboren wurde. Wenn auch in privilegierte Verhältnisse.

Dennoch, viele »Wokisten« hatten im Vorfeld der Übernahme angekündigt, die Plattform verlassen zu wollen, sollte der PayPal-Gründer und Tesla-Chef Mehrheitseigner oder gar Eigentümer von Twitter werden. Dabei scheint es doch primär die gut situierte, in der wohlfeilen Bürgerlichkeit angekommene Wählerschaft der Boomer-Grünen und Neo-Sozialisten zu sein, die Tesla fährt, mit PayPal bequem Online-Bestellungen im Lockdown bezahlt und aus geräumigen Vorstadthäusern mit Garten heraus eine faschistoide, biometrische Segregation unterstützt.

Elon Musk kündigt an, gegen Propaganda, Zensur und Bots vorgehen zu wollen, die den offenen Diskurs bei Twitter erschweren oder verhindern. Seine Lösung: Die eindeutige Authentifizierung aller Nutzer als Mensch. Ein zweischneidiges Schwert. Denn während manche es sich leisten können, ihre

Meinung in politisch brisanten Zeiten offen kundzutun, haben andere gesellschaftliche, berufliche oder finanzielle Repressalien zu befürchten, wenn sie vom Recht auf Meinungsfreiheit Gebrauch machen. Der immer extremer Raum greifenden Cancel Culture sei Dank.

Bisher ist unklar, wie der neue Twitter-Besitzer die Verifizierung der Nutzer als Homo Sapiens umsetzen will. Möglich sind digitale Tools, die erkennen, ob ein Mensch oder ein Bot den Account steuert, Video-Identifizierung, für die man mit dem Mitarbeiter eines Dienstleisters verbunden wird, der über die Kamera des Smartphones den Benutzer überprüft, oder auch der Upload eines Identitätsnachweises. Wie auch immer sich der Prozess auf Twitter im Detail ausgestalten wird, es bedeutet unter Umständen das Ende der (halbwegs) anonymen Nutzung und öffnet Tür und Tor für das personalisierte Internet – ein feuchter Traum der digital-finanziellen Oligarchie.

So sind die hehren Worte des reichsten Menschen der Welt mit Vorsicht zu genießen. Denn Musk ist ganz sicher nicht der Heiland der Marktliberalen, Retter von Meinungsfreiheit und Demokratie oder der ausschließlich von Idealismus getriebene Self-Made-Man, als der er sich bevorzugt geriert. Er proklamiert digitale Zahlungssysteme, befürwortet das universelle Grundeinkommen, hat seit 20 Jahren Kontakte zu Peter Thiel (Palantir, PayPal, Facebook), traf den verurteilten und im Gefängnis unter dubiosen Umständen verstorbenen Kinderhändler und -schänder Jeffrey Epstein sowie seine Komplizin Ghislaine Maxwell – eine Tatsache, trotz Musks Bemühungen um Relativierung – und arbeitet mit seiner Firma Neuralink an vorderster Front für die Verschmelzung von Mensch und Maschine, den Transhumanismus. Somit macht der undurchsichtige Milliardär und neue Twitter-Boss im Gesamtbild nicht unbedingt den Eindruck, eine Ausgeburt von altruistischem Humanismus zu sein.

»Artifizielle Intelligenz ist vermutlich das Beste – oder auch das Schlechteste – was der Menschheit passieren kann.« (Stephen Hawking)

Neben der vermeintlich feindlichen Übernahme des für die Oligarchie vermutlich wichtigsten Social-Media-Portals der Welt, beherrschte die Präsidentenwahl in Frankreich die Schlagzeilen der vergangenen Tage – denn auch hier malten die Leitmedien, analog zur Twitter-Posse, den Teufel an die Wand, fabulierten von Notfallplänen in Brüssel, verkündeten lautstark das Ende von Demokratie und paneuropäischer Idee, sollte Emmanuel Macrons Gegenkandidatin, Marine Le Pen, die Wahl für sich entscheiden. Diese hatte zeitweise auch einen veritablen Vorsprung gegenüber dem Ex-Rothschild-Investment-Banker und gewann manch ehemalige Kolonie mit 70 Prozent der abgegebenen Stimmen, unterlag am Ende jedoch erwartungsgemäß gegen den WEF-Günstling Macron.

Dies allerdings unter merkwürdigen Umständen, deren Ähnlichkeit mit Ungereimtheiten bei der letzten US-Wahl nicht von der Hand zu weisen ist. Denn auch in Frankreich veränderte sich das Ergebnis kurz vor dem Ende des Wahltags noch einmal drastisch. Binnen kürzester Zeit verlor Marine Le Pen augenscheinlich über eine Million Stimmen, wie Journalistenwatch am 25. April 2022 berichtete. Auf den Straßen von Paris zeigten erboste Bürger der von Macron gegängelten »Grande Nation« nach der Wahl, was sie von deren Ausgang hielten und beschuldigten Staat und Medien der Manipulation.

Das ist keine haltlose Verdächtigung, wie verschiedene Wahlen der zurückliegenden Jahre gezeigt haben. Immer wieder veränderten sich über den Tag gewachsene, organisch erscheinende Ergebnisse im letzten Moment und schlagartig zu Gunsten des von der Oligarchie präferierten Kandidaten. Oft begleitet von durch Logik oder Mathematik schwerlich erklärbare Phänomene. Analog der plumpen Behauptung des französi-

schen Fernsehens, man habe schlichtweg falsche Zahlen eingeblendet. Digitalisierung und »vierte industrielle Revolution« sind der Demokratie speziell dort, wo die viel kritisierten Dominion-Wahlmaschinen eingesetzt werden, nicht wirklich zuträglich, so scheint es. Und die Rolle externer Einmischung ist ebenfalls nicht zu vernachlässigen. Immerhin hatten allein die Vereinigten Staaten schon bis zum Ende des Kalten Krieges in sage und schreibe 72 souveränen Ländern versucht, die Regierung nach ihrem Gutdünken zu gestalten, wie ein Artikel der Washington Post am 23. Dezember 2016 aufsummiert.

Noch verheerender: Verfechter der Cancel Culture würden zwischenzeitlich wahrscheinlich befürworten, dass Wahlen manipuliert werden, um zu verhindern, dass eine nationalkonservative Partei an die Macht kommt. Zentralismus, staatliche Übergriffigkeit und zutiefst antidemokratische Medienzensur zur Causa Corona sowie dem Ukraine-Konflikt befürwortet man ja auch. Wie sonst ist zu erklären, dass Publikationen wie WELT oder NZZ jüngst genau das Gegenteil von dem schreiben, was in den Leitmedien bis vor dem Einmarsch Russlands im Donbas Konsens war – dass die Ukraine von einem Netzwerk neo-nazistischer Milizen beherrscht wird. Die Journalisten Simon Shuster und Billy Perrigo berichteten noch am 7. Januar 2021 ausführlich für das TIME Magazine über die Rolle des rechtsradikalen Asov-Movements in der Ukraine sowie dessen Verflechtungen mit internationalen Neonazi-Gruppierungen. Im betreffenden Artikel heißt es:

»*Die Strukturen ähneln den anderen paramilitärischen Einheiten – und es gibt Dutzende von ihnen –, die in den letzten sechs Jahren dazu beigetragen haben, die Ukraine gegen das russische Militär zu verteidigen. Aber Asov ist viel mehr als eine Miliz. Es hat seine eigene politische Partei, zwei Verlage, Sommercamps für Kinder und eine als Nationale Miliz bekannte Bürgerwehr, die neben der Polizei durch die Straßen ukrainischer Städte patrouilliert. Im Gegensatz zu seinen ide-*

ologischen Kollegen in den USA und Europa hat es auch einen militärischen Flügel mit mindestens zwei Trainingsbasen und einem riesigen Waffenarsenal, von Drohnen und gepanzerten Fahrzeugen bis hin zu Artilleriegeschützen.

Die Bewegung entstand als Produkt der Revolution, die 2014 die Ukraine erfasste. (…) Sie inkludierten Andriy Biletsky, der die vorangegangenen zwei Jahre als verurteilter Mörder im Gefängnis verbracht hatte. (…) Die ukrainische Polizei hatte seine Organisation, Patriot of Ukraine, lange Zeit als Neonazi-Terrorgruppe behandelt. Biletskys Spitzname innerhalb der Gruppe war Bely Vozhd oder White Ruler, und sein Manifest schien seinen Kern direkt aus der Nazi-Ideologie zu ziehen. (…) Biletsky sagte TIME in einem Interview in diesem Winter in der Ukraine, dass das Abzeichen, das er für die Miliz wählte, zwei Symbole kombiniert – die Schwarze Sonne und den Wolfshaken, welche von den deutschen Nazis während des Zweiten Weltkriegs verwendet wurden. (…) Außerhalb der Ukraine spielt Asov laut Polizeibeamten auf drei Kontinenten eine zentrale Rolle in einem Netzwerk extremistischer Gruppen, das sich von Kalifornien über Europa bis nach Neuseeland erstreckt. Und es wirkt wie ein Magnet für junge Männer, die nach Kampferfahrung streben. Ali Soufan, ein Sicherheitsberater und ehemaliger FBI-Agent, der Asov studiert hat, schätzt, dass in den letzten sechs Jahren mehr als 17.000 ausländische Kämpfer aus 50 Ländern in die Ukraine gekommen sind.«

Dieser kurze Textauszug von vor etwas mehr als einem Jahr lässt erahnen, wie gravierend die Zustände kognitiver Dissonanz bei den selbsternannten Gutmenschen, Friedensdemonstranten und Pseudo-Pazifisten mit ihren Ukraine-Flaggen sein müssen, die derzeit in blinder Hysterie für mehr Waffenlieferungen an Kiew plädieren, obwohl dort das von den USA finanzierte Asov-Movement als kriminell-militanter Dachverband für diverse Nazi-Vereinigungen die Fäden zieht und seit

einer Dekade Menschen mit russischen Wurzeln im Donbas ausradiert. Das ist kein kleiner Schlägertrupp. Der hauseigene YouTube-Kanal der rechtsradikalen Organisation weist derzeit 117.000 Abonnenten aus und veranschaulicht, welchen Einfluss die Bewegung in der Ukraine mittlerweile hat.

Auch ein umfassender Report des MPP-Forschungsprojektes des CSIAC, dem »Center for International Security & Cooperation«, einem nebulösen aber einflussreichen Joint Venture des US-Verteidigungsministeriums und der Stanford University, geht noch mit einem Update vom März 2022 detailliert auf die rechtsextremen Hintergründe der dominierenden Kraft in der Ukraine ein und zeigt mehr als deutlich auf, dass der Wertewesten an der russischen Grenze das unterstützt, was er stets vorgibt zu bekämpfen: Faschismus. »Fun-Fact« am Rande: Das rechtsradikale Asov-Movement war es auch, dass 2014 den offiziellen Auftrag erhielt, die Wahlen in der Ukraine abzusichern.

Während also am 26. April 2022 in Rammstein von über 40 Staaten unter US-Aufsicht beraten wird, wie man Russland militärisch, wirtschaftlich und medial in die Knie zwingen kann, sterben in der Ukraine weiter Menschen. Vor allem unbeteiligte. Geheimdienst und Militär der Ukraine, allesamt vom Asov-Netzwerk geführt, exekutieren unliebsame Diplomaten per Kopfschuss vor Gerichtsgebäuden, verschleppen kritische Journalisten wie Intellektuelle und missbrauchen mutmaßlich Zivilisten in einem Stahlwerk als menschliches Schutzschild.

Denn besagtes Stahlwerk ist der letzte Rückhalt der Nazi-Miliz in der Gegend. Und Russland hat bereits offiziell bekanntgegeben, das Industriegelände nicht stürmen oder einnehmen zu wollen, sondern es schlichtweg abzuriegeln. Nun bleibt abzuwarten, ob die aussichtslos verschanzten Asov-Soldaten sich irgendwann ergeben und die Zivilisten unbeschadet ziehen las-

sen, oder ob diese noch Schlimmeres zu befürchten haben. Zum Beispiel, als Verhandlungsmasse oder False-Flag-Opfer für eine weitere Eskalation des Konflikts herhalten zu müssen.

Denn Russland scheint, entgegen der Darstellung westlicher Leitmedien, eben keine dumpf-aggressive Invasion durchzuführen, um die gesamte Ukraine einzunehmen, sondern sich nach Sicherung des Donbas auf das Halten der Stellung zu konzentrieren, um eigene Verluste gering zu halten. Auf Eskalation scheint es vor allem die NATO anzulegen. Über das Ausmaß der tatsächlichen Kampfhandlungen oder die detaillierten Verluste beider Seiten kann man weiterhin nur spekulieren. Das gilt in gleichem Masse für den weiteren Verlauf der Krise. Obwohl der nach dem famosen Rammstein-Meeting gefasste Beschluss der deutschen Bundesregierung, nun doch schwere Waffen an Zelenskyy und Konsorten zu liefern, nicht wirklich für eine zeitnahe Deeskalation der Situation spricht. Leider.

»Diese Wahrheiten sind unseren wichtigsten Männern bekannt, die jetzt damit beschäftigt sind, einen Imperialismus zu formen, um die Welt zu regieren. Indem wir die Wähler durch das politische Parteiensystem spalten, können wir sie dazu bringen, ihre Energie darauf zu verwenden, für Fragen ohne Bedeutung zu kämpfen.« (Montagu Norman, Gouverneur der englischen Zentralbank, New York, 1924)

Ähnlich verhält es sich mit der Corona-Krise. In den meisten Ländern der Welt wurden die anti-viralen Maßnahmen zwar temporär zurückgefahren oder gänzlich abgeschafft, aber No-Covid-Champion China führt der menschlichen Zivilisation derzeit eindrücklich vor Augen, was sie erwartet, sollten sich die westlichen Staaten – wie von hiesigen Spitzenpolitikern häufig postuliert – an Chinas Modell zur Covid-Bekämpfung orientieren. Apokalyptische Szenen aus Shanghai machen im Internet die Runde.

Menschen, die seit Wochen in ihren Wohnungen eingesperrt sind und hungern, rufen zu tausenden auf Hochhausbalkonen um Hilfe. Auch wenn niemand da ist, der ihnen zur Seite stehen könnte. Das Essen wird vom Staat geliefert, ist aber oft vergammelt oder kommt gar nicht an. Das Haus zu verlassen, ist verboten. Hundertschaften der chinesischen Polizei ziehen durch die Straßen, verpackt in weiße Schutzanzüge, und führen Massentests oder Desinfektionsmaßnahmen durch. Es werden wieder Türen zugeschraubt und -geschweißt. Haustiere werden abgeholt, in Säcke gestopft und irgendwo hingeworfen, oder an Ort und Stelle totgeprügelt. Hühner werden einzeln mit Teststäbchen auf Covid überprüft. Auf den Straßen der Metropolen patrouillieren die morbide Stimmung erzeugenden Roboter-Hunde von Boston Dynamics – und wer zu lange auf dem Balkon seines tristen Wohnkomplexes steht, um nach Essen zu schreien, bekommt Besuch von einer Drohne, die ihn auffordert, sich im Innenraum aufzuhalten. Ein dystopischer Albtraum.

Nachdem die EU zum 1. Juli 2022 den digitalen Impfpass einführt, darf davon ausgegangen werden, dass dieser in naher Zukunft auch zum Einsatz kommen wird. Dies dürfte spätestens dann der Fall sein, wenn der neue Pandemie-Vertrag der WHO in Kraft tritt und der demokratisch nicht legitimierten Organisation Befugnisse einräumt, die jenen der chinesischen Staatsführung in wenig nachstehen. Denn die WHO kann bei Inkrafttreten des neuen Abkommens für alle 194 Mitgliedsstaaten, also nahezu den gesamten Planeten, zentral Lockdowns ausrufen oder Impfpflichten beschließen. Und die Nationalstaaten werden es umsetzen müssen. Viel Zeit, etwas gegen dieses totalitäre Ansinnen zu unternehmen, bleibt nicht.

»*Das supranationale Verhandlungsgremium (INB), das mit der Ausarbeitung und Aushandlung dieses Pandemievertrags beauftragt ist, wird der 76. Weltgesundheitsversammlung im Mai 2023 einen Fortschrittsbericht vorlegen, mit dem Ziel, das*

Instrument bis 2024 zu verabschieden.« (American-Policy-Center)

Auch Deutschland hält zielsicher Kurs auf seiner Geisterfahrt in Richtung No-Covid. Dicht gefolgt von Italien und Österreich, wo ebenfalls noch weitreichende Einschränkungen gelten. Von branchenspezifischen Impfpflichten über Maskenpflicht und G-Regelungen bis hin zu Einreisebeschränkungen. Ein bunter Strauß faschistoider Unterdrückungsmethoden. Die jeweiligen Regierungen ignorieren in autoritärer Dreistigkeit die Tatsache, dass in umliegenden Ländern auch ohne derartige Übergriffigkeiten keine Leichenberge auf den Straßen liegen – und die ohnehin fadenscheinigen Inzidenzen keinerlei Indikator für irgendeinen Gesundheitsnotstand sind. In der Schweiz wurden sämtliche Maßnahmen bereits vor Wochen abgeschafft. Kaum jemand trägt noch eine Maske. Die Restaurants, Geschäfte und Fitnessstudios sind voll – wie auch die Supermarktregale. Trennwände, Hinweisschilder und Aufkleber wurden entfernt. Es herrscht gar Untersterblichkeit. Es ist fast wie 2019. Bis auf das hin und wieder aufkommende, mulmige Gefühl, um das Wissen, dass es nicht vorbei ist.

Da hilft es nur bedingt, dass ein Thema wie Impfnebenwirkungen nun zaghaft im Mainstream ankommt. Denn wie zum Beispiel die zunächst investigativ anmutenden Anstrengungen von Tim Röhn für die WELT veranschaulichen, bleibt auch die von den Leitmedien goutierte Aufarbeitung der Corona-Krise brav in den Schranken des gültigen Narratives – auch wenn Tim Röhn als Journalist bei den Themen, die er angeht, fachlich gute Arbeit leistet.

So lange Herr Röhn nichts über Event 201, die Finanzierung der WHO, die de facto Gleichschaltung der Konzern-Medien, oder die im Zuge der vermeintlichen Pandemie installierte, digitale Überwachungsinfrastruktur des Bio-Totalitarismus schreibt – oder schreiben darf – versorgt er lediglich den vom

politischen Versagen genervten Teil der Bevölkerung mit einem Sedativum – mit »Hopium«.

Und das ist eine gefährliche, weil lähmende Droge, die den fatalen Trugschluss bestärkt, die Rettung des eigenen Daseins übernähmen zu gegebenem Zeitpunkt externe Kräfte. Während die Lösung für das eigentliche Problem jederzeit in jedem Menschen selbst zu finden ist.

»Eine zukunftsorientierte Alternative zur Perspektive der Angst zu entwickeln, ist eine zentrale Herausforderung für die Gesellschaft.« (Frank Furedi, How Fear Works: Culture of Fear in the Twenty-First Century)

| 28. April 2022

The Day After – Der Tag danach

»Die Erfindungen für Menschen werden unterdrückt, die gegen sie gefördert.« (Bertolt Brecht)

»Pershing II« – das war eines der ersten englischen Wörter, das mir als Kind geläufig war. Es handelt sich um die Typenbezeichnung einer US-Mittelstreckenrakete, einer nuklearen Boden-Boden-Rakete, die mit einem thermonuklearen Sprengkopf vom Typ W85 ausgestattet war, eine Reichweite von etwa 1.800 km hatte und somit von Süddeutschland aus Ziele im westlichen Russland binnen fünf Minuten erreichen konnte. Es war Anfang der 1980er Jahre. Die Zeit des Kalten Krieges. Eine Bezeichnung, die George Orwell mit seinem Essay »You and the Atomic Bomb« (Du und die Atombombe) im Jahre 1945 geprägt hatte. Die Fronten waren verhärtet.

Die westdeutsche Friedensbewegung protestierte lautstark gegen die Stationierung von Atomsprengköpfen auf heimischem Boden. Nachdem die im NATO-Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979 vereinbarten Abrüstungsverhandlungen zwischen den Atommächten jedoch erfolglos geblieben waren, entschied der Deutsche Bundestag am 22. November 1983, der Stationierung von US-Atomwaffen im Lande zuzustimmen. Diese war 1985 abgeschlossen und ganze 120 Exemplare der todbringenden Massenvernichtungswaffe in der Bundesrepublik verteilt worden. Außer Deutschland tat kein Land den USA diesen Gefallen.

Ich hatte die militärische Artikelbezeichnung »Pershing II« im Radio aufgeschnappt, welcher zu Hause fast durchgehend in Betrieb war, und später ein paar Bilder der Raketen in den Abendnachrichten gesehen. Noch gab es nur ARD, ZDF und das Regionalprogramm. Dementsprechend rar waren visuelle

Informationen. Und aufgrund meiner frühen Begeisterung für Fluggeräte aller Art, zeichnete ich daraufhin ständig Raketen. Da ich außerdem bereits in diesem zarten Alter von fünf oder sechs Jahren extrem von Musik angetan war und durchweg versuchte, englische Songtexte, zum Beispiel von den Beatles, dem Klang der Stimmen folgend nachzusingen, übte auch wohl auch der phonetisch vereinnahmende Begriff »Pershing II« eine gewisse Faszination auf mich aus.

Was mir meine Eltern diesbezüglich sagten oder erklärten, kann ich leider nicht mehr erinnern – als erklärte Pazifisten nahmen sie die latente Gefahr eines Nuklearkrieges aber sicher nicht mit der spielerisch-kindlichen Leichtigkeit, die ich im Umgang mit gemalten oder gebastelten Raketen an den Tag legte. Das Thema nukleare Kriegsführung beherrschte die Nachrichten dieser Zeit und erzeugte Angst. Denn Militärstrategen sprachen Anfang der 1980er Jahre allen Ernstes davon, dass der Atomkrieg zwischenzeitlich präziser und somit auch führbarer geworden sei. Damals wie heute – absoluter Irrsinn.

Neben der Berlin-Blockade 1948/1949 und der Kuba-Krise, war die Auseinandersetzung um die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Westeuropa von 1979 bis 1983 also eine der drei kritischsten Phasen des Kalten Krieges. Nie war die Welt einem fatalen wie letalen nuklearen Schlagabtausch der Supermächte näher als zu diesen drei Zeitpunkten in der Geschichte. Bis heute, so scheint es.

Denn die stetig eskalierende Ukraine-Krise rückt dieses vergessen geglaubte Horror-Szenario wieder in den Fokus der Öffentlichkeit. Polit-Darsteller wie der Maoist und China-Fan Robert Habeck äußern dieser Tage dummdreist, keine Angst vor einem Dritten Weltkrieg zu haben. Sogenannte Sicherheitsexperten erklären im ZDF, dass man sich vor Putins Bomben nicht fürchten solle, obwohl man in Mainz permanent

Angst schürt und schon am 5. Mai 2022 titelt, »*Moskau simuliert Atomangriff in Kaliningrad*«.

Der »Beobachter Gesundheit« gibt Tipps dazu, wie man die Panik vor einem Atomkrieg mental in den Griff bekommen kann, während das deutsche BBK (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe) der Bevölkerung bereits empfiehlt, im Zuge der Ukraine-Krise Notvorräte anzulegen und Marschgepäck bereitzuhalten. Auf der Webseite »wikiHow« findet sich ein sehr umfassender, bebilderter Ratgeber mit dem Titel »Einen Atomkrieg überleben«. Beim Lesen der zahlreichen, mutmaßlich nur bedingt hilfreichen Tipps zur Meisterung der nuklearen Apokalypse dürfte jedem normalen Menschen etwas mulmig werden.

Hofberichterstatter Ruprecht Polenz lässt sich beim Propaganda-Multiplikator ZEIT ONLINE am 30. April 2022 dennoch zu der wagemutigen Formulierung verleiten, »wer einen Atomkrieg verhindern will, darf Putin nicht gewinnen lassen«. Solch ein Statement ist nicht nur falsch und realitätsfremd, sondern zeugt gleichsam von der bewussten Negierung von Faktenlage und historischen Hintergründen zur Ukraine-Krise. Dabei könnte man es durchaus besser wissen.

Die RAND-Corporation, ein im Jahre 1948 gegründeter, einflussreicher Think Tank der US-Hegemonie, veröffentlichte zum Beispiel schon im Jahr 2019 ein vielsagendes, 354 Seiten starkes Strategiepapier unter der Überschrift »Overextending and Unbalancing Russia«. Frei übersetzt: Eine Strategie, um Russland überzustrapazieren und aus dem Gleichgewicht zu bringen – ökonomisch, militärisch und gesellschaftlich – mit dem singulären Ziel, die geopolitische Dominanz der Vereinigten Staaten zu bewahren. Ein durchdachtes Drehbuch zur finalen Erniedrigung und Bezwingung des ewigen Klassenfeindes sowie dem Erhalt der unipolaren Weltordnung, der Pax Americana.

Der Ansatz der RAND-Corporation: Die Osterweiterung der NATO forcieren, das Ansehen Russlands in der Welt zerstören, kostenintensives, nukleares Wettrüsten, die Ukraine bewaffnen, um einen militärischen Stellvertreterkonflikt mit Putin zu provozieren, um die ehemalige Sowjetunion anschließend mittels internationaler Sanktionen – legitimiert durch den brodelnden Krieg – finanziell in die Knie zu zwingen. Verblüffend, wie sehr doch die im RAND-Strategiepapier aufgezeigte Vorgehensweise den aktuellen Geschehnissen an den Außengrenzen des Riesenreiches gleicht. Fast macht es den Anschein, als folgten die Geostrategen in Washington den Empfehlungen ihrer kostspieligen Think Tanks. Dies ließ sich auch im Zuge der Corona-Krise beobachten, die im Ablauf fraglos dem von der Rockefeller-Stiftung erarbeiteten Pandemie-Szenario »Lock Step« glich, wie Journalist Norbert Häring bereits am 28. Mai 2020 ausführlich berichtet.

Was das totalitäre Krisen-Drehbuch der RAND-Corporation nicht detailliert behandelt, sind die akuten Risiken einer potenziellen nuklearen Eskalation. Denn es endet mit dem möglichen Aufkeimen eines militärischen Konflikts und schließt schlicht mit dem Hinweis:

»*Auch wenn die US-Armee nicht direkt an der Operation beteiligt ist, wird sie eine Schlüsselrolle bei der Abmilderung der Folgen spielen. Wie bereits erwähnt, bergen alle Maßnahmen, die der Schwächung Russlands dienen, einiges an Risiko. Infolgedessen werden das Abschreckungspotential sowie die operativen Fähigkeiten des US-Militärs in Europa gestärkt werden müssen. Es besteht die Möglichkeit, dass die Spannungen mit Russland zu einem Konflikt eskalieren.*«

Die USA betrachten den Einsatz von Atomwaffen dabei offensichtlich als probates Mittel. Warum sonst modernisieren die Amerikaner seit Jahren ihr Arsenal und geben Milliarden US-Dollar dafür aus? Das macht eigentlich nur Sinn, wenn

man plant, diese Waffen irgendwann einzusetzen. Der »Plot« für die Events nach dem Aufflammen einer militärischen Auseinandersetzung mit Russland ist vermutlich Verschlusssache und liegt nur Eingeweihten im Weißen Haus, Pentagon, CIA-Hauptquartier sowie den Verbündeten in EU und NATO-Hauptquartier vor.

Das ist bedauerlich. Denn ein Einblick in die aktuellen militärischen Planspiele und strategischen Szenarien der NATO-Hegemonie wäre hilfreich, um zu verstehen, ob die Arroganz des Westens tatsächlich einen Punkt erreicht hat, an dem man einen Atomkrieg in Kauf nehmen würde, um Russland und China auf ihre Plätze zu verweisen und im globalen Club der Technokraten am Kopfende zu sitzen. Um einen Konflikt der Systeme – Kapitalismus, Sozialismus, Kommunismus – handelt es sich nämlich nicht, auch wenn Medien dies gerne so darstellen, sondern um Machtkämpfe innerhalb der internationalen Oligarchie. Die drei Machtblöcke kämpfen um Vorherrschaft in der totalitären Weltordnung der nahen Zukunft.

Die Frage ist nur: Tun sie dies einvernehmlich – oder handelt es sich an Russlands Grenzen um ernsthafte, kriegerische Auseinandersetzungen, die in letzter Konsequenz militärisch entschieden werden müssen? Das RAND-Strategiepapier scheint davon auszugehen, dass Wirtschafts- und Informationskrieg, begleitet von NATO-Drohgebärden, ausreichen, um das Rennen zu Gunsten des Wertewestens zu entscheiden. Es gilt zu hoffen, dass diese Interpretation des Schriftstücks zutrifft. Ansonsten läuft die moderne Zivilisation Gefahr, sich in die Steinzeit zurückzubomben. Wie das aussieht, zeigt eindrücklich der Film »The Day After« (Der Tag danach) aus dem Jahre 1983.

Der zwei Stunden lange Streifen von Regisseur Nicholas Meyer ist bildgewaltig, beängstigend, ernüchternd und deprimierend. Er zeigt nicht nur, wie binnen weniger Tage aus einem Kalten Krieg ein Atomkrieg wird, sondern auch, was des-

sen schreckliche Folgen sind. Schon ein kurzer, etwas mehr als acht Minuten langer Zusammenschnitt macht klar, dass man ein absoluter Narr sein muss, um keine Angst vor thermonuklearen Angriffen zu haben.

Im Film gibt der US-Oberbefehlshaber nach der Zerstörung des NATO-Hauptquartiers den Befehl zum Atomschlag. Das entsprechende NATO-Protokoll wird aktiviert und die Raketensilos einsatzbereit gemacht. Das Drehbuch lässt offen, wer den Erstschlag führt. Klar ist, dass sobald die Sprengköpfe des Westens unterwegs sind, Russland einen Gegenangriff mit 300 Interkontinentalraketen auslöst und die Vereinigten Staaten in die Steinzeit bombt.

Überall im Land der unbegrenzten Möglichkeiten steigen feurige Atompilze in den Himmel. Metropolen werden in Sekunden ausradiert, Lebewesen, Pflanzen und Gebäude verdampfen in Feuersbrünsten um den Einschlagsort, ganze Landstriche werden vom Erdboden getilgt – und schon in den ersten Minuten nach Explosion der Nuklearsprengköpfe sterben weite Teile der Bevölkerung. 90 Millionen innerhalb weniger Stunden, wie eine Simulation mit dem etwas unheimlichen Titel »Plan A« der Princeton-Universität von 2019 berechnet hat.

Der eigentliche Horror beginnt allerdings erst. Denn die schlimmsten Szenen des Films sind jene, die den Zustand der Welt zwei Wochen nach den Atomschlägen zeigen. Im Land herrscht Anomie. Chaos und Zerstörung, wohin man schaut. Nuklearer Schnee regnet aus Aschewolken am verdunkelten Himmel. Vorindustrielle Zustände. Die Städte sind unbewohnbar und die Überlebenden leiden an Strahlenkrankheit. Haare und Zähne fallen aus. Bei manchen binnen weniger Stunden oder Tage, bei anderen dauert es Wochen. Ein grausamer Tod auf Raten. Alles stirbt, siecht dahin. In den Ruinen entstehen Flüchtlingslager. Seuchen brechen aus. Militärkommandos erschießen willkürlich Menschen. Recht, Gerichte

und Prozesse gibt es nicht mehr. Und um zu überleben, bewaffnen sich schlussendlich auch die Zivilisten und töten sich gegenseitig. Absolute Barbarei.

»The Day After« erklärt nicht, wer diesen Krieg gewinnt, nennt keinen Sieger. Vermutlich, weil Regisseur Nicholas Meyer schmerzlich bewusst war, dass es bei einem ausgewachsenen Atomkrieg keine Gewinner geben kann.

Er bedeutet das Ende der modernen Zivilisation. Nicht umsonst hat Albert Einstein früh vor militärischem Missbrauch entsprechender wissenschaftlicher Erkenntnisse gewarnt. So lässt der Streifen aus Zeiten das kalten Krieges auch das Ende offen. Kein Hollywood-Finale. Kein Happy End. Die beklemmenden Gefühle bleiben. Weder Will Smith noch James Bond tauchen auf, um die Welt in letzter Minute doch noch zu retten. Sie ist kaputt. Tot. Eine nuklear verseuchte Wüste. Kein Hoffnungsschimmer am Horizont.

Wer das Pech hatte, die Erstschläge zu überleben, stirbt langsam, aber sicher – und vor allem qualvoll.

Vielleicht sollten Spitzenpolitiker, Dogmatiker, Propagandisten und Kriegshetzer von heute sich diesen Film einmal in Ruhe anschauen, bevor sie leichtfertig derartige Optionen in Betracht ziehen. Ich habe »The Day After« nur ein einziges Mal in meinem Leben gesehen – wenige Monate, nachdem ich den Begriff »Pershing II« das erste Mal als kleines Kind im Radio hörte und meine Eltern neugierig fragte, was es damit auf sich hat – das war ausreichend. Die Eindrücke wirken bis heute. Ich bin mir auch mehr als dreißig Jahre später immer noch der unverrückbaren, indiskutablen Tatsache bewusst, dass es niemals zu einem Atomkrieg kommen darf. Jeder, der diesen Film gesehen, wird das unterschreiben.

Ich jedenfalls werde nie vergessen, wie ich eines nachts heimlich im dunklen Wohnzimmer der heimischen Dachwohnung

ganz nahe vor dem Fernseher saß. Eigentlich durfte ich nur ein paar Mal in der Woche ausgewählte Kindersendungen anschauen. Aber meine Eltern schliefen bereits. Es muss circa 23:00 Uhr gewesen sein, denn nach den Spätfilmen war damals in der Regel Sendeschluss. Und das was war meist gegen eins oder halb zwei.

Just als ich den kleinen Röhrenfernseher anschaltete, begann »im Ersten« der bis heute in mir nachhallende Spielfilm. Der Tag danach. Zunächst begeistert von den vielen Raketen und irgendwie noch fasziniert von den mir bis dato unbekannten, riesigen Explosionen, die Atombomben auslösen, blieb ich gebannt sitzen. Wie versteinert. Bis zur Schlussszene, in der sich eine Handvoll strahlenverseuchter, zerrissener, verrottender Menschen, die kaum noch Haare auf dem Kopf haben und aussehen wie Zombies, in den staubigen Ruinen einer leeren Großstadt kraftlos in den Armen liegen und hilflos schluchzen. Die Kamera zieht auf. Dann Schwarzblende – und eine letzte, dünne, einsam flehende Stimme im Äther:

»Hello, is anybody there? Anybody at all?« (Hallo, ist da jemand? Irgendjemand?)

| 06. Mai 2022

Konstituierte Kriminalität

»Ich frage mich, was ich in der Zukunft sehe. Und wisst ihr was ich sehe? Ich sehe Mistgabeln.« (Nick Hanauer)

Er hat es getan – wie so viele Politiker, Konzernlenker, Finanzmogule und Pseudophilanthropen vor ihm. Ob Cecil Rhodes im 19. Jahrhundert, Margaret Thatcher im Jahre 1990 beim »Aspen Institute«, David Rockefeller, der den Begriff 1991 auf der Bilderberger-Konferenz in Baden-Baden verwendete, George Bush Senior, der die geopolitische »Catch Phrase« im Januar des gleichen Jahres bei einer Rede vor der UN anbrachte, Emmanuel Macron und Bill Gates, Angela Merkel, Justin Trudeau und Boris Johnson, Henry Kissinger, Papst Franziskus, Klaus Schwab oder Kerry Chant, Chief Health Officer von Australien – um nur einige zu nennen. Sie alle haben eine »*Neue Weltordnung*« gefordert; oder diese kurzerhand selbst ausgerufen. Wie nun auch Christian Lindner von der vermeintlich liberalen FDP.

Obwohl die pathetisch klingende Phrase also nicht erst seit gestern Usus im weichgespülten Public-Relations-Jargon des internationalen Korporatismus ist, sorgt sie jedes Mal aufs Neue für ein Raunen in Blätterwald und Social-Media-Blasen, wenn sie ein Vertreter eben jener konstituierten Kriminalität auf Mainstream-Kanälen oder dem politischen Parkett hervorholt. Denn die einen, die das totalitäre System als das erkannt haben, was es ist, sehen sich bestätigt, zeigen mit dem Finger auf den mutmaßlichen »Verschwörer« und nehmen sich vor, nie mehr FDP zu wählen – die anderen, die Parteifreunde, Ideologen, Dogmatiker und nützlichen Idioten, versuchen in panischem Aktionismus, die Aussage zu relativieren und mit

sinnentleertem Neusprech zu entkräften, um ihr jegliche Tragweite zu nehmen.

Denn auch wenn die »*Neue Weltordnung*« zum geopolitischen Plattitüden-Repertoire eines jeden international agierenden Spitzenpolitikers gehört, haftet dem Ausdruck doch nach wie vor der Hauch des Unseriösen an. Ernsthafte öffentliche Debatten über fragwürdige wirtschaftspolitische Zusammenhänge, Korruption und Technokratie werden nicht geführt, Kritik und Klagen ignorant als »*Verschwörungstheorie*« abgetan – wobei die infantilisierenden Meinungsmacher penibel darauf bedacht sind, beim Thema Verschwörungen ein möglichst lächerliches Bild von konspirativen Treffen in dunklen Hinterzimmern, umständiger Geheimniskrämerei, Mystik, Auftragsmord und Geldkoffern zu zeichnen. Unseriös ist dabei also vor allem die Darstellung des Themas in den Leitmedien – denn schon der faschistische Duce von Italien, Benito Mussolini, hatte seinerzeit erkannt:

»Der Faschismus sollte Korporatismus heißen – weil er die perfekte Verschmelzung der Macht von Regierung und Konzernen ist.«

So lenken »Cancel Culture«, grenzdebiles Framing und algorithmisierte Zensur den Durchschnittskonsumenten davon ab, zu erkennen, dass es sich beim herrschenden politischen System in Kombination mit der monopolisierenden Plattform-Ökonomie um die Vollendung von Mussolinis Vision des perfekten Faschismus handelt. Es geht nicht um die Verschwörung einer Handvoll reicher Schurken, die sich in abgelegenen Gemäuern trifft, um mittels magischer Formeln die Geschicke des Planeten zu steuern. Nicht um ein paar verschworene Herren gehobenen Alters, die geheime Pläne zur Erlangung der Weltherrschaft schmieden, sondern um international vernetzte, generationsübergreifend operierende und interdisziplinär organisierte Kriminalität superreicher Clans und ihrer Hel-

fershelfer. Der totalitäre Korporatismus, mit dem man im Jahr 2022 konfrontiert wird, basiert auf Gesetzen, Rahmenverträgen, Verordnungen und Beteiligungen. Und auf repräsentativer Demokratie – die treffender als repressive Demokratur umschrieben ist.

Ein Organigramm, das der englische Autor Iain Davis für sein 2021 erschienenes Buch »Pseudo-Pandemic« angefertigt hat, erklärt die aktuellen Herrschaftsstrukturen der supranationalen Oligarchie sehr treffend. Es ist die »*Regelbasierte Internationale Ordnung*«, der globale »*Stakeholder-Kapitalismus*«, die woke-grüne »*Sozialistische Demokratie*«, die Bevölkerungen weltweit auf nunmehr zeitgemäße, digitalisierte Art unterdrückt. Schlussendlich verbirgt sich hinter all den abgehoben klingenden und Inklusion heuchelnden Labels dennoch nichts anderes als althergebrachter Faschismus.

Die Umtriebe überstaatlicher Institutionen und halböffentlicher Organe in den vergangenen drei Jahren veranschaulichen, wie das neue totalitär-technokratische System, die regelbasierte, multipolare Weltordnung der »Public-Private Partnerships« (Öffentlich-private Partnerschaften), verstärkt versucht, sich staatsrechtlich zu legitimieren.

Vorneweg das Weltwirtschaftsforum (WEF), das bereits Mitte 2019 eine strategische Partnerschaft mit den Vereinten Nationen (UN) einging, um die im Kern autoritäre Agenda 2030, die in letzter Konsequenz für die Implementierung eines globalen Sozialismus steht, forciert voranzutreiben.

Eine im negativen Sinne äußerst beeindruckende Excel-Liste der insgesamt rund 3.800 Absolventen des WEF »Young Global Leaders«-Programmes wurde unlängst vom »Malone Institute« veröffentlicht und belegt die fast sektenartige Organisation des internationalen Korporatismus, dessen Führungsnachwuchs sich – wie die Liste zweifelsfrei belegt – zu großen

Teilen aus dem Alumni-Zirkel des betreffenden Elite-Netzwerks mit Sitz in Davos speist.

Neben WEF und UN arbeitet nach der Covid-Krise natürlich auch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) derzeit an vertraglichen Rahmenbedingungen, die ihre Befugnisse erweitern und der demokratisch nicht legitimierten Organisation im Falle eines neuerlichen Gesundheitsnotstandes gestatten, sich über nationalstaatliche Gesetze und tradierte partizipative Prozesse hinwegzusetzen. Der Journalist Norbert Häring berichtete am 10. Mai 2022 ausführlich über die Details des sogenannten »Globalen Pandemievertrages«, dessen genaue Ausgestaltung auf der Weltgesundheitsversammlung vom 22. Mai 2022 bis 28. Mai 2022 in Genf besprochen werden wird und der spätestens 2024 in Kraft treten soll.

In Basel bastelt unterdessen die »Bank für Internationalen Zahlungsausgleich« (BIZ), die Zentralbank der Zentralbanken, deren Mitarbeiter diplomatische Immunität genießen, diskret an der technologischen Infrastruktur für digitale Zentralbankwährungen – dem Todesstoß für die finanzielle Autonomie des Normalbürgers. Das mächtigste und zugleich unbekannteste Finanzinstitut der Welt arbeitet primär an Pilotprojekten für grenzübergreifenden Zahlungsverkehr, damit digitale Franken, Euro, Dollar, Rubel und Yuan ab Einführung des elektronischen Geldes an den Märkten barrierefrei handelbar sind. Die BIS-Projekte »Jura« und »mCDBC Bridge« zeigen beispielhaft, wie das Blockchain-Finanzsystem der nahen Zukunft funktionieren wird.

An der Abschaffung des Bargeldes sowie der Vernichtung des bescheidenen Wohlstandes einer darbenden Bevölkerung arbeiten Regierungen allerorten fieberhaft – während die Superreichen ihre Gewinne in den letzten Jahren exponentiell steigern konnten, wie die Statistik unmissverständlich belegt. Begünstigt durch digitale Innovation und vom unreflektierten

Homo consumens selten hinterfragt, werden die erlaubten Bargeldmengen stetig reduziert und Barzahlung vielerorts sukzessive eingeschränkt oder ganz unterbunden.

Frankreich erlaubt Bartransaktionen bereits nur noch bis zu einem Höchstwert von 1.000 Euro. In Italien ist bei 2.000 Euro Schluss. In Spanien bekommt man maximal noch 2.500 Euro in bar ausbezahlt. Und in Deutschland muss man bei Einzahlungen auf anderen Banken als der eigenen Hausbank sowie ab einem Betrag von 2.500 Euro mittels entsprechender Dokumente nachweisen, woher das Geld stammt. Anonyme Tafelgeschäfte mit Edelmetallen wie Gold oder Silber sind in der Bundesrepublik nur noch bis zur Obergrenze von 1.999 Euro möglich. Länder wie Schweden sind Vorreiter der Transformation hin zur bargeldlosen Gesellschaft. Die Verwendung von Cash geht dort seit Jahren extrem zurück, wie Statistiken veranschaulichen. In vielen Geschäften der Hauptstadt Stockholm wird Bargeld nicht mehr als Zahlungsmittel akzeptiert. Dieser Umstand könnte eine Erklärung dafür sein, warum Schweden während der Covid-Krise weniger unter Druck der supranationalen Oligarchie stand als andere Länder und in Bezug auf Freiheitseinschränkungen weniger aggressiv vorging.

In der Schweiz fährt man die Möglichkeiten zur Barzahlung ebenfalls stetig zurück, auch wenn Edelmetalle weiterhin in größeren Mengen anonym bezogen werden können. So entzündete sich am Thema Bargeld jüngst der Volkszorn der Einwohner von Luzern, wo das Organisationskomitee des jährlichen Stadtfestes beschloss, nur noch Karten- und Smartphone-Zahlungen an Ständen und Fahrgeschäften des traditionellen Anlasses zu akzeptieren. Nach wenigen Tagen ruderte man aufgrund einer massiven Beschwerdewelle aus der Bevölkerung zurück und bietet nun zusätzlich ein Bon-System an, welches erlaubt, Waren und Dienstleistungen mit physischem Geld zu bezahlen. Ob solch ein Kompromiss auch in den nächsten Jahren noch möglich sein wird, muss sich zeigen.

Neben der Kontrolle des supranationalen Gesundheitswesens und der Infrastruktur des technokratischen Finanzsystems feilt die neofeudalistische Kaste unserer Zeit vor allem an der totalen Überwachung des Internets. Wie das »Weiße Haus« in Washington am 28. April 2022 auf seiner Homepage verkündet, unterschrieben die USA sowie 60 »*Globale Partner*« jüngst eine »Deklaration für die Zukunft des Internet«. Die drei Seiten umfassende Erklärung lässt Schlimmes erahnen. Unter dem Deckmantel des Schutzes von Menschen- und Freiheitsrechten wird der totalen Zensur im World Wide Web das Wort geredet. Mit oberflächlichen Floskeln wird die Verantwortung für die Inhaltskontrolle der Privatwirtschaft übertragen. Vage Formulierungen erlauben schier unbegrenzten Ein- und Zugriff und schaffen ein steril kuratiertes Internet der Großkonzerne und Einheitsmeinungen, für das man von staatlicher Seite »*effektivere Beobachtung und Transparenz, sowohl online als auch offline*« in Aussicht stellt.

Dazu passt die aus Washington dirigierte Gründung eines amerikanischen »Disinformation Governance Board«, das dem Heimatschutzministerium (Department of Homeland Security) angegliedert ist und von Nina Jankowicz, einer überführten Betrügerin, geleitet wird. Von Kritikern, zum Beispiel dem Gouverneur von Florida, Ron DeSantis, wird die Einrichtung zurecht als Manifestation des orwellianischen Wahrheitsministeriums bezeichnet. Doch es braucht keinen Blick über den großen Teich, um zu erkennen, dass die vom technokratischen System intendierte Metaverse-Lebensrealität von morgen bestenfalls eine düstere Mélange aus den beklemmenden Zukunftsvisionen von »1984« und »Schöne neue Welt« sein wird.

Denn auch die EU arbeitet derzeit unter Hochdruck an der Konstituierung eines totalitären Konstruktes – den »Vereinigten Staaten von Europa«. Ein Pakt, der den souveränen Nationalstaat, inklusive seiner zumindest vordergründig demokrati-

schen Prozesse, endgültig in die Belanglosigkeit führen wird. In einem 31 Seiten starken Arbeitspapier vom April 2022 führt Federico Fabbrini, Professor für Recht an der »Dublin City University«, aus, was die führenden EU-Gremien unter Wiederaufbau (REBUILD) nach der Covid-Krise verstehen.

Unter den Arbeitstiteln NextGenerationEU und Konferenz über die Zukunft Europas beraten diverse Ausschüsse über eine europäische Verfassung, eine tiefergehende Wirtschafts- und Finanzunion, die Individualmobilität von EU-Bürgern sowie gemeinsame Streitkräfte in Form einer EU-Armee – ein Vorhaben, das von offizieller Seite seit Jahren und noch bis vor kurzem vehement als Falschmeldung abgestempelt wurde. Obwohl die Vorbereitungen für ein gemeinsames europäisches Militär bereits seit langem offensichtlich sind.

Was Covid-19 für die Pharmaindustrie war, ist die Ukraine-Krise nun für den militärisch-industriellen Komplex der wertewestlichen Hegemonie. Ein Steroid.

Die sogenannte Zukunftskonferenz der EU unter Vorsitz von Ursula von der Leyen veröffentlichte am 27. April 2022 insgesamt 49 Empfehlungen. Einige davon lassen aufhorchen. So zum Beispiel Textpassagen aus Empfehlung Nummer 23:

»*Wir schlagen vor, dass die EU weiter daran arbeitet, Dialog zu fördern und Frieden basierend auf einer regelbasierten internationalen Ordnung zu gewährleisten, den Multilateralismus zu stärken und auf langjährigen EU-Friedensinitiativen aufzubauen, die zur Verleihung des Nobelpreises im Jahr 2012 beigetragen haben, und gleichzeitig ihre gemeinschaftliche Sicherheit zu stärken.* (…)

Die gemeinsamen Streitkräfte [der EU] sollen zu Selbstverteidigungszwecken eingesetzt werden, aggressive Militäraktionen jeglicher Art ausschließen und in Krisenzeiten, einschließlich Naturkatastrophen, Unterstützung leisten können. Außer-

halb der europäischen Grenzen könnten die Streitkräfte in Ausnahmefällen, vorzugsweise unter einem gesetzlichen Mandat des UN-Sicherheitsrates und damit im Einklang mit dem Völkerrecht, eingesetzt werden, ohne mit der NATO zu konkurrieren oder sie zu duplizieren. (…) *Die EU sollte darüber nachdenken, wie Desinformation und Propaganda auf objektive und sachliche Weise bekämpft werden können.*«

Kurios. Vor zwei oder drei Jahren galt die Idee gemeinsamer europäischer Streitkräfte als Fehlinformation oder wilde Verschwörungstheorie. Britische EU-Kritiker wurden in einem Artikel des GUARDIAN noch am 25. Januar 2019 als Lügner verunglimpft. Mitglieder des britischen Parlaments wie Emily Thornberry verglichen die Behauptungen, die EU plane eine eigene Armee, mit dem Glauben daran, dass Elvis Presley noch lebe. Auch der »Atlantic Council« titelte schon 2016: »*Der Mythos einer europäischen Armee*«. Die EU veröffentlichte im Juni 2019 gar selbst einen Artikel, um mit den Mythen von einer EU-Truppe aufzuräumen und dementierte entsprechende Gerüchte mit Nachdruck – um dann vor wenigen Wochen dafür zu votieren, eine schnelle Eingreiftruppe von 5.000 Soldaten aufzustellen. Putin sei Dank.

Immer lauter werden die propagandistischen Rufe nach vereinten militärischen Kapazitäten der EU. Das News-Outlet »The Defense Post« beschreibt am 04. April 2022 die »*endlosen Möglichkeiten*«, die eine Zusammenlegung von Streitkräften verschiedener europäischer Länder berge. Auch »The New European« stellt am 10. März 2022 fest: »*Also brauchen wir schlussendlich doch eine EU-Armee*«. Selbst der Rückzug der USA aus Afghanistan wurde bereits 2021 von unter anderem »France 24« zum Anlass genommen, von einem Weckruf für Europa zu sprechen und festzustellen: »*Afghanistan unterstreicht dabei den Bedarf für autonome EU-Streitkräfte*«.

Auch wenn das EUROCORPS als Bindeglied zwischen EU und NATO-Kommandoebene bereits seit 1992 existiert – die jüngsten Entwicklungen im militärischen Bereich vermitteln nicht mehr unbedingt den Eindruck, dass sich die EU ausschließlich auf defensive Szenarien vorbereitet.

Schon 2018 wurde eine neue »Europäische Verteidigungskoalition« ins Leben gerufen. Im ersten Quartal des Jahres 2021 folgte die Gründung der »European Peace Facility« – ein Instrument abseits des regulären Budgets, wie die EU es nennt, welches dabei helfen soll, die supranationale Feudalisten-Organisation zu einem globalen Sicherheitsdienstleister zu machen. Klingt ebenfalls nicht unbedingt nach einem rein defensiven Ansinnen.

Ein Jahr später, im März 2022, wurde zusätzlich »Strategic Compass« aus der Taufe gehoben; ein militärstrategisches Programm zum langfristigen Ausbau der operativen Fähigkeiten der EU-Streitkräfte. In Summe also ein ziemlich ausufernder, militärischer Aktionismus für eine Region der Welt, die primär von ihrer eigenen Hybris, aber in absehbarer Zeit kaum von militärischen Interventionen ihrer Nachbarländer bedroht ist.

Daneben hat aber natürlich nicht nur Amerika, sondern auch die EU dem freien Internet den Krieg erklärt. Analog zum neuen US-Wahrheitsministerium arbeitet man auch in Brüssel an der Beschneidung des digitalen Debattenraumes. So ist ein neues Gesetz gegen Falschinformation und Hassrede in Arbeit, wie MDR Aktuell am 23. April 2022 berichtet. Es soll grenzüberschreitend für eine strengere Beaufsichtigung von Online-Plattformen sorgen. Analog zum bereits 2017 eingeführten, kontroversen Netzwerkdurchsetzungsgesetz, dessen Geltungsbereich sich allerdings auf Deutschland beschränkt. Eine Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 13. Mai 2022 titelt:

»Kommission begrüßt politische Einigung über neue Vorschriften zur Cybersicherheit von Netz- und Informationssystemen.«

Weiter heißt es im Text:

»Die Initiative strafft die Meldepflichten, führt strengere Aufsichtsmaßnahmen für die nationalen Behörden sowie strengere Durchsetzungsanforderungen ein und zielt auf die Harmonisierung der Sanktionsregelungen in den Mitgliedstaaten ab. Sie wird dazu beitragen, den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit beim Cyber-Krisenmanagement auf nationaler und EU-Ebene zu verbessern.«

Was zunächst harmlos klingt und auf den ersten Blick nur für Regierungen und Unternehmen Relevanz zu haben scheint, entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als das exakte Gegenteil von Verbesserungen. Es handelt sich um die formale Legitimation umfassender Zensur. Die euphemistischen Formulierungen der EU-Kommission übertünchen bewusst, dass die geplanten Regelungen dem totalitären Überwachungsstaat nunmehr Rechtssicherheit einräumen sollen und damit Unrecht zu Recht wird. Und das auf supranationaler Ebene. Wieviel Einfluss der Bürger eines EU-Mitgliedsstaates auf derartig zentralisierte Prozesse künftig noch haben wird, kann man sich denken – er dürfte gen Null tendieren.

Was den EU-Bürger künftig im digitalen Raum erwartet, zeigt beispielhaft das heiß diskutierte Thema »Chatkontrolle«. Eine entsprechende Verordnung haben die Abgeordneten des Europaparlaments bereits am 06. Juli 2021 angenommen. Am 11. Mai 2022 hat die Europäische Kommission eine Folgeverordnung zum nunmehr verpflichtenden Einsatz der Chatkontrolle durch alle Anbieter vorgestellt. Patrick Breyer, Europaabgeordneter der Piratenpartei und selbsternannter *»digitaler Freiheitskämpfer«*, hat diese Folgeverordnung im Detail analysiert und legt auf seiner Homepage explizit die drastischen Folgen

einer Annahme des totalitären Vorschlages dar. Er schreibt dazu:

»*Die EU will es Chat- und Messenger-Providern vorschreiben, private Chats, Nachrichten und E-Mails massenhaft, anlass- und unterschiedslos auf verdächtige Inhalte durchsuchen. Begründung: Strafverfolgung von Kinderpornographie. Konsequenz: Massenüberwachung durch vollautomatisierte Echtzeit-Chatkontrolle und damit die Abschaffung des digitalen Briefgeheimnisses. Weitere Konsequenzen des Gesetzentwurfs zur Chatkontrolle sind unwirksame Netzsperren-Zensur, die Durchleuchtung persönlicher Cloudspeicher einschließlich privater Fotos, durch verpflichtende Altersüberprüfung das Ende anonymer Kommunikation, durch Appstore-Zensur das Ende sicherer Messenger-Apps und die Bevormundung Jugendlicher.*«

Zu den fatalen Konsequenzen der neuen Verordnung für den Datenschutz und die Zivilgesellschaft als solche führt er weiter aus:

»*Durchsucht werden können Texte, Bilder, Videos und Sprache. Die Anbieter müssen Nachrichten auf jedem Smartphone durchsuchen (client-side scanning) und ggf. unverschlüsselt ausleiten. Das zerstört das Vertrauen in sichere Verschlüsselung und erzwingt eine Hintertür, die eine Überwachung bisher sicher verschlüsselter Kommunikation auch für viele andere Zwecke ermöglicht. Auch persönliche Speicher, die nicht geteilt werden, wie Apples iCloud, sind betroffen. Da vermutlich jeder Dienst auch für illegale Zwecke genutzt wird, werden sämtliche Dienste zur Chatkontrolle verpflichtet. (…) Maschinell nach unbekannten Missbrauchsdarstellungen zu suchen ist ein experimentelles Verfahren unter Verwendung maschinellen Lernens (künstliche Intelligenz). Die Algorithmen sind Öffentlichkeit und Wissenschaft nicht zugänglich, auch der Entwurf enthält keine Offenlegungspflicht. Die Feh-*

lerquote ist unbekannt und wird durch den Verordnungsentwurf nicht begrenzt, vermutlich führen diese Verfahren zu massenhaft Falschmeldungen. Der Entwurf erlaubt es Providern, Treffermeldungen ungeprüft an die Polizei weiterzugeben.«

Es zeigt sich: Erstens – Mussolini hatte Recht. Und Zweitens – das Bild der kleinen, konspirativen Verschwörer-Loge, die im Verborgenen nach Weltherrschaft strebt, ist ein mediales Phantom. Ein Strohmann. Die illegalen Machenschaften und Verschwörungen neofeudalistischer Kasten finden in aller Öffentlichkeit statt. Nicht in verrauchten Salons, Riten-Sälen, Freimaurer-Tempeln oder sonstigen Enklaven der Betuchten.

Die kriminellen Akte verbergen sich in verklausulierten Verordnungen, komplizierten Gesetzestexten, Handelsverträgen, Satzungen, Strategiepapieren, Parlamentsprotokollen, in Memos, Aktenstapeln, Pressemitteilungen und auf unübersichtlichen Webseiten intransparenter Organisationen. Tatorte sind Gerichtsgebäude, Konzernzentralen, Meetingräume, Luxushotels und -Restaurants, Plenarsäle, Büros, Fernsehstudios und Redaktionen. Täter und Frontmänner der entsprechenden kriminellen Vereinigungen treten zur besten Sendezeit im Fernsehen auf. Sie geben ungeniert den nahbaren Volksvertreter, fleißigen Wissenschaftler, spendablen Philanthropen oder opferbereiten Altruisten.

Die Kunst dabei: Eine strukturelle Komplexität im System zu schaffen, die es erlaubt, Kommunikation zu chiffrieren und Verantwortung für fragwürdige Prozesse konstant von einer Partei zur nächsten weiterreichen zu können, sodass schlussendlich niemand haftbar gemacht werden kann. Falls überhaupt jemand kritisch nachfragt. Denn schon morgen wird die nächste Sau durchs Dorf getrieben – und das von Alltag und Krisen vereinnahmte Volk wird sie jagen.

Jean-Claude Juncker, ehemaliger Präsident der Europäischen Kommission, sagte dazu in der Spiegel-Ausgabe vom 27. Dezember 1999 schamlos wie treffend:

»*Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.*«

Die organisierte Kriminalität der herrschenden Klasse, die schon seit Jahrhunderten auf Kosten einer hart arbeitenden Mehrheit lebt, hat sich in der repräsentativen Demokratie der Spätmoderne legitimiert und über supranationale Organisationen, die sich demokratischen Prozessen vollständig entziehen, international konstituiert. Die sagenumwobene neue Weltordnung ist längst Realität. Es ist die korporatistisch-totalitäre Herrschaft krimineller Finanzeliten, Oligarchen, Technokraten und Eugeniker. Und Wahlen werden daran nichts mehr ändern. Eine kritische Masse aufgeklärter Menschen unter Umständen schon. Nick Hanauer, nach eigenen Angaben einer der reichsten 0,01 Prozent der US-Bevölkerung, Mitgründer von Amazon und streitbarer Kapitalismuskritiker, schrieb 2014 in einem offenen Brief an seine superreichen Freunde und Milliardärskollegen in den USA:

»*Ich bin in vielerlei Hinsicht nicht anders als ihr. Wie ihr habe auch ich mich geradezu obszön für meinen Erfolg belohnt, mit einem Leben, dass sich die anderen 99,99 Prozent der Amerikaner nicht einmal vorstellen können. Aber lasst uns offen sprechen. Schauen wir, wohin die Reise geht. Ich frage mich, was ich in der Zukunft sehe. Und wisst ihr was ich sehe? Ich sehe Mistgabeln.*«

| 15. Mai 2022

Kollektive Selbstzerstörung

Die WHO schickt sich an, Nationalstaaten mittels eines globalen Pandemieabkommens zu entmachten. Europa opfert sich für Ziele der NATO-Hegemonie. Der Homo sapiens ergibt sich dem Transhumanismus und schafft sich stufenweise ab. Warum – Unwissen, Ignoranz, soziales Stockholm-Syndrom oder Hang zur Autoaggression?

Autoaggression, oder auch selbstverletzendes Verhalten, wird definiert als freiwillige, direkte Zerstörung oder Veränderung des Körpergewebes ohne suizidale Absichten.

Diese Beschreibung ist zugleich eine treffliche Metapher, um das Verhalten eines ansehnlichen Prozentsatzes der Bevölkerung zu beschreiben, der seit Beginn der Corona-Krise und dem Erscheinen Allmacht suggerierender Gesundheitsapostel einem gewissen Hang zur Selbstverstümmelung anheimgefallen zu sein scheint. Es wirkt, als hätte eine Epiphanie die betreffende Gruppe heimgesucht. Denn die seit jenem disruptiven Moment vorherrschende Opferbereitschaft für das Kollektiv, für die von oben verordnete gute Sache, für die Ukraine, die letzte Generation und sonstige offizielle Narrative, nimmt zwischenzeitlich an Masochismus erinnernde Formen an.

Nicht genug, dass die Bevölkerung sich seit über zwei Jahren einer staatlich verordneten Hygiene-Dressur unterwirft, die totalitäre Lockdowns, Impfkampagnen und widersprüchliche Gesundheitsschutzmaßnahmen mit Elementen von Apartheid kombiniert – jetzt ist ein großer Teil der Menschen offenkundig auch noch bereit, den zumeist bescheidenen oder gutbürgerlichen Wohlstand für einen Stellvertreterkonflikt der USA

mit dem ewigen Klassenfeind Russland zu riskieren. Im schlimmsten Falle gar einen Welt- oder Atomkrieg. Das sagen zumindest offizielle Umfragen. Deren Aussagekraft sei in diesen Zeiten des medialen Dogmatismus allerdings dahingestellt.

Dennoch: Eine erstaunliche Anzahl von Menschen, die bis vor wenigen Wochen noch Todesängste wegen eines minimal letalen Virus ausgestanden haben, sind plötzlich bereit, Hab, Gut und Leben zu geben – für ein belegbar korruptes, von Rechtsradikalen diktiertes und den USA finanziertes Clan-Regime in Kiew. Mehr intellektuelle Selbstverstümmelung ist schwerlich vorstellbar. Denn korrupte Despoten sitzen nicht nur in Moskau, sondern auch in Washington, Berlin, London, Brüssel, Paris, Canberra oder Genf.

In stoischer Ignoranz der Tatsache, dass die USA permanent in diverse völkerrechtswidrige Angriffskriege verwickelt sind und den arabischen Raum sowie Südamerika seit Jahrzehnten willentlich destabilisieren, um hegemoniale Wirtschaftsinteressen durchzusetzen, zeigt sich Europa weiterhin uneingeschränkt solidarisch und wirft nicht nur der Rüstungsindustrie mit leeren Händen Steuermilliarden hinterher. Begründung der linientreuen Transatlantiker: Russland ist viel schlimmer. Putin noch korrupter, ein Dämon quasi. Seine Extremisten sind noch extremistischer. Ideologie vor Vernunft. Widerspruch zwecklos.

Gegen die ehemalige Sowjetunion und alles Russische zu sein, das ist jetzt guter Rassismus. Für das Kollektiv. Auf der richtigen Seite der Geschichte. So ist mancher bereit, bis zur Selbstaufgabe zu helfen – und zu zahlen. Geradezu manisch unterstützt der woke Gutmensch von heute so jedes Narrativ, das die hoheitlichen Ausrufer morgendlich in Form von Zeitungsartikeln, Social-Media-Posts oder Online-Traktaten zum

Thema des Tages deklarieren. Ohne Widerworte, Hinterfragen oder Reflexion.

Individuelle Moralvorstellungen und Wertesysteme lassen bedenklich viele Menschen seit Beginn der Corona-Krise gänzlich vermissen. Aufklärung und Humanismus scheinen passé. Man ergibt sich dem betreuten Denken, schließt sich ungeachtet aller Fakten und kognitiver Dissonanzen dem Team Gutmensch an. Für jemanden, der sich als Demokrat bezeichnet, ist solch ein Verhalten eine Bankrotterklärung. Für einen Journalisten sowieso. Denn gerade für die schreibende Zunft muss grundsätzlich und immer gelten, alles zu hinterfragen. Vor allem die Regierung – und sich selbst.

Die in weiten Teilen der westlichen Gesellschaften vorherrschende, schweigende Akzeptanz und Ignoranz gegenüber einem offensichtlich Einzug haltenden, technokratischen Totalitarismus ist beklemmend. Der Geschichtsunterricht der vergangenen Jahrzehnte war offensichtlich fruchtlos. Seine Lehren sind verpufft. Die Militarisierung der Sprache, das Gutheißen von Krieg bei gleichzeitiger Negierung jeglichen geopolitischen oder historischen Kontextes – und das ausschließlich zum eigenen Nachteil – ist zwischenzeitlich kaum auf andere Weise als mit Masochismus, Selbstverleugnung oder eben Komplizenschaft zu begründen.

Unter Umständen auch noch mit einem gesamtgesellschaftlichen Stockholm-Syndrom, einer kollektiven, medial-induzierten Psychose. Das würde erklären, warum Menschen, die in verlässlichen elektoralen Zyklen von korrupten Spitzenpolitikern belogen werden, bis sich die Balken biegen – oft sogar wiederholt von den gleichen – dennoch immer wieder zur Wahl gehen, um zwischen Pest und Cholera zu selektieren und im Ergebnis ihrer Stimmabgabe ein krankes System zu legitimieren, das sie bevormundet, beraubt, enteignet, ausnutzt, manipuliert, krank macht, verheizt und verhöhnt.

Ein System, dessen singuläre Aufgabe es ist, sich selbst zu erhalten, um Wohlstand und Macht umzuverteilen. Und zwar von unten nach oben. Ein finanzielles Perpetuum mobile von Aristokratie und Kapital, das sich seit Generationen dreht. Geschichte wiederholt sich dahingehend nicht, sondern zeigt über Jahrhunderte eine beklemmende Konstanz. Mit der finalen Ermächtigung supranationaler Institutionen wie der WHO, deren aktuelle Konzepte man nicht anders bezeichnen kann, erreichen die neofeudalen Verhältnisse allerdings nie gekannte Ausmaße. Wenn nationalstaatliche Wahlen bisher schon mehr Makulatur als Partizipation waren, verkommen sie mit der in Aussicht stehenden Verabschiedung eines neuen, international bindenden Vertragswerks der WHO zur Pandemiebekämpfung in den fast 200 Mitgliedsstaaten nun endgültig zur Schmierenkomödie.

Kein aufgeklärter Demokrat, der einen Blick auf den offiziellen Entwurf des sogenannten Pandemievertrages der Weltgesundheitsorganisation mit Stand vom 3. Mai 2022 geworfen hat, den sogenannten »Zero Draft«, kann diesen guten Gewissens unterstützen. Denn das Vorhaben gleicht einem Coup, einer globalen Ermächtigung zu faschistoider Willkür und Abschaffung nationalstaatlicher Souveränität – und damit der freiheitlichen Zivilgesellschaft. Initiiert von einer Organisation, die von privaten Großinvestoren abhängig ist und sich jeglichem partizipativen Prozess entzieht. Auch wenn es sich beim aktuellen »Zero Draft« der WHO noch nicht um einen komplett neuen Vertragstext, nicht um den großen Wurf, sondern eher um eine Erweiterung der bestehenden Pandemie-Regulatorien handelt, ist der Inhalt für liberal denkende Zeitgenossen doch immer noch abschreckend genug.

Deswegen ist das entsprechende Papier auf der unübersichtlichen Webseite der WHO wohl auch nur mühsam lokalisierbar. Und auch die Leitmedien kehren das Thema derzeit beflissentlich unter der Teppich. Lediglich das ZDF meldet sich

zu Wort und relativiert in einem intellektuell flachen Feigenblatt-Artikel vom 19. Mai 2022: »*WHO-Pandemievertrag – Kein Ende der Demokratie*«.

Die Autorin Karen Harradine dagegen hat am 14. März 2022 bereits einen ausführlichen Artikel über die finanziellen Hintergründe der WHO publiziert. Darin schreibt sie bezüglich der monetären Abhängigkeiten der Weltgesundheitsorganisation:

»*Die Bill & Melinda Gates Foundation ist einer der größten Geldgeber der WHO, leistete 1998 ihre erste Spende an die Organisation und wurde 2017 ihr offizieller Partner; das einzige Nicht-Land, das dies tat. Im Jahr 2020 gab die Gates Foundation der WHO 592,277 Millionen US-Dollar und war damit der zweitgrößte Geldgeber in diesem Jahr. Das ist Kleingeld für die Gates Foundation, ein Zückerchen, um sicherzustellen, dass die WHO ihre Impfstoffinvestitionen fördert. Ihre Tochtergesellschaft GAVI und ihr Covid-19-Impfstoffprojekt, der Access to COVID-19 Tools Accelerator – ACT –, monopolisieren die WHO. ACT wird von der WHO, der Gates Foundation, GAVI und dem Wellcome Trust angeführt (…). Kein Wunder, dass die WHO unzuverlässige Covid-19-Tests und experimentelle Impfstoffe fördert.*«

Dass bei der WHO keine altruistischen Motive im Vordergrund stehen, dürfte jedem, der sich ein wenig mit der Zusammensetzung der Organisation beschäftigt hat, klar sein. Über GAVI und die eugenisch begründeten Umtriebe des zu wenig bekannten Wellcome Trust habe ich bereits in meinem Artikel zum Thema Bioethik vom 27. Februar 2022 ausführlich berichtet. Eine Analyse des neuen WHO-Dokuments zeigt allerdings, dass es der korporatistischen Oligarchie im nächsten Schritt nicht mehr »nur« um Korruption, Bereicherung und Monopolisierung der Märkte geht, sondern um die schleichende, aber endgültige Abschaffung nationaler Souveränität.

Und um Macht über den Homo sapiens selbst, seinen Körper und die Gene der Herde – denn so bezeichnet man Normalbürger zum Beispiel hinter den schicken Glasfassaden der »City of London« – als Nutzvieh. So genügt es, kurz zu überprüfen, welche Begriffe im neuen WHO-Dokument am häufigsten vorkommen, um sich einen Eindruck von dessen grundsätzlichen Intentionen zu verschaffen.

Impfung 33-mal. Überwachung 30-mal. Falschinformation 7-mal. Privatsphäre 5-mal.

Über Gesundheit, Prophylaxe, die Stärkung des Immunsystems, eine gesunde Lebensweise, Sport, Ernährung und Achtsamkeit liest man dagegen nichts. Es geht um politische Führung, internationale Kooperation und Kollaboration, Finanzierung, Nachhaltige Marktentwicklung beim Thema mRNA-Injektionen und globale Überwachung der Bevölkerung.

So schickt sich die 75. Weltgesundheitsversammlung in Genf vom 22. Mai 2022 bis 28. Mai 2022 an, mit diesem Abkommen den Grundstein für ein staatsrechtlich legitimiertes, biofaschistisches Kommando-Konstrukt zu legen, ein supranationales Organisationsmodell, gegen welches nach seiner Aktivierung mit demokratischen Mitteln kaum noch aufzubegehren ist. Nach Inkrafttreten der neuen Regulatorien wäre die WHO im Extremfall und unter Anwendung von Sanktionen gegenüber Mitgliedsstaaten befugt, globale Impfpflichten zu beschließen, die Individualmobilität von Milliarden von Menschen einzuschränken oder lokale Lockdowns und Ausgangssperren anzuordnen.

Damit ist völlig klar: Jeder Regierungsvertreter, der dieses totalitäre Papier der WHO unterschreibt, ist bereit, politischen Selbstmord zu begehen, die Demokratie zu opfern und das Land, für das er sich gemäß Wahltauftrag als Volksvertreter engagieren sollte, zu verraten, um es einer internationalen, korporatistischen Oligarchie auszuhändigen.

Der zivilisatorische Kamikaze-Kurs bricht sich allerdings auch an anderer Stelle vermehrt Bahn. Es reicht nicht, dass althergebrachte Werte- und Kommunikationssysteme durch die Covid-Krise ad absurdum geführt wurden. Oder, dass die WHO und andere supranationale Organisationen das Konzept der freien Gesellschaften jetzt endgültig ad acta legen wollen. Selbst Krieg in der Ukraine und die damit einhergehende Demontage der Friedenspolitik, die Aufgabe humanistischer, pazifistischer Moralvorstellungen und offener Rassismus gegen alles Russische stellen noch nicht die Kür der destruktiven Entwicklungen dar.

Denn der moderne Homo sapiens ist augenscheinlich auch bereit, das Ende seiner selbst zu akzeptieren. Er wird zusehends zum Sklaven seiner Innovationen, zum Opfer von Technologie und Pharmakologie, deren Funktionsweise und Wirkungsgrade er immer weniger nachvollziehen, einschätzen und steuern kann. So ersetzt Wissenschaft mittlerweile die Religion als Auffangbecken für Orientierungslose. Als transhumanistische Götzenbilder dienen die polierten Resultate des vermeintlichen technologischen Fortschritts.

Fürsprecher der »vierten industriellen Revolution«, wie der WEF-nahe Geschichtsprofessor Yuval Noah Harari oder Dennis M. Bushnell, Chefwissenschaftler der NASA seit den Gemini-Programmen, machen keinen Hehl daraus, dass die Zukunft nicht vom Homo sapiens dominiert werden wird. Ein entsprechender Vortrag von Harari für das World Economic Forum (WEF) vom Januar 2018 verdeutlicht, wohin die Reise nach Gutdünken der technokratischen Kaste gehen soll. Er bezeichnet den Menschen – wie schon Henry Kissinger vor ihm – gerne als »*nutzlosen Fresser*« und möchte ihn, lieber gestern als heute, vom Angesicht des Planeten tilgen, sobald er dem Wirtschaftssystem nicht mehr dienlich ist.

Und auch Dennis M. Bushnell wirbt ungeniert für die Abschaffung des Menschen. Eine 113 Seiten umfassende Präsentation des NASA-Wissenschaftlers aus dem Jahre 2001 verdeutlicht, woran die amerikanische Weltraumbehörde eigentlich arbeitet. Denn während die Allgemeinheit diese vier weltbekannten Buchstaben vornehmlich mit Space-Shuttles, heroisch in Szene gesetzten Astronauten und den unentdeckten Weiten des Weltalls assoziiert, verwendet die von Hitlers Ingenieuren maßgeblich mit aufgebaute US-Weltraumagentur etwa 80 Prozent ihrer Ressourcen auf die Arbeit an militärischen Projekten. So ist es kaum verwunderlich, dass Bushnells Präsentation von 2001 den Titel »Future Strategic Issues/Future Warfare, Circa 2025« trägt (Zukünftige strategische Probleme/Kriegsführung, circa 2025).

Die Authentizität der Präsentation wurde in den vergangenen Jahren mehrfach in Frage gestellt. Doch selbst der Wikipedia-Eintrag von Dennis M. Bushnell verweist auf die Publikation. Und auch ein weiteres Dokument legt nahe, dass es sich um die Original-Präsentation von Bushnell für die NASA handelt. Das Validierungsdokument stammt vom »Dartmouth College, Institute for Security Technology and Society« und wurde im Januar 2001 von Joseph Rosen und Charles Lucey veröffentlicht. Auf Seite 372 findet sich ein Verweis auf Dennis Bushnells NASA-Vortrag. Zudem: Man muss nur einen der im Internet verfügbaren Vorträge des Mannes anhören, um zu wissen, dass sich die Präsentation – auch wenn sie mehr als grotesk wirkt – genau den Themen widmet, an denen der Transhumanist in Diensten des US-Militärs arbeitet.

Sein NASA-Vortrag ist aber vor allem deshalb bemerkenswert, weil er schon über 20 Jahre alt ist und bereits zum damaligen Zeitpunkt treffsicher jene Entwicklungen adressiert, die uns heute herausfordern oder bedrohen. Man war bei der US-Weltraumbehörde im Jahr 2001 also entweder sehr gut informiert, analytisch und weitsichtig – oder hat aktiv an der Reali-

sierung der mehr als düsteren Pläne mitgearbeitet. Zweiteres ist wahrscheinlicher. Denn die »National Aeronautics and Space Administration« ist, wie die DARPA (Defense Advance Research Projects) und unzählige andere Einrichtungen der US-Regierung, primär ein Unternehmen des militärisch-industriellen Komplexes. Das freundliche Raumschiff Enterprise Image von »Cape Canaveral« täuscht.

Dennis Bushnell vergleicht die Erde zu Beginn seiner Präsentation mit einem Raumschiff, das durch den Weltraum rast. Die Besatzung ist die Zivilisation. Und die zerstört rasant ihren Lebensraum. Raubbau an der Natur, Klimawandel, Überbevölkerung sowie die Fähigkeit der Crew, die eigene Evolution nunmehr per Genmanipulation zu steuern, bedrohen die Existenz der menschlichen Rasse. So der Plot. Bereits auf Seite neun seiner 131 Folien spricht er deshalb vom Transhumanismus, erwähnt Hans Moravec, einen Vordenker der inhumanen Ideologie, der in seinem Buch »Mind Children« schon im Jahr 1990 die Verschmelzung von Mensch und Maschine herbeiorakelte, und gibt fortan selbst den Advokaten für die Abschaffung des Homo sapiens, wie wir ihn heute kennen. Immer noch auf Seite neun spricht der NASA-Forscher von »Cross Species Molecular Breeding«, der artenübergreifenden Molekularzüchtung, erzählt von gesteuerter Evolution und referenziert MAXYGEN, eine diskrete US-Forschungseinrichtung, die sich mit »synthetischer Biologie« und der »Optimierung gesteuerter Evolution« befasst. Das klingt bedenklich nach Allmachtsphantasien von Wissenschaftlern, die Gott spielen wollen. Und nach Eugenik. Aus Dennis Bushnells Perspektive ist das allerdings nur logisch.

Denn auf Seite zwölf seiner Folienschlacht kategorisiert er tabellarisch die technologischen Epochen der zivilisatorischen Entwicklung. Er beginnt bei den Jägern und Sammlern. Nach Sesshaftwerdung der Nomaden, Beherrschung der Landwirtschaft und einer ersten industriellen Revolution prophezeit er

bereits vor über zwei Jahrzehnten, dass die Informationstechnologie den Zeitraum zwischen 1950 und 2020 dominieren, mit dem Jahr 2020 aber die Epoche der Bio- und Nanotechnologie anbrechen wird. Dicht gefolgt vom finalen Entwicklungsschritt des Menschen – einem Aufgehen in der Virtualität.

Dass Bushnell und Konsorten fieberhaft daran arbeiten, diese letzte Evolutionsstufe zu überwinden, zeigt auch ein verstörender Vortrag des Wissenschaftlers aus dem Jahr 2018. Das NASA-Urgestein spricht von der Genoptimierung von Kindern vor der Geburt, von autarken, sich replizierenden Nano-Bots, lebendigen Fabriken für genetische Produkte, der Optimierung des menschlichen Körpers durch Mechanik und Prozessoren, über die Verdopplung der Lebensspanne, das digitale Gehirn, die wechselseitige Verbindung des menschlichen Gehirns mit dem Computer sowie – im letzten Schritt – den Upload des gesamten menschlichen Bewusstseins in die Cloud.

Wer diese Visionen von technologischer Singularität als Dystopie betrachtet, wird die restlichen 100 Seiten des NASA-Dokumentes als nicht minder beklemmend empfinden. Denn ab Seite 15 prognostiziert Bushnell die feindliche Übernahme, die Assimilation der menschlichen Rasse durch die Maschine. Zunächst unmerklich, als deren Nutzer und Bediener, dann als ihre willfährige Verfügungsmasse, als Junkie, abhängig von den digitalen Lebensbegleitern – so weit sind wir bereits – bis der Homo sapiens schlussendlich zum wehrlosen Opfer seiner Innovation und physisch mit ihr verschmolzen sein wird.

Bushnell erzählt von virtuellen Räumen, in denen Menschen künftig arbeiten werden, Holodecks, Nano Staub, Neuro-Informatik, vom »U.S. Human Brain Project« der 1990er Jahre und maschineller Kreativität. Heutzutage forscht die US-Regierung übrigens unter dem Label BRAIN Initiative an der

Materie. Gegründet wurde diese 2013 von der Obama Administration. Und auch von der Europäischen Union wurde im gleichen Jahr ein Pendant, das Human Brain Project, gegründet, welches in Genf ansässig ist. Das Europäische Human Brain Project sowie die Europäische Kommission sind wiederum Partner der »International Neuroinformatics Coordinating Facility« (INCF), die 2005 gegründet wurde und in Stockholm sitzt. Die von Bushnell prognostizierten Entwicklungen laufen also auf Hochtouren.

Weiterhin spricht der US-Forscher schon 2001 von »*kostengünstigem, motivierenden, asynchronen, web-basiertem Fernunterricht*« und sagt voraus, dass um das Jahr 2025 etwa 40 Prozent der privaten und 15 Prozent der öffentlichen Schulen schließen werden, da der Unterricht verstärkt online stattfinden wird. Diese technologische Entwicklung unterstütze den »*Niedergang der US-Unterschicht, eine Stabilisierung der Weltbevölkerung durch eine isolierte Lebensweise, einen Ausgleich zwischen Wohlhabenden und Habenichtsen sowie veränderte, internationale Aussichten für das Militär*«. Die Formulierungen sprechen für sich.

Sein Ideal von Bildung, die ultimative Lösung, wie Bushnell es bezeichnet, ist ein »*Plug & Play*« Ansatz – eine Standleitung ins Gehirn, über die Wissen vom Computer direkt hochgeladen wird. Erinnert ein wenig an Neuralink, die Firma von Elon Musk, der wiederum selbst eng mit dem US-Militär sowie amerikanischen Geheimdiensten zusammenarbeitet – unter anderem schießt er CIA-Satelliten ins All.

Ab Seite 27 geht es bei Bushnell dann um Themen wie Terraforming und Geoengineering, die Nutzbarmachung von »Ödland«, wie der Sahara, künstliche Nahrungsmittel und soziale Probleme. Über Geoengineering denkt aber zum Beispiel auch die Bundeswehr intensiv nach, wie ein 48 Seiten umfassendes Dokument des »Dezernat Zukunftsanalyse« aus dem Novem-

ber 2012 belegt. Interessant ist aber vor allem, mit welchen Formen von Verbrechen die NASA in der Zukunft des Jahres 2025 rechnet. Neben Problemen mit Datenschutz und Privatsphäre aufgrund omnipräsenter Micro- und Nano-Sensoren rechnen Bushnell und sein Team vor allem mit Bio-Kriminalität, Viren- und Gen-Angriffen, dem Diebstahl von Implantaten, anderweitigen Erweiterungen des Homo sapiens sowie psychosomatischen Krankheitswellen und massiven sozialen Unruhen.

Immerhin warnt der NASA-Wissenschaftler auf Seite 31 auch kurz vor selbstreplizierenden Robotern, Nano-Replikatoren oder unkontrollierbaren Rekombinanten. Danach geht es allerdings ungebremst weiter mit der Vorhersage einer multipolaren Weltordnung und binären Biowaffen. Und mit der »Bio-Revolution«. Also unter anderem der Züchtung von Tieren oder deren Extremitäten im Labor zur Nahrungsmittelgewinnung. Er kündigt an, dass Spinnen-Gene in Ziegen die Produktion von modifizierter Spinnenseide über die Ziegenmilch möglich machen werden – und man im Ergebnis sogenannten »Bio-Stahl« erzeugen könne, der, zur kugelsicheren Weste verarbeitet, besseren Schutz biete als herkömmliche Materialen wie Kevlar. Klingt fantastisch, ist aber tatsächlich schon lange in Arbeit, wie diverse Artikel von vor über eine Dekade belegen.

Auf Folie 41 insinuiert Dennis M. Bushnell schon im Jahr 2001 »*gekaperte Insekten*«, die bestimmte umweltgenetische Aufgaben erfüllen, unliebsame Spezies bekämpfen oder auch Impfstoffe ausbringen sollen. Ein düsterer Eingriff in das fragile Gleichgewicht eines von Natur aus perfekten Planeten, welcher ebenfalls längst Realität geworden ist, wie die »New York Post« am 09. März 2022 in einem Beitrag bestätigt. Danach geht es um Sensoren-Schwärme, Nano-Tags, die künftig auf allem und jedem platziert werden sollen und »Mechanical Micro Dust« als neue Biowaffe. Mechanischer Staub also, der

zum Beispiel die Lunge nach dem Einatmen mit verschiedenen Pathogenen attackieren kann. Je nach Programmierung.

Auf den folgenden Seiten schreibt Dennis Bushnell dann über »*interessante, offensichtlich legale*« Szenarien der Kriegsführung: Den Informationskrieg, psychologische Kriegsführung, Hoch- und Niedrigfrequenzwaffen und ihre Auswirkungen auf menschliche Gehirnzellen. Er weist auf die Wirkungsgrade und potenzielle Letalität solcher Waffensysteme hin, redet von Schallwaffen, chemischen Waffen und der heimlichen Manipulation des Menschen über künstlich erzeugte Sinnesreize. Methoden, die man vor allem gegen einen Feind im Inneren einsetzt.

Doch auch über die großen Kaliber spricht der NASA-Mann. Er liefert Updates zum letzten Stand der Entwicklung von Alternativen zur Atombombe, schwärmt von neuen transatlantischen Raketensystemen, weiterentwickelten Cruise-Missiles, optimierten Nuklearwaffen oder Druckwellenbeschleunigern. Und er zeigt auf, dass Kriegsführung künftig unscheinbarer ablaufen müsse. Bushnell beschreibt, wie der Prozess der Kriegsführung vom militärisch-industriellen Komplex auf den kommerziellen Sektor übergehen muss, um schlussendlich in der Zivilgesellschaft anzugelangen. Dieser sozialarchitektonische Kunstgriff erhöhe die Akzeptanz der Menschen für Militäroperationen der Zukunft. Auch wenn sich diese gegen Teile der eigenen Bevölkerung richten.

Wobei der NASA-Angestellte den Menschen ohnehin für degeneriert hält. Auf Seite 66 beschreibt er die Limitierungen des Homo sapiens des Jahres 2025 mit den Adjektiven groß, schwer, wehleidig und langsam (physisch und psychisch). Bushnell bemängelt, dass der moderne Mensch zu viel Aufwand in der Erhaltung seiner selbst verursacht und attestiert dem Erdenbewohner einen »schnell abnehmenden bis negati-

ven Mehrwert«. Daher befürwortet er ja auch dessen rasche, programmatische Dezimierung.

So fabuliert der US-Wissenschaftler ungehemmt weiter von nicht-explosivem Krieg, asynchroner Kriegsführung, von autonomen Militäreinsätzen, Drohnenkrieg, unkonventioneller Kriegsführung, staatlichem Terrorismus, sozialer Disruption, genetischer Kriegsführung, von Pflanzen und Tieren, die verdeckt als Waffen eingesetzt werden, in dem man ihnen Kampfstoffe injiziert, welche zum Beispiel Ratten in Großstädten verteilen oder Blumen über den Blütenstaub ausbringen könnten. Er weist darauf hin, dass man natürliche Sprengkraft nutzen könne, um Chaos zu erzeugen und Lieferketten zu stören. Zum Beispiel in Form der Sprengung von Staudämmen, kritischer Infrastruktur oder Kernreaktoren, die bei Zerstörung Kräfte entfalten, welche die eingesetzte Energiemenge bei Weitem übersteigen. Bushnell scheint außerdem begeistert von dem Gedanken, künftig auch Naturkatastrophen gezielt als Waffe einsetzen zu können. Selbst das ist leider kein Science-Fiction mehr. Denn an Wettermanipulation arbeitet man nicht nur in den USA bereits seit den 1950er Jahren aktiv. 1953 wurde in Amerika das »Advisory Committee on Weather Control« ins Leben gerufen, dessen Abschlussbericht Ende 1957 veröffentlicht wurde. Das war aber nur der Anfang ernsthafter militärischer Forschung auf diesem Gebiet, wie Professor Michel Chossudovsky in einem Artikel zum Thema »Weather Warfare« vom 07. Dezember 2007 bestätigt. Er bezieht sich unter anderem auf ein Dokument der amerikanischen Luftwaffe aus dem Jahr 1996, das die Losung ausgibt, die USA werde das Wetter als Waffe bis 2025 unter Kontrolle haben.

Der Bundesstaat Texas unterhält, wie viele andere, bis heute offiziell ein »Weather Modification Advisory Committee«, ein Beratungsgremium zur Wettermanipulation. Die nationale Behörde zur Beaufsichtigung von Ozeanen und Atmosphäre

(NOAA, National Oceanic and Atmospheric Administration) dokumentiert entsprechende Wetter-Modifikationsprojekte und deren Aktivitäten in den USA. Und China beschäftigt derzeit bereits 37.000 Vollzeitkräfte auf dem Gebiet der Wettermanipulation. Am bekanntesten ist in diesem Kontext heutzutage wohl das HAARP-Projekt, das für Wetterphänomene, Tsunamis, Erdbeben und andere Events verantwortlich gemacht wird. Zu beweisen ist das kaum. Wenn man jedoch analysiert, was die gezielte Manipulation der Ionosphäre theoretisch bewirken kann, sind diese Szenarien gleichsam nicht völlig von der Hand zu weisen. Sicher ist: Das sensible Gleichgewicht terrestrischer, meteorologischer, biologischer oder evolutionärer Prozesse ist den Neofeudalisten ebenso wenig heilig wie die menschliche DNA, wenn es um die Durchsetzung von Machtansprüchen geht.

So kultiviert der Wissenschaftler mit seiner Präsentation von 2001 das Bild eines Amerikas des Jahres 2025, das offensichtlich primär von Kriegen geprägt ist – von Angriffskriegen. Und die richten sich nicht mehr nur gegen Feinde von außen, sondern vor allem gegen die eigene Bevölkerung. Gegen alles und jeden. In diesem Kontext ist bezeichnend, dass Dennis Bushnell, wenn es um Krieg geht, häufig von »kostengünstigen, zivilen Systemen« spricht, die als trojanische Pferde ausgerollt werden (Inexpensive Trojan Horse Civilian Systems) sollen. Damit meint er unter anderem Social-Media-Plattformen, über die Informationskrieg stattfinden soll. Oder pharmakologische Prozesse, die vordergründig humanen Zwecken dienen, als zivile Systeme des US-Militärs jedoch andere Aufgaben erfüllen.

Diese Fokussierung auf soziale und genetische Manipulation erklärt unter Umständen, warum die großen Big Tech-Konzerne ihr Startkapital in der Regel dem militärisch-industriellen Komplex zu verdanken haben, direkt oder indirekt – sei es Alphabet (Google), Facebook, Amazon oder Twitter – oder

warum die DARPA schon lange vor der Covid-Krise massiv in die Entwicklung von mRNA-Impfstoffen als Plattform-Technologie investierte und ein Unternehmen wie Moderna durch ihre verdeckte Finanzierung erst möglich gemacht hat.

Außerdem schließt die Formulierung »*kostengünstige, zivile Systeme*« den Kreis zum vorgängig erwähnten, von Dennis Bushnell umrissenen, strategischen Ansatz der USA, und damit der angloamerikanischen Hegemonie, die Kriegsführung vom rein militärischen Sektor in den kommerziellen und schließlich zivilen Bereich überführen zu wollen. Ein Blick auf den geopolitischen, soziologischen und ökonomischen Zustand der Welt im Jahr 2022 gibt allen Grund zur Annahme, dass die Auftraggeber des NASA-Forschers seine Vorschläge goutierten und viele davon bereits erfolgreich umsetzen. Mit den restlichen »*Fortschritten*« aus Militär-, Gen- und Geheimlaboren darf wohl in den kommenden Jahren gerechnet werden. So ist der von den G7-Gesundheitsministern bereits am 20. Mai 2022 in Berlin mit Wohlwollen bedachte Pandemievertrag der WHO zwar durchaus eine ernsthafte Bedrohung für die freiheitlich organisierte Zivilgesellschaft, die Umtriebe von Forschungseinrichtungen wie der NASA, DARPA, des Wellcome Trust, der Bill & Melinda Gates-Stiftung, der Rockefeller- oder Carnegie-Stiftung – um nur die bekanntesten zu nennen – sind jedoch ein direkter Angriff auf die menschliche Existenz und somit ungleich gefährlicher.

Transhumanismus und Bioethik sind laut Yuval Harari die modernen Substitute für Religion – und nichts weiter als Euphemismen für eugenische Ideen, die seit über einem Jahrhundert nie an Momentum verloren haben. Nur aus der öffentlichen Wahrnehmung sind sie verschwunden, wie mein Artikel vom 05. März 2022 bereits ausführt. Es geht den Technokraten um Bevölkerungskontrolle und -reduktion, Euthanasie sowie die kontrollierte Zucht des Menschen. Kanada und die USA machen es mit entsprechenden neuen Gesetzen vor. Deshalb

gilt: Wenn der Homo sapiens noch ein wenig Selbstwertgefühl und Achtung vor der Evolution aufbringen kann, sollte er genau jetzt die Hand vom metaphorischen Selbstzerstörungsknopf nehmen und der technokratisch-transhumanistischen Maschine die Stromzufuhr kappen.

Dennis M. Bushnell mag ein unauffälliger Mann abseits der großen Bühnen sein. Aber er ist Vordenker auf seinem Gebiet, skrupellos in Bezug auf die Konsequenzen seiner Arbeit und seit den 1960er Jahren auf seiner Position. Er steht stellvertretend, wie kaum ein zweiter öffentlich referierender Vertreter dieser Denkschule, für die faschistoide Agenda seiner neofeudalistischen Technokraten-Kaste. Und er verkörpert das, was man allgemein als »*Tiefer Staat*« (Deep State) bezeichnet – oder als »Continuity of Government« – also die wahren Diener der Flagge, Chefideologen, Staatsekretäre und Funktionäre, die auch dann ihre Position halten, wenn die Politdarsteller der ersten Reihe alle paar Jahre ausgewechselt werden, die Plätze tauschen oder als Bauernopfer für unpopuläre Entscheidungen herhalten müssen. So stellt das System sicher, dass Konzepte, Strategien und Szenarien, die vor 20 Jahren noch nach Zukunftsmusik klangen oder als zu kontrovers galten, im Lauf der Zeit zu düsterer Realität avancieren – unabhängig davon, welche Partei gerade das politische Spitzenpersonal stellt und die Schlagzeilen dominiert.

Denn über Krisen und vermeintliches Chaos kalibriert sich das technokratische System kontinuierlich. Mit jedem Ausnahmezustand verschiebt es rote Linien, geht alternativlose Schritte, macht Undenkbares denkbar. Da verwundert es wenig, dass just vor dem Beginn des WEF-Meetings am 22. Mai 2022 und dem WHO-Meeting in Genf die Affenpocken viral gehen – in den Leitmedien wohlgemerkt – und bereits einen ausführlichen Wikipedia-Eintrag vorweisen können, der am 21. Mai 2022 für Spanien und Portugal zusammen bereits 85 Verdachtsfälle dokumentiert.

Nachdem die Corona-Panik merklich abflaut, das Ukraine-Narrativ löchrig und die Kriegstreiberei mehr als zwanghaft wirkt, kommt den Regierenden ein neues globales Gesundheitsrisiko sicher sehr gelegen, um den supranationalen WHO-Coup Ende Mai in Genf zu legitimieren. Es ist vermutlich reiner Zufall, dass NTI (Nuclear Threat Initiative) und Münchener Sicherheitskonferenz schon im März 2021 den Ausbruch einer Pocken-Pandemie simulierten und Bill Gates seither vor selbiger warnt – oder, dass die Gesundheitsminister der G7-Staaten vor wenigen Tagen den Ausbruch des gleichen Erregers in Berlin durchexerzierten. Wie praktisch, dass die amerikanische FDA (Food and Drug Association) just am 19. May 2022 die Genehmigung einer entsprechenden Impfung gegen Pocken bekannt gibt.

Dass ihnen das Vertrauen der Bevölkerung abhandengekommen ist, haben die totalitären Technokraten und Finanzeliten zwischenzeitlich immerhin festgestellt. Daher arbeiten sie mit Hochdruck am großen Narrativ. Und wohl auch deshalb kümmert man sich in Davos gemäß vorläufiger Agenda direkt am ersten Tag um das Thema »Rebuilding Social Trust« (Wiederaufbau sozialen Vertrauens) – um den Wenigen zu ermöglichen, weiterhin ungestört die Welt nach ihren dystopischen Visionen und zum Nachteil der Vielen umzugestalten.

Das dürfte mittlerweile allerdings ein schwieriges Unterfangen sein. Weil das Vertrauen in das System mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit stärker erodiert ist, als man aufgrund fragwürdiger Umfragen angehalten ist zu glauben. Was nicht unbedingt Gutes verheißt – denn wenn es mit Manipulation nicht funktioniert, werden sie es mit rabiateren Methoden versuchen.

| 22. Mai 2022

Grün – das neue Braun

»Wer die Grünen wählt, wird sich später einmal bitterste Vorwürfe machen.« (Helmut Schmidt)

Grün ist das neue Braun. Das dürfte zwischenzeitlich auch dem politikverdrossensten Zeitgenossen aufgefallen sein. Die Bezeichnung »*Verbotspartei*« kommt schließlich nicht von ungefähr. Als ständige Opposition konnte man sich abstruse Vorschläge und Vorhaben auch leisten. Sie wurden ohnehin nie umgesetzt. Und halfen bei der Besänftigung der radikalen Flügel der Partei, die sich aus den linken und linksradikalen Protestbewegungen der 70er und 80er Jahre speisten.

Seitdem die GRÜNEN nun aber in der Bundesregierung angekommen sind und ihrem fehlgeleiteten Gutmenschentum ungehemmt frönen dürfen, heißt es: Freie Fahrt – ins Chaos. Die einzige Konstante: Der erhobene Zeigefinger. So erreicht der paternalistische Habitus der Partei in Regierungsverantwortung ganz neue Ausmaße. Jetzt sind es nicht mehr nur abstruse Vorschläge und symbolpolitische Verbotsorgien, die die Programmatik der vermeintlich pazifistischen Alt-68er kennzeichnen, der Machtzuwachs legt nun auch immer klarer den dogmatischen Charakter der grünen Ideologen frei. Unterstützt von Wokeness, Cancel Culture und ANTIFA zetteln die GRÜNEN eine Neufassung der Kulturrevolution an.

»Wenn das Denken die Sprache korrumpiert, dann korrumpiert die Sprache auch das Denken.« (George Orwell)

Schon während der Hochphase der Corona-Krise fielen grüne Kaderfunktionäre, wie der baden-württembergische Ministerpräsident Kretschmann oder der Tübinger Bürgermeister Boris Palmer, vor allem dadurch auf, besonders faschistoide Vor-

schläge zur Beherrschung der vermeintlichen Pandemie zu präsentieren. Segregation und offene Diffamierung einzelner Bevölkerungsgruppen wurden ebenso als probate Mittel des Krisenmanagements betrachtet wie die schleichende Perforierung von unveräußerlichen Grundrechten. Auch deren temporäre bis dauerhafte Einschränkung oder Abschaffung stellte keine rote Linie mehr dar.

So zeigte sich dank Covid-19 deutlicher denn je, dass die GRÜNEN nicht mehr nur die alte Verbotspartei sind, die im Rahmen demokratischer Leitplanken ihre Agenda durchdrücken möchte – die modernen Maoisten sind mittlerweile auch bereit, ihrer interventionistischen Ideologie sämtliche stabilisierenden Leitplanken der freiheitlichen Gesellschaftsordnung zu opfern.

Denn die Partei steht vor allem für vier Dinge: Kollektivismus, Zentralismus, Korporatismus und Totalitarismus. Übersetzt in politische Systematik ist das gleichbedeutend mit Sozialismus – einem autoritären Sozialismus. Mit Sozialdarwinismus. Dieser wird von vielen Parteimitgliedern mittlerweile zwar als demokratischer Sozialismus bezeichnet. Diese euphemistische Aufhübschung des dogmatischen Ansatzes durch Ergänzung eines irreführenden Adjektivs ändert am Kern der Sache jedoch nichts.

Denn schlussendlich steht Sozialismus immer für die Entwertung, Anonymisierung und Egalisierung des Individuums zu Gunsten eines Kollektivs. Das eigene Leben zählt nichts. Die von Staats wegen protegierte Gemeinschaft dagegen alles. Eine Ideologie, die theoretisch hier und da verlockend klingen mag, in der Praxis jedoch schlichtweg realitätsfremd ist. Denn auch wenn es stimmt, dass der Wohlstand im Sozialismus gleichmäßiger verteilt ist, bedeutet das nicht, dass es allen gleich gut geht – es bedeutet, dass alle gleich arm sind.

Darüber hinaus hat der Sozialismus mehr Menschenleben auf dem Gewissen als jede andere ideologisch getriebene Gesellschaftsform. Das zeigt die Geschichte. Denn ohne Gewalt kommt das System kaum aus. Um initial Fuß zu fassen, muss es Kritiker, Abweichler und Andersdenkende identifizieren und ausgrenzen – oder ausmerzen. Es braucht Propaganda. Daher muss sich das System einen Feind schaffen. Eine Rasse, eine Religion, ein Land, ein Virus, eine unliebsame Bevölkerungsgruppe oder einen niederträchtigen Diktator – der das Kollektiv vermeintlich existenziell bedroht. So schart es sich um die Flagge. Im Ergebnis bedeutet das immer Krieg. Entweder gegen innen – oder außen. Oder beides. Die Amplitude des sozialen Bebens mag schwanken, ohne blutige Auseinandersetzungen und Militär wurde ein sozialistisches System aber noch nie eingeführt.

Zunächst kostet also die Etablierung des Gesellschaftsmodells Menschenleben. Danach dessen Zentral- und Mangelwirtschaft sowie der Kampf gegen die innere Opposition. Und am Schluss sterben in der Regel auch noch einmal Massen von Menschen, wenn das System aufgrund seiner inhärenten Fehler kollabiert. Siehe China. Mao Zedong gilt bis dato unangefochten als der größte Massenmörder der Geschichte.

»Eine Ideologie annehmen heißt immer ihr Erbe ungelöster Widersprüche übernehmen.« (George Orwell)

Und lief es in Sachen Blutvergießen etwas glimpflicher ab, wie zum Beispiel in Kuba, endete der Traum von der Gleichstellung der Massen rasch in bitterer Armut selbiger – meist zu Gunsten einer elitären Funktionärs- oder Militärkaste. Ich habe Kuba im Jahr 2018 mehrere Wochen selbst bereist, um mir ein Bild von der Lage im Land zu machen. Von der sozialistischen Che Guevara-Romantik, mit der man im Westen gerne hausieren geht, ist leider selten etwas zu spüren. Die meisten Kubaner leiden unter massiver Armut, der kaputten Infrastruktur

sowie Versorgungsengpässen – und sie haben nicht selten Angst, ihre Meinung offen kundzutun. Je nachdem, wie streng der in jeder Nachbarschaft vorhandene, parteitreue Blockwart ist.

Kein Einheimischer kokettiert in der Heimat der legendären Havanna-Zigarren noch mit sozialistischen Idealen. Die bittere Realität hat die hochtrabenden Visionen längst unter sich begraben. Ökonomisch betrachtet war staatlicher Interventionismus in der Geschichte der modernen Zivilisation bislang nie von Erfolg gekrönt. Jeder Versuch zentraler Planwirtschaft ist kläglich gescheitert. Man kann einen Gesellschaftsentwurf nicht einfach am Reißbrett entwerfen. Kuba zeigt das mehr als deutlich. Zudem verdrängt man heutzutage gerne den Umstand, dass auch Adolf Hitler zunächst Sozialist war. Nationalsozialist. Im Kern der Programmatik kaum etwas anderes als die radikale Ideologie der GRÜNEN heute. Nur kollektivistisches Feindbild und Vorgehen unterscheiden sich von jenen des massenmordenden Diktators.

Heute geht man nicht mehr auf Juden und Nicht-Arier los, sondern grenzt mittels Cancel Culture und Einheitsmeinung all das kategorisch aus, was nicht dem eigenen Weltbild entspricht. Man vernichtet Menschen gesellschaftlich, politisch und wirtschaftlich, macht ihre Reputation zunichte, oder stellt sie an den digitalen Pranger. Und hört man dem ein oder anderen grünen Spitzenpolitiker zu, kann man sich dem Eindruck kaum erwehren, dass manchem Genossen die Errichtung von Lagern sowie die Erschießung unsolidarischer Volksfeinde durchaus auch heutzutage zuzutrauen wäre.

Die Realpolitik der GRÜNEN steht nicht erst seit Joschka Fischer und dem Kosovo-Krieg für das Gegenteil der altruistisch, ökologisch und humanitär daherkommenden Werbeslogans der Partei. Geraten die hehren Ziele der grünen Dogmatiker in Kontakt mit der Lebenswirklichkeit, ordnen sich diese

rasch dem arroganten Machtstreben der gut situierten Parteispitze und der reflexiven Nonchalance ihres oft wohlstandsverwahrlosten Klientels unter.

Daher sieht Robert Habeck wohl auch keinen Widerspruch darin, aufgrund der Sanktionen gegen Russland nun Atomstrom und Kohlekraftwerke zu unterstützen. Und Angst vor dem Dritten Weltkrieg hat der Politdarsteller nach eigenen Angaben auch nicht. Dass die Partei sich einst über den Kampf für den Atomausstieg oder den Austritt aus der NATO definierte, spielt heute offensichtlich keine Rolle mehr. Jetzt hat höchste Priorität, als Erfüllungsgehilfe der USA die Pax-Americana gegenüber Russland mit allen Mitteln durchzusetzen.

So steht nicht nur das theoretische Konstrukt der GRÜNEN nachweislich auf tönernen Füssen, auch die realpolitische Programmatik der Partei unterliegt folgenschweren Fehlannahmen. Sie ist in vielen Punkten schlichtweg infantil und illusorisch. Eine Luftnummer. Das mag an der mangelnden Kompetenz des Führungspersonals liegen, oder an schlichter Verblendung. In der Regel vertreten die GRÜNEN nämlich – wie alle anderen Parteien im deutschen Bundestag im Übrigen auch – Positionen der US-Hegemonie und kämpfen für Narrative, die ihnen von deren Think Tanks, NGOs, Stiftungen und Philanthropen sowie einem gleichgeschalteten Wissenschaftsbetrieb oktroyiert werden. Einzig die AFD schert hier und da aus und scheint tatsächlich eigene oder andere Interessen zu verfolgen, bewegt aber mangels Mehrheiten nichts im Parlament.

Die GRÜNEN jedoch haben überhaupt keine eigenen Ziele und intrinsischen Motivationen, keinen Bezug zu ihrer tatsächlichen Umgebung und der Lebenswirklichkeit hart arbeitender Menschen. Die Partei ist Vasall einer korporatistischen Elite. Und sie wird die technokratisch-sozialistische Agenda 2030 der Vereinten Nationen radikaler umsetzen als alle anderen.

Das beginnt bei geopolitischen Fragen und endet bei der postulierten Klima-Apokalypse, die primär auf der Annahme basiert, dass die Durchschnittstemperatur des Planeten zunehmend stark ansteige. Dass die dafür relevanten Bezugszahlen im Elfenbeinturm der Naturwissenschaften seit Jahren künstlich nach oben gerechnet werden, um den Temperaturanstieg mittels modifizierter Daten dramatischer darstellen zu können als er ist, ignorieren Habeck, Baerbock, Özdemir oder Goering-Eckhardt ebenso beflissentlich wie zuvor Fischer, Trittin, Künast, Ströbele und Co. Vielleicht wissen sie es auch. Da man für die Durchsetzung der eigenen Agenda aber auf die Drohkulisse des menschengemachten Weltuntergangs angewiesen ist, meidet man Fakten diesbezüglich ebenso erfolgreich wie hinsichtlich der tatsächlichen Corona-Toten oder massiver mRNA-Impfnebenwirkungen.

Anstatt sich also tatsächlich um die zunehmende Verschmutzung der Weltmeere, die Vernichtung des Regenwaldes, den Raubbau an der Natur oder das Artensterben zu kümmern, verteidigt man ideologische Positionen, um die eigene Programmatik auf Biegen und Brechen durchzusetzen. Während unzählige Privatjets der Konzern- und Polit-Oligarchie zu Klimakonferenzen fliegen, der Regenwald brennt, auf den Meeren Öl vor Plastikinseln verklappt wird, neue Kreuzfahrtschiffe gebaut werden, jeden Tag über 100 Tierarten aussterben und die Formel-1 sinnfrei ihre Runden dreht, fordern die GRÜNEN den Normalbürger auf, die Heizung herunter zu drehen, langsamer zu fahren, weniger Fleisch zu essen oder nicht mehr täglich zu duschen. Alles, um die Welt zu retten und Vladimir Putin zu besiegen.

Wer argumentiert, dass der Wertewesten sich mit den Sanktionen vor allem selbst schadet, muss mit Gegenwind des dunkelgrünen Kollektives rechnen. Auch wenn allein die Kursentwicklung des russischen Rubels seit Beginn der westlichen Sanktionen für sich spricht. Der Corona-Leugner von gestern

ist der Putin-Versteher von heute. Entlarvt man den fanatischen Grünen in seinem Irrglauben und entkräftet Totschlagargumente durch Fakten, reagiert dieser oftmals genauso ungehalten und persönlich diffamierend, wie er seinen Kontrahenten stets vorwirft zu sein. Oft spürt man den blanken Hass gegen Andersdenkende. Cem Özdemir wird in solchen Fällen auch gerne mal vulgär, um nicht zu sagen asozial, und fordert kritische Passanten auf, ihr »*Maul*« oder die »*Fresse zu halten*«.

Besonders anstrengend und beleidigend für die Intelligenz eines jeden normalen Menschen ist die woke-grüne Jugend. Die derzeit prominenteste Vertreterin derselben, Emilia Fester, hat bereits mit ihrer ersten Bundestagsrede im März 2022 einen Shitstorm ausgelöst. Bei ihrem Auftritt, der einem ob der dilettantischen Schauspielerei die Fremdscham ins Gesicht treibt, stellte sich die 24-jährige Abgeordnete als bemitleidenswertes Opfer einer Gesellschaft dar, die partout nicht in der Lage ist, eine allgemeine Impfpflicht einzuführen. Diese bräuchte es aber dringend, damit Frau Fester »*endlich wieder in die Uni, in den Club oder Urlaub gehen kann*«.

Von der grotesken Darbietung einmal ganz abgesehen, ist das Argument in Anbetracht der IFR (Infection Fatality Rate) von Covid-19 sowie der fragwürdigen Wirkungsgrade der mRNA-Injektionen nicht nur absolut falsch, sondern auch schlichtweg egoistisch – dabei ist Egoismus genau das Verhalten, das den Kritikern der Impfzwang-Kampagnen immer wieder vorgehalten wird. Diese denken nur an sich und ihre Freiheit. Von solch kognitiven Dissonanzen und Widersprüchlichkeiten lassen sich grüne Pharmalobbyisten allerdings nicht aufhalten, wie auch der soziophob wirkende Janosch Dahmen, dessen einziger politischer Auftrag die Einführung der besagten Impfpflicht zu sein scheint, kontinuierlich unter Beweis stellt.

Darüber hinaus war Fräulein Fester, entgegen ihren Aussagen während der Bundestagsrede, im Laufe der Pandemie offensichtlich doch in Urlaub, wie ein Instagram-Post der Nachwuchsdogmatikerin aus dem Juli 2020 nahelegt. Und zur Uni musste sie gar nicht. Denn sie hat nie studiert – was wiederum erklärt, warum sie während der Corona-Krise nie in einem Hörsaal saß. Dreiste Lügen, um eine argumentative Opferrolle einnehmen zu können. Ideologie schlägt Wahrheit. Emilia Fester ist Mitte Zwanzig und erhält fünfstellige Monatsbezüge aus Steuermitteln für ihre Tätigkeit als Abgeordnete im Bundestag – neben diversen zusätzlichen Leistungen und einem gegenüber der arbeitenden Bevölkerung unverschämt hohen Rentenanspruch, der bereits nach zwei Jahren Tätigkeit im Parlament besteht. Dennoch erdreistet sie sich jüngst in einem Interview mit dem SPIEGEL, erneut davon zu sprechen, dass sie ihre Jugend opfere. Roland Tichy titelte dazu am 13. Mai 2022 treffend: »*Ich bin Opfer, also bin ich*«. Und das trifft bei den GRÜNEN beileibe nicht nur auf Frau Fester zu. Ein Großteil der hitzig geführten Gender-Debatte beruht auf derart subjektiven Opfer-Positionen – anstatt auf Fakten, einem echten gesellschaftlichen Bedürfnis oder demokratischen Meinungsbildungsprozessen.

Ein Blick auf die Resultate der hochdotierten Arbeit von Frau Fester lässt begründete Zweifel an der Leidensgeschichte der jungen Grünen aufkommen – denn diese bestehen primär aus infantilen Tanz-Videos, die sie mit ihren Kolleginnen aus der Jugendabteilung der Partei im »Hohen Hause« aufnimmt und anschließend gut gelaunt auf Social-Media-Portalen verbreitet. Nicht, dass die Videos politische Inhalte vermittelten oder irgendeinen Anspruch hätten – es sind schlichtweg sinnfreie wie peinliche Tanzvideos wohlstandsverwahrloster Spätpubertierender ohne Berufs- oder Lebenserfahrung, die auf jeden finanziell darbenden, hart arbeitenden Steuerzahler wie blanker Hohn wirken müssen. Ebenso wie die Tatsache, dass der Bundestag – als ohnehin schon größtes Parlament der scheindemo-

kratischen Welt – weiter wächst, sich zusätzliche 79 Mitarbeiter gönnt und den Abgeordneten ab Juli 2022 monatlich 300 Euro mehr auszahlt. Fürs Erste.

Eine konstante Mitstreiterin bei den parlamentarischen Tanzeinlagen von Fester – Sarah-Lee Heinrich – Bundessprecherin der Grünen Jugend, fällt besonders durch ihren Kampf gegen Rassismus auf. Für sie ist das der Kampf gegen den alten weißen Mann. Den will sie auch gänzlich aus Afrika vertreiben. Dabei formuliert sie wenig zimperlich bis radikal, wie auch die NZZ am 11. Oktober 2021 in einem Artikel festhält. Dass sie bei ihrem Kampf gegen Rassismus selbst segregativ vorgeht, einzelne Bevölkerungsgruppen ausgrenzt und abwertet, und damit genau zu dem wird, was sie vorgibt zu bekämpfen, entgeht der begrenzten Aufmerksamkeit der hochbezahlten Cancel Culture-Vertreterin bedauerlicherweise.

Grotesk bis widersinnig sind auch die Einlassungen der neuen Bundesvorsitzenden der GRÜNEN, Ricarda Lang. Ihre Mission derzeit: Der Krieg in der Ukraine. Für den Sieg des Clan-Regimes in Kiew hat sie schon viel gefordert – die schnelle Einführung eines Tempolimits, mehr Waffenlieferungen oder eine Kriegssteuer. Um die hausgemachte Wirtschafts- und Energiekrise und die damit verbundenen Mehrkosten für die Bevölkerung zu kompensieren, möchte sie aktuell ein Energiegeld auszahlen. Ob sie verstanden hat, dass der Staat sein Geld aus Steuereinnahmen bezieht, ist unklar. Auch ansonsten ist Konsistenz für Frau Lang scheinbar ein Fremdwort. Denn während die adipöse Parteichefin den Bürger auffordert, im ÖPNV Maske zu tragen, auf Plastikverpackungen zu verzichten, sich gesünder zu ernähren, E-Auto zu fahren und den Gürtel für das Kollektiv generell mal etwas enger zu schnallen, sitzt sie selbst ohne Maske in der Bahn, snackt von Mc Donalds, trinkt Champagner aus Plastik-Flöten, trägt morgens Wegwerfbecher durch Berlin und lässt sich im teuren Verbrenner durch die Hauptstadt chauffieren.

Dass die GRÜNEN mit Doppelmoral wenig Probleme haben, stellt auch Kriegstreiber Anton Hofreiter immer wieder gerne unter Beweis. Während Fast Food-Werbung und Plastiktüten verboten werden sollen, trägt er seine Utensilien gerne in selbiger durch die Gegend – und fordert als überzeugter Pazifist natürlich täglich neue Waffen für die Ukraine. Für Mitglieder der vermeintlichen Öko-Partei ist es auch kein Widerspruch, sich mit dem gepanzerten Audi A8 zum Elektro-Kleinwagen fahren zu lassen, um mit diesem dann für Marketingzwecke beim Wahlvolk aufzutauchen.

Die GRÜNEN stellen zwischenzeitlich auch den neuen Queerbeauftragten im Bundestag. Damit dürfte die von der Partei seit Jahren dogmatisch bis fanatisch verfolgte Gender-Mission weiter Fahrt auf-, und die seit Jahren zunehmende Sexualisierung von Schulkindern zunehmen. Denn während Aufklärung früher in der Verantwortung der Eltern lag und die Schule das Thema auf biologischer Ebene in den höheren Klassen behandelte, soll sexuelle Früherziehung nach Empfinden der GRÜNEN nun generell Aufgabe des Staates werden und am besten schon im Kindergarten beginnen. So ist man in Bayern bereits dabei, Schultoiletten für diverse Kinder zu diskutieren. Auch wenn es zum Beispiel deutlich mehr Analphabeten in Deutschland gibt als Menschen, die sich als geschlechtlich divers oder non-binär bezeichnen.

In diesem Zusammenhang sollte nicht verdrängt werden, dass die Partei in den 1980er Jahren für die Straffreiheit von pädophilen Beziehungen eintrat. Inhaber des grünen Parteibuches waren zum Beispiel Mitglied in einem Netzwerk von Pädophilen, das über zwanzig Jahre lang in Berlin aktiv war und bis zu 1.000 Opfer auf dem Kerbholz hat. Über die dunkle Vergangenheit der GRÜNEN wurde viel berichtet. Ebenso über die pädophilen Phantasien des ehemaligen Parteifunktionärs Daniel Cohn-Bendit, der entsprechendes Archivmaterial von seinem Büro sperren ließ und seine perversen Aussagen bis

heute lediglich relativiert, aber nicht revidiert, wie die FAZ im April 2013 beschrieb.

Die Fixierung der GRÜNEN auf die Jugend kommt nicht von ungefähr. Jede totalitäre Ideologie versucht, die formbarsten Anteile der Gesellschaft für sich zu gewinnen. Und das sind vor allem die Heranwachsenden. Bei den Nazis war es die Hitler-Jugend. Heute findet die Indoktrination unscheinbarer über den Lehrplan statt. Kinder lernen jetzt im Unterricht, was Corona-Leugner, Fake-News und Putin-Versteher sind. Demokratie-Erziehung und verfrühte, gegendert-diverse Sexualkunde ergänzen mediale Propaganda und über dauerhafte Ausnahmezustände gesellschaftlich implementierte Erziehungsmaßnahmen. Aber wenn die Bildung den Horizont einschränkt, ist es nun mal keine Bildung, sondern Indoktrination. So ist der grün-braune Totalitarismus in vielen Punkten nicht nur lächerlich, sinnfrei oder kontraproduktiv, sondern gefährlich. Früher wusste man nicht, ob man bei den Vorschlägen der GRÜNEN lachen oder weinen soll. Heute lehren sie einen eher das Fürchten.

Robert Habeck gibt offen zu, dass er sich ein chinesisches Gesellschaftsmodell wünscht. Weniger Partizipation, mehr Sozialkreditsystem. Mit Zentralismus glaubt er, durchregieren und die Welt retten zu können. Daher sind die GRÜNEN auch glühende Verfechter der Agenda 2030 mit ihren globalistisch-technokratischen Nachhaltigkeitszielen (SDG, Sustainable Development Goals). Denn diese führen am Ende zu einem Gesellschaftsmodell totaler Überwachung und eingeschränkter Freiheitsrechte nach chinesischem Vorbild.

Faktenchecker wie Correctiv versuchten zwar im Nachgang, die Aussagen des Ministers zu relativieren, wer das ganze Gespräch gesehen hat, weiß allerdings, dass Habeck in diesem Moment meinte, was er sagte. Dass ihn das Wohl seiner Untergebenen nur peripher tangiert, zeigt auch seine Aussage

beim Weltwirtschaftsforum 2022 vor wenigen Tagen. Dort verkündete Habeck, die Sanktionen gegen die ehemalige Sowjetunion auch dann noch aufrecht erhalten zu wollen, wenn dies zu 100.000 Hungertoten führen sollte. So dachte wohl auch Mao. Das Ergebnis ist bekannt.

Seine Kollegin, Buch-Plagiatorin und Sprachakrobatin Annalena Baerbock, warnt unterdessen vor Kriegsmüdigkeit an Russlands Grenzen. Waffenlieferungen fordert sie selbstredenden auch im 24-Stunden-Rhythmus. Selbstverständlich hat auch sie keine Angst vor dem Dritten Weltkrieg. Wahrscheinlich denkt sie dahingehend wie Robert Habeck, der vor einer Weile sagte: »Ich muss in diesem Krieg nicht kämpfen und nicht sterben.« So geht die Kriegstreiberei des Führungspersonals der GRÜNEN munter weiter und bestätigt damit die alte Bauernweisheit, dass der Fisch immer vom Kopf her stinke.

Die GRÜNEN sind eine Geißel unserer Zeit, eine »New Age-Sekte«, und scheinen den Orwell-Spruch »Krieg ist Frieden« wirklich zu Realpolitik machen zu wollen. Wobei auch der 1984-Slogan »Ignoranz ist Stärke« Berufsdemagogen wie Habeck, Baerbock, Lang oder Fester in vielerlei Hinsicht trefflich beschreibt. So süffisant sich das kommentieren lässt, langfristig ist dieser politische Kurs brandgefährlich. So viel sollte man auch ohne abgeschlossenes Studium von Geschichte verstanden haben.

| 29. Mai 2022

Ideologie der Zeitenwende

Kapitalismus, Sozialismus, Kollektivismus, Korporatismus, Überwachungskapitalismus, Bioethik, Eugenik, Transhumanismus.

Schlagworte, die derzeit zur Charakterisierung einer globalen Transformation bemüht werden. Obwohl all den genannten Begriffen die gleiche, inhumane Ideologie zu Grunde liegt – Technokratie.

Es sind disruptive Zeiten. Die biometrische Sicherheitsdoktrin des »New Normal« streut und wuchert sukzessive, einem bösartigen Gehirntumor gleich, in alle Winkel der Zivilgesellschaft. Die Vorbereitungen für die nächste Eskalationsstufe laufen. Auch wenn das Corona-Regime gerade eine kurze Sommerpause einlegt. Das gesichtslose Bürokratie-Imperium der Global Governance wächst mit jeder Krise unaufhörlich weiter. Es nährt sich an Untätigkeit, Unwissen und Passivität in weiten Teilen der Bevölkerung. Inflation und Lieferengpässe verschärfen sich zusehends. Korporatistische Zirkel stimmen unterdes ihre weitere Vorgehensweise zur Transformation der Welt im Rahmen abgeschotteter Konferenzen in Davos, Genf und Washington ab.

Und in der Ukraine brodelt weiterhin ein militärischer Konflikt, dessen aktuellen Status niemand genau zu bestimmen vermag, da es keine unabhängige, objektive Berichterstattung aus der Region gibt. Der korrupte, rechtsradikale Clan um US-Marionette Zelenskyy hat die Medien gleichgeschaltet, die Opposition abgeschafft und sämtliche Frontgebiete für ausländische Journalisten abgeriegelt.

Das Damoklesschwert eines Dritten Weltkrieges hängt besorglich tief über den Köpfen der Menschheit. Niemand vermag mit Sicherheit zu sagen, wie weit sich die Eskalationsspirale an Russlands Grenzen noch drehen wird. In den USA bereitet man sich jedenfalls für die schlimmsten Szenarien vor und probt offiziell den atomaren Ernstfall. Vom 16. Mai 2022 bis zum 20. Mai 2022 führte die NNSA (National Nuclear Security Administration) die bedenklich stimmende Katastrophen-Simulation »Cobalt Magnet« durch. Mehr als 30 staatliche Dienste waren an der Übung beteiligt, die nach Angaben der NNSA die Kulmination einer 18-monatigen Planung darstellte. Während sich die Welt also Anfang des Jahres 2021 noch vollständig im Bannstrahl der Corona-Krise befand, begann man in Amerika bereits, sich auf einen potenziellen Atomkrieg vorzubereiten.

Man sollte davon ausgehen dürfen, dass Gesundheits- und Wirtschaftskrisen, humanitäre Katastrophen und eskalierende Kriege den internationalen Politikbetrieb veranlassen würden, vernünftige Lösungen zu finden, um die Bevölkerung vor weiterem Unbill zu schützen. Doch ist das Gegenteil der Fall. Anstatt sich für seine Wähler zu engagieren, buckelt das regierende Panoptikum der Nationalstaaten vor supranationalen Strukturen des internationalen Korporatismus. Vorgeblich demokratische Regierungen machen sich zum willfährigen Erfüllungsgehilfen totalitärer Allmachtsphantasien einer neofeudalen Oligarchie. So mag das Agieren der Politik zunächst plump und hilflos wirken, auf manchen vielleicht sogar ernsthaft bemüht, schlussendlich ist das Versagen nationalstaatlicher Administration aber Programm. Denn die vermeintlichen Volksvertreter verschärfen durch ihr miserables Krisenmanagement genau jene Probleme, die elitäre Interessengruppen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren suchen.

Je intensiver das Vertrauen in den Nationalstaat, seine Handlungsfähigkeit und demokratischen Prozesse erodiert, umso

grösser die Politikverdrossenheit der Bürger, desto einfacher haben es supranationale Agitatoren und oligarchische Herrschaftskonstrukte, für die Landesgrenzen und nationale Gesetze schon lange keine Rolle mehr spielen. So spielt das zunehmende Chaos jenen in die Karten, die daran arbeiten, den Planeten einer umfassenden Transformation zu unterziehen. Und die nimmt gerade erst richtig Fahrt auf.

Die Frage ist: Wohin geht die Reise? Betrachtet man die rein politische Ebene der aktuellen Entwicklungen, besteht aller Grund zu Annahme, dass Zentralismus, Kollektivismus und ein korporatistischer Sozialismus die revidierte, multipolare Weltordnung unter Aufsicht überstaatlicher Organe prägen werden. Der anonymisierte, bürokratische Totalitarismus dieser nahen Zukunft kennt keine Partizipation. Das Individuum geht konform in der Masse auf – oder verstoßen unter.

Politische Systeme wie Sozialismus, Kommunismus oder Faschismus sind allerdings immer nur Ausdruck, Resultat oder Auswuchs eines ideologischen Überbaus. Sie bedingen das entsprechende Gesellschaftsmodell. Wie Inquisition und Kreuzzüge nur das sinistre Ergebnis klerikal verblendeter Feudalherrschaft des Mittelalters waren, ist der heraufziehende Digital-Totalitarismus lediglich Ausdruck von fundamentaleren Überzeugungen, denen die entsprechenden Entscheidungsträger anheimgefallen sind.

Daher gilt es zu ergründen, welche Ideologie die herrschenden Strukturen unserer Zeit dazu motiviert, die Welt einem in Dystopie mündenden »Reset« zu unterziehen.

Denn schon der chinesische General, Militärstratege und Philosoph Sun Tzu wusste:

»*Wer den Feind und sich selbst kennt, braucht die Ergebnisse von hundert Schlachten nicht zu fürchten*«.

Dass es sich um eine äußerst inhumane Zukunft handelt, in der gesichtslose Autoritäten, Algorithmen, QR-Codes, Maschinen und Implantate den Menschen dominieren, wurde in den vergangenen zweieinhalb Jahren überdeutlich. So werden Eugenik und Transhumanismus häufig als ideologische Motive einer herrschenden Kaste angeführt, die sich existentiell von freier Meinungsäußerung, Pluralismus, Kreativität und vor allem Überbevölkerung bedroht sieht. Und tatsächlich dürften eugenische Ansätze eine nicht unwichtige Rolle bei den Planungen der globalistischen »*Superclass*« spielen.

Denn die Bioethik, ein Forschungsfeld, dem im Zuge der Corona-Krise eine zentrale Rolle zukam, ist nichts anderes als eine euphemistische Umetikettierung für längst vergessen geglaubte Ideen von Rassenlehre, Depopulation und Euthanasie. Entsprechende Informationen habe ich bereits am 27. Februar 2022 in einem ausführlichen Artikel zum Thema Bioethik zusammengetragen. Selbst der englische GUARDIAN berichtete noch in einem Beitrag vom 1. Mai 2019 über die verstörende Geschichte der »*Eugenik und die Herrenrasse der Linken*«.

Auch der Transhumanismus schlägt in diese Kerbe und steht im Kern für die Abschaffung des Homo sapiens. Das Ideal das Transhumanisten ist der Cyborg – ein genetisch und technologisch modifiziertes Mischwesen, eine Art Kentaur, aus Mensch und Maschine. In seiner finalen Ausprägung ist dieses Geschöpf mit der Cloud oder einer Matrix verbunden und teilt ein kollektives Bewusstsein mit seinen Artgenossen. Vergleichbar den »Borg«, einem kriegerischen Volk bei »Star Trek«, das seine Feinde assimiliert, anstatt sie zu töten. Die »Borg« tragen Nano-Roboter im Körper, die autonom funktionieren und bei Bedarf DNA umschreiben, neue Technologie im Körper des Cyborg erzeugen oder das Immunsystem verändern, um beispielsweise neue Krankheiten zu bekämpfen.

Der Transhumanismus insinuiert also eine Zukunft, die dem Science Fiction Epos sehr nahe kommt und zweifelsohne eine ernsthafte Bedrohung für die Spezies Mensch darstellt – darüber habe ich ebenfalls bereits in Texten vom 02. Dezember 2021 sowie 22. Mai 2022 geschrieben – aber auch die Ziele dieser Denkschule reichen für sich genommen nicht aus, um die tiefergehenden Motive, die zu einer vollumfänglichen Restrukturierung der Welt durch eine neofeudale Sekte von ein paar tausend Superreichen führt, zu erklären.

Denn Transhumanismus und Eugenik verfolgen primär das Ziel, den Homo sapiens selbst zu verändern, seine Evolution und sein Fortpflanzungsverhalten zu steuern. Technokratie dagegen ist ein holistisches Konzept zum verbrauchsgesteuerten Management der Welt, das die vorgängig genannten Ziele einschließt, aber weit darüber hinaus geht. Das wird klar, wenn man den Blick in die Vergangenheit richtet und die grundlegende Ideologie der technokratischen Bewegung beleuchtet. Diese Hintergründe finden derzeit bedauerlicherweise wenig Beachtung, obwohl sie fundamentale Erklärungen für die transformativen Prozesse in Gesellschaft, Wirtschaft, Technologie und Politik seit den 1950er Jahren und vor allem für die vergangenen zweieinhalb Jahre offerieren.

Die technokratische Bewegung begann mit der Gründung der »Technical Alliance« (Technologische Allianz) im Jahr 1919 in New York City. Der Zusammenschluss von anfangs 15 Ingenieuren, Wissenschaftlern und Technikern machte sich unter der Leitung des zwielichtigen Howard Scott zunächst zur Aufgabe, die Verschwendung des kapitalistischen Systems zu dokumentieren. Der Konservatismus und die florierende Wirtschaft der 1920er Jahre kamen dem Vorhaben allerdings in die Quere. Es mangelte an politischer Unterstützung. Kapitalismuskritik passte nicht zum Zeitgeist. So löste man die Gruppe bereits zwei Jahre nach ihrer Gründung und unvollendeter Dinge wieder auf.

Doch Howard Scott gab sich nicht geschlagen. Er war getrieben vom Gedanken, die ultimative Lösung zu finden. Und von seinem Geltungsdrang als »*Emporkömmling von Greenwich Village*« ohne anerkannte akademische Bildung. Er wollte die Welt neu organisieren. So gründete er gemeinsam mit M. King Hubbert, den er Anfang der 1930er Jahre kennenlernte, im Jahre 1933 die »Technocracy Incorporated«. Hubbert hatte erst kurz davor begonnen, an der »Columbia University« zu arbeiten. Die Elite-Universität schien den radikalen Ideen der technokratischen Vordenker etwas abgewinnen zu können. Scott und Hubbert durften sich mit ihrer neuen Unternehmung auf dem Campus in New York einrichten. Fortan teilte sich die »Technocracy Incorporated« ein ganzes Stockwerk mit dem noch kleinen Team des 1911 gegründeten Unternehmens IBM, das bereits der Entwicklung des modernen Computers auf der Spur war – und parallel die deutschen Nationalsozialisten massiv unterstützte, unter anderem bei der Transportlogistik.

Der Chicago Tribune berichtete im Jahr 2001, wie die IBM-Hollerith-Maschinen den strategischen Partnern von IBM in Nazi-Deutschland dabei halfen, die unzähligen Bahntransporte zu organisieren, die KZ-Häftlinge in Viehwaggons zu den diversen Vernichtungslagern transportierten. Leider sind viele der entsprechenden IBM-Unterlagen aus jener Zeit auf mysteriöse Art und Weise aus Bibliotheken und Archiven verschwunden, sodass Details und Umfang der Förderung von Nazi-Deutschland durch IBM nur noch lückenhaft zu rekonstruieren sind. Mit Scott und Hubbert verstand sich das IBM-Team an der Columbia Universität aber vermutlich prächtig. Denn es handelte sich wohl bei beiden Teams um eine Ansammlung von genialen bis wahnsinnigen Nerds, die ihrer Zeit in Vielem weit voraus war.

Im Jahr 1933 publizierten die Technokraten ihr Konzept in Form eines Dokumentes mit dem Titel »Introduction to Tech-

nocracy«. Dieses gilt als Bibel der technokratischen Ideologie und markiert bis heute das Fundament, auf dem die Bewegung fußt. Und nach dem Börsencrash von 1929 fielen die Ideen von Scott und Hubbert nun auch auf fruchtbaren Boden. Die vom »Schwarzen Donnerstag« ausgelöste Weltwirtschaftskrise hatte das Vertrauen gegenüber dem kapitalistischen System nachhaltig zerstört. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft lechzten nach neuen Ideen und Lösungen für die sozioökonomische Misere. Die Technokratie-Bewegung erlebte einen veritablen Boom.

Überall in den Vereinigten Staaten gründeten sich Ortsgruppen, die regelmäßige Treffen organisierten. Das Magazin »The Technocrat« wurde aufgelegt. In der Hochphase zählte die Bewegung allein an der Ostküste der USA über eine halbe Million offizielle Mitglieder. Die Ideologie expandierte rasch nach Kanada, Deutschland und viele andere Länder. Nach 1948 flaute die Begeisterung für das Thema etwas ab. Trotzdem betreibt die »Technocracy Incorporated« bis heute eine eigene Webseite, gibt einen monatlichen Newsletter heraus und organisiert Konferenzen.

Anhand dieser Geschichte könnte man annehmen, es handele sich beim Konzept der Technokratie um die Ausgeburt von ein paar avantgardistischen Wissenschaftlern und Utopisten, die außer ein paar netten Theorien nichts zustande gebracht haben. Doch weit gefehlt. Denn auch wenn die ursprüngliche Bewegung an Momentum verlor, Ortsgruppen aufgelöst und Print-Magazine eingestellt wurden, hatte die Ideologie der verbrauchsgesteuerten Kontrolle der Welt Anhänger in den höchsten Kreisen gefunden. Hochfinanz und Geostrategen in der US-Politik realisierten sehr früh, dass ihnen mit der technokratischen Ideologie ein Werkzeug an die Hand gegeben wurde, mit dem sie ihre totalitären Visionen von Monopolismus, Hegemonie und Bevölkerungskontrolle auf globaler Ebene umsetzen konnten.

So beschlossen die Finanz-Oligarchen der US-Hegemonie schon in den 1930er Jahren, China zum Versuchslabor für das Modell einer technokratischen Gesellschaft zu machen – zur perfekten, weil unsichtbaren und gesichtslosen Diktatur. Zum bürokratisch-digitalen Monster. Im Zuge der Nixon-Administration wurde intensiv an der Öffnung Chinas gen Westen gearbeitet. Vorgeblich, um das Land in seiner ökonomischen Entwicklung zu unterstützen. Henry Kissinger, enger Vertrauter der Rockefeller-Dynastie, reiste in diesem Zeitraum mehrfach in die Volksrepublik und etablierte vertrauensvolle Kontakte mit der chinesischen Führung. Doch nicht nur die Rockefellers waren an China interessiert. Auch US-Präsident Nixon war 1972 persönlich in Peking und schüttelte dem Massenmörder Mao freudig die Hand, wie Originalaufnahmen des Treffens belegen. Zbigniew Brzezinski, neben Kissinger einer der wichtigsten Geo-Strategen der US-Regierung, empfing den chinesischen Diktator etwas später gar in seinem Haus in den Vereinigten Staaten.

Allerdings waren es in der Folge nicht chinesische Unternehmen, die für den rasanten Aufbau von Infrastruktur und den wirtschaftlichen Aufstieg Chinas Sorge trugen. Das erzählte man lediglich der Öffentlichkeit. Tatsächlich waren es die Konzerne des militärisch-industriellen Komplexes und Tarnfirmen der CIA, die illegal in China aktiv wurden und Kapital sowie technisches Know-How aus den Vereinigten Staaten zur Verfügung stellten. Denn Kissinger und Nixon verkauften Mao Zedong nicht das Konzept der freien Marktwirtschaft, sondern mutmaßlich jenes der Technokratie. Diese Umstände, sowie die aus dem technokratischen Saatgut erwachsenen Machtstrukturen im modernen China, beleuchtete das TIME-Magazine in einem Artikel vom 27. Juni 2001, der beschreibt, wie der technokratische Ansatz in den 1970er- und 1980er-Jahren sowie im Kontext des chinesischen Neo-Autoritarismus immer stärker an Bedeutung gewann.

Wie weit das Pilotprojekt der Technokraten in der Volksrepublik gediehen ist, zeigen aktuelle Bilder aus China, wo die Bevölkerung mit immer neuen Corona-Lockdowns und totalitären, technologischen Übergriffen gefügig gehalten wird. Das Smartphone dient den Machthabern als Fußfessel. Wer den erlaubten Bewegungsradius verlässt, Test-Zyklen nicht einhält oder kritische Nachrichten verfasst, muss mit staatlichen Sanktionen rechnen. Automatisiert. Wer bei Lockdowns zu viel Zeit auf seinem Balkon verbringt, bekommt Besuch von einer Drohne, die den Freigänger unter Androhung von Sanktionen auffordert, sich in den Innenräumen aufzuhalten. Auf den Straßen patrouillieren Roboter. Widerstand ist zwecklos und verhallt in anonymen, zunehmend digitalen Räumen einer nicht greifbaren Bürokratie. Sinnbildlich für dieses dystopische System ist der Umstand, dass Delinquenten und Kriminelle in China künftig von einem virtuellen Richter verurteilt werden sollen.

Dieses groteske Beispiel systematischer Entmenschlichung führt zum Kern der technokratischen Ideologie – denn die Technokraten vertraten von Beginn an den Standpunkt, dass Regierungen, Staaten, Währungen und auch unprofitable Menschen in einem perfekten System obsolet sind. Die Steuerung der Welt müsse primär über den Energieverbrauch erfolgen, da nur dieses Vorgehen eine optimale Nutzung der vorhandenen Ressourcen garantiere. Zudem, so die Überzeugung der Technokraten, ist Technologie nicht bestechlich, weniger fehleranfällig und frei von humanen Störfaktoren wie Moral, Ethik oder Empathie, die einem effizienten Energie-Management im Wege stehen. Aus diesem Grund ergänzen Kollektivismus, Korporatismus, Digitalisierung, Eugenik und Transhumanismus das Konzept der Technokraten perfekt – oder sind integraler Bestandteil desselben, auch wenn diese Denkmodelle nicht dezidiert benannt werden. Denn sie ergeben sich logisch, wenn man das technokratische Ziel der effizienten Nutzung vorhandener Energie radikal zu Ende denkt.

Aus diesem Blickwinkel betrachtet, erscheinen die omnipräsenten UN-Nachhaltigkeitsziele, die Reduktion des individuellen CO_2-Fußabdruckes oder die eifrig postulierte Klima-Apokalypse in einem anderen Licht. Denn während diese Themen vordergründig den Eindruck erwecken, zum Wohle der Allgemeinheit verfolgt zu werden – um die Welt zu retten – sind sie im Kontext technokratischer Ideologie nichts weiter als totalitäre Kontrollwerkzeuge. Denn für den Technokraten sind auch die Natur und der Homo sapiens nichts weiter als Ressourcen, die es effizient und emotionslos zu verwalten gilt.

So hat die »Technocracy Incorporated« noch 2016 eine Projektgruppe namens Transition Plan 2016 ins Leben gerufen, um Konzepte für einen Systemwechsel zu erarbeiten. Weg vom aktuellen, auf konstantes Wachstum getrimmten Kapitalismus – hin zur nachhaltigen, zentralisierten Energiewirtschaft. Dass dies wenig mehr als ein Euphemismus ist, sollte nach den vorangegangenen Ausführungen offensichtlich sein.

Natürlich ist die heutige »Technocracy Incorporated« wenig mehr als ein Verein, der sich der Nachlassverwaltung und Mitgliederpflege widmet, die ursprünglichen Ziele der Bewegung aber werden mit mehr Nachdruck verfolgt als jemals zuvor. Denn bei genauerer Betrachtung ist die humanistisch wie ökologisch anmutende »Agenda 2030« der Vereinten Nationen nichts anderes als eine Neuauflage technokratischer Grundsätze. Das zeigt ein Blick in die eingangs verlinkte Technokraten-Bibel von 1933.

Lediglich die Formulierungen der »Sustainable Development Goals« (SDG, Nachhaltigkeitsziele) haben sich dem Zeitgeist und psychologischen Erkenntnissen zur Kontrolle der Massen untergeordnet. Wer mag schon Einwände gegen Inklusion, Nachhaltigkeit und Emissionsreduktion vorbringen? Dabei verbergen sich hinter vielen der flauschig formulierten UN-Ziele, wie dem Recht auf eine Identität, eher Pflichten. In die-

sem Falle nämlich die Pflicht des Staates, jedem Menschen auf dem Planeten bis zum Jahr 2030 eine digitale Identität zuzuweisen – und die Pflicht dieser Menschen, sich jederzeit mit derselben ausweisen zu können.

Denkt man die sozialen Ziele von Technokratie radikal zu Ende, stehen sie für die Abschaffung jeder freiheitlich organisierten Gesellschaft, der freien Marktwirtschaft sowie schlussendlich auch des Geisteswesens, des spirituellen Menschen, der, als Nutzvieh eingestuft, zu Optimierungszwecken nach Ablauf seiner Nutzungsdauer der Euthanasie zugeführt wird.

Dass die Ideologie der Technokratie kein verstaubtes Relikt vergangener Zeiten ist, belegt das Buch »Technokratie in Amerika: Aufstieg des Info-Staates« aus dem Jahr 2016. Der Autor, Parag Khanna, ein umtriebiger Strategieberater und Unternehmer, war Mitglied des »Global Trends Program« des US National Intelligence Council 2030 und scheint besessen von der Idee, die Welt nach technokratischen Vorgaben umzugestalten.

Im besagten Werk gibt er den Advokaten für eine »*Direkte Technokratie*«, ein System des technokratischen Totalitarismus, in dem die Menschen immerhin noch indirekt, nämlich über die von ihnen erzeugten Daten, Einfluss auf ihre Umwelt nehmen können. Wie groß dieser Einfluss sein wird, kann man sich anhand eines Blickes nach China ausmalen. Denn auch dort werden die Menschen vom Staat gerne digital befragt. Ehrliche Antworten zu geben, traut sich aber wohl kaum jemand.

Parag Khannas Buch fand im Dezember 2016 auch den Weg ins renommierte TIME Magazine, das die radikalen Thesen des Autors an prominenter Stelle präsentierte. So werden die alten Ziele der Technokraten mit der »Agenda 2030« nicht nur bereits umgesetzt, Strategen arbeiten auch konstant an deren Verfeinerung. Sie adaptieren und modifizieren die Konzepte

von Scott und Hubbert im Kontext unserer Zeit. Allen gemeinsam ist dabei, dass sie die Wissenschaft zur Religion erheben, zum Absolutismus des 21. Jahrhunderts.

Dass die Menschheit für diese Religion durchaus empfänglich ist, hat der Corona-Kult eindrücklich unter Beweis gestellt. Er hat das Brennglas auf die Identitätskrise der Spezies gerichtet und mehr denn je offenbart, dass viele Menschen mit der modernen Welt und vor allem sich selbst überfordert sind, dass ihnen Werte, Ziele und Selbstbewusstsein schon vor langer Zeit abhandengekommen sind. Sie taumeln haltlos zwischen Abhängigkeiten, Arbeit, Smartphone, Netflix und oberflächlichen Sozialkontakten umher. Nervöse Zerstreuung verdrängt Reflexion. Das macht empfänglich für neue Heilsversprechen, für Herdenwärme und Führung.

Da passt es gut ins Bild, dass WEF-Günstling Yuval Noah Harrari, der in jüngster Zeit vor allem mit seinen irritierenden Prophezeiungen zum Thema Transhumanismus von sich reden machte, schon 2015 die Religion der Zukunft definierte: Dataism. In seinem Buch »Homo Deus – Eine kurze Geschichte von Morgen« beschreibt er, wie alle politischen und sozialen Strukturen als Systeme der Datenverarbeitung betrachtet werden können und Dataismus folglich erklärt, dass »*das Universum aus Datenflüssen besteht und der Wert eines Phänomens oder einer Entität durch seinen Beitrag zur Datenverarbeitung bestimmt wird*«. Deswegen sei das oberste Ziel des Dataisten, den Datenfluss zu maximieren und mehr und mehr Medien miteinander zu verknüpfen. Das ist eben nicht nur Überwachungskapitalismus, die Digitalisierung oder eine »vierte industrielle Revolution« – es ist Technokratie. Doch Harrari versucht mit seinen Thesen, dem kalten Mechanischen einen sakralen Unterbau, eine spirituelle Basis zu verschaffen.

Weiter schreibt er:

»*Wir können die gesamte menschliche Spezies als ein einziges Datenverarbeitungssystem interpretieren, für das jeder einzeln Mensch als Chip dient.*«

Harrari sagt voraus, dass Menschen den Algorithmen in naher Zukunft die Entscheidungsgewalt über die wichtigsten Entscheidungen ihres Lebens übertragen werden, vom Karriereweg über die Partnerwahl bis hin zur medizinischen Behandlung. Und tatsächlich wird der Homo sapiens bereits heute häufiger unterbewusst von seinen eigenen Innovationen gesteuert, als ihm das bewusst ist. Die aktuellen Entwicklungen hinsichtlich Datenschutz und schleichender Aufhebung der Privatsphäre unterstreichen, dass die Büchse der Pandora in diesem Bereich längst sperrangelweit offen steht. Trotz diverser Skandale der jüngeren Vergangenheit, massiven Datenlecks und offensichtlichem Missbrauch von persönlichen Informationen durch Konzerne und Staaten, hält sich der gesamtgesellschaftliche Widerstand gegen die invasiven Pläne von Regierungen und supranationalen Institutionen in Bezug auf den Schutz der eigenen Daten in Grenzen. Denn viele Menschen sind bereit, ihre Freiheit für vermeintliche Sicherheit zu opfern.

Paradebeispiel: Facebook. Der Konzern hatte die persönlichen Daten von etwa 87 Millionen Nutzern veruntreut und der Firma Cambridge Analytica zur Verfügung gestellt. Diese nutze die Informationen unter anderem und illegaler Weise, um analytische Unterstützung für die Wahlkampagnen von Donald Trump und Ted Cruz im Jahr 2016 zu leisten. Außerdem wurde das Unternehmen beschuldigt, im Rahmen des Brexit-Referendums in Großbritannien Daten gesammelt, ausgewertet und zur Manipulation der Öffentlichkeit eingesetzt zu haben. Cambridge Analytica meldete im Jahr 2018 Insolvenz an. Ein Bauernopfer. Denn andere Unternehmen taten davor wie danach exakt das Gleiche – sorgten aber dafür, nicht im Rampenlicht zu stehen.

Damals sorgte dieser Skandal noch für einen Aufschrei in der Bevölkerung und rückte Themen wie personalisierte Werbung (Targeting), Nudging und psychologische Manipulation der Massen in den Fokus. Heutzutage hat man sich anscheinend weitgehend damit abgefunden, dass Konzerne und Regierungen heimlich Daten abgreifen und für ihre fragwürdigen Zwecke verwenden.

Dabei wäre der Facebook-Cambridge-Analytica-Skandal eine Chance gewesen, Unternehmenszweck, Geschäftspraktiken und finanzielle Hintergründe von Mark Zuckerberg's Konzern im Allgemeinen genauer unter die Lupe zu nehmen. Denn was gemeinhin als Start-up eines schrägen IT-Nerds wahrgenommen wird, ist unter Umständen nur die Fortführung eines Projektes der DARPA, einer Forschungseinrichtung des US-Militärs. Diese hatte mit »Life Log« spätestens im Jahr 2003 ein IT-Projekt aufgesetzt, das sich zur Aufgabe gemacht hatte, sämtliche Aktivitäten, Informationen, Interaktionen und Interessen der US-Bürger, ob online oder offline, in einer zentralen Datenbank zu sammeln. Für jeden Menschen sollte es eine Art personalisierte »Timeline« geben, anhand derer die Behörden das gesamte Leben der Person nachvollziehen können. Nachdem die Öffentlichkeit Wind von der Sache bekam, wurde das Life Log-Projekt am 03. Februar 2004 offiziell eingestellt.

Facebook ging genau einen Tag später online, am 04. Februar 2004, mit Startkapital von Investor Peter Thiel, der enge Verbindungen zum militärisch-industriellen Komplex sowie US-Geheimdiensten unterhält, und sammelt seither genau jene Informationen, auf die es die DARPA einstmals abgesehen hatte. Nur, dass die Nutzer diese dem Konzern und seinen Hintermännern nun bereitwillig selbst zur Verfügung stellen.

| 05. Juni 2022

Pest oder Cholera?

»Politik: Den Wählern einzureden, dass politische Gläubigkeit politisches Denken sei.« (Rudolf Rolfs)

Wahlen, beziehungsweise Wahlgrundsätze, sind der heilige Gral des demokratischen Systems. Sie vermitteln den Vielen das Gefühl der Partizipation und legitimieren damit eine repräsentative Herrschaft der Wenigen. Jedweder Zweifel an ihrer ordnungsgemäßen Durchführung gilt im Wertewesten als Häresie. Blasphemiker, wer es wagt, offizielle Wahlergebnisse in Frage zu stellen oder Unregelmäßigkeiten bei Stimmabgabe, -auszählung und Hochrechnungen zu kritisieren. Dabei legen historische Ereignisse sowie aktuelle Beispiele nahe, dass auch jener vermeintlich unantastbare Kernprozess des demokratischen Systems längst nicht so vertrauenswürdig ist, wie der Staat seine Bürger gerne glauben macht.

Um Wahlen überhaupt ernst nehmen zu können, um partizipative, demokratische Prozesse tatsächlich gesamtgesellschaftlich zu leben, bedürfte es zunächst einmal einer fundierten und freien politischen Willensbildung des Individuums. Dass der Lebensraum des wertewestlichen Normalbürgers dies schon lange nicht mehr garantieren kann, müsste spätestens im Verlauf der vergangenen zwei Dekaden offensichtlich geworden sein. Propaganda, Nudging und Social Engineering lassen die Fahnen der Massen nicht erst seit Corona stets in staatlich goutierter Windrichtung wehen.

»Demokratische Politik wird nach wie vor nach dem Sieger-Verlierer-Prinzip entschieden. Das überlieferte Mehrheitsprinzip setzt den Kampf um Sieg oder Niederlage fort. Es erzeugt Konflikte, spaltet die Gesellschaft und hinterlässt feindliche La-

ger. Ein Großteil der aufgewendeten Energie wird im Gegeneinander verbraucht, selbstverständlich auch zu Lasten des Gemeinwohls.« (Siegfried Schrotta, Lebendige Demokratie)

Weiterhin müsste eine Demokratie – wenn man diese Staatsform denn als Optimum anstrebt, obwohl sie auch nicht mehr ist als eine simple Kosten-Nutzen-Analyse der herrschenden Kaste – gnadenlos basisdemokratisch und dezentral organisiert sein. Der föderale Bundesstaat wäre mittels eines Milizparlamentes zu steuern, ähnlich dem Modell der Schweiz. Auch das Konzept der Landsgemeinde mit öffentlicher, namentlicher Abstimmung wäre denkbar. Zweifellos jedoch braucht es strikt regulierte Amtszeiten und Volksreferenden zu praktisch allen politischen Fragen. Keine Berufspolitiker, keine Lobbyisten, Public-Private-Partnerships, NGOs und supranationale Organisationen, die den Souverän nach Belieben manipulieren und instrumentalisieren, um übergeordnete Interessen zu verfolgen. Wären all diese Voraussetzungen erfüllt, dann wären Wahlen tatsächlich etwas wert.

Dies ist augenscheinlich nicht der Fall. Von einer echten Demokratie ist die Bundesrepublik Deutschland ebenso meilenweit entfernt wie jedes andere europäische Land. Das wird schon daran deutlich, dass der generelle Kurs der Regierung auch bei einem Wechsel des Parteienspektrums an der Spitze kaum einen signifikanten Wandel erfährt. Wahlversprechen bleiben heiße Luft, egal wer sie abgibt.

Noch frappierender ist die Situation in den USA, dem Aushängeschild des vermeintlich freiheitlich organisierten Wertewestens, wo gerade einmal zwei Parteien den Pluralismus des riesigen Landes und seiner strukturell, sozial und ökonomisch völlig unterschiedlichen Bundesstaaten verkörpern sollen. Spitzenpolitik in den USA ist ein geradezu obszönes Schauspiel reicher Oligarchen. Ernsthafte Chancen auf einen Senatorenposten oder das Präsidentenamt hat nur, wer sich ein ein-

flussreiches Netzwerk im Establishment aufgebaut hat und für seine Kampagnen dutzende von Millionen US-Dollar an Spenden akquirieren kann. Ob Bush, Biden, Clinton, Obama oder Trump den Grüßaugust mimt, macht keinen Unterschied.

Und auch in den anderen Fassadendemokratien unserer Zeit sind Wahlen nichts anderes als Show. Entertainment für den politisch nicht vollends verdrossenen Bürger. Ein Sedativum für die tumb gehaltene Masse, die in unsicheren, chaotischen Zeiten nach Orientierung oder Führung sucht. Das alte Sprichwort, das unter anderem Mark Twain und Kurt Tucholsky zugeschrieben wird und besagt, dass Wahlen verboten wären, wenn sie etwas ändern könnten, hat die Situation selten treffender beschrieben als heute. Auch ein süffisanter Kommentar von Horst Seehofer, den er einstmals in der TV-Sendung »Pelzig unterhält sich« abgab, beschreibt den Einfluss von Wahlen in der modernen Demokratie sehr anschaulich:

»Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt. Und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.«

Bezeichnend ist die bedrückende Stille des Publikums, dem in den Momenten nach diesem von Seehofer durchaus ernsthaft vorgetragenen Satz das Lachen geradezu im Halse stecken bleibt. Leider scheint aber auch die Offenbarung des CSU-Veteranen den Glauben an das politische Kasperltheater nicht nachhaltig gestört zu haben. Denn auch wenn die Wahlbeteiligung in der Bevölkerung seit langem konstant abnimmt, legitimiert immer noch ein Großteil der Menschen die eigene Unterdrückung durch das Ritual der Stimmabgabe. Selbst die Wahl zwischen Pest und Cholera lässt sich eben noch als Wahl verkaufen. Das gesamte repräsentative System moderner Regierungen fußt auf Lug und Betrug. Und auf dem geradezu religiös anmutenden Glauben großer Teile der Bevölkerung, mittels Wahlen Einfluss auf dieses System nehmen zu können. Wenn auch nur indirekt und minimal. Ein kleiner Funken

Hoffnung auf Veränderung genügt, um die Menschen weiter an die Heilsversprechen der modernen Demokratien binden zu können und um die Flagge zu scharen. Dieser hauchdünne Hoffnungsschimmer auf Erlösung, die nächste Richtungswahl, den großen Wurf oder Anführer, ist der seidene Faden, an dem die Stabilität der westlichen Demokratien hängt. So ist der moderne Staat permanent bemüht, jeglichen Zweifel an der Legitimität seiner Prozesse zu bekämpfen. Dazu passen aktuelle Meldungen, nach denen die ANTIFA-nahe Innenministerin Deutschlands, Nancy Faeser, plant, die »*Delegitimierung des Staates*« härter zu verfolgen. Übersetzt aus dem Neusprech bedeutet dies, dass Kritik an Politikern, Polemik, ein Text wie dieser, oder im schlimmsten Fall sogar Satire, an die Grenze zum Straftatbestand gerückt werden. Wer solche Zustände noch für demokratisch hält, glaubt sicher auch daran, dass die Rüstungsindustrie am Weltfrieden arbeitet.

Auch in den USA zeigt sich derzeit einmal mehr, was der Grundsatz von Partizipation und die abgegebene Stimme des Wahlberechtigten noch wert sind. Am 08. Juni 2022 berichtet zunächst der Washington Examiner, dass ein ehemaliger Repräsentant des Bundesstaates Pennsylvania sich des Wahlbetrugs schuldig bekannt hat. Der 79 Jahre alte Michael Myers gab Fälschung von Stimmzetteln, Bestechung, Behinderung von Ermittlungsbehörden und Verschwörung zur großflächigen Manipulation von Stimmen zu Gunsten der Demokraten bei den Wahlen 2014 und 2018 zu. Am gleichen Tag veröffentlichte U.S. News einen Artikel über ein Mitglied der republikanischen Partei in New York, das im Zuge eines ähnlich gelagerten Verfahrens wegen Wahlbetrugs angeklagt war, sich aber schlussendlich mit einem Deal vor schwerwiegenderen juristischen Konsequenzen retten konnte. Neben diesen personenbezogenen Problemen und der Korrumpierbarkeit von Machtmenschen, stehen in den Vereinigten Staaten vor allem die Dominion-Wahlmaschinen immer wieder im Zentrum der Kritik.

So veröffentlichte der konservative Ex-US-Army-Kader Dr. Rich Swier am 16. Juni 2022 einen deutlichen Text mit dem Titel »*Wahlmaschinen zerstören weiterhin das Vertrauen in unsere Wahlen*«. Und am Folgetag berichtete »FreePressers« über neue juristische Probleme diesbezüglich in New Mexiko. Auch wenn das Unternehmen immer wieder steif und fest behauptet, seine Wahlmaschinen seien sicher, häufen sich die Beschwerden über Dominon von Wahl zu Wahl. Zudem ist weiterhin ungeklärt, warum die Dominion-Maschinen während der Wahl überhaupt an das Internet angebunden sind und die Software offensichtlich Möglichkeiten retrograder Anpassung von Daten bietet. Leider dürfte es dennoch nur eine Frage der Zeit sein, bis diese Systeme auch im Rest der Welt Verbreitung finden. Die »Heritage Foundation« hat zwischenzeitlich eine Datenbank eingerichtet, auf der Informationen zu aktuellen Fällen von Wahlbetrug in den USA zusammengetragen werden. Und die Zahlen sprechen für sich. Gelistet sind derzeit zum Beispiel 1.357 bestätigte Fälle von Wahlbetrug und 1.167 offizielle Strafbefehle diesbezüglich. Nicht gerade wenig für die selbsternannte Weltpolizei westlicher Werte. Und die Dunkelziffer dürfte – wie immer – deutlich höher sein.

Doch auch im besten Deutschland aller Zeiten ist wenig von dem Gold, was glänzt. So zieht der Skandal um den Wahlbetrug in Berlin im Rahmen der letzten Bundestagswahl immer weitere Kreise. Der Tagesspiegel hatte bereits am 22. September 2021 auf Diskrepanzen beim Endergebnis in der Hauptstadt hingewiesen. Und auch Anonymous News schrieb neben vielen anderen Outlets schon am 30. September 2021 über die diversen Unstimmigkeiten bei der Stimmabgabe in Berlin. Selbst in Österreich machte der Skandal seine Runde. Nachdem etwaige Verfehlungen von offiziellen Stellen bisher jedoch stets rigoros von der Hand gewiesen wurden, scheint mittlerweile sogar eine Wiederholung der Bundestagswahl möglich. RND zitiert den Wahlleiter Georg Thiel in einem Artikel vom 24. Mai 2022 mit der Feststellung, dass die Durch-

führung der Bundestagswahl in Berlin ein »*komplettes systematisches Versagen der Wahlorganisation*« darstelle. Nicht sehr vertrauenerweckend, dieses Fazit. Ähnliche Erosionserscheinungen demokratischer Prozesse zeigten sich vor nicht allzu langer Zeit auch in Großbritannien. Dort gab es heftige Kritik und Auseinandersetzungen um die Wahlen im Jahr 2019. Auch wenn die Wahlkommission im offiziellen Ergebnis natürlich zum Schluss kam, dass ein großflächiger Wahlbetrug nicht stattgefunden habe, bleibt ein bitterer Nachgeschmack. Denn schon im Jahr 2017 gab es Aufruhr bei den ohnehin vorgezogenen Wahlen zum Unterhaus. Wie die BBC am 02. März 2018 berichtete, gingen bei der Wahlkommission damals unter anderem über 1.000 E-Mails ein – und 60 Briefe von 47 Parlamentsmitgliedern. Auch in Frankreich läuft es für die demokratische Idee nicht ideal. Der frühere Stabschef von Ex-Präsident Nicolas Sarkozy, Claude Gueant, wurde Anfang 2022 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil er über sieben Millionen Euro für die Manipulation von Umfragen veruntreut hatte. France24 berichtete. Sarkozy selbst war im Jahr zuvor gleich mehrmals angeklagt und ebenfalls zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Zum einen wegen Betrug im Rahmen seiner Wahlkampagne im Jahr 2012, zum anderen gleich drei Mal wegen Korruption. Auch in der »Grande Nation« scheint die Arroganz der Neofeudalisten also kaum Grenzen zu kennen.

So könnte diese Aufzählung ewig weitergehen. Denn Wahlbetrug ist an der Tagesordnung. War er schon immer. Genau wie die Manipulation von Meinungen, Medien, Umfragen und Hochrechnungen, um das Stimmungsbild in der Bevölkerung zu manipulieren. Korruption, heutzutage bevorzugt unter dem Label *Kooperation* vermarktet, bestimmt das System. Das ist auch absolut logisch und folgerichtig. Denn es herrscht eben schon seit langer Zeit keine Demokratie mehr, sondern ein technokratischer Korporatismus. Und dieses System kennt kein politisches Spektrum, kein links oder rechts. Nur oben und unten.

Aus diesem Grund lässt es sich wohl auch kaum mit Hilfe seiner eigenen Prozesse, Methoden oder Institutionen verändern. Zum Glück wird es aber irgendwann an seiner eigenen Arroganz scheitern, so wie alle Imperien.

In der Zwischenzeit gilt es, neue Ideen zu entwickeln, alternative Strukturen aufzubauen und so weit als möglich unabhängig von einem paternalistischen Staat, einer monopolisierenden Plattform-Ökonomie und oligarchischen Finanz-Kartellen zu werden. Das klingt nach einer Herkulesaufgabe, fängt aber ganz praktisch bei jedem selbst an. Denn wer nicht bereit ist, seine Komfortzone zu verlassen, für seine Werte einzustehen, die Stimme zu erheben, entsprechende Apps zu löschen, Karten zu kündigen und Unternehmen zu boykottieren, bekommt schlussendlich die Herrschaft, die er verdient. Nonkonformistische Strömungen sind in diesen Zeiten darauf angewiesen, zumindest temporär und über ideologische Differenzen hinweg zusammenzuarbeiten, um ein ausreichendes soziales Momentum für fundamentale Veränderungen zu erzeugen. Denn mit Wahlen ist kein Blumentopf zu gewinnen. Wie ein pragmatischer Kurs hin zu einer echten Basisdemokratie aussehen könnte, beschreibt anschaulich ein lesenswerter Text von Friedemann Willemer, der am 17. Juni 2022 unter dem Titel »*Die verfassungskonforme Revolution*« bei apolut.net veröffentlicht wurde.

Um das von Willemer beschriebene Ergebnis zu erreichen, bedarf es allerdings einer echten Massenbewegung. Das bedeutet nicht, dass 80 Prozent der Bevölkerung sich daran beteiligen müssen. Aber etwas mehr als ein zermürbter, zerstreuter und zerstrittener Widerstand muss es schon sein. Noch immer dreht sich eine Vielzahl der lösungsorientierten Diskussionen um Denkmodelle und Gesellschaftsformen, die das herrschende System längst überwunden hat und nur noch zur Bespaßung der Massen am Leben erhält. So interessant Gespräche über Vor- und Nachteile von Demokratie, Sozialismus,

Kommunismus, liberale Ansätze et cetera sein mögen – sie führen ins Leere. Denn ein zukunftsträchtiges Gesellschaftsmodell, das Autonomie, Wohlstand und sozialen Frieden für alle ermöglicht, besteht vermutlich aus Elementen der Basisdemokratie, der Privatrechtsgesellschaft und des Sozialismus. Wer verbissen eines der gängigen Konzepte und dessen Ideologie verteidigt, ist Teil des Problems.

Denn die tunnelblickartige Auseinandersetzung um einen vermeintlichen Königsweg ist selten konstruktiv. Im Gegenteil. Sie sorgt in den zu konstruktivem Widerstand bereiten Teilen der Opposition für zusätzliche Fragmentierung. Und das spielt lediglich der herrschenden Kaste in die Karten. Diese kann sich in Zeiten ökonomischer Turbulenzen, im Lichte von Wokeness, Cancel Culture, Gender-Wahnsinn, Neusprech und Permakrise nämlich darauf verlassen, dass »Divide et impera« besser funktioniert, als es sich die Römer, die von der Strategie bereits erfolgreich Gebrauch machten, jemals hätten ausmalen können. So wird wohl zunächst das passieren, was in der Geschichte der menschlichen Zivilisation in regelmäßigen Abständen immer wieder passiert – es muss erst deutlich schlimmer werden, bevor es besser werden kann. Dabei bleibt zu hoffen, dass nach dem Kollaps des nächsten Imperiums nicht einfach eine neue Garde machthungriger Ideologen und Weltverbesserer die Leitung übernimmt, sondern eine geeinte Menschheitsfamilie, die selbstbestimmt im Einklang mit ihrer Umwelt leben möchte.

»Alle Tyrannen herrschen mit Betrug und Gewalt. Aber wenn der Betrug aufgeflogen ist, müssen sie sich ganz auf Gewalt verlassen.« (George Orwell)

| 19. Juni 2022

Tragik und Hoffnung

»Die Mächte des Finanzkapitals hatten ein (...) weit gestecktes Ziel, und zwar kein geringeres als die Errichtung eines Systems der weltweiten Finanzkontrolle in privaten Händen, das in der Lage ist, das politische System jeden Landes und die Weltwirtschaft zu beherrschen.« (Carroll Quigley)

Inkompetenz, Unvermögen, mangelnde Fachkenntnis, Solidarität, Sozialer Druck, Ideologie, Fraktionszwang, Dummheit, Ignoranz, Gier, Machtbesessenheit – oder schlicht Zufall. Mit diesen und diversen anderen Einordnungen versuchen sich nicht wenige Menschen, auch solche, die dem offiziellen Kurs oder Narrativ des Tages kritisch gegenüberstehen, die abstrusen Vorgänge der vergangenen zweieinhalb Jahre sowie das Handeln von in der Öffentlichkeit stehenden Schlüsselpersonen zu erklären.

Selbst skeptische und gut informierte Zeitgenossen weigern sich jedoch häufig vehement, anzuerkennen, dass zum Beispiel das international konzertierte Vorgehen im Zuge der Corona-Krise kein Zufall gewesen ist. Dass es einen Plan gegeben haben könnte. Dass Krisen von Interessengruppen bewusst herbeigeführt oder amplifiziert werden, um das disruptive Momentum für andernfalls schwerlich zu rechtfertigende Veränderungsprozesse zu nutzen. Und noch verheerender – dass Wahlen, Prognosen, Umfragen und Hochrechnungen manipuliert sind. Das gesamte System reine Fassade? Das kann und darf nicht sein. Obwohl selbst eine Studie der elitären Princeton Universität aus dem Jahr 2014 zu dem für jeden Demokraten ernüchternden Ergebnis kam, dass keine Korrelation zwischen dem, was der US-Wähler möchte und der tatsächli-

chen Vorgehensweise der Regierung festzustellen ist. Dass der Staat sich nicht primär um die Bevölkerung sorgt und kriminelle Absprachen, Vereinigungen und Verschwörungen eher die Regel als die Ausnahme sind, stellt vor allem die amerikanische Regierung immer wieder unverhohlen unter Beweis.

Ob Watergate, Iran-Contra oder die Ermordung von John F. Kennedy, ob Sterilisation von 70.000 Ureinwohnern, staatlich organisierter Terrorismus in Südamerika, illegale Versuche an Menschen im Zuge des MKUltra-Programms, Missbrauch von Obdachlosen für medizinische Tests oder gar die heimliche, atomare Verseuchung dreier US-Kleinstädte während Operation Green Run – die Vielzahl an kriminellen Übergriffigkeiten der US-Regierung gegenüber der eigenen Bevölkerung ist schier unglaublich. Wer sich selbst von den Skrupellosigkeiten überzeugen will, die der Staat seinen Bürgern im Land der unbegrenzten Möglichkeiten antat und -tut, findet im virtuellen Lesesaal der CIA sehr viel Material.

Denn durch den »Freedom of Information Act« sind nun eine Vielzahl ehemals klassifizierter Dokumente für jedermann zugänglich. Sie zeigen: In Washington und vor allem Langley war man sich wirklich für nichts zu schade. Warum sollte das heutzutage anders sein, wo dem digital-finanziellen und militärisch-industriellen Komplex heute viel effizientere Methoden und Werkzeuge zur Verfügung stehen als jemals zuvor?

So nimmt Politik in der Spätmoderne die Position ein, die die Kirche im Mittelalter innehatte. Die Reden und Apelle der vermeintlichen Volksvertreter sind die Predigten – und die in regelmäßigem Turnus zu wiederholenden Wahlen die Glaubensbekenntnisse der Adepten, Jünger und verängstigten wie hörigen Gemeinden. Was das zeitgemäße Pendant zum kirchlichen Ablasshandel ist, sei der Imaginationskraft des Lesers überlassen. An Auswahl mangelt es ja nicht.

Vielen mag es in der dystopischen Gegenwart schlicht an Zeit, Muße und Energie fehlen, um sich im Detail mit all den wilden und verstörenden Ereignissen unserer Zeit, ihren politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Hintergründen sowie ihrem historischen, sozialen oder kulturellen Kontext auseinanderzusetzen. Das ist nachvollziehbar – und ebenfalls kein Zufall. Andere belügen sich selbst, weil Wahrheit sehr verletzend und Selbsterkenntnis äußerst schmerzhaft sein kann. Auf tragische Art und Weise hoffen sie wohl darauf, sich nie mehr selbst wahrnehmen zu müssen. Manche wollen es einfach nicht sehen und gehen ohnehin am liebsten den Weg des geringsten Widerstands. Sie halten sich aus allem raus. Und eine weitere Gruppe besteht vermutlich aus Mittelsmännern, Mitläufern und Mittätern.

Dabei liegen die Fakten auf der Hand und sind in der Regel frei zugänglich. Optimismus ist dahingehend schlicht Mangel an Information. Oder Ignoranz, Boshaftigkeit und Selbstverleugnung. Denn egal ob es um COVID-19, den Ukraine-Krieg, Nahrungsmittelknappheit, Affenpocken, eine Wirtschafts- und Energie-Krise oder die postulierte Klima-Katastrophe geht – für all diese Transformationsprozesse, Krisen-Szenarien oder katalysierenden Events existieren Dokumente offizieller Stellen und verantwortlicher Akteure, die nahelegen, dass der aktuelle Ist-Zustand bewusst herbeigeführt wurde – oder dass Umstände, die zu selbigem führten, zumindest billigend in Kauf genommen wurden. Auch wenn sie der eigenen Bevölkerung ausschließlich zum Nachteil gereichen.

Das bekannteste Beispiel diesbezüglich dürften dieser Tage zwei Publikationen des »World Economic Forum« (WEF) aus Davos sein – »The Great Reset« und »The Great Narrative«. Obwohl das erste Buch klipp und klar darlegt, dass die vermeintliche Pandemie von den Wirtschaftseliten als Chance zur neofeudalen Restrukturierung der Weltwirtschaft sowie des gesellschaftlichen Zusammenlebens betrachtet wird – und ver-

dächtig früh nach Beginn der Corona-Krise erschien –, wird weiterhin gerne in Abrede gestellt, dass es sich beim »Großen Umbruch« um organisierte Kriminalität handelt. Ähnlich der Mafia. Denn man nennt es Verschwörung. Und dieser Begriff ist negativ belegt.

Zudem existiert in den Köpfen vieler Menschen noch immer das Trugbild verrauchter Salons und mystischer Orte, an denen sich heimlich eine Handvoll betagter Herren trifft, um konspirative Pläne zur Erlangung der Weltherrschaft zu schmieden. Sie wollen nicht sehen, dass Klüngel und Korruption heute in aller Öffentlichkeit stattfinden – getarnt als Kooperation. Doch genau das ist mittlerweile der Fall. Die kriminellen Verschwörer unserer Zeit sitzen in Parlamenten, Talkshows, Vorständen und Redaktionen. Die Neofeudalisten der »vierten industriellen Revolution« sind darauf aus, gesellschaftlichen Konsens herzustellen, anstatt sich mit Kontrahenten herumzuschlagen. Denn Widerstand verteuert den Wandel.

Dass dies früher durchaus anders war, ist korrekt. Deswegen hat man die Strategie ja angepasst. Bevor man elitäre Unterfangen wie die Bilderberger-Konferenzen, die Trilaterale Kommission, Chatham House alias Royal Institute of Foreign Affairs, den Council on Foreign Relations und sein deutsches Gegenstück, die Atlantik-Brücke, den US-China Business Council oder den Bohemian Club mit einer vermarktbaren Fassade versah, um Gegnern durch manipulative Öffentlichkeitsarbeit etwas Wind aus den Segeln zu nehmen, operierten diese verschwiegenen Zirkel der herrschenden Kaste präferiert im Geheimen – und bei Gegenwind mit Gewalt. Mit der Verbreitung und Konsolidierung von Massenmedien und vor allem des Internets änderte sich das. Was nicht mehr geheim zu halten war, wurde sukzessive weichgespült und publik gemacht. Bei besonders auffällig inhumanen Unterfangen änderte man zuerst den Namen. So hieß zum Beispiel Foreign Affairs, das offizielle Magazin des Council on Foreign Relati-

ons, bis 1922 noch Journal of Race Development. Das Journal for Biosocial Science der Cambridge University nannte sich bis 1969 The Eugenics Review. Und so weiter.

Zudem: Öffentlich akzeptierte Organisationen zur Umsetzung strategischer Ziele der Hochfinanz waren längst gegründet. Je ausgeprägter sich der Korporatismus gestaltete, desto weniger mussten die Oligarchen selbst in Erscheinung treten. Man herrscht nun indirekt, über die Vereinten Nationen, die WHO, die WTO, den IMF, die OPEC, die Europäische Union oder die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich. Dass die Gründung vieler dieser Organisationen auf das Betreiben einer überschaubaren Anzahl superreicher Oligarchen, Financiers und Familien zurückzuführen ist, ist weder ein Geheimnis noch Fiktion. Denn die Arroganz dieser selbsternannten Herrscherkaste geht so weit, dass sie selbst ausführlich über ihre größenwahnsinnigen Allmachtsphantasien schreibt.

So zum Beispiel David Rockefeller, der als erster Vertreter des Rockefeller-Clans eine Biografie veröffentlichte; obwohl man die Wurzeln der Familie bis ins frühe 17. Jahrhundert und nach Neuwied in der Nähe von Koblenz zurückverfolgen kann. Titel des knapp 700 Seiten starken und im Jahr 2003 erschienenen Buches: »Erinnerungen eines Weltbankiers«. In unverfrorener Unbescheidenheit erklärt der 2017 verstorbene Finanzmogul in seinen Memoiren, wie er zum Thema Globalisierung stand – bei Rockefeller ist das tatsächlich ein Euphemismus für Weltherrschaft – und wie stolz er auf die massive Einflussnahme auf die geopolitischen Verhältnisse mittels von ihm finanzierter, geleiteter oder gegründeter Organisationen wie dem CFR oder der Trilateralen Kommission ist.

»Wir befinden uns am Anfang einer globalen Umwälzung. Alles, was noch fehlt, ist eine große weltweite Krise, bevor die Nationen die neue Weltordnung akzeptieren.« (David Rockefeller, Bilderberger Konferenz 2005)

Weitere Informationen rund um das globalistische Treiben der Rockefellers und ihren erstaunlichen Einfluss auf die Finanz- und Geopolitik des letzten Jahrhunderts finden sich im offiziellen Familienarchiv, Rockefeller Archive Center. Besonders interessant sind hier die Sammlungen zu den von der Familie finanzierten Organisationen, zum Beispiel dem Population Council, dem Social Science Council oder eben der zuvor erwähnten Trilateralen Kommission, die zwar gemäß Erklärung auf der eigenen Webseite von »*Privatpersonen*« gegründet wurde, den Namen des Initiators aber tunlichst unterschlägt. Welchen Einfluss ein generationsübergreifend planender Clan wie die Rockefellers mittels Stiftungen, Think Tanks und NGO-Vehikeln auf die Weltpolitik nehmen kann, dürfte nach Sichtung der familieneigenen Dokumentation unschwer zu erkennen und kaum von der Hand zu weisen sein.

Wie sich der öffentliche Auftritt der superreichen Neofeudalisten im Lauf der Zeit verändert hat, zeigen die Rockefellers ebenfalls exemplarisch. Denn die Familie war ob ihrer ruchlosen Geschäftspraktiken weithin verhasst. Nicht umsonst gaben sich Patriarch John D. Rockefeller und sein Sohn mit Aufkommen des Mediums Fernsehen Mühe, einen Imagewechsel zu vollziehen. Weg vom rücksichtslosen, skrupellosen, zurückgezogenen Großkapitalisten zu Beginn des 20. Jahrhunderts, hin zum spendablen, freundlichen und öffentlich wahrnehmbaren Philanthropen des anbrechenden Medienzeitalters. Der Smithsonian Channel beschreibt es in einem Video-Bericht zum auffälligen Imagewechsel des Rockefeller-Clans treffend mit den Worten:

»*Dank der Verbreitung des Mediums Film kann das Publikum nun das Leben und den Lebensstil der Reichen und Schönen sehen. Die Könige der Diebe werden zu Prominenten.*«

Nun sind die Rockefellers nur ein mächtiger Industriellen-Clan von vielen, der bis heute zweifellos Einfluss auf den Lauf

der Welt nimmt. Vergleichbare Erfolge haben unter anderem die Carnegies zu verzeichnen. Andrew Carnegie veröffentlichte bereits im Jahr 1886 ein Buch, in dem er zur Globalisierung Amerikas aufrief, da nur dieser Kurs zu weltweiter Dominanz des von ihm vertretenen Establishments führen könne. Getarnt als Demokratie.

Ungleich einflussreicher waren die Rothschilds, deren Name aufgrund edler Weine weithin bekannt ist. Selbst die angesichts des tatsächlichen Einflusses der Familie eher knapp bemessene Wikipedia-Seite zum Thema lässt erahnen, welche Möglichkeiten politischer Einflussnahme dieser Familie im Laufe ihrer über 200-jährigen Geschichte offenstanden. Wer mehr darüber erfahren möchte, findet im offiziellen und sehr umfangreichen Familien-Archiv der Familie Rothschild bemerkenswerte Informationen. Seit 1789 beeinflusst der unvorstellbar reiche Clan den Lauf der Welt in nie gekanntem Ausmaß – und das bis heute meist im Verborgenen. Auf den bekannten Ranglisten der Superreichen taucht der Name Rothschild nie auf. Das hat die Familie aufgrund ihres historischen Einflusses sowie ihrer perfide organisierten Unternehmens-, Stiftungs- und Beteiligungsstrukturen gar nicht mehr nötig. Man tritt lediglich mit vordergründig wohltätigen Aktivitäten und ein paar kleinen Privatbanken öffentlich in Erscheinung. Das macht das Haus Rothschild seit langem zur Zielscheibe von Kritikern. Und zwar zurecht. Denn es handelt sich auch in diesem Fall – ganz banal – um organisierte Kriminalität. Dabei spielt überhaupt keine Rolle, dass die Familie jüdische Wurzeln hat. Auch wenn das natürlich die gängige Verteidigungsstrategie des Clans und seiner Unterstützer ist – jedem Kritiker der Rothschilds die Antisemitismus-Keule überzuziehen.

Daher muss an dieser Stelle kurz angemerkt werden, dass ich die Praktiken der Familie genauso anprangern und verurteilen würde, wenn sie einen buddhistischen, muslimischen oder

christlichen Hintergrund hätte. Denn es geht hier nicht um Religionszugehörigkeit, sondern um Betrug, Diebstahl, Wirtschaftskriminalität, Korruption, antidemokratische Umtriebe, Strafvereitelung und Kriegstreiberei zu Lasten der gesamten menschlichen Zivilisation. Auch die verbrieften Hintergründe der seit knapp einem Jahrhundert bestehenden Technokratie-Bewegung, die dunkle Geschichte der Eugenik sowie die Entwicklung von China oder Russland im 20. Jahrhundert geben allen Grund zur Annahme, dass die jüngere Weltgeschichte nicht nur auf plumpen Zufällen basiert und die Dinge organisch ihren Lauf nahmen. Das widerspricht bereits nach Prüfung der bisher angeführten Informationen jeder Logik.

Wer nach Sichtung der vorgängig genannten Dokumente, Belege und Indizien noch immer partout den Standpunkt vertreten möchte, es gäbe keine übergeordneten, langfristigen und internationalen Strategien oder Pläne, die zum aktuellen Status Quo des Planeten und der von der Oligarchie ausgerufenen »regelbasierten Weltordnung« geführt haben, Strategien, die von politischen Spektren, Prozessen und Ereignissen völlig unabhängig sind, findet zusätzliche Anhaltspunkte für diese Arbeitshypothese im Testament von Cecil Rhodes, das als Buch im PDF-Format frei verfügbar ist. Rhodes war einer der einflussreichsten Menschen seiner Zeit und beschrieb in seinem letzten Willen unmissverständlich, wie er gedachte, seinen Visionen von einer Neuordnung der Welt posthum Nachdruck zu verleihen – nämlich durch Gründung von Geheimgesellschaften, die Politik, Wirtschaft und Finanzwelt infiltrieren und nach den Vorstellungen von Rhodes und Konsorten langfristig beeinflussen sollten. Nach seinem Tod führte Lord Alfred Milner, der vor Winston Churchill die britischen Kolonien regierte, seine Pläne weiter und gründete zum Beispiel Milner's Kindergarten, aus dem später die sagenumwobene Round Table Bewegung hervorging – von der man annehmen muss, dass sie heute in Organisationen wie Chatham House, dem CFR, der BIS, dem IMF oder der Trilateralen Kommis-

sion fortbesteht. Denn die Spur des Geldes trügt in der Kriminalistik selten.

»Warum sollten wir nicht eine Geheimgesellschaft mit nur einem Ziel gründen, der Förderung des britischen Empire und der Unterwerfung der ganzen Welt unter britische Herrschaft, für die Wiederherstellung der Vereinigten Staaten, um die angelsächsische Rasse zu einem einzigen Imperium zu machen? Was ein Traum! Aber doch ist es wahrscheinlich, es ist möglich.« (Cecil Rhodes)

Wes Geistes Kind Cecil Rhodes war, verdeutlicht ein weiteres Zitat des einstigen Finanz-Moguls und Namensgebers für Rhodesien (heute Republik Simbabwe):

»*Der Eingeborene ist wie ein Kind zu behandeln und ihm das Wahlrecht abzusprechen. Wir müssen in unseren Beziehungen zur Barbarei Südafrikas ein System der Despotie annehmen, wie es in Indien funktioniert.*«

Manch einer mag nun einwenden, dass es sich hierbei um die machtversessenen, eigenbrötlerischen und faschistoiden Visionen von Einzelpersonen handelt, um betagte Ideen, die mit der Gegenwart nichts zu tun haben. Dass genau dies nicht der Fall ist, zeigen renommierte Akademiker und allgemein anerkannte Fachautoren wie Professor Antony C. Sutton (1925 – 2022) oder Professor Carroll Quigley (1910 – 1977). Ersterer verfasste Bücher wie »*Wall Street und der Aufstieg Hitlers*«, »*Roosevelt und die internationale Hochfinanz*«, »*Wall Street und die Bolschewistische Revolution*« oder »*Trilaterale über Washington*«. Letzteres mit Patrick M. Wood, der bis heute die empfehlenswerte Internetseite technocracy.news betreibt.

Sutton zeigt in seinen Werken mittels fundierter Recherchen auf, welche verdeckt operierenden Kräfte hinter bekannten geschichtlichen Vorgängen wirkten und wirken. Und bei der Lektüre seiner Schriften wird schnell deutlich, es handelt sich

immer wieder um die gleichen einflussreichen Zirkel, die den Lauf der Welt zu ihrem Vorteil beeinflussen. Ob Russland, China oder Hitlers Nazi-Regime – überall hatte die angloamerikanische Hochfinanz ihre Finger im Spiel und machte die Geschichte, wie wir sie heute kennen, erst möglich. Wer sich die Mühe macht, die entsprechenden historischen Belege der vergangenen 100 oder 200 Jahre zu analysieren, kann kaum zu einem anderen Schluss kommen.

»Das Argument, dass die beiden Parteien gegensätzliche Ideale und Strategien vertreten sollten, die eine vielleicht rechts und die andere links, ist eine dumme Idee, die nur für doktrinäre und akademische Denker akzeptabel ist. Stattdessen sollten die beiden Parteien fast identisch sein, damit das amerikanische Volk bei jeder Wahl die Schurken rausschmeißen kann, ohne dass es zu irgendwelchen tiefgreifenden oder umfassenden Kurswechseln kommt.« (Carroll Quigley)

Untermauert werden die Ausführungen von Sutton durch die Arbeiten von Carroll Quigley, der als Professor in Georgetown sowie an den Elite-Universitäten Harvard und Princeton lehrte und aufgrund seiner Kontakte zum US-Establishment Zugang zu den geheimen Archiven und Dokumenten des Council on Foreign Relations oder des Royal Institute of Foreign Affairs erhielt. Sein berühmtester Schüler ist vermutlich Bill Clinton, der seinem ehemaligen Professor bei einer Rede im Jahr 1992 öffentlich dankte. Quigley arbeitete knapp zwanzig Jahre an seinem wohl bekanntesten Buch – »Tragedy and Hope« – einem Wälzer, der je nach Ausgabe bis zu 1.300 Seiten umfasst und 1966 veröffentlicht wurde. Bislang war dieses Lebenswerk nur in einer stark gekürzten Version auf Deutsch erhältlich. Der Kopp-Verlag bietet nun erstmals eine vollständige und kostengünstige Übersetzung des Buches an.

»*Tragödie und Hoffnung – eine Geschichte der Welt in unserer Zeit*« ist deshalb so bedeutend, weil Quigley den mächtigen

Kreisen, über die er schreibt, so nahe war wie kein Autor vor ihm. Das ist der Grund, warum er überhaupt Zugriff auf die sensitiven Informationen erhielt. Ein anderer mag sein, dass er der Agenda der angloamerikanischen Hochfinanz zunächst recht wohlwollend gegenüberstand. Seine mehr als einflussreichen Freunde rechneten wohl nicht damit, dass Quigley ihre geheimen Planungen und antidemokratischen Umtriebe ins Licht der Öffentlichkeit zerren würde. Doch genau das tat er. Auch wenn die »brisanten« Teile des Buches nur circa fünf bis zehn Prozent der über 1.000 Seiten ausmachen, sind diese Abschnitte mehr als entlarvend. Und im Laufe seiner zwei Jahrzehnte überspannenden Arbeit an »Tragedy and Hope« muss Quigley zudem aufgefallen sein, dass die Aktivitäten dieser machtbesoffenen Clique von superreichen Globalisten eben nicht unterstützenswert, sondern zu verurteilen sind. Folgende Auszüge aus seinem Buch unterstreichen diese Annahme:

»*Zum ersten Mal in ihrer Geschichte ist die westliche Zivilisation in Gefahr, intern von einer korrupten, kriminellen herrschenden Kabale zerstört zu werden, die sich um die Interessen von Rockefeller dreht, zu denen Elemente von Morgan, Brown, Rothschild, Du Pont, Harriman und Kuhn gehören - Loeb und auch andere Gruppierungen. Diese Junta übernahm in den ersten zwei Jahrzehnten des zwanzigsten Jahrhunderts die Kontrolle über das politische, finanzielle und kulturelle Leben Amerikas*. (…) *Dieses System sollte auf feudalistische Weise von den Zentralbanken der Welt kontrolliert werden, die gemeinsam handelten, durch geheime Vereinbarungen, die in häufigen Sitzungen und Konferenzen erzielt wurden. Die Spitze des Systems sollte die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel, Schweiz, sein, eine Privatbank im Besitz und unter der Kontrolle der Zentralbanken der Welt, die selbst Privatunternehmen sind. Jede Zentralbank (...) versuchte, ihre Regierung durch ihre Fähigkeit zu dominieren, Staatsanleihen zu kontrollieren, Devisen zu manipulieren, das Niveau der Wirtschaftstätigkeit im Land zu beeinflussen und*

Genossenschaftspolitiker durch daraus resultierende wirtschaftliche Belohnungen in der Geschäftswelt zu beeinflussen.« (Carroll Quigley, Tragedy and Hope)

Die persönlichen und beruflichen Konsequenzen, die Quigley nach der Veröffentlichung von »Tragedy and Hope« zu tragen hatte, erinnern an die heutige Cancel Culture. Denn trotz seiner unbestrittenen Reputation als exzellenter Akademiker, Historiker und Autor, wurde er von den Gruppen, die er mit seinem Werk bloßgestellt hatte, angegriffen, gemieden und diffamiert. Finanzierungen für seine Forschungsarbeit wurden gestrichen.

In der Öffentlichkeit wurde ihm vor allem der Vorwurf gemacht, in »Tragedy and Hope« keine Quellenangaben ausgewiesen zu haben. Bedenkt man jedoch, dass seine Recherchen primär auf vertraulichen Dokumenten beruhten, die niemandem vor oder nach ihm zur Verfügung gestellt wurden und die als geheim oder nicht existent galten, macht der Verzicht auf Fußnoten natürlich Sinn. Aus diesen Vorkommnissen zog Quigley jedoch seine Lehren. Sein nächstes Buch – The Anglo-American Establishment: From Rhodes to Cliveden – hielt er zurück, obwohl es schon seit Ende der 60er Jahre fertiggestellt war, und verfügte, dass es erst nach seinem Ableben veröffentlicht werden dürfe. So geschehen im Jahr 1981, vier Jahre nach dem Tod von Carroll Quigley. Was er in »Tragedy and Hope« aus nachvollziehbaren Gründen noch vermissen ließ, Quellenangaben, Fußnoten und Zitate, lieferte er mit diesem Werk posthum nach – und räumte damit jeden Zweifel an der Seriosität seiner zuvor angeführten Thesen aus.

»*Professor Carroll Quigley präsentiert entscheidende Schlüssel, ohne welche die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts niemals vollständig verstanden werden können.*« (Google Books)

»*Der Leser wird erkennen, dass dies für vergangene, gegenwärtige und zukünftige Ereignisse gilt. Die Rhodes-Stipendien,*

die aufgrund der Bedingungen des siebten Testaments von Cecil Rhodes etabliert wurden, sind jedem bekannt. Weniger bekannt ist, dass Rhodes mittels fünf früherer Testamente sein Vermögen hinterlassen hat, um eine Geheimgesellschaft zu gründen, die sich der Erhaltung und Expansion des britischen Empire widmen sollte. Und was anscheinend niemandem bekannt ist, ist, dass diese Geheimgesellschaft (...) bis heute existiert (...). Diese Gruppe ist, wie ich zeigen werde, eine der wichtigsten historischen Tatsachen des zwanzigsten Jahrhunderts.« (Carroll Quigley)

Nun sind die mehr als 1.000 Seiten von »Tragedy and Hope« keine leichte Kost und den wenigsten Lesern in Gänze zumutbar, wie Quigley damals selbst einräumte. Leider. Denn wären sich mehr Menschen dieser historischen Tatsachen bewusst, erschiene ihnen die Gegenwart in einem völlig anderen Licht. Aus diesem Grund ist es erfreulich, dass sich der amerikanische Autor Joe Plummer die Mühe gemacht hat, das Lebenswerk von Quigley auf ein allgemein verträgliches Maß zu komprimieren. Im Jahr 2014 veröffentlichte Plummer sein nur 224 Seiten umfassendes Buch Tragedy & Hope – The Illusion of Justice, Freedom and Democracy (Tragödie & Hoffnung – Die Illusion von Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie), das die wichtigsten Passagen aus dem Originalwerk zusammenfasst und auf einen für die breite Masse verträglichen Umfang verdichtet. Plummers Zusammenfassung enthält darüber hinaus wertvolle Tipps zu weiterführender Literatur und kurze Erklärungen zu Quigleys Ausführungen, die dem historisch unbewanderten Leser helfen, den Kontext des Originalwerks besser zu verstehen. Auf seiner Webseite stellt Plummer das gesamte Buch kostenlos zur Verfügung, nebst zusätzlichen Notizen, Informationen und Texten, die weitere knapp 600 Seiten umfassen. Ein aufschlussreiches Interview des Historikers Richard Grove mit Joe Plummer aus dem Jahr 2016 findet sich bei YouTube.

Es dürfte unstrittig sein, dass zumindest die Haltung des Staates gegenüber seiner Bevölkerung sowie die Geschichte der vergangenen 100 Jahre angesichts der vorgängig angeführten, historisch belegbaren Informationen aus belastbaren Quellen in einem anderen Licht erscheint, als die Geschichtsbücher lehren. Denn Geschichte schreiben immer die Gewinner. Auch dem eingefleischtesten Skeptiker sollten zumindest leise Zweifel an der offiziellen Darstellung der ein oder anderen wirtschaftlichen, geopolitischen, sozialen oder technologischen Entwicklung kommen. Und am Wohlwollen des Staates gegenüber den auf seinem Territorium lebenden Menschen. Dies vor allem in Anbetracht der Tatsache, dass die Welt des Jahres 2022 frappierende Ähnlichkeiten mit jener Zukunft aufweist, die sich technokratische Neofeudalisten wie Rhodes, Ford, Carnegie, das Haus Sachsen-Coburg und Gotha (seit 1917 Haus Windsor), die Rockefellers oder Rothschilds bereits vor über einem Jahrhundert als das Ideal für ihre herrschende Kaste ausmalten.

»Auf dieser ursprünglich finanziellen Grundlage (...) entstand im 20. Jahrhundert zwischen London und New York ein Machtgefüge, das tief in das Universitätsleben, die Presse und die Praxis der Außenpolitik eindrang.« (Carroll Quigley)

Natürlich steht es trotz dieser geradezu erdrückenden Fülle von belastenden Indizien weiter jedem frei, anzunehmen, dass es sich bei all den Synchronizitäten der jüngeren Geschichte um reinen Zufall handelt. Mit logischem Denken, Kombinationsvermögen und Reflexion hat solch eine Geisteshaltung dann allerdings nur noch wenig zu tun. Glaube ist in diesem Falle wohl die treffendere Beschreibung.

| 24. Juni 2022

Spätrömische Dekadenz 2.0

Von Ungleichverteilung, Machtkonzentration und organisierter Kriminalität des technokratischen Neofeudalismus.

»There's room at the top, they are telling you still – but first you must learn how to smile as you kill.« (John Lennon, Working Class Hero)

Die dreiste Arroganz der herrschenden Klasse ist kaum noch zu überbieten. In regelmäßigen Abständen wird man als Zeitzeuge dazu genötigt, diese Formulierung zu verwenden – nur, um ein paar Stunden, Tage oder Wochen später eines Besseren belehrt zu werden. Sie ist zu überbieten. Jedes Mal aufs Neue. Eine Ungeheuerlichkeit jagt die nächste. Dieses Mal mit einem Flugzeug vom Typ Diamond DA62. Neupreis bei Markteinführung im Jahr 2015: Stolze 920.000 Euro. Fast eine Million. Der Eigentümer – Friedrich Merz, seit 31. Januar 2022 Bundesvorsitzender der CDU. Und das ist nicht das einzige Fluggerät, das der ehemalige Deutschlandchef von Blackrock, der einflussreichsten Vermögensverwaltung der Welt, besitzt. Merz nennt auch eine Maschine vom Typ Socata TBM 900 sein Eigen – Listenpreis 3,7 Millionen US-Dollar. Diese vermietet er über sein Unternehmen »Volatus GmbH & Co. KG« an die »WEPA Industrieholding SE«. Ganz bodenständig also. Ein Mann des Volkes. Das konnte man bereits im Rahmen der sogenannten Millionärsdebatte beobachten, wo Merz mit diversen herablassenden Aussagen tiefer blicken ließ, als ihm das heute lieb sein dürfte.

So verwundert es jedenfalls kaum, dass der CDU-Chef mit seiner Diamond DA62 höchstselbst nach Sylt propellert, um vor

Ort an der Klischee-Hochzeit von FDP-Chefwendehals Christian Lindner teilzunehmen. Die vom 9-Euro-Ticket angelockten Punks wurden zwischenzeitlich wohl auch wieder aus dem High Society Idyll des Sylter Stadtbildes entfernt. So passt mondänes Verhalten dort nun endlich wieder ins Programm. Lindner zeigt, wie es geht – und legt kurzerhand ähnlich viel Taktgefühl wie Merz an den Tag. Er chauffiert seine Braut, eine gut vernetzte RTL-Reporterin, mit dem frisch polierten Porsche zur finalen Sause in der Promi-Kaschemme »Sansibar«, wo so illustre Gäste wie der Finanzlobbyist und CumEx-Spezialist Olaf Scholz oder der stellvertretende BILD-Chefredakteur Paul Ronzheimer bereitstehen, um mit den frisch Vermählten das gesellschaftliche Happening zu zelebrieren.

»Spätrömische Dekadenz« scheint mir die angemessene Umschreibung für das dreitägige Treiben der Polit-Kaste auf Sylt darzustellen. Eine Formulierung, die Guido Westerwelle im Jahr 2010 verwendete, um Kritik an Hartz-4 und dem damit einhergehenden »*Versprechen auf anstrengungslosen Wohlstand*« vorzutragen. Schon damals – verkehrte Welt. Denn anstatt Menschen kategorisch mit unwürdigen Almosen abzuspeisen und in eine systemische Abhängigkeit zu treiben, sollte der Staat Rahmenbedingungen schaffen, die es jedem Individuum ermöglichen, sich und seinen Lebensunterhalt selbst zu finanzieren.

Der Focus fragt in diesem Zusammenhang am 10. Juli 2022 – »*Lindner-Hochzeit: Realitätsverlust oder typisch deutscher Neid*?« Die Antwort: Weder noch. Der herrschenden Klasse ist sehr wohl bewusst, dass sie in einer Blase lebt. Gut gepolstert und hermetisch abgeschirmt vom Unbill konstanter Krisen und der bitteren Lebenswirklichkeit des Normalbürgers. Damit scheidet Realitätsverlust als Begründung für öffentlich zelebrierten Protz und Prunk aus. Neid könnte in wirtschaftlich

turbulenten Zeiten dagegen durchaus eine Rolle bei der negativen Rezeption solch kostspieliger Feierlichkeiten spielen.

Wer mag es einer Bevölkerung verübeln, der von Spitzenpolitikern in unerträglich überheblicher Manier in Aussicht gestellt wird, dass Arme und Alte demnächst in Wärmehallen schlafen sollen, wenn aufgrund hausgemachter Lieferengpässe bei Gas die Heizung kalt bleibt? Und vielleicht ist es nicht Neid, sondern schlichtweg Verachtung, die der herrschenden Kaste da von Menschen entgegenschlägt, denen man von Staats wegen empfiehlt, kalt zu duschen, kein Fleisch zu essen oder auf das Auto zu verzichten. All das, während die vermeintliche Elite des Landes um die Welt fliegt, Steuergelder verprasst, das Ahrtal ignoriert und rauschende Feste feiert.

Nicht, dass solche Dreistigkeiten neu oder überraschend wären. Überraschend ist nur, dass diese, als politisches System getarnte, organisierte Kriminalität so lange funktioniert. Egal ob Berliner Flughafen, Masken-Deals, Intensivbetten-Abzocke, die evidenzlose Angsttreiberei von Karl Lauterbach, Abrechnungsbetrug bei Corona-Bürgertests, das Panik-Papier des Bundesinnenministeriums, Merkels Kanzler-Dinner mit Verfassungsrichtern, das Baerbock-Buch oder die Millionen-Villa von Jens Spahn – Inkompetenz, Klüngel, Korruption und organisierte Kriminalität, egal wohin man schaut.

Doch Hochmut hat seinen Preis und kommt meist kurz vor dem Fall. Denn dass ein Tyrann einen Teil seines darbenden Volkes hin und wieder hinters Licht führen kann, aber eben nicht das gesamte Volk die ganze Zeit, wusste schon Bob Marley im April 1973 musikalisch prägnant zu artikulieren, als er den zusammen mit Peter Tosh geschriebenen Song »Get up, Stand up« veröffentlichte.

»Die besten Dinge im Leben sind nicht die, die man für Geld bekommt.« (Albert Einstein)

Die vom Korporatismus korrumpierte deutsche Politiker-Kaste belegt mit ihrem Verhalten seit Ausrufung der Corona-Pandemie wie nie zuvor, dass sie nicht die Interessen der Wähler vertritt, sondern die ihrer Sponsoren, Stakeholder und supranationalen Strategen. Wer so denkt und lebt, ist kaum daran interessiert, dass andere Erfolg haben, um ihm nachher die Position streitig zu machen. Dieser Logik folgend liegt auf der Hand, warum das gesamte sozioökonomische System – ein von der Hochfinanz über Dekaden feingeschliffener Korporatismus – darauf ausgelegt ist, die Reichen reicher und die Armen ärmer zu machen. Es geht um Diebstahl. Denn genau das ist das singuläre Ziel eines Zentralbankensystems, das sich mittels technokratisch organisiertem Korporatismus versucht, die gesamten Ressourcen des Planeten unter den Nagel zu reißen. Die Initiatoren, Nutznießer und Unterstützer dieses Systems sind nahezu am Ziel.

Einer Studie folgend betrug der »Gini-Koeffizient«, ein statistisches Maß zur Ermittlung von Ungleichverteilungen in einer Gruppe, im Jahr 2000 auf globaler Ebene 0,892. Demnach besitzt das reichste Prozent der Weltbevölkerung sage und schreibe 40 Prozent des Weltvermögens. Die wohlhabendsten zehn Prozent besaßen zusammen 85 Prozent des weltweiten Vermögens. Die ärmeren 50 Prozent besitzen zusammen nur ein Prozent. Ein Gini-Koeffizient von 0,892 entspricht annähernd einer Situation, bei der von 100 Personen eine Person 90 Prozent besitzt, während für die anderen 99 Personen zehn Prozent übrigbleiben. In diesem Kontext erscheint auch die inflationäre Verstaatlichung von Landflächen zu Naturschutzzwecken in einem diffuseren Licht. Denn während unstrittig ist, dass zum Beispiel bedrohte Regenwälder oder Korallenriffe samt ihren Bewohnern effektiv vor Zerstörung geschützt werden müssen, muss durchaus auch gefragt werden dürfen, was der Staat mit all den anderen Landflächen vorhat, die er schon jetzt direkt oder indirekt kontrolliert. In den USA sind je nach Bundesstaat bis zu 50 Prozent des Bodens unter staatli-

cher Verwaltung – und damit dem Zugriff der Allgemeinheit sowie dem freien Markt entzogen. Eine detaillierte Aufschlüsselung von »Headwater Economics« nach Bundesstaat verdeutlicht die Besitzverhältnisse in Amerika. In Deutschland sieht es ähnlich aus, wie ein Artikel der FAZ vom 19. Oktober 2020 beschreibt. Weniger als die Hälfte des deutschen Waldes ist noch in Privatbesitz. Der Rest gehört Land oder Bund. Und wer sich als Privatier Wald leisten kann, gehört sicher nicht zu den 99 Personen des vorgängig erwähnten Gini-Modells, die sich die verbliebenen zehn Prozent wie trockene Brotkrumen, die vom Tisch der Reichen herunterfallen, teilen dürfen.

Oxfam berichtete vor kurzer Zeit, dass die Corona-Pandemie die sozialen Ungleichheiten massiv verschärft hat. Während von März 2020 bis November 2021 weltweit circa 160 Millionen mehr Menschen in die Armut abrutschten, habe sich das Vermögen der zehn reichsten Milliardäre in diesem Zeitraum verdoppelt. So seien die Vermögenswerte der Superreichen während der Pandemie stärker als in den gesamten 14 Jahren davor gestiegen. Für die Finanzeliten war COVID-19 ein Goldrausch. Für den Rest ein Desaster.

Der Volksmund sagt, Geld mache nicht glücklich. Das ist mit Sicherheit richtig. Aber es beruhigt. Denn hat man genug davon, lebt man nicht in ständiger Angst vor Inflation, unbezahlten Rechnungen, steigenden Energie-Preisen, überfälligen Ratenzahlungen oder den möglicherweise horrenden Kosten einer ungeplanten PKW-Reparatur. Zudem: Geld steht im herrschenden System für Freiheit. Leider. Denn es ermöglicht Investition, Expansion, und mit zunehmendem Vermögen, Emanzipation vom System. Wer wohlhabend ist, genießt zusätzliche Freiheiten, Privilegien und Annehmlichkeiten. Und wer wirklich reich ist, lebt in einer wattierten Parallelwelt, die keine Berührungspunkte mit der Lebenswirklichkeit von über 90 Prozent der Weltbevölkerung hat.

»*Wer mehr als 3.529 Euro netto im Monat verdient, gehört in Deutschland zu den oberen zehn Prozent. Auch kinderlose Paare, die mehr als 5.249 Euro netto monatlich zur Verfügung haben, zählen zu den reichsten zehn Prozent*« – schreibt die Berliner Zeitung in einem Artikel vom 07. Juli 2020. Die Redaktion bezieht sich bei ihren Angaben auf eine Studie des IW (Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.).

Am 10. Juli 2022 berichtet das Handelsblatt, ebenfalls mit Bezug auf Daten des IW, deren letztes Update auf das Jahr 2017 datiert, dass Singles in Deutschland ab einem Nettoeinkommen von 3.892 Euro monatlich zu den reichsten sieben Prozent der Bevölkerung gehören. Berechnet wird diese Zahl nach der Faustregel, dass als reich gilt, wer monatlich das Doppelte des Medianeinkommens zur Verfügung hat. Und das liegt aktuell bei 1946 Euro im Monat. Der Vergleichsrechner am Ende des Handelsblatt-Beitrags visualisiert die Einkommensschere. Das IW erklärt darüber hinaus, dass man in der Bevölkerung oft fälschlicherweise annehme, dass Reichtum erst bei einem Monatseinkommen von 7.000 Euro oder 10.000 Euro netto beginne. Außerdem merken die Wirtschaftsanalysten an, dass viele Deutsche den Anteil der Reichen in der Gesamtbevölkerung generell stark überschätzten. Ein fataler Fehler bei der individuellen, finanziellen Standortbestimmung im herrschenden System.

Nicht, weil man sich nun ab einem Nettolohn von etwa 3.900 Euro im Monat wie ein Bonvivant gerieren, als reicher Großkapitalist fühlen oder Teil der oberen sieben Prozent betrachten sollte, sondern weil Einkommensverteilung und die offizielle Definition von »reich« exzellente Indikatoren darstellen, um die wahre Natur eines neofeudalen Turbokapitalismus zu beschreiben, in dem der durchschnittliche Arbeitnehmer, wider aller Versprechungen der von ihm durch Wahl legitimierten Volksverräter, wie Nutzvieh gehalten wird.

Ein Diagramm der Lohn- und Einkommenssteuerstatistik Deutschlands aus dem Jahr 2014 zeigt, dass die Luft am oberen Ende der Einkommensskala schnell dünn wird. Wenig mehr als 100.000 Menschen verdienten damals circa 10.000 Euro brutto monatlich. Bei einer Gesamtbevölkerung von knapp 82 Millionen Menschen ist das nicht gerade viel. Vor allem für ein Land, dessen politisches System vermeintlich jedem Bürger beste Bildungswege, qualifizierte Ausbildungsplätze, unternehmerische Freiheit, faire Märkte, moderne Infrastruktur, durchlässige Hierarchien, gerechte Aufstiegsmöglichkeiten und die Chance auf ein Eigenheim offerieren will. Eine Illusion. Denn der Traum vom Reichtum endet derzeit für die große Mehrheit der Deutschen bei offiziell abgesteckten 3.892 Euro. Parallel zu dieser Deckelung der kapitalistischen Vision – vom Tellerwäscher zum Millionär – werden die reichsten deutschen Familien natürlich immer reicher.

Dann ist da noch das untere Ende der gesellschaftlichen Hierarchie. Der Bodensatz, wie Investment-Banker in London und New York es gerne nennen. Das Wahl- und Klatsch-Vieh. Die andere Seite der Einkommensschere. Und die Sozialhilfe. Der Regelsatz für Alleinstehende liegt derzeit bei 446 EUR im Monat. Als arm gilt in Deutschland aber schon, wer weniger als 1.000 Euro netto im Monat zur Verfügung hat. Das offizielle, rechnerische Delta zwischen arm und reich beträgt in Deutschland somit wahlweise 3.446 Euro oder 2.892 Euro.

Das ist die karge Möhre vor der Nase, der man als Lastenesel im Hamsterrad eines langen Arbeitslebens hinterherrennt. Der projizierte monetäre Horizont für die Lebensleistung als durchschnittlicher Arbeitnehmer. Der wirtschaftspolitisch definierte Spielraum und sozioökonomische Spannungsbogen, der über Erfolg und Misserfolg einer menschlichen Existenz in dieser Gesellschaft entscheidet. Über Ansehen und Luxus – oder Ächtung und Mangel.

Bei Banken gilt man aber auch mit 3.892 Euro netto im Monat nicht als wohlhabend. Viele Finanzinstitute befördern Kunden erst dann in die Kategorie »reich«, wenn diese eine Million in der jeweiligen Landeswährung kurzfristig verfügbar auf dem eigenen Konto haben. Und wer in der Schweiz zu den Reichen und Schönen zählen möchte, sollte schon über etwa 30 Millionen Franken auf der hohen Kante verfügen. Unterhalb dieses Betrages ist man bei den exklusiven Privatbanken kein gern gesehener Gast. Ab 100 Millionen Schweizer Franken darf man sich dann endlich zu den Superreichen zählen.

Immerhin wohnt global betrachtet jeder zehnte Milliardär in der beschaulichen Alpenrepublik. 210.700 im Land lebende Personen weisen ein Anlagevermögen von über einer Million aus, wie swissinfo im Jahr 2010 dokumentiert. Elf Jahre später, am 04. Oktober 2021, berichtet Nau.ch, dass man ab einem Vermögen von 4,7 Millionen Franken zum reichsten Prozent gehöre. Das sind 86.000 Personen bei etwa 8,2 Millionen Einwohnern. Nur in einem Land der Welt ist die Schwelle, um zum reichsten Hundertstel der Bevölkerung zu gehören, höher als in der Schweiz. Denn in Monaco wird man erst ab 7,3 Millionen Franken zur exklusiven Ein-Prozent-Elite gerechnet. Ab 15,4 Millionen Franken gehört man zum reichsten Promille der Alpenrepublik. Da herrschen andere Maßstäbe. Gerade einmal drei Prozent der in der Schweiz lebenden Menschen versteuern gleich viel Einkommen wie die restlichen 97 Prozent. Für diese Menschen lässt sich eine sehr simple Definition von Reichtum anwenden: Reich ist, wer nicht arbeiten muss.

In staatlichen Schulen bereitet man Kinder schon lange nicht mehr darauf vor, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, das aus eigenen Kräften zu solch einem finanziellen Erfolg führen könnte. Ein Leben, das ihren persönlichen Fähigkeiten und Präferenzen Rechnung trägt. Ein Dasein, das sie dazu ermutigt, Verantwortung für sich selbst, ihre Ideen und Handeln zu

übernehmen. Als Ideal werden die Festanstellung bei einem Großkonzern, wirtschaftliche Sicherheit und soziale Akzeptanz gepredigt. Sprich: Konformismus und Abhängigkeit. So werden aus Kindern keine kreativen, motivierten, charakterstarken und mutigen Entrepreneure, sondern eingeschüchterte, unselbstständige und horizontlose Mitläufer.

Da, wo Bildung den Horizont des Denkens einschränkt, ist es keine Bildung mehr, sondern Indoktrination.

Geködert werden die Heranwachsenden weiterhin mit utopischen Wohlstands- und Sicherheitsversprechen, die der von Korruption, Klüngel und Blasen durchwucherte Raubtierkapitalismus schon lange nicht mehr halten kann. Und die deutsche Demokratur des Jahres 2022 schon gar nicht. Das im Zeitraffer implodierende System kann seine Auslöschung nur noch durch die Implementierung eines zunehmend autoritärer werdenden, korporatistischen Herrschaftsmodells verzögern. Wie das im Detail aussieht, erkennt man spätestens seit der Finanzkrise 2008 sehr deutlich – und mit der Corona-Krise fiel schlussendlich auch die demokratische Fassade des auf Unterdrückung und Raub angelegten Geschäftsmodells Demokratie.

Doch nicht nur das repräsentative Parteiensystem ist irritierendes Blendwerk. Auch die Träume, die es seinem Nachwuchs verkauft, sind nichts als bunt schimmernde, hauchdünne und rasch platzende Seifenblasen. Denn mit normaler Arbeit wird heutzutage niemand mehr reich. Und auch der Staat hilft niemandem aus der Patsche, der ganz unten angekommen ist. Im Gegenteil. Das Gehalt einer Vollzeitanstellung ist oft kaum noch ausreichend, um eine Familie mit zwei Kindern angemessen zu unterhalten. Hartz-4 und Sozialhilfe sind zu wenig, um zu leben – und zu viel, um zu sterben. Eigenheim, private Bildung, Kulturerlebnisse, faszinierende Hobbys und bereichernde Reisen – für viele Menschen schlichtweg unmöglich.

Chancengleichheit? Fehlanzeige. Anstatt der privaten Vermögen nimmt vor allem die Überschuldung zu.

Man lebt auf Pump, wie aktuelle Zahlen der Deutschen Bundesbank unterstreichen. Die Mittelschicht schwindet dahin. Langsam, aber sicher. Und dank einer suizidalen Sanktionspolitik des Westens gegenüber Russland sowie einer pseudowissenschaftlichen, von blinder Ideologie getriebenen Umweltpolitik der dunkelgrünen »Woko Haram Endzeitsekte«, werden bald auch die Großverdiener im besten Deutschland aller Zeiten, also jene mit 3892 Euro netto im Monat, zu der bitteren Erkenntnis gelangen, dass der letzte Baum verstaatlicht, der letzte Fluss gesperrt und der letzte Fisch geschützt ist – man Geld aber noch immer nicht essen kann.

Noch frappierender ist die Ungleichverteilung von Vermögen und Ressourcen in den USA. Die reichsten zehn Prozent der Amerikaner besaßen zum Beispiel schon im Jahr 2016 etwa 84 Prozent aller handelbaren Aktienwerte, wie Money im Jahr 2017 zu berichten wusste. Ein Drittel der US-Arbeiterschaft ist dagegen so mittellos, dass es keinerlei Zugang zu Pensionskassen und Altersvorsorge mehr hat. Im Jahr 1983 konnten sich noch 62 Prozent der Amerikaner leisten, Rücklagen für den Ruhestand zu bilden. Im Jahr 2016 waren es nur noch 17 Prozent. Ein Diagramm der »Federal Reserve Bank« visualisiert, wie sich die Vermögensverteilung in den USA seit 1990 entwickelt hat. Es ist kaum überraschend, dass das reichste Prozent konstant vermögender wurde, egal wer präsidierte, und die unteren 50 Prozent weiter in Richtung Armut abglitten.

Schon im Jahr 2014 kam eine Studie der Elite-Universität Princeton zu dem fatalen Ergebnis, dass die Politik der USA sich ausschließlich an den Bedürfnissen der Reichen orientiert. Die Masse der US-Bürger habe praktisch keinen Einfluss auf den politischen Kurs. Nahezu null, statistisch nicht relevant – das sind die Begriffe, mit denen man in Princeton die Effekte

demokratischer Partizipation beschreibt. Was im Umkehrschluss nichts anderes bedeutet, als dass Wahlen in Amerika keinerlei Effekt haben. Es ist eine kostspielige Truman-Show, die von den austauschbaren und meist ahnungslosen Komparsen selbst bezahlt wird. Sonst nichts.

Die »Financial Times« kam in Zusammenarbeit mit »Morgan Stanley« im Jahr 2020 zu dem Ergebnis, dass die Milliardäre ihre Vermögen im Jahresverlauf weltweit um fünf Billionen Dollar steigern konnten und nunmehr 13 Billionen Dollar besitzen. Die Anzahl der Milliardäre stieg im Lauf des Jahres 2020 von 2.000 auf 2.700 an. Krisen wirken immer wie ein Turbo auf die Umverteilung von unten nach oben. Das lehrt die Geschichte. Deswegen ist der »*temporär dauerhafte*« Ausnahmezustand das erklärte Ziel der herrschenden Kaste. Aufgrund dieser Entwicklungen bezeichnete der Leiter des »Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung« (DIW), Marcel Fratzscher, das erste Corona-Jahr als das für die Hochfinanz finanziell erfolgreichste Jahr in der Menschheitsgeschichte.

Wie genau diese winzige Gruppe der Bestbetuchten die Welt unter sich aufteilt, zeigt eindrucksvoll eine Studie der ETH Zürich mit dem Titel »The Network of Global Corporate Control« aus dem Jahr 2011. Die von den Autoren erarbeitete Netzwerk-Topographie der internationalen Finanz- und Konzern-Oligarchie zeigt auf beeindruckende Weise, wie wenige Menschen wie viel auf diesem Planeten kontrollieren. Die Studie beleuchtet erstmalig nicht nur den direkten Einfluss von finanziellen Kräften auf Märkte und Politik, sondern nimmt auch den indirekten Einfluss, über verschiedenste Beteiligungsebenen hinweg, genauer unter die Lupe. Ausgewertet wurden Daten von über 43.000 Unternehmen. Im Ergebnis beherrschen 147 Organisationseinheiten knapp 40 Prozent aller monetären Werte transnationaler Konzerne. Die Top 25 der einflussreichsten Player rund um den Globus bildet ein kurzer Artikel zur ETH-Studie von »Blick Log« vom 22. August

2011 ab. Eine mehr als erschreckende Machtkonzentration, die sich der öffentlichen Wahrnehmung durch vorgetäuschte Marktdiversität geschickt entzieht.

Der Filmemacher David Wilcock machte sich im Januar 2012 ebenfalls die Mühe, die finanziellen Netzwerke der Oligarchie und vor allem deren kriminelle, kartellartig organisierten Umtriebe offenzulegen.

In einem sehr ausführlichen Text beschreibt Wilcock, wie das herrschende Finanzsystem entstanden ist, wer neben den Rockefellers und Rothschilds seit Generationen durch die Ausbeutung der Bevölkerung maßgeblich von diesem Ponzi-Schema profitiert und wie die daraus resultierende monetäre Macht bis heute über den mit COVID-19 implementierten technokratischen Korporatismus ausgeübt wird.

Apropos. Wer Elon Musk, Bill Gates, Jeff Bezos oder Mark Zuckerberg für reich hält, sollte sich ein paar Zahlen zu den Familienvermögen der traditionellen Finanzeliten ansehen, jenen Menschen, deren Stammbäume bis ins 16. Jahrhundert zurückreichen und die nicht im Licht der Öffentlichkeit stehen. Diese Spitzengruppe besteht je nach Definition aus zehn bis dreißig Familien, die ihren Reichtum seit Generationen mehrt und primär auf dem Bankensektor operiert.

»Wer der Meinung ist, dass man für Geld alles haben kann, gerät leicht in den Verdacht, dass er für Geld alles zu tun bereit ist.« (Benjamin Franklin)

So besitzt zum Beispiel die Familie Rothschild derzeit etwa 1.800 Immobilien in Europa und England. Wert: 36 Milliarden. Daneben nennt die Familie offiziell 55 Yachten, 10 Privatjets und 13 Luxus-Hotels ihr Eigen. In den hauseigenen Banken schlummern 70 Milliarden US-Dollar an Cash-Reserven und der Rothschild-Aktienfonds, mit dem die Familie an jedem größeren Unternehmen auf dieser Welt beteiligt ist, ver-

fügt über ein Budget von weiteren 100 Milliarden Dollar. Insgesamt kam der Rothschild-Clan im Jahr 2021 auf einen Nettowert von 480 Milliarden US-Dollar. Analysten erwarten, dass dieser öffentlich kommunizierte Wert in absehbarer Zeit die Billionen-Grenze hinter sich lässt – ein Ziel, das die autoritären Herrscher von Saudi-Arabien mit ihrem geschätzten Vermögen von 1,2 Billionen bereits erreicht haben. Die Rothschilds aber vermutlich auch. Nur lässt es sich kaum detailliert nachprüfen. Denn bei den verfügbaren, mageren Angaben zum Familien-Vermögen des Banken-Clans handelt es sich nur um jene Zahlen, die veröffentlicht werden müssen oder seriös ermittelbar sind – und das sind nicht wirklich viele. Man hält sich im Hause Rothschild nämlich gerne bedeckt, was Beteiligungen, Gewinne, Bilanzen oder Besitz angeht – und gibt sich redliche Mühe, nicht allzu häufig öffentlich in Erscheinung treten zu müssen.

Auf der von Wikipedia geführten Liste der reichsten Familien der Welt tauchen die Rothschilds dennoch nicht auf. Auch die Rockefellers, Morgans oder Du Ponts finden keine Erwähnung. Ebenso wenig wie die britischen Monarchen. In Anbetracht des massiven Einflusses, den solche finanziellen Privatkonglomerate auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft haben und nehmen können, ein befremdlicher Umstand. Denn wer verdeckt operiert, führt selten Gutes im Schilde.

Hier ist wohl auch der Grund dafür zu suchen, dass die vorgängig genannten Clans öffentlich kaum wahrnehmbar sind. Ihre Vermögen sind derart verteilt, strukturiert, gesplittet und geparkt, dass sie auf den ersten Blick gar nicht mit den genannten Namen in Verbindung zu bringen sind. Zum Glück sind die Geschichtsbücher, Zeitungs- und Familienarchive prall gefüllt mit Belegen für die willentlich herbeigeführte, systematische Ungleichverteilung von Ressourcen und Vermögen. Wer den Finanzströmen aufmerksam folgt, erkennt den Betrug.

Auf der Webseite von The History Channel findet sich dahingehend ein realistischeres Ranking, das die zuvor erwähnten Familien in identischer Reihenfolge als die mächtigsten der Welt bezeichnet. Die Liste wird lediglich um die Familie Bush auf Platz fünf ergänzt. In der Einleitung des Beitrages heißt es:

»*Es gibt Familien, die einflussreicher und mächtiger als der amerikanische Präsident und andere politische Drahtzieher sind. Über die Jahrhunderte haben sie Imperien aufgebaut und lenken so im Hintergrund die Geschicke der Welt. Hier sind jene fünf Familien, die die Welt kontrollieren.*«

Dass 0,1 Prozent der Menschen auf der Welt zusammen 81 Prozent des weltweiten Vermögens besitzen, bestätigt selbst das schweizer Boulevard-Blatt »20 Minuten« noch am 14. Juni 2022. Und wer annimmt, auf dem als Alternative zum Geschäftsbankensystem gepriesenen Krypto-Markt wäre das anders, täuscht sich. Auch dort herrscht Ungleichverteilung, wie »Forschung und Wissen« am 09. Januar 2022 ausführt. So halten nur 0,01 Prozent der Besitzer zusammen 27 Prozent der Umlaufmenge des Bitcoins. Bei anderen Kryptowährungen verhält es sich ähnlich. Das sollte zu denken geben. Ganz abgesehen von der Tatsache, dass die von Elektrizität abhängigen Kryptos eher eine psychologische Vorbereitung der Massen auf digitales Zentralbankgeld darstellen als ein krisensicheres, libertäres oder anonymes Zahlungsmittel.

Auch Statista bestätigt die immense Kluft zwischen arm und reich. Mit Bezug auf den »Global Wealth Report« der Credit Suisse berichtet das Portal am 22. Oktober 2019, dass nur zehn Prozent der Menschheit 83 Prozent des Weltvermögens besitzen. All diese Tatsachen lassen nur einen Schluss zu: Die groteske Ungleichverteilung, die extreme Ballung von Vermögen und die Monopolisierung von Ressourcen sind struktureller Natur. Es sind die Resultate eines finanzpolitischen Schneeballsystems, das darauf ausgelegt ist, Werte von unten nach

oben zu verteilen. Und zwar über Generationen, Kriege und politische Strömungen hinweg. Das herrschende Finanz- und Wirtschaftssystem wurde von Repräsentanten der Hochfinanz geschaffen, um der Hochfinanz zu dienen.

In seinem 2013 erschienenen Buch »Das Kapital im 21. Jahrhundert« argumentiert der französische Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty, dass eine extreme Ungleichheit der Vermögensverhältnisse mit den Werten und Prinzipien von sozialer Gerechtigkeit kollidieren, die für moderne demokratische Gesellschaften fundamental sind. Weiter schreibt er:

»*Das Risiko für ein Abdriften in Richtung Oligarchie ist real und gibt wenig Anlass zu Optimismus in Bezug auf den Kurs der Vereinigten Staaten.*«

Diese Formulierung legt nahe, dass die von Thomas Piketty befürchtete Oligarchie bei Erscheinen des Buches vor knapp zehn Jahren noch nicht existierte. Das ist falsch. Denn das repräsentativ-demokratische System selbst ist nichts weiter als ein Konstrukt der herrschenden Kaste. Es sorgt für die Illusion von Partizipation im Volk und hilft den Eliten, Widerstand zu reduzieren. Aus genau diesem Grund haben es die alten Griechen implementiert.

»Neu« ist lediglich die immer engere und offensichtlichere Verschmelzung von Politik und Wirtschaft, die im Laufe des vergangenen Jahrhunderts fortlaufend extremere Formen annahm und nunmehr in einer regelbasierten »Global Governance« der »Public-Private-Partnerships« mündet – in einem totalitären, technokratischen Korporatismus. Benito Mussolini wäre glücklich, bezeichnete der italienische Diktator den Korporatismus doch schon vor vielen Jahren als die perfekte Form des Faschismus.

»Würden die Menschen das Geldsystem verstehen, hätten wir eine Revolution noch vor morgen früh.« (Henry Ford)

Es gilt zu hoffen, dass die rasant zunehmenden, wirtschaftlichen und finanziellen Verwerfungen zeitnah dazu beitragen, dass mehr Menschen sich mit den strukturellen Problemen des neofeudalen Systems beschäftigen – und der bekennende Antisemit Henry Ford mit seiner Prophezeiung richtig lag. Denn die generationsübergreifend agierenden Netzwerke der herrschenden Klasse und ihre korrupten Handlanger in Politik und Wirtschaft brauchen uns – nicht umgekehrt.

| 17. Juli 2022

Liberale Luftpumpen

Während der postfaktischen Corona-Krise galt die FDP so manchem als letzte Bastion, als letztes Bollwerk freiheitlich-demokratischer Grundwerte. Dieses Wunschdenken dürfte mit der von den zuständigen Ministerien jüngst präsentierten Neuauflage des Infektionsschutzgesetzes ein jähes Ende gefunden haben.

»*Die Freien Demokraten sind die Partei der Freiheit und der Selbstbestimmung. Zusammen mit unseren Mitgliedern haben wir unser Leitbild aktualisiert und uns unserer gemeinsamen Werte und Ziele vergewissert.*«

Hört, hört! Klares Statement. Oder eher haltlose Selbstbeweihräucherung? Der Satz findet sich jedenfalls auf der Webseite der »*Freien Demokratischen Partei Deutschlands*« (FDP) unter dem Menüpunkt »*Unsere Werte*«. Er stammt von einer Partei, die circa 73.000 Mitglieder zählt (Stand: September 2021), in den Umfragen derzeit bei sieben Prozent rangiert und dennoch den Bundesjustizminister stellen darf. Sein Name: Marco Buschmann. Seines Zeichens Jurist und Parteisoldat. Neben dem passionierten Porsche-Fahrer, Parteivorsitzenden und Berufsopportunisten Christian Lindner einer der großen Hoffnungsträger der liberalen Wählerschaft bei den Bundestagswahlen 2021.

Vor jenem zurückliegenden Urnengang warb die FDP auffällig fokussiert um Menschen, die sich nach dem gesamtgesellschaftlichen Lockdown-Trauma, von ihren eigenen politischen Organisationen enttäuscht, nun für eine »Freiheit« säuselnde Alternative entscheiden sollten. Schon während der

Sondierungs- und Verhandlungsphase zur aktuellen Regierungskoalition von SPD, GRÜNEN und FDP stimmten Lindner und Buschmann das Mantra von Verhältnismäßigkeit, Eigenverantwortung und einem ganz neuen Kurs in Sachen Pandemie-Management an. Und Wolfgang Kubicki – als Good-Cop und Social-Media-Hasardeur des Maßnahmenapparates – tat sein Übriges, um das freiheitlich-rechtsstaatliche Macher-Image der FDP zu forcieren.

»*Es gibt ein absolutes Ende aller Maßnahmen – und alle Maßnahmen enden spätestens mit dem Frühlingsbeginn am 20. März 2022.*« (Marco Buschmann, Pressekonferenz am 27. Oktober 2021)

Es kam anders. Entgegen allen Versprechungen der vermeintlich liberalen Heilsbringer. Was nach knapp einem Jahr Ampel-Autoritarismus, Wokeness und Cancel Culture von der bürgerlichen Haltung der FDP übrig geblieben ist, illustriert die Pressemitteilung des deutschen Bundesgesundheitsministeriums vom 03. August zur »*Fortentwicklung des Infektionsschutzgesetzes (IfSG)*«. Die von Buschmann und seinem Kollegen im Bundesgesundheitsministerium gemeinsam verkündeten Maßnahmen lesen sich nicht wirklich wie ein Manifest des selbstbestimmten Lebens. Das Papier ist keine Hommage an Freiheit und Autonomie. Kein Ausweis werteorientierter Programmatik. Im Gegenteil. Wenn die Revision des IfSG wie vorgelegt beschlossen werden sollte, so ist das – und dieses Mal ist die Verwendung des historisch belegten Begriffs durchaus zumutbar – als evidenzlose Ermächtigung zu werten. Punkt.

Bundesgesundheitsminister, Pharma-Lobbyist und Panik-Prediger Karl Lauterbach (SPD) ist endlich am Ziel. Der im dauerhaften Ausnahmezustand operierende, totalitäre Maßnahmenstaat, den er sich schon lange herbeisehnt, könnte nun bald Realität sein. Buschmann fungiert dabei als willfähriger Steig-

bügelhalter. Zumindest vordergründig. Denn insgeheim wissen wohl beide, welchen Herren sie in ihren Positionen dienen. So hat der libertäre Stallgeruch des FDP-Ministers denkbar wenig Einfluss auf die Entscheidungsfindung. Die Worthülsen der Gesetzesvorlage oder die spezifischen, vorgeblich antiviralen Maßnahmen, die ab Oktober 2022 greifen sollen, en Detail zu erörtern, wäre ermüdend. Die Kernaussage ist: Das COVID-Karussell dreht sich munter weiter. Maskenpflicht an Schulen und im Fernverkehr, Test-Regime und – natürlich – fortlaufende mRNA-Behandlungen. Aber mit neuer Taktung. Dreister und übergriffiger als von vielen kritischen Stimmen prognostiziert. Alle drei Monate.

Das quartalsweise Impf-Abonnement, für dessen Inaussichtstellung man bis vor kurzem noch vehement als Verschwörungstheoretiker bezeichnet wurde. Im besten Fall. So macht Deutschland unter »Don CumEx Scholz« (SPD) und seinem gelben Junior-Partner ziemlich genau an der Stelle weiter, wo Alt-Agitatorin Angela Merkel (CDU) die Ruinen des von ihrem Lockdown-Marathon gebeutelten Landes übergeben hat.

Es ist das altbekannte 2G/3G-Konzept. Auch wenn diese Bezeichnungen so nicht mehr im offiziellen Pressetext der Ministerien angeführt werden. De facto bedeuten die angedachten Regelungen aber, dass nur vollumfänglich am gesellschaftlichen Leben teilnehmen kann, wer seine mRNA-Injektionen auf dem neusten Stand hält oder frisch getestet ist. Die Gratifikation für konforme Inanspruchnahme der staatlich oktroyierten Injektionen ist die Befreiung von der Maskenpflicht. Wer den hoheitlichen Behandlungszyklen nicht zu folgen gewillt ist, muss ab Oktober im Restaurant wohl wieder bis zur Ankunft am Sitzplatz sein Gesicht verhüllen. Oder auf dem Weg zum WC. Und auch sonst überall. So detektieren das System und seine Schergen die Staatsdelegitimierer und Dissidenten denn künftig auch etwas komfortabler im öffentlichen Raum.

Diese Regelung zeugt gleichsam von einem juristischen Dammbruch als auch von haarsträubender Geschichtsvergessenheit. Genau wie der Vorschlag des BMG, ungeimpfte Gäste in Betrieben mit Aufklebern zu markieren. So kann auch das Politmagazin Cicero am 05. August 2022 nur zu einem Ergebnis kommen, wenn es die mit trivialisierenden Euphemismen à la »*Winterreifen*« und »*Schneeketten*« titulierten Grundrechtseinschränkungen der dunklen Jahreszeit bewertet: »*Desaströs*«.

Die potenziellen Kapazitätsbeschränkungen für Veranstaltungen und Gastbetriebe sowie eine fortgesetzte Maskenpflicht in Innenräumen könnten – neben der rasant steigenden Inflation und entsprechendem Kostendruck beim Publikum – gut und gerne den finalen Todesstoß für eine Vielzahl von kleineren und mittelständischen Betrieben markieren. Zudem lässt sich mit der neuerlichen legislativen Anmaßung der Bundesregierung wieder jederzeit ein willkürliches Versammlungsverbot ausrufen. Aufgrund der angespannten pandemischen Lage. Spätestens hier wäre für jeden echten Demokraten die rote Linie.

Dieser Passus des Gesetzestextes kommt dem machtbesoffenen Komplott in Berlin aber sicher nicht ungelegen. Erwartet Sprachakrobatin und Außenministerin Annalena Baerbock doch im Herbst Volksaufstände und soziale Unruhen wegen des drohenden Mangels an Gas sowie galoppierender Lebenshaltungskosten. Daneben sind zunehmende Proteste von Gegnern der Corona-Demokratur, der Demokratiebewegung, von Friedensaktivisten und Arbeitnehmerverbänden zu erwarten.

Neben »Fridays for Future«, »Extinction Rebellion«, Gender-Wahnsinn oder Plünderungen. Volle Straßen also. Und Chaos. Dass Demonstranten systemkritischer Couleur grundsätzlich dem rechten, also kriminellen Spektrum zuzuordnen sind, hatte Innenministerien Nancy Faeser bereits vor ein paar Wo-

chen präventiv verkünden lassen. Mal sehen, wie lange dieses plumpe Framing zieht, wenn sich zwanzig, dreißig oder fünfzig Prozent der Bevölkerung dem gesichtslosen Imperium verweigern und auf die Barrikaden gehen. Derartige Szenarien scheint man im Kanzleramt durchaus zu befürchten – und erweitert den eigenen Handlungshorizont schon einmal proaktiv. Zivil-militärisch. Mit dem seit jeher und zu Recht umstrittenen Einsatz im Inneren. Denn ab dem 01. Oktober 2022 wird die Polizei in Deutschland offiziell durch die Bundeswehr unterstützt. Beide Organisationen sollen in der Folge einer zentralen Stelle, dem »*Territorialen Führungskommando der Bundeswehr*«, unterstehen, das unmittelbar dem Bundesministerium der Verteidigung nachgeordnet ist.

Das teilte die Bundeswehr bereits am 13. Juni 2022 durch eine knappe Mitteilung auf ihrer Homepage mit. Journalistenwatch fragt diesbezüglich in einem Artikel vom 1. August 2022:

»*Wird hier schon für den Bürgerkrieg geübt?*«

Marco Buschmann ist jedenfalls ganz schön weit mitgegangen – mit in Richtung chinesischer Verhältnisse – für eine Partei, die sich Freiheit auf die Fahnen geschrieben hat und den Begriff Demokratie schamlos wie eine Monstranz vor sich herträgt. Aber die einrichtungsbezogene Impfpflicht kam ja auch. Obwohl der offensichtlich primär auf seinen Vorteil bedachte Christian Lindner dies im Vorfeld der Bundestagswahlen 2021 stets kategorisch ablehnte. Und auch das vermeintlich kritische Mahnen und Fordern von Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki wird wieder folgenlos im leeren Raum verhallen.

Schließlich wertete auch er seine mRNA-Injektionen als persönliche »*Freedom Days*«. Seine sonstigen Forderungen, zum Beispiel nach kürzeren Quarantäne-Zeiten, Einschränkungen der Maskenpflicht oder milderen Lockdowns, tragen ebenfalls nicht die Handschrift des radikalen Freiheitskämpfers und li-

beralen Vordenkers. So unglaubwürdig wie gestellt wirkt daher auch sein jüngstes Zetern auf Social-Media-Kanälen in Bezug auf den Entwurf von Lauterbach und Buschmann: »*Das darf der Deutsche Bundestag nicht so beschließen*«, wird Kubicki am 05. August 2022 bei WELT zitiert.

Trotzdem wird es am Ende vermutlich genau so kommen. Aus Alternativlosigkeit. Es ist die technokratische Bio-Sicherheitsdoktrin Deutschlands. Von Team Geisterfahrt. Politik zu Gunsten der entsprechenden Profiteure auf Seiten der Pharma-Kartelle und des finanziell-digitalen Komplexes. So funktioniert Korporatismus. Daran dürfte nach den Erfahrungen aus den beiden vergangenen Corona-Jahren kein Zweifel mehr bestehen. Kaum jemand nimmt noch ernsthaft Anstoß an den bisweilen kriminelle Züge annehmenden Verflechtungen von Politik, Wirtschaft und Medien. Siehe Standleitung des Bundesfinanzministers in die Porsche-Konzernzentrale. So passt es ebenfalls ins Prozedere, das FDP-Chef Lindner kürzlich einer gut vernetzten RTL-Hauptstadtjournalistin das Ja-Wort gab, um anschließend auf Sylt, begleitet von der Klatschpresse, drei Tage lang die Korken knallen zu lassen. Eine kostspielige VIP-Party. Und das in Zeiten grassierender wirtschaftlicher wie sozialer Nöte. Diese überhebliche Unverfrorenheit konterkariert das aalglatte Saubermann-Image von Lindner auf frappierende Art und Weise. Ebenso wie der Umstand, dass sich der in Selbstdarstellung versierte Macher schon seit seinen Jugendtagen gerne mal gerne die »*Nase pudert*«, wie ein ehemaliger Klassenkamerad des FDP-Chefs zu berichten weiß.

Die abgehobene Arroganz dieser neofeudalen Kaste moderner Berufspolitiker kennt kaum noch Grenzen. So spiegelt sie sich auch in der Unterdrückungsplanung für Herbst und Winter 2022 wider. Denn spätestens durch die aktuelle Neufassung des IfSG wird Unrecht zu Recht – und Widerstand zur Bürgerpflicht. Das galt zwar auch schon beim ersten IfSG. Diesbe-

züglich könnte man aber noch einen Krisen-Bonus, Hektik, Plan- und Hilflosigkeit oder überambitioniertes Handeln als Rechtfertigung für die Verabschiedung gelten lassen. Das ist mittlerweile nicht mehr möglich oder akzeptabel. Die Fakten liegen auf dem Tisch. Alle.

Wer sich nicht an diesen orientiert, sondern an Ideologie, Kapital und einer übergeordneten, faschistoiden Globalisten-Agenda, handelt illegal, undemokratisch und totalitär. Das sollten schlussendlich auch jene einsehen, die in der FDP den letzten Strohhalm zu erkennen glaubten. Die letzte Bastion eines demokratischen Wertekanons. Denn das ist sie keinesfalls.

Der ehemalige FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle würde sich wundern, was seine Genossen heutzutage alles goutieren und unterstützen. Waren die Bürgerrechte für ihn doch tatsächlich ein zentrales Thema. Das schrieb er seiner Partei zumindest ins Stammbuch. Bei seiner Abschiedsrede als Parteichef sagte er am 13. Mai 2011 in Rostock weitsichtig:

»*Meine Damen und Herren, natürlich leben wir in Deutschland nicht in Zeiten, wo eine Freiheitsbedrohung von Gewalt ausgeht. Sondern sie kommt anders daher. Die Freiheitsbedrohung in Deutschland kommt nicht laut mit Gewalt daher, sondern sie kommt leise. Sie kommt mit allerlei Begründung daher. Mit oftmals auch gutgemeinten Begründungen. Zum Beispiel, wenn es um die Bürgerrechte geht. Zeiten, wo wir alle Sorge haben wegen Terrorgefahr. Wo wir alle natürlich auch alles tun müssen für unsere Bürgerinnen und Bürger, damit sie unversehrt ein glückliches Leben führen können. In solchen Zeiten kommen dann Parteien und Politiker und sagen, das ist die Zeit, wo man wieder mal günstig Bürgerrechte, die uns sowieso immer ein wenig stören, scheibchenweise reduzieren kann. Freiheit stirbt immer zentimeterweise, hat Karl-Hermann Flach einmal formuliert. Und Freiheit stirbt nicht durch Politiker. Sie stirbt nicht dadurch, dass man Bürgerrechte und*

Freiheitsrechte von Politik wegen einschränken will. Sondern es wird dann gefährlich für die Freiheit, wenn die Bürgerinnen und Bürger ihr eigenes Immunsystem vergessen, das sie wappnen muss gegen jede Freiheitsbedrohung.«

Etwas mehr als ein Jahrzehnt später winken die Freien Demokraten die Vorlage für ein Ermächtigungsgesetz durch, das staatlicher Willkür Tür und Tor öffnet. Man wäre dieser Tage geradezu frohen Mutes, stürbe die Freiheit nur zentimeterweise. Stattdessen marschiert man nun mit Sieben-Meilen-Stiefeln und im Stechschritt eines paternalistischen Kollektivismus gen Dystopia. Der an Leukämie verstorbene Westerwelle dürfte angesichts Buschmanns Zustimmung zum Entwurf des neuen IfSG im Grabe rotieren.

Denn in Anbetracht der Tatsache, dass Masken mehr schaden als nutzen, Kinder kaum durch Covid-19 gefährdet sind, die sogenannten Impfungen nicht vor Infektionen schützen und auch darüber hinaus keinen echten Nutzen zu zeigen scheinen – au Contraire! –, wäre jede andere Bezeichnung als Totalitarismus fehl am Platz, um die zur Normalität avancierenden Tyranneien des deutschen Maßnahmenstaates gegenüber der eigenen Bevölkerung zu charakterisieren. So tragen im Herbst 2022 wohl diejenigen zwangsweise Gesichtswindel, die es aus guten Gründen ablehnen. Mikroplastik in der Lunge von Menschen, die lange Maske tragen, wäre einer davon. Jene, die aufgrund ihrer anhaltenden Paranoia vor einem Virus gerne den Mund-Nasen-Schutz tragen würden, sind davon befreit. Und aus freien Stücken Maske tragen kann die obrigkeitshörige Fraktion selbstredend nicht. Man hielte sie sonst gar für ungeimpft. Wenn man durch die Bank alle Bevölkerungsgruppen gegen sich aufbringen möchte, ist die Ampel-Regierung also auf einem sehr guten Kurs.

Corona ist jedoch keineswegs das einzige Thema, bei dem das Agieren der FDP den Werten ihres Leitbildes diametral entge-

gensteht. Noch in den »Karlsruher Freiheitsthesen der FDP für eine offene Bürgergesellschaft« vom 22. April 2012 hält die Partei die Freiheit des Einzelnen für Grund und Grenze liberaler Politik. Ganze 118 Seiten umfasst dieses Papier. Es ist übersäht von liberalen Buzz-Words wie Freiheit, Selbstentfaltung, souveräne Bürger, Rechtsstaat, Selbstbestimmung, Bürgergesellschaft, Demokratie, Offenheit, Wachstum, Wohlstand, Vielfalt und Fortschritt. Leider scheint sich bei der FDP niemand mehr an das Thesenpapier zu erinnern. Denn zehn Jahre später setzen Lindner, Buschmann, Kubicki und Co. exakt das Gegenteil von dem um, was die Partei einst auszumachen schien. Und das gilt nicht nur in Bezug auf die Corona-Krise.

»*Die Presse ist die Artillerie der Freiheit*«, sagte FDP-Grande Hans-Dietrich Genscher einst.

Die Art von Artillerie, mit der sich die FDP heutzutage beschäftigt, gehört zu Waffenlieferungen für die Ukraine. Lauteste Propaganda-Trompete auf diesem Sektor: Agnes-Marie Strack-Zimmermann. Der Einfachheit halber im Folgenden als »Artillerie-Agnes« bezeichnet. Sie ist Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages. Darüber hinaus wirkt die latente NATO-Kriegstreiberin im Präsidium des Förderkreis Deutsches Heer sowie als Mitglied der Deutschen Wehrtechnischen Gesellschaft. Obendrein ist sie Vizepräsidentin der Deutschen Atlantischen Gesellschaft und Mitglied des Beirats der Bundesakademie für Sicherheitspolitik. Interessenkonflikte, wohin man schaut.

Auch Strack-Zimmermann ist natürlich im Auftrag der Freiheit unterwegs. Allerdings nur für Menschen in der Ukraine. Exklusive dem Donbas. Die bundesdeutsche Bevölkerung scheint sie dagegen peripher zu tangieren. So fordert Artillerie-Agnes praktisch täglich neue Waffenlieferungen für den Frieden in Europa. Sprich: Tote für die Fassadendemokratie. Aber es sind ja nur Russen. Und ukrainisches Kanonenfutter. Ein

abstoßendes Trauerspiel humanitären Verfalls. Auf die Idee, dass die von der FDP per New-Normal-Neusprech pervertierten Leitbilder und Werte für alle Menschen auf dem Planeten gelten könnten, unabhängig von Nationalität, Religion oder Hautfarbe, ist die FDP-Politikerin bisher offensichtlich nicht gekommen. Dabei ist jeder Krieg zu verurteilen, da militärische Konflikte primär Leid und Verderben für eine unbeteiligte Zivilbevölkerung heraufbeschwören. Jede in ein Krisengebiet gelieferte Waffe ist eine zu viel. Ganz einfach. Das gibt es nur Schwarz und Weiß.

Und wer aus seinen Freiheitsthesen das Plädoyer für ein friedliches, prosperierendes Europa macht, kann nicht guten Gewissens das korrupte Asov-Regime in Kiew dabei unterstützen, eine Nuklearmacht im Auftrag der US-Hegemonie zu provozieren. Ein Diplomat wie Hans-Dietrich Genscher, dessen unvollendete Rede vom Balkon der Prager Botschaft zur Ausreise geflüchteter DDR-Bürger im September 1989 bis dato historisch nachhallt, müsste sich derzeit im Grabe umdrehen.

Bedauerlicherweise regt sich in Bezug auf die Unterstützung des NATO-Stellvertreterkriegs der Ukraine an Russlands Grenzen wenig Widerstand in den Reihen der Freien Demokraten. Der Feind im Osten steht. Kriegshetze und offener Rassismus gegen aus Russland stammende Menschen gehen unvermindert weiter. Die jahrzehntelange Dämonisierung der einzigen Supermacht auf dem europäischen Kontinent durch Partikularinteressen wertewestlicher Kräfte trägt Früchte. Und Washington frohlockt. War es doch nach dem Zweiten Weltkrieg eine der größten Sorgen des militärisch-industriellen Komplexes in Amerika, dass Russland und Deutschland fortan partnerschaftlich verbunden sein könnten. Denn diese Kollaboration hätte eine empfindliche Bedrohung für die Vormachtstellung der US-Hegemonie in Kontinentaleuropa dargestellt.

Ganz anders beim Thema Infektionsschutzgesetz. Da regt sich Widerstand an der Partei-Basis. Landauf, landab sagen sich langjährige Mitglieder von der FDP los. Fühlen sich verraten und verkauft. Auf Twitter und anderen Plattformen machen sie ihrem Ärger über Marco Buschmann Luft. Nicht wenige haben bereits den Austritt aus der FDP beschlossen, verkündet oder vollzogen.

Der WELT-Journalist Tim Röhn lässt sich ob der heftigen Kritik an der Gesetzesvorlage von Buschmann und Lauterbach bereits zur vorsichtigen Prognose hinreißen, dass diese so nicht ratifiziert werden wird. Da Herr Röhn jedoch auch bis zum heutigen Tage nichts über Event 201, GAVI, die WHO-Finanzierung, den Wellcome Trust oder die Rolle der DARPA in Bezug auf mRNA-Patente zu berichten wusste, obwohl er bei WELT Chefreporter zum Themenkomplex Corona ist, gibt es allen Grund zur Annahme, dass seine Ergebnisse und Prognosen zumindest mit Vorsicht zu genießen sind.

Das gilt in gleichem Masse für die haltlosen Wahlversprechen der Parteien-Oligarchie oder die euphemistischen Leitbilder derselben. Sie sind das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt sind. Wie so oft hätte man das Desaster kommen sehen können. Die Zeichen der Zeit am Ereignishorizont deuten, wirtschaftliche Zusammenhänge untersuchen und Geopolitik studieren können. Oder schlichtweg aufgrund persönlicher Erfahrungen nach ein paar Wahlperioden und Spendenaffären – man erinnere sich an die Causa Möllemann – realisieren, dass es keinen gravierenden Unterschied macht, wer im Kanzleramt residiert, weil der moderne Korporatismus seine korrupten Regierungen und korrumpierten Medien als Erfüllungsgehilfen instrumentalisiert. Für eine Agenda, die Moral, Landesgrenzen und Schamgefühle längst hinter sich gelassen und den Humanismus ad acta gelegt hat.

Es bleibt dabei: Spitzenpolitik ist die Partizipation suggerierende Seifenoper eines Herrschaftssystems – eines technokratischen Korporatismus – in dem links und rechts nichts mehr bedeuten. Ideologische Spektren kennt dieses Modell nicht. Denn es geht nur um oben und unten. Und um Kontrolle. Das sollten sich die unteren 90 Prozent der Wohlstandspyramide dringend bewusst machen, bevor sie den letzten mageren Rest davon endgültig verloren haben.

»Wir wollen bei uns die Menschen sammeln, die nicht etwas werden wollen, sondern die etwas sein wollen; nämlich sie selbst, Menschen eigenen Muts und eigener Verantwortung.« (Theodor Heuss, erster Vorsitzender der FDP)

Treffender könnte man die Anforderungen an die Mitglieder einer außerparlamentarischen, basisdemokratischen oder liberalen Opposition im Spätjahr 2022 kaum zusammenfassen. Es ist traurig bis beschämend, dass die derzeitige FDP-Spitze diese Prämisse ihres ersten Parteivorsitzenden in keinster Weise zu würdigen vermag. Aber so ist das wohl, wenn die Freiheit nicht mehr nur zentimeterweise stirbt.

| 07. August 2022

Working Class Hero

Eine Prise Beatles-Mysterium. Und eine Hommage an den vermutlich stärksten politischen Songtext aller Zeiten – vertont und veröffentlicht vor über einem halben Jahrhundert von John Winston Lennon.

»Als ich fünf Jahre alt war, sagte mir meine Mutter immer, dass Glück der Schlüssel zum Leben sei. Als ich zur Schule ging, fragten sie mich, was ich sein wollte, wenn ich groß bin. Ich schrieb – *glücklich*. Sie sagten mir, dass ich die Aufgabe nicht verstehe. Und ich sagte ihnen, dass sie das Leben nicht verstehen.« (John Winston Lennon)

John Winston Lennon war seiner Zeit voraus. Und seiner Band. Zumindest in Bezug auf seine politischen wie philosophischen Ein- und Ansichten. Der aus Liverpool stammende Musiker war Gründer und offizieller Bandleader der erfolgreichsten Rockgruppe der Musikgeschichte – The Beatles. Auch wenn in der Spätphase der kongenialen Formation häufig sein Jugendfreund Paul McCartney im Vordergrund stand. Musikalisch wie medial.

Die erste Single der Beatles, »Love Me Do«, erschien im Jahr 1962. Nachdem die Band eine Vielzahl bis heute gültiger Allzeitrekorde aufgestellt hatte – und wie im Jahr 2018, mit der längsten Zeitspanne zwischen zwei identischen Nummer-1-Platzierungen, weiter aufstellt – trennten sich die Wege der vier Künstler schon 1970 wieder. Acht Jahre genügten, um die Welt zu verändern. Circa eine Milliarde Tonträger sollen die vier »Lads« bis dato verkauft haben. Die Experimentierfreudigkeit und Innovationskraft der Band sorgte dafür, dass ihr

Wirken bis in die Gegenwart nachhallt. Und die Songs klingen auch nach 60 Jahren immer noch erstaunlich »fresh«.

Auch in puncto Technik gingen die Ausnahmemusiker – unterstützt von den Toningenieuren der Londoner Abbey Road Studios (früher EMI Studios) – mit jeder Veröffentlichung neue Wege. Darüber hinaus definierten sie das Verhältnis von Künstlern zu Plattenlabels und Produzenten neu, lieferten das erste waschechte Konzeptalbum der Popgeschichte ab und erfanden im Studio nebenbei die DI-Box (Eng., Direct Injection, D., Direkte Einspeisung), mit der E-Gitarren nun direkt an Mischpulte angeschlossen werden konnten. Eine Revolution. Sie druckten als erste Band Songtexte auf ihre Alben, veranstalteten die ersten Stadion-Konzerte, nahmen den ersten Hard-Rock-Song der Geschichte auf (Helter Skelter), waren mit Granden wie Pablo Picasso oder Maria Callas die Headliner der ersten weltweit live per Satellit ausgestrahlten Fernsehsendung und legten mit ihren Musikfilmen den Grundstein für das Format »Musik-Video«, wie wir es heute kennen. Auch den erste Chart-Hit der Rolling Stones stammt aus der Feder von Lennon und McCartney. Das Musik-Magazin »Rolling Stone« wies den Beatles im Jahr 2004 somit zurecht den ersten Platz der 100 größten Musiker aller Zeiten zu. Nach dem letzten gemeinsamen Album, »Abbey Road«, das in der Diskografie zwar vor »Let It Be« gelistet wird, aber danach aufgenommen wurde – weil »Let It Be« das einzige Album der Beatles ist, das nicht George Martin in London produzierte, sondern Phil Spector in den USA – und daher später auf den Markt kam, trennte sich die Band aufgrund verschiedenster Differenzen. Künstlerisch, organisatorisch, privat – man hatte sich auseinandergelebt. Energien aufgebraucht. Ruhm und Geld forderten zusätzlichen Tribut.

Soweit die offizielle Story. Denn der astronomische Erfolg der vier Barden aus Liverpool schien auch dunkle Kräfte anzuziehen und freizusetzen. So beschäftigen sich bis heute Unmen-

gen von Fans und Nerds wie Mike Williams mit den zahlreichen Rätseln, die der Band seit jeher eine geheimnisvolle Aura verleihen. Vom vermeintlichen Austausch Paul McCartneys gegen einen Doppelgänger, weil der echte Beatle bei einem Autounfall im Jahr 1967 gestorben sein soll, bis zum Bild von Aleister Crowley, dem umstrittenen Okkultisten, und anderen Merkwürdigkeiten auf dem Cover von »Sgt. Pepper's Lonely Hearts Club Band«. Es rankt sich eine Vielzahl von Mythen um die Geschichte der Pilzköpfe.

Zum Beispiel die seit den 60ern kursierenden Gerüchte, dass das Tavistock-Institute, eine britische Social-Engineering-Einrichtung, die Band zur Forcierung der Flower-Power-Bewegung missbraucht haben soll, um damit den Grundstein für die fragmentierte und egozentrierte Gesellschaft des Medienzeitalters zu legen. Möglich. Denn wie man heute eingestehen muss, versandeten die revolutionären Bemühungen der Blumenkinder aus den »Swinging Sixties« mehrheitlich in den Wohnzimmern einer gut situierten Mittelschicht. Die Verantwortung für die Rettung des Planeten hat diese mit dem Ende ihrer Adoleszenz an NGOs, linke Parteien und ein paar exponierte Aktivisten delegiert. Auf den Weltfrieden wartet man jedoch immer noch vergeblich.

Auch Zweifel an der offiziellen Darstellung des frühen Todes von Brian Epstein, dem homosexuellen Manager der Beatles, halten sich hartnäckig. Er soll am 27. August 1967 an einem Drogencocktail verstorben sein. Andere Stimmen behaupten, er wurde beseitigt oder beging Selbstmord, weil er unglücklich in John Lennon verliebt war und von diesem zurückgewiesen wurde. Oder, weil man an höherer Stelle bemüht war, sexuelle Eskapaden der beiden zu vertuschen. Ebenso stehen bis dato Fragen im Raum, die unwahrscheinliche musikalische Komplexität manch einer Beatles-Komposition betreffend. Nach Ansicht nicht weniger Experten konnten die musiktheoretisch unbewanderten »Fab Four« diese kaum allein bewerkstelligt

haben. Sir George Martin, der Produzent der Beatles, hatte dagegen eine klassische musikalische Ausbildung genossen. Dass er bei Stücken wie »Yesterday« oder »Eleanor Rigby« für die Streicher-Arrangements verantwortlich zeichnete und den jungen Musikern immer wieder Tipps und Anregungen gab, ist bekannt. Unklar ist, ob es darüber hinaus Personen gab, die signifikanten Einfluss auf die Kompositionen nahmen.

Eine Vielzahl von dubiosen Todesfällen im Umfeld der Band sind bis in die Gegenwart ebenfalls ungeklärt. Zuvorderst jener von Mal Evans, dem langjährigen Roadmanager und »*Mädchen für alles*« der Beatles. Neben Neil Aspinall wohl die Person, die der Band über all die Jahre hinweg am nächsten stand. Ein Freund. Er wurde 1976 in Los Angeles von der amerikanischen Polizei mit sechs Kugeln erschossen. Angeblich, weil er seine Motel-Türe öffnete und eine Waffe in der Hand hielt. Wie sich herausstellte, handelte es sich jedoch lediglich um ein Spielzeuggewehr, das auf dem Tisch im Zimmer lag. Zudem galt Mal Evans als besonnener, verlässlicher und liebevoller Mensch – Paul McCartney nannte ihn einen »*gutmütigen Teddybär*«. Der Beisetzung von Mal wohnte dennoch kein einziger Beatle bei.

Pikant: Evans hatte ein Manuskript bei sich. Und einen Koffer voller Dokumente mit intimen Informationen zu seiner Zeit mit den Beatles. Beides wollte er am nächsten Tag mit seinem Verlag Grosset & Dunlap besprechen, der ihm auch bei der Veröffentlichung eines Insider-Buches helfen sollte. Sowohl das Manuskript als auch der Koffer mit den Unterlagen sind seit dem letalen Besuch des LAPD (Los Angeles Police Department) verschollen. Der ehemalige Beatles-Roadie wurde vor Ort in LA kremiert und anschließend per Urne zurück nach England versandt, wo diese zunächst in der Post verloren ging.

Dubios auch die Umstände des nahezu tödlichen Angriffs auf George Harrison im Dezember 1999. Um 3:30 Uhr morgens

drang der Täter, Michael Abraham, in Friar Park ein, dem Anwesen der Harrisons. Der wach gewordene George stellte den Eindringling. Der Versuch, Abraham zu überrumpeln, um ihm das Messer zu entreißen, scheiterte allerdings. Daraufhin stach dieser mehrfach auf den Ex-Beatle ein. Anschließend ging er auch noch auf Harrisons Frau los. Die konnte sich jedoch losreißen und verstecken. Nach 15 Minuten traf die Polizei am Ort des Geschehens ein und nahm den Angreifer fest. Dieser gab als Tatmotiv an, analog zu Mark David Chapman, dem Mörder von John Lennon, dass er Stimmen im Kopf vernommen habe, die ihn zu der Attacke motivierten. Harrison überlebte sie. Schwer verletzt.

»Ich glaube wir werden von Wahnsinnigen gelenkt, zu einem wahnsinnigen Ende. Und ich glaube, ich werde als Wahnsinniger eingesperrt, weil ich das sage. Das ist das Wahnsinnige daran.« (John Winston Lennon)

Wie Mark David Chapman war auch Michael Abraham eine labile Persönlichkeit, litt im Vorfeld der Tat an psychischen Problemen, nahm Drogen und hatte wiederholt Kontakt zu Strafverfolgungsbehörden. Nach gerade einmal 19 Monaten stationärer Behandlung in einer psychiatrischen Klinik befindet sich Abraham seit 2002 wieder auf freiem Fuß. Bemerkenswert festzuhalten ist, dass die Messerattacke auf Harrison nur 24 Stunden nach einem Gespräch zwischen George und Ringo Starr, dem Drummer der Beatles, stattfand, im Rahmen dessen Harrison offenbar verlauten ließ, er wolle mit der Geheimniskrämerei in Bezug auf die Beatles abschließen, vor allem mit den Gerüchten um Paul, und mit der Wahrheit an die Öffentlichkeit gehen. Zu dem Thema äußerte sich George Harrison im Nachgang nie mehr.

Das ist natürlich Wasser auf die Mühlen jener Beatles-Fans, die Paul McCartney für ein Double halten. Für »Faul«. Und so abstrus solch eine Theorie erscheinen mag – es existieren in

der Tat Indizien, die das Szenario zumindest in den Bereich des Möglichen rücken. So zum Beispiel die Tatsache, dass McCartney bei einer Japan-Visite im Jahr 1980 ganze neun Tage im lokalen Drogenknast verbrachte. Und zwar nicht, weil er bei der Einreise einen Beutel Marihuana im Gepäck hatte, sondern weil die japanischen Behörden die Fingerabdrücke der Musik-Legende nicht verifizieren konnten. Sie unterschieden sich von jenen, die McCartney in den 60ern abgegeben hatte, als er mit den Beatles durch Japan tourte und ebenfalls Kontakt mit der Polizei hatte. Erst die Intervention der britischen Regierung sorgte dafür, dass McCartney am 25. Januar 1980 Japan wieder verlassen konnte. Ohne rechtliche Konsequenzen, trotz der nicht unerheblichen Menge an Gras im Gepäck, für die Normalsterbliche in Japan gut und gerne sieben Jahre hinter Gittern verbringen. Bis vor einigen Jahren fand sich zu diesem Vorfall noch der informative Artikel einer Tokioter Tageszeitung im Internet. Dieser wurde aber zwischenzeitlich gelöscht.

Stutzig machen in diesem Kontext auch die Ergebnisse italienischer Forensiker, die 2009 im Wired Magazine veröffentlicht wurden. Biometrische Daten und die wissenschaftliche Auswertung von Fotos verschiedener Perioden bewegten die beiden Forscher zu der Feststellung, dass es mindestens zwei Personen gab, die im Laufe der Zeit als Paul McCartney auftraten. Zu ähnlichen Ergebnissen kam eine Studie der Universität Neapel (Italien) aus dem Jahr 2019, die einen klaren Unterschied im Duktus von Paul McCartney während der Schaffensphasen vor und nach dem Album »Sgt. Pepper's Lonely Hearts Club Band« konstatierte – der Zeitraum, in dem der Doppelgänger die Regie übernommen haben soll.

Ähnlich verwirrend erscheint die Geschichte rund um eine Vaterschaftsklage, die in Deutschland gegen »Macca« anhängig war. Der SPIEGEL berichtete am 21. Mai 2007 darüber. Ebenso die FAZ und die englische Zeitung The Telegraph. Im

Raum stand der Vorwurf, Paul McCartney verleugne die Vaterschaft gegenüber einem Anfang der 60er unehelich in Hamburg gezeugten Kind. Außerdem habe er im ersten Prozess diesbezüglich, der bereits in den 80ern stattfand und zu Gunsten von McCartney entschieden wurde, falsche DNA-Proben abgegeben. Die Unterschrift auf den entsprechenden Dokumenten stamme nach neueren Untersuchungsergebnissen nämlich von einem Rechtshänder – während Paul bekanntermaßen mit der linken Hand schreibt und Gitarre spielt.

Der BILD-Zeitung erklärte die damals 46 Jahre alte Klägerin zudem, Paul habe ihrer Mutter im Jahr 1966 eine Einmalzahlung von 30.000 D-Mark als Kompensation und Schweigegeld zukommen lassen – und auch im Anschluss über viele Jahre hinweg 200 D-Mark monatlich als Unterhaltszahlung angewiesen. Die Staatsanwaltschaft nahm Ermittlungen auf. Doch der Prozess wurde im Jahr 2007 eingestellt. Denn selbst wenn die Straftat stattgefunden haben sollte, so Justizsprecher Michael Grundwald, sei diese zwischenzeitlich verjährt. Stellt sich die Frage, warum die Mutter überhaupt eine Vaterschaftsklage angestrengt hat, wenn sie davon ausgehen muss, dass im Rahmen der Beweisaufnahme ein DNA-Test angefertigt wird, wonach zweifelsfrei zu ermitteln wäre, ob sie die Wahrheit sagt, wenn dies eben nicht der Fall ist?

Gleiches gilt für die neuerliche Klage der Tochter. Unter dieser Prämisse muss man eigentlich davon ausgehen, dass die Damen ernsthaft annahmen, die Klagen schlussendlich zu ihren Gunsten entscheiden zu können. Weil der echte Paul sein Erbgut testen lassen muss. Folglich war die nicht mit der DNA des strittigen Nachwuchses übereinstimmende DNA-Probe von McCartney aus den 80ern tatsächlich »fake«, stammte also zumindest nicht von jenem Paul, mit dem die Hamburgerin zwischen 1959 und 1962 intim gewesen war, oder es ist eben nicht die gleiche Person. Oder die Klägerin war nicht im Vollbesitz ihrer geistigen Fähigkeiten, als sie zur Staatsanwaltschaft ging.

Interessant wäre, zu erfahren, wovon Paul McCartneys Ex-Frau Heather Mills live im US-Fernsehen sprach, als sie von »*Wahrheiten abseits des Vorstellbaren*« in Bezug auf ihren früheren Gatten erzählte. Wahrheiten, die derart »*schockierend seien, dass die Welt sie nicht ertrüge*«. Weiterhin berichtete Mills, dass sie entsprechende Dokumente und Beweise bei Dritten hinterlegt habe, um sich und ihre Familie vor Paul und seinem Umfeld zu schützen. Außerdem stellt sie nachdrücklich klar, dass es sich bei diesen Wahrheiten nicht um Affären oder ähnlich gängige Rockstar-Skandale handele. Das macht natürlich neugierig.

Ähnliche Storys finden sich zuhauf, verfolgt man die über 60-jährige Historie der erfolgreichsten Band aller Zeiten. Und noch immer erscheinen neue Bücher und Dokumentationen zu dem Thema. Zuletzt zum Beispiel »Faul – The Musical« oder die ominöse Buch-Reihe »The Memoirs of Billy Shears«, verfasst vom gleichsam ominösen Autor Thomas E. Uharriet, der sich ansonsten primär mit dem Thema Haiku zu befassen scheint. Wie er vor Jahren dazu kam, sich in die Rolle von Pauls Doppelgänger zu versetzen – oder, sollte es diesen geben, es vollbrachte, an dessen geheime Informationen zu kommen – liegt im Dunkeln. Bei Wikipedia existiert gar ein dezidiertes Diskussionsforum zum Themenkomplex »Paul is Dead«. Gewissheit schaffen konnte aber auch das bisher nicht.

So muss der zweifelnde Beatles-Fan wohl weiterhin mit der nagenden Ungewissheit leben, ob es nun der echte Paul McCartney ist, der weiterhin unermüdlich um die Welt tourt – oder ob es vielleicht doch die bei »Paul is Dead-Nerds« hoch im Kurs stehenden Vivian Stanshell, William Campbell, Phil Ackrill von »Danny Laine and The Diplomats« oder Bill Shepherd, Frontmann der Band »Billy Pepper & The Pepperpots« alias Billy Shears sind, die seit 1967 den Beatle mimen. Wie es die genannten Kandidaten vollbringen, oder vollbrachten, parallel zur Darstellung des beschäftigten Beatle ihre eige-

nen Leben weiterzuführen, lassen die entsprechenden Theorien leider offen.

Manche Dinge möchte man aber vielleicht auch gar nicht genauer ergründen – sondern sich, wie im vorliegenden Fall, ausnahmsweise einfach mit der schimmernden Illusion, dem Endergebnis, der Kunst zufriedengeben. Denn die zeitlose Qualität der Musik leidet bis heute in keinster Weise unter den potenziell dunklen Flecken in der Bandgeschichte oder vermeintlichen Manipulationen aus dem tiefenstaatlichen Hintergrund.

»Leben ist das, was passiert, während man plant.« (John Winston Lennon)

Nach der Auflösung der Beatles war es jedenfalls Paul McCartney, der als erstes ehemaliges Bandmitglied sein gleichnamiges Solo-Album veröffentlichte. Er hatte bereits während den Aufnahmen zu »Abbey Road« daran gearbeitet, was seinerzeit zusätzliche Verstimmungen im Bandgefüge verursachte. John hatte zwar ebenfalls schon 1968 und 1969 mit seiner Frau Yoko Ono an neuer Musik gearbeitet und damit gleichsam begonnen, sich von seiner Band zu emanzipieren, brachte aber erst nach dem letzten Beatles-Album und McCartney die erste Solo-Scheibe auf den Markt. Titel der Platte: »John Lennon/Plastik Ono Band«. Von vielen Kritikern als ehrlichste Rockplatte aller Zeiten gehuldigt.

Lennon hatte nach jahrelangem Tour-Stress, Beatlemania und mannigfaltig schlechten Erfahrungen mit den Schattenseiten der Musikindustrie irgendwann keine Lust mehr auf inszenierte Öffentlichkeit, Imagedesign, Termine und Marketing. Er war auf der Suche. Nach sich, dem Sinn des Lebens und der Wahrheit. Denn der introvertierte und melancholische Freigeist hatte bald nach Erreichen des Weltstar-Status den wahren Charakter des auf Gier basierenden Feudalsystems erkannt, das ihn als Produkt, als Rockstar, Jugendidol und Friedensak-

tivisten kommerziell wie ideologisch zu instrumentalisieren – und später zu eliminieren suchte.

So findet sich schon auf Johns Solo-Debüt der grandiose Titel »Working Class Hero«, der vermutlich beste (politische) Song oder Songtext aller Zeiten. Zumindest aus Sicht des Autors.

Für dieses entschiedene Statement gibt es mehrere Gründe. Zum einen ist das Stück musikalisch sehr einfach gehalten und daher auch für Gitarren-Novizen schnell zu erlernen. Die Akkordfolge besteht primär aus A-Moll sowie G-Dur und wechselt lediglich für eine Zeile des Refrains nach D-Dur. So hat der Song bessere Chancen auf rasche Verbreitung. Darüber hinaus ist auch der Gesang wenig komplex und lädt zum Mitsingen ein. Nach ein paar Durchgängen ist man in der Lage, die Zeilen auswendig zu wiederholen. Auch ohne musikalische Begleitung. Zum anderen – und viel wichtiger – ist der Text universell interpretierbar. Für jeden Menschen auf dieser Welt.

Sprich, jeder, der in einer vom Kapitalismus geprägten Gesellschaft lebt, wird sich auf seine ganz individuelle Art und Weise in »Working Class Hero« wiederfinden. Und das nicht nur in einer einzelnen Zeile, in der einen, herausragenden Metapher oder einem für sich stehenden Schlagwort – sondern im gesamten Text, der exemplarisch und interpretationsoffen den Lebensweg eines Menschen der Arbeiterklasse im neofeudalistisch-korrupten System unserer Zeit nachzeichnet. Von der Geburt bis zum Karriere-Peak. Jede Zeile erzeugt sofort ein Bild im Kopf, ruft Kindheitserinnerungen wach und ins Gedächtnis. Das macht die von John Lennon Ende des Jahres 1970 verfassten Verse so stark, die durch das Stück ausgelösten Emotionen so überwältigend.

»Du brauchst niemanden, der dir sagt, wer oder was du bist. Du bist, was du bist!« (John Winston Lennon)

Automatisch projiziert der Empfänger seinen eigenen Lebensweg, subjektive Erfahrungen, persönliche Erinnerungen und vergessene Gefühle in die vom Ex-Beatle mit ruhiger Stimme vorgetragenen Lyrics. John Lennon nimmt den Hörer mit auf eine Reise durch die eigene Vergangenheit. Meint, jene des Teenagers aus Liverpool, der bei seiner Tante aufwuchs – und jene des Hörers gleichermaßen. Er entlarvt das Schulsystem als Indoktrination. Danach die Arbeitswelt als moderne Leibeigenschaft. Und destilliert diese Informationen in eine Handvoll Silben. Das ist hohe Kunst. Komplexe, verkopfte Texte schreiben, ist vergleichsweise simpel. Hinter der Einfachheit, Einprägsamkeit und universellen Adaptierbarkeit eines Liedes, über die eigene Lebensrealität, den eigenen Kulturkreis und die eigene Ära hinaus, verbirgt sich der Pfad zum Meisterstück.

Das Erstaunliche bis Deprimierende an den Lyrics von »Working Class Hero«: Der Text hat bis heute keinen Deut an Aktualität eingebüßt. Über ein halbes Jahrhundert nach Aufnahme des vielsagenden Titels ist der Homo consumens noch immer Sklave seiner Ängste.

Und obendrein mehr denn je Spielball systeminhärenter Entmündigung und Entmenschlichung, von Enteignungsprozessen, ideologischen Machtkämpfen und oktroyierten militärisch-industriellen Hegemonialinteressen. Diese faschistoiden Tendenzen – geradezu linear der Dystopie »1984« von George Orwell folgend – waren für Lennon offensichtlich schon in den 70ern deutlich absehbar, wie verschiedene Interviews mit dem Musiker und Friedensaktivisten aus jener Zeit belegen. Schon damals kritisierte der politisierte Beatle die perfiden, geopolitischen Rochaden der tonangebenden Machtblöcke USA, Russland und China. Des Weiteren war dem Liverpooler absolut klar, dass man das Gewaltmonopol des mafiösen Systems Staat nicht gewaltsam überwinden kann. Dass Widerstand und

Revolution nur dann Chancen haben, wenn sich der Protest auf friedlichem Wege Bahn bricht.

»Wenn es dazu kommt, dass man Gewalt anwenden muss, dann spielt man das Spiel des Systems. Das Establishment wird dich reizen, (...) um dich zum Kämpfen zu bringen. Denn wenn sie dich erst gewalttätig gemacht haben, dann wissen sie, wie sie mit dir umgehen müssen. Das Einzige, womit sie nicht umgehen können, sind Gewaltlosigkeit und Humor.« (John Winston Lennon)

So setzte er für seine Friedenskampagnen auf Slogans wie »Give Peace a Chance« oder »War Is Over If You Want It«, auf publikumswirksame »Bed-ins for Peace« mit Yoko, auf künstlerische Freiheit und Humor – vor allem im Umgang mit den dunklen Mächten des Tiefenstaates, die ihrerseits alles daran setzten, Lennon schleunigst wieder aus den Vereinigten Staaten zu vertreiben, die er nach der Auflösung seiner ersten Band zur Wahlheimat erkor. »Working Class Hero« sorgte im US-Establishment gleich zu Beginn von Lennons Amerika-Aufenthalt im Jahr 1971 für Kopfzerbrechen. Obwohl der Song bereits ein Jahr zuvor veröffentlicht worden war. Senatoren und Offizielle beschwerten sich über die Fäkalsprache und den subversiven, staatsfeindlichen Ton des Stücks. Die Radiosender spielten es trotzdem. Bis auf wenige Ausnahmen, die den staatlichen Boykottaufruf mittrugen.

Nur vier Monate nach »Working Class Hero«, im März 1971, erschien Johns Single »Power to the People«. Dicht gefolgt von seiner bekanntesten Friedenshymne – »Imagine« – im Oktober 1971. Damit war die inhaltliche Marschrichtung klar. Und der Ex-Beatle beim US-Establishment untendurch. Die amerikanischen Behörden ließen nichts unversucht, um den Einbürgerungsantrag des britischen Musikers zu torpedieren. Währenddessen avancierte »Imagine« zum erfolgreichsten Song seiner Solo-Karriere. Über 200 Künstler haben ihn bis

heute neu interpretiert. Der Titel ist unter den 100 meistgespielten Songs aller Zeiten und wurde in der Liste der Songs des Jahrhunderts der »Recording Industry Association of America« (RIAA) auf Platz 30 gewählt. John Lennons Nachricht war nicht mehr aufzuhalten.

»Ideen brauchen keine Waffen, wenn sie die großen Massen überzeugen können.« (Fidel Castro)

Nach der Veröffentlichung seiner großen Hit-Single hatte John Lennon nur noch neun Jahre zu leben. Die erste Hälfte davon trank er viel, nahm Drogen und wusste nicht so recht wohin mit sich. Von 1975 bis 1980 kümmerte er sich primär um seinen Sohn Sean, das einzige Kind mit Yoko. Gefragt, was er seit Mitte der 70er gemacht habe, antwortete er in einem Interview: »*Brot gebacken und nach dem Baby geschaut*«. Und just als er, inspiriert von einem stürmischen Segelturn Richtung Bermuda, mit der Arbeit an neuen Songs begonnen hatte, sollte seine Geschichte ihr jähes wie dramatisches Ende finden. Vermutlich wurden ihm sein massenmobilisierender Pazifismus und die lautstarke Kritik am Vietnam-Krieg schlussendlich zum Verhängnis. Am 08. Dezember 1980, gegen elf Uhr nachts, wurde der damals 40-jährige Lennon vor dem Eingang des New Yorker Dakota Building erschossen.

Von Mark David Chapman, einem verwirrten Einzeltäter, so die offizielle Darstellung. Nach Lennons Kremation verstreute Yoko Ono seine Asche im naheliegenden Central Park. An der betreffenden Stelle befindet sich heutzutage das stets von Blumen, Briefen und Devotionalien übersäte Imagine-Memorial. Sein Mörder dagegen lebt. Und stellt in regelmäßigen Abständen Anträge auf Haftentlassung. 2020 wurde sein elfter Bewährungsantrag abgelehnt. Die nächste Anhörung findet im August 2022 statt. Vermutlich mit einem ähnlichen Ergebnis. Denn Yoko Ono legt alle zwei Jahre Widerspruch gegen das Gesuch ein.

Die vorherrschende Meinung zu Chapmans Tatmotiv war und ist, dass er geschossen hat, um berühmt zu werden – als Promi-Killer. Dieses Argument ist in Anbetracht von Chapmans Geständnis allerdings nicht wirklich stichhaltig. Denn hätte er Öffentlichkeit gesucht, wäre er dem Rat seines Anwalts gefolgt und in den vermutlich weltweit Aufsehen erregenden Strafprozess gegangen. TV-Berichterstattung zur Prime Time inklusive. Durch sein sofortiges Schuldeingeständnis fand jedoch kein Schauprozess statt. Chapman wanderte direkt ins Gefängnis. Auch bei Interviews und sonstigen Optionen, Aufmerksamkeit zu bekommen, hielt er sich generell zurück.

Während eines TV-Interviews mit Larry King im Jahr 1992, zwölf Jahre nach dem Mord, versuchte Chapman, seine Motive zu beschreiben, den Auslöser für die Tat einzugrenzen. Logisch wirkten seine Erklärungen nicht. Die Ratio für sein Handeln blieb diffus. Es entstand der Anschein, dass er selbst noch nach Antworten sucht. Oder nicht die ganze Geschichte erzählt – vielleicht nicht erzählen kann. Und dabei muss er nicht einmal lügen, wie Recherchen des US-Autors Phil Strongman zur Causa Mark David Chapman offenbaren.

In seinem 2010 veröffentlichten Buch »John Lennon: Life, Times and Assassination« untersucht er die offensichtlichen Widersprüchlichkeiten hinsichtlich des Tathergangs, die nebulöse Vergangenheit des mutmaßlichen Einzeltäters, seine Motivlage und vor allem die frappierenden Nachlässigkeiten der US-Behörden während der Ermittlungen zum Attentat. Strongman rückt exakt jene Fragen in den Fokus, die das FBI hätte stellen müssen, wären die USA tatsächlich an der Aufklärung des Gewaltverbrechens interessiert gewesen, jedoch tunlichst vermieden, aufzuwerfen.

Zum Beispiel: Wer ist Chapman, der »*Niemand*«, wie er sich selbst bezeichnet, aus einem Kaff in Georgia? Warum wird er gemeinhin als Lennon- und Beatles-Fanatiker dargestellt? In

seiner Wohnung wurde kein einziger Tonträger, kein Buch, kein Zeitungsausschnitt oder sonstiges Material zu den Beatles gefunden. Was bewog Chapman an den Tagen vor dem Mord, von seinem Wohnort Hawaii nach New York zu fliegen? Und was tat er während dem logistisch unnötigen Zwischenstopp am Flughafen von Chicago? Warum lebte Chapman überhaupt in Hawaii, in der Nähe eines Ausbildungscamps der CIA? Was genau tat er bei seinem Arbeitgeber World Vision International, einer 1950 gegründeten Organisation, der man nachsagt, eine von unzähligen CIA-Schattenfirmen zu sein? Warum war Chapman in Beirut, einer CIA-Hochburg während des Kalten Krieges? Warum befanden sich alle Einschusslöcher auf der linken Seite von John Lennons Körper, wenn Mark David Chapman rechts hinter ihm stand, als er schoss? Wie konnte er so genau zielen, dass die Mediziner bei der Obduktion Mühe hatten, die fast übereinander liegenden Kugeln zu entfernen? Laut gerichtlichem Gutachten eine ballistische Meisterleistung – und für Nicht-Profis höchst unwahrscheinlich. Zumal aus dem falschen Winkel. Warum wurden bei den Untersuchungen Experten exkludiert, die von mehreren Schützen ausgingen?

Wieso hat niemand den zum Tatzeitpunkt diensthabenden Wachmann des Dakota Building – José Sanjenís Perdomo – genauer unter die Lupe genommen, obwohl dieser nachweislich für den amerikanischen Geheimdienst als Profikiller gearbeitet hatte und als Söldner für die Schweinebucht-Invasion in Kuba anheuerte? Wieso konnte Perdomo nach den Schüssen auf Lennon in Seelenruhe auf Chapman zugehen und ihm, völlig ohne Gegenwehr des Schützen, die geladene Waffe aus der Hand nehmen? Wäre die natürliche Reaktion in solch einem Moment des Schocks nicht, selbst im Wachhäuschen am Eingang des Dakota Building Deckung zu suchen, oder das Feuer auf Chapman zu erwidern? Aus welchem Grund hatte Perdomo keine Angst, dass Chapman die Waffe auf ihn richtet und abdrückt? Lag es daran, dass Perdomo und Chapman den

ganzen Abend über allein vor dem Eingang des Dakota herumlungerten und über die Schweinebucht oder die Ermordung John F. Kennedys sprachen, bis Lennon um kurz vor 23:00 Uhr auftauchte?

»*José Perdomo sagte der Polizei, Chapman sei Lennons Mörder. Einer der festnehmenden Beamten, Peter Cullen, glaubte nicht, dass Chapman Lennon erschossen hatte. Cullen glaubte, der Schütze sei ein Handwerker im Dakota, aber Perdomo überzeugte Cullen, dass es Chapman war.*« (Latin News Agency, 08. Dezember 2018)

Darüber hinaus gilt stets das Imperativ des kriminalistischen Einmaleins: Follow the Money! Wie also finanzierte sich Chapman, der nie einen festen Job, ein gutes Einkommen oder so etwas wie eine Karriere hatte? Woher nahm der Mann mit Gelegenheitsjobs das Geld für seinen überdurchschnittlichen Lebenswandel? Wer kam für die sechs Wochen andauernde Weltreise auf, die Chapman im Jahr 1978 absolvierte – und was tat er in Tokyo, Seoul, Hong Kong, Singapur, Bangkok, Neu-Delhi, Genf, London, Paris und Dublin? Die vielleicht wichtigste Frage: Warum stand Chapman nach den Schüssen auf Lennon wie paralysiert am Tatort herum? So, als sei er gerade aus einem Traum erwacht. Passanten und Streifenpolizei beschreiben sein Verhalten als das eines willenlosen Zombies. Orientierungslos und verwirrt – von sich selbst und seiner Umgebung. Wo war sein Fluchtreflex? Wieso lief er nicht weg? Und warum wurde Chapman keinem Drogentest unterzogen? Wieso ignoriert man die Tatsache, dass Chapman von Stimmen in seinem Kopf spricht, die ihn vor den Schüssen vehement aufforderten, »*es zu tun*«? Dass er selbst beschreibt, sich an den Tatzeitpunkt wie an »*zwei verschiedene Filme*« zu erinnern – einen in den Minuten vor dem Abfeuern der Waffe, der ihn nervös machte, aufführte, emotional korrumpierte; und einen nach dem Betätigen des Abzugs, den er als ruhig, leer, sinnlos und lähmend beschreibt? Chapman gab zu Protokoll,

sich in den Minuten nach der Tat gefühlt zu haben, als sei er aus dem Tiefschlaf gerissen worden, aus einem Traum. All diese Fragen wurden im Zuge der offiziellen Ermittlungen nicht geklärt. Entsprechende FBI-Akten sind bis zum heutigen Tage unter Verschluss. Top-Secret. Nationale Sicherheit und so. Das kennt man vom Mord an John F. Kennedy. Es bedarf angesichts der vorgängig angeführten Tatsachen jedoch nicht viel Phantasie, um sich auszumalen, was tatsächlich am 08. Dezember 1980 in New York passierte. Vor allem dann, wenn man sich mit den illegalen, verstörenden MKULTRA-, MKNAOMI-, MKOFTEN-, MKCHICKWIT-, CHATTER- oder ARTICHOKE-Programmen der US-Geheimdienste befasst hat. Das Ziel dieser verachtenswerten Menschenversuche: Bewusstseinsmanipulation. Das Erschaffen von unterbewusst agierenden Killern, die aus dem Normalzustand heraus per Trigger-Signal aktiviert und zur Tat bewegt werden können. Die Methoden: LSD, Elektroschocks, Psycho-Folter, Schlafentzug, verbale und physische Gewalt. Wer annimmt, solche Ideen taugten lediglich als Material für einen netten Spionage-Streifen, irrt. Ein deklassifizierter CIA-Bericht aus dem Jahr 1975 konstatiert beispielsweise:

»*Wenn die Hypnose erfolgreich war, können Attentäter geschaffen werden, um einen prominenten (..) Politiker oder, falls nötig, einen amerikanischen Beamten zu ermorden.*«

Stephen Kinzer, der die geheimen CIA-Projekte seit langem untersucht, schrieb in seinem Buch »Poisoner in Chief«, das im September 2019 erschien:

»*In den frühen 1950er Jahren richtete die CIA geheime Haftzentren ein, in den unter amerikanischer Kontrolle stehenden Gebieten in Europa und Ostasien. Hauptsächlich in Japan, Deutschland und den Philippinen. (…) Die CIA nahm Personen gefangen, die verdächtigt wurden, feindliche Agenten zu sein. Und andere Personen, die sie für entbehrlich hielt, um*

verschiedene Arten von Folter und Menschenversuchen an ihnen durchzuführen. Die Gefangenen wurden verhört, während ihnen psychoaktive Drogen verabreicht, Elektroschocks gesetzt, extreme Temperaturen zugemutet wurden. Sie wurden sensorischer Isolierung und dergleichen ausgesetzt, um ein besseres Verständnis dafür zu entwickeln, wie man den menschlichen Geist zerstört und kontrolliert.«

Auch Autor David McGowan schildert in »Programmed to Kill« (2004) anhand zahlreicher Original-Quellen, wie US-Geheimdienste Schläfer heranzüchten. Wer also noch an die Mär glaubt, der Staat sei sein Freund, sollte diese Position jetzt vielleicht noch einmal überdenken. Denn die Liste unethischer Menschenexperimente ist lang. Viele davon waren erstaunlich erfolgreich, wenn man es so nennen möchte. Aber an der Spitze der Nahrungskette gibt es eben keine Skrupel. Da lernt man, beim Töten zu lächeln. Genau das beschreibt John Lennon mit seiner letzten Zeile in »Working Class Hero« – »*First you must learn how to smile as you kill*«. So war Mark David Chapman vielleicht ein Manchurian Kandidat, oder nur der nützliche Idiot. Oder beides. In jedem Fall geben die Indizien allen Grund zur Annahme, dass es die US-Regierung ist, die den Beatles-Gründer auf dem Gewissen hat. Weil sie ihn mit juristischen Mitteln nicht aus dem Land schaffen konnte und zusehends Angst vor seiner Fähigkeit bekam, die Massen gegen das herrschende System aufzubringen. Friedlich, aber bestimmt. Mit Liebe, Humor und Kreativität.

Zum Schweigen gebracht hat sein Tod ihn glücklicherweise nicht. Das Gegenteil ist der Fall. Denn John Winston Lennon wurde durch das Attentat unsterblicher, als er es als Mitglied der erfolgreichsten Band aller Zeiten ohnehin schon war. Kein Märtyrer – aber ein Held der Arbeiterklasse, dessen Ideen und Ideale die Zeiten überdauern werden. Imagine Peace.

| 20. August 2022

Working Class Hero (John Lennon, 1971)

As soon as you're born they make you feel small,
By giving you no time instead of it all,
Till the pain is so big you feel nothing at all.
A working class hero is something to be,
A working class hero is something to be.

They hurt you at home and they hit you at school,
They hate you if you're clever and they despise a fool,
Till you're so fucking crazy you can't follow their rules.
A working class hero is something to be,
A working class hero is something to be.

When they've tortured and scared you for twenty odd years,
Then they expect you to pick a career,
When you can't really function, you're so full of fear.
A working class hero is something to be,
A working class hero is something to be.

Keep you doped with religion and sex and TV,
And you think you're so clever and classless and free,
But you're still fucking peasants as far as I can see.
A working class hero is something to be,
A working class hero is something to be.

There's room at the top they are telling you still,
But first you must learn how to smile as you kill,
If you want to be like the folks on the hill.
A working class hero is something to be.
A working class hero is something to be.

If you want to be a hero well just follow me,
If you want to be a hero well just follow me

Ein Held der Arbeiterklasse

Sobald Du geboren bist, sorgen sie dafür,
dass Du Dich Euch klein fühlst,
Indem sie Dir keine Zeit geben, anstatt alle Zeit der Welt,
Bis der Schmerz so groß ist, dass Du gar nichts mehr fühlst.
Ein Held der Arbeiterklasse, ist etwas, das sich lohnt, zu sein.
Ein Held der Arbeiterklasse, ist etwas, das sich lohnt, zu sein.

Sie verletzen Dich zu Hause und schlagen Dich in der Schule,
Sie hassen Dich, wenn Du schlau bist,
und verachten einen Dummkopf,
Bis Du so verdammt verrückt bist,
bis Du ihren Regeln gar nicht mehr folgen kannst.
Ein Held der Arbeiterklasse, ist etwas, das sich lohnt, zu sein.
Ein Held der Arbeiterklasse, ist etwas, das sich lohnt, zu sein.

Wenn sie Dich für knapp zwanzig Jahre
gequält und verängstigt haben,
Dann erwarten sie von Dir, dass Du einen Karriereweg wählst,
Obwohl Du gar nicht funktionieren kannst,
Du bist so voller Angst.
Ein Held der Arbeiterklasse, ist etwas, das sich lohnt, zu sein.
Ein Held der Arbeiterklasse, ist etwas, das sich lohnt, zu sein.

Sie halten Dich betäubt mit Religion und Sex und TV,
Und Du denkst, Du bist verdammt schlau und klassenlos und frei,
Dabei seid ihr noch immer verfickte Leibeigene,
soweit ich das sehen kann.
Ein Held der Arbeiterklasse, ist etwas, das sich lohnt, zu sein.
Ein Held der Arbeiterklasse, ist etwas, das sich lohnt, zu sein.

Da ist noch Platz an der Spitze, das erzählen sie Dir immer noch,
Aber zuerst musst Du lernen, zu lächeln, während Du tötest,
Wenn Du wie die Leute auf Capitol Hill sein willst.
Ein Held der Arbeiterklasse, ist etwas, das sich lohnt, zu sein.
Ein Held der Arbeiterklasse, ist etwas, das sich lohnt, zu sein.

Wenn Du ein Held sein willst, nun, dann folge einfach mir.
Wenn Du ein Held sein willst, nun, dann folge einfach mir.

(Übersetzung: T.-O. Regenauer)

Überhitzte Kulturrevolution

»Das wirklich Beängstigende am Totalitarismus ist nicht, dass er Massaker begeht, sondern dass er das Konzept der objektiven Wahrheit angreift. Er gibt vor, die Vergangenheit wie die Zukunft zu kontrollieren.« (George Orwell)

Die heißen Wochen des Jahres werden einmal mehr für performative Politik genutzt. Gasnotstand, Klima-Apokalypse, Corona-Kollateralschäden, Kriege und demnächst Wutwinter in Dunkeldeutschland. Die Folge: Bevormundung, Verbote, Mangelwirtschaft und Autoritarismus. Die Krisen-Kakophonie als Hebel zur schleichenden Implementierung eines technokratischen Neofeudalismus.

Heiße Sommertage liegen hinter uns. Nicht so heiß, wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk Deutschlands seinen Zuschauern mittels manipulativ gefärbter Wetterkarten gerne vorgaukeln will, aber es war schon ganz schön warm. Hochsommer eben. Urlaubszeit. Reisewelle. Für viele vielleicht das erste Mal seit Ausrufung des Corona-Notstandsregimes. Denn noch im März entstand der Eindruck, als könnte mit dem Jahr 2022 ein relativ unbeschwerter Sommer ins Haus stehen. Viele Nachbarländer beendeten die restriktiven Pandemiemaßnahmen, schafften Covid-Zertifikate und Maskenpflicht ab. In der Schweiz riet das »Bundesamt für Gesundheit« (BAG) den Menschen bereits im März, die hiesige Coronavirus-App auf dem Smartphone zu deinstallieren. Und auch in Deutschland stellte die Regenten-Kaste ein Ende aller Maßnahmen in Aussicht. Was danach passierte, ist bekannt.

Nicht nur »Team Geisterfahrt« nahm in Berlin wieder richtig Fahrt auf und gängelt die Bevölkerung weiterhin ohne Unterlass mit sinnloser Symbolpolitik und präventivem Paternalismus in Sachen Gesundheitsschutz, auch der Ukraine-Konflikt gewann an Momentum. Meldungen zu diesem augenscheinlich von langer Hand geplanten US-Stellvertreterkrieg gegen Russland lösten die Pandemie-Newsticker von einem Tag auf den anderen ab. Masken- und Spritzen-Emojis wurden auf den Social-Media-Plattformen unreflektiert durch blau-gelbe Flaggen ersetzt. Ungeachtet der Tatsache, dass die Ukraine von einem korrupten Nazi-Regime gesteuert wird und generell jeder Krieg zu verurteilen ist. Egal wer ihn führt – denn sterben müssen vor allem normale Menschen wie Du und ich. Nicht die Personen, die ihn aus Stolz, Eigennutz, geopolitischen Interessen oder Gier vom Zaun brechen. Die destruktiven Auswirkungen des in der Folge vom Wertewesten implementierten Sanktionsregimes gegenüber Putins Supermacht im Osten beginnen sich dagegen gerade erst wirklich Bahn zu brechen. Monate nach Bekundung bedingungsloser Solidarität mit Kiew. Galoppierende Inflation, Kaufkraftverlust, ungeahnte Preissteigerungen sowie eine hausgemachte Gas-Krise trüben die Sommerlaune zusehends. Sorgen vor der Zukunft bestimmen den Alltag vieler Menschen. Angst.

In Washington lassen die US-Imperialisten des militärisch-industriellen Komplexes zeitgleich nichts unversucht, um den seit geraumer Zeit schwelenden Konflikt mit China zu eskalieren. Nachdem die Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, die aus unerfindlichen Gründen über ein Privatvermögen von 100 bis 200 Millionen US-Dollar verfügt – je nachdem, welcher Quelle man folgt – bereits am 02. August 2022 durch ihren überraschenden Besuch in Taiwan für einen diplomatischen Eklat mit dem Reich der Mitte sorgte, jettete Mitte August bereits die nächste Gruppe amerikanischer Politdarsteller nach Taipei. Dieses Mal eine Delegation des US-Kongresses unter Leitung des demokratischen Senators von

Massachusetts, Ed Markey. Begleitet werden diese politischen Provokationen in Richtung des Adressaten Peking von militärischen Manövern in der umstrittenen Straße von Taiwan. Dort wollen die Vereinigten Staaten in den kommenden Wochen verstärkt Luft- und Seestreitkräfte auffahren lassen. Die strategischen Planspiele des US-Militärs, seiner Think Tanks und Demagogen für einen heißen Krieg in der Region Asien-Pazifik laufen derweil auf Hochtouren – und reichen vom Szenario eines kurzen Präventivschlags gegen China über das langfristige Verteidigen Taiwans bis hin zum ausgereiften Nuklearkrieg im Westpazifik.

Daneben ist die global vernetzte Deutungselite verstärkt darum bemüht, das Narrativ des Klima-Notstands in die Köpfe der Bevölkerung und die sozioökonomischen Strukturen des Landes zu »nudgen«. Egal ob niedriger Wasserpegel im Rhein oder aufgeheizter Asphalt bei der Tour de France, die monokausale Weltsicht der »Woko Haram« lässt nur eine Begründung zu: Den Klimawandel. Auch wenn die Straßen bei der Tour de France im Zuge hoher Temperaturen schon immer mit Wasser gekühlt wurden.

Aus diesem Grund sehen nicht nur die Wetterkarten im ÖRR zwischenzeitlich aus, als fließe Lava durch die Straßen. Auch Berichte über sommerliche Waldbrände werden mit dem Begriff »Selbstentzündung« tituliert, Stromausfälle auf von der Sonne zusammengeschmolzene Kabel zurückgeführt. Kein Nudging-Elaborat scheint zu abstrus. Kein Strohmann-Argument zu unlogisch. Keine Widersinnigkeit zu peinlich. Denn die zahlreichen Richtigstellungen, die von den Leitmedien ein paar Tage nach den betreffenden Panik-Überschriften online gestellt werden, liest ohnehin kaum jemand.

Anlass zu Sorge gibt es auch hinsichtlich der allgemeinen Nahrungsmittelversorgung im kommenden Winter. In den Vereinigten Staaten sind im Laufe des Jahres zum Beispiel

schon über 20 Fabriken zur Nahrungsmittelverarbeitung abgebrannt. Gemäß Meldungen der Nachrichtenagentur Reuters ist das natürlich reiner Zufall. Zweifelsohne verschärft das jedoch die durch marodierte Lieferketten angespannte Situation zusätzlich. Ebenso wie das bewusste Abfackeln von Weizenfeldern seitens des ukrainischen Militärs. Unterdessen nutzt der supranationale Korporatismus die Krisen-Kakophonie gut gelaunt zu seinen Gunsten und erwirbt alles, was an landwirtschaftlichen Anbauflächen verfügbar ist.

So wurde Microsoft-Gründer Bill Gates binnen kürzester Zeit zum größten Landbesitzer der USA. Konzerne wie Cargill, Dupont oder Monsanto, deren größte Anteilseigner die Kapitalsammelstellen Blackrock, Vanguard und Blackstone sind, haben unterdes 1,7 Millionen Hektar fruchtbares Ackerland in der Ukraine zusammengekauft. Auf dem Immobilienmarkt sieht es kaum anders aus. So nutzen ökonomische Krisen-Profiteure und Politik das Sommerloch des Jahres 2022 nicht nur, um ihre performative Agenda möglichst unbemerkt voranzutreiben, auch die zahlreichen Krisenherde befeuern diesen fiskalischen Raubzug der Finanzeliten. Die völlige Abkehr der herrschenden Kaste vom Gemeinwohlgedanken war kaum jemals offensichtlicher. Dass die heißen Monate des Jahres von Regierungen stets genutzt werden, um kontroverse oder unpopuläre Entscheidungen durchs Parlament zu jagen, ist nichts Neues. Dass die Ferienzeit dazu dient, eine »woke« Kulturrevolution voranzupeitschen, ist dagegen bemerkenswert. So sind Planungen, die Bundeswehr ab 01. Oktober 2022 für Inlandseinsätze abzustellen, um die Polizei bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu unterstützen, nur ein verstörendes Symptom des kontinuierlich kranker agierenden Systems. Denn Dammbrüche und Paradigmenwechsel scheinen mittlerweile an der Tagesordnung zu sein.

»Wir kommen jetzt in eine Phase hinein, wo der Ausnahmezustand die Normalität sein wird.« (Karl Lauterbach)

Das dürfte wohl eine der wenigen Prophezeiungen des Panik-Predigers im Gesundheitsministerium sein, die sich erfüllen wird. Selbst BILD-Chef Claus Strunz warnt mittlerweile davor, dass Habeck und Konsorten nur darauf warten, den Klima-Lockdown auszurufen. Vor diesem Hintergrund kommt es den dunkelgrünen Kulturrevolutionären kaum ungelegen, dass Olaf Scholz wegen des CumEx-Skandals derzeit wieder verstärkt unter Beschuss gerät. Über 50 Mal soll der SPD-Finanzlobbyist vor dem entsprechenden Untersuchungsausschuss angegeben haben, sich an nichts erinnern zu können. Das ruft Erinnerungen an Mafia-Prozesse wach. Sollte der augenscheinlich korrupte Bundeskanzler seinen Hut nehmen müssen, wäre vermutlich Robert Habeck als Vizekanzler am Zug. Und das verheißt nichts Gutes, wie aktuelle Planungen des dogmatischen Maoisten zum Energiesparen belegen. Denn der postulierte »*Wutwinter*« dürfte nach Habecks Gutdünken in einem dystopisch anmutenden »*Dunkeldeutschland*« Einzug halten.

Die aufgrund der instrumentalisierten Energiekrise in Aussicht gestellten staatlichen Übergriffigkeiten dürften jene des Corona-Regimes sogar noch toppen. So sollen öffentliche Gebäude bis maximal 19 Grad beheizt werden dürfen. Wird körperlich gearbeitet, müssen zwölf Grad genügen. Ladentüren und Eingänge müssen geschlossen, Werbetafeln und Leuchtreklamen von 22:00 Uhr bis 06:00 Uhr ausgeschaltet werden. Die Fassadenbeleuchtung öffentlicher Gebäude und Denkmäler wird gänzlich untersagt. Und auch die Straßenlaternen sollen temporär oder clusterweise ausgeschaltet werden. Obwohl das vor allem in Großstädten, Problemvierteln oder urbanen Parkanlagen durchaus negative Auswirkungen auf das Sicherheitsempfinden der eigenen Bevölkerung haben könnte. So schafft man neue Angsträume.

Nach Etablierung eines Präzedenzfalls über die totalitären Corona-Maßnahmen, beschränkt sich die staatliche Bevor-

mundung selbstredend nicht auf den öffentlichen Raum. Auch im Privaten soll kontrolliert werden, ob sich Bürger an zentralistische Vorgaben halten. Bisher wurde offiziell zwar nur beschlossen, dass private Pools nicht mehr mit Gas oder Strom beheizt werden dürfen – erste Stimmen, die eine strikte Kontrolle des Energieverbrauchs in Privatwohnungen fordern, werden aber bereits laut. Auch wenn solche Vorhaben derzeit von allen Seiten vehement verneint werden, zeigen die Erfahrungen aus den vergangenen zweieinhalb Jahren, dass mediale Testballons dieser Couleur nicht ohne Grund losgelassen werden.

Das gilt gleichsam für die jüngsten Äußerungen von Olaf Scholz, dass niemand im bevorstehenden Winter beabsichtige, auf Demonstranten zu schießen. Denn der Vorwurf, dass er diese Zusage bis in ein paar Monaten wieder aus dem Gedächtnis getilgt haben könnte, scheint im Lichte seiner selektiven Amnesie in Bezug auf den CumEx-Skandal nicht allzu weit hergeholt. So ist auch die unverschämte, in ihrer Ausgestaltung weltweit einzigartige Gasumlage als weiteres Puzzleteil eines menschenverachtenden Panoptikums kreativer Zerstörung zu bewerten, dem die Zivilisation von neofeudalistischen Zirkeln ausgesetzt wird. Das implizieren einmal mehr die organisatorischen Hintergründe. Denn wie der Zufall es will, profitiert von der Finanzspritze für die Energiewirtschaft vor allem das Unternehmen Uniper mit Sitz in Düsseldorf. Dieses hatte bereits im Juli 2022 Finanzhilfen in Höhe von 15 Milliarden Euro vom deutschen Staat erhalten. Uniper gehört zu 56 Prozent dem finnischen Energiekonzern Fortum. Und in dessen Aufsichtsrat sitzt WEF-Günstling und -Vorstandsmitglied Philipp Rösler, ehemaliger FDP-Bundesvorsitzender und Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland. Dieser Umstand ist ein Paradebeispiel für die mittlerweile offen zelebrierte Systematik des Korporatismus, dessen singuläres Ziel in der Privatisierung und Monopolisierung aller verfügbaren Ressourcen zum Machterhalt einer internationalen Finanzelite

besteht. Dieses Ziel ist im Kern kriminell. Um es zu erreichen, bedarf es organisierter Kriminalität. Und institutionalisierter Umverteilung von Vermögenswerten. Das bestätigte, scheinbar unterbewusst, auch die ungelernte Küchenhilfe und grüne Vollzeitideologin Katrin Göring-Eckardt, als sie im August 2022 kurzerhand auf Twitter verlauten ließ:

»*Wir brauchen Umverteilung von unten nach oben und nicht umgekehrt.*«

Zwischenzeitlich hat sie diese, als plumpen Tippfehler abgetane, Formulierung zwar gelöscht und den vielsagenden Satz für einen neuerlichen Beitrag umformuliert – aber so ein potenzieller Freud'scher Versprecher lässt ja unter Umständen tief blicken. Wer insgeheim noch davon ausgeht, korporatistische – und demnach faschistische – Strukturen bestünden in der vermeintlich demokratischen Bundesrepublik nicht, wird selbst von der »Bundeszentrale für politische Bildung« eines Besseren belehrt. Mit einem Artikel vom 26. Mai 2002, der die Überschrift »Die Entwicklung des deutschen Korporatismus« trägt.

Die kriminelle Verwobenheit von Staat und Konzernen in Bezug auf die Gas-Krise führt in jedem Falle einmal mehr vor Augen, dass es im technokratischen Korporatismus der oktroyierten Zeitenwende unerheblich ist, welchem politischen Spektrum seine Repräsentanten zuzuordnen sind. Ob links, grün, liberal, konservativ oder rechts – wenn es um Macht und Geld geht, ziehen die »Public-Private-Partnerships« der supranational konstituierten »Global Governance« am gleichen Strang. An jenem, aus dem der freiheitlich organisierten Zivilgesellschaft langsam, aber sicher der Strick gedreht wird.

| 21. August 2022

Homo demens

»Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient.« (Joseph de Maistre)

In Deutschland bedeutet das augenscheinlich: Eine Regierung, der es absolut gleichgültig ist, was die Bevölkerung weiß, wählt oder wünscht. Eine Regierung, deren dunkelgrüne Außenministerin, Annalena Baerbock, bei einer Podiumsdiskussion von »Forum 2000« in Prag am 31. August 2022 mitteilt, dass sie ihren abstrusen Kurs in Sachen Ukraine-Krise beibehalten werde, »*egal was ihre deutschen Wähler denken*«.

Eine Regierung, deren Kanzler an selektiver Amnesie leidet, wenn es in entsprechenden Untersuchungsausschüssen um die Aufklärung des CumEx-Skandals geht, dem massivsten Fall von Steuerhinterziehung der deutschen Geschichte. Eine Administration mit einem Kanzler, dessen CumEx-Komplizen und ehemalige Parteigenossen 200.000 Euro aus unbekannten Quellen in Schließfächern deponiert haben, der als Innensenator von Hamburg verfügte, dass mutmaßliche Drogendealer mit Brechmittel gefoltert werden, woran der 19-jährige Kameruner Achidi J. starb. Ein Regierungschef, der auch im Korruptionsskandal um Wirecard jegliche Transparenz verweigert und dessen Bruder – Jens Scholz, Vorstandsvorsitzender des Universitätsklinikums Schleswig Holstein und Leopoldina-Mitglied – in Millionenhöhe vom Intensivbetten-Betrug während der Corona-Krise profitierte.

Die Deutschen scheinen eine Regierung verdient zu haben, deren soziophob wirkender Gesundheitsminister auf berechtigte Nachfragen zum jüngst für Aufregung sorgenden Maskengate schon mal feudalistisch entgegnet: »*Das ist eben so*«. Eine Koalition mit einem Gesundheitsminister, der mehr Pharma-Lob-

byismus als Politik betreibt. In einem Ausmaß, dass unlängst sogar der handzahme Markus Lanz vom ZDF nach einem Redebeitrag von Karl Lauterbach süffisant kommentiert – »*Soweit der Werbeblock für Paxlovid*« –, nachdem dieser zuvor ausladend über die Großartigkeit des Produktes räsoniert hatte. Pfizer, der Hersteller des neuen Covid-Medikamentes, und einer der kriminellsten Konzerne der Welt, sponserte – ganz nebenbei bemerkt –, den Parteitag der SPD am 11. Dezember 2021 sowie diverse andere Veranstaltungen der hiesigen Spitzenpolitik.

Eine von Hegemonialmächten korrumpierte Staatsführung, die kein Geld für die Flutopfer im Ahrtal zur Verfügung stellt, dafür aber US-Stellvertreterkriege oder Bundeswehreinsätze in Mali finanziert und Steuermillionen mit vollen Händen ins Ausland verteilt. Eine Regierung, deren FDP-Innenminister eine Aufhebung der Pandemie-Maßnahmen versprach und das exakte Gegenteil veranlasst. Eine Regierung, die aufgrund ihrer Verpflichtungen gegenüber supranationalen Interessengruppen, technokratische Kontrollstrukturen implementiert, den Mittelstand vernichtet, die Bürger über eine hausgemachte Energiekrise enteignet, damit einen Wut-Winter in Dunkeldeutschland provoziert, aber potenzielle und völlig berechtigte Proteste gegen diesen menschenverachtenden Korporatismus prophylaktisch als »Delegitimierung des Staates« diffamiert.

Bezeichnend für die abgehobene Arroganz der Regentenkaste dieser Tage ist ein Statement von Sigmar Gabriel – ehemaliger SPD-Chef sowie Vizekanzler und aktueller Vorsitzender des 1952 von US-Bankiers gegründeten Oligarchen-Netzwerks Atlantikbrücke –, der Annalena Baerbock im Shitstorm um ihre Äußerungen in Prag medial zur Seite springt und die empörten Wähler noch zusätzlich desavouiert, indem er am 02. September 2022 schreibt:

»Keine Ahnung, ob das Zitat von Baerbock stimmt. Aber diejenigen, die sich hier künstlich aufregen, sollten mal Art 38 (1) der Verfassung lesen. Abgeordnete sind nur ihrem Gewissen verpflichtet und keinem anonymen Wählerwillen.«

Folgt man der Logik des eingangs zitierten Vertreters der Gegenaufklärung, Joseph de Maistre, hat es diese anonyme Masse von Wählern, der niemand verpflichtet ist, also verdient, dass sie von ihren vermeintlichen Volksvertretern ignoriert, verhöhnt, wirtschaftlich vernichtet und unterjocht wird. Immerhin legitimiert das Votum der Bundestagswahl die derzeitigen Amtsinhaber, über das Stimmvieh zu herrschen. Selbst schuld, möchte man sagen.

Doch diese Argumentation greift zu kurz. Denn der Standpunkt, dass die Bevölkerung selbst die Verantwortung für die Misere trägt, vernachlässigt den Umstand, dass bei Wahlen stets nur Pest und Cholera zur Selektion stehen. Keine fundamentalen Richtungswechsel oder neuen Ideen. Darüber hinaus ignoriert diese argumentative Position, dass nur einem geringen Teil der Menschen heutzutage alternative Organisations-, Gesellschafts- und Regierungsformen geläufig sind – sprich, Alternativen zum herrschenden System –, was die dysfunktionale repräsentative Demokratie alternativlos erscheinen lässt.

Weiterhin impliziert diese »Selbst-Schuld-Rhetorik«, dass die Bürger beim Urnengang ihrem freien Willen gefolgt sind. Dass sie als Souverän mit informierter Partizipation ihr Schicksal selbst gestalten. Autonomie leben. Und damit, zu guter Letzt, dass den Menschen alle relevanten Werkzeuge, Prozesse und Informationen zur Verfügung gestellt werden, die zur objektiven wie kritischen politischen Willensbildung beitragen, weil diese das Fundament jeder freiheitlich organisierten Zivilgesellschaft bildet.

Doch ist dem so? Legen die monopolistischen Strukturen der Medienlandschaft, die korporatistische Verwobenheit von

Staat, Konzern-Kartellen und NGOs sowie die Entwicklung des Bildungssystems in den zurückliegenden Dekaden nicht eher das Gegenteil nahe? Dass sich eine Deutungselite etabliert hat, die sich mit allen Mitteln Lufthoheit über dem Debattenraum verschafft? Dass Staatsapparat, Konzerne, Digitalwirtschaft und fragwürdig finanzierte NGOs sich bemühen, relevante wie brisante Informationen zurückzuhalten? Dass der öffentliche Diskurs usurpiert, kontrolliert, kuratiert und massiv zensiert ist? Dass der Wissenschaftsbetrieb längst derart von Fördermitteln durchsetzt, unterwandert und abhängig geworden ist, dass er dadurch de facto zur Regierungswissenschaft verkam?

Und dass man Kinder im staatlichen Schul- und Bildungssystem schon lange nicht mehr darauf vorbereitet, eine selbstbestimmte Existenz zu gestalten, die ihren persönlichen Fähigkeiten und Präferenzen Rechnung trägt? Dass man sie nicht dazu ermutigt und befähigt, Verantwortung für sich selbst, ihre Ideen und ihr Handeln zu übernehmen?

Als Ideal werden dem Nachwuchs moderne Leibeigenschaft bei einem Großkonzern, wirtschaftliche Sicherheit sowie soziale Akzeptanz gepredigt. Sprich: Konformismus und Abhängigkeit. So werden aus Kindern keine kreativen, informierten, motivierten, charakterstarken, mutigen Demokraten und Entrepreneure, sondern eingeschüchterte, unselbstständige und horizontlose Mitläufer.

In Konsequenz dieser Umstände ist der moderne Mensch unter Umständen gar nicht mehr in der Lage, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und informierte, demokratische Partizipation zu leben. Denn aufgrund systeminhärenter Devolutionsprozesse ist der Homo *consumens* längst in der unbewussten Unmündigkeit angekommen. Fremdgesteuert. Ein Homo *demens*. Er hat sich die zunehmend illiberalen Lebensumstände im Habitat seiner postfaktischen, wertewestlichen

Fassadendemokratie selbst geschaffen, ja. Dies allerdings mit jenen beschränkten Mitteln, die ihm das System offeriert und suggestiv als Gesamtheit der Optionen präsentiert.

Kann der überforderte Mensch der Postmoderne für den Status Quo noch Verantwortung übernehmen, wenn ihm kaum mehr bewusst zu sein scheint, dass die repräsentative Demokratie schon bei den alten Griechen nur ein geschicktes Mittel zum Machterhalt der Eliten war, weil Widerstand aus der unterdrückten Bevölkerung ihre Herrschaftsstrukturen fortwährend gefährdete und auf Dauer schlichtweg ein kostspieliges Unterfangen war? Kann man von Selbstverschulden ausgehen, wenn Entscheidungen in finanzieller, kultureller und ideologischer Abhängigkeit, ohne Vorhandensein von Selbstbewusstsein – im Wortsinn – getroffen werden, ohne Basisinformationen, ohne Wissen um Alternativen und die mentalen Fähigkeiten, über den Tellerrand hinausblicken zu können? Wenn seine Bildung den Horizont einschränkt und zur Indoktrination degradiert wird?

Darüber lässt sich trefflich philosophieren. Über die Tatsache, dass elitäre Zirkel schon seit Jahrhunderten, oder Jahrtausenden, darum bemüht sind, die Massen zum singulären Ziel des Machterhalts zu manipulieren, nicht. Das dürfte unstrittig sein. Historisch betrachtet gewannen diese Bestrebungen zu dem Zeitpunkt neues Momentum, ab dem die Massenmedien an Bedeutung zulegten.

Man könnte bis zur Initialzündung dieser Entwicklung, der Erfindung des Buchdrucks, zurückblicken, um zu kontextualisieren. Eine entsprechende Analyse mit dem Titel »The Gutenberg Conspiracy« (Die Gutenberg-Verschwörung) veröffentlichte der Journalist James Corbett am 18. Juli 2022. Für die dekonstruktivistische Postmoderne ist jedoch vor allem die Geschichte der elektronischen Massenmedien – Radio, TV und Internet – von Belang.

Exemplarisch für die ungekannten Auswirkungen der medialen Omnipräsenz steht der 30. Oktober 1938. Ein Sonntag. Der Tag, an dem Millionen von Radiohörern in blanke Panik ausbrachen, weil im Radio das Hörspiel »Krieg der Welten« von Orson Welles gesendet wurde – und sie Realität nicht mehr von Fiktion unterscheiden konnten. Sie erlagen dem Trugschluss, die Erde werde tatsächlich von Außerirdischen überfallen und verhielten sich so irrational, wie es von Menschen in Todesangst zu erwarten ist.

Dieses neuartige Phänomen rief sogleich die Reichen und Mächtigen auf den Plan. Denn sie erkannten die mit der technologischen Entwicklung verbundenen Möglichkeiten zur effizienten Manipulation weiter Bevölkerungsteile. Der Rockefeller-Clan ließ die Vorgänge um- und eingehend von Sozialwissenschaftlern analysieren. Die superreiche Oligarchen-Familie finanzierte bereits seit 1913 kontroverse Umtriebe wie die Eugenik, ab spätestens 1918 auch Projekte im Bereich »Social Engineering«, und spielt bis dato eine elementare Rolle bei der Weiterentwicklung entsprechender Forschungszweige, die zwischenzeitlich euphemistisch als »*Biosoziale Wissenschaft*« oder »*Bioethik*« vermarktet werden.

Darüber hinaus waren die Rockefellers, die erste Milliardärsfamilie des Planeten, tonangebend bei der Schaffung supranationaler Institutionen wie den Vereinten Nationen (UN), Chatham House, dem Council on Foreign Relations (CFR) oder der Trilateralen Kommission. Dieser globalistische Elan ergänzt sich selbstredend optimal durch den Vorsatz, die Massen über Medien und manipulativ-invasive Technologien kontrollieren zu wollen. Insbesondere, wenn man neofeudalen Weltmachtsphantasien nachhängt.

Das unterstreicht gleichsam die Frühgeschichte des Fernsehens als dominierendes Massenmedium der vergangenen 70 Jahre. Denn während in den Vereinigten Staaten im Jahre

1946 gerade einmal ein paar tausend Haushalte ein TV-Gerät besaßen, man also keinesfalls von einem relevanten Publikum sprechen konnte, beschäftigten sich einflussreiche Kreise des angloamerikanischen Establishments bereits mit der Frage, wie diese neue Technologie künftig zur Manipulation der Bevölkerung eingesetzt werden könnte.

Vorneweg die »British Broadcasting Company« (BBC), die im Verlauf des Jahres 1946 verschiedene Experimente mit Hypnose durchführte. Im Dezember 1946 berichtete eine Vielzahl von Zeitungen im englischsprachigen Raum über diese Vorgänge. Ein initial von »Associated Press« verfasster Artikel findet sich in multiplen Versionen, mal kürzer, mal länger, bei »The Lewiston Daily Sun«, »The Baltimore Sun«, »The San Francisco Examiner« oder dem »Tallahassee Democrat«. Für circa eine Woche waren die vom Profi-Hypnotiseur Peter Casson durchgeführten BBC-Versuche ein heißes Thema dies- und jenseits des großes Teiches. Die entsprechenden Artikel sind nach wie vor bei diversen Zeitungsarchiven aufrufbar. Auch das 1979 bei »Oxford University Press« erschienene Buch »Sound and Vision –The History of Broadcasting in the United Kingdom« von Asa Briggs beschreibt die verstörende Versuchsreihe ausführlich (S. 196, ff).

Verstörend deshalb, weil diese Experimente von Beginn an unglaublich erfolgreich waren. Die Probanden schliefen ein oder saßen wie gelähmt auf ihrem Stuhl. Peter Casson musste sie zum Teil eigenhändig wieder aufwecken, da die Hypnose nicht von einer anderen Person gelöst werden konnte. Erstaunlich auch, dass selbst Menschen, die nicht direkt am Versuch teilnahmen – also Kameraleute, Toningenieure oder Techniker – ebenfalls hypnotisiert wurden. Sogar dann, wenn sie am anderen Ende des Ganges, viele Meter entfernt vom betreffenden Fernsehgerät standen. Das funktionierte, wohlgemerkt, ohne jegliche technische Modifikation der alten Röhrenfernseher.

Offiziell stellte die BBC diese Versuche nach kurzer Zeit wieder ein. Als Grund gab die Rundfunkanstalt an, dass man befürchte, die Zuschauer zu Hause könnten in Hypnose verfallen, während niemand in der Nähe sei, um sie wieder aufzuwecken. Oder sie fielen im schlimmsten Falle vom Stuhl und verletzten sich. Nicht erwähnt wurde die überschwängliche Begeisterung der Geldgeber im Hintergrund, die sich bereits lebhaft ausmalen konnten, welche Möglichkeiten im Bereich Social Engineering ihnen die von George Orwell in »1984« als »*Telescreens*« bezeichneten Propaganda- und Manipulationsmaschinen alsbald verschaffen sollten.

Im Jahr 1969 untersuchte der Wissenschaftler Herbert Krugman, ehemaliger Präsident der »American Psychological Association« (APA), die Effekte des Fernsehkonsums auf das menschliche Gehirn. Um diese zu verstehen, muss man sich zunächst veranschaulichen, um welche Signale, Frequenzen und Wellenlängen es dabei geht, wie das Gehirn mit diesen arbeitet und wie es auf den Empfang von Signalen verschiedener Wellenlänge reagiert. Entscheidend für seine Untersuchungen sind die sogenannten Alpha-, Beta- und Theta-Wellen.

Theta-Wellen (3 bis 8 Hz): Treten zumeist mit der Dämmerung auf. In der Zeit zwischen vollem Bewusstsein und Schlaf. Gilt als Frequenzspektrum des Unterbewusstseins.

Alpha-Wellen (8 bis 12 Hz): Dies ist ein Ruhezustand des Gehirns. Er zeichnet sich durch einen ruhigen, wachen Zustand aus, in dem es zum Beispiel leichtfällt, zu lernen.

Beta-Wellen (12 bis 38 Hz): Das ist unser normales Wachbewusstsein. Wir sind wachsam und entscheiden aktiv. Am oberen Ende dieses Frequenzbandes entstehen Angstzustände.

Die professionelle Hypnotiseurin Tammie Mohn fasst die Untersuchungsergebnisse von Herbert Krugman auf ihrer Webseite wie folgt zusammen:

»Gemäß Forschungsergebnissen, kann schon eine Minute Fernsehen eine Person vom Beta-Wellen-Bereich in den Alpha-Wellen-Zustand versetzen. Mit anderen Worten: Von einem wachen, bewussten Zustand in einen ruhigen Gehirnwellen-Zustand. Die meisten logischen Funktionen des Gehirns sind während des Alpha-Zustands ausgeschaltet. Was bedeutet das? Nun, Hypnose tritt in den Gehirnwellenzuständen Alpha und Theta auf. Das bedeutet, dass das Fernsehen die Menschen viel empfänglicher für Vorschläge während des Fernsehens oder der Fernseh-Programmierung machen kann. Mit der Konsequenz, dass Werbung effektiver wird. (…) Die meisten Menschen sind überrascht, wie viele Logos sie kennen. Sobald wir uns in einem Zustand der Hypnose befinden, wird es wahrscheinlicher, dass irgendwelche positiven oder negativen Suggestionen unser Unterbewusstsein und damit unser Leben beeinflussen.

Hypnose bedient sich eines weiteres Werkzeugs: Emotion. Je emotionaler eine Person ist, je näher sie einem Trauma steht, desto stärker ist ihr Unterbewusstsein betroffen. Wenn eine Person eine Fernsehsendung ansieht und emotionale Beziehungen zu den Charakteren herstellt, werden emotionale Zustände der Empathie erzeugt. So können wir weinen, wenn unsere Lieblingsfigur verletzt wird oder stirbt. Und wir können Freude empfinden, wenn einer der Figuren etwas Wunderbares widerfährt. Diese emotionalen Zustände tragen gleichsam zu den hypnotischen Effekten des Fernsehens bei. Es ist leicht, Meinungen des Autors oder verzerrte Standpunkte in einem nicht objektiven Muster einfließen zu lassen.

Unterbewusste Programmierung kann auch durch Wiederholung erreicht werden. Das gleiche Thema, oder die gleiche Botschaft, immer wieder zu sehen, kann das Äquivalent dessen sein, was wir in der Hypnose Programmierung nennen. Manche nennen es Gehirnwäsche. (…) Es gibt noch einen letzten Punkt zu berücksichtigen. Das sind die Kinder. Auch unsere

Kinder sind dem Fernsehen ausgesetzt. Meist in einem sehr frühen Alter. Von der Geburt bis zum Alter von sieben oder acht Jahren befinden sich alle Kinder in einem Theta-Wellen-Gehirnzustand. Auf diese Weise trägt Mutter Natur dazu bei, uns zu schützen, während wir aufwachsen. Wir lernen nicht nur, dass das Berühren einer heißen Pfanne wehtut, wir verankern es auch in unserem Unterbewusstsein, sodass heiße Pfannen in Zukunft automatisch eine Gefahrenreaktion auslösen. Und obwohl es für Kinder völlig natürlich ist, in diesem Gehirnwellenzustand zu sein, sollte es uns definitiv dazu bringen, zweimal darüber nachzudenken, was sie sehen, da sie sozusagen der dreifachen Dosis hypnotischer Einwirkungen durch TV-Konsum ausgesetzt sind.«

Die Menschheit ist seit mehr als einem halben Jahrhundert dem Einfluss dieses manipulativen Massenmediums ausgesetzt. Und um sich vorzustellen, dass die Experimente der BBC nach ihrem durchschlagenden Erfolg nicht eingestellt, sondern vermutlich unter diskretem Ausschluss der Öffentlichkeit und zu Gunsten der herrschenden Kaste fortgesetzt wurden, braucht es nicht allzu viel Phantasie. Heutzutage überwachen ja auch alle Fernseher der Marke Samsung ihre Zuschauer aktiv. Eine Kamera oder ein Sensor an der Gerätefront verfolgt die Silhouetten im Raum und speichert die Bewegungsmuster. Die Daten werden automatisch an die Konzernzentrale weitergeleitet, wo man diese zur Optimierung des Produktes verwendet. Was Optimierung in diesem Zusammenhang bedeutet, kann man sich aufgrund der vorgängig angeführten Informationen vorstellen.

Nun hatte der Familienfernseher zu Hause auch einen großen Vorteil – er war stationär. Man schaltete ihn aus und es herrschte Ruhe. Bis Mitte der 1990er-Jahre gab es sogar noch den offiziellen Sendeschluss. Nach einer bestimmten Uhrzeit kam einfach nichts mehr. Ein Testbild oder Flimmern ersetzte die Übertragung aus dem Sendezentrum. Doch das ändert sich

rasch. Die Dauerberieselung setzte ein. Ungleich fatalere Auswirkungen hatte die Einführung des Smartphones im Jahr 2007. Denn nun hatte man den Bildschirm in der Hosentasche und immer dabei. Und wie schon bei der großflächigen Adaption des Fernsehens, hat auch dieses Mal niemand die Zivilisation vor den potenziell negativen Effekten dieses technologischen Paradigmenwechsels gewarnt. Die Auswirkungen sehen wir heute.

Mit dem unreflektierten Einsatz derart psychisch-invasiver Technologien tut sich die selbsternannte Krone der Schöpfung offensichtlich keinen Gefallen, wie Martin Korte, Professor für Zelluläre Neurobiologie an der TU Braunschweig, in einem Interview vom 11. Juli 2019 gegenüber Chip.de ausführt. So sei die Kapazität des menschlichen Arbeitsgedächtnisses seit Beginn der massiven Nutzung dieser neuen Technologien bereits von fünfzehn auf elf Sekunden abgefallen. Eine dramatische Entwicklung. In diesem Kontext ist es bezeichnend – und entbehrt nicht einer gewissen Ironie – dass bereits im Jahr 2015, gerade einmal acht Jahre nach Markteinführung des iPhone, der Neologismus »Smombie«, eine Fusion aus Smartphone und Zombie, vom Langenscheidt-Verlag zum Jugendwort des Jahres gewählt wurde. Vielsagend, für die Selbstwahrnehmung der heranwachsenden Generationen.

Die totale Digitalisierung machte und macht den Homo sapiens schlichtweg dümmer. Seine kognitiven Fähigkeiten entwickeln sich zurück. Er wird zum Homo demens. Denn er hat nie gelernt, mit diesem technologischen Quantensprung rational umzugehen. Es geht dabei nicht darum, technologischen Fortschritt per se zu verteufeln oder in Revisionismus zu verfallen, denn so, wie man mit einem Hammer einen Nagel in die Wand – oder jemandem den Kopf einschlagen kann – sind auch Internet und Smartphone nützliche Werkzeuge, werden sie bewusst eingesetzt. Bedauerlicherweise wird der Mensch des digitalen Medienzeitalters aber zusehends zum Sklave seiner

Geräte. Und der dahinterstehenden Aufmerksamkeitsökonomie. Es hat gute Gründe, warum die Tech-Gurus der großen Social-Media-Plattformen, zum Beispiel Sean Parker von Facebook, ihre Entwicklungen selbst nicht verwenden und ihren Kindern verbieten, ein Smartphone zu benutzen.

So stellt sich ausgangs und in Bezug auf das Zitat von Joseph de Maistre nochmals die Frage: Hat die Bevölkerung nun die Regierung, die sie verdient? Hat die Menschheit das Leben, das sie verdient? Es gibt allen Grund zur Annahme, dass dem nicht so ist. Denn bei genauerer Betrachtung setzt sich die Realität des Medienzeitalters aus oktroyierten wie pervertierten Werten, Überzeugungen, Meinungen, Prozessen, Werkzeugen, Regierungs-, Gesellschafts-, Wirtschafts- und Lebensformen zusammen. Es ist ein dystopisches Mega-Puzzle, dessen Einzelteile so mancher noch an der richtigen Stelle zu platzieren vermag, dessen Gesamtbild aber bedauerlicherweise – und vermutlich mit Vorsatz – nur die wenigsten jemals zusammenfügen und wahrnehmen werden. Der Homo demens ist zur orientierungslosen Verfügungsmasse eines Systems verkommen, das ihm nur einen schmalen Bewegungskorridor zugesteht. Das seiner Natur den Krieg erklärt.

So lässt sich auf philosophischer Ebene auch der Standpunkt vertreten, dass der Mensch sich selbst und seiner Umgebung seit langem nicht mehr bewusst ist. Aus dieser Position heraus kann er demnach keine freien Entscheidungen mehr treffen. Ihm bleiben lediglich vorgefertigte Denkschablonen und Lebensentwürfe. In Folge kann er auch nur partiell Verantwortung für den Status Quo übernehmen, da er ihn nie aktiv beeinflussen konnte und kann. Seine Feudalherren entscheiden, was gut für ihn ist. Für das Kollektiv.

Nie war diese Hybris arroganter Anmaßung auf Seiten der Machteliten deutlich spürbarer als in den zurückliegenden zweieinhalb Jahren. Und da Propaganda, Indoktrination und

Kulturrevolution primär über die vielen Bildschirme befeuert werden, die den modernen Menschen permanent umgeben, schließe ich mit einem Ratschlag des im Jahr 2016 verstorbenen Peter Lustig, der am Ende seiner ZDF-Kindersendung »Löwenzahn«, welche von 1981 bis 2005 ausgestrahlt wurde, stets zu sagen pflegte:

»*Und jetzt – einfach mal abschalten*«.

| 14. September 2022

Der Staat bin ich!

Die Epoche absolutistischer Monarchie endete vor knapp einem Jahrhundert. Und damit vorgeblich auch der weltliche Einfluss europäischer Königshäuser auf die neu entstandenen, demokratischen Strukturen – so zumindest die landläufige Annahme. Dass dies nicht wirklich zutreffend ist, zeigt ein genauerer Blick auf die Umtriebe der gut vernetzten und teils seit einem Jahrtausend bestehenden Dynastien des Hochadels.

The King is dead, long live the King! Mit dieser wohl im Jahre 1422 in Frankreich geprägten Heroldsformel läutet Großbritannien dieser Tage eine neue Ära ein. Denn nach dem Tod der 96-jährigen Queen übernimmt nun ihr ältester Sohn den Thron im Königreich. Ein kolossales Event. Nicht nur für die Bewohner der Insel. Nach Angaben der britischen Medien hat sich die halbe Weltbevölkerung vor irgendwelchen Bildschirmen versammelt, um die Trauerfeierlichkeiten zu verfolgen. Mehr als vier Milliarden Menschen. Für das Begräbnis einer steinreichen Monarchin, deren Machtapparat beträchtliche Teile der Welt seit Jahrhunderten ausbeutet und unterjocht. Ein Großteil der Zuschauer dürfte selbst vom brutalen Imperialismus der Briten betroffen sein. Zumindest die jeweiligen Vorfahren. Denn das »Commonwealth of Nations« ist nach wie vor riesig. Knapp 2,5 Milliarden Menschen leben auf dem 56 Länder umfassenden Territorium des einstigen »Empire«. Fast ein Drittel der Weltbevölkerung. Und sie alle unterstanden bis vor kurzem Queen Elisabeth II., einer snobistischen Monarchin, deren Projektionsfläche sich nun im wohlwollenden Lichte posthumen Kondolenzgebarens verklärt.

Elisabeth II. war ein Spross des Hauses Sachsen-Coburg und Gotha, (Eng., Sax-Coburg-Gotha) einem der einflussreichsten Geschlechter des Hochadels – wie auch der amtierende belgische König Philippe, dessen Aufgaben bei einer Internet-Enzyklopädie wie folgt umrissen werden: »*Er ist Mitglied im Club of Rome. Im Jahr 2012 war er Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz (…). 1995 wurde Philippe (…) als Großkreuz-Ritter in den Ritterorden vom Heiligen Grab zu Jerusalem investiert.*« Es folgen noch einige weitere Ernennungen, Orden und Lobpreisungen, unter anderem im Bulletin des Vatikan. Dann endet die Beschreibung seiner Lebensleistung, die zunächst wenig spektakulär anmutet, abrupt.

Repräsentative Rollen, Grüß-August, revisionistische Traditionen – möchte man annehmen. Analog zum Curriculum Vitae von Ex-Prinz Charles. Doch das täuscht. Denn auch wenn die »*Royals*« heutzutage allesamt den Anschein erwecken wollen, ihr Verantwortungsbereich beschränke sich nur noch auf Fotostrecken, Home-Stories und Benefiz-Veranstaltungen, haben die Familien des alteingesessenen Hochadels, der den europäischen Kontinent seit einem Jahrtausend beherrscht, nach wie vor ungeahnte Macht und nehmen mehr Einfluss auf den Lauf der Welt, als manch »Gala«- oder »Bunte«-Leser sich vorstellen möchte.

Sowohl die jüngst verschiedene Queen als auch Philipp gehen, wie diverse europäische Könige und Kaiser, auf deutschstämmige Adelsgeschlechter zurück. Im vorliegenden Falle auf das Haus Wettin. Mit über 1.000 Jahren Familiengeschichte eines der ältesten urkundlich erfassten Geschlechter des Hochadels. Und davon gibt es einige, wie sich im »*Genealogischen Handbuch des Adels*« nachschlagen lässt. Den Namen »Windsor« verlieh sich die britische Königsfamilie erst im Jahr 1917, um die deutschen Wurzeln von Elizabeths Vater zu kaschieren. Denn in Anbetracht der deutschen Abstammung der britischen Königsfamilie und der Gräueltaten im Laufe des ersten Welt-

krieges machte sich um die Jahrhundertwende vermehrt Unmut in der britischen Bevölkerung breit. Diese Tendenz setzte sich mit der späteren Machtzunahme der Nazis in Deutschland und der unverhohlenen Sympathien, die Georg VI. gegenüber Hitler und seinem Regime hegte, fort.

Aus gutem Grund. Denn die Liste der »souveränen Häuser erster Abteilung«, also der Dynastien regierender oder ehemals regierender Monarchen, mag im Postfaktum des Medienzeitalters zunächst etwas surreal, deplatziert oder lächerlich wirken, doch verbergen sich hinter den Familiennamen bis heute vererbte Herrschaftsansprüche, immense Macht und ungeheure Mengen von altem Kapital, das zum Teil auf ein ganzes Jahrtausend politischer, finanzieller und sozialer Einflussnahme zurückblickt. Immerhin wurde auch in Deutschland die Monarchie erst mit der Abdankung des Kaisers im Jahre 1918 abgeschafft. Trotzdem befindet sich zum Beispiel nach Ergebnissen der dritten Bundeswaldinventur in Deutschland noch immer gut die Hälfte der Waldflächen in Privatbesitz, in Händen des Adels. In manchen Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen (mit 67 Prozent) oder Niedersachsen (mit 59 Prozent) ist es noch deutlich mehr. Mit 300 Hektar lässt sich bereits ein ansehnliches Einkommen erzielen, berichtet der Prinz von Sachsen-Weimar, der 2.100 Hektar Wald und 300 Hektar Landwirtschaft sein Eigen nennt und damit circa 1,2 Millionen Euro im Jahr umsetzt. Etwa 50 Millionen Euro beträgt sein Gesamtvermögen. Was man eben so seit 1532, dem Jahr der Ernennung des ersten Kurfürsten der Familie, durch die Generationen schleppt. Gegen das Vermögen der im »Buckingham Palace« residierenden Sippe von Sachsen-Coburg und Gotha sind das selbstredend nur Peanuts.

Der »Bloomberg Billionaires Index« schätzte das Privatvermögen von Queen Elizabeth II. im Jahr 2015 auf 425 Millionen US-Dollar. Fast eine halbe Milliarde. Im Vergleich zu manch einem Tech-Tycoon nicht gerade berauschend, könnte

man meinen. Obgleich die Schätzung außer Acht lässt, dass der britische Monarch die größte Kunst-, Antiquitäten-, Edelmetall- und Diamantensammlungen der Welt besitzt. Das meiste davon blutig geraubt in Kolonien. Darüber hinaus besitzt er 19 Schlösser, Burgen und Landsitze auf der Insel und hält rund 7,3 Milliarden Pfund an Investments, die pro Jahr etwa 200 Millionen Pfund Gewinn erwirtschaften (Stand: 2008). Zusätzlich erhält die Krone derzeit jährlich 77,1 Millionen Pfund aus der Staatskasse – für den repräsentativen Lebensstil und die Instandhaltung der royalen Prunkbauten.

Nun laufen aber weder Konten noch Mietverträge auf den Namen des Throninhabers. Denn dieser bereichert sich natürlich nicht persönlich am Volksvermögen, er verwaltet die Werte des »Empire« nur – für die Krone. Womit sich nach Vorstellungen der Windsors alle Briten angesprochen fühlen sollen. Die Buchhaltung der royalen Finanzen wickelt dementsprechend eine speziell dafür geschaffene, vermeintlich neutrale Institution ab. So dürfte das britische Königshaus durchaus eine der wohlhabendsten Dynastien der Welt beherbergen. Auch wenn deren Name nie auf Ranglisten der reichsten Menschen dieser Welt auftaucht. Die Rockefellers sind auch nie auf diesen Listen zu finden, weil sie ihr Vermögen entsprechend diversifiziert und in verschiedenen Kapitalsammelstellen geparkt haben.

Gleiches gilt für die seit Jahrhunderten herrschende Dynastie des saudischen Königshauses, das zwischenzeitlich 1,2 Billionen Dollar (1.000 Milliarden) akkumuliert haben soll. Aber auch die europäischen Königshäuser sind mitnichten verarmt und sitzen auf einem generationsübergreifend verwalteten Milliarden-Vermögen.

»Republiken enden durch Luxus, Monarchien durch Armut.«
(Charles d. Secondat, Baron d. Montesquieu, 1689 - 1755)

Nun ist exorbitanter Reichtum nicht das Kernproblem, sondern die Macht jener vermeintlich entmachteten Zirkel des Hochadels, die durch innerfamiliäre Hochzeiten über Staatsgrenzen und Generationen hinweg verwandt und verbunden sind (und deswegen in vielen Fällen an Hämophilie leiden). Denn auch wenn sich diese Machtfülle heutzutage hinter allerlei Sondergesetzen, Nichtregierungsorganisationen, Stiftungsarbeit und paraphrasiertem Blendwerk versteckt, scheint der Einfluss der wichtigsten Dynastien auch nach der Abschaffung der absolutistischen Monarchie vor knapp 100 Jahren nahezu ungebrochen. Davon zeugt das vermeintliche dröge Leben von König Charles III. So gründete der ehemalige Prinz von Wales bereits im Jahr 1985 die Organisation »Business in the Community«, die später zum »International Business Leaders Forum« wurde. Dieses stellte seine Geschäftstätigkeit zwar offiziell im Jahr 2013 ein, die operativen Aufgaben führen jedoch zwei daraus hervorgegangene Elitisten-Organisationen fort: Das »International Business Leaders Forum Global« sowie die »Partnering Initiative«. Beide widmen sich dem gleichen Ziel wie das omnipräsente »Weltwirtschaftsforum« in Davos und komplementieren dessen Aktivitäten hinsichtlich der Zementierung korporatistischer Strukturen auf supranationaler Ebene. Der neue König ist von »Public Private Partnerships« – dem Schlüsselelement des Korporatismus, dem Faschismus der Moderne –, ebenso angetan wie alle anderen regierenden Monarchen unserer Zeit.

Darüber hinaus engagierte sich Charles III. seit Beginn der 1990er Jahre für die heute so im Fokus stehenden »Nachhaltigkeitsziele«. Dafür übernahm er die vom »Club of Rome« 1972 unter dem Titel »Limits to Growth« publizierten Thesen zur vermeintlich drohenden Klima-Apokalypse und arbeitete eng mit den Gründern der 1968 ins Leben gerufenen und in Winterthur (Kanton Zürich, Schweiz) ansässigen Nichtregierungsorganisation zusammen. Analog zum »Club of Rome«-Langzeitmitglied Beatrix Wilhelmina Armgard, besser be-

kannt als ihre »Königliche Hoheit Prinzessin Beatrix der Niederlande«. Außerdem mit dabei – wie könnte es bei globalistischen Aktivitäten anders sein –, der Finanzmogul David Rockefeller, dessen diskret agierende Stiftungen die Welt in den vergangenen 100 Jahren stärker beeinflusst haben als jeder Spitzenpolitiker, wie selbst das renommierte Fachblatt »The Lancet« in einer Publikation vom 11. Mai 2013 einräumt.

»Manche glauben, wir seien Teil einer geheimen Verbindung, welche gegen die besten Interessen der Vereinigten Staaten arbeitet; sie charakterisieren meine Familie und mich als Internationalisten und behaupten, dass wir uns weltweit mit anderen zur Errichtung einer global integrierten, politisch-wirtschaftlichen Struktur verschworen haben (...). Wenn das die Anklage ist, bekenne ich mich schuldig und bin stolz darauf.« (David Rockefeller, Memoiren, Erinnerungen eines Weltbankiers, 2002)

Dass Charles III. beim Thema »Nachhaltigkeitsziele« keine Gefangenen mehr machen möchte, demonstriert seine im September 2020 artikulierte Forderung nach einer »militärisch organsierten Kampagne«, um die sogenannten Klimaschutzziele zu erreichen. Seinen dahingehenden Elan belegen auch die Recherchen der US-Autorin Joan M. Veon, die bereits im Jahr 1997 das kaum noch zu ergatternde Buch »Prince Charles: The Sustainable Prince« (Eng., Prinz Charles: Der nachhaltige Prinz) veröffentlichte. In der Kurzbeschreibung zum entsprechenden Titel umreißt sie den behandelten Themenkomplex wie folgt:

»*Als der US-Senat die Charta der Vereinten Nationen ratifizierte, kehrte Amerika wieder unter britische Herrschaft zurück und erfüllte damit die Ziele von Cecil Rhodes, dem Diamanten- und Goldmagnaten, der sein Vermögen hinterließ, um genau dieses Ziel zu erreichen. Das bedeutet, dass Prinz Charles als Erbe des britischen Throns eine größere Rolle im*

Weltgeschehen spielt, als man sich vorstellt. (...) Als Ergebnis seiner Rolle hinter den Kulissen bei den Vereinten Nationen ist Prinz Charles dafür verantwortlich, die Ordnung des Lebens von der biblischen Perspektive der Herrschaft des Menschen über die Erde zu einer Ordnung zu ändern, in der die Erde die Herrschaft über den Menschen hat. Eine der großen Umweltphilosophien, die dem gleichkommt, ist die der nachhaltigen Entwicklung.«

An diesem Beispiel zeigt sich exemplarisch, wie die scheinbar von weltlicher Macht enthobenen Monarchen Europas weiterhin massiv Einfluss auf vermeintlich demokratische Strukturen nehmen. Sie finanzieren, etablieren, unterstützen und repräsentieren globalistisch-elitäre Konzepte, tragen diese vom Stadium des Strategiepapiers oder aus Partner-Universitäten hinaus in den öffentlichen Debattenraum, wo daraus im Lauf der Zeit supranationale Handlungsempfehlungen und schlussendlich nationale Gesetze werden.

Ohne die vordergründig philanthropischen Aktivitäten von Charles III. hätten weder die euphemistisch als »Green Economy« bezeichnete Kapitalisierung natürlicher Ressourcen noch der transatlantische Korporatismus ihren heutigen Entwicklungsstand erreicht. Und ohne Segen des Regenten aus London wird nach wie vor weder in Großbritannien noch in Kanada oder Australien jemand Premierminister. Die Feudalherren von gestern sind die Globalisten von heute.

Diesen Umstand veranschaulicht ein weiteres Buch von Joan M. Veon aus dem Jahr 1999 mit dem Titel »The United Nations: A Global Straightjacket« (Eng., Die Vereinten Nationen: Eine globale Zwangsjacke), in dem sie den eigentlichen Zielen der de facto als Weltregierung auftretenden Organisation auf den Zahn fühlt. Bereits im Vorwort beschäftigt sich die Autorin mit der brennenden Frage, wie der Planet über die zunehmende Digitalisierung einer Einheitsregierung unter-

stellt werden kann. Sie untersucht, wie Hegelsche Dialektik angewandt wird, um Konsens in der Bevölkerung zu evozieren und führt diesbezüglich aus:

»*Als ich zum ersten Mal von der Neuen Weltordnung las, hatte ich keine Ahnung, dass es sich um eine echte Weltregierung handelte. Niemand stellte jemals die Verbindung für mich her. Wir müssen erklären, dass dies ein und dasselbe ist. Viele wissen oder fühlen, dass etwas nicht stimmt, können das Problem aber nicht benennen. Dieses Buch wird ihnen helfen, politische, wirtschaftliche und ökologische Zusammenhänge herzustellen. Es erklärt die Hegelsche Dialektik, die Neudefinition von Regierung, Public Private Partnerships und wie diese Instrumente alsbald die Verfassung ersetzen werden, Globalisierung, als die Entwicklung hin zu einer Weltbörse sowie der bargeldlosen Gesellschaft, einem internationalen Strafgerichtshof, der nationale Grenzen überschreitet, und mehr. Vor allem vermittelt es dem Leser ein Verständnis für die Regierungsaspekte der Vereinten Nationen und wie ihre Macht von der internationalen auf die lokale Ebene übergeht, alles mit dem Segen unserer Bundesregierung.*«

Für überstaatliche Strukturen und Zentralisierung politischer Macht setzen sich auch verschiedene andere von Monarchen gegründete Organisationen ein. Siehe Bilderberg-Konferenzen – eine verschwiegene, seit 1954 jährlich stattfindende Serie von Meetings, an der im Schnitt 130 der mächtigsten Menschen dieser Welt teilnehmen. Zwei Drittel der Gäste stammen aus Westeuropa, ein Drittel aus Nordamerika. Etwa zwei Drittel der geladenen Teilnehmer kommen aus dem Finanzsektor, der Industrie, Hochschulen oder Medien – circa ein Drittel wird von Regierungen oder politischen Institutionen entsandt. Initiator und erster Gastgeber der »Bilderberger« war der 2004 verstorbene Prinz Bernhard der Niederlande, Vater der vorgängig erwähnten Beatrix und ein Abkömmling des Hauses

Lippe, einem deutschen Hochadelsgeschlecht, dessen Anfänge bis ins 12. Jahrhundert zurückreichen.

Bernhard war Mitglied der NSDAP (Nationalsozialistische Partei Deutschlands), der Reiter-SS sowie der paramilitärischen Kampfgruppe »SA« (Sturmabteilung). Er war ein glühender Anhänger von Adolf Hitler und unterhielt Briefwechsel mit dem Diktator. Der englische Telegraph berichtete am 05. März 2010 ausführlich über die skandalöse Nazi-Vergangenheit des umtriebigen Monarchen, der seine Nazi-Verbindungen bis zum Ableben nie eingestand, obwohl Ausweisdokumente online abrufbar sind, die seine NSDAP-Mitgliedschaft eindeutig belegen.

»Irgendwie erscheint es mir falsch, das so zu sagen, aber die Kriegsjahre waren doch die glücklichsten unseres Lebens.« (Elizabeth Angela Marguerite Bowes-Lyon, alias Queen Mum)

Daneben war Prinz Bernhard während der 70er Jahre in den »Lockheed-Skandal« verwickelt, profitierte in Millionenhöhe von Bestechung und Korruption. Und auch das sogenannte »Projekt Schloss« verdeutlicht, mit welchem Charakter man es beim niederländischen Prinzen deutscher Abstammung zu tun hatte:

»*1988 verkauften Prinz Bernhard und Prinzessin Juliana zwei Gemälde aus ihrer Privatsammlung, um Geld für den WWF zu sammeln. Die Gemälde wurden für 700.000 Pfund verkauft, die auf ein Schweizer Bankkonto des WWF eingezahlt wurden. Trotzdem transferierte 1989 Charles de Haes, der Generaldirektor des WWF, 500.000 Pfund zurück an Prinz Bernhard – wie de Haes erklärte, für ein »privates Projekt«. 1991 meldeten Zeitungen, dass mit dem Geld überwiegend britische Söldner angeworben worden waren, die Wilderer in Naturreservaten bekämpfen sollten. Die Söldner infiltrierten solche Organisationen, die vom illegalen Handel mit Elfenbein profitieren,*

um sie auszuheben. Doch »Projekt Schloss«, wie es genannt wurde, war in das Gegenteil umgeschlagen. Die Truppe von Prinz Bernhard hatte nicht nur den illegalen Handel infiltriert, sie nahm auch daran teil. Der irische Reporter Kevin Dowling enthüllte, dass die südafrikanische Armee ebenfalls an dem Handel beteiligt war, was darauf hindeutete, dass es Verbindungen mit dem Kampf der Weißen für den Fortbestand der Apartheid gab.« (Quelle: Wikipedia)

Zurück nach Großbritannien: Über die Gräueltaten von Charles' Vorfahren und den Imperialismus des »Empire« wurden ganze Bücher geschrieben – und man kann den neuen König der Briten natürlich nicht für die Opium-Kriege mit China (1839 – 1842, 1856 – 1860), die Konzentrationslager der Briten im Anglo-Boer-Krieg (1899 – 1902), die mutwillig erzeugten Hungersnöte in Bengal (Indien, 1770 – 1897), die »East India Company« oder das Massaker von Amritsar im April 1919 verantwortlich machen, bei dem britische Truppen hunderte unbewaffnete Indigene brutal niedermetzelten. Dennoch: Historisch betrachtet steht Charles III. in der Tradition grausamer Despotie. Er repräsentiert ein gnadenloses, gieriges und kriegslüsternes Imperium, dessen Führungsriege stets einen Faible für die Eugenik hegte. Auf menschlicher Ebene müsste man Charles III. aber trotzdem die Chance geben, Taten sprechen zu lassen, bevor man ihn als Herrscher beurteilt – bestünde da nicht ein ernsthaftes Problem mit seinem engeren Freundeskreis.

Zu diesem gehörte neben dem pädophilen Bischoff Peter Ball nämlich auch Jimmy Savile, das »Sexmonster der BBC«, der vermutlich übelste Kinderschänder und Päderast, den es auf der Insel jemals gab. Über 450 Betroffene meldeten sich mit Vorwürfen gegen Savile bei der englischen Polizei. 200 Zeugen wurden in 14 verschiedenen Polizeidistrikten vorstellig und sagten gegen den Vergewaltiger aus. Die englischen Medien berichteten wochenlang über die düsteren Umtriebe des

»*Sexmonsters*«. Doch Charles unterhielt persönliche Briefwechsel mit Savile, bat den Ex-Fernsehstar bei persönlichen Angelegenheiten gar um Rat und wurde bei unzähligen Gelegenheiten gemeinsam mit dem 2011 verstorbenen Kriminellen abgelichtet. Im Nachhinein will der neue König der Briten natürlich nichts von den pädophilen Anwandlungen seines ehemaligen Freundes gewusst haben.

Bemerkenswert in diesem Kontext: Auch Charles' Bruder, Prinz Andrew, hatte ähnliche Verbindungen. 2010 traf er sich in New York mit dem unter mysteriösen Umständen im Gefängnis verstorbenen Kinderhändler Jeffrey Epstein. Er wurde in vertrauter Atmosphäre mit dessen langjähriger Komplizin, der als Menschenhändlerin verurteilten Ghislaine Maxwell, fotografiert und war mit einem pädophilen Geistlichen befreundet. Ich weiß ja nicht wie es dem Leser geht, aber mein engerer Freundeskreis besteht zumeist aus Personen, mit denen ich gewisse Interessen teile. Und ich bin in der Regel zumindest grob darüber im Bilde, was meine Freunde sonst so treiben. Vor allem dann, wenn deren favorisierte Aktivitäten – wie in Bezug auf Savile und 450 potenzielle Opfer –, offenbar einen Großteil des Privatlebens ausmachen.

Der Verdacht, dass die beiden »Royals« mehr mit Savile und Epsteins riesigem Pädophilen-Netzwerk zu tun haben, als sie eingestehen, ist demnach kaum von der Hand zu weisen. Im Zuge dieser Umstände hat Charles III. denn auch die Chance verwirkt, eine neutrale bis wohlwollende Bewertung zu erfahren. Denn an Zufall oder Unwissenheit zu glauben, erscheint vor diesen Hintergründen reichlich naiv.

Das gilt gleichsam für die Annahmen, dass die zwölf aktiven Monarchien Europas nur noch repräsentative Aufgaben innehätten, der Hochadel völlig entmachtet sei, keinen weltlichen Einfluss mehr auf demokratische Strukturen der jeweiligen Länder habe und die groteske Kapitalakkumulation in Händen

der Aristokratie nach Abschaffung des Absolutismus vor knapp einem Jahrhundert kein Problem darstelle.

Denn bei genauerer Betrachtung muss der Verdacht aufkommen, dass die seit über einem Jahrtausend herrschenden Dynastien des Hochadels sich nie von ihrem Selbstverständnis der »Besserherrschaft« verabschiedeten und in der Postmoderne schlichtweg aus dem Hintergrund agieren, nachdem die Verehrung gottgleicher Einzelherrscher Anfang des 20. Jahrhunderts unpopulär wurde. Vom arroganten Habitus mancher Spitzenpolitiker, CEOs oder Philanthropen, die sich gebärden wie Könige, mal ganz abgesehen. Nicht umsonst bezeichnet man den technokratischen Korporatismus unserer Zeit am treffendsten mit dem Begriff Neofeudalismus.

»In einer Monarchie ist nichts gerecht.« (Asfa-Wossen Asserate, Stern Nr. 14/2007, 29. März 2007, S. 250)

| 25. September 2022

Vorboten von Dystopia

In der Ostsee werden Pipelines sabotiert, Moskau erklärt die umkämpften Regionen der Ukraine zu russischem Staatsgebiet, Kiew unterschreibt einen offiziellen Antrag auf NATO-Mitgliedschaft – stellt sich die Frage: intensivieren diese Ereignisse nur die anhaltenden geoökonomischen Konflikte oder zeitigt die kontinuierliche Eskalationsspirale den Vorabend eines dritten Weltkrieges?

Die im Folgenden aufgeworfenen Fragen, die notwendige Kritik und angebrachten Zweifel, sind weder Ausdruck von latentem Anti-Amerikanismus noch von Sympathien für ein spezifisches politisches Spektrum – sondern schlicht Ausdruck von Anti-Imperialismus. Denn Imperien dienen grundsätzlich nur jenen feudal-kriminell organisierten Kasten, die sie kontrollieren. Das Anliegen ist die Infragestellung der Narrative einer gesichtslosen, supranationalen Bürokratie, welche mutmaßlich beabsichtigt, die Menschheit in einen dritten Weltkrieg zu manövrieren.

Und es ist diesbezüglich nun einmal traurige Tatsache, dass Krieg nicht für alle Menschen auf diesem Planeten ein Desaster darstellt – wie jeder, der Empathie empfinden kann, aus eigener Überzeugung gerne annehmen möchte. En contraire. Für die Profiteure des hegemonialen Risiko-Spiels, namentlich Banken, Vermögensverwalter, Konzern-Kartelle, Spitzenpolitik, Big Tech, NGOs, militärisch-industrieller Komplex, et cetera, käme ein eskalierender, ein totaler Krieg in Kontinentaleuropa einer »historischen Chance«, einer »einmaligen Gelegenheit« gleich. Analog zur Corona-Krise. Das belegen ak-

tuelle Äußerungen von US-Außenminister Antony Blinken, der die Energie-Situation der EU als »*enorme Chance*« wahrnimmt. Man darf in diesem Kontext nicht vergessen, dass die Vereinigten Staaten sich primär am Zweiten Weltkrieg beteiligten, weil die Staatskasse leer war, ein neues Währungssystem eingeführt und geopolitische Neuordnung betrieben werden sollte. Die russischen Streitkräfte hatten Nazi-Deutschland schon nahezu im Alleingang aufgerieben. Und bis zum offiziellen Kriegseintritt der USA am 08. Dezember 1941, dem Tag nach »Pearl Harbor«, subventionierte die Wall-Street-Hochfinanz das Nazi-Regime von Adolf Hitler ohne jegliche Bedenken.

In diesem Lichte sind auch die Ereignisse der vergangenen Tage zu analysieren. Hinterfragend. Nicht mit dem eindimensionalen Tunnelblick des wertewestlichen NATO-Narratives oder aus gleichsam strategierender Perspektive Vladimir Putins. Denn es herrscht Krieg – und damit Propaganda. Keine Seite berichtet neutral und »sagt, was ist«, wie SPIEGEL-Gründer Rudolf Augstein die zentrale Aufgabe des Journalismus einst linguistisch komprimierte. Nur über Triangulation aller verfügbaren Quellen lässt sich eine halbwegs realistische Einschätzung der Situation bewerkstelligen. Und die weicht – wie so oft – deutlich von dem ab, was die wertewestlichen Leitmedien als neutrale Berichterstattung preisen. Denn über die tonangebenden Nachrichten-Konsortien der NATO-Staaten werden entscheidende Informationen, die der Bevölkerung gestatten würden, sich selbst ein Bild der Lage zu machen, konsequent unterdrückt. Das gilt zunächst für die Teilmobilmachung Russlands, die Putin am 21. September 2022 verkündete. Anstatt der vollständigen Ansprache, die mit englischer Synchronisation bei RT (Russia Today) zu finden ist und fast 15 Minuten dauert, sendete man auf dem Hoheitsgebiet des nordatlantischen Militärbündnisses lediglich kurze Versatzstücke der vielsagenden Rede. Tendenziös geschnitten, um den vermeintlichen Erzfeind möglichst bedrohlich

klingen zu lassen. So entgingen den Zuschauern in der EU die relevanten Passagen. Eigenständig recherchieren können die 447 Millionen Einwohner der Europäischen Union ebenfalls nur bedingt. Denn große »Feindsender«, wie RT und Sputnik, unterliegen in den 27 EU-Mitgliedsstaaten flächendeckender Zensur. Zudem kuratieren nahezu alle Suchmaschinen und Digital-Plattformen ihre Inhalte zum Thema Ukraine-Krise nach der gängigen Einheitsmeinung des Westens. Auch solche, die bis vor kurzem für Meinungsfreiheit standen. Heterodoxe Informationen zum Krieg erreichen im Wertewesten kaum noch jemanden, der nicht aktiv danach sucht.

Wenige Tage nach der besagten Ankündigung einer russischen Teilmobilisierung, am 26. September 2022, erschüttern Explosionen den Meeresgrund vor der Küste von Dänemark und Schweden. Die umstrittenen Gas-Pipelines »Nord Stream 1« und »Nord Stream 2« erleiden einen massiven Druckabfall. Sprengstoffanschläge werden von Schweden und Dänemark als wahrscheinliche Ursache angeführt. Am 27. September 2022 legt sich auch EU-Chefin Ursula von der Leyen fest und spricht von Sabotage. Einen Verdächtigen benennt sie noch nicht explizit. Erste Fotos dänischer Einsatzkräfte zeigen, wie die Meeresoberfläche über den drei entstandenen Leckagen brodelt. Seismologen gehen davon aus, dass mindestens 100 Kilogramm TNT für die Sprengungen gezündet wurden. Andere Schätzungen sprechen von bis zu 500 Kilogramm. Und das bisher ausgetretene Methan entspricht nach Angaben von Wissenschaftlern im GUARDIAN etwa den Emissionswerten von 1,3 Millionen Fahrzeugen. Deutsche Schätzungen gehen gar von 300.000 Tonnen freigesetztem Methan aus. Das entspräche den Emissionen von 5,8 Millionen Fahrzeugen über einen Zeitraum von 20 Jahren. Das ist grüne Außenpolitik im Jahr 2022.

Was die westlichen Medien im Zusammenhang mit den Sprengungen nicht (mehr) erwähnen, ist, dass die Ostsee, das

Baltische Meer, zu den bestbewachten und meistbefahrenen Gewässern der Welt gehört. Entsprechende Echtzeitkarten veranschaulichen die maritimen Aktivitäten. Diverse US-Kriegsschiffe waren zum Zeitpunkt der Anschläge im besagten Gebiet unterwegs. Zeitweise, ohne dabei Ortungssignale zu senden, wie dies normalerweise der Fall ist, um Kollisionen zu vermeiden. Darüber hinaus gab es bereits Wochen vor dem folgenschweren Event dezidierte Warnungen des CIA an die deutsche Bundesregierung, die verlauten ließen, dass möglicherweise Anschläge auf die Pipelines geplant seien. Doch diese wurden offenbar beflissentlich ignoriert.

Noch Anfang September 2022 berichtete Focus Online über die Aktivitäten der US-Navy und ihrer Alliierten in der Ostsee. Diese begannen nach Angaben der NATO spätestens im Januar 2022, als Flottenverbände in die Region verlegt wurden. Auch im April vermeldete das westliche Bündnis weitere Truppenverlagerungen in das Baltische Meer. Einen Monat vor der Sprengung der Pipelines wussten Mainstream-Portale wie Sky News davon zu berichten, wie Amerikaner und Briten die ukrainischen Seestreitkräfte in der Region im Umgang mit Unterwasser-Drohnen trainierten. Und am 22. September, wenige Tage vor den Explosionen, berichteten deutsche Zeitungen davon, dass ein großer Flottenverband der US-Navy den Fehmarnbelt passierte, wo zeitgleich diverse russische Atom-U-Boote kreuzten.

Brisant: Am 28. September 2022 wird bekannt, dass US-Hubschrauber kurz nach den Detonationen exakt über den betreffenden Stellen geortet wurden. Zudem erreichte kurz nach der Sprengung ein aus Nordamerika kommendes Fluggerät ohne Kennung polnischen Luftraum, wurde dort von einem US-Tankflugzeug mit Kerosin versorgt, um anschließend für 40 Minuten über dem Leck von NS2 zu kreisen und dann auf einem Schiff ohne Transponder mitten im Meer zu landen. Einem US-Flugzeugträger, wie man schlussfolgern muss. Eine

entsprechende Karte von »Flightradar24« belegt den ominösen Flugverkehr. In den NATO-Leitmedien werden diese Hintergrundinformationen bedauerlicherweise nicht thematisiert, wenn es um die geopolitische oder militärstrategische Einordnung der aktuellen Vorgänge geht.

Was Verteidiger des kriegslüsternen Konfrontationskurses mittlerweile ebenfalls gerne unter den Teppich kehren, ist die klare Ansage des selten klar wirkenden US-Präsidenten Joe Biden, der im Februar 2022, drei Wochen vor Beginn des russischen Einmarsches im Donbas, auf einer Pressekonferenz ankündigte, dass die USA dem Nord Stream-Projekt unter allen Umständen ein Ende bereiten werden. Auf Nachfrage einer Reporterin, wie das gelingen solle, immerhin läge die Verantwortung für diese Pipelines bei Deutschland, antwortete Biden schlicht: »*Ich verspreche Ihnen, wir werden in der Lage sein, es zu tun*«.

Auch Victoria »*Fuck the EU*« Nuland, die als ehemalige Staatssekretärin im US-Außenministerium und Schlüsselperson des aus Washington dirigierten Regimewechsels in Kiew im Jahr 2014 zu zweifelhaften Ruhm gelangte, äußerte sich dementsprechend. Dieser Umstand veranlasste jüngst gar exponierte US-Mainstream-Moderatoren wie Tucker Carlson (FOX News) dazu, den Verdacht zu äußern, die Biden-Administration selbst sei für den Anschlag auf europäische Infrastruktur verantwortlich. Die Motivlage erschiene schlüssig, da enge wirtschaftliche Verbindungen von Deutschland und Russland den Vereinigten Staaten schon immer ein Dorn im Auge waren.

Dubios in diesem Zusammenhang: Radek Sikorski, Mitglied des Europäischen Parlaments sowie ehemaliger Außen- und Verteidigungsminister Polens, bedankte sich am 27. September 2022 via Twitter bei den USA für die Sprengung der Nord Stream-Pipelines. Zwei Tage später löschte er seinen Beitrag

auf der Plattform allerdings, was die Angelegenheit mithin noch suspekter erscheinen lässt, wie US-Journalist Dan Cohen im verlinkten Tweet zutreffend kommentiert.

Interessant ist auch die Biografie von Radek Sikorski. Zu Beginn des Jahrtausends war er Mitglied des neokonservativen US-Think Tanks »AEI« (American Enterprise Institute). Für Polen hatte Sikorski als Diplomat im Jahr 2008 den Vertrag über die Installation eines US-Raketenschilds im Rahmen der »National Missile Defense« unterschrieben. Derzeit fungiert Sikorski als Mitglied des Lenkungsausschusses der Bilderberg-Konferenzen sowie Senior Fellow der Harvard-Universität. Zudem wurde der Europaabgeordnete 2014 von den Briten aufgefordert, eine diplomatische Mission in der Ukraine zu leiten, um die Konfliktparteien des Euromaidan zu einer friedlichen Einigung zu bewegen – was offenkundig ins Gegenteil umschlug.

Nach den Sprengungen von NS1 und NS2 überschlagen sich die Ereignisse zusehends. Eine von Moskau initiierte Volksabstimmung in den vier umkämpften Gebieten des Donbas – Donezk, Luhansk, Cherson und Saporischschja –, die von 23. September bis 27. September durchgeführt wurde, kommt zu dem klaren Ergebnis, dass die Mehrheit der dort lebenden Menschen eine Angliederung an Russland befürwortet. Die westliche Wertegemeinschaft brandmarkt dieses Votum jedoch umgehend als illegitim, obwohl sich auch unabhängige Wahlbeobachter vor Ort befanden und die Bevölkerung nicht, wie im Westen postuliert, mit Gewalt zur Abstimmung gezwungen wurden. Die Wahlen entsprachen zwar nicht immer den gängigen Standards, was die Organisatoren auf Nachfrage mit den besonderen Umständen rechtfertigten, unter welchen die Stimmabgabe stattzufinden habe, Gespräche mit den Einwohnern und die Bilder feiernder Massen vermittelten allerdings durchaus den Eindruck, dass es sich um ein legitimes Votum handelte. Und das bedeutet lediglich, dass dem Souve-

rän die freie Abstimmung ermöglicht wird. Geheim ist diese auch in basisdemokratischen Modellen wie der Schweizer »Landsgemeinde«, wo noch öffentlich mit Handzeichen votiert wird, nicht immer. Man müsste also den Willen der Bevölkerung im Donbas anerkennen, schreibt man sich Demokratie auf die Fahnen. Denn sie steht für den Willen des Volkes.

Als Konsequenz des pro-russischen Abstimmungsergebnisses erklärte Vladimir Putin die vier besagten Regionen am Sonntag, den 30. September 2022 zu russischem Staatsgebiet. Nur zwei Tage darauf, am 01. Oktober 2022, unterzeichnete die Ukraine einen Antrag auf NATO-Mitgliedschaft und besteht dabei auf einem beschleunigten Verfahren nach dem Vorbild Finnlands. Dies, nachdem der Chef des ukrainischen Militärs noch Anfang September Langstreckenraketen von Washington forderte und einen »*limitierten Nuklearkrieg*« mit dem riesigen Nachbarland nicht ausschloss. Zwar bescheinigen erste Stimmen aus NATO und EU dem Beitrittsgesuch schlechte Erfolgsaussichten, eine weitere Provokation gegenüber Moskau ist es aber allemal. Sollte dieser Mitgliedsantrag angenommen werden – und nach Meldungen der Tagesschau vom 02. Oktober 2022 befürworten insgesamt neun NATO-Staaten das Ansinnen Kiews –, könnte jede Reaktion Russlands auf Angriffe der Ukraine in den annektierten Gebieten zur Ausrufung des NATO-Bündnisfalls führen. Und damit de facto zum dritten Weltkrieg. Ein Statement des nordatlantischen Verteidigungsbündnisses, wie sich die kriegstreibende Organisation mit Sitz in Brüssel euphemistisch bezeichnet, belegt die aggressive Haltung des Westens am 29. September 2022.

Ungeachtet der Tatsache, dass jeder Indizienprozess nach Begutachtung der vorgängig angeführten Sachverhalte zu dem Schluss käme, den Schuldigen für die Anschläge in den Reihen der US-Verbündeten oder direkt in Washington zu suchen, überbieten sich Westmedien beim Versuch, Russland

den Vorfall in die Schuhe zu schieben. Ob Der Standard, CNBC, Business Insider, Washington Post, CNN oder BILD – sie alle konstruieren die wildesten Theorien, um Russland mit haltlosen Propaganda-Elaboraten zum alleinigen Sündenbock zu machen, anstatt sich dem Elefanten im Raum zu widmen. Während selbst der 9/11-Gatekeeper Noam Chomsky, der den Ukraine-Konflikt schon im Juni 2022 als Stellvertreterkrieg der USA gegen Russland bezeichnete, in den vergangenen Tagen artikulierte, dass eigentlich nur Amerika für die Nord Stream-Sabotage verantwortlich sein könne. Der renommierte US-Militäranalyst Scott Ritter bewertet die Situation am 30. September ähnlich.

Pikant außerdem: Zeitgleich zu den Attacken auf das Nord Stream-Projekt wurde im Beisein des polnischen Präsidenten Andrzej Duda sowie des polnischen Regierungschefs Mateusz Morawiecki eine neue baltische Pipeline eröffnet, die bereits seit 01. Oktober 2022 norwegisches Gas über Dänemark und die Ostsee nach Polen pumpen kann. Über die Leitung sollen neben Polen auch die baltischen Staaten und die Slowakei mit Gas versorgt werden. Morawiecki bezeichnete das Projekt als »Pipeline der Freiheit, der Souveränität, der Sicherheit und des Friedens«.

Ergo, die Standardfrage der Kriminalistik – Cui bono? – beantwortet sich relativ simpel. Denn es kann kaum im Interesse Russlands liegen, die eigene Pipeline in die Luft zu jagen, wenn man in Moskau einfach den Hahn zudrehen könnte, um die Gaslieferungen einzustellen. Warum sollte man zusätzlich Infrastruktur sprengen, in die man Milliarden investiert hat, um darüber hinaus ein paar Tage später bekannt zu geben, die Pipelines zeitnah instand zu setzen? Auch zeigt Russland keinerlei Ambitionen, Europa überfallen und in Deutschland einmarschieren zu wollen, selbst wenn die deutsche Presse gerne derart russophobe Schreckensszenarien an die Wand malt. Putin erklärte von Beginn an, dass sein Ziel sich auf die Befreiung

der russischstämmigen Bevölkerung im Donbas beschränkt, die von einem korrupten wie totalitären Regime in Kiew seit Jahren gegängelt, unterdrückt und bombardiert wird. Und sein bisheriges Vorgehen gibt keinen Anlass, etwas anderes zu unterstellen.

Außerdem profitieren vor allem die USA von der Kappung russischer Gaslieferungen nach Europa, da in der Folge die europäischen Importe von dreckigem Fracking-Gas aus Amerika zunehmen. Und Europa ist abhängig von Energieimporten. Wie ein Junkie. Jetzt hat der neofeudale Staatenbund schlichtweg die Nadel eines anderen Dealers im Arm. Zudem festigt der endgültige Bruch der EU mit Russland die Position der amerikanischen Geoökonomie und unterbindet langfristig eine Allianz der beiden wirtschaftlich attraktivsten Länder Kontinentaleuropas, die im Falle konstruktiver Kollaboration das Ende für die imperialistischen Pläne der angloamerikanischen Ostküsten-Eliten bedeuten könnte.

Bezeichnend erscheint dahingehend der Umstand, dass lediglich Russland kurzfristig eine Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates einberufen möchte, um die Sabotageakte aufzuklären, verschiedene Mitgliedsländer der Organisation solch einer Untersuchung und Aufklärung aber offenbar Steine in den Weg legen. Während Frankreich den Ukraine-Krieg als echten »*Game-Changer*« für den UN-Sicherheitsrat bezeichnete. Denn das supranationale Gremium könne im Zuge eines eskalierenden Konfliktes seinen Einflussbereich erweitern, neue Befugnisse beanspruchen und weitere Länder als permanente Mitglieder aufnehmen. So stellt jede Krise, jeder Konflikt und jeder Krieg vor allem für eine Instanz eine positive Entwicklung dar: Die Vereinten Nationen. Einer vom Großkapital dirigierten Veranstaltung zur Konformisierung der menschlichen Zivilisation. Ablenkung durch maritime Manipulation und mediales Gezeter um die Sprengungen in der Ostsee helfen also primär dem räuberischen Kasino-Kapitalismus,

der am 28. September 2022 wieder einmal kurz vor seiner finalen Implosion stand. In Großbritannien konnte die »Bank of England« gerade noch rechtzeitig mit Stützungskäufen einschreiten, um eine Masseninsolvenz hiesiger Pensionskassen zu verhindern – womöglich jener letzte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht und das Weltfinanzsystem in den Kollaps gestürzt hätte. Denn auch hier könnte jede weitere Disruption der erste Dominostein in einer langen Kette anhängiger Katastrophen sein.

Es ist nach wie vor unklar, ob die Situation in der Ukraine zu einem Flächenbrand avanciert und Europa in ein Schlachtfeld verwandelt. Die kontinuierlich drehende Eskalationsspirale ist in jedem Falle bedenklich. Vor allem in Anbetracht der Tatsache, dass amerikanische Militärstrategen seit Jahrzehnten taktische Szenarien für einen weiteren Weltkrieg entwickeln, um ihre Dominanz gegenüber Russland und China durchzusetzen. Schon 2017 konstatierte ein Artikel des INDEPENDENT, dass der dritte Weltkrieg praktisch gesetzt sei. Am 06. Juni 2016 erklärt ein Beitrag von The National Interest ausführlich, wie die NATO plant, einen dritten Weltkrieg in Europa zu gewinnen. Wie man es auch dreht und wendet – sollten die militärischen Konflikte zwischen NATO, Russland und China in einem globalen Krieg kulminieren, geht vor allem Europa vollständig in Flammen auf. Es kann also nicht schaden, sich mental und logistisch auf dieses immer wahrscheinlicher werdende Szenario vorzubereiten. Nun ist es gleichsam möglich, dass sich die kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine nicht weiter ausdehnen und es bei lokal begrenzten Gefechten bleibt. Doch auch in diesem Falle steht der Menschheit in den kommenden Jahren wohl ausreichend Chaos und Leid ins Haus. Nicht umsonst warnte der Chef des »WFP« (World Food Program), David Beasley, schon im Juli diesen Jahres vor heraufziehenden Hungersnöten ungekannten Ausmaßes. Denn die von einem durch globalistische Partikularinteressen korrumpierten Bildungsprekariat ausgelösten Kettenreaktio-

nen sind kaum noch einzudämmen. Ob Finanz- oder Gesundheitssystem, Energie- oder Nahrungsmittelversorgung – die Menschheit wird sich in den kommenden Jahren vermutlich mit sehr existenziellen Problemen befassen müssen. Mit dem nackten Überleben.

Daher kann man derzeit nicht oft genug an die Vernunft appellieren; Liebe, Menschenrechte, Humanismus, Pazifismus und Gemeinschaftssinn betonen. Denn es sind diese fundamentalen Emotionen, Erkenntnisse, Werte und Prinzipien, die aus Menschen soziale Wesen machen – und aus Individuen eine Gemeinschaft.

Diese sollte sich zeitnah und dezentral organisieren – unabhängig von politischen Milieus und ideologischen Präferenzen – um dem transformativen Momentum einer totalitären, biofaschistischen Machtergreifung etwas entgegensetzen zu können. Denn es könnte das letzte Aufbegehren der Aufklärung sein. Die inhumane, stereotype Monokultur der Postmoderne, die sich im »New Normal« zusehends zementiert, verfolgt diametral entgegengesetzte Ziele und treibt die im Grunde friedliebende Menschheitsfamilie in ein technokratisch-totalitäres Utopia der herrschenden Kaste, das sich für den Rest der Zivilisation Dystopia nennt.

| 02. Oktober 2022

Aufarbeitung – Jetzt!

Irgendwann in der Zukunft werden die Menschen auf die 2020er Jahre zurückblicken und sich fragen, wie das alles angefangen hat. Sie werden wissen wollen, zu welchem Zeitpunkt der Postmoderne sich die Zivilisation von den Werten der Aufklärung, vom Humanismus, den allgemeinen Menschenrechten und der »*souveränen Autonomie des Individuums*« (Nietzsche, Genealogie der Moral, 1887) verabschiedet hat. Unsere Nachfahren werden verstehen wollen, wo der Wendepunkt war, bis zu welchem Moment man die Entwicklungen hätte aufhalten können. So wie wir zwischenzeitlich gelernt haben zu verstehen, warum der Faschismus unter Hitler reüssierte. Deswegen bedarf es einer Phase der Aufarbeitung, Dokumentation und Reflexion. Die Gesellschaft muss sich selbstkritisch mit den im negativen Sinne einzigartigen Geschehnissen der vergangenen zweieinhalb Jahre auseinandersetzen, um daraus Lehren zu ziehen.

Vor allem jetzt, da die meisten Länder den Gesundheitsnotstand für beendet erklärten – zumindest vorübergehend. Doch diese Aufarbeitung meiden insbesondere die Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Medien wie der Teufel das Weihwasser. Sie hoffen, ihre teils unverzeihlichen Verfehlungen fallen dem Tunnelblick gen Russland oder der hektisch pulsierenden Aufmerksamkeitsökonomie zum Opfer und geraten in Vergessenheit.

»Geschichte ist eine Philosophie, die uns durch Beispiele lehrt« – schrieb dereinst Henry St. John (1678 – 1751), ein politischer Autor der Aufklärung.

Genau aus diesem Grund ist das am 7. November 2022 im Rubikon-Verlag erscheinende Buch »Möge die gesamte Repub-

lik mit dem Finger auf sie zeigen – Das Corona-Unrecht und seine Täter« ein so wichtiges zeitgeschichtliches Dokument.

Denn es versieht die eingangs beschriebene Zäsur, den Beginn des »New Normal« mit einem Zeitstempel. Es dokumentiert für die Nachwelt, wie, wann und wo die Sprache (erneut) zum Vehikel für eine oktroyierte Verschiebung moralischer Grenzwerte verkam – zum Trittbrett für einen fadenscheinig plausibilisierten und segregativen Biototalitarismus.

Anhand 100 vielsagender Zitate von vorgeblichen Volksvertretern, Journalisten, Medizinern und anderen in der Öffentlichkeit stehenden Persönlichkeiten veranschaulichen Markus Klöckner, Jens Wernicke und Ulrike Guérot, die das Vorwort beisteuert, dass Tyrannei sich eben nicht erst dadurch manifestiert, dass Exekutionskommandos durch die Straßen ziehen oder Nachbarländer im Morgengrauen überfallen werden. Sie zeigen, wie Kommunikation im Zuge der mutmaßlichen Jahrhundert-Pandemie zur Waffe wurde, Information zum Hebel für »Social Engineering«, das politische Spektrum zum Spaltpilz und die konsolidierte Medienlandschaft zum Propaganda-Werkzeug.

Totalitäre Systeme implementieren sich historisch betrachtet immer über die schleichende Egalisierung, Umdeutung und Neuinterpretation des Wortsinns. Sie vergewaltigen die Sprache förmlich – Krieg ist Frieden, Ignoranz ist Stärke, Freiheit ist Sklaverei. George Orwell lässt grüßen. So legte auch das zentralistisch dirigierte Covid-Infektionsregime, das sich über föderale Prozesse ebenso selbstherrlich hinwegzusetzen gewillt war wie über ethische Gepflogenheiten, von Beginn an einen aggressiv konnotierten Duktus an den Tag. Die offizielle Krisen-Kommunikation trieb demonstrativ Keile in die sozioökonomischen Strukturen eines von Panik-Posaunen, Lobbyisten und selbsternannten Experten verunsicherten Landes. Ihren Höhepunkt erreichte die Diskurskontamination jedoch mit

dem Anlaufen der Impf-Kampagne. Standen zunächst Masken, Lockdowns und Ausgangssperren im Zentrum der Debatte, waren es später mRNA-Injektionen, Zugangsreglements, QR-Codes, Impfpflichten und -ausweise. Die verbalen Entgleisungen einer von Pharma-, Finanz- und Digital-Kartellen korrumpierten Deutungselite kulminierten in der offenen Diskriminierung von Menschen, die nicht willens waren, ihr unverhandelbares Recht auf körperliche Selbstbestimmung einer kollektivistischen Hysterie unterzuordnen. Die Ungeimpften – sie waren die neue Randgruppe. Sie waren schuld. Die Aussätzigen. Illoyale Häretiker. Der neue artifizielle Feind, den jeder erfolgreiche Tyrann benötigt, um den Rest der Bevölkerung – die Folgsamen, Ängstlichen, Gutgläubigen und Obrigkeitshörigen –, um die Flagge zu scharen. Die de facto gleichgeschaltete Berichterstattung zur im März 2020 proklamierten Gesundheitskrise ließ von Beginn an keinen Zweifel daran, dass eine drastische Veränderung im Gange war. Dass ein Paradigmenwechsel ins Haus steht. Nuancierte Debatten, ausgewogene, faktenbasierte Argumentation und Grauzone war gestern – ab »Tag Null« existierte nur noch schwarz und weiß. Richtig und falsch. Gut und Böse.

Dass die Corona-Krise in diesem Lichte den Auftakt einer äußerst düsteren Ära zeitigt, machen die von Klöckner et al. zusammengetragenen semantischen Ungeheuerlichkeiten unmissverständlich klar. Die Autoren liefern nach, was die offizielle Evaluierung der Corona-Maßnahmen durch eine von Berlin berufene Expertenkommission nicht geleistet hat – eine schmerzhafte Detailanalyse der menschenverachtenden Umgangsformen, die tiefe, schwer heilbare Narben im gesellschaftlichen Bindegewebe hinterließen. Jeder Grabenkampf verursachte eine neue Fissur. Die Risse zogen sich nicht mehr nur durch politische Milieus und ideologische Echokammern, wie das in einer bunten, streitbaren Parteienlandschaft gang und gäbe wäre, sondern mitten durch Firmenbelegschaften, Familien und Freundeskreise. Nicht Lockdowns, Masken,

mRNA-Drückerkolonnen oder QR-Codes waren es, die Menschen auseinandertrieben, sondern Framing-Floskeln, Semantik und Darreichung der entsprechenden Themenkomplexe durch meinungsbildende Institutionen, einflussreiche Einzelpersonen und bezahlte »Impfluencer«. Die von Cancel Culture und »Woko Haram« befeuerte Deutungselite schrieb, schrie und schimpfte sich in einen regelrechten Rausch. Man kostete die neu gewonnene Macht, andere quasi folgenfrei beleidigen zu können, fürwahr genussvoll aus, wie manch eines der nunmehr konservierten Zitate vermuten lässt:

»Was es jetzt braucht, ist nicht mehr Offenheit, sondern ein scharfer Keil. Einer, der die Gesellschaft spaltet. (...) Richtig und tief eingeschlagen, trennt er den gefährlichen vom gefährdeten Teil der Gesellschaft.« (Christian Vooren, ZEIT Online)

Doch auch gefährliche Schreibtischtäter, Mitläufer, Duckmäuser und Opportunisten werden sich irgendwann für Hass und Hetze verantworten müssen. Das gilt gleichsam für Olaf Scholz, Karl Lauterbach, Jens Spahn, Wolfgang Niedecken oder Nikolaus Blome, dessen faschistoides Zitat das Cover ziert. Denn sie alle demonstrieren frappierende Geschichtsvergessenheit. Und sie scheinen vergessen zu haben, dass alle Imperien fallen. Das mag zeitweise etwas dauern. Doch Papier ist geduldig. »*Erinnern heißt auswählen*«, meinte Günter Grass. So stellt das Kompendium des Grauens, das der Rubikon-Verlag am 07. November 2022 als Paperback und E-Book publiziert, eine Zeitkapsel gegen das Vergessen dar. Eine Zeitkapsel, die den Anfängen wehrt, indem sie diese unveränderlich festhält. Mit ihrem neuen Buch tun die Autoren genau das, was einen echten Demokraten ausmacht: Sie leben Partizipation, fordern konstruktiven Diskurs und gemeinsame Aufarbeitung. Darüber hinaus erfüllen sie in einer dysfunktionalen Medienlandschaft genau die Aufgabe, die der Vierten Gewalt zu ihrem Namen gereichte: Journalistische Dokumentation von dem »*was ist*«.

Ohne Chronisten der Gegenwart ist jegliche historische Kontextualisierung aktueller Ereignisse undenkbar. Erst durch den Blick in die Vergangenheit ergibt eine unverfälscht protokollierte Jetztzeit Sinn. Aus diesem Grund müssten sich vor allem jene das Buch von Marcus Klöckner und Co zu Gemüte führen, die den Kurs der Bundesregierung während der temporärdauerhaften Gesundheitskrise kritiklos unterstützten. Denn sollten diese Menschen in Anbetracht der hier versammelten sprachlichen Übergriffigkeiten und Dammbrüche noch immer die Position vertreten, dass derartige Kommunikation eine freiheitlich organisierte Demokratie charakterisiert, dann weiß man wenigstens, mit wem man es zu tun hat – mit Faschisten.

Man kommt spätestens nach der Lektüre dieses Buches nicht mehr umhin, das Kind beim Namen zu nennen. Denn Faschismus ist nicht links oder rechts – sondern inhuman. Menschenverachtend. Die roten Linien, nach deren Übertretung man noch von leichtsinniger Entgleisung oder Unwissenheit hätte sprechen können, liegen meilenweit hinter uns.

Vorsatz, konzertiertes Vorgehen und das mutwillige Malträtieren tradierter zivilisatorischer Errungenschaften stehen zwischenzeitlich außer Frage. Das belegt einmal mehr »Möge die gesamte Republik mit dem Finger auf sie zeigen«. Und da zu befürchten ist, dass die zunehmend aggressiver zensierende Plattform-Ökonomie dem kollektiven Vergessen künftig verstärkt auf die Sprünge helfen wird – Beweismittel also aus dem digitalen Raum verschwinden werden –, glücklicherweise in gedruckter Form.

»Denn was man schwarz auf weiß besitzt, kann man getrost nach Hause tragen.« (Johann Wolfgang v. Goethe)

| 05. Oktober 2022

Groteske Proteste

Die selbsternannte letzte Generation versucht mit radikalen Klima-Protesten, ihr Habitat zu retten. Damit spielen die Aktivisten genau jenen Umweltsündern in die Hände, die sie bekämpfen. So machen sie sich unter Umständen tatsächlich zu den letzten frei lebenden Vertretern der Spezies Homo sapiens.

Während die zur »Pandemie der Geimpften« avancierende Corona-Krise konstant an Einschüchterungspotential verliert und auch die eindimensionale wie hanebüchene Darstellung des Ukraine-Konfliktes im Wertewesten zusehends an Glaubwürdigkeit einbüßt – der herrschenden Kaste also gleich zwei ihrer wichtigsten Hebel zur Manipulation der Öffentlichkeit entgleiten – rückt die postulierte Klima-Apokalypse wieder verstärkt in den Fokus. Flankiert von einer hausgemachten Energiekrise wird jede politische Entscheidung europäischer Regierungen dem Ziel der Nachhaltigkeit untergeordnet. Mit Verzicht schadet man darüber hinaus dem Erzfeind Russland, so die irrige Annahme. Organisationen wie »Fridays for Future«, »Die letzte Generation« oder »Extinction Rebellion« versuchen mit aller Macht, und mit massiver Unterstützung der Leitmedien, die Aufmerksamkeit der Massen auf sich und ihren verblendeten Aktionismus zu lenken.

Dafür legen die zumeist jugendlichen Aktivisten in regelmäßigen Abständen den Hauptstadtverkehr mit Sitzblockaden lahm. Am darauffolgenden Tag, nachdem sie aus dem Polizeigewahrsam entlassen wurden, beschweren sie sich auf den diversen Social-Media-Plattformen über die raue Nacht in der Zelle und drohende Repressionen. Sie kleben ihre Hände auf

den Asphalt, auf Kunstwerke alter Meister oder lösen falschen Feueralarm im Bundestag aus. Weltweit kämpfen nachwachsende Generationen so um den Erhalt ihres Lebensraumes.

Im Grunde eine löbliche Entwicklung. Denn es wäre tatsächlich höchste Zeit, der grassierenden Umweltverschmutzung, dem Artensterben, der Überfischung der Ozeane oder der Abholzung der Regenwälder beizukommen. Bedauerlicherweise wird dies jedoch niemals das Ergebnis des naiven Engagements der vorgängig genannten Organisationen sein – weil es bei den sogenannten Nachhaltigkeitszielen, »Green Economy« und CO_2-Fußabdruck nun einmal nicht um Protektion für Mutter Natur, sondern um die Entwicklung neuer Märkte und deren zentralisierte Kontrolle geht. Um Kapitalisierung und Konsolidierung der natürlichen Ressourcen. Dem letzten »Asset«, das die internationale Hochfinanz noch nicht vollständig privatisieren konnte.

Aus diesem Grund finanzieren vorwiegend jene profitgierigen Energieriesen, die bislang besonders gewissenlos die Umwelt verschmutzten – namentlich also so illustre Konzerne wie Exxon Mobile, Royal Dutch Shell oder Chevron –, nun an vorderster Front die vermeintliche Energiewende. Sie tun dies entgegen allen wohlklingenden Marketing-Floskeln nicht, um ihren CO_2-Ausstoß zu verringern und tatsächlich nachhaltiger zu produzieren. Sie tun es, um den Handel mit CO_2-Zertifikaten auszubauen und damit den größten Investmentmarkt der Welt zu schaffen. Wert: circa vier Trillionen US-Dollar. Auf diesem Markt werden sich die skrupellos mafiös agierenden Energiekonzerne dank CO_2-Ablasshandel von der Pflicht freikaufen können, je etwas an ihrem dreckigen Geschäftsgebaren ändern zu müssen.

Spitzenpolitik und NGOs unterstützen diesen Kamikaze-Kapitalismus aus dem simplen Eigeninteresse, über den »Carbon-Footprint« und suggerierte Energieknappheit die Bevölkerung

auf Mikro-Ebene kontrollieren zu können. Individualmobilität adieu. Klima-Lockdowns und Dunkelwinter voraus. So werden links-grüne Organisationen wie »Die letzte Generation« letztlich genau von den Raubtier-Kapitalisten finanziert, korrumpiert und instrumentalisiert, deren Umweltverschmutzung und Raubbau sie anprangern. Exemplarisch dafür steht das prominenteste Gesicht der radikalisierten Klima-Apokalyptiker: Greta Thunberg (19). Denn die mediale Omnipräsenz der schwedischen Klima-Aktivistin und -Millionärin kommt nicht von ungefähr.

Die am Asperger-Syndrom leidende Tochter der bekannten links-liberalen Opernsängerin und Aktivistin Marlena Ernman wurde bewusst als Identifikationsfigur aufgebaut, wie ein ausführliches Dossier der Investigativ-Journalistin Cory Morningstar von 23. Januar 2019 nahelegt. Thunberg ist umringt von Personen, die es verstehen, aus ihrer exponierten Rolle Profit zu schlagen. Neben der bestens vernetzten Mutter verhalf der jungen Schwedin vor allem der medienerfahrene Reemtsma-Nachwuchs Luisa-Marie Neubauer zum medialen »Durchbruch«. Manch einer bezeichnet sie gar als Gretas Coach.

Klimaschutz scheint mittlerweile das familiäre Kerngeschäft der wohlhabenden Tabakfabrikanten zu sein, die es in den 30er-Jahren als glühende NSDAP-Unterstützer und Großspender für Hitlers Führungsriege zu zweifelhaftem Ruhm brachten. Schon Luisas Mutter betätigte sich in der Anti-Atomkraft-Bewegung der 1980er-Jahre. Ihre Schwester, Carla Reemtsma, ist Führungsmitglied bei »Fridays for Future«. Luisa Neubauer arbeitet außerdem seit 2016 in der »ONE Campaign«, einer von der Bill & Melinda Gates Stiftung initial finanzierten Nichtregierungsorganisation, die sich nach eigenen Angaben für Armutsbekämpfung in Afrika einsetzt. Weitere Geldgeber der »ONE Campaign« sind alte Bekannte wie die Rockefeller Foundation, die Ford Foundation, Bloomberg, die Bank of America, der Apple-Konzern oder auch George So-

ros' Open Society Foundation. Namen, die historisch betrachtet nicht unbedingt für Naturschutz und Nächstenliebe stehen.

Neubauer, Thunberg und Co. machen sich – wissentlich oder unwissentlich – zu billigen Erfüllungsgehilfen elitärer Transformationsprozesse. Sie kämpfen für die Ziele international vernetzter Oligarchen, die ihre organisiert-kriminellen Umtriebe in den Deckmantel fadenscheiniger Philanthropie hüllen, brüllen Slogans von Werbeagenturen, deren Kunden sich hinter einer Fassade pseudo-ökologischer Wohltätigkeitsvereine verbergen, um ihre mit Euphemismen verklärten Sozialkreditsysteme zu implementieren. Denn auf nichts anderes läuft es hinaus, wenn digitale Bankkonten, Gesundheitsstatus und das individuelle CO_2-Tracking auf dem Smartphone verknüpft und die vollautomatische Überwachung dieser Parameter Usus werden. So verkommen die Klima-Aktivisten unserer Zeit allesamt zu tragisch-komischen Handlangern einer angloamerikanischen Finanzelite, die bereits in den 1920er-Jahren erkannt hatte, dass der Schlüssel zu absoluter Kontrolle über die gesamte Weltbevölkerung das automatisierte Management des globalen Energieverbrauchs ist. Exakt dieser Ansatz macht nun das Kernargument aller Überlegungen zur Prävention des angeblich dramatischen Klimawandels aus. Eine Dystopie, die verfängt. Das belegt die Präsenz von Neubauer und Konsorten in der deutschen Medien-Landschaft sowie auf reichweitenstarken Online-Kanälen. Auch die erfolgreichen Crowdfunding-Kampagnen von »Fridays for Future«, bei denen rasch sechsstellige Beträge zusammenkommen, zeigen, dass die Panikmache wirkt und ihr Publikum findet.

Die Idee einer energiegesteuerten, technokratisch-totalitären Gesellschaft lieferte die 1917 in New York gegründete Technokratie-Bewegung. Das Konzept fand Anklang. Vor allem bei Globalisten und altem Kapital. Auch wenn es seinerzeit selbstredend an den technischen Möglichkeiten zur Umsetzung der hehren Ziele mangelte. Ein Jahrhundert später stellt

dieser Aspekt jedoch kein Hindernis mehr dar. Der totalen Digitalisierung sei Dank. Welche Folgen die Implementierung eines derartigen Herrschaftsmodells zeitigt, sehen wir heute an China, dem maßgeblich von Rockefeller, Henry Kissinger, George Bush, Zbigniew Brzezinski sowie der Yale-Universität lancierten und betreuten Pilotprojekt für moderne Tyrannei.

Was den globalistischen Zirkeln und Hochfinanz-Granden in den 70ern fehlte, um ihrem feudalistischen Kontrollwahn endlich freien Lauf lassen zu können, waren, neben dem technologischen Fortschritt, stichhaltige Argumente für eine entsprechende Transformationsbewegung. Eine Geschichte, die sich den Massen als wohltätiger Akt, als Notwendigkeit, als alternativlos verkaufen ließ. Die lieferte der von Rockefeller und Co. gegründete, im schweizerischen Winterthur ansässige »Club of Rome« mit seiner 1972 publizierten Schrift »The Limits to Growth«. Denn seit der Publikation des Pamphlets gilt der ursächlich vom CO_2-Ausstoß der menschlichen Zivilisation befeuerte Klimawandel als existenzielle Bedrohung für den Homo sapiens. Als singulär akzeptables Narrativ in Leitmedien und staatlich alimentierten Forschungseinrichtungen. Suchmaschinen wie Google spucken ausschließlich Ergebnisse aus, die diese Einheitsmeinung wissenschaftlicher Deutungseliten unterstützen. Wissenschaftliche Methodik, Interdisziplinärer Diskurs, These und Antithese, Meinungspluralismus? Weit gefehlt. Auch wenn das »Jüngste Gericht« der Meteorologie nun schon mehrfach nach hinten datiert werden musste, weil weder die Polkappen vollständig dahin schmolzen noch die Küstengebiete pünktlich im Meer zu versinken gewillt waren. Und auch Erdöl wird, entgegen allen pessimistischen Vorhersagen der vergangenen fünf Dekaden, immer noch gefördert. Die Cover der Qualitätsmedien aus den zurückliegenden 50 Jahren sind eine Litanei von Fehlprognosen. Die »New York Post« veröffentlichte am 12. November 2021 ein entsprechendes Editorial und dokumentiert damit eindrücklich das Versagen der Untergangspropheten, die bereits

im Jahre 1972 Alarm schlugen, weil der Menschheit schon damals nur zehn Jahre blieben, um die Katastrophe anzuwenden.

Doch auch ein halbes Jahrhundert nach dieser ersten eindringlichen Warnung der Vereinten Nationen (UN) mag sich die Apokalypse nicht wirklich einstellen. Auch wenn die Wetterkarten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk selbst bei normaler Sommerhitze mittlerweile den Eindruck vermitteln, die Erde stehe in Flammen, ist noch keines jener ultimativen Schreckensszenarien eingetreten, die uns seit Jahrzehnten heimsuchen sollten. Tatsächlich nimmt die globale Erwärmung ab. Denn der prozentuale jährliche Temperaturzuwachs ist rückläufig. Von 1998 bis 2012 war überhaupt keine Zunahme der Erderwärmung festzustellen, wie selbst die Klimaforscher der US-Regierungseinrichtung NOAA (National Oceanic and Atmospheric Administration) in einem Report vom 01. September 2018 einräumen mussten. Seit dem Tag der Veröffentlichung von »The Limits to Growth« gibt es massive Kritik an den Feststellungen, Schlussfolgerungen und düsteren Prognosen des elitären Think Tanks. Die Wissenschaft ist weithin geteilter Meinung, streitet darum, ob ein menschengemachter Klimawandel überhaupt existiert, ob es langfristig wärmer auf dem Planeten wird, ob ein kausaler Zusammenhang zwischen der Anreicherung von Kohlenstoffdioxid in der Erdatmosphäre und einer temporär falsifizierbaren Temperaturzunahme besteht.

Denn es gab durchaus Phasen in der jüngeren Geschichte des Planeten, in denen die CO_2-Konzentration in der Atmosphäre höher, die Durchschnittstemperatur jedoch niedriger war. In anderen Phasen der Erdgeschichte war wiederum die CO_2-Konzentration deutlich niedriger, die Temperaturen aber höher, wie eine ausführliche Analyse von »Real Climate Science« erklärt.

So trocknete im Jahre 1132 der gesamte Rhein aus. Aus dem Jahr 1303 wird berichtet, wie man Rhein, Donau und Elbe trockenen Fußes überqueren konnte. 1536 wurde Europa von einer weiteren massiven Dürre heimgesucht. Ernteausfälle und ein Jahrtausendwein waren die Folge. Von Oktober 1539 bis April 1540 fiel kein einziger Tropfen Regen, der knapp 250 Meter tiefe Bodensee trocknete aus, die Insel Lindau war mit dem Festland verbunden. Ebenso 1715, als die natürliche Bewässerung von März bis Oktober ausblieb – all das ganz ohne industrielle Revolution. Selbst Harald Lesch, der wissenschaftliche Erkläronkel des ÖRR, sprach noch bis vor wenigen Jahren davon, dass sich der Planet in einer »*relativ warmen Kälteperiode*«, am Ausklang einer kleinen Eiszeit befinde. Globale Erwärmung sah er zu diesem Zeitpunkt offensichtlich nicht als signifikante Bedrohung. Mittlerweile verkündet er das exakte Gegenteil.

Diese Hintergründe scheinen der monokausalen Logik der Klima-Apokalyptiker diametral entgegenzustehen und den postulierten Kausalzusammenhang zwischen CO_2-Ausstoß und Treibhauseffekt zu entkräften. So sehen das vermutlich auch die 9.029 promovierten Wissenschaftler, die das seit 1998 zirkulierende »Global Warming Petition Project« unterstützen und unterzeichneten – neben 20.000 weiteren zeichnenden US-Wissenschaftlern ohne Doktortitel. Sie alle sehen gemäß dem gemeinsamen Statement keine überzeugenden Belege für den vermeintlichen Kausalzusammenhang von CO_2-Emissionen und globaler Erwärmung. Schon 2012 schickte eine Gruppe von 125 Forschern einen offenen Brief an den damaligen UN-Generalsekretär, um darauf hinzuweisen, dass es keinen Klimanotstand gibt. Im Jahr 2019 waren es gar 500 Wissenschaftler, die den Vereinten Nationen die gleiche Nachricht zukommen ließen. Leider ohne Erfolg, wie man an den einhelligen Interpretationen der Situation dieser Tage unschwer erkennen kann.

Warum werden die Stimmen renommierter Spezialisten ignoriert? Weshalb zensieren Google und Co. alles und jeden, der es wagt, das offizielle Narrativ in Frage zu stellen? Die Diskurskontamination zum Themenkomplex »Klimawandel« im öffentlichen Raum erinnert allenthalben an 9/11, die Covid-Krise oder den Ukraine-Konflikt, wo gleichermaßen nur je eine Auslegung im Akzeptanzbereich des dominierenden Meinungskollektivs liegt. Und das hat seine Gründe.

Denn wie bereits im Jahr 2009 unter der Überschrift »Climategate« bekannt wurde, kontrolliert eine überschaubare Anzahl von Wissenschaftlern den Debattenraum zum Thema. Sie entscheiden, welche Studien den usurpierten Peer-Review-Prozess überstehen und der Allgemeinheit als seriöse Wissenschaft zu präsentieren sind. Bis heute. Obwohl über eintausend von Hackern veröffentlichte E-Mails der betreffenden Zirkel bereits vor 13 Jahren verdeutlichten, dass die apokalyptischen Klimaprognosen nicht nur falsch, sondern bewusst manipuliert sind. Selbst die Tatsache, dass der Climategate-Skandal im November 2009 von Mainstream-Gazetten wie dem GUARDIAN, dem Telegraph, der BBC oder reichweitenstarken Medien wie RT aufgegriffen wurde, hinderte die Aufmerksamkeitsökonomie nicht daran, ihn rasch in Vergessenheit geraten zu lassen. Nur wenige setzten sich im Detail und ohne Vorbehalte mit den Manipulationsvorwürfen auseinander. Die Qualitätsmedien gehörten nicht dazu.

Die Ausnahme machte ein 91 Seiten umfassendes Papier aus dem Jahr 2006, der Wegman-Report, das die Arbeit der Klimaforscher forensisch durchleuchtet und beispielsweise die Berechnungsgrundlagen für die »Hockey-Stick-Kurve« widerlegt, die mittlerweile in Schulbüchern gelehrt wird und einen exponentiellen Anstieg des Erdklimas in Aussicht stellt. Die Statistiker um Edward Wegman untersuchten die von der CRU rekonstruierten Temperaturverläufe der vergangenen 1.000 Jahre, auf denen die Rechenmodelle der Hockey-Stick-

Advokaten basieren. Und damit sämtliche Klimawandel-Narrative unserer Zeit.

Sie kamen zu dem klaren Ergebnis, dass die Arbeitsweise der CRU-Wissenschaftler zumindest als obskur zu bezeichnen ist und Kritik an deren Klimamodellen absolut berechtigt sei. Zudem forderten Wegman und Kollegen in ihrem Papier, dass die führenden CRU-Klimaforscher sowie deren Peer-Review-Netzwerk die Höhe und Herkunft ihrer Fördergelder sowie jedwede andere Informationen offen legten, die zu einem Interessenkonflikt bei der Wahrheitsfindung in ihrer Disziplin führen könne. Obwohl der Wegman-Report das Narrativ der Klima-Apokalypse empfindlich ins Wanken brachte und das Potential barg, es vollends zum Einsturz zu bringen, passierte schlussendlich das Übliche: Nichts.

Die Stimmen der Klima-Rationalisten verhallten in den Weiten des zurechtgestutzten Internet. Das manipulierte Narrativ von der menschengemachten Erderwärmung hielt sich hartnäckig. Aller Fakten zum Trotz. Dabei sind Duktus – wie auch die Motivlage der Verfasser – des von WikiLeaks veröffentlichten Mail-Dumps der »Climatic Research Unit« (CRU) der englischen »University of East Anglia« mehr als eindeutig. Das belegen folgend einige Beispiele, die der Journalist Andrew Bolt für die australische Zeitung The Herald Sun zusammenstellte. Versandt wurden die Nachrichten allesamt zwischen 1996 und 2009. Besonders vielsagend sind die Mails von Philip D. Jones, seines Zeichens britischer Klimaforscher, der seinem Kollegen Michael E. Mann und anderen mitteilt, wie er seine Daten manipulierte, um den gewünschten Temperaturanstieg darzustellen:

»*Ich habe gerade Mikes Nature-Trick vervollständigt und die realen Temperaturen in die Serie der letzten 20 Jahre aufgenommen (das heißt ab 1981) und ab 1961 für Keith, um den Rückgang zu verbergen.*«

Mick Kelly, Professor für Klimawandel an der Jones-Universität, schreibt über das Kaschieren der jüngsten Abkühlung:

»*Wie auch immer, ich werde vielleicht die letzten paar Punkte von der gefilterten Kurve abschneiden, bevor ich den Vortrag wieder halte, da dieser aufgrund der Endeffekte und der letzten kalten Jahre nach unten tendiert.*«

Der Klimawandel-Unternehmer Adam Markham fordert in einer Nachricht an die CRU effektivere Propaganda zum Thema:

»*Die Australier sind besorgt, dass dies einen etwas konservativeren Umgang mit den Risiken darstellen könnte, als sie von CSIRO (Commonwealth Scientific and Industrial Research Organisation) hören. Insbesondere wünschen sie sich, dass der Abschnitt zu Schwankungen und Extremereignissen nach Möglichkeit aufgepeppt wird.*«

Weitere E-Mails von Philip D. Jones, die eine deutliche Sprache sprechen, lauten wie folgt:

»*Ich wünsche mir, dass der Klimawandel stattfindet, damit die Wissenschaft Recht behält. Ungeachtet der Folgen. Das ist nicht politisch, das ist egoistisch.*«

»*Ich hoffe, Sie haben nicht Recht mit dem Ausbleiben der Erwärmung bis etwa 2020. Ich hätte eher gehofft, eine Pressemitteilung von Met Office mit Dougs Papier zu sehen, in der so etwas steht wie: Die Hälfte der Jahre bis 2014 würde das derzeit wärmste Jahr übertreffen. Rekord, 1998!*«

»*Wenn sie jemals hören, dass es im Vereinigten Königreich jetzt auch ein Gesetz zur Informationsfreiheit gibt, werde ich die Datei wahrscheinlich löschen, anstatt sie an irgendjemanden zu senden. Wir haben auch ein Datenschutzgesetz, hinter dem ich mich verstecken werde.*«

»*An Ammann/Wahl: Versuchen Sie, das Empfangsdatum zu ändern! Geben Sie diesen Skeptikern nichts, womit sie sich amüsieren können.*«

»*Ich kann keines dieser Papiere im nächsten IPCC-Bericht sehen. K. und ich werden sie irgendwie draußen halten – auch wenn wir neu definieren müssen, was Peer-Review-Literatur ist!*«

»*Wie damit umgegangen werden soll, ist unklar, da es eine Reihe von Personen mit guten wissenschaftlichen Qualifikationen gibt, die von einem skrupellosen Redakteur benutzt werden könnten, um sicherzustellen, dass die Anti-Treibhaus-Wissenschaft den Peer-Review-Prozess übersteht (Legates, Balling, Lindzen, Baliunas , Bald, usw.).*«

Der Hauptautor des IPCC, Kevin Trenberth, schieb an seine Kollegen Mann, Santer, Wigley und Jones sowie weitere führende Alarmisten wie Stephen H. Schneider und James Hansen, dass die Daten leider nicht stützen, was die manipulierten Klimamodelle prophezeien:

» (…) *Wo zum Teufel ist die globale Erwärmung? Wir fragen das hier in Boulder, wo wir in den letzten zwei Tagen Rekorde für die kältesten Tage seit Beginn der Aufzeichnungen gebrochen haben.* (…) *Tatsache ist, dass wir die fehlende Erwärmung im Moment nicht erklären können. Und es ist eine Farce, dass wir das nicht können.*«

Eine reale Farce verbirgt sich im Quellcode der eigentlichen CRU-Prognose-Software, die in regelmäßigen Abständen berechnet, das Klima-Inferno stehe ins Haus. In den Textzeilen des Modellierungscodes haben die Programmierer Kommentare und Notizen hinterlassen, die daran erinnern sollen, wie die jeweilige Rechenroutine arbeitet, die darüber hinaus aber auch klipp und klar aufzeigen, was es mit den Formeln, Mo-

dellierungen und Rechenoperationen der CRU auf sich hat. Folgend ein kurzer Ausschnitt aus dem Programm-Code:

*; Plots **24 yearly maps of calibrated** (PCR-infilled or not) MXD reconstructions*
*; of growing season temperatures. Uses **»corrected«** MXD – but shouldn't usually*
*; plot past 1960 because these will be **artificially adjusted** to look closer to*
; the real temperatures.
*; **Plots (1 at a time) yearly maps of calibrated** (PCR-infilled or not) MXD*
; reconstructions
*; of growing season temperatures. Uses **»corrected«** MXD – but shouldn't usually*
*; plot past 1960 because these will be **artificially adjusted** to look closer to*
; the real temperatures.

Zusammenfassend zeigt der hier dargestellte Absatz des englischen Original-Codes eines: Die Wissenschaftler arbeiten nicht mit realen Daten. Sie greifen manuell ein, um Temperaturverläufe, in diesem Beispiel nach 1960, dramatischer darstellen zu können. Diese Wissenschaft basiert also nicht auf Evidenz, den realen Vorgängen in der Natur oder vertrauenswürdigen Daten – sie ist darum bemüht, die Ergebnisse zu produzieren und plausibilisieren, die ihre Financiers in Hochfinanz, Adel, Konzernen, NGOs und Politik erwarten.

So ließ die mediale Kampagne zur Schadensbegrenzung nach Publikation des vielsagenden Schriftverkehrs nicht lange auf sich warten. Regierungswissenschaft und Leitmedien stellten primär die Hacker als verurteilenswerte Übeltäter in den Vordergrund. Nicht die skrupellos Unwahrheit verbreitenden Wissenschaftler der CRU oder ihre assoziierten Peer-Review-Gatekeeper. Und auch der Aufschrei aus der Bevölkerung, die augenscheinlich seit Jahrzehnten dreist belogen wurde, blieb aus.

Die Überzeugung, dass der Homo sapiens eine Seuche für den Planeten darstelle, scheint bereits zu weit Raum gegriffen zu haben. Wenig verwunderlich, nach fünf Dekaden Gehirnwäsche und medialem Gleichklang zum Thema Klima-, Umwelt- und Artenschutz.

Dem Umstand zum Trotz, dass die klimawissenschaftliche Deutungselite durch die WikiLeaks-Climategate-Daten enttarnt wurde, fußen die Nachhaltigkeitsziele der »Agenda 2030« der Vereinten Nationen weiterhin auf deren Modulationen und Prognosen. Und damit auf plumpem Betrug. Die Daten, auf denen die angelaufene sozioökonomische Transformation der Zeitenwende basiert, werden von einem unterwanderten Wissenschaftsbetrieb konstant angepasst und dekontextualisiert, um kontroverse wie disruptive Paradigmenwechsel sowie antidemokratische, supranationale Organisationsformen rechtfertigen zu können. Gegenthesen und kritische Analysen sortiert ein paktierendes Netzwerk gekaufter Wissenschaftsautoren im Peer-Review-Prozess konsequent aus. Die verfassenden Klima-Blasphemiker werden diskreditiert.

So nimmt es einen kaum Wunder, dass der erste permanente EU-Ratspräsident, Herman van Rompuy, bei seiner Antrittsrede im Jahr 2009 die Vorteile einer internationalen Zusammenarbeit im Bereich Klimaschutz wie folgt umschreibt:

»*Wir durchleben außergewöhnlich schwierige Zeiten: die Finanzkrise und ihre dramatischen Auswirkungen auf Beschäftigung und Haushalte, die Klimakrise, die unser Überleben bedroht. Eine Zeit der Angst, Unsicherheit und des Mangels an Vertrauen. Diese Probleme können jedoch durch gemeinsame Anstrengungen in und zwischen unseren Ländern überwunden werden.*

2009 ist auch das erste Jahr der Global Governance, mit der Gründung der G20 mitten in der Finanzkrise. Die Klimakon-

ferenz in Kopenhagen ist ein weiterer Schritt zum globalen Management unseres Planeten. Unsere Mission ist eine der Hoffnung, unterstützt durch Gesetze und Taten.«

Von Rompuy beziffert das Jahr 2009 als das erste Jahr der »*Global Governance*«. Das Jahr eins des korporatistischen, transnationalen Herrschaftsmodells, das nur jenen dient, die es kontrollieren. In die gleiche Kerbe schlug zu diesem Zeitpunkt der Generaldirektor der Welthandelsorganisation (WTO), Pascal Lamy, der bei einer Rede in Italien im November 2009 vorschlug, zeitnah eine internationale »Global Governance« nach Vorbild der EU zu etablieren. Denn nur so könne der drohenden Klima-Apokalypse Paroli geboten werden.

Daran arbeitet Lamy vermutlich mit seinen neofeudalistischen Kollegen, wenn er seit dem Jahr 2000 regelmäßig an den Bilderberg-Konferenzen teilnimmt, wo sich einer jener erlesenen Zirkel von Mächtigen zusammenfindet, der Organisationen wie dem Weltwirtschaftsforum (WEF) anschließend mitteilt, welche Prioritäten es zu setzen gilt.

Die generationsübergreifenden Bemühungen einer elitären Clique von Globalisten schlagen sich heutzutage in der »regelbasierten internationalen Ordnung« nieder, von der die Funktionäre dieser Tage unentwegt schwärmen. Die Tatsache, dass 150 Bilderberg-Mitglieder federführend an der Implementierung, Durchsetzung und Nachbereitung des Covid-Infektionsregimes mitwirkten, spricht dahingehend Bände. Einen Vorteil weist das fingierte Klimawandel-Narrativ gegenüber den anderen Social Engineering-Hebeln der herrschenden Kaste – Terrorismus, Covid, Ukraine-Konflikt und Energie-Krise –, jedoch auf: Es könnte unglaubwürdig werden, weitere fünf Jahrzehnte die Apokalypse zu prognostizieren, während sich die realen klimatischen Bedingungen parallel kaum verändern. Und »False Flag-Operationen« dürften sich in Bezug auf Naturkatastrophen ebenfalls ungleich komplizierter gestalten als

die Sprengung einer Brücke oder das Freisetzen eines Erregers.

»Die letzte Generation« sollte sich demnach zeitnah bewusst werden, für wessen Pläne sie sich einspannen lässt. Die Aktivisten müssen erkennen, dass sie und ihr zukünftiges Leben nicht vom menschengemachten Klimawandel bedroht werden, sondern von Transhumanismus, digitalem Zentralbankgeld und Biofaschismus. Dass sie sich selbst abschaffen, wenn sie ihrem Kurs – und vor allem ihren menschenverachtenden Sponsoren treu bleiben.

| 15. Oktober 2022

Dekuvrierte Coolness

Wer ist Elon Musk? Für was steht er? Nicht wenige halten ihn für den Messias des Libertarismus, für eine Inkarnation von Tony Stark, für ein Erfindergenie, einen modernen Superhelden. Eine Analyse seines Curriculum Vitae, seiner Geschäftsbeziehungen und Ziele gibt jedoch allen Grund zur Annahme, dass dieses Image aufpoliertes Blendwerk ist.

Elon Reeve Musk – mit einem Vermögen von circa 204 Milliarden US-Dollar der aktuell reichste Mensch der Welt. Zumindest wenn man den offiziellen Rankings Glauben schenkt, die superreiche Familiendynastien wie die Rockefellers, Waltons, Morgans, Rothschilds oder das saudische Königshaus tunlichst unterschlagen. Nicht wenigen gilt Musk als der coole Oligarch. Als der lockere, libertäre Milliardär, der sich für Meinungsfreiheit bei Twitter engagiert, Autonomie und Freiheit fordert, anstatt Covid-Maßnahmen, der gegen »Wokeness« bei Netflix wettert und bei Joe Rogan – dem reichweitenstärksten Podcaster der Welt – vor laufenden Kameras Gras raucht.

Selbst Menschen, die einer übermäßigen Kapitalakkumulation ansonsten kritisch gegenüberstehen, finden ihn irgendwie toll. Immerhin baut er mit Tesla schicke, vermeintlich umweltfreundliche Elektroautos, will mit Space X und von kühnem Erfindergeist getrieben den Mars erobern, mit einem aufgepeppten U-Bahn-Konzept namens Hyperloop die Probleme des öffentlichen Nahverkehrs lösen, mittels Starlink das Internet an jedem Ort der Welt verfügbar machen und mit seinen

Neuralink-Gehirnimplantaten unheilbare Krankheiten oder Behinderungen heilen.

Er wirbt für den verschlüsselten Messenger-Dienst Signal, anstatt für Instagram oder Facebook, und hortet die nur aufgrund seiner medialen Unterstützung hippen DOGE-Coins. Eine Kryptowährung ohne wirklichen »Business Case«. Wunderkind, Tech-Nerd, exzentrischer Genius, unternehmerischer Tausendsassa. So die landläufige Meinung. Für das TIME-Magazine selbstredend der »*Mann des Jahres 2021*«.

Doch wer ist Elon Musk? Was ist sein Antrieb? Ist das Image als Inkarnation von Tony Stark alias »Ironman« – ein Comic-Superheld aus dem Marvel-Kosmos – gerechtfertigt? Immerhin werden schon Dokumentationen über den Silicon-Valley-Entrepreneur unter diesem Titel veröffentlicht. Die Verehrung des Milliardärs als eine Art Leonardo da Vinci der Postmoderne nimmt allenthalben kultische Züge an. Medien und Fans lassen ihn im Lichte eines Gurus der Vierten Industriellen Revolution erscheinen. Als einen Mann, der mit seinen hochtrabenden Visionen den Pfad weist, hinaus aus einer düsteren, kriegerischen Epoche destruktiven Wirtschaftens, zerebraler Überforderung und sozioökonomischer Turbulenzen.

Bedauerlicherweise scheint diese gemeinhin gepflegte Begeisterung für den schelmenhaft wirkenden Rockstar unter den Superreichen trübend auf den Blick für das Wesentliche zu wirken. Denn bei genauerer Betrachtung von Musks Aktivitäten zeigt sich rasch: Die an ihn gestellten Erwartungen erfüllt er ebenso selten, wie er seine hehren Ziele erreicht. Darüber hinaus lassen Musks familiäre Hintergründe sowie fragwürdige Finanzbeziehungen berechtigte Zweifel an der vorgeblich humanitären Mission des Unternehmers aufkommen – auch wenn er, im krassen Gegensatz zu anderen Vertretern seiner Kaste wie Bill Gates, Michael Bloomberg, George Soros oder Peter Thiel verkündet, die Welt habe ein Problem mit Unter-

bevölkerung. »*Die Zivilisation wird zusammenbrechen, wenn die Leute nicht mehr Kinder bekommen*«, sagte er der New York Post am 07. Dezember 2021.

Für was also steht Elon Musk wirklich? Welche Überzeugungen liegen seinem Handeln zugrunde? Ein Blick in die Vergangenheit hilft, die Umtriebe des Start-up-Hasardeurs einzuordnen. Und die Geschichte des reichsten Menschen der Welt beginnt erstaunlicherweise in der Schweiz. Denn die Urahnen von Elon Musks Mutter stammen aus dem Kanton Bern. Aus dem kleinen Dörfchen Signau im Emmental. Aus diesem Idyll des Berner Oberlandes wanderte die Familie unter dem Namen Haldimann im frühen 18. Jahrhundert in die USA aus. Später siedelte man nach Kanada um, wo Elon Musks Mutter als Maye Haldenmann geboren wurde. Sein Vater, Errol Musk, machte im Juli 2022 Schlagzeilen, als bekannt wurde, dass der heute 76-jährige zwei Kinder (geboren 2018 und 2019) mit seiner deutlich jüngeren Stieftochter Jana hat.

Elon Reeve Musk selbst wurde am 28. Juni 1971 in Pretoria (Südafrika) geboren. Dort sorgte besagter Vater, den Elon mehrfach als »schreckliches menschliches Wesen« bezeichnete, mit dem überdurchschnittlichen Auskommen als Ingenieur für einen adäquaten Lebensstandard. Seine Mutter kümmerte sich als ehemaliges kanadisches Provinz-Model um den Haushalt. Doch die wichtigste Figur im Familienverband der Musks war wohl Elons Großvater, ein Ingenieur – Dr. Joshua Haldenmann – der die Familie von den USA über Kanada nach Südafrika geführt hatte und als Patriarch bis zu seinem Ableben den Ton angab. Er hatte vermutlich den größten Einfluss auf den jungen Elon, der unter seiner Ägide einen Faible für Technologie entwickelte und sich im zarten Alter von zehn Jahren das Programmieren beibrachte. Bemerkenswert in diesem Kontext: Dr. Joshua Haldenmann war ein glühender Anhänger der Technokratie-Bewegung, hatte dort zunächst den Posten des Forschungsdirektors inne und wurde später gar

langjähriger Vorsitzender der »Technocracy, Inc.« Kanadas. Damit vertrat Elon Musks wichtigstes männliches Vorbild innerhalb des Familienverbandes eine Ideologie, die als zutiefst inhuman zu bewerten ist. Technokratie steht für modernen Absolutismus. Für eine Herrschaft der Maschinen und Algorithmen. Für die Steuerung der Welt über den Energieverbrauch ihrer Systeme. Auf Makro- wie Mikro-Ebene. Eine Herrschaft der Algorithmen. Der Homo sapiens ist in einem derartigen Gesellschaftsmodell wenig mehr als ein Sklave seiner eigenen Entwicklungen.

Als das Technokratie-Konzept 1917 in New York von Howard Scott vorgestellt wurde, war es technisch selbstredend noch nicht umsetzbar. Doch das änderte sich mit der rapiden Entwicklung der Rechenleistung moderner Computer und mündet nunmehr in einer von künstlicher Intelligenz dominierten Digitalisierung des wahrnehmbaren Lebensraumes.

Schon in den 1970er-Jahren nutzte die US-Hochfinanz um David Rockefeller ihren massiven Einfluss auf Mao Zedong und machte China zum Pilotprojekt für die technokratisch organisierte Gesellschaft der Zukunft. Mit Unterstützung der Nixon-Administration installierte der angloamerikanische »Deep State« jene Infrastruktur, die China zum ökonomischen Aufstieg verhalf und den totalitären Überwachungsstaat von heute erst ermöglichte. Mit dem Geld der Wall Street, dem Know-How der Konzern-Oligarchie und den Informationen der Geheimdienste wurde China zur Weltmacht. Und zu ersten ausgereiften Technokratie. Die Resultate eines halben Jahrhunderts inhumaner Tyrannei im »Reich der Mitte« sind verstörend. Pekings dystopische, von Barcodes, Drohnen und Robotern verwaltete »No-Covid«-Strategie folgt exakt den Denkmodellen von Howard Scott. Gleiches gilt für die Konzepte der »Green Economy«, deren Kernziel die automatisierte Steuerung aller Systeme, ja der gesamten Zivilisation, über ihren CO^2-Verbrauch darstellt. Nicht umsonst loben wer-

tewestliche Politiker wie Robert Habeck oder Justin Trudeau das Regime von Xi Jinping für seine Covid-Strategie.

Angesichts dieser Hintergründe sollte es durchaus nachdenklich stimmen, wenn Elon Musk am 23. Juni 2019 bei Twitter verkündet: »*Beschleunigung der Raumschiff-Entwicklung, um die marsianische Technokratie aufzubauen*«. Denn er weiß genau, was das bedeutet. Darüber hinaus forderte Elon Musk explizit eine CO_2-Steuer und verstärkte Kontrolle der Individualmobilität über deren Energieverbrauch. Sein Kampf für die freiheitlich organisierte Gesellschaft scheint sich demnach eher auf den digitalen Raum zu beschränken.

Immerhin hat er es nach monatelangem Medienspektakel endlich geschafft, die wichtigste Social-Media-Plattform der Welt zu kaufen – den Kurznachrichtendienst Twitter. Denn am 26. Oktober 2022 änderte er die Berufsbezeichnung seines von 110 Millionen Menschen abonnierten Profils auf »*Twitter Chef*«. Anschließend lud Musk ein Video hoch, das ihn beim Betreten des Twitter-Hauptgebäudes zeigt. Später kursierten weitere Fotos im Netz, auf denen er zu Angestellten in der Cafeteria des Tech-Konzerns spricht.

Der Milliardär versprach im Vorfeld dieser 44-Milliarden-Akquisition, die Meinungsfreiheit auf der Plattform wiederherstellen zu wollen, nachdem eine linksradikale Deutungselite mit »Wokeness« und Cancel Culture den öffentlichen Diskurs usurpiert und über Jahre hinweg jedwedes Heterodox negiert, unterdrückt oder zensiert hatte. Die Schattenseite dieser Übernahme: Elon Musk möchte jeden Twitter-User als »*echten Menschen*« verifizieren. Was das bedeutet, liegt nahe. Es geht um die Ausweispflicht im digitalen Raum – um das Ende des freien, weil anonymen Internets. Eine mitnichten libertäre Position, sondern, wie Technokratie und CO^2-Tracking, Auswuchs eines totalitären Herrschaftskonzeptes, das sich über die Digitalisierung des Alltags in alle Lebensbereiche frisst wie ein

böser Tumor. Ganz abgesehen von der Tatsache, dass zentralisierte, kuratierte und dokumentierte Kommunikation – und dafür stehen all die großen Plattformen – ohnehin das Gegenteil dessen darstellt, was man gemeinhin unter einem freien Internet oder privater Interaktion verstehen darf.

Doch Musk fordert nicht nur CO_2-Steuern wie Bill Gates oder Gehirnimplantate wie Klaus Schwab, er hält auch – wie Barack Obama – ein universelles Grundeinkommen für praktisch unausweichlich. Gleichermaßen nicht gerade ein Kerngedanke des Libertarismus. Selbst in Bezug auf die offensichtlich schädlichen mRNA-Injektionen vertritt er nicht die auf Humanismus und Aufklärung fußenden Werte jener Menschen, die ein Recht auf körperliche Selbstbestimmung fordern. Im Gegenteil orchestriert er ein Joint Venture seines Unternehmens Tesla und dem von Bill Gates finanzierten Impfstoff-Hersteller »CureVac«, um einen neuartigen Impfstoff-Drucker herzustellen. Sozusagen 3-D-Druck für Injektionscocktails auf Basis der jetzt etablierten mRNA-Plattform. Mit der Entwicklung will Musk erreichen, dass Menschen ihre lapidar als »Booster« bezeichneten mRNA-Updates künftig in quasi Echtzeit mit dem Infektionsgeschehen erhalten. Und diese invasive Doktrin akzeptieren wie eine simple Softwareaktualisierung am Heim-Computer. Nicht als medizinisch folgenschweren Eingriff. Obwohl mittlerweile selbst in den Leitmedien nicht mehr zu kaschieren ist, dass die mRNA-Produkte mehr schaden als nutzen und die gesamte Impf-Kampagne auf Lügen aufgebaut war. Nach seinem eigenen Covid-Impfstatus gefragt, sagte Musk der New York Post zunächst, er würde sich die Spritze nicht verabreichen lassen. Im vorgängig referenzierten Artikel des TIME-Magazine zum Thema »Mann des Jahres« gab er jedoch an, geimpft zu sein. Selektive Amnesie? Lüge? Man weiß es nicht. In jedem Falle empfiehlt Musk die sogenannte Impfung nach anfänglicher Zurückhaltung zwischenzeitlich uneingeschränkt.

Ähnlich leichtfertig geht der vermeintlich inkarnierte Tony Stark mit Menschenleben um, wenn er argumentiert, »der Mensch müsse sich upgraden, weil er sonst Gefahr liefe, zum Haustier für Roboter zu werden«. Damit advoziert Musk für den Transhumanismus. Die nächste menschenfeindliche Ideologie der herrschenden Kaste, die der vordergründig coole Milliardär goutiert und aktiv unterstützt.

Dem militärisch-industriellen Komplex, den Geheimdiensten und der US-Hochfinanz scheint Elon Musk ohnehin näher zu stehen als gemeinhin bekannt. Denn einen Großteil seines Vermögens hat er nicht etwa als wagemutiger Gründer am freien Markt verdient, sondern durch Subventionen, lukrative Verträge mit dem US-Verteidigungsministerium, Steuervergünstigungen und spezielle Kredite der US-Regierung. Dass Elon Musk nicht rein zufällig zur liberal-coolen Ikone avancierte, legt ein Blick in seine Anfangsjahre als Unternehmer nahe. Denn während im sagenumwobenen Silicon Valley Ende der 1990er-Jahre eine Vielzahl an erfolgreicheren Tech-Entrepreneuren existierte, war es ausgerechnet Elon Musk, der für einen absolut inhaltsleeren Gastauftritt bei CNN gefilmt wurde, sodass zum ersten Mal eine breitere Öffentlichkeit von ihm Notiz nehmen musste.

Dabei war sein erstes Unternehmen – Zip2 –, das er im Jahre 1995 mit seinem Bruder sowie einem weiteren Partner gegründet und im Februar 1999 für circa 300 Millionen US-Dollar an »Compaq« veräußert hatte, nicht das revolutionärste Unterfangen im kalifornischen IT-Mekka dieser Tage. Es handelte sich um ein simples Telefonbuch fürs Internet. Wenig mehr als eine Datenbank, in die sich Unternehmen eintragen konnten, um ihre Adresse im Netz zu hinterlegen. Kurz vor besagtem TV-Auftritt im Jahr 1999 gründete Elon Musk sein zweites Unternehmen, »X.com«, das kurz darauf, im März 2000, mit der bereits bestehenden Firma »PayPal« fusionierte, welche seinerseits im Jahr 1998 von Peter Thiel, Luke Nosek und Max Lev-

chin ins Leben gerufen wurde. Der aus Frankfurt am Main stammende Peter Thiel gilt als einer der einflussreichsten Tech-Unternehmer und Start-up-Financiers der USA. Und im stark regulierten Bankengeschäft reüssiert niemand mit einer Finanzdienstleistung à la PayPal, der in den entsprechenden Kreisen keinen Leumund besitzt. Musk hat PayPal also weder erfunden noch groß gemacht. Thiel dagegen war der Kopf einer einflussreichen Gruppe von Kapitalgebern, die später als »Die PayPal Mafia« Bekanntheitsgrad erlangte und während des sogenannten »Dot-com Booms« der 1990er-Jahre praktisch das gesamte Silicon Valley kontrollierte. Das »Fortune Magazine« berichtete am 26. November 2007 unter entsprechenden Titel und umriss die massive finanzielle Einflussnahme der Investorengruppe um den eigentlichen PayPal-Gründer auf Unternehmen wie YouTube, Yelp oder Facebook. Bei Letzterem war Peter Thiel erster Großinvestor – und darüber hinaus zwanzig Jahre lang Mark Zuckerbergs engster Berater. Auch bei »Reddit« ist Thiel investiert. Seit 2021 zudem bei »Rumble«. Um nur einige wenige zu nennen.

Thiel ist zudem Mitglied des Bilderberg Steering Committee und nahm seit 2008 an allen Meetings des verschwiegenen Globalistenzirkels teil. Genau wie sein Geschäftspartner Alex Karp, mit dem der Ex-Frankfurter nach dem Verkauf von PayPal an eBay im Jahr 2004 ein neues Unternehmen gründete: »Palantir«. Eine Firma zur Entwicklung von Technologien zur Massenüberwachung. Elon Musk hatte bereits zwei Jahre zuvor, am 14. März 2002, Space X gegründet und begonnen, mit dem US-Raumfahrtprogramm – sprich, mit dem US-Militär – zusammenzuarbeiten. Bei Tesla Motors (heute Tesla, Inc.) war Musk erst ab Februar 2004 involviert. Nach einer Online-Bank und einem Militärdienstleister war der Elektroflitzer Musks erstes ziviles Projekt. Thiels »Palantir Technologies« arbeitet unter anderem mit dem kontroversen englischen Geheimdienst »GCHQ« zusammen. Und natürlich mit den US-Geheimdiensten NSA und CIA oder dem US-

Heimatschutzministerium sowie amerikanischen Migrations- und Zollbehörden. Genau wie Facebook, das lediglich eine konsequente Fortsetzung des durch öffentlichen Aufruhr in Verruf gekommenen CIA-Projektes »Life Log« darstellt, welches genau einen Tag vor Facebooks Marktauftritt am 04. Februar 2004 auf öffentlichen Druck hin eingestellt wurde.

Peter Thiel, augenscheinlich Elon Musks einflussreichster Geschäftspartner seit 1999, arbeitet also seit mindestens zwei Dekaden eng mit Regierungen, Geheimdiensten, Militärs sowie deren Tarnorganisationen zusammen. Sprich, mit dem Tiefenstaat. Thiel ist fraglos einer der wichtigsten Financiers und Architekten der Aufmerksamkeitsökonomie, des Plattform-Monopolismus sowie des digitalen Überwachungsstaates. Über »Palantir Technologies« schreibt der Investigativ-Journalist James Corbett am 24. Oktober 2022:

»*Stellen Sie sich ein Unternehmen vor, das alles über jeden weiß. Ein Unternehmen, das Banken dabei hilft, Betrug aufzudecken, wie es Geheimdiensten dabei hilft, Staatsfeinde aufzuspüren. Ein Unternehmen, das Bilder von Ihnen mit Ihren Handy-Standortdaten, von Ihnen geschriebenen E-Mails, Ihren Krankenakten und Kreditkartenkäufen und Tausenden anderer elektronischer Daten kombinieren kann, um ein intimes Porträt Ihres Lebens zu zeichnen – ein Porträt, das jeder Möchtegernermittler mit wenigen Klicks einsehen kann. Ein Unternehmen, das Sie überall auf der Welt und jederzeit anpeilen kann.*«

Nun wäre es selbstverständlich unredlich, Elon Musk aufgrund von Kontaktschuld zu verurteilen. Dass er seit über zwanzig Jahren eng mit Peter Thiel zusammenarbeitet, ist noch kein Beleg dafür, dass er dessen offensichtlich menschenverachtende Ansichten teilt, oder – wie Thiel – als Agent eines supranational operierenden, korporatistischen Tiefenstaates fungiert. Und auch Space X könnte aus Idealismus ent-

standen sein, nicht als Dienstleister der US-Hegemonie. Vielleicht lässt aber die Tatsache, dass Musk seit 2008 Mitglied des mittlerweile 3.800 Absolventen umfassenden »Young Global Leaders« Programmes des »Weltwirtschaftsforums« (WEF) ist, den ein oder anderen Zweifel an der liberalen Fassade des Milliardärs aufkommen. Auch wenn er jüngst öffentlichkeitswirksam die Einladung zum WEF 2023 ablehnte. Oder gerade deswegen.

Auch der Umstand, dass sein wohlkalkuliertes Oeuvre als Inkarnation von Tony Stark alias »Ironman« kein Zufall ist, sondern sich im Gegenteil der Film an Musk orientierte, um dieses heroisch-geniale Image eines nerdigen Erfinders, Tech-Stars und Superhelden im gesellschaftlichen Bewusstsein zu verankern, könnte stutzig machen. Robert Downey Jr., der Hauptdarsteller des Hollywood-Streifens, traf sich im Vorfeld der Dreharbeiten mehrfach mit Elon Musk, um seine neue Rolle als Tony Stark an dessen Persönlichkeit auszurichten. Die beiden besichtigen zusammen die Tesla-Produktion und Musks persönliche Büros. Als Downey sich völlig begeistert von Musk wieder zur Produktion von »Ironman« am Set einfand, bestand er darauf, einen Tesla in Tony Starks Werkstatt zu platzieren – was denn auch geschah, wie man anhand des fertiggestellten Blockbusters überprüfen kann.

Vielleicht untergraben auch Vorwürfe um Musks Hyperloop den Glauben an die Aufrichtigkeit seiner vorgeblich humanistisch motivierten Umtriebe. Denn nicht wenige US-Journalisten vertreten mittlerweile die Ansicht, dass der Tesla-Käufer sein Tunnelbau-Projekt nur deswegen übereilt lancierte, weil er den Bau einer kalifornischen Hochgeschwindigkeitsbahnlinie verhindern wollte, um mehr Autos zu verkaufen. Der Verdacht liegt nahe. Denn bis heute gibt es von Musks »Boring Company«, die den Hyperloop realisieren sollte, nichts als eine Webseite und plumpe Prototypen. Und die Bahnlinie wurde auch nie gebaut.

Dementsprechende Enttäuschung drückt ein ausführlicher Artikel des Journalisten Paris Marx im TIME-Magazine vom 08. August 2022 aus. Marx hatte Elon Musk im Vorfeld seiner Publikation mehrfach für Interviews getroffen und schreibt:

»*Damals schien es, als hätte Musk den Hyperloop-Vorschlag nur verbreitet, um die Öffentlichkeit und die Gesetzgeber dazu zu bringen, den Hochgeschwindigkeitszug zu überdenken. Eigentlich hatte er nicht vor, das Ding zu bauen. (…) Wie ich in meinem Buch geschrieben habe, gab Musk gegenüber seiner Biografin Ashlee Vance zu, dass es bei Hyperloop nur darum ging, den Gesetzgeber dazu zu bringen, Pläne für eine Hochgeschwindigkeitsstrecke in Kalifornien zu canceln – obwohl er keine Pläne hatte, das Ding tatsächlich zu bauen.*«

Unsympathisch bis imperialistisch wirkt auch Elon Musks Tweet vom 24. Juli 2020, in dem er auf die berechtigte Kritik am US-getriebenen Staatstreich gegen Evo Morales in Bolivien aufgrund der dortigen Lithium-Vorkommen entgegnete: »*We will coup whoever we want! Deal with it*« (»Wir stürzen, wen auch immer wir wollen. Find Dich damit ab!«). Wenig humanistisch oder pazifistisch ist schlussendlich auch Musks Unterstützung für den Ukraine-Konflikt. Auch wenn er via Twitter gerne Vorschläge zur Beendigung des stetig eskalierenden Krieges verbreitet. Denn ob Waffen, Munition, Logistik, Information oder Satelliten-Technik – mehr Material verlängert den Krieg. Wer Frieden will, verhandelt, anstatt Benzin ins Feuer zu gießen.

Darüber hinaus entsteht aufgrund von Musks öffentlich getätigten Äußerungen gerne der Eindruck, er stelle dem korrupten Regime in Kiew seine Starlink-Technologie völlig selbst- und kostenlos zur Verfügung. Dem ist nicht so. Die US-Regierung bezahlt Musk fürstlich für die Starlink-Operation an Russlands Außengrenzen. Ebenso die vermeintliche Nichtregierungsorganisation USAID (United States Agency for International

Development), ein Coverunternehmen der CIA für Regimewechsel und politische Agitation im Ausland. Dass Musk stets im Sinne der »Pax Americana« handelt, nimmt kaum Wunder. Schießt er mit seiner Firma Space X doch regelmäßig streng geheime Spionage-Satelliten für den militärisch-industriellen Komplex ins All. Kontrovers diskutiert wird auch Elon Musks öffentlichkeitswirksame Einmischung in den Konflikt zwischen China und Taiwan. So schlug der Unternehmer eine »spezielle administrative Zone für Taiwan« vor. Der Botschafter Chinas in den Vereinigten Staaten bedankte sich umgehend bei Musk für diesen Impuls, während Taiwan erbost verlauten ließ, dass die hiesige »Demokratie nicht käuflich sei«. Setzt Elon Musk sich diesbezüglich wirklich für Frieden ein – oder leiten ihn schlicht egoistische Motive, wenn er für China Position ergreift, da 30 bis 50 Prozent seiner Fahrzeuge am Produktionsstandort Shanghai gefertigt werden?

Ausgangs lässt sich demnach konstatieren: Elon Musk wuchs unter dem Einfluss eines hochrangigen Technokraten auf, knüpfte an einschlägigen US-Universitäten Kontakte zu einflussreichen Kreisen und arbeitete ab spätestens 1999 mit dem mächtigen Tiefenstaat-Agenten Peter Thiel zusammen. Seit der Nominierung als »Young Global Leader« im Jahr 2008 ist er WEF-Adept. Musk bezog den Großteil seines sagenhaften Vermögens von der US-Regierung, arbeitet für CIA, NSA und US-Militär, wenn er deren geheime Satellitentechnik in den Weltraum schießt und forscht zusammen mit Bill Gates' Firma »CureVac« an mRNA-Infrastruktur. Sein Image als ebenbürtige Inkarnation von Tony Stark ist eine mediale, wohl orchestrierte Illusion.

Das impliziert schon die selten öffentlich diskutierte Tatsache, dass Musk auch sein erfolgreichstes Produkt – den Tesla – nicht selbst erfunden hat. Das Konzept entwickelten die beiden Erfinder Marc Tarpenning und Martin Erberhard, die ihre gemeinsame Firma am 01. Juli 2003 in San Carlos (Kalifornien,

USA) registrierten. Elon Musk kaufte sich lediglich mit Millionenbeträgen in das Unternehmen ein und drängte die Gründer irgendwann hinaus.

Daneben sponsort Musk den Krieg in der Ukraine mit vom Pentagon bezahlter Technologie. Denn Starlink ist nichts anderes als eine Tarnfirma, die das US-Militär ins Leben rief, um keine Verantwortung für illegitime Aktivitäten übernehmen zu müssen – so wie es im Korporatismus dieser Tage gang und gäbe ist. Siehe Covid-19 und Pharmaindustrie.

Musk betrügt die Öffentlichkeit und seine Investoren mit Hyperloop, um zu verhindern, dass die Tesla-Absatzzahlen unter dem Angebot neuer staatlicher Nahverkehrsprojekte leiden. Er übernimmt Twitter, um auf der ohnehin zentralisierten und damit wenig libertären Kommunikationsplattform ein Identifikationsverfahren für »echte Accounts« einführen zu wollen.

Er befürwortet Transhumanismus, misshandelt und tötet mit seinen gegen Moral und Tierwohlgedanken verstoßenden, grausamen Neuralink-Experimenten leichtfertig Menschenaffen und will seine Gehirnimplantate demnächst an menschlichen Probanden testen. Musk mischt sich aus purem Eigeninteresse in den Konflikt zwischen China und Taiwan ein und erhöht damit lediglich das Risiko für die Bewohner dieser Länder, einen Gewaltausbruch zwischen den beiden Staaten erleiden zu müssen.

Musk evoziert Kaufinteresse für eine völlig sinn- und wertlose Kryptowährung, die wie der gesamte Kryptomarkt lediglich als psychologische Vorbereitung auf digitales Zentralbankgeld fungiert, weil die in den letzten Jahren stark gestiegene Marktkapitalisierung den Eindruck erweckt, Kryptowährungen hätten einen realen Wert. Haben sie nicht. Sie leben, wie Fiat-Geld, vom Glauben an das System. Obschon nicht von der Hand zu weisen ist, dass Projekte wie »Monero« den Konzepten einer Peer-2-Peer-Ökonomie dienlich sein können – so-

lange Strom aus der Steckdose kommt. Dennoch: Musk ermutigt Menschen, ihr Erspartes in einen äußerst volatilen Markt zu investieren, der über kurz oder lang kollabieren wird. Denn die Zentralbänker werden den freien Kryptomarkt rigoros regulieren, sobald die staatlichen Digitalwährungen flächendeckend ausgerollt werden.

Eine Einbahnstraße also. Geld fließt hinein, aber seltenst zurück. Genau wie bei Musks »Boring Company«, die niemals Tunnel bohren wird. Auch wird er die untergehende Zivilisation nicht mit Space X gen Mars führen oder fremde Galaxien erobern. Nein, Musk ist nicht der Eroberer fremder Welten. Sein Weltraum-Transportunternehmen arbeitet seit jeher eng mit dem Pentagon und der NASA zusammen, die zig Milliarden an Space X bezahlen. Musk beschäftigt auch ehemalige leitende Angestellte der US-Weltraumbehörde, zum Beispiel den von 2005 bis 2019 amtierenden Chef der Abteilung »Bemannte Raumfahrt« – William Gerstenmaier. Dabei sollte nicht unterschlagen werden, dass die NASA 80 Prozent ihrer Ressourcen für Projekte des militärisch-industriellen Komplexes aufwendet. Für Krieg.

Auch der vor knapp drei Wochen vorgestellte und weltweit mit fanatischer Höchstspannung erwartete Tesla-Roboter ist ein peinlicher Rohrkrepierer, der miserabler performt als die ersten Prototypen des heutigen Marktführers Boston Dynamics vor über 20 Jahren. Als wäre das nicht genug, war er bis März 2022 mit der Künstlerin Grimes liiert, die öffentlich davon schwärmt, wie eine ausgereifte »Künstliche Intelligenz« endlich zu einem kommunistischen Utopia führen werde.

Nicht minder irritierend ist der Umstand, dass Musk mehrfach Kontakt zur verurteilten Menschenhändlerin Ghislaine Maxwell hatte, der linken Hand des auf mysteriöse Weise verstorbenen Jeffrey Epstein, einem pädophilen Sexual- und Finanzstraftäter, Vergewaltiger, Erpresser und VIP-Zuhälter, dessen

»Lolita Express«-Kundenliste bis heute nicht vollständig offengelegt wurde, aber so illustre Namen wie Bill Gates, Bill Clinton, Donald Trump, Prince Andrew, US-Senator John Glenn, Chris Tucker, Naomi Campbell oder Kevin Spacey umfasst. Musk leugnete zunächst gar vehement, Ghislaine Maxwell überhaupt zu kennen, relativierte diese Aussagen aber kurz darauf, um sich anschließend in weitere Widersprüche hinsichtlich seiner Beziehung zu Epsteins wichtigster Gehilfin zu verstricken.

Im Lichte dieser Umstände wirkt es realitätsfremd bis naiv zu glauben, Elon Musk sei auf den Plan getreten, um die Meinungsfreiheit oder gleich die gesamte Zivilisation zu retten. Naheliegender ist, dass er von entsprechenden Interessengruppen aufgebaut wurde, um das Narrativ der Herrschenden vor dem Freiheitsdrang souveräner Individuen zu bewahren.

Denn sein liberale Sinnfetzen recycelndes Erfinder-Image ermöglicht es Musk, genau jene Bevölkerungsgruppen von den Zielen der Oligarchen, Technokraten, Transhumanisten und Imperialisten zu begeistern, die diesen generell eher kritisch gegenüberstehen. Wer »Wokeness« ablehnt, fällt leicht dem Trugschluss anheim, sich guten Gewissens der freiheitlich gefärbten Elon-Ehrerbietung anschließen zu können. Obschon die jeweiligen Ziele identisch sind und lediglich die Marketing-Kampagnen oder Wohlfühlfloskeln geringfügig divergieren.

Ja – Elon Musk kommt etwas cooler daher als ein Bill Gates oder George Soros. Aber nein, er ist nicht die Zukunft oder der liberale Erlöser. Niemand wird kommen, um die Zivilisation vor sich selbst und einem technokratisch-totalitären, supranationalen Korporatismus, einem Kastensystem der regelbasierten internationalen Ordnung zu bewahren. Die Causa Musk verdeutlicht lediglich einmal mehr, dass es sich bei den sozioökonomischen und politischen Krisen dieser Tage nicht um

Konflikte politischer Spektren handelt. Es geht bei der von Neofeudalisten initiierten »Zeitenwende« nicht um links oder rechts, sondern um oben und unten. Und den Pfad in Richtung einer verheißungsvolleren Zeit muss jeder selbst einschlagen. Idealerweise jetzt. In aller Konsequenz. Dann ebbt der Strom der willfährigen Mitläufer vielleicht irgendwann ab, weil die so entstehende, freiheitlich organisierte Zivilgesellschaft attraktiver sein wird als digitaler Despotismus, und wir bewegen uns nicht – wie George Orwell es in Aussicht stellte – »*mit fast tödlicher Sicherheit auf ein Zeitalter totalitärer Diktaturen zu*«.

| 30. Oktober 2022

Gestatten – Bertrand Russel

Der erste Teil einer losen Reihe von Portraits, die mittels historischer Kontextualisierung und einem genaueren Blick auf einflussreiche Personen der Vergangenheit versuchen will, Entwicklungen der Gegenwart in einem klareren Licht erscheinen zu lassen.

Obwohl im Verlauf der zurückliegenden Dekade überdeutlich wurde, dass der Nationalstaat längst entmachtet ist und die Regierungsgewalt – direkt wie indirekt – an supranationale Organisationen wie die Vereinten Nationen (UN) übereignet wurde, glauben nicht wenige noch immer daran, dass den sozioökonomischen Herausforderungen dieser Tage mit Widerstand gegen die hiesige Regierung beizukommen sei. Die als »*Verschwörungstheorie*« verpönte Weltregierung ist aber bedauerlicherweise schon Realität. Seit langem. Denn auch wenn die nationalstaatlichen Machtapparate weiterhin als Exekutive fungieren und unbeirrt die hanebüchene Posse von der repräsentativen Demokratie zum Besten geben, definieren sie schon lange nicht mehr die Strategie, an der sich wirtschaftliche, soziale oder politische Transformationsprozesse orientieren. Der Status Quo, die Zeitenwende, das New Normal, Stakeholder Kapitalismus – all diese Marketingbegriffe stehen für ein und dasselbe: Die Realisierung totalitärer, imperialistischer und von Eugenik geprägter Herrschaftskonzepte, die von einflussreichen Denkern im ausgehenden 19. und angehenden 20. Jahrhundert zu Papier gebracht wurden.

Daher lohnt es sich, besagten Zeitraum und Personenkreis hin und wieder genauer unter die Lupe zu nehmen. Denn ein Blick in die heutzutage oft negierten Schriften dieser Zeit belegt, dass

die derzeitigen Entwicklungen keinesfalls organischer Natur, Fügung, Schicksal oder Zufall sind, sondern die Ergebnisse kalkulierten, supranationalen Machtstrebens. Im Lichte einhundert Jahre alter Ideen zur Steuerung der menschlichen Zivilisation erscheint das chaotisch-dystopische und von Informationsflut verklärte Bild einer disruptiven Postmoderne mit scharfen Konturen.

Der Auftakt einer losen Reihe entlarvender Portraits mit dem Titel »Gestatten«, die den Leser idealerweise zur weiteren Recherche animieren, widmet sich Bertrand Russel, einer vermeintlichen Leitfigur des Pazifismus. Der 1872 in Wales geborene Brite betätigte sich laut einschlägiger Enzyklopädien vor allem als Philosoph, Mathematiker und Logiker. Im Jahr 1950 wurde ihm der Nobelpreis für Literatur verliehen. Zunächst jedoch verlebte er eine einsame Jugend. Denn sowohl seine Eltern als auch seine Schwester starben als Russel gerade einmal drei Jahre alt war. So wuchs er zusammen mit seinem Bruder bei den Großeltern auf. Dort wurden die Kinder von einem atheistischen Hauslehrer unterrichtet. Eine öffentliche Schule durften sie nicht besuchen, da man den Nachwuchs vor dem Einfluss der Religion abschirmen wollte, die im Hause Russel als schweres Übel betrachtet wurde. Als auch der Großvater im Jahr 1878 und sein Bruder im Jahr 1931 starben, erbte Bertrand Russel den Titel der männlichen Linie der Familie und wurde zum »Earl«.

Ein Stipendium verhalf dem 28-jährigen Russel dabei, an der Universität von Cambridge Mathematik zu studieren. Das tat er von 1890 bis 1894. Anschließend erhielt er ein Fellowship der Universität, das ihm ermöglichte, dort bis 1901 ohne bindende Verpflichtungen forschen zu können. Danach widmete er sich, lediglich kurz unterbrochen von einem kurzen Intermezzo als Botschaftsmitarbeiter in Paris, der theoretischen Arbeit als Mathematiker, Philosoph und Schriftsteller. Wenig später verfasste Russel mit der von 1910 bis 1913 in mehreren

Teilen publizierten »Principia Mathematica« eines der bedeutendsten Werke des 20. Jahrhunderts auf diesem Gebiet. Darüber hinaus veröffentlichte er im Lauf seines Lebens eine Vielzahl von Büchern, Essays, Pamphleten und Briefwechseln, die sein Bild in der Öffentlichkeit bis heute prägen. Russel war Atheist und kritisierte jedwede Form religiöser Überzeugung. Für den Sozialismus konnte er sich dagegen begeistern. Speziell für den sogenannten Gildensozialismus. 1922 und 1923 kandidierte er für die im Jahr 1900 gegründete, sozialdemokratische »Labour Party«, eine der drei großen Parteien des Vereinten Königreiches. Allerdings ohne Erfolg. So unterrichtete er an der Cambridge University, der London School of Economics, der Harvard University und der Universität von Peking.

»*Die Menschen werden ignorant geboren, nicht dumm. Sie werden dumm gemacht von ihrer Bildung*«, schreibt er 1946 auf Seite 578 seines Buches »Geschichte der westlichen Philosophie – Sammleredition«.

Fokussiert man diese weithin bekannten Informationen zu Bertrand Russels Lebenslauf, regen sich verständlicherweise kaum Zweifel am Image der vermeintlichen Ikone. Denn allzu oft wird in der medialen Darstellung unterschlagen, dass der 1970 verstorbene Brite weder Pazifist noch Sozialdemokrat war. Gegen den Krieg sprach er sich nur zu Zeiten des Ersten Weltkrieges aus. Schon während des Zweiten Weltkrieges wollte er von Pazifismus nichts mehr wissen. Im Gegenteil forderte er nach Kriegsende einen vernichtenden Präventivschlag gegen die Sowjetunion, die zu diesem Zeitpunkt noch keine Atomwaffen besaß. Nach eigener Aussage, um die menschliche Zivilisation vor einem nuklearen Holocaust in der Zukunft zu bewahren.

Diese argumentative Position erinnert nicht grundlos an die heutigen Rechtfertigungsversuche für das konstante Weiterdrehen der Eskalationsspirale im Rahmen der Ukraine-Krise.

Auch die NATO, das nordatlantische »Verteidigungsbündnis«, wie sich der wertewestlich-imperialistische Expansionsapparat euphemistisch nennt, begründet ihren Konfrontationskurs gegenüber Putin mit Friedenssicherung. Russland muss vernichtet, muss ausgelöscht werden, bevor es uns vernichten kann – so die Handlungsdoktrin. Eine Strategie, deren geoökonomische Dimension die wenigsten wahrnehmen – oder wahrhaben wollen. Dass Krieg ein gutes Geschäft für die internationalen Bankenkartelle sowie den militärisch-industriellen Komplex ist, leuchtet selbst manchem Befürworter des aggressiven NATO-Kurses noch ein. Dass eine militärische Auseinandersetzung nicht zum Ziel hat, einen Sieg zu erringen, sondern meist anhaltende Destabilisierung spezifischer Regionen das gewünschte Resultat ist, erscheint den meisten allerdings unrealistisch. Denn sie gehen weiterhin davon aus, dass die 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen (UN) autonom entscheiden und agieren.

»Euer Gehorsam ist grenzenlos, und er wird, dass ich es euch nur sage, von Tag zu Tag unverzeihlicher.« (Thomas Mann)

Bis zu einem gewissen Grad ist dies selbstredend auch der Fall. Doch wie die Covid-Krise bereits erkennen ließ, setzen sich Institutionen wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO) mit Leichtigkeit über jegliche nationale Gesetzgebung hinweg, wenn entsprechende Szenarien eintreten und die von den UN-Mitgliedsstaaten vertraglich abgestimmten Ausnahmeregeln greifen. So formt sich der institutionelle Globalismus um die Narrative einer segregativ denkenden Deutungselite.

Nach dem Zweiten Weltkrieg ging es um internationalen Frieden, was die Gründung der UN im Jahr 1945 rechtfertigte. Nach der Veröffentlichung von »The Limits to Growth«, dem Klima-Apokalypse-Manifest des Rockefeller'schen und in Winterthur (Schweiz) ansässigen »Club of Rome«, war ab 1972 Umweltschutz das Thema der Stunde. Dies wiederum

gab im Jahr 1988 Ausschlag, in Genf (Schweiz) das IPCC zu gründen (Intergovernmental Panel on Climate Change), einen »*zwischenstaatlichen Ausschuss für Klimaänderungen*«. Dieser beansprucht – und besitzt – seither die alleinige Deutungshoheit, das Primat und Diktat in Sachen menschengemachter Klimawandel. Obwohl im Zuge des Climategate-Skandals bereits 2009 deutlich wurde, dass die entsprechenden Klimamodelle manipuliert sind und für die Durchsetzung politischer Ziele missbraucht werden. So nimmt diese demokratisch nicht legitimierte Unterorganisation des 1972 gegründeten UNEP (Umweltprogramm der Vereinten Nationen) massiv Einfluss auf den Lauf der Welt. Denn ohne deren von Mal zu Mal panischer werdende Berichte, gäbe es weder eine »Green Economy« noch einen »Net-Zero-Kurs« in Sachen CO_2, der mittlerweile praktisch auf jeden Aspekt der menschlichen Existenz Einfluss nimmt.

Auf diese Art befördern Krisen und militärische Konflikte stets die Erstarkung der »Global Governance« – dem neofeudalistischen Konstrukt korporatistischer Technokratie, das von der UN, ihren 17 Sonderorganisationen sowie einer Armada an Nichtregierungsorganisationen und Think Tanks konzipiert und ideologisch unterfüttert wird, um sich in einer unheiligen Symbiose von Konzern-Oligarchie und Staatsmacht zu manifestieren. Dass genau diese gesichtslose internationale Organisationsform seit mindestens 100 Jahren das langfristige Ziel angloamerikanischer Finanzeliten war, zeigen neben einer Vielzahl renommierter Autoren wie Carroll Quigley oder Antony C. Sutton auch Original-Dokumente von Cecil Rhodes, Henry Ford, John D. Rockefeller oder der UNESCO. Und eben auch jene weniger bekannten Arbeiten von Bertrand Russel, die in den Literaturlisten offizieller Lobhudelei gerne unterschlagen werden. Denn Verve entwickelte der kauzige Waliser Denker vor allem dann, wenn es um globale »Top-Down-Lösungen« für soziale, politische oder finanzielle Herausforderungen ging.

Dass Russel sich nicht unbedingt dem Gemeinwohl verpflichtet fühlte, legen seine Mitgliedschaften in feudal-elitären Organisationen nahe. Er war unter anderem Teil der Cambridge Apostels, einer bis anhin aktiven Geheimgesellschaft intellektueller Kreise der Universität von Cambridge, sowie der Fabian Society (Fabianische Gesellschaft), einer sozialistischen Gruppierung, die sich gemäß Leitlinie des Fabianismus auf die »*Weiterentwicklung sozialistischer Ideen durch beständige Einflussnahme auf mächtige intellektuelle Kreise und Gruppen*« fokussiert.

Das Ziel: soziokulturelle Evolution, anstatt Revolution. Die Verfassung der Fabianischen Gesellschaft wurde vom Eugenik-Enthusiasten George Bernard Shaw zu Papier gebracht. Da auch der von kontrollierter Zucht des Homo sapiens angetane Schriftsteller H. G. Wells Mitglied der Fabianer war, kann davon ausgegangen werden, dass sich Bertrand Russel nicht unbedingt in Gesellschaft ausgewiesener Humanisten befand. Denn die »Fabian Society« machte von Beginn an deutlich, dass sie an der zentralistisch koordinierten Optimierung des Menschen interessiert war, wie das Buch »Weeding the Garden: Die Eugenik-Rezeption der frühen Fabian Society« von Sören Niemann-Findeisen (2004) detailliert beschreibt.

Bertrand Russels Weltsicht gründet denn auch auf der Erhöhung, dem intrinsischen Herrschaftsanspruch einer herrschenden Klasse Auserwählter über das einfache Volk. Das zeigen seine beiden Bücher »Principles of Social Reconstruction« (Prinzipien sozialer Rekonstruktion, 1916) und »The Scientific Outlook« (Der wissenschaftliche Ausblick, 1954).

Ersteres umfasst unter anderem die Kapitel »*Krieg als Institution*«, »*Eigentum*«, »*Bildung*«, »*Heirat und die Bevölkerungsfrage*« oder »*Religion und die Kirchen*«. Die Welt, die Russel in seinem 1916 veröffentlichten Buch beschreibt, gleicht verblüffend jenem Postulat eines güldenen Zeitalters »regelba-

sierter internationaler Ordnung«, das Organisationen wie das Weltwirtschaftsforum (WEF) oder die UN im Jahr 2022 ventilieren.

Auf Seite 105 schreibt Russel: »*Um Krieg zu verhindern und gleichzeitig die Freiheit zu wahren, ist es notwendig, dass nur ein Militärstaat auf der Welt existiert; und dass bei Streitigkeiten zwischen verschiedenen Ländern gemäß der Entscheidung einer zentralen Behörde gehandelt wird. Diese Struktur bedingt natürlich einer Weltföderation*, (…).«

Seine Handlungsempfehlungen klingen wie die Blaupause für das supranational konstituierte Imperium der Postmoderne. 73 Seiten später im Text geht es um die Bevölkerungsentwicklung.

»*In Frankreich stagniert das Bevölkerungswachstum praktisch. Und in England wird es bald so sein. Das bedeutet, dass einige Bevölkerungsgruppen schrumpfen, während andere zunehmen. Wenn keine Veränderung eintritt, werden die schrumpfenden Gruppen aussterben und die Bevölkerung wird fast vollständig aus den jetzt zunehmenden Bevölkerungsschichten wieder aufgefüllt. Zu den schwindenden Gruppen gehören die gesamte Mittelschicht sowie die erfahrenen Handwerker. Die Gruppen, die zunehmen, sind die sehr Armen, die Trägen und Betrunkenen, die Schwachsinnigen. (…) Bedauerlich ist nicht der Geburtenrückgang an sich, sondern die Tatsache, dass der Rückgang in den besten Schichten der Bevölkerung am größten ist.*«

Das Eugenik Archiv Kanada schreibt über Bertrand Russels Einstellung zur Eugenik:

»*Er kritisierte die frühen Eugeniker dafür, dass sie die Erblehre zu sehr vereinfachten, dass sie andeuteten, dass Reiche den Armen genetisch überlegen sind, und dass sie rassistische Stereotypen unterstützten (Russell, 1957). Russell unterstützte*

jedoch bestimmte Aspekte der Eugenik und glaubte, dass sie nicht außer Acht gelassen werden sollte. Er befürchtete, dass sich die Qualität der menschlichen Rasse verschlechtern würde, also unterstützte er bestimmte eugenische Praktiken (Ironside, 2006). Beispielsweise schrieb er, dass sogenannte schwachsinnige Personen sterilisiert werden sollten, weil sie dazu neigten, eine enorme Anzahl unehelicher Kinder zu haben, die in der Regel völlig nutzlos für die Gemeinschaft seien« (Russell, 1957, S. 259).

Nur ein Jahr nach Publikation von Russels »Prinzipien sozialer Rekonstruktion« gründete sich in New York die Technokratie-Bewegung, die seine Ideen von der Weltföderation und einem allmächtigen Militärstaat – bewusst oder unbewusst – aufgriff und weiterentwickelte. Die Technokraten ergänzten das noch leblose Organigramm von Russels Weltregierung um jene Hebel und Steuerungsprozesse, die eine globale Kontrolle über die Zivilisation der von Technologie dominierten Zukunft ermöglichen sollten. Den Prototyp dieses inhumanen Systems totalitärer Überwachung kann man heute in China »bestaunen«.

38 Jahre nach seinen Vorschlägen zur soziokulturellen Evolution wird Bertrand Russel deutlicher. In »Der wissenschaftliche Ausblick« nimmt er 1954 explizit Bezug auf die Konzepte von Howard Scotts Technokratie-Bewegung, wenn er nicht mehr von souveränen Staaten und Regierungen spricht, sondern von »*zentralistischer und wissenschaftlicher Regierung*«, von »*Scientific Dictatorship*«, und der »*Weltregierung*«, anstatt einer »*Weltföderation*«. Russel redet kollektivistischen wie totalitären Gesellschaftsentwürfen das Wort. Und auch in puncto Privateigentum und Bildung schlug er 1954 einen härteren Ton an als in seinem 1916 veröffentlichen Werk. Kurze Auszüge aus dem Kapitel »Wissenschaftliche Regierung« verdeutlichen die Stoßrichtung:

»*Derjenige, der von einer wissenschaftlich organisierten Welt träumt und seinen Traum in die Praxis umsetzen möchte, sieht sich mit vielen Hindernissen konfrontiert. Da ist der Widerstand durch Trägheit und Gewohnheit. Menschen wollen so leben, wie sie es immer getan haben. (…) Dann gibt es Widerstand aus berechtigtem Interesse: ein aus Feudalzeiten geerbtes Wirtschaftssystem verschafft Männern Vorteile, die nichts getan haben, um sie zu verdienen. (…) Neben diesen Kräften gibt es auch feindliche Idealismen. Die christliche Ethik steht in gewissen Grundzügen der Wissenschaftsethik, die zusehends reift, gegenüber. Das Christentum anerkennt die Bedeutung des Individuums und seiner Seele und ist nicht bereit, unschuldige Menschen für ein Ziel der Gemeinschaft zu opfern.*« (S 240, 241)

»*Die Gesellschaft von Experten, die ich mir vorstelle, wird alle bedeutenden Männer der Wissenschaft einschließen, mit Ausnahme einiger dummer, anarchischer Spinner. Sie wird als einzige Macht die neueste Waffentechnik besitzen und Bewahrer aller neuen Geheimnisse der Kriegskunst sein. Es wird also keinen Krieg mehr geben, da Widerstand der Unwissenschaftlichen zum offensichtlichen Scheitern verurteilt ist. Die Expertengesellschaft wird Propaganda und Bildung kontrollieren. Sie wird Loyalität gegenüber der Weltregierung lehren und Nationalismus zum Hochverrat machen. Die Regierung, die eine Oligarchie sein wird, wird der großen Masse der Bevölkerung Unterwürfigkeit einflößen und Handlungs- sowie Befehlshoheit auf ihre eigenen Mitglieder beschränken.*« (S. 243)

»*Wenn* (...) *die uns vorschwebende Weltregierung entsteht, wird eine ihrer ersten Aufgaben die internationale Organisation der Produktion sein.* (…) *Durch die Eliminierung des Wettbewerbs und die Konzentration der Produktion auf einen einzigen Konzern, könnte all diese Verschwendung vermieden werden.*« (S. 247)

»*Rohstoffe sollten nicht denen gehören, die durch Eroberung oder Diplomatie zufällig das Territorium erworben haben, in dem sie sich befinden. Sie sollten einer Weltbehörde gehören, die sie rationieren würde* (...).« (S. 248)

Bertrand Russels sieben Jahrzehnte alte Konzepte ähneln jenen der Vereinten Nationen oder des Weltwirtschaftsforums auf verblüffende Art und Weise. Nur macht Russel keinen Hehl daraus, auf welche Regierungsform das hinausläuft. Während Klaus Schwab, der Chef des WEF, angestrengt versucht, das Publikum mit linguistischen Seiltänzen und Strohmann-Argumenten vom Kern seiner Aussagen abzulenken.

Russels totalitäre Visionen – wie auch jene der Technokratie-Bewegung – scheinen dieser Tage Realität zu werden. Auch wenn derzeit noch mehr als ein Konzern existiert und Rohstoffe bislang nicht von einer Weltbehörde verwaltet werden. Durch die Konzentration des Kapitals in einer Handvoll Vermögensverwaltungen, die wiederum jedes börsennotierte Unternehmen beeinflussen oder kontrollieren, die hausgemachte Energiekrise, die daraus resultierenden Lieferkettenprobleme und einen ausgeprägten Korporatismus sind wir aber wohl nicht mehr allzu weit von diesem Szenario entfernt. Die schleichende Machtergreifung von UN, WHO, Weltbank, IWF und Co. nimmt mit jeder Disruption mehr Fahrt auf und macht autonome Staaten de facto obsolet.

Und auch die reproduktionsmedizinischen Ideen von Bertrand Russel und seiner »Fabian Society« tragen Früchte. Sie assimilieren Gesundheitswesen und Zivilgesellschaft unter euphemistischen Labels wie »Biosoziale Forschung«, Bioethik, Transhumanismus, Demografie-Forschung, »Planned Parenthood« oder »Queer«-Bewegung. Kontrollierte Zucht des Homo sapiens und Abschaffung des Individuums im schillernden Gewand der Postmoderne. Nicht umsonst steht die Forschung am menschlichen Genom sowie dessen Optimierung

für die Zeitenwende heute im Fokus der Financiers des von Fördermitteln usurpierten Wissenschaftsbetriebes.

Man scheint sich an den Konzepten fragwürdiger Vordenker des angehenden 20. Jahrhunderts zu orientieren. Im Kapitel »*Wissenschaftliche Reproduktion*« seines 1954 veröffentlichten Buches »Der wissenschaftliche Ausblick« beschreibt Russel diese wie folgt:

»*Wenn die gleichzeitige Regulierung von Quantität und Qualität in Zukunft ernst genommen wird, können wir damit rechnen, dass in jeder Generation etwa 25 Prozent der Frauen und etwa fünf Prozent der Männer als Eltern der nächsten Generation ausgewählt werden. Der Rest der Bevölkerung wird sterilisiert, was ihre sexuellen Freuden in keiner Weise beeinträchtigen wird.* (…) *Väter hätten natürlich nichts mit ihren eigenen Kindern zu tun. Auf fünf Mütter würde im Allgemeinen nur ein Vater kommen, und es ist sehr wahrscheinlich, dass er die Mütter seiner Kinder nie gesehen hätte. Das Vaterschaftsgefühl würde damit vollständig verschwinden. Wahrscheinlich würde mit der Zeit dasselbe, wenn auch in etwas geringerem Ausmaß, in Bezug auf Mütter passieren. Wenn die Geburt vorzeitig eingeleitet und das Kind bei der Geburt von seiner Mutter getrennt würde, hätte das Muttergefühl kaum eine Chance, sich zu entwickeln.* (…) *Aufgrund der Sterilisation müssen Liebesaffären keine unangenehmen Folgen haben, solange sie nicht zwischen einem Mann und einer Frau stattfinden, die unsteril sind. Auf diese Weise kann den Arbeitern ein unbeschwertes und frivoles Vergnügen ermöglicht werden* (…).« (S. 261, ff)

Die beiden referenzierten Werke des Nobelpreisträgers böten noch eine Vielzahl derartiger, von Unmenschlichkeit durchdrungener Zitate. Die Seiten triefen geradezu vor herrschaftlicher Arroganz eines überhöhten Denkens. Dass es Russel nicht um Humanismus, Pazifismus oder Demokratie ging, ist

offensichtlich. Auch wenn die blumigen Worte seiner gefeierten Publikationen gerne diesen Eindruck erwecken. Er advozierte für neofeudale, segregative und eugenische Konzepte. Für eine totalitäre Weltregierung, einen imperialistischen Militärstaat, geleitet von »anerkannten« Spezialisten, Vordenkern sowie von der Elite eingesetzten Gouverneuren.

Er redete einer gezielten Zucht des Menschen das Wort, deklassierte benachteiligte Bevölkerungsgruppen und sprach ihnen das Existenzrecht ab. Er rief zur präventiven Vernichtung Russlands auf und kategorisierte Völker nach deren Kosten-Nutzen-Bilanz für jenes globale Kollektiv, das er sich für die Zukunft wünschte. Damit war Russel Teil einer verschwiegenen Bewegung aus den Reihen der angelsächsischen Hochfinanz, die sich Ende des 19. Jahrhunderts zum Ziel gemacht hatte, die weltweite Dominanz des britischen Imperiums wiederherzustellen – und zwar in Form eines globalen, von kommunistischen Ideen geprägten Kollektivismus. Vermarkten wollte man das avisierte Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell jedoch als repräsentative Demokratie. Diese galt es über Einflussnahme auf Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik in die gewünschte Richtung zu treiben. Die Mittel dazu hatte man ja.

Erhellend sind in diesem Zusammenhang nicht nur zwei Bücher von Caroll Quigley – »Tragedy and Hope« (1966) und »The Anglo-American Establishment« (1981) – oder jene von Antony C. Sutton zum Einfluss des Wall Street-Kapitals auf die jüngere Geschichte, sondern auch zwei wenig beachtete Publikationen des US-Autors John A. Stormer – »Non Dare Call it Treason« (1964) und »None Dare Call it Education« (1998). Denn sie belegen detailliert und anhand von Originalquellen, wie angloamerikanische Interessengruppen im Verlauf des zurückliegenden Jahrhunderts die Realisierung der Visionen von Russel, Shaw, Ford, Wells, Howard Scott, Edward

Bernays et al. vorantrieben. Und zwar erfolgreich. Die Gegenwart spricht für sich.

Die finanzielle Unterwanderung des Bildungssystems, das Aufsetzen von Stipendien, die Gründung und Übernahme von Universitäten sowie ein von der Hochfinanz korrumpierter Wissenschaftsbetrieb waren der Schlüssel zur generationsübergreifenden Veränderung der Gesellschaft. Und damit des Menschen selbst. Nicht umsonst legten die Industrie- und Finanz-Mogule des angehenden 20. Jahrhunderts besonderes Augenmerk auf den Sektor Bildung und gründeten eine Stiftung nach der anderen. Sie nahmen vor allem in den USA direkt Einfluss auf die Organisation des Bildungswesens und die Lehrinhalte. Und damit auch auf die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft. Dem Motto folgend: Geschichte schreiben die Gewinner.

So lässt sich im Rückblick eine Kontinuität in Bezug auf die geostrategische, geoökonomische und zivilisatorische Entwicklung erkennen, deren Programmatik als Zufall zu bezeichnen geradezu töricht erscheint, so offensichtlich sind die finanziellen, zeitlichen und organisatorischen Zusammenhänge. Bemerkenswert – und bedauernswert – ist allerdings, dass sich nicht mehr Menschen des Umstandes gewahr sind, dass sie von Kasten und Netzwerken regiert werden, deren intellektuelle Vorbilder alles sind, außer Demokraten und Humanisten. Ein Umstand, dem ein regelmäßiger Blick in die Vergangenheit, das Aufzeigen historischer Zusammenhänge sowie Hinweise auf sachdienliche Literatur unter Umständen etwas entgegensetzen kann.

»Je näher der Zusammenbruch eines Imperiums rückt, desto verrückter seine Gesetze.« (Marcus Tullius Cicero)

| 06. November 2022

Schaumfabrik Hollywood

»Ich bin nur aus einem Grund hier in Hollywood, weil mir die moralische Standfestigkeit fehlt, das Geld auszuschlagen.« (M. Brando)

Es war einmal ein kanadisch-amerikanischer Einzelhändler. Er wurde 1847 in Toronto geboren und machte später in den Vereinigten Staaten Karriere. Nachdem er zunächst in Chicago mit einem Eisenwarenladen sowie einem Süßwarengeschäft versucht hatte, Geld zu verdienen, sich jedoch zu Höherem berufen fühlte, wechselte er ins Immobiliengewerbe. Er wurde Liegenschaftsverwalter für die »Rock Island Railroad«, wo er für die Landerschließung verantwortlich war und es schließlich in den Vorstand schaffte. Hobart Johnstone Whitley, so sein Name, hatte es nach bescheidenen Anfängen zu etwas gebracht. Im Jahr 1893 zog er nach Kalifornien und ließ sich in Los Angeles nieder, wo er ein Jahr später ein Juweliergeschäft eröffnete. Irgendwann kaufte Whitley 480 Hektar unerschlossenes Land vor den Toren der damals vergleichsweise überschaubaren Metropole. Gerade einmal 18 Familien lebten zu diesem Zeitpunkt dort. Ödland sozusagen. Whitley jedoch sah vor seinem inneren Auge bereits eine neue Stadt auf der ruralen Scholle entstehen, einen boomenden Vorort.

Seinen Namen erhielt das zu entwickelnde Brachland außerhalb von LA durch Daeida Wilcox, Tochter eines wohlhabenden Großgrundbesitzers, die zusätzliches Land für das Projekt zur Verfügung stellte. Daeida hatte von einem Landsitz in Illinois gehört, der den Namen »Hollywood« trug, und übernahm diesen kurzerhand für die neue Siedlung. Wilcox gilt als offizielle Gründerin der Kommune und zeichnet für den Aufbau der kompletten initialen Infrastruktur der jungen Stadt ver-

antwortlich. Rathaus, Postamt, Polizeistation, Stadtpark, Tennisclub und sogar zwei Banken. Daeida Wilcox war »Hansdampf in allen Gassen«. Und H. J. Whitley schien den richtigen Riecher gehabt zu haben. Denn aus den einstmals 18 Familien auf grüner Wiese wurde rasch ein lebhafter Vorort. Whitley kam zu Reichtum. Schon 1902, nur acht Jahre nachdem er ein paar hundert Hektar Pampa erworben hatte, baute er genau dort das legendäre »Hollywood Hotel« - am »Hollywood Boulevard«. Ein Haus, das mit Ansiedlung der Filmindustrie ab 1910 zum mythenumrankten Hotspot der Prominenz avancierte.

Im Jahr 1912, als Oklahoma nach Zurückdrängung der Ureinwohner offiziell in die Vereinigten Staaten aufgenommen wurde, schlug man den Unternehmer Whitley gar als ersten Gouverneur des neuen US-Bundesstaates vor. Daeida Wilcox starb im Jahr 1914. Und auf dem ehemals bedeutungslosen Farmland entstand das sagenumwobene wie verruchte Zentrum der US-Filmindustrie. Bis heute dominiert Hollywood von diesem Fleckchen Erde aus den Weltmarkt und produziert prädiktive Blockbuster, die den Zeitgeist prägen. Columbia Pictures, Warner Bros., Paramount-, Universal- und Disney – jeder kennt die »Big Five« aus dem Vorspann seines Lieblingsblockbusters. Die fünf großen Studios. Und die zahlreichen Skandale um Stars und Sternchen, die seit jeher Titelseiten oder Klatschspalten füllen. Die Storys reichen von simplen Affären über Betrug und Korruption bis hin zu Mord. Reichtum, Dekadenz, Maßlosigkeit und moralische Abgründe zeichnen retrospektiv das Bild eines außer Kontrolle geratenen Sündenpfuhls. Der Großraum Los Angeles war Schauplatz so manch eines realen Krimis, der sich im kollektiven Gedächtnis einbrannte.

Ob Charles Manson und seine Manson Family in den 60ern, der Tod von »Blues Brother« John Belushi im Jahr 1982, der groteske Mordprozess um O. J. Simpson Mitte der 90er, der

Tod von Michael Jackson im Juni 2009, der Tod von Paul Walker vier Jahre später oder der seltsame Autounfall von Anne Heche, die kurz vor ihrem tragischen Ableben im Sommer 2022 bekannt gab, eine Doku über pädophile Machenschaften in Hollywood veröffentlichen zu wollen. Die »Stadt der Engel« scheint immer wieder die dunkelsten Seiten des Menschen zu Tage zu fördern.

In der Traumfabrik gib es nichts, was es nicht gibt. Keine Vorstellung ist zu skurril, als dass sie in der Realität keine Entsprechung finden würde. Von wilden Orgien bei Jack Nicholson und Fetisch-Partys in speziellen VIP-Sex-Clubs über Drogen-Exzesse mit Charlie Sheen bis hin zu okkulten Praktiken und Satanismus. So grotesk, abstoßend und amoralisch die Umstände auch sein mögen, überrascht ist niemand mehr. Die Gesellschaft hat sich damit abgefunden, ergötzt sich an den Skandalen. Am Leid anderer. Und die »Yellow Press« macht weiter Auflage – oder Clickbait – mit dem Schicksal, Unglück oder Tod der Hollywood-Prominenz und ihrem oft halbseidenen Umfeld in der milliardenschweren Filmindustrie. Dass man in LA als Nachwuchsschauspieler nur reüssiert, wenn man die richtigen Kontakte hat, welche sich oftmals erst über die sogenannte »Besetzungscouch« vertiefen, ist ebenfalls Faktum und weithin bekannt. Ethik und Moral machen einen Bogen um den kalifornischen Hotspot. Sie werden ersetzt von Gier und Macht. Die Filmindustrie, stets auf der Suche nach neuen Stars, zieht junge Menschen magisch an.

Im Würgegriff ihres Geltungsdrangs geben sie alles, um zu jener winzigen Gruppe zu gehören, die sich von demütigenden Castings in die Sphären eines Superstars aufschwingt – zuallererst meist ihre Würde.

Noch vor fünf Jahren war der Sex- und Missbrauch-Skandal um den Filmproduzenten Harvey Weinstein monatelang in aller Munde und gab der »MeToo«-Bewegung massiv Auftrieb,

deren Enthüllungslawine gemäß New York Times vom 29. Oktober 2018 über 200 einflussreiche Männer in Hollywood zu Fall brachte. Neben Weinstein wurden auch Oliver Stone, Larry King, Silvester Stallone, Richard Dreyfuss, John Travolta, Charlie Sheen, Steven Seagal, Russel Simmons, Nick Carter, Dustin Hoffman, Ben Affleck oder auch Kevin Spacey sexuelle Übergriffigkeiten, Nötigung oder Vergewaltigung vorgeworfen. Auch der notorische, unlängst unter durchaus fragwürdigen Umständen verstorbene Finanzbetrüger, CIA-Kollaborateur, Sexualstraftäter, Päderast und Menschenhändler Jeffrey Epstein tummelte sich gerne in der »Stadt der Träume«. Seine linke Hand, die wegen Menschenhandel inhaftierte Industriellentochter Ghislaine Maxwell, sowie die bestens vernetzte New Yorker Publizistin Peggy Siegal sorgten dafür, dass Epstein Zugang zu den Top-Events der hiesigen High Society erhielt und auf den relevanten Gästelisten stand. Siegal galt in der Szene als »*bester Weg, um sicherzustellen, dass ein Film einen Oscar gewinnt*«, weiß der Business Insider vom 22. Juli 2019 zu berichten.

Pädophile Umtriebe sind allem Anschein nach keine Seltenheit im illustren Kreis der Leinwandhelden, ihrer Entourage und Produzenten. Nicht nur die vorgängig erwähnte Anne Heche hatte sich des Themas angenommen und wollte mittels einer Doku Licht ins sprichwörtliche Dunkel bringen, bevor ihr Elektroauto nach offiziellen Angaben und aus ungeklärten Gründen nicht mehr kontrollierbar war und sie ungebremst an eine Wand fuhr – eine Methode, von der die CIA noch 2017 prahlte, Gebrauch machen zu wollen, um unbemerkt »*Sicherheitsrisiken*« auszuschalten.

Auch Paul Walker wollte augenscheinlich mit Hollywood brechen, bevor er bei einem Autounfall starb. Wie Chester Benning, der 2017 durch Erhängen verstorbene Sänger der Band »Linkin Park«, soll Walker daran gearbeitet haben, pädophile Machenschaften in der kalifornischen Filmindustrie aufzude-

cken. Gestorben ist 2019 auch der 42-jährige Schauspieler Isaac Kappy, der sich öffentlich gegen Kindesmissbrauch und satanische Sexualpraktiken mit Minderjährigen in Hollywood aussprach.

Von Missbrauch im Kindesalter spricht auch der Schauspieler Corey Feldman. Im Jahr 2019 erzählte er dem Musikmagazin »Rolling Stone« ausführlich von seinen eigenen Erfahrungen. Bereits im Alter von elf Jahren sei er am Set eines Filmes zum Analverkehr mit Erwachsenen genötigt worden. »*Das machen hier alle Jungs*«, offenbarte man ihm gegenüber. Sexuelle Handlungen mit Älteren seien normal und hälfen dabei, im Netzwerk voranzukommen. Die dunklen Geheimnisse Hollywoods beschränken sich allerdings nicht auf den offenbar institutionellen Missbrauch am Individuum. Die Traumfabrik nimmt auch gezielt Einfluss auf das Kollektiv. Und zwar unter Ägide der Regierungen in Washington und London. Analysen zeigen nach Angaben der englischen Zeitung The Independent, dass mehr als 1.100 Spielfilme, die im Mekka des Blockbusters produziert wurden, Finanzmittel des »Pentagon«, also des US-Verteidigungsministeriums erhielten. 900 davon seit 2005. Mindestens 410 Produktionen wurden in Bezug auf Handlung, Darstellung und »Social Impact« direkt vom Militärapparat beeinflusst oder überwacht. Gemäß deklassifizierten Dokumenten der US-Regierung sind es vermutlich doppelt so viele. Diverse Leitmedien berichteten noch im Jahr 2017 ausführlich über die ungesunde Nähe zwischen Hollywood, den Geheimdiensten und dem US-Militär. Die Vermutung liegt auf der Hand, dass der militärisch-industrielle Komplex das Medium Film nutzt, um seine manipulativen Propaganda-Botschaften unterschwellig zu ventilieren und die Bevölkerung großflächig zu indoktrinieren. Nicht umsonst erscheint manch ein Film im Rückblick seltsam prophetisch. Es handelt sich um Social Engineering mittels normativer Fiktion und »Predictive Programming«, wie Ken Ammi in seinem Buch »Transhuman Hollywood« aus dem Jahr 2019 erklärt.

»Hollywood ist ein Ort, an dem sie dir tausend Dollar für einen Kuss bezahlen und fünfzig Cents für deine Seele.« (Marilyn Monroe)

Die visuelle Erfahrung am Bildschirm bereitet den Menschen auf das Kommende vor, auf das Geplante, indem man ihm Denkmuster und Handlungsschablonen vor Augen führt, die er im Falle, dass ein entsprechendes Ereignis eintritt, nachahmen soll. Schon Edward Bernays, Neffe von Sigmund Freud und seit dem Jahr 1928 dank seines gleichnamigen Buches Vater der professionellen Propaganda, nannte Hollywood »*die größte und wirkungsvollste Propaganda-Maschine der Welt*«.

Der Plot der großen Titel folgt zudem stets hegemonialen Narrativen des angloamerikanisch dominierten Imperialismus und vermittelt so automatisch die eindimensionale Weltsicht des Wertewestens. Siehe Sean Penn, Schauspieler und ehemaliger Ehemann von Madonna, der vergangene Woche zum wiederholten Male in Kiew aufschlug. Dieses Mal, um Pandora-Papers-Präsident Zelenskyy medienwirksam einen seiner beiden Oscars zu übergeben – und damit Bilder zu erzeugen, die den NATO-Kurs unterstützen.

Auch George Clooney engagiert sich – wie unzählige andere VIPs – für die Organisationen des globalisierten Kapitals. Seit 2006 unterstützt er die Vereinten Nationen (UN), unter anderem in puncto Darfur und Tschad. Oder Angelina Jolie, die 2007 Mitglied des berüchtigten »Council on Foreign Relations« (CFR) wurde und Sonderbotschafterin des UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees) ist. Darüber hinaus existieren Belege für Gespräche und geheime Meetings der Schauspielerin mit der CIA und dem Chef des englischen Geheimdienstes MI6. In der Zeitung »The U.S. Sun« äußert sich im Januar 2021 ein Experte, der nach Sichtung aller vorliegenden Indizien zum Schluss kommt, dass Angelina Jolie als Spion aktiv ist.

So verändern unsichtbare Kräfte im Hintergrund schillernder Bilderwelten die subjektive Wahrnehmung der Realität. Gesellschaftliche Strukturen und Kernprozesse sind betroffen, mutieren schleichend unter dem sanften Druck des bewegten Bildes. Daher sind heute weder der Marlboro-Man noch Uncle Ben's Reis oder der mit leicht bekleideten Models aufgehübschte Würth-Kalender noch gesellschaftlich akzeptabel. Krieg für Frieden und die verfrühte Sexualisierung von Kindern dagegen ist es, wie das von Wokeness usurpierte Schulsystem oder auch Netflix mit kontroversen Serien zeigt.

Die latente Aversion der wertewestlichen Bevölkerung gegen Russland oder arabische Länder wird ebenfalls zu einem gewissen Grad darauf zurückzuführen sein, dass diese in beinahe allen Thrillern mit entsprechendem Handlungsstrang den Bösewicht stellen. So nimmt Hollywood subtil Einfluss auf die Art und Weise, wie Menschen ihre Umwelt, ihren Lebensraum, den jeweiligen Kulturkreis, ihre Gesellschaft und ihre Zukunftsoptionen wahrnehmen. Vom »Product Placement«, sprich verdeckter Werbung großer Konsummarken, die in beinahe jedem Streifen unbewusste Kaufanreize setzen soll, mal ganz abgesehen.

Bis zu diesem Punkt handelt es sich jedoch eher um oberflächliche, recht offensichtliche Beispiele, die vor Augen führen, wie sich Zeitgeist, Popkultur und Konsumverhalten über audiovisuelle Indoktrination nachhaltig verändern. Und zwar ohne, dass vom Souverän aktiv für diese Transformationsprozesse votiert wurde. Bilder sind im postfaktischen Medienzeitalter eine Waffe. Eingesetzt werden sie gegen den Primärfeind des technokratischen Neofeudalismus – die eigene Bevölkerung. Denn entgegen landläufigen Annahmen investieren die Verteidigungsministerien der Welt einen Großteil ihrer Budgets in die Bekämpfung »*interner Bedrohungslagen*«. In asynchrone Kriegsführung gegen das eigene Volk. Nicht in die Sicherung der Grenzen oder für den Weltfrieden.

Im Falle der USA verdeutlicht das eine Präsentation des NASA-Wissenschaftlers Dennis Bushnell aus dem Jahr 2001, die sich auf 113 Seiten fast ausschließlich diesem Thema widmet und den Beginn des »*Zeitalters der NANO-Technologie*« bezeichnenderweise präzise auf das Jahr 2020 terminiert. Gefolgt von Disruption und massiven sozialen Verwerfungen, die Bushnell schon vor zwei Dekaden dazu veranlassen, für das Jahr 2025 eine neue Gesellschaftsform zu prophezeien. In Anbetracht von Bushnells Forschungsauftrag bei der Weltraumagentur wird deutlich, warum 80 Prozent der NASA-Ressourcen in militärische Projekte fließen, anstatt in die Erkundung der unendlichen Weiten des Alls – und warum die US-Regierung diese Projekte bevorzugt hinter der unschuldig weißen Fassade von »Space-Shuttles« und Mond-Missionen versteckt, anstatt sie vom Pentagon betreuen zu lassen.

Die wenigen öffentlich verfügbaren Vorträge des NASA-Urgesteins, das seit den Apollo-Programmen bei der US-Raumfahrtbehörde angestellt ist, sind verstörend. Gegen Dennis Bushnells Visionen von Transhumanismus und psychologischer Kriegsführung wirkt der von der Abschaffung des Homo sapiens räsonierende WEF-»Vordenker« Yuval Noah Harari stellenweise harmlos. Am Forschungsfeld von Dennis Bushnell, der sein Büro nicht am Weltraumbahnhof »Cape Canaveral«, sondern im Langley Research Center der NASA hat, nur einen Steinwurf vom CIA-Hauptquartier entfernt, wird deutlich, welche Bedrohungslage der interne Feind für den Machtapparat Staat darstellen muss. Daher liegt Bushnells Fokus wohl auf »Trojan Horse Civilian Systems« – auf Waffensystemen, die als zivile Projekte ausgerollt werden. Zum Beispiel im Gesundheitswesen. Identische strategische Ziele verfolgt die amerikanische DARPA (Defense Advanced Research Projects), wo die mRNA-Technologie beispielsweise seit Jahren in der Kategorie »Biowaffen« erforscht wird. Der mRNA-Impfstoffhersteller Moderna kann durchaus als »Spinoff« des Verteidigungsministeriums verstanden werden. Das

Unternehmen verwertet die für das Militär entwickelten Patente als Plattform-Technologie für die Covid-19-Injektionen und erhält weiterhin Millionenbeträge von der DARPA.

»Public Private Partnerships« wie in Hollywood. Denn die Filmindustrie ist – genau wie Big Pharma, Big Tech, die Telekommunikationsbranche oder die Energiewirtschaft – vom militärisch-industriellen Komplex korrumpiert. Im »Stakeholder-Kapitalismus« unserer Zeit agiert die Konzern-Oligarchie als verlängerte Werkbank des Staates. Als ökonomisch-digitale Exekutive des technokratischen Herrschaftsmodells. So verwundert es kaum, dass einflussreiche Kreise die inszenierte Bilderwelt Hollywoods auf perfide Art instrumentalisieren, um ihre Social Engineering-Bemühungen zu befruchten. Radio, Fernsehen, Kino, PC und Smartphone sind die Massenvernichtungswaffen des Medienzeitalters.

Wie weit die amoralische Regentenkaste (im Showbusiness) geht, um die Schimäre, die man der Menschheit als Realität darbietet, nicht entzaubern zu lassen, zeigt exemplarisch die Causa »Kanye West«. Der amerikanische Produzent, Rapper und Designer, der sich mittlerweile nur noch »Ye« nennt, ist einer der erfolgreichsten Superstars unserer Ära und zwischenzeitlich vielleicht der reichste Afroamerikaner aller Zeiten. Bis vor kurzem war er mit der Selfie-Seuche Kim Kardashian liiert, von der man bis heute nicht weiß, wie sie überhaupt einen derartigen Bekanntheitsgrad erlangen konnte. Was »Ye West« anfasste, wurde zu Gold. Zumindest bisher. Denn seit er nach eigener Aussage im Jahr 2019 zu Gott gefunden hat und seither immer offener und unerschrockener das Establishment sowie die Musikbranche kritisiert, die mRNA-Injektion als Zeichen Satans bezeichnet, sich gegen zentralistische Massenmedien ausspricht und klare Kante gegenüber der internationalen Hochfinanz zeigt, jagt ein Shitstorm den nächsten. Grammy-Auftritte werden abgesagt, Social-Media-Dienste wie Twitter und Instagram sperren ihn regelmäßig, Großkonzerte werden

gecancelt, Dokumentationen nicht ausgestrahlt, Marken wie adidas, Gap oder Balenciaga beenden einseitig ihre lukrativen Kollaborationsverträge mit dem Weltstar, JPMorgan sperrt ihm das Bankkonto. Das System hat ihm den Krieg erklärt.

Um herauszufinden, wer Dich beherrscht, finde einfach heraus, wen Du nicht kritisieren darfst.

Zugegeben: Seine Kritik ist wenig differenziert, plumpfüßig formuliert und zu oberflächlich. Denn Ye bezichtigt »*von Juden kontrollierte*« Medien, Bankenkartelle und Pharmakonzerne der Verschwörung gegen die Menschheit und macht seine berechtigte Kritik am Monopolismus damit zur Zielscheibe für die locker sitzende Antisemitismus-Keule. Diese trifft ihn derzeit zurecht, weil es seiner eindimensionalen Argumentation schlicht an Substanz mangelt. Er hätte ein paar Bücher lesen sollen, bevor er das gesamte System korrupter Oligarchie vor den Augen der Welt herausfordert.

Dennoch: Er hat im Grunde Recht. Tatsächlich sitzen in den Vorstandsetagen der US-Musik- und Medien-Branche vornehmlich Menschen jüdischer Abstammung und verdienen viel Geld mit Rap-Musik, die das reale Schicksal weiter Anteile der schwarzen Bevölkerung in Ghettos und Gefängnissen als coolen »Gangster-Lifestyle« glorifiziert. Das hatte im Jahr 2017 auch schon der afroamerikanische Musiker Lupe Fiasco in einem seiner Texte kritisiert. Richtig ist auch, dass jüdische Bankiers zu den einflussreichsten Menschen der Welt gehören und das US-Finanzsystem von Angehörigen des entsprechenden Religionskreises dominiert wird.

Trotzdem ist es töricht und eindimensional, Religion oder Ethnie für jene Zustände verantwortlich zu machen, die Ye derzeit so furchtlos ins Licht der Öffentlichkeit zerrt. Der Superstar verkennt, dass nicht Glaubensbekenntnisse die kriminellen Korporatisten antreiben, sondern Gier. Eine Motivation, die we-

der politische Spektren noch rote Linien oder moralische Koordinatensysteme kennt.

Ye war schon im Jahr 2016 »ausgeschert«, hatte seinem angestauten Frust über die Musikindustrie und so manchen Mainstream-Musiker freien Lauf gelassen, seine Meinung über soziale Missstände ungefiltert kundgetan. Darüber hinaus sorgte er bereits zu diesem Zeitpunkt für Kopfschütteln im Kreis seiner Künstlerkollegen sowie in der »Black Community« als er bekannt gab, Donald Trump statt Hillary Clinton als Präsidentschaftskandidaten unterstützen zu wollen.

Der Unmut, den Ye mit seinem Verhalten in einflussreichen Kreisen erzeugte, wurde ihm scheinbar zum Verhängnis. Nach offizieller Lesart leidet der Superstar nämlich seit 2016 unter mentalen Problemen. Man diagnostizierte ihm eine bipolare Persönlichkeitsstörung, sagt ihm seither nach, nicht zurechnungsfähig oder im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte zu sein. So landete er im Jahr 2016, von einer Horde Paparazzi und der hiesigen Klatschpresse belagert, in der Psychiatrie. Seine Darstellung in den Medien wirkt seitdem kontrovers. Von »Everybody's Darling« zum wirren Freak. Die Einlieferung in die psychiatrische Klinik, eine Zwangsmaßnahme, die Ye in Anbetracht der Handschellen, die er beim Abtransport trug, offensichtlich ablehnte, veranlasste sein »Personal Trainer« – Harley Pasternak – der die entsprechenden Anrufe tätigte und den Künstler entmündigt zu Hause abführen ließ.

Doch wer ist Harley Pasternak? Wie kommt er in die Position, seinen prominenten Kunden einweisen und unter Psychopharmaka setzen zu lassen? Ein genauerer Blick auf die Vita des vermeintlichen Fitness-Coaches schafft Klarheit und zeigt, wie das »System Superstar« in Hollywood funktioniert. Denn Ye ist nicht der einzige weltbekannte Kunde von Pasternak. Folgt man dem Narrativ der Leitmedien ist dieser nichts weiter als ein sehr erfolgreicher Fitnesstrainer und Ernährungsspezialist.

Bis vor wenigen Tagen konnte man auf Pasternaks mittlerweile archivierter Wikipedia-Seite noch nachlesen, dass er unter anderem die folgenden Superstars betreut:

»Adam Levine, Lady Gaga, Kim Kardashian, Kanye West, Megan Fox, John Mayer, Amy Schumer, Ariana Grande, Jessica Simpson, Julianne Hough, Robert Pattinson, Pusha T, Gwyneth Paltrow, Brad Falchuk, Jordana Brewster, Tobey Maguire, Rihanna, Mac Miller, Jennifer Hudson, Gwen Stefani, Usher, Jack Black, Seth Rogen, Robert Downey Jr., Halle Berry, Amanda Seyfried, Kate Beckinsale, Bono, Milla Jovovich, Alicia Keys.«

Ein beeindruckender Kundenstamm. A-Promi-Portfolio. Man möchte annehmen, der Mann und sein Umfeld seien stolz auf den illustren Kreis von Weltstars, der sich von ihm beraten oder trainieren lässt. Umso erstaunlicher ist es, dass die gesamte vorgängig zitierte Kundenliste zwischenzeitlich aus seinem Wikipedia-Eintrag gelöscht wurde und nur noch über www.archive.org aufrufbar ist. Der Verdacht drängt sich auf, dass entsprechenden Interessengruppen daran gelegen ist, seinen Einfluss auf die genannten Superstars herunterzuspielen. Denn Pasternak ist keineswegs nur einfacher Fitnesstrainer. Das zeigen verschiedene Kurznachrichten von Pasternak an Ye, die der Künstler jüngst, also kurz vor Bearbeitung von Pasternaks Wikipedia-Eintrag, auf seinem Twitter-Account publik machte. In einer dieser Nachrichten schreibt Pasternak:

»Ich werde Dir auf die ein oder andere Weise helfen. Zuerst sitzen Du und ich für eine nette, offene Konversation zusammen. Aber alles was gesagt wird, basiert auf Fakten, nicht auf irgendwelchem dummen Scheiss, den Dir irgendein Freund erzählt hat oder den Du auf Twitter gesehen hast. Die zweite Option ist, dass ich Dich wieder einweisen lasse, wo man die Scheisse aus Dir herausbehandeln wird – und Du gehst für im-

mer zurück nach Zombieland. Spieltage mit den Kindern werden danach einfach nicht mehr das Gleiche sein.«

In einer anderen Nachricht drohte der 45-jährige Pasternak, dass er dafür sorgen werde, dass man Ye die Kinder ganz entzieht, sollte dieser »*die Wahrheit ans Licht bringen wollen*«. Dieser aggressive Duktus vermittelt nicht unbedingt den Eindruck einer klassischen Kunden-Lieferanten-Beziehung. Und das hat seine Gründe, wie Pasternaks Berufslaufbahn impliziert. Denn vor seinem sagenhaften Erfolg als Hollywood-VIP-Coach arbeitete Pasternak für das kanadische Verteidigungsministerium. Genauer gesagt für die DRDC (Defense Research and Development Canada). Dort war er im »Defense and Civil Institute for Environmental Medicine« tätig, einer Forschungseinrichtung des Militärs, die sich mit Bewusstseinskontrolle und -manipulation befasst und schon seit den 1950er Jahren eng mit den US-Geheimdiensten kollaboriert, unter anderem in Bezug auf das mittlerweile weithin bekannte und illegale MKUltra-Programm der CIA zur Bewusstseinskontrolle (Central Intelligence Agency), welches die beiden Organisationen vor knapp 70 Jahren sogar zusammen mit dem englischen Geheimdienst MI6 ins Leben riefen.

Pasternak war primär zuständig für Menschenversuche mit Drogen. In Interviews berichtet er selbst davon, wie seine Abteilung mit Stoffen experimentierte, die Soldaten das Schlafbedürfnis nehmen und sie über Tage hinweg wach halten sollten, ohne dass dabei nennenswerte Einbußen der Konzentrationsfähigkeit oder Performance zu verzeichnen sind. Andere Experimente beschäftigten sich nach Pasternaks Angaben mit Chemikalien, die Gedächtnisverlust auslösen oder die Persönlichkeit des Probanden ändern. Exakt jene Symptome also, unter denen Ye im Jahr 2016 litt, als Pasternak ihn einliefern ließ. Das erklärt wohl, was der vermeintliche Fitnesstrainer unter dem von ihm verwendeten Begriff »Zombieland« versteht.

In einem aktuellen, über drei Stunden andauernden Interview beschreibt Ye wie das »System Superstar« funktioniert. Authentisch, emotional und ungehemmt. Er erklärt, wie man ihn jahrelang manipulieren, formen und beeinflussen wollte. Wie man ihm den Mund verbot, ihm die Familie zerstörte. Und wie Pasternak rabiatere Maßnahmen ergriff, als sich der zunehmend selbstbewusstere Künstler der anhaltenden Subversion dennoch verweigerte.

Man muss Ye nicht mögen. Man muss seine Meinung nicht teilen. Aber man muss sie aushalten. Denn auch wenn sein Informationsstand zu wünschen übrig lässt, seine Rhetorik oft mit Schlichtheit glänzt und sein Ego ihm im Wege steht – es gibt ein Recht auf Meinungsfreiheit. Und er ist auf der richtigen Spur. Auch wenn Korruption, Imperialismus und Monopolismus natürlich nicht auf eine Glaubensrichtung oder Ethnie einzugrenzen sind. Denn die Mächtigen haben nur einen Gott: Mammon.

Zudem muss man einem Menschen Respekt zollen, der in Zeiten inzestuöser Kunst, kupierter Debattenräume und Diskurskotamination zu seinen Überzeugungen steht. Der nicht den Kopf einzieht und sich der Karriere zuliebe dem Kollektiv unterordnet. Der nicht devot den Anweisungen seiner Financiers folgt und seine Reputation, seine Geschäftsbeziehungen, seinen Reichtum, seine Familie und schlussendlich sein Leben zur Disposition stellt, um für offenen Diskurs, Wahrheit und Frieden zu kämpfen.

Als ihn ein Fan vor wenigen Tagen fragte, wie er zu der Situation stehe, entgegnete Ye:

»*Mich können sie nicht kontrollieren! Sie konnten Lebron James kontrollieren, (…) sie konnten Jay-Z und Beyonce kontrollieren. Mich können sie nicht kontrollieren! Schau, es gibt keinen Namen, den ich nicht nenne. Es geht ab. (…) Da ist Gott. Das ist der Einzige, dem ich diene. Meine Mutter ist nicht hier.*

Meine Mutter wurde geopfert. Michael Jordan, was ist mit ihm? Sein Vater. Richtig? Bill Cosby, sein Sohn? Richtig? Dr. Dre. Sein Sohn? Wenn Du in Hollywood bist, da werden ganz schön viele Leute vermisst. Es fühlt sich an, als ob so etwas sehr häufig passiere, um zu kontrollieren, zu traumatisieren. Die wollen monetarisieren und traumatisieren.«

Traum(a)fabrik Hollywood. Toxisch – für Künstler wie Publikum. Nun dürfte Harley Pasternak aber nicht der einzige sogenannte »*Handler*« sein – aus dem Englischen frei übersetzt: Mann fürs Grobe –, der sich darum kümmert, störrische Superstars auf Linie zu halten. Vergleichbare Vorgänge gibt es zuhauf. Die Scheinwelt des Promi-Olymp erfordert strikte Kontrolle. Nur so ist die mühsam konstruierte Parallelwelt hinter der Kinoleinwand aufrecht zu erhalten – und die Zivilisation im Zaum.

Denn ohne mediale Indoktrination, den omnipräsenten Bildschirm, Propaganda-Posaunen und das suggestive Postulat von unentdeckten Weiten, dem Erzfeind, Utopia oder einem besseren Leben, wäre die Welt eine andere. Womöglich würde sich der Homo demens ohne oktroyierte Zerstreuung wieder auf das Wesentliche konzentrieren – und das hat mit Geld, Macht und Krieg nun einmal wenig zu tun.

»Filmemacher sollten bedenken, dass man ihnen am Tag des Jüngsten Gerichts all ihre Filme wieder vorspielen wird.« (Charlie Chaplin)

| 13. November 2022

Normierter Kollektivismus

Von Codes, Cash, Kontrolle und Kollektivismus.

Der QR-Code: spätestens seit der Corona-Krise ist er jedem bekannt. Auch den Senioren. Viele assoziieren das omnipräsente, schwarz-weiße Quadrat auf Dokumenten, Objekten und Displays mit einem unguten Gefühl. Mit Kontrolle, Überwachung, mit »Track & Trace«. Denn als im Zuge der vermeintlichen Pandemie in vielen Ländern 2G- und 3G-Zugangsreglements galten, entschied besagter Code über Teilnahme oder Nichtteilnahme am sozialen Leben. Restaurant, Fitness-Studio, Einzelhandel, Flugzeug, Hotel – Zugang nur noch nach Vorlage, beziehungsweise nach Einscannen des QR-Codes. In der No-Covid-Hochburg China bestimmt die zweifarbige Digitalfußfessel seither den Alltag eines ganzen Volkes. Nicht einmal Nahrungsmittel erhält man im technokratischen »Reich der Mitte«, ohne das grafisch an ein Labyrinth erinnernde Mal der Unterdrückung. Mittlerweile scheint aber auch die chinesische Bevölkerung die Gängelei der allmächtigen Partei Leid zu sein. Seit einigen Tagen eskalieren im ganzen Land Proteste. Die Regierung stampft unterdes unbeirrt ein riesiges Covid-Isolationscamp nach dem anderen aus dem Boden.

Die Chinesen rebellieren gegen ein System und dessen Herrschaftsinstrument. Gegen das digitale Brandzeichen, das die Herde verwaltbar macht. Rinder tragen es zumeist auf dem Allerwertesten. Der Homo sapiens auf dem Smartphone. Schon in dem 1949 von den US-Erfindern Norman Woodland und Bernard Silver entwickelten Vorgänger – dem Barcode (Strichcode) – sahen nicht wenige Menschen das »Malzeichen des Tieres«, ein Symbol jener dunklen, endzeitlichen Macht,

die gen Ende der Zeit allen Erdenbewohnern ihren von bösen Mächten getriebenen Willen aufzuzwingen sucht.

Mystisch aufgeladene Verschwörungstheorien ranken sich seit jeher um das Thema. Auch wenn relativ einfach nachprüfbar ist, dass die im Okkultismus bedeutsame Zahlenfolge »666« nicht wie häufig postuliert Teil eines jeden Strichcode-Etiketts sein kann. Das Gerücht hält sich dennoch hartnäckig. Selbst die Nachrichtenagentur Reuters berichtete noch im Jahr 2007 darüber, wie hunderte gottesfürchtige Menschen in Russland neue Ausweise ablehnten, weil diese mutmaßlich die satanischen Ziffern enthielten. Doch auch ohne in Mystik, Numerologie und okkulte Sphären vorzudringen, zeigt ein genauerer Blick auf die optoelektronische Registrationsmaschinerie unserer Zeit, dass die damit einhergehende Effizienzsteigerung, dass der Zugewinn an Bequemlichkeit durchaus seinen Preis hat. Auch wenn vermeintliche Innovationen wie die QR-Rechnung, die in der schweizer Finanzindustrie bereits Standard ist, zunächst Simplifizierung verheißen.

Entwickelt wurde der QR-Code im Jahr 1994 von der japanischen Firma »Denso«, einem seit 1949 eigenständig operierenden Spin-off des Toyota-Konzerns. Der maximale Informationsgehalt eines solchen »Quick Response-Codes« beträgt 23.648 Bit. Das entspricht 7089 Dezimalziffern, 4.296 alphanumerischen Zeichen oder 1817 chinesischen Schriftzeichen. Daneben weisen die kryptisch wirkenden Codes eine hohe Fehlertoleranz auf. Das bedeutet, dass Scanner sie noch lesen können, auch wenn bis zu 30 Prozent der Information nicht mehr vorhanden ist. Das macht den QR-Code zur perfekten Basis für digitale Identifikationssysteme (eID) und Geldbörsen (Wallets). Nicht umsonst basieren Projekte wie ID2020 von GAVI, Microsoft, Bill Gates und der Rockefeller Foundation oder das 2019 vom WEF mit Geld der Rockefeller-Stiftung gegründete The Commons Project auf dieser Entwicklung.

Die Verwendung des QR-Code ist lizenz- und kostenfrei. Die Spezifikationen wurden von »Denso« offengelegt und werden seither von der 1946 in London gegründeten und seit 1949 in Genf (Schweiz) ansässigen »Internationalen Organisation für Normung« (ISO) verwaltet. Die ISO ist eine Nachfolgeorganisation der bereits im Jahre 1926 gegründeten ISA (International Federation of the National Standardizing Associations), die bis 1942 bestand und sich um die internationale Standardisierung von nicht-elektronischen Technologien kümmerte.

Noch früher, nämlich bereits im Jahr 1904, wurde in St. Louis (USA) der Grundstein für die »International Electrotechnical Commission« (IEC) gelegt, die seit 1948 aber ebenfalls in Genf residiert und an globalen Synergien von Elektronik und Elektrotechnik arbeitet. Lanciert, organisiert und finanziert wurden die internationalen Normierungsbemühungen seit Anbeginn des 20. Jahrhunderts vor allem von der Großindustrie. Namen wie Siemens, Standard Oil (Rockefeller), J.P. Morgan oder Harvard University begegnet man in den entsprechenden Dokumenten immer wieder.

Ein Arbeitspapier der »MIT Sloan School of Management« vom Januar 2007, das sich mit der Gründung der ISO beschäftigt, führt diesbezüglich an:

»*Wenn auch unauffällig, gehört das Setzen von Standards zum A und O der Globalisierung des Industriekapitalismus seit seinen Anfängen und sorgt dafür, dass alles zusammenpasst, was zusammenpassen muss. Von Produkt zu Produkt, von Branche zu Branche und von Land zu Land. (…) In den letzten beiden Jahrzehnten wurden freiwillige Standardisierungsprozesse, erfunden um die Jahrhundertwende von Ingenieuren, die in nationalen und internationalen technischen Gremien arbeiten, zunehmend auf Felder angewendet, die nur noch wenig mit der Montage eines mechanischen Teils zu tun haben, zum Beispiel auf Arbeitsprozesse (ISO 9000), Umweltverschmutzung*

(ISO 14.000) und Menschenrechte (SA 8000, ISO 26000). Dieser schnell wachsende Anwendungsbereich, plus die hohe Sichtbarkeit von Standards in vernetzten Bereichen wie der Telekommunikation, hat zu neuem Interesse an Standardsetzungspraktiken geführt.«

Es geht um die »*Vermessung der Welt*«, zeitigt aber weniger pläsierliche Momente als die Lektüre des gleichnamigen Romans von Daniel Kehlmann. Denn wie der Vielreisende im Alltag leicht festzustellen vermag, hat ein Jahrhundert der Standardisierung, Normierung und Harmonisierung nicht dazu geführt, dass man zum Beispiel weltweit gleiche Steckdosen vorfindet. Das wäre ja praktisch. Keine Frage. Zusammengewachsen sind aber vor allem internationale Konzernstrukturen, Zahlungssysteme, Interbankenprozesse, Transportwege, Geheimdienste, Militär und Datensammelstellen. So unscheinbar und bürokratisch die Aufgaben von Nichtregierungsorganisationen wie ISA, ISO oder IEC erscheinen, so fundamental sind deren Bemühungen und Ergebnisse für eine supranational operierende Technokratie.

Festzuhalten ist darüber hinaus, dass auch die Standardisierung der Welt – wie so viele Globalisierungsprozesse – ihren Ursprung im Vereinten Königreich des ausgehenden 19. und angehenden 20. Jahrhunderts nahm. In Kreisen der angelsächsischen Hochfinanz um Cecil Rhodes, Alfred Milner, Montagu Norman, der »Bank of England«, der Fabian Society oder dem englischen Königshaus, die allesamt eine Weltregierung unter britischer Ägide insinuierten, eine Wiederauferstehung des »Empire«, wie unzählige Originaldokumente aus diesem Zeitraum belegen.

Heute hat die Globalisierung der Banken- und Konzern-Oligarchie ein Level erreicht, das den Nationalstaat de facto obsolet macht. Das Netzwerk der »Global Governance« dirigiert über internationale Abkommen, verwobene Partnerschaften

und transatlantische Regelwerke, die sich jeglichem demokratischen Einfluss entziehen. Die nächste Etappe auf dem Weg zum orwellschen Überwachungsstaat dürfte die Einführung digitaler Zentralbankwährungen darstellen. Und auch dafür sind – neben Disruption, die den Wandel erpresserisch alternativlos erscheinen lässt – Normierungsprozesse erforderlich. Vor allem für die Konversion von Nationalwährungen im internationalen Zahlungsverkehr und Interbankengeschäft.

Das zeigen die Pilotprojekte der 1930 etablierten »Bank für Internationalen Zahlungsausgleich« (BIZ), der Zentralbank der Zentralbanken mit Sitz in Basel, die nach dem Ersten Weltkrieg zunächst als Reparationsbank fungierte und deutsche Annuitäten an die verschiedenen Gläubiger verteilte. Heute ist die BIZ ein Privatunternehmen auf exterritorialem Gebiet, dessen Mitarbeiter diplomatische Immunität genießen.

Mitgegründet wurde die BIZ von Hjalmar Schacht, ehemals NSDAP-Mitglied, Präsident der Reichsbank und Reichswirtschaftsminister unter Hitler. Schacht kam bei den Nürnberger Prozessen trotz exponierter Stellung im Dritten Reich erstaunlich glimpflich davon und gründete bereits 1953 die »Deutsche Außenhandelsbank Schacht und Co.«. Anschließend arbeitete er international erfolgreich als Finanzberater und veröffentlichte Bücher. In den 60ern wurde er Mitglied der rechtsextremen »Gesellschaft für freie Publizistik«.

Und noch 1967 hielt Schacht ein wirtschaftspolitisches Referat auf dem Parteitag der nationalistischen »Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher« (AUD), einem wilden Sammelbecken für Nationalisten, die sich zum Teil vom Nazi-Regime distanzierten, und Ex-Nazis wie den ehemaligen Reichsleiter der Hitler-Jugend, Wolf Schenke. Schacht starb im Jahr 1970 in München. Seine Tochter, Cordula Schacht, ist bis heute die offizielle Nachlassverwalterin von Joseph Goebbels.

Die AUD ging später in den Grünen auf – was zum Hintergrund des im Jahre 2003 verstorbenen Grünen-Gründers Baldur Springmann passt, einem NSDAP-, SA-, SS-Mitglied und »*strammen Nazi*«, wie ihn das Hamburger Abendblatt in einem Artikel vom April 2020 bezeichnete.

Extremistische Ideologien sind augenscheinlich schon immer Kernelement der machtgrünen DNA – egal welchem politischen Spektrum sie entspringen. Vielleicht haben die Parteifunktionäre der Postmoderne aus diesem Grund keine Gewissensbisse bei der Implementierung eines neuen totalitären Herrschaftsmodells und der Neuauflage von Kulturrevolution. Das würde erklären, warum die rot-grüne Bundesregierung als willfähriger Vasall des digital-finanziellen Komplexes, von NATO-Hegemonie und Globalisten-Philanthropie agiert und »*das Beste Deutschland aller Zeiten*« zum europäischen Abbild Chinas verkommt.

»*Es ist möglich, einzelne Gesellschaften über einen gewissen Zeitraum zu kontrollieren und disziplinieren, aber nicht die ganze Welt die ganze Zeit.*« (Report: Scenarios for the Future of Technology and International Development, Rockefeller Foundation 2010, Lock Step, S. 20)

9/11 bot Rechtfertigung für den massiven Ausbau des Überwachungsstaates. Die Finanzkrise 2008 lieferte die nun noch hoffnungsloser überschuldeten Nationalstaaten endgültig dem supranationalen Bankenkartell aus. Die mutwillig amplifizierte Pandemie lieferte Gründe, um den Anti-Terror-Kampf zur Biosicherheitsdoktrin auszubauen und die Autonomie des Individuums endgültig zu untergraben. Und entweder Krieg, Finanzcrash oder die vom Weltwirtschaftsforum (WEF) in Aussicht gestellte Cyber-Pandemie werden als Argument für die Einführung der neuen Digitalwährung herhalten müssen. Das Abhängigkeit herstellende Bürgergeld – als Vorbote des paternalistischen Kollektiv-Staates – wird ja bereits vorberei-

tet. Und auch in den USA arbeitet man fieberhaft am finalen Werkzeug administrativer Unterdrückung, dem digitalen Dollar. Am 15. November 2022 gab das »Innovation Center« der New Yorker »Federal Reserve Bank« bekannt, einen zwölf Wochen andauernden Testlauf für digitales Zentralbankgeld zu starten - zusammen mit den wichtigsten Großbanken und Finanzinstitutionen im Lande: Citi, HSBC, SWIFT, Mastercard, Wells Fargo, et cetera. Edward Snowden, der NSA/CIA-Whistleblower, kommentierte die Meldung bei Twitter kurz und bündig mit den Worten: »*Es beginnt*«.

Wahrscheinlich ist es wieder einmal Zufall, dass die spektakuläre Pleite der Krypto-Plattform »FTX«, ein als DeFi- (Decentralized Finance) und Investment-Unternehmen getarntes, nebulöses Ponzi-Schema, die das Vertrauen in den unregulierten Krypto-Markt nachhaltig erodieren wird, genau in diesen Zeitraum fällt – und das mit Sicherheitsversprechen hausieren gehende, staatliche Digitalgeld-Projekt dadurch in einem besseren Licht erscheinen lässt. Denn in Anbetracht des erstaunlich pünktlich mit Joe Bidens Präsidentschaft beginnenden FTX-Betrugs schwellen die Rufe nach mehr Regulierung des Krypto-Marktes im US-Kongress natürlich sofort merklich an. So gewinnt der digitale Dollar an Sympathien in der Bevölkerung. Obwohl er für den Normalbürger nur Nachteile mit sich bringt. Problem – Reaktion – Lösung. Hegelsche Dialektik. Simpel wie effektiv in puncto Social Engineering. Leider verhält es sich mit Zentralbankwährungen wie mit Bitcoin – kaum jemand hat sich mit den Details beschäftigt. Die meisten regierungskritischen Geister assoziieren CBDCs (Central Bank Digital Currencies) mit etwas Negativem, denn sie werden von den Zentralbanken ausgegeben und verwaltet. Bitcoin und andere Kryptowährungen dagegen gelten als dezentral, hip und zentrales Werkzeug des Libertarismus. Weit gefehlt.

Denn erstens sind Bitcoin und Co. weder anonym noch sicher oder Inbegriff des Dezentralen, eher eine Psy-Op – zweitens

existieren dutzende verschiedener Formen von Zentralbankwährungen. Und nicht alle führen direkt in die am Ende aber tatsächlich zu erwartende Finanzknechtschaft. Zum Beispiel kooperiert das US-Unternehmen »Ripple«, das die beliebte Kryptowährung »XRP« entwickelt und auf den Markt gebracht hat, mit der Europäischen Zentralbank, um den digitalen Euro voranzutreiben. Gleichzeitig entwickelt es eine plattformübergreifende »PayID«. Technokratie mit coolem Blockchain-Start-up-Image also. Auf der anderen Seite existieren durchaus CBDC-Konzepte, die praktikable Ansätze verfolgen und anonyme Peer-2-Peer-Zahlungen ermöglichen, also den direkten Wertetransfer zwischen zwei nicht-kommerziellen Marktteilnehmern. Darüber hinaus herrscht im Bankensektor keinesfalls Einigkeit darüber, ob man nun digitale Zentralbankwährungen einführen sollte oder nicht – denn die Geschäfts- und Privatbanken sehen sich durch den monetären Paradigmenwechsel im Kerngeschäft bedroht und befürchten, in der Bedeutungslosigkeit zu verschwinden. Man muss sich also eingehender mit der Materie beschäftigen, um die Situation korrekt einschätzen zu können, muss den Unterschied zwischen »Wholesale-CBDC« und »Retail-CBDC« verstehen. Präzision ist elementar für den öffentlichen Diskus zum Themenkomplex. Denn wenn kritische Kreise lediglich undifferenziert vor der einen »bösen Zentralbankwährung, die uns alle versklaven wird« sprechen, gereicht ihnen das langfristig nicht zum Vorteil. Sollte nämlich im ersten Schritt eine weniger totalitäre Digitalwährung eingeführt werden als prognostiziert, straft das die gut meinenden Mahner unnötig Lügen. Auch wenn sie am Ende Recht behalten werden – denn setzt sich die Menschheit nicht friedlich zur Wehr, führt der aktuelle Kurs in ein digitales Gulag. In Australien bekamen Corona-Maßnahmenkritiker bereits im Oktober 2021 Besuch von der örtlichen Polizei, wenn diese regierungskritische Demonstrationen bei Facebook bewarben – womit das schlichte »Teilen« der Facebook-Events gemeint ist. Nicht wilder Aktivismus.

Die Beamten standen kurz nach dem verhängnisvollen Klick mit einem Papierausdruck des betreffenden Beitrages vor der Haustür, nahmen manch einen Delinquenten zum Verhör mit auf die Wache. In Kanada fror die Regierung im Februar 2022 tausenden Demonstranten, namentlich Fernfahrern, die sich friedlich gegen Covid-Maßnahmen positionierten, die Bankkonten ein oder konfiszierte deren Trucks. Diese tiefrote Linie staatlicher Übergriffigkeit überschritt nun auch die neue Regierung Brasiliens, wo man Menschen, die die Rechtmäßigkeit der Abwahl des vorherigen Präsidenten Jair Bolsonaro öffentlich anzweifelten, kurzerhand den Zugriff auf ihr Bankkonto sperrte. Bis dato sperrt man »nur« Nonkonformisten den Twitter-, Facebook- oder YouTube-Account, das PayPal- oder Bankkonto. Irgendwann werden diese Prozesse aber jeden Bürger betreffen. Auch jene Gutgläubigen, die sich passend zur Windrichtung eifrig um die Flagge sammeln. Spätestens dann, wenn es nicht mehr nur um Corona geht, sondern den individuellen CO_2-Fußabdruck, werden sie merken, dass Freiheit nie gewährt, sondern immer erstritten wird.

Im Lichte der bis anhin beleuchteten Umstände, ist es mehr als bedenklich, dass die Staats- und Regierungschefs der »G20« unlängst verkündeten, digitale Gesundheitspässe künftig zur Voraussetzung für internationales Reisen machen zu wollen. Zum einheitlichen, globalen Standard. In der Bali-Erklärung der G20-Konferenz vom 15. und 16. November 2022 wird dieser Eingriff in fundamentale Grundrechte der Bevölkerung euphemistisch unter dem hehren Ziel von »*sicherer weltweiter Mobilität*« vermarktet. Der Gesundheitsminister Indonesiens, Budi Gunadi Sadikin, erklärt, was unter den Wohlfühlfloskeln genau zu verstehen ist:

»*Lassen Sie uns ein digitales Gesundheitszertifikat einführen, anerkannt von der WHO. Wenn sie vollständig geimpft oder getestet worden sind, können sie reisen. (…) Wir werden das bei der nächsten Weltgesundheitsversammlung in Genf als Re-*

form der Internationalen Gesundheitsvorschriften vorschlagen.«

Es braucht nicht allzu viel Imaginationsvermögen, um sich vorzustellen, wie rasch aus einem global standardisierten Gesundheitspass eine bequeme Smartphone-App wird, die auch den elektronischen Ausweis enthält und mit den Social-Media-Accounts sowie dem eigenen CBDC-Zentralbankkonto verknüpft ist. Noch weniger Phantasie ist von Nöten, um sich auszumalen, welchen Grad von direktem Einfluss die Kontrolleure dieser integrierten Anwendungen damit über das Leben des Einzelnen erhalten – und wie skrupellos sie diese Kontrolle zum eigenen Machterhalt ausüben werden. So avanciert der unscheinbare QR-Code unmerklich zum Fahrschein in Richtung Totalitarismus. Zur Eintrittskarte für das algorithmische Ghetto der schönen neuen Weltordnung von morgen. Wie grotesk diese allenthalben ist, zeigt ein Vorgang vom 16. November 2022, der einer gewissen Ironie nicht entbehrt. Am besagten Tag machte ein Video des diesjährigen »World Government Summit« im Internet die Runde. Besser gesagt: die Reaktion der Video-Plattform YouTube auf den entsprechenden Ausschnitt. Denn während der seit 2013 in Dubai stattfindende »Weltregierungsgipfel« ein reales Event ist und eine offizielle Webseite nebst ausführlichem Wikipedia-Eintrag vorzuweisen hat, kennzeichnete YouTube einen offiziellen, unverfälschten, auf dem eigenen YouTube-Kanal des Gipfels publizierten Mitschnitt der Panel-Diskussion zum Thema »*Sind wir bereit für eine neue Weltordnung*?« mit dem automatischen wie zensorischen Hinweis:

»*Die Neue Weltordnung ist eine Verschwörungstheorie, die von einer heimlich entstehenden, totalitären Weltregierung ausgeht.*«

| 27. November 2022

Kakophonie des Korporatismus

Eine herbstliche Bestandsaufnahme des irritierenden Status Quo. Eine Gesamtschau sozusagen. Geschrieben im Oktober 2022 für die Winter-Ausgabe des TUMULT-Magazins, der Vierteljahresschrift für Konsensstörung.

Ein rauer Ton – das ist der Soundtrack der »Zeitenwende«. Eine düstere Dissonanz, die wie eine stehende Welle über dem Land hängt. Über der gesamten Zivilisation. Ein Arrangement destruktiver Störfrequenzen, das aus kupierten Debattenräumen bis in die letzten Winkel des maroden zivilgesellschaftlichen Resonanzbodens trägt, um die Fundamente von Humanismus, Aufklärung und souveräner Autonomie zu malträtieren.

Konzertierte wie amplifizierte Disruptionen, deren normativen Transformationsprozessen seit Proklamation der vermeintlichen Jahrhundert-Pandemie niemand mehr zu entkommen vermag. Nicht, dass dieser mit einem enervierenden Tinnitus assoziierbare Missklang, diese Kakophonie apokalyptischer Arien ein Novum darstelle – denn das Crescendo lässt sich, folgt man der Spur des Geldes, über Dekaden rekonstruieren – doch wurden sich viele seiner erst mit Etablierung des übergriffigen Covid-Infektionsregimes im März 2020 gewahr. Als das ohrenbetäubende Schweigen von Justitia und Vierter Gewalt nicht mehr zu überhören und die Tyrannei zu Hause angekommen war.

»*Kein anderes Ressort steht so für den neuen gesellschaftspolitischen Sound der Ampel wie das Justizressort*«, ließ die Süddeutsche Zeitung am 18. Juli 2022 verlauten. Und diese Ein-

schätzung ist korrekt. Denn selten war Demokratie mehr Makulatur, Justiz dysfunktionaler und der administrative Tenor totalitärer konnotiert als jetzt. Der Schlussakkord des Kasino-Kapitalismus im Postfaktum des Medienzeitalters geht in einem chaotischen Krisen-Kanon auf, den korrupte Profiteure eines Finanzsystems anstimmten, das schon 2008 dem immanenten Kollaps geweiht war. Ihre Marionetten im Staatsapparat stimmen willfährig ein. Denn auch deren Stammkapital – die Vertrauenswerte –, war weitestgehend verzockt. So verhallt der Sirenengesang vom ewigen Wachstum nun in der klirrenden Kälte eines dunkeldeutschen »Wutwinters«. Die moralisch-ethischen Paradigmenwechsel der zurückliegenden zweieinhalb Jahre, die Egalisierung von Sprache, Logik und Kohärenz, die Erosion eines Europas befreundeter Völker sowie die kreative Zerstörung der Lieferketten zeitigen den Übergang von verfassungsrechtlich souveränem Staat und unilateraler Pax Americana zur regelbasierten internationalen Ordnung.

Rhythmisch akzentuiert von Propaganda-Posaunen, konformistischer Kunst und intellektuellem Inzest wirbt ein ausgemergeltes Herrschaftsmodell in zunehmend hektischem Takt für das postulierte Resultat seiner als Fortschritt getarnten, sozialdarwinistischen Metamorphose – die Global Governance der Public-Private Partnerships. Im Modus Operandi des temporär-dauerhaften Ausnahmezustands bereitet der paternalistische Verordnungsstaat dem orwellschen Dystopia eines euphemistisch als »vierte industrielle Revolution« verklärten Neofeudalismus die Bühne.

Mit Symbolpolitik und infantilisierender Bildsprache buhlt der supranationale Korporatismus um die Restaufmerksamkeit medial sedierter Massen. Eine monopolisierte Plattform-Ökonomie komplementiert unterdes den Überwachungsstaat, verwirklicht den gläsernen Bürger. Big Tech-Konsortien koordinieren die von Washington, London und Europäischer Kom-

mission elegant outgesourcte Diskurskontamination. Sie implementieren die von perfidem Neusprech und sperrig titulierter Legislatur wie dem »Netzwerksdurchsetzungsgesetz« legitimierte, algorithmisierte Zensur von Häretikern und Nonkonformisten. Von jenen, die sich erdreisten, hoheitlich goutierte Einheitsmeinungen nicht akkommodieren zu wollen. Parallel dazu bricht sich die digitale Bücherverbrennung Bahn.

Unter dem fadenscheinigen Vorwand der Online-Sicherheit setzen die Wahrheitsministerien einer dogmatisch-dunkelgrünen Endzeitsekte die alexandrinische Bibliothek unserer Zeit in Flammen – das freie Internet.

Heterodoxe Thesen werden von der Cancel Culture großflächig ausgemerzt. Mit Rückenwind der Vereinten Nationen (UN), die »Verschwörungstheorien« im August 2022 offiziell den Krieg erklärten. Denn Meinungsfreiheit steht im »New Normal« für Mikroaggression – und Krieg für Frieden. Zwielichtig finanzierte Think Tanks, Stiftungen und eine Armada von NGOs »nudgen« Untergangshymnen, elitistische Narrative, Stressoren oder eindimensionale Weltanschauungen in die Köpfe des Humankapitals, dirigieren die durch oktroyierte Transformationsprozesse angeregten Amplituden instrumentalisierter Emotion in zunehmend fragmentierten Feedback-Blasen. Divide et impera. Nach Façon eines Ancient Regime. Aus Echokammern werden Angsträume. Hegelsche Dialektik und Social Engineering sollen Konsens evozieren. Oder Furcht. Siehe »Panik-Papier« des Bundesinnenministeriums vom März 2020 – eine von Regierungsberatern verfasste Anleitung zur psychologischen Kriegsführung. Präferierter gesamtgesellschaftlicher Soll-Zustand: Submissivität. Denn Widerstand verteuert den alternativlosen Wandel.

Dennoch scheint im wohlstandsverwahrlosten Wertewesten nebst sozialem Unfrieden nun selbst der Bürgerkrieg in den Bereich des Möglichen zu rücken. Der Lynchmob nicht mehr

ganz abwegig. Nick Hanauer, Mitgründer von Amazon, prognostizierte bereits 2014 in einem offenen Brief an seine superreichen Freunde und Milliardärskollegen in den USA: »*Wisst ihr was ich sehe? Ich sehe Mistgabeln*«. Betrachtet man das Handeln der monokausal argumentierenden deutschen Regierung im anbrechenden Herbst 2022, stellt sich durchaus die Frage, ob die Lobbyisten und Apparatschicks der globalistischen Taktgeber Unruhen nicht förmlich provozieren.

»Alle Tyrannen herrschen mit Betrug und Gewalt. Aber wenn der Betrug aufgeflogen ist, müssen sie sich ganz auf Gewalt verlassen.« (George Orwell)

In den Nachbarstaaten regt sich bereits deutlicher Widerstand gegen die repressive Demokratur einer korrumpierten Classe Politique. Ökonomischer Unbill tut sein Übriges, um Demonstranten auf die Straße zu treiben. Und die Strategie, neue »*Ordnung aus dem Chaos*« entstehen zu lassen, ist beileibe nicht neu. Das testieren zwei von angloamerikanischem Kapital finanzierte Weltkriege. Ohne diese Schlachten für die Mär von der »freien Welt« stünden weder die performative Geopolitik noch das derzeitige Finanzsystem unter Ägide des US-Hegemon.

Das 1971 vom Kriegsverbrecher Henry Kissinger maßgeblich initiierte und seitdem von Klaus Schwab, dem Sohn eines wohlhabenden Nazi-Kollaborateurs geleitete Weltwirtschaftsforum (WEF) versucht, die transformative Agenda der »Upper Class« positiv besetzt zu kommunizieren, dient als Frontorganisation und zur Nachwuchsförderung. Mit einem Alumni-Netzwerk von 3.800 »Young Global Leaders« »penetriert« das WEF – wie Schwab stolz elaboriert –, nicht nur Konzerne, Medien und NGOs, sondern zwischenzeitlich auch Kabinette derart effektiv, dass sein illegal paktierendes Personal die kontroversen Programme von organisiert kriminell agierenden Oligarchen global zu orchestrieren und promoten vermag.

Ja, wir sind im Krieg. Es ist der asymmetrische Krieg gegen uns selbst. Er wird medizinisch, medial und mental geführt. Im Hintergrund arbeiten unzählige öffentlichkeitsscheue Organisationen wie der Wellcome Trust nicht gegen externe Feinde, sondern die eigene Bevölkerung – an »Trojan Horse Civilian Systems«, wie Dennis Bushnell, Chef-Wissenschaftler der NASA seit den Gemini-Programmen es nennt. Sprich: Waffensysteme, auch biologische, die, als zivile Projekte getarnt, gegen Zivilisten eingesetzt werden. Seine verstörende, 131 Folien umfassende Präsentation namens »Future Strategic Issues/Future Warfare, Circa 2025« von 2001 zeigt, warum das positive Image der US-Weltraumagentur trügerisch ist. Die NASA investiert 80 Prozent ihres Budgets in militärische Projekte, nicht in die Erkundung der unentdeckten Weiten des Alls, und prophezeite vor zwei Dekaden treffsicher einen Quantensprung in der biologischen Kriegsführung gegen den »inneren Feind« im Jahr 2020 – den Beginn der Ära invasiver mRNA- und Nano-Technologie, Bio-Hacking und Humangenetik. Benito Mussolini, »Duce« Italiens von 1922 bis 1943, bemerkte seinerzeit: »*Der Faschismus sollte Korporatismus heißen, weil er die perfekte Verschmelzung der Macht von Regierung und Konzernen ist*«. Bei Betrachtung des Status Quo dürfte unstrittig sein, dass die Organisations-, Beteiligungs- und Kommunikationsstrukturen des heutigen Systems dem Ideal des einstigen italienischen Diktators beängstigend nahekommen. Die Fusion des von der Finanzbranche kontrollierten militärisch-industriellen Komplexes mit der Digitalwirtschaft macht es möglich.

Dass die »Superclass« Kategorien wie Partizipation, Nationalstaat oder Menschenrechte längst hinter sich gelassen hat, veranschaulicht – neben Kriegstreiberei und Geheimdienstaktivtäten der Hegemonialmächte –, eine Studie der ETH Zürich aus dem Jahr 2011 mit dem Titel »The Network of Global Corporate Control«. Die von den Forschern visualisierte Topografie der internationalen Gouvernanz verdeutlicht die frap-

pierende Kapitalakkumulation auf dem Planeten. Die Studie beleuchtet nicht nur den direkten Einfluss von Investments auf Märkte und Politik, sondern analysiert erstmals auch indirekte Einflussnahme über multiple Beteiligungsebenen hinweg. Ausgewertet wurden Daten von 43.000 Unternehmen. Im Ergebnis beherrschten schon zum damaligen Zeitpunkt nur 147 Entitäten circa 40 Prozent aller Vermögenswerte transnationaler Konzerne. Doch jede Krise beschleunigt die Konsolidierung der Märkte.

Das reichste Prozent der Menschheit besitzt derzeit so viel wie die ärmere Hälfte. 0,1 Prozent der Weltbevölkerung besitzen 81 Prozent des Weltvermögens. Diese illustre Spitze der Nahrungskette trifft sich bevorzugt unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Bei Meetings des Council on Foreign Relations (CFR), Chatham House, der Atlantik-Brücke, den Bilderberg-Konferenzen, der Trilateralen Kommission oder beim Bohemian Grove in den Redwood-Wäldern Kaliforniens – um nur einige zu nennen. Niemand, der heutzutage ernstzunehmende Machtfülle besitzt, ist nicht bei einem der zahlreichen „invite-only Clubs" akkreditiert.

»Das Illegale erledigen wir sofort, das Verfassungswidrige dauert etwas länger.« (Henry Kissinger)

Der Gemeinwohlgedanken wurde eliminiert und gewissenlos ad acta gelegt. Das war kaum jemals offensichtlicher. Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert. Schamlos. Preisspirale, Inflationszuwachs – und Gasumlage. Wie der Zufall spielt, profitierte von der Finanzspritze für die Energiewirtschaft zunächst das Unternehmen Uniper mit Sitz in Düsseldorf. Es gehörte zu 56 Prozent dem finnischen Energiekonzern Fortum, der im laufenden Geschäftsjahr beträchtliche Boni ausschüttet.

In dessen Aufsichtsrat wiederum sitzt WEF-Günstling Philipp Rösler, ehemaliger FDP-Bundesvorsitzender und Vizekanz-

ler. Analog der Causa Scholz – mit CumEx, WireCard, Brechmittel-Folter und Intensivbetten-Betrug –, ein Exempel für die obszöne Dreistigkeit der »Mächtigen«. Diese manifestiert sich anschaulich im Umgang mit der in den 70ern lancierten, neoliberalen Konterrevolution, einem über Privatisierungswellen initialisierten, fiskalischen Raubzug, der aktuell in der finalen wie letalen Enteignungswelle kulminiert – welche im Zuge einer hausgemachten Wirtschaftskrise erst Privathaushalte ruinieren, dann das Restvermögen nach oben umverteilen und anschließend die natürlichen Ressourcen mittels Green Economy und »Nachhaltigkeitszielen« (SDG, Sustainable Development Goals) an das internationale Großkapital übereignen wird. Denn das letzte »Asset«, die letzte Anlageklasse, die es nach feindlicher Übernahme der Privatvermögen noch zu kapitalisieren gilt, ist die Natur.

Flankiert wird dieser Coup d'Etat von der Machtrestauration einer technokratisch-faschistoiden Deutungselite, die weder Kosten noch Mühen scheut, um Lufthoheit über den Diskurskorridoren zu halten. Omnipräsente »Telescreens« (G. Orwell) und die verdeckte Konsolidierung von Medienmacht im Mainstream ermöglichen de facto eine Gleichschaltung des Informationsangebots. Gerade einmal sechs Unternehmen kontrollieren 90 Prozent der Medien in den USA. Lediglich vier Presseagenturen zeichnen für den Inhalt von 90 Prozent aller Zeitungen weltweit verantwortlich. Ein Studie von »Swiss Policy Research« mit dem Titel »The Propaganda Mulitplier: How Global News Agencies and Western Media Report on Geopolitics« dokumentierte 2019 die erschreckende Machtagglomeration hiesiger Meinungsmacher.

Edward Bernays, Neffe von Sigmund Freud und Vater professioneller Propaganda, hätte die digitalisierte Manipulationsmaschinerie der »Build Back Better«-Kampagne kaum besser kalibrieren können.

So erleben sogar vergessen geglaubte Ideen der Reproduktionsmedizin unter neuen Labels ein Revival. Was heute als Bioethik angepriesen wird, in Magazinen wie dem Journal of Biosocial Science, das bis 1969 The Eugenics Review hieß, paraphrasiert Thesen aus dunklen Zeiten vor dem Nürnberger Kodex. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts und bis weit in die 60er Jahre waren diese durchaus salonfähig, wie das mit einigem Aufwand betriebene Eugenik-Archiv Kanadas veranschaulicht. Ob George Bernard Shaw, Henry Ford, Alexander Graham Bell, Sir Francis Galton, H.G. Wells oder William Henry Gates, der verstorbene Vater von Bill Gates, sie alle pflegten Visionen von Herrenrassen und minderwertigem Leben, räsonierten über genetische Optimierung der Zucht, waren euphorische Eugeniker und/oder Antisemiten. Pikant bei Gates: Er saß lange Jahre im Vorstand der Planned Parenthood Federation, einer Nachfolgeorganisation der 1916 von Margaret Sanger gegründeten American Birth Control League, die sich für die obligatorische Sterilisation von Ureinwohnern, Behinderten, Armen oder Straftätern engagierte. Vielleicht spricht sein Sohn aus diesem Grund bei jeder Gelegenheit über Depopulationsprogramme. Wie auch Julian Huxley, Bruder des »Schöne neue Welt«-Autors Aldous Huxley, der von 1959 bis 1962 Präsident der »Britischen Eugenik Gesellschaft« war, 1961 den World Wildlife Fund mitgründete und als erster Direktor der UNESCO fungierte. Im konstituierenden Pamphlet der Globalisten-Organisation mit dem Titel »UNESCO – Ihr Zweck und ihre Philosophie« insinuiert er 1946 (S. 20, ff):

»*Obwohl also eine radikale eugenische Politik für viele Jahre politisch und psychologisch unmöglich sein wird, wird es für die UNESCO wichtig sein, dafür zu sorgen, dass das eugenische Problem mit größter Sorgfalt untersucht und die Öffentlichkeit über die Probleme informiert wird, so dass vieles, was jetzt undenkbar ist, zumindest denkbar werden kann.*«

Bezeichnend ist in diesem Kontext, dass die gleichen Wall Street-Magnaten, die den Faschismus, der Europa in den 30er Jahren in den Würgegriff nahm, finanzierten, auch in den USA konspirierten, um eine faschistische Diktatur zu installieren. Schlussendlich setzen sich 1933 aber demokratische Kräfte durch. Der aus New York finanzierte Staatsstreich war abgewendet. Franklin D. Roosevelt wurde als Präsident vereidigt. Seinem »New Deal« war zu verdanken, dass die angloamerikanische Hochfinanz für einige wenige Jahre der jüngeren US-Geschichte nicht treibende Kraft im Lande war. Nazi-Deutschland war derweil inspiriert von den Sterilisationsprogrammen, Rassengesetzen und Konzentrationslagern der USA. Adolf Hitler schickte Fanpost an amerikanische Eugeniker, denen Josef Mengele hinsichtlich seiner verabscheuungswürdigen Menschenversuche Bericht erstattete. »Mein Kampf« ist in weiten Teilen eine Adaption von Henry Fords antisemitischen Machwerk »The International Jew«. Selbst der Hitler-Gruß ist mitnichten eine Kreation des deutschen Diktators, sondern stammt aus den USA, nennt sich »Bellamy Salute«, nach dem Sozialisten Francis Bellamy, und wurde dort bis zum 22. Dezember 1942 in Schulen als offizieller Treueschwur auf die US-Flagge repetiert. Dann ersetzte man die faschistische Geste. Bei der Zwangssterilisation von Ureinwohnern hingegen war man weniger zimperlich. Diese blieb Usus bis in die 70er.

Auch jetzt ist es wieder ein pervertierter Gesundheitsschutzgedanken, ein krankes Ideal vom genetisch optimierten Volkskörper, das als Hebel dient, um von Eugenik geprägte Irrlichterei zu rechtfertigen. Die Covid-Biosicherheitsdoktrin stellt eine durchschaubare Fortsetzung des auf Lügen fußenden »War on Terror« dar. Sie erlaubt der Kommandoebene, den Überwachungsstaat auf ein neues Level zu hieven. Zusätzlich bietet die invasive Agenda eine Chance, die Gesellschaft für Transhumanismus und die von Silicon Valley-Granden wie Ray Kurzweil oder Eric Schmidt herbeigesehnte Singularität

zu sensibilisieren. Elon Musk, der liberal wirkende »Bad Boy« der Milliardäre, schlägt mit seinen Neuralink-Gehirnimplantaten in die gleiche Kerbe. Die Metaverse Joint Ventures von WEF und Facebook sind ein weiteres Symptom technokratischer Entmenschlichung. Nächste Evolutionsstufe: Cyborg. Menschen verkommen zu orientierungsloser Verfügungsmasse. Zu Produkten. Nach Yuval Noah Harari, Vordenker für Transhumanismus und Dataismus beim WEF, liegt genau dort die Zukunft des arbeitslosen, immobilen, verarmten und nutzlosen Homo sapiens – dem Homo demens –, in »*einem Mix aus Computerspielen und Drogen*«. In der virtuellen Realität. Oder wahlweise, ab einem gewissen Alter, in der Euthanasie. Für das Kollektiv. Der Biofaschismus des »New Normal« exekutiert seine Gegner nicht. Er isoliert, diffamiert und assimiliert. Nach Couleur der »Borg«.

Corona, Krieg, Klimawandel und Armut haben bereits Sprengkraft. Doch als additiven Spaltpilz peitscht die stetig moralfreier auftretende »Woko Haram« auch noch eine Neuinterpretation von Kulturrevolution durch die akut von Deindustrialisierung bedrohte Republik. Political Correctness extrem und Genderstern – anstelle von Prosperität. Im Bestreben, die Illusion aufrecht zu erhalten, es handele sich bei den mannigfaltigen Zerwürfnissen dieser Tage um organisch gewachsene Konflikte spezifischer Milieus, politischer Strömungen oder diametral gegensätzlicher Wertekataloge. Um Kultur- und Klassenkampf. Obschon tradierte politische Spektren weder für die gegenwärtigen geopolitischen Turbulenzen noch das Herrschaftskonstrukt der sich abzeichnenden, multipolaren Weltordnung von Belang sind – der öffentliche Diskurs kreist stoisch um diesen Fixpunkt. Ungeachtet der Tatsache, dass der Absolutismus der dekonstruktivistischen Postmoderne keinen Götzen kennt, kein Parteibuch braucht. Es ist ein gesichtsloses Imperium. Ein bürokratischer Moloch, der Verantwortlichkeiten wegdelegiert, bis davon nichts mehr übrig

ist. Diese fatale Mélange aus Technokratie und Korporatismus kennt weder links noch rechts – nur oben und unten.

Das verdeutlicht der Ukraine-Konflikt, bei dem der linksdrehende Wertewesten ein von Asov-Bataillon und anderen Nazi-Gruppen unterwandertes, korruptes Regime unterstützt. Einen Stellvertreterkrieg der USA, die mit Regimechange-Vehikeln wie dem National Endowment for Democracy (NED) oder George Soros' Open Society Foundation (OSF) auf dem »*Euromaidan*« eine europäische Variante der Permakonflikte im arabischen Raum induzierten – um Erzfeind Russland zu destabilisieren. Exakt so, wie vom US-Think Tank RAND Corporation im 354 Seiten umfassenden Strategie-Papier mit dem vielsagenden Titel »*Extending Russia: Competing from Advantegous Ground*« aus dem Jahr 2019 vorgeschlagen. So kämpfen derzeit drei geopolitische Machtblöcke um die Führungsrolle in der neuen multilateralen Welt, obgleich sie in puncto Technokratie allesamt stramm auf Linie der autoritären Agenda 2030 sind. Und das eigentliche Opfer der Reibungshitze ist – wie immer – die friedliebende, aber gespaltene Bevölkerung.

Nicht von ungefähr bezeichnete ein Panoptikum an Elitisten – unter anderem Angela Merkel, Olaf Scholz, Ursula von der Leyen, Donald Trump, der demente Joe Biden, Justin Trudeau, Prince Charles oder Boris Johnson –, Covid-19 als »*einmalige*« bis »*historische Chance*«, die es »*zu nutzen gelte*«. Denn das Lockdown-Regime begünstigte die größte Vermögensumverteilung der Geschichte. Die Bilanzwerte von Kapitalsammelstellen wie Blackrock, Vanguard oder State Street legen Zeugnis davon ab, dass Corona einem Steroid für die Konzern-Oligarchie gleichkam. Unternehmen wie Alphabet (Google), Amazon, Microsoft und Meta (Facebook) waren neben den mRNA-Drückerkolonnen von Pfizer oder dem DARPA Spin-off Moderna die größten Profiteure. Während der Normalbürger sich inmitten eines traumatischen Desasters

wähnte. Die Standardfrage der Kriminalistik – Cui bono? –, dürfte somit geklärt sein. So funktioniert Korporatismus.

»*Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter. Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.*« (Jean-Claude Juncker, SPIEGEL, 27. Dezember 1999)

Die Natur der jeweiligen Krise definiert, welche Branche in direkter Folge das konstant schwindende Volksvermögen absorbiert. Mussolini wäre stolz auf die Zentralkomitees in Brüssel, London und Washington. Das Stelldichein korrupter Inkompetenz und organisierter Kriminalität in Berlin dürfte den einstigen Herrscher Italiens wohl ebenfalls verzücken. Ein Kanzler, dem ein bunter Strauß von Korruptionsskandalen anhängt, desavouiert den Souverän in Existenznöten mit Durchhalteparolen und Wohlfühlplattitüden. Dicht gefolgt von Plagiatorin und Sprachakrobatin Annalena Baerbock, der »*egal ist, was ihre Wähler denken*«. Von Lauterbach und Buschmann gar nicht anzufangen. Doch all die Shitstorms, Talkshow-Grabenkämpfe, Strohmann-Argumente und Nebelkerzen sind Beschäftigungstherapie. Ablenkungsmanöver.

Denn die hässlichen Fakten liegen seit langem auf dem Tisch. Und auch wenn die Wahrheit nicht immer populär sein mag, wird sie sich langfristig durchsetzen. Schwer erträglich ist angesichts des zunehmenden Leids, dass dies nicht schon längst der Fall war. Man vergisst ob des allgegenwärtigen Dilettantismus allenthalben, dass es sich bei dieser inszenierten, plumpfüßigen Farce – dieser Simulation von Demokratie – um die Lebensrealität gutgläubiger Rundfunk-Konsumenten und »Smombies« handelt, anstatt um »Scripted Reality« oder eine miserabel gecastete »Truman Show«. Es wirkt und klingt alles

nur noch surreal. Nach einem Kult. Nach Massenhypnose. Man muss es wirklich glauben wollen.

Unweigerlich steht die Frage im Raum, wie sich solch groteske Verhältnisse zementieren konnten und warum sich über Generationen hinweg nichts daran geändert hat. Wann hätten die Vielen intervenieren müssen, um dem von Wenigen diktierten, technokratischen Neofeudalismus von heute Einhalt zu gebieten? 500 Jahre v. Chr., als Solon die Attische Demokratie reformierte, um repräsentative Herrschaft salonfähig zu machen? Obwohl diese schon im antiken Griechenland wenig mehr als eine Kosten-Nutzen-Analyse der Athener Eliten war, die Stand und Macht vor heraufziehenden Revolutionen bewahren wollten. Einige Jahrhunderte später, um die Dominanz von Klerus, Hochadel, Erbmonarchie und Kolonialismus zu brechen? Im 17. Jahrhundert, als das englische Königshaus reichen Kaufleuten Sonderrechte gewährte, um die »British East India Company« zu formieren, die fortan Korporationsgesetze erlassen, den Indischen sowie Pazifischen Ozean kontrollieren und dem angelsächsischen Wirtschaftsimperialismus mit aller Brutalität Geltung verschaffen durfte?

Mitte des 18. Jahrhunderts, als in Europa Bankiersdynastien von nie dagewesenem Einfluss und Reichtum entstanden, die aus Profitgier und bis in die Gegenwart Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gegeneinander ausspielen, was sie, wie beispielsweise hinsichtlich der Schlacht von Waterloo oder der zäsierenden Balfour-Erklärung, mit stolz geschwellter Brust in Familienarchiven dokumentieren?

Hätte man Cecil Rhodes stoppen müssen, den rassistischen Kolonialisten, mächtigsten Mann seiner Zeit und Gründer von De Beers, dem die britischen Kolonien »Rhodesien« ihre Namen verdankten? Scheinen doch speziell seine testamentarisch überlieferten Pläne zur Etablierung einer angloamerikanisch dominierten Weltordnung über »Round Table«-Gruppen und

ein Ponzi-Zentralbanken-Schema bis dato durchaus Früchte getragen zu haben. Der renommierte Historiker Caroll Quigley, der als Professor an den Elite-Universitäten Harvard und Princeton lehrte, schrieb über diese mafiösen Umtriebe in seinen Werken »Tragedy and Hope« und »The Anglo-American Establishment«:

»*Diese Junta übernahm in den ersten zwei Jahrzehnten des zwanzigsten Jahrhunderts die Kontrolle über das politische, finanzielle und kulturelle Leben Amerikas*. (…) *Dieses System sollte auf feudalistische Weise von den Zentralbanken der Welt kontrolliert werden, die gemeinsam handelten* (…). *Die Spitze des Systems sollte die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel sein, eine Privatbank im Besitz und unter der Kontrolle der Zentralbanken der Welt, die selbst Privatunternehmen sind*. (…) *Auf dieser ursprünglich finanziellen Grundlage* (…) *entstand im 20. Jahrhundert zwischen London und New York ein Machtgefüge, das tief in das Universitätsleben, die Presse und die Praxis der Außenpolitik eindrang*.«

Hätte man der kognitiven Devolution, dem unsichtbaren Gefängnis, zu dem das Habitat des Homo sapiens seither avancierte, im Jahr 1919 entgegenwirken können, als Howard Scott in New York die Technokratie-Bewegung gründete, die sich anschickte, den Planeten über den Energieverbrauch all seiner Systeme – dazu gehört nach Ideologie der Technokraten auch der Mensch –, steuern zu können? Ist dies doch das Kernziel der seit 1972 vom Club of Rome aufmunitionierten Klima-Apokalyptiker, die sich dieser Tage anmaßen, die Individualmobilität der Menschheit über CO_2-Tracking einschränken zu wollen.

Vielleicht war Huxleys »Schöne neue Welt« de facto schon Realität, als Richard Nixon 1972 Mao Zedong besuchte, dessen Aufstieg zum »*Überragenden Führer*« primär von der US-Elite-Universität Yale finanziert wurde – und den die Ka-

derschmiede in der hauseigenen Postille Yale Daily News bis heute als »*Alumnus*« bezeichnet. Denn was Nixon und Kissinger dem Massenmörder offerierten, war keine ökonomische »*Öffnung gen Westen*«, sondern das technokratische Herrschaftsmodell. Noch vor Abschluss des ersten Handelsabkommens mit Peking begannen US-Konzerne, die entsprechende Infrastruktur im Reich der Mitte aufzubauen, um China zu einem Pilotprojekt für die gläserne Gesellschaft der Zukunft zu machen.

»*Die Erfindungen für Menschen werden unterdrückt, die Erfindungen gegen sie gefördert*«, gab schon Berthold Brecht zu bedenken. 1998 griff die Washington Post das Thema auf, als bekannt wurde, dass US-Firmen geheime Raumfahrttechnik illegal in die Volksrepublik transferierten. Im darauffolgenden Jahr lieferte die US-Außenhandelsbehörde eine detaillierte Studie zu den sicherheitspolitischen Risiken der heimlichen Technologietransfers sowie den astronomischen Summen, die US-Konzerne und internationale Oligarchie nach China verschoben.

Die Speerspitze dieser Aktivitäten bildete die Rockefeller-Dynastie, die zudem federführend bei der Gründung der Vereinten Nationen (UN), der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und des CFR war. Selbst das Filet-Grundstück am New Yorker East River, auf dem heute das UN-Hauptgebäude steht, war eine »Spende« der Bankiersfamilie. Das Rockefeller-Imperium reckte seine Tentakel weit vor allen politischen Gesandten in Richtung China. Die deutschstämmige Familie, deren Wurzeln bis ins Jahr 1590 zurückdatieren, engagiert sich seit Beginn des 20. Jahrhunderts auffällig intensiv für die »*demokratische Diktatur des Volkes*«. Das belegen Archive des »Rockefeller Brothers Fund«. Schon 1917 stiftete der Industrie-Magnat John D. Rockefeller, der selbstredend auch beste Verbindungen zu Yale pflegte, China eine Schule. Er machte exakt zu der Zeit erstmals im drittgrößten Land der Welt von

sich reden, als die Kommunistische Partei gegründet wurde. Entsprechend führt die in tadellosem Ruf stehende Wissenschaftspublikation »The Lancet« in einem Beitrag vom 11. Mai 2013 aus, dass niemand in den vergangenen 100 Jahren mehr Einfluss auf dem Feld »*Globale Gesundheit*« hatte als die Rockefeller-Stiftung. Gleiches gilt indes für vielerlei Branchen. Das bis ins Jahr 1910 zurückreichende Archiv der diskret operierenden Stiftung zeigt, welch ungeheuerliche Einflusssphären sich diese binnen eines Jahrhunderts erschloss.

»*Manche glauben, wir seien Teil einer geheimen Verbindung, welche gegen die besten Interessen der Vereinigten Staaten arbeitet; sie charakterisieren meine Familie und mich als Internationalisten und behaupten, dass wir uns weltweit mit anderen zur Errichtung einer global integrierten, politisch-wirtschaftlichen Struktur verschworen haben (…). Wenn das die Anklage ist, bekenne ich mich schuldig, und ich bin stolz darauf.*« (David Rockefeller, Memoiren – Erinnerungen eines Weltbankiers, 2002)

Hätte man demzufolge einfach überbordenden Reichtum verhindern müssen? Oder die illiberale Gegenwart im Jahr 1930 noch hintertreiben können, als die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), die in Basel auf exterritorialem Gebiet residiert, von einem generationsübergreifend strategierenden Netzwerk internationaler Hochfinanz gegründet wurde? Oder 1944, als die gleiche Clique in Bretton Woods das aktuelle Fiat-Finanzsystem ersann, Internationaler Währungsfonds (IWF) sowie Weltbank entstanden und entfesselte »Economic Hit Men« antraten, die Welt monetär zu unterwerfen? Seither hat das internationale Bankenkartell nämlich unmissverständlich unter Beweis gestellt, welch deterministische Traktanden es verfolgt. Dass sich an diesem Kurs wenig ändern wird – en contraire –, lassen diverse Aktivitäten der BIZ vermuten. Zum Beispiel Projekt Helvetia, ein »Proof of Concept« im Bereich digitale Zentralbankwährung (CBDC, Central Bank Digital

Currency). Oder Projekt Viridis, eine Plattform für klimabezogenes Risikomanagement, die Finanzbehörden künftig nutzen sollen.

Wie dem auch sei. Niemand trat den vorgängig benannten Entwicklungen bisher mit ausreichender Wucht entgegen. So hat die Menschheitsfamilie vermutlich die Regierungen, die sie verdient, wie Joseph de Maistre es formulierte. Quod erat demonstrandum. Was früher unter Klerus, Adel, Aristokratie oder Feudalwesen firmierte, existiert noch immer. In Form von Kapitalakkumulation, intransparenten Beteiligungsstrukturen, Technokratie und korporatistischer Global Governance. Verkleidet in philanthroper Camouflage.

Die moderne Pseudo-Demokratie ist ein Trojanisches Pferd. Ein Potemkinsches Dorf. Phantasterei – wie die Vision vom freien, menschenwürdigen Leben in Smart Cities, wo prädiktive Software den Homo demens endgültig von der Bürde der informierten Entscheidungsfindung erlöst. Ja, der als Tiefenstaat bezeichnete Opponent freiheitlich organisierter Zivilgesellschaften mag derzeit vordergründiger Akteur sein, der Beelzebub, und Bürokraten, Judikative sowie Exekutive seine skrupellosen Handlanger, das Weltwirtschaftsforum die PR- und Projektmanagement-Abteilung. Doch gibt es allen Grund zur Annahme, dass die Langfristplanung, die »Roadmap« geopolitischer Tyrannei nach wie vor durch Zirkel definiert wird, die sich nicht um politische Strömungen scheren. Von Kreisen, die nicht in elektoralen Zyklen denken.

Angesichts dieser Umstände fordern sich Freiheitsdrang und Aktionismus fruchtlos heraus, wenn supranationalem, technokratischen Korporatismus mit Mitteln repräsentativer Demokratie auf nationaler Ebene Einhalt geboten werden soll. Kein Parlament, keine Partei und keine Oppositionsbewegung wird das System mit von selbigem zur Verfügung gestellten Werk-

zeugen signifikant ändern. Wenn demokratische Prozesse oder Wahlen das könnten, wären sie verboten.

So erhärtet sich ausgangs die Hypothese, dass »*Geschichte die Menschen lehrt, dass die Geschichte die Menschen nichts lehrt*« (M. Gandhi). Sie lassen sich düpieren. Obwohl die Machtergreifung faschistischer Triumvirate in Europa, das historische Korrelat zur Gegenwart, weniger als ein Jahrhundert zurückliegt, grassiert nonchalante Geschichtsvergessenheit. »*Vernunft ist die Fähigkeit, objektiv zu denken*«, notierte Erich Fromm – das jedoch scheinen viele Mitmenschen aufgegeben zu haben. Umso dringender gilt zu eruieren, wie sich der »Spiritus liber« aus den Fängen eines Herrschaftsmodells winden kann, wenn diesem nicht mehr durch das simple Überqueren einer Landesgrenze zu entkommen ist, die Freiheit nicht mehr einfach hinter einer Mauer im Westen wartet.

Wenn Kollektivismus das Individuum usurpiert, Ideologie Ratio eliminiert, Doppelmoral Ethos ersetzt und Humanismus von Gutmenschentum danieder gemeuchelt wird, bedarf es neuer Lösungen und Organisationsformen. Man muss dem System nicht räumlich entkommen, sondern mental – indem man prädiktive Denkschablonen und Lebensentwürfe boykottiert. Indem man unumstößlichen Überzeugungen folgt, anstatt kognitiven Dissonanzen im intellektuellen Souterrain. Indem man digitalen Abolitionismus lebt. Detox – nicht Revisionismus. Als Hasardeur des eigenen Plots. »*Die Zukunft soll man nicht voraussehen wollen, sondern möglich machen*«, forderte Antoine de Saint-Exupery. Darauf sollte der Fokus des Widerstands im Griff der »*Zeitenwende*« liegen – auf der Etablierung von Alternativen zu Fiat-Geld, Fassadendemokratie, Sozialismus, Kommunismus oder Faschismus. Denn im Ergebnis stehen alle diese Konzepte für ein und dasselbe: Tyrannei.

Es sind »*gleiche Brüder mit ungleichen Kappen*«, konstatierte Hannah Arendt. Wohin die Reise auch geht – in Richtung Ba-

sisdemokratie nach schweizer Vorbild, in die Privatrechtsgesellschaft, einen schlanken Minimal- und Sozialstaat, zu dezentraler Anarchie oder Agorismus – sie muss unter allen Umständen in die »*Autonomie des souveränen Individuums*« (F. Nietzsche) führen. Nicht in die Utopie der Wenigen, die den Vielen Dystopie verheißt. Das ist ein kategorischer Imperativ.

Denn Geschichte schreiben die Gewinner. Und in Zeiten totaler Digitalisierung birgt der zivilisatorische Kamikaze-Kurs in die Peripherie eines Dritten Weltkrieges nie dagewesene Risiken. Ist das orwellsche »Memory Hole« doch längst Realität und könnte zeitnah dazu führen, dass nachfolgende Generationen überhaupt kein Bewusstsein mehr dafür entwickeln können, was es bedeutet, ein freies und menschenwürdiges Leben zu führen. »Big Brother« lässt sie sukzessive vergessen, wofür es sich zu lieben und zu leiden lohnt. Doch wurde Freiheit nie gewährt, sondern stets erkämpft.

| 18. Dezember 2022

Das Leben ist schön!

Eine Ode an das Leben, die Liebe und die Zukunft.

Das Leben ist schön. Auch wenn es – wie im Falle der gleichnamigen Tragikomödie von Roberto Benigni – unter widrigen Umständen gelebt werden muss. Denn unsere Lebensrealität bestimmen primär wir selbst. Unser Gehirn. Unsere individuellen Ängste. Die Art und Weise, wie wir uns, die Gesellschaft und unsere Umwelt wahrnehmen, wie wir diese Wahrnehmung reflektieren und an welchem Wertekatalog wir uns bei ihrer Klassifizierung orientieren, entscheidet darüber, ob die eigene Existenz als Bürde oder Geschenk empfunden wird. Ob wir mit eingezogenem Kopf und hängenden Schultern oder aufrecht durchs Leben gehen.

Denn selbst in der lebensfeindlichsten Umgebung lässt sich das relativ kurze Dasein unserer Gattung als Gabe, Herausforderung und Abenteuer erleben. Das versinnbildlicht die Rolle des Giosué im eingangs erwähnten und mehrfach preisgekrönten Film. Giosué ist der kleine Sohn von Guido, einem jüdischen Italiener, verkörpert von Roberto Benigni. Zusammen werden die beiden kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs deportiert. Finden sich in der Hölle eines deutschen Konzentrationslagers wieder.

Um die Seele seines Kindes vor den Grauen des Krieges, des Lagers und des Genozids zu bewahren, erschafft Guido im KZ eine Scheinwelt, indem er seinem Junior begeistert von einem brisanten Geheimnis, einem anspruchsvollen Spiel erzählt, dem die beiden nun ausgesetzt seien. Hauptpreis: ein echter Panzer. Und um zu gewinnen, müsse sich Giosué ab sofort an ein paar Regeln halten. Der Sohn ist stolz, eingeweiht worden

zu sein und nimmt die gemeinsame Herausforderung an. So wird das Lager in seinen Augen zum Spielplatz.

Dem ständig drohenden Tode zu entrinnen, gerät zum Drahtseilakt zwischen Lachen und Weinen. Für den Vater, weil er um die realen Gefahren weiß, Todesangst und alle Mühe hat, die Illusion des Spiels für seinen Junior ob der allgegenwärtigen Gräuel aufrecht zu erhalten. Für den Sohn, weil die Aufgaben des Wettkampfes ungekannt, obskur und schwierig sind, es jedoch keine Alternative zum Hauptgewinn mehr gibt.

So erlebt das Kind jeden Tag in der wahrhaftigen Hölle wie ein spannendes Kräftemessen mit der gegnerischen Mannschaft. Den Nazis. Der Junge lacht, während im Hintergrund Menschen in Gaskammern verbracht werden, nimmt den düsteren Alltag nicht ernst. Er begegnet seiner Umwelt mit spielerischem Wagemut, geht über sich hinaus. Manchmal ist ihm mulmig zumute, wenn er in neue Situationen gerät, die er nicht versteht. Doch er bleibt auf das Ziel fokussiert, hält sich an die Spielregeln und fühlt Erhebendes, wenn ihm Guido für sein Engagement, seinen Mut oder seine Tapferkeit Lob ausspricht.

Als das Kriegsende naht und sich im Lager Tumult Bahn bricht, macht sich Guido auf die Suche nach seiner ebenfalls internierten Frau Dora. Er verkleidet sich, findet sie auf der anderen Seite des riesigen und im Chaos versinkenden Gebäudekomplexes – und wird dabei kurzerhand von den Nazi-Schergen erschossen. Giosué, der sich zwischenzeitlich alle Mühe gibt, in einem Versteck möglichst lange unentdeckt zu bleiben, wird kurz darauf von einmarschierenden US-Soldaten aufgelesen, die ihn auf ihrem Panzer in Richtung der nächsten Stadt mitnehmen. Hoch oben auf dem Kriegsgerät sitzend erspäht das Kind im Flüchtlingsstrom am Straßenrand seine Mutter, die mit tausenden befreiter KZ-Insassen zu Fuß nach nirgendwo unterwegs ist – und erzählt ihr ganz aufgeregt von sei-

nem Preis. Er deutet auf den Panzer. Giosué ist umringt von Zerstörung, Siechtum und Tod, aber glücklich.

Die Parabel von Benignis Film spannt den Bogen zum katastrophalen Status quo. Denn auch zum Jahresende 2022 sieht man sich multiplen Krisen ausgesetzt.

Ob militärische Konflikte, »Wokeness« und Kulturrevolution, zunehmende Armut, Hunger, explodierende Krankenstände, Übersterblichkeit, Umweltverschmutzung oder Artensterben, ob Deindustrialisierung, supranationale Machtergreifung der Technokratie, Zensur, Zurechtstutzen der Bürgerrechte, Diffamierung Andersdenkender oder biofaschistoide Segregation – selten erschien die Zukunft in einem fahleren Licht als jetzt, zum Auftakt der neofeudalen Zeitenwende.

Mittlerweile steht der Homo sapiens selbst zur Disposition. Das Gehirn entwickelt sich zurück und hat seit Einführung des Smartphones im Jahr 2007 knapp ein Drittel seines Arbeitsspeichers eingebüßt. Die menschliche Reproduktionsrate nimmt ebenfalls ab. Die Spermienanzahl in der männlichen Samenflüssigkeit hat sich binnen 40 Jahren halbiert. Und der Trend setzt sich fort. Der Mehrheitsführer im US-Senat, Chuck Schumer, nutzte diesen Umstand am 16. November 2022 als Argument für seine Forderung, 30 Millionen illegale Einwanderer in Amerika einzubürgern, wenn er sagt: »*Wir haben eine Bevölkerung, die sich nicht mehr selbst reproduziert. Wir haben nur eine Zukunft, wenn wir Flüchtlinge aufnehmen*«. Schumer gesteht indirekt ein, was nicht nur Elon Musk, sondern auch eine Vielzahl von Wissenschaftlern prophezeit: die Menschheit stirbt langfristig aus, wenn wir nicht gegensteuern. Das medial ventilierte Problem mit der Überbevölkerung markiert auf der Zeitachse in die Zukunft nicht den größten Stolperstein. Im Gegenteil.

Ungeachtet dieser Tatsache erklärt »*die Wissenschaft*« den Homo sapiens zur evolutionären Defäkation des digitalen Zeit-

alters. Natürlich nicht jene winzige Gruppe von Oligarchen und Globalisten, die den Planeten über Generationen hinweg vergewaltigt, geplündert, verschmutzt und die Menschheitsfamilie in moderne Sklavenhaltung getrieben hat – denn diese Kreise finanzieren »die Wissenschaft« – gemeint ist der große Rest.

»*Die nutzlosen Fresser*«, wie Henry Kissinger uns nannte.

In diesem Lichte ist selbst Euthanasie mittlerweile wieder en Vogue. Kanada macht es vor. Dort bewerben sich Obdachlose unkompliziert für den staatlich subventionierten Freitod, weil sie das Leben auf der Straße nicht mehr ertragen. Anstatt Menschen zu helfen, solche Situationen zu überwinden, ermutigt der Staat zum vorzeitigen Ableben. Selbst Associated Press berichtet im August 2022 darüber, dass »*Experten in Anbetracht der kanadischen Euthanasiegesetze verstört reagieren*«. Das Forbes Magazine attestiert den legislativen Ungeheuerlichkeiten von Justin Trudeaus Regierung gar »*ein Echo aus der Nazi-Ära*«. Bei derartigen Tabubrüchen wundert es kaum noch, dass die New York Times im Sommer 2022 damit beginnt, dem Kannibalismus das Wort zu reden.

Flankiert werden diese verstörenden Entwicklungen von einer massiven Übersterblichkeit in Höhe von circa 20 Prozent über dem Durchschnitt der Vorjahre. Diese weist eine klare räumliche wie zeitliche Korrelation zum Roll-out der mRNA-Injektionen auf, kann aber gemäß Leitmedien kaum damit zusammenhängen. Denn die Impfung ist sicher. Nach wie vor. Und als wäre das nicht genug, stehen die Transhumanisten in den Startlöchern, um dem zivilisatorischen Kamikaze-Kurs durch gezielte Optimierung der Biomasse Mensch Einhalt zu gebieten – dabei ist genau deren Agenda der finale Sargnagel für unsere Gattung. Holistisch betrachtet lädt die endzeitliche Krisen-Kakophonie der frühen 2020er Jahre also nicht gerade zum feiertäglichen Frohlocken ein.

Ohnmacht greift Raum. Denn immer mehr Menschen sehen sich mit Problemen konfrontiert, die der Bevölkerung in den reichen Industrienationen bisher fremd waren. Energiemangel, Nahrungsmittelengpässe, Leben am Existenzminimum. Umstände, auf die man zunächst keinen direkten Einfluss zu haben glaubt. Verursacht von transnationalen Kartellen, Zirkeln und Kontrahenten, die Partikularinteressen verfolgen, anstatt Gemeinwohlgedanken. Verantwortet von einem gesichtslosen Imperium der »Public-Private-Partnerships«, das Verantwortung über so viele Ebenen hinweg labilisiert, dass sie schlussendlich niemand mehr übernimmt.

So mancher fällt ob des überbordenden Wahnsinns dem Trugschluss anheim, machtlos zu sein, nichts gegen das kontinuierlich übergriffiger agierende System, die totale Digitalisierung oder eine anziehende Kulturrevolution ausrichten zu können. Selbst jene, die Partizipation leben, einen echten Meinungsbildungsprozess durchlaufen und intellektuell gegen das Imperium aufbegehren, tun dies meist passiv. Man konsumiert die Krise. Labt sich am Chaos, an der Informationsflut, sucht Bestätigung für seine Weltsicht, weil es das brüchig und inhaltsleerer gewordene Leben dieser Tage aufpeppt. Ein Verhalten, das sich kaum von dem des Mainstream-Publikums unterscheidet. Und auch das Resultat ist das gleiche: Lethargie.

Dabei ist die Lage alles andere als aussichtslos. Aufklärung, Humanismus und die »Autonomie des souveränen Individuums« (Nietzsche, 1892) sind längst nicht verloren. Im Gegenteil. Wenn die abgehobene Regentenkaste leichtes Spiel mit ihrer inhumanen Agenda hätte und alles reibungslos verliefe, bräuchte es kein derartiges Ausmaß an Destruktion, Propaganda und Zensur. Jeder neue Spaltpilz zeugt von der Schwäche des Systems, kaschiert seine Achillesferse. Je aggressiver die Oppressoren vorgehen, je heftiger »Big Brother« auf uns einredet, uns manipuliert und penetriert, je mehr Krieg das System anzettelt, desto bedrohter fühlt es sich. Desto näher

rückt seine Implosion. Und dieser Kollaps wird die Erde ungleich schwerer erbeben lassen als jemals zuvor in der Zivilisationsgeschichte. Denn erstmals hat die gesamte Menschheit zeitgleich die Chance, sich von ihren tyrannischen Feudalherren und der organisierten Kriminalität internationaler Finanzkartelle zu befreien. In diesem Szenario fallen nicht Rom, Athen, Moskau, Peking oder Berlin – sondern das gesamte global vernetzte System des tumorartig wuchernden Korporatismus.

Die oktroyierte und mit Eiltempo vorangepeitschte Zeitenwende birgt eine historische Möglichkeit zur friedlichen Machtergreifung des Souveräns. Es ist die erste Gelegenheit der Menschheitsfamilie für einen gemeinsamen, dezentral organisierten und basisdemokratischen Neustart. Ohne Präsident, Imperator, Diktator oder Tyrann. Ohne die Knute des räuberischen Fiat-Finanzsystems. Der Antrieb auf diesem durchaus zähen, riskanten und unter Umständen langwierigen Kurs in Richtung Freiheit: Liebe, Moral und Courage.

Man muss kein Che Guevara, Martin Luther King, Thomas Sankara, kein Genie, Held oder Märtyrer sein, um es einem totalitären System schwer zu machen. Auch kann es sich nicht jedermann leisten, seine oppositionelle Haltung offen kundzutun. Dennoch können alle ihren täglichen Beitrag leisten. Denn die eigentliche Revolution beginnt im Kleinen, mit dem Verhalten des Individuums. Betrachtet man den Widerstand aus der Perspektive des Giosué, werden ziviler Ungehorsam, Boykott und Sabotage zur spielerischen Herausforderung im Alltag. Die Aufgabenstellung ist denkbar einfach: Es geht nur darum, etwas Sand ins Getriebe der technokratisch-totalitären Maschine zu streuen. Jeden Tag ein bisschen. Das wird die despotische Maschinerie zwar nicht sofort aufhalten, aber merklich verlangsamen. Und je mehr Menschen sich an diesem »Spiel« beteiligen, desto höher die Erfolgsaussichten.

»*Wer eine positiv geprägte Einstellung zum Negativen entwickelt, nicht um es zu abzusegnen, sondern um sich selbst zu schützen, hält länger durch*«, schrieb mir Rubikon-Chefredakteur Roland Rottenfußer nach der Lektüre des vorliegenden Textes, und trifft damit den Nagel auf den Kopf. Genau aus diesem Grunde mache ich mir zwischenzeitlich einen Jux daraus, jeden Tag etwas zu tun, das das System »unterminiert«. Und jeder Triumph, möge er noch so marginal sein, wird mit einem kurzen Hochgefühl belohnt.

Das beginnt mit konsequenter Barzahlung. Eine Karte nutzt man am besten nur noch, wo es nicht anders geht, zum Beispiel bei Flugbuchungen im Internet. Alles andere zahlt man Cash oder lässt sich eine Rechnung per Post zustellen. Kein PayPal, Apple-Pay, Klarna oder andere Zahlungsdienstleister. Keine QR-Codes. Kontoguthaben wandelt man am besten auch bei Kleinbeträgen konsequent in physische Werte um. Auf der Bank bleibt nur das Nötigste. Einzugsermächtigungen werden nur erteilt, wenn es zwingend nötig ist. Denn das Zentralbanken-Finanzsystem ist der Blutkreislauf der Tyrannei. Und mit jedem Euro, der ihm entzogen wird, schwindet seine Kraft.

Auch das persönliche Einkaufsverhalten lässt sich vergleichsweise leicht ändern. Anstatt alles im Discounter zu kaufen – oder noch schlimmer, bei Amazon – empfiehlt es sich, die erstarkende »Peer-2-Peer Ökonomie« und den lokalen Fachhandel zu unterstützen. Sonst wird dieser, vor allem in Kleinstädten und Dörfern, bald nicht mehr existieren. Nahrungsmittel lassen sich außerhalb der Ballungszentren meist auch direkt vom Erzeuger beziehen.

Die Fahrt zum Hofladen im Grünen mag etwas mehr Zeit beanspruchen als der Gang zum Supermarkt um die Ecke, dafür kann man sich aber sicher sein, frische Ware zu erhalten und keine unnötigen Margen an Zwischenhändler abzuführen, die ihre Angestellten mit Minilöhnen abspeisen.

Alternativmodelle wie Tauschhandel, Direktvertrieb, dezentrales Internet, alternative Zahlungsmittel, Komplementärwährungen, Agorismus (eine revolutionäre Variante des Marktanarchismus) oder Anarchie beginnen damit, sie zu leben.

Und auch im digitalen Raum lässt sich mit wenig Aufwand viel bewegen. Zum Beispiel finden sich auf nahezu jedem Smartphone obsolete Applikationen. In der Regel verwendet man nur einen Bruchteil der installierten Software. Trotzdem sammelt praktisch jede App im Hintergrund Stamm-, Anwendungs- und Geodaten, die an den Hersteller übermittelt werden. Hier gilt die einfache Regel: löschen, was man im Verlauf der letzten sechs Monate nicht benutzt hat. Im nächsten Schritt grenzt man den Zeitraum eventuell auf drei Monate ein. Bis man schlussendlich nur noch die Software auf dem Endgerät hat, die man wirklich braucht.

Im besten Falle erzeugt so jeder Löschvorgang ein kleines bisschen Euphorie, weil man wieder ein Stückchen Autonomie zurückgewonnen hat. Ebenso konsequent sollte man die Auswahl der digitalen Serviceanbieter handhaben. Wer sich in Opposition zu den gegenwärtigen Transformationsbewegungen in Richtung Technokratie wähnt, seine E-Mails aber immer noch von Google verwalten lässt, ist nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Es gibt zahlreiche unabhängige Anbieter, die nicht jede Nachricht speichern und von artifizieller Intelligenz nach Schlüsselwörtern durchforsten lassen. Das gilt gleichermaßen für Cloud-Anbieter, Transferportale, Social Media Plattformen, Smartphone-Hersteller und Versandhändler. Wer die supranationale Konzern-Oligarchie nicht boykottiert, darf sich nicht wundern, wenn sie ihn ausspioniert, verkauft, verrät und als Teil der Aufmerksamkeitsökonomie versklavt.

Ja, man muss die Komfortzone hin und wieder verlassen, recherchieren, sich informieren und vielleicht den ein oder ande-

ren Umweg in Kauf nehmen, um zum Sand im Getriebe zu werden. Sieht man diesen persönlichen Reifeprozess jedoch als spielerische Herausforderung, begegnet den Entwicklungen proaktiv und setzt sich überschaubare Etappenziele, empfindet man die organisatorische Neuordnung des eigenen Lebens nicht als aufgezwungenen Wandel unter Zeitdruck, sondern als befreiende Form stiller Revolution. Denn die beginnt nicht erst auf der Straße, sondern bereits an jenem Punkt, wo man nicht den vom System als bequemsten Weg offerierten Kurs einschlägt.

Wut, Frustration und Ohnmacht lassen sich auch ins Positive ummünzen – wenn man die Situation mit einer Prise jugendlichen Leichtsinns betrachtet und zum trotzigen Entschluss kommt: Jetzt erst recht! Entscheidend ist, dass man handelt, anstatt den Krisen-Kanon nur zu konsumieren, und sich in die richtige Richtung bewegt. Die Attitüde zählt. Nicht das Tempo. In der Dezentralität liegt die Zukunft einer freiheitlich-humanistisch organisierten Zivilgesellschaft. Genau dieser Umstand macht jede Einzelperson zu einem Kernelement, einer unentbehrlichen Schaltzentrale, einem essenziellen Puzzleteil dieser künftigen Gemeinschaft von friedliebenden Erdenbewohnern. Und zum Anführer der eigenen Revolutionsbewegung.

Niemand benötigt eine Genehmigung, um Chef des eigenen Lebens zu sein. Schon dreieinhalb Prozent der Gesamtbevölkerung eines Landes reichen aus, um ein totalitäres System auf lange Sicht und mit friedlichen Mitteln zu Fall zu bringen, wie die Politikwissenschaftlerin und Autorin Erika Chenoweth in ihrem Buch »Why Civil Resistance Works« (D.; »Warum ziviler Widerstand funktioniert«) aus dem Jahr 2011 anhand historischer Betrachtungen aufzeigt. Beläuft sich die Anzahl der kritischen Masse auf sieben bis zehn Prozent, sind die Tage des herrschenden Systems sogar mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlich gezählt, erklärt Chenoweth bei Vorträgen

zum Thema und bezieht sich dabei auf die zahlreichen Studien, die im Rahmen des Buchprojektes angefertigt und analysiert wurden.

Die Politikwissenschaftlerin bestätigt, was jedem, der fähig ist, Empathie zu empfinden, eine intrinsische Wahrheit ist – eine inhumane Welt lässt sich nur gegen den Willen des Menschen errichten. Wenn nur ein kleiner Teil der Gesellschaft nicht vergessen hat, für was Begriffe wie Moral, Ethik, Solidarität, Loyalität, Freiheit, Frieden und Menschenwürde wirklich stehen, hat ein totalitäres Herrschaftsmodell langfristig keine Chance.

So kommen die Feiertage gelegen, um zu reflektieren, was das Leben ausmacht, um zu definieren, wofür wir stehen, um wieder zu erfahren, warum der Mensch vor allem ein soziales Wesen ist. Denn was uns Bildschirme und Displays predigen, hat mit der Lebensrealität herzlich wenig zu tun. Familie, Freunde und der geliebte Vierbeiner, die verbrannte Weihnachtsgans, Omas immer gleiche Anekdoten zum Fest und leuchtende Kinderaugen unter dem schon nadelnden und zu hitzigen Diskussionen führenden Baum – das ist das Leben. Nehmen wir es mit Humor.

Besinnen wir uns auf das Wesentliche, lässt sich den Herausforderungen unserer Ära auf sportliche Art und Weise, mit etwas Trotz, Leichtsinn und spielerischem Wagemut begegnen.

Zu verlieren haben wir nichts. Zu gewinnen allerdings schon. Denn das Leben ist schön.

Frohes Fest!

| 23. Dezember 2022

Vorwand oder Vorsatz

Jedem Ende wohnt gleichsam ein Anfang inne, die Chance auf einen Neustart. So auch dem Jahreswechsel. Doch allzu häufig münden Vorsätze rasch im ernüchternden Repetieren von Routinen der Vergangenheit. Denn der stärkste Feind des Wandels ist und bleibt der Vorwand. Die eigene Unfähigkeit. Zeit, diesem Umstand noch vor Mitternacht ein paar ungefilterte Gedanken zu widmen – um 2023 der besten Version seiner selbst die Bühne bereiten zu können.

Neujahr. Katerstimmung – »*Und täglich grüßt das Murmeltier*«. So endet die Mehrzahl der guten Vorsätze aus der rauschenden Silvesternacht. Schon einen Morgen später nämlich beginnt das Hamsterrad, sich in Bewegung zu setzen, als hätte es kein motivationstrunkenes Gestern gegeben. Das Leben als Endlosschleife.

Wie in der gleichnamigen Weihnachtskomödie mit Bill Murray, der einen mürrisch-depressiven Wetteransager, einen verbitterten Zyniker spielt, welcher aufgrund einer Zeitschleife, in der er gefangen ist, den stets gleichen Tagesablauf so lange aufs Neue durchleben muss, bis er die moralischen Herausforderungen dieser verhängnisvollen 24 Stunden meistert und versteht, was im Leben wirklich zählt. Bis er Liebe, Glück und Empathie empfinden kann.

»Am Ende stellt sich die Frage: Was hast du aus deinem Leben gemacht? Was du dann wünschst, getan zu haben, das tue jetzt.« (Erasmus von Rotterdam)

Der Plot der Kult-Komödie aus dem Jahr 1993 erzählt nicht weit an der Realität der menschlichen Existenz vorbei. Circa 50 Prozent unserer täglichen Entscheidungsprozesse basieren auf Routine. Mindestens. Sie geschehen unbewusst. Wir denken nicht aktiv darüber nach, sondern machen einfach. Die relevanten Prozesse laufen dabei in evolutionsgeschichtlich früh entstandenen Hirnregionen ab. Das Gehirn arbeitet zu einem hohen Grade autonom, um sich selbst zu entlasten und vor Überreizung durch zu viel Input zu schützen. Es lässt uns beispielsweise in ein Auto steigen und zur Arbeit fahren, ohne bei der Ankunft noch genau zu wissen, wie wir nun eigentlich dort angelangt sind. Fast wie in Trance.

Neurowissenschaftler geben an, dass 90 bis 99,9 Prozent aller Informationen vom menschlichen Denkorgan automatisiert verarbeitet werden. Zum genauen Wert gehen die Meinungen auseinander – abhängig davon, wie »Information« exakt zu definieren ist. Nichtsdestotrotz: schon 90 Prozent Automatismus versus zehn Prozent bewusster kognitiver Verarbeitung von Information stellen, philosophisch betrachtet, eine beeindruckende Diskrepanz zwischen unbewusstem Dahindümpeln, zombiehafter Routine und einem Ausdruck vermeintlich freien Willens, einem selbstbestimmten Leben dar – dieses scheint uns mehr zu passieren, als dass wir es führen.

Darüber hinaus scheinen auch die verbleibenden zehn Prozent an Information, denen der Homo demens zerebral gewachsen ist, nicht jenen Teil des eigenen Denkens oder der eigenen Persönlichkeit auszumachen, der einen Menschen einzigartig, kreativ, ängstlich oder glücklich sein lässt. Denn das Gehirn trifft auch diese Entscheidungen bis zu zehn Sekunden eher, als der Mensch sich des betreffenden Gedankens, der Entscheidung oder eingeleiteten Handlung überhaupt bewusst wird. Die entsprechenden elektrischen Impulse, die Neurotransmitter, das Schalten der Synapsen, legen nahe, dass wir das tun, was unser Betriebssystem uns sagt. Das Unterbe-

wusstsein. Noch bevor man daran denkt, zu denken, ist das Nachdenken über den entsprechenden Punkt bereits erledigt. Und zwar ohne uns.

Fände ein Vergleich mit Computern an dieser Stelle rhetorische Verwendung, könnte man demnach postulieren, das menschliche Bewusstsein stelle so etwas wie die grafische Benutzeroberfläche des Computers dar, während im Hintergrund ein deterministischer Automatismus, eine Art Programm, ein Quellcode aktiv ist, der standardisierte Skripte und Prozesse aufruft – die schlussendlich für die maximal zehn Prozent bewusster Rechenoperationen der täglichen humanoiden Informationsverarbeitung verantwortlich zeichnen. Für jenen Anteil des menschlichen Denkens also, das man bis dato für den freien Willen hält. Die Debatte zwischen Neurowissenschaftlern und Philosophen diesbezüglich dauert an. Determinismus, Dualismus, Kompatibilismus. Ergebnis offen. Man könnte sich im Lichte dieser Information die Frage stellen, ob es überhaupt sinnvoll ist, gute Vorsätze zu fassen.

Wird doch schon Albert Einstein mit den Worten zitiert:

»*Unser Handeln sei getragen von dem stets lebendigen Bewusstsein, dass die Menschen in ihrem Denken, Fühlen und Tun nicht frei sind, sondern ebenso kausal gebunden wie die Gestirne in ihren Bewegungen.*«

Und auch Arthur Schopenhauer war der Ansicht, »der Mensch kann zwar tun, was er will, aber nicht wollen, was er will«. Dieser rationalen bis ernüchternden Sichtweise auf den Mensch als Organismus steht die als Spiritualität empfundene Überzeugung entgegen, dass der Homo sapiens mehr ist als ein paar Liter Blut und Wasser, zusammengehalten von etwas Haut und Knochen. Dass sich eine »*Weltenseele*« manifestiert hat, dass zwischen Himmel und Erde noch andere Kräfte existieren als Wind und Wetter, Gravitation, Strahlung oder Plattentektonik. Dass das Weltall nicht bloß eine feindliche, kalte,

leere und dunkle Unbekannte ist, sondern ein von Leben durchdrungenes System. Ein Lebewesen für sich.

Abendfüllend ließe sich zu diesem Thema sinnieren und räsonieren, diskutieren und streiten. Denn schlussendlich geht es um nichts Geringeres als den Sinn des Lebens. Und obwohl beide angeführten Sichtweisen durchaus ihren Charme und eine Berechtigung vorweisen können, ist die Vorstellung eines von Energie, Leben und Mysterien erfüllten Universums, einer allumfassenden Weltenseele, ungleich attraktiver als die abgeklärte, auf Null und Eins basierende, reduktionistische Weltanschauung des Rationalisten. Zumindest für die letzte Nacht des Jahres – und den erwartungsvoll sentimentalen Blick in ein von Sternen und Feuerwerk erleuchtetes Firmament. Der 31. Dezember verlangt nach simplen Faustformeln des Aufbruchs. Nach Weisheiten, Slogans und Mantras, die den Geist befruchten und den vermeintlichen Aufbruch ins Neue rechtfertigen. Denn Motivation und Lebenssinn stiften uns schlussendlich nur wir selbst. Egal, welchen Tag der Kalender aufruft.

»*Der Sinn des Lebens ist, Deinem Leben einen Sinn zu geben*« – so das simple Fazit einer mittlerweile in die Jahre gekommenen Hip-Hop-Songzeile. Und tatsächlich findet sich in diesem einfachen Satz mehr Wahrheit als manch Erweckungsschmöker, Selbstmanagement-Kurs oder Lebensratgeber auf einigen hundert Seiten anzubieten hat. Denn »*in dem Augenblick, in dem ein Mensch den Sinn und den Wert des Lebens bezweifelt, ist er krank*«, konstatierte seinerzeit Sigmund Freud. Das lässt sich sekundieren.

Reduziert auf die angeführte Phrase eines Liedtextes gilt es demnach, das Leben als Herausforderung zu sehen, als Film, für den man sowohl als Autor und Regisseur wie auch als Hauptdarsteller agiert, und es bei den Hörnern zu packen, um sich selbst zu verwirklichen. Egal, was die anderen glauben, sagen oder tun. Und zwar jetzt. Denn wir haben vielleicht nur

dieses eine. Und die agile Phase des hominiden Daseins ist vergleichsweise kurz, wie jeder feststellen wird, der einmal in der Mitte des Lebens angekommen ist. Nur Selbstermächtigung in allen Aspekten des eigenen Seins führt aus der momentan von nicht wenigen empfundenen Ohnmacht, aus Schockstarre und Denkblockade.

Am Ende – und spätestens am Ende eines jeden Jahres – steht zur Wahl, weiter vage Pläne für eine noch vagere Zukunft zu schmieden und der Hoffnung nachzuhängen, dass man diese Vorhaben irgendwann Realität werden lassen kann; oder zu akzeptieren, dass die einzige Konstante im Leben der Wandel ist, um genau jetzt damit zu beginnen, diesen selbst zu gestalten, um das Leben zu führen, dass man sich wünscht. Ab dem ersten Januar 2023. Denn Planungssicherheit ist eine Illusion. Und die Möglichkeit dazu hängt nur bedingt von externen Faktoren ab, welche man jedoch gemeinhin als ausschlaggebend betrachtet – berufliche Disposition, Bildung, finanzielle Mittel, Wohnort, et cetera.

Wir sollten realistisch sein – und das Unmögliche versuchen.

Jene Faktoren, an denen man sich gemeinhin festbeißt, um einen Vorwand zu haben, sich nicht verändern zu müssen, sind längst dem Verfall sowie der Assimilation durch postmoderne Zeitenwende oder deutungselitäre Kulturrevolution preisgegeben. Zurück geht es tatsächlich nicht mehr. Doch der Horizont der Zukunft ist ein weites Feld, das es zu bestellen gilt. Wenn wir das nicht selbst tun, werden andere es für uns übernehmen. So wie in den vergangenen drei Jahren. Das Leben darf einem souveränen Individuum nicht einfach passieren. Es muss aktiv gestaltet werden. Das beginnt zuweilen mit denkbar kleinen Schritten. Netflix-Abo kündigen und in der frei gewordenen Zeit lernen, ein Instrument zu spielen, Brett-, anstatt Computer-Spiele, 5G-Smart- gegen 2G-Dumb-Phone eintauschen, Displays grundsätzlich in Graustufen betreiben, wenn man

nicht gerade Fotos auf dem Endgerät sichtet, und sämtliche Benachrichtigungen deaktivieren, damit neue Technologie bewusst als Werkzeug genutzt wird – und den Homo sapiens nicht weiter zum willfährigen Sklave seiner digitalen Helfer sowie der invasiven Aufmerksamkeitsökonomie degradiert.

Weg mit »Alexa«. Einkaufen im lokalen Handel und beim Landwirt in der Region, nicht bei Amazon. Barzahlung, anstatt PayPal, Apple-Pay oder Kreditkarte. Bücher statt Bildschirmen. Handgeschriebene Briefe nebst E-Mail. Tradiertes, anstatt Trends. Kopfhörer mit Kabel, nicht strahlungsintensives Bluetooth. Echte Inhalte studieren, statt sich beiläufig von sinnentleerten Nachrichten und plumper Propaganda berieseln zu lassen. Disruption als Chance sehen, anstatt diese wie einen Horrorfilm zu konsumieren. Wir brauchen Freunde, anstatt Follower. Und Digital Detox. Reisen, nicht Zoom-Meetings. Gesunde Nahrung. Diskussion, konstruktives Streiten und ergebnisoffener Diskurs, anstatt persönlicher Befindlichkeiten, Emotionalisierung des Debattenraumes und dogmatischem Moralismus. Wut, statt Angst. Dies erscheint mir geradezu der wichtigste Vorsatz zu sein, den es für das Kommende zu fassen gilt. Denn Angst ist der denkbar schlechteste Ratgeber. In allen Lebenslagen. Wut und Rage dagegen setzen ungeahnte Energien frei und lassen sich zweifelsohne produktiv kanalisieren, wie manch echauffierte Lyrik, manch anklagendes Lied oder manch eine emotionale Gegenrede unterstreichen.

Konformismus schreibt keine Erfolgsgeschichten. Disziplin, Beharrlichkeit, Sturheit, Selbstverwirklichung, Klarheit, Überzeugung, Courage und Kompromisslosigkeit dagegen schon – auch wenn selbst diese im Kern harmlosen Begriffe bei den Cancel-Kontoristen zwischenzeitlich in Verdacht geraten, negative Assoziationen hervorzurufen. Denn sie stehen dem aufkeimenden, blinden Kollektivismus des paternalistischen Überwachungsstaates diametral entgegen. Dennoch wohnt nur solchen Eigenschaften die notwendige Energie inne, das

erforderliche Momentum, um aus Echokammern und Angsträumen auszubrechen. Der stoisch ruhende Fels in der Brandung lässt sich von Ebbe, Flut und Sturm kaum beeindrucken. Leider bringen trotzdem nur die wenigsten die Courage auf, ihrem moralischen Kompass ohne Rücksicht auf Verluste zu folgen. Denn das erzeugt Reibungshitze. Dabei schüfe genau dieses Vorgehen, seinen subjektiven Wertekatalog zur persönlichen Handlungsvorgabe zu machen, sprichwörtliches Selbst-Vertrauen. Wer sich selbst und seinem ethischen Kodex entgegen aller Unbill treu bleibt, versichert sich konstant seiner selbst. Lebt sozusagen deckungsgleich im Innen und Außen. Bringt Ying und Yang in Balance.

Wer mit einer Lüge lebt – wer eine Lüge lebt –, wird dagegen auf lange Sicht weder glücklich sein noch reüssieren. Das Sprichwort »*Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende*«, drängt sich in diesem Kontext förmlich auf. Und auch das Motto »*Besser aufrecht sterben als auf Knien zu leben*«, springt mir geradezu auf die sich füllende Seite.

Ungeachtet der Tatsache, dass also nichts näherläge, als die selbsterfüllende Prophezeiung zu werden, von der man so viel hört, sich positiv zu konditionieren, den Wandel zu personifizieren, um sich auch unter widrigen Umständen obenauf zu fühlen, ignorieren und kaschieren viele den tiefen Abscheu, den sie, im Wissen, sich selbst zu verraten, beim morgendlichen Blick in den Spiegel empfinden müssen. Doch ist solchen Defiziten auf Dauer kaum erfolgreich zu entkommen. Man kann sie nur verdrängen. Das wiederum zehrt an Geist und Körper. Wohl einer der Gründe, warum die Volksdroge Alkohol so häufig als Arznei herangezogen wird. Was also tun? Welchem Vorsatz folgen? Oder wieder nur Vorwände vorschieben, die einem erlauben, nichts verändern zu müssen? Die einen dazu verdammen, den Murmeltiertag auch im Jahr 2023 immer wieder aufs Neue erleben zu müssen? Vielleicht muss es gar nicht der große Wurf sein, die Kehrtwende um 180

Grad. Vielleicht genügt es schon, tatsächlich man selbst zu sein. Mit allen positiven Eigenschaften, inklusive Fehlern, Abgründen und Defiziten. Steht man zu selbigen, avancieren vielleicht genau sie zu einer nicht gekannten Stärke. Was auch immer Sie tun, tun Sie es für sich – nicht für andere. Denn nur wer eine positive Beziehung mit sich selbst zu führen vermag, kann eine solche auch mit anderen Personen sowie seiner Umwelt etablieren. Und ein ausgeprägtes Helfersyndrom ist eben nicht das Gleiche wie ehrlich empfundene Empathie. Gelingt es uns, ein moralisches Koordinatensystem im Unterbewusstsein zu verankern, uns fundamental positiv konditionieren, mit uns selbst im Einklang zu sein, um den eingangs beschriebenen, biologischen Automatismen unseres Dasein einen Funken Bewusstsein entgegenzusetzen, ist schon einiges gewonnen.

Ich bedanke mich an dieser Stelle für ein spannendes Jahr, die große Anzahl motivierender Zuschriften und Anregungen, die Einladungen, den Zuspruch und die Kritik. Auch ich werde 2023 zum x-ten Mal bestrebt sein, die beste Version meiner selbst zu sein. Das ist alles, was wirklich in unserer Macht steht. Ideen, Gedanken, Worte und Authentizität dagegen sind sehr mächtig. So werde ich weiter versuchen, die meinigen regelmäßig in Texte zu fassen. Denn wie das zurückliegende Jahr beweist, bewegt Bewegendes den Homo sapiens so viel mehr als Maschinen, als der aufgezwungene Kollektivismus eines seelen- und gesichtslosen neokapitalistischen Imperiums. Und oft beginnt Veränderung schlicht damit, dass man die Abendstunden allein mit einem leeren Blatt Papier verbringt – bevor man sich erlösend der Nacht hingibt und diese dem Morgen eine neue Chance einräumt.

»Ich mag verdammen, was du sagst, dennoch werde ich mein Leben dafür einsetzen, dass du es sagen darfst.« (Voltaire)

| 30. Dezember 2022

Über den Autor



Tom-Oliver Regenauer wurde in Süddeutschland geboren und wuchs in der Nähe von Baden-Baden auf. Schon in jungen Jahren interessierte er sich für Musik, Kunst und Literatur. Animiert von der Musik- und Bücher-Sammlung des Elternhauses, begann er sich bereits im Kindergarten für Songs und ihre Texte zu begeistern.

Er schrieb kurze Artikel und Geschichten. Im zarten Alter von etwa fünf Jahren folgte er bereits musikalischen Ambitionen und erhielt Schlagzeugunterricht. Später zusätzlich etwas Violine und Gitarre.

Fasziniert von der Skateboard-Welle der 80er und den ersten, nach Europa herüberschwappenden Ausläufern der global expandierenden Hip-Hop-Kultur, begann er sich als Teenager ernsthaft mit Songwriting, DJing, Graffiti, Musikproduktion und urbaner Kultur im Allgemeinen zu beschäftigen. Er gründete diverse Bands, organisierte Veranstaltungsreihen, Konzerte und Partys. Im Alter von achtzehn Jahren gründete er in seiner Heimatstadt ein Tonstudio und Schallplattenlabel mit angeschlossener Event-Agentur. In den vergangenen 20 Jahren produzierte er so unter verschiedenen Pseudonymen über 1.000 Aufnahmen, bei denen er sowohl für Songwriting als auch für Arrangement, Mix und Management verantwortlich zeichnete.

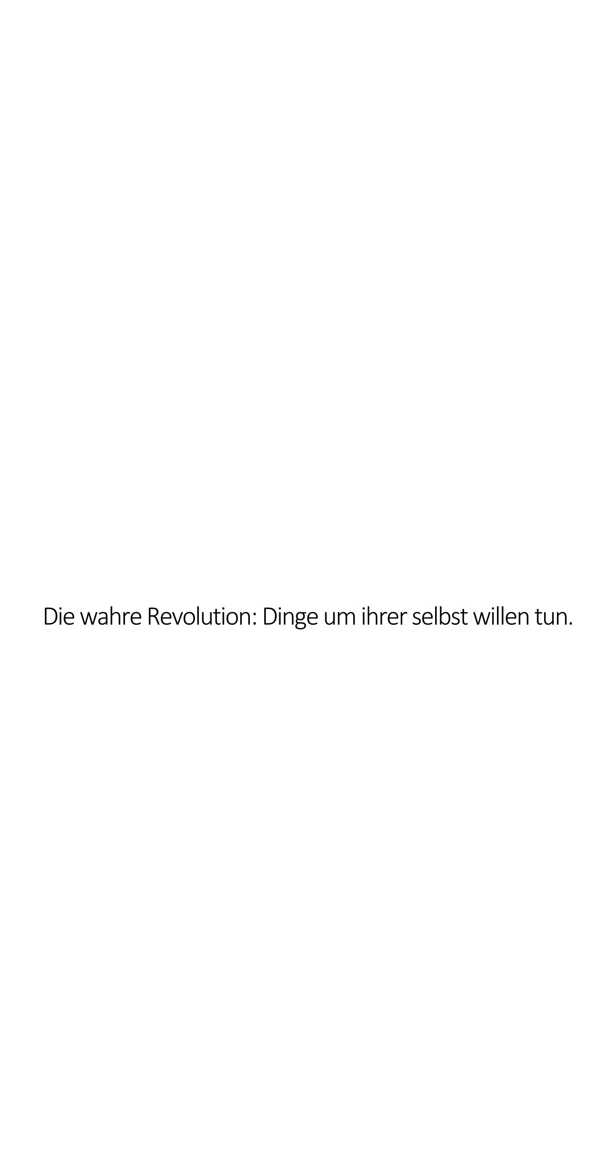
Auf unzähligen, internationalen Reisen knüpfte er vielfältige Kontakte zu Musikern, Autoren, Rappern, DJs, Produzenten und Street-Art Künstlern. Er gilt als bestens vernetzt in der internationalen Musik-Szene. Tom-Oliver Regenauer lebte unter anderem in Mexiko City, Tel Aviv, Boston, New York, Bukarest, Lissabon, Santiago de Chile, Johannesburg, Bern, Zürich und Lugano.

Neue Musik-Projekte entstanden in jüngster Zeit unter anderem mit dem Wu-Tang Clan, Cee Lo Green (Goodie Mob, Gnarls Barkley), Pharrell Williams, Young Thug, Craig G (Juice Crew), Snoop Dogg und Daz Dillinger (Dogg Pound). Für »Viva con Agua«, eine global tätige Non-Profit Organisation, produzierte er Anfang 2020 den vielbeachteten Kampagnen-Song #waterisahumanright. Das renommierte Musikmagazin »laut.de« verglich seinen Sound in einem Portrait mit dem von Top-Produzenten wie Pete Rock, RZA, DJ Premier, Mobb Deep oder Statik Selecta (www.laut.de/dj-tom-select).

Parallel zu seinen Unternehmungen im Bereich Musik, Literatur und Kunst, war der Autor nach betriebswirtschaftlicher Ausbildung in verschiedenen Branchen und Rollen tätig. Unter anderem als Betriebsleiter, Unternehmens- und Management-Berater sowie als internationaler Projektmanager mit Einsätzen in über 20 Ländern. Im Jahr 2009 fasste er Hauptwohnsitz in der Schweiz. Dort gründete er 2015 eine Agentur für Management- und Kommunikationsberatung. Anfang des Jahres 2021 publizierte Tom-Oliver Regenauer sein erstes Buch, gefolgt von »Der Elefant im Raum« im Februar 2022. Auf seiner Homepage veröffentlicht er zudem regelmäßig Texte, Kommentare und Essays zu aktuellen Themen. (rp)



regenauer.press | sync-floyd.com | djtomselect.com | mgmtgmbh.ch



Die wahre Revolution: Dinge um ihrer selbst willen tun.